

# Kärntner Jahrbuch für Politik 2005



Herausgegeben  
von  
Karl Anderwald  
Peter Filzmaier  
Karl Hren

## KÄRNTNER JAHRBUCH FÜR POLITIK – 2005



# Kärntner Jahrbuch für Politik 2005



Herausgegeben  
von  
Karl Anderwald  
Peter Filzmaier  
Karl Hren



Kärntner Druck- und Verlagsgesellschaft

Die Herausgabe dieses Buches unterstützen:

**bm:bwk** Bundesministerium für Bildung,  
Wissenschaft und Kultur

**STRABAG**



**kelag**



ISBN 3-85391-244-3

Kärntner Druck- und Verlagsgesellschaft m. b. H., Klagenfurt – 2005

© der Texte bei den Autoren

Gesamtherstellung: Kärntner Druckerei, Klagenfurt

# Inhalt

KARL ANDERWALD/PETER FILZMAIER/KARL HREN Vorwort der Herausgeber .....	7
PETER FILZMAIER/PETER HAJEK Jugend und Politik in Kärnten: Das Jubiläumsjahr 2005 .....	9
SIMON KRAVAGNA Scheidung auf italienisch. Die letzten Tage der Blauen und regionale Zukunft des BZÖ .....	26
ALEXANDER SATTMANN SPÖ Kärnten unter neuer Führung (Arbeitstitel) .....	36
KARL ANDERWALD Die Wirtschaftskammerwahl 2005 in Kärnten .....	43
CORNELIUS GRANIG/EDWIN STAMPFER Die Kärntner Wirtschaft. Bestandsaufnahme für das Jahr 2004 .....	56
KARL HREN Die slowenische Volksgruppe und grenzüberschreitende Wirtschaftsprojekte zwischen Kärnten und Slowenien .....	83
DIETMAR BRODEL/BIRGIT AIGNER Stand und Perspektiven der kommunalen und regionalen Zusammenarbeit zwischen Kärnten und Slowenien	93
EDMUND PRIMOSCH Das Kärntner Gentechnikvorsorge-Gesetz .....	107
<b>SCHWERPUNKTTHEMA GEDENKJAHR UND VOLKSGRUPPE</b>	
HEINZ FISCHER Gemeinsam in Europa .....	121
HEINZ DIETER POHL Slowenisches Erbe in Kärnten und Österreich: ein Überblick .....	127
ARNOLD SUPPAN Jugoslawien und der österreichische Staatsvertrag .....	161
HELMUT KLETZANDER Der Bericht des Europarates zur Charta der Regional- und Minderheitensprachen .....	197

MARJAN STURM	
Kritische Hinterfragung des klassischen Volksgruppenschutzes . . . .	221
GERHARD HAFNER	
Die rechtliche Bedeutung des Staatsvertrags von Wien 1955 . . . . .	235
PETER FILZMAIER	
Was macht die Politik mit dem Recht? . . . . .	253
HANNES TRETTER	
Der Artikel 8 EMRK als Grundlage eines individuellen Rechts auf zweisprachige Ortstafeln? . . . . .	265
RICHARD SOYER/ALEXIA STUEFER	
Minderheitenschutz im Spannungsfeld von Politik und Strafrecht	276
<b>CHRONOLOGIE . . . . .</b>	<b>289</b>
<b>DIE AUTOREN . . . . .</b>	<b>308</b>

# Vorwort der Herausgeber

60 Jahre Zweite Republik, 50 Jahre Staatsvertrag und 10 Jahre EU-Mitgliedschaft zuzüglich der durch die jeweiligen Betroffenen mathematisch raffiniert recherchierten Jahrestage von Parteien und Politikern, von Fernsehen und Zeitungen, von Kunst und Kultur sowie von Bildung und Wissenschaft. Alt zu werden ist jedoch keine Leistung für sich. Die Schlüsselfrage lautet daher insbesondere in Kärnten, inwieweit das Jahr 2005 mit einem gesellschaftspolitischen Erkenntnisgewinn verbunden war. Schließlich feierte Österreich bereits 1970 25 Jahre nach dem Weltkrieg bzw. 15 Jahre Staatsvertrag und 1995 50 Jahre Zweite Republik, Kriegsende und Befreiung vom nationalsozialistischen Regime. Wenn diesmal nichts anderes gesagt wurde und geschehen ist, als sich damals ereignete, und 2010, 2015, 2020 usw. wiederholbar ist, dann haben wir ein verlorenes Jahr hinter uns.

Das Jahr 2005 wäre ein idealtypischer Anlassfall gewesen, die wachsende Distanz zwischen politischen Eliten und vor allem jungen Bürgern anzusprechen. Die Jubiläen gingen aber allzu oft gedankenlos in das blau-orange Farbenspiel der FPÖ-BZÖ-Freiheitlichen und ihrer Parteineugründung bis zur Wiedervereinigungsdebatte und jenseits des Packsattels zusätzlich in das herbstliche Wahlkampfgetöse über, ohne dass sich jemand sorgt, was sie jetzigen und künftigen Generationen gebracht haben. Die SPÖ schien freilich in Kärnten bemüht, mit internen Personal- und Richtungsdebatten sogar FPÖ und BZÖ Konkurrenz zu machen.

Aus diesen Rahmenbedingungen ergeben sich fast zwangsläufig die Themenbereiche des Kärntner Jahrbuchs für Politik 2005. Der Tradition eines Jahresschwerpunkts folgend ist das Buch dem Jubiläumsjahr 2005 gewidmet, wobei die Beiträge einer Vortragsreihe im Bildungshaus Sodalitas in Tainach/Tinje und eines Symposiums der Rechtsanwaltskanzlei Grilc & Partner die zentrale Grundlage bilden. Als typisches Charakteristikum für Kärnten kommt dabei dem Minderheitenschutz in Artikel 7 des Staatsvertrags bis hin zum Ortstafelstreit eine besondere Bedeutung zu. Andererseits stehen die Veränderungen von FPÖ/BZÖ und der weniger dramatische und professionellere Wechsel an der SPÖ-Spitze als tagespolitische Hauptereignisse im Mittelpunkt. Hinzu kommen in bewährter Form die Auseinandersetzung mit ausgewählten Politikfeldern und die Jahreschronik.

Karl Anderwald  
Peter Filzmaier  
Karl Hren

Klagenfurt, im Dezember 2005





## Jugend und Politik in Kärnten: Das Jubiläumsjahr 2005

Was denken Jugendliche über Politik?<sup>1</sup> Die jungen Österreicher unterscheiden sich zum Teil signifikant von den Werteeinstellungen der Gesamtbevölkerung. An erster Stelle stehen – siehe Abbildung 1 – in einer Reihung der privaten Prioritäten die Freunde, knapp dahinter die Familie, gefolgt von Arbeit und Ausbildung. Fast neun von zehn Jugendlichen (86 Prozent) sind Freunde sehr wichtig, bei acht von zehn gilt das für die Familie. Drei Viertel betonen die Wichtigkeit der Arbeit. Für die Freizeit machen das nur noch zwei Drittel, wobei diese von den 14- bis 24-Jährigen deutlich höher gewichtet wird als bei den Österreichern ab 18 Jahren.

Abgeschlagen sind Politik und Religion. Nur 16 Prozent, d. h. zwischen ein und zwei von zehn Jugendlichen, bezeichnen Politik als sehr wichtig. Im Fall der Religion sind es 14 Prozent. Auch hier wird ein Unterschied zur älteren Generation deutlich: Die Wichtigkeit der Politik ist entgegen manchen Vorurteilen unter Jugendlichen etwas höher, die Religion im Abnehmen begriffen. Signifikante Unterschiede treten unter den Jugendlichen in der Wichtigkeit von Familie und Politik auf: Weibliche Jugendliche gewichten die Familie stärker, Männer wiederum können im Gegensatz zu den Frauen sich mehr für Politik als für Religion begeistern.

**Abbildung 1: Wichtigkeit von Lebensbereichen und Werteeinstellungen von Jugendlichen in Österreich und Kärnten 2005**

<i>Sehr wichtig ist ....</i>	Für alle Jugendlichen von 14 bis 24 Jahren	Für alle Kärntner Jugendlichen von 14 bis 24 Jahren	Für alle Österreicher ab 18 Jahren*
Freunde	86	85	44
Familie	80	79	89
Arbeit/Ausbildung	75	80	66
Freizeit	66	59	39
Politik	16	23	10
Religion	14	18	20

\* Vergleichsdaten aus Paul Zulehner u. a., *Die Konfliktgesellschaft: Wertewandel in Österreich 1990–2000*, Wien 2001.

Angaben in Prozent.

Quelle: Repräsentativumfrage OGM/Donau-Universität Krems, Jugendstudie im Auftrag der Bundesländerzeitungen, April 2005.

Im Vergleich der Bundesländer stechen drei Ergebnisse ins Auge: Die Niederösterreicher, Oberösterreicher und Steirer sind – nicht aus der Abbildung ersichtlich – erstens am traditionellsten geprägt, d. h., unter den dortigen Jugendlichen sind beispielsweise Familie und Religion besonders wichtig. Die Wiener Jugendlichen hingegen interessieren sich zweitens besonders stark für Politik. 26 Prozent der 14- bis 24-Jährigen in der Bundeshauptstadt bezeichnen diese als sehr wichtig. Aufgrund eines häufigen Kausalzusammenhangs zwischen politischem Interesse und formalem Bildungsgrad liegt das zweifellos auch am vergleichsweise hohen Anteil von Studenten in der Stadtbevölkerung. Die Differenz von 16 Prozentpunkten zur erwachsenen Gesamtbevölkerung sowie von 10 Prozentpunkten gegenüber allen Jugendlichen in Österreich ist nichtsdestoweniger bemerkenswert hoch.

Drittens weisen die Kärntner, obgleich teilweise im Bereich statistischer Schwankungsbreiten, mit 23 Prozent das unmittelbar nach den Wienern relativ höchste Interesse für Politik unter allen Jugendlichen auf. Auch wenn die Werte nur Tendenzen nachweisen, muss demzufolge zumindest das Klischee einer vollkommenen Politikverdrossenheit unter Kärntner Jugendlichen revidiert werden. Der höhere Politisierungsgrad steht jedoch zugleich in Zusammenhang mit den vergleichsweise kurz zurückliegenden Landtagswahlen im März 2004 und der FPÖ-BZÖ-Trennung im Frühjahr 2005. In den anderen Kategorien entsprechen die Kärntner Werte mehrheitlich dem nationalen Durchschnitt. Auffallend ist lediglich, dass die Bedeutung der Freizeit im Vergleich zur Arbeit bzw. Ausbildung noch geringer als im restlichen Österreich ist. Auch das widerspricht gängigen Vorurteilen gegenüber der Jugend, nämlich ihrer Einschätzung als Spaßgeneration in einer Konsumgesellschaft. Vielmehr werden Bildung und Beruf nach dem Motto „Zuerst die Arbeit, dann das Vergnügen!“ als zentrale Lebensbereiche anerkannt.

Das unter Jugendlichen und Erwachsenen letztlich gleichermaßen geringe Politikinteresse widerspricht insofern dem internationalen Vergleich, als aktuelle Studien nachweisen, dass

- a) das Politikinteresse unter Jugendlichen überall gering ist, jedoch doch
- b) anderswo Hoffnungen für ein steigendes Interesse mit fortschreitendem Lebensalter geäußert werden (so auch Erkenntnisse des Projekts EUYOUPART der Europäischen Union, 2003–2005). Parallelen der Ergebnisse mit EU-ropäischen Studien ergeben sich allerdings, weil auch diese für Österreich (und die Bundesrepublik Deutschland) ein überdurchschnittlich geringes Politikinteresse sowie vor allem überproportionale Negativeinstellungen von Jugendlichen zur Politik und ihre Lösungskompetenz für zukünftige Entwicklungen nachweisen. Zu beachten ist allerdings, dass Jugendliche in ihrer Annäherung zur Poli-

tik als Lebensbereich mit anderen Indikatoren zu messen sind, weil beispielsweise Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) vertrauenswürdiger erscheinen als traditionelle Parteien, Partizipationsformen abgesehen von der Wahlbeteiligung sich häufig ins Internet verlagern, bis hin zu Streiks und Demonstrationen eine größere Protestbereitschaft als in den konsensorientierten Anfängen der Zweiten Republik besteht usw.

## 1. Stimmungslagen in Österreich und im Land Kärnten

Die jungen Österreicher sehen allgemein die Entwicklung Österreichs im letzten Jahr skeptisch, erwarten aber für die Zukunft eine Besserung (siehe Abbildung 2). Besonders optimistisch sind 14- bis 18-Jährige Schüler und männliche Jugendliche von 14 bis 24 Jahren generell sowie die Jugend aus dem Burgenland. Auffallend kritisch betrachten Wiener, Salzburger, Tiroler und Vorarlberger die Zukunft Österreichs. Die Kärntner Jugendlichen beziehen einerseits klarer Position als ihre Alterskollegen anderswo – d. h., die Aussage „Alles ist gleich geblieben!“ findet weniger Zustimmung, weil man sich für „besser“ oder „schlechter“ entscheidet –, andererseits erwarten bemerkenswerte 43 Prozent im Vergleich zum nationalen Durchschnitt von 35 Prozent eine positive Entwicklung Österreichs in der Zukunft.

Diese Einschätzung hängt allerdings – siehe Abbildung 3 – mit einer kritischen Kärntner Klassifikation des eigenen Bundeslandes im regionalen Vergleich zusammen, so dass es sich um den Glauben an eine nur sehr relative Verbesserung handeln könnte. Das eigene Bundesland wird von den befragten Jugendlichen in ganz Österreich zum Großteil gut beurteilt. Die Wiener Jugendlichen sind jedoch von ihrem Bundesland besonders überzeugt – 58 Prozent meinen „Es geht mehr weiter!“ –, während das im Gegensatz zu den Kärntnern steht, die als einzige ein Negativsaldo aufweisen. Lediglich 27 Prozent, die an eine bessere Entwicklung als in anderen Regionen glauben, stehen 33 Prozent mit der Meinung „Kärnten bleibt zurück!“ gegenüber. Kritischer betrachten auch die steiermärkischen Jugendlichen ihre Heimat, doch findet sich nirgends eine mit Kärnten vergleichbare Einschätzung, man wäre politisch, wirtschaftlich und sozial gegenüber den restlichen acht Bundesländern quasi benachteiligt.

Das ist zugleich von Interesse, weil ein starkes Regionalbewusstsein durchaus in vielen Bundesländern – siehe etwa das Beispiel Tirols – auch unter Jugendlichen vorhanden ist, jedoch in Kärnten mit einer empfundenen Schlechterstellung bis hin zu latenten Minderwertigkeitskomplexen verbunden ist. Diese Kombination stellt für Jugendliche und Erwachsene gleichermaßen eine Erklärungshypothese der gesellschaftlichen bzw. politischen Kultur dar, die oft von einer emotionalen – weit über geographische

Realitäten und/oder historische Ereigniszusammenhänge hinausreichen – Abgrenzung gegenüber dem Rest Österreichs und parallel dazu den unmittelbaren Nachbarstaaten gekennzeichnet ist. Unterschiedlichste Phänomene, von der Größe und Bedeutung der Heimatverbände oder Brauchtumsvereine bis zu konkreten Wahlkampfslogans politischer Parteien, bauen möglicherweise darauf.

## Abbildung 2: Einschätzung aktueller und künftiger Entwicklungen von Jugendlichen in Österreich und Kärnten 2005

Es ist ...	Entwicklung im letzten Jahr	Es wird ...	Entwicklung in den nächsten 5 Jahren
besser geworden	20 (23)	besser werden	35 (43)
schlechter geworden	25 (29)	schlechter werden	32 (32)
gleich geblieben	51 (48)	gleich bleiben	30 (24)
keine Angabe	3 (3)	keine Angabe	3 (1)

Angaben in Prozent für österreichische Jugendliche. Die Zahlen in Klammern geben jeweils den Wert für Jugendliche in Kärnten an.

Quelle: Repräsentativumfrage OGM/Donau-Universität Krems, Jugendstudie im Auftrag der Bundesländerzeitungen, April 2005.

## Abbildung 3: Beurteilung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lage und Entwicklung von österreichischen Jugendlichen im Bundesländervergleich 2005

Entwicklung im Bundesland	Wien	NÖ	Bgld.	OÖ	Sbg.	Stmk.	Ktn.	Tirol	Vbg.
geht mehr weiter	58	40	28	30	15	25	27	32	42
bleibt zurück	9	11	9	7	9	19	33	13	11
kein Unterschied	31	46	53	52	71	46	34	54	45
keine Angabe	2	3	11	10	5	11	5	1	3

Angaben in Prozent für österreichische Jugendliche.

Quelle: Repräsentativumfrage OGM/Donau-Universität Krems, Jugendstudie im Auftrag der Bundesländerzeitungen, April 2005.

## 2. Einstellung und Wissen zum Jubiläumsjahr

Der Interessengrad von Österreichs Jugendlichen an der zeitlichen Wiederholung von 60 Jahre Ende des Zweiten Weltkriegs, 50 Jahre Unterzeichnung des Staatsvertrags und zehn Jahre Mitgliedschaft in der Europäischen Union ist 2005 sehr beschränkt (siehe Abbildung 4). Nur 12 Prozent der 14- bis 24-Jährigen meinen, ihr Interesse am Jubiläumsjahr

wäre sehr groß. Lediglich die Hälfte – 49 Prozent – gibt eine zumindest zum Teil gegebene Aufmerksamkeit („etwas interessant“) an. Das meiste Interesse haben die 14- bis 18-Jährigen (57 Prozent), Schüler und Studenten (jeweils 55 Prozent) sowie weibliche Jugendliche (54 Prozent), was durch den Lebensmittelpunkt Schule und Universität und die dort stattfindenden Initiativen bzw. Veranstaltungen im Jubiläumsjahr 2005 erklärbar ist. Aus diesem Grund dürfte auch in Wien das Interesse mit 64 Prozent besonders hoch sein. Das Bundesland Kärnten liegt mit 48 Prozent im Mittelfeld.

**Abbildung 4: Interesse von österreichischen Jugendlichen am Jubiläumsjahr 2005**

	Total	Alter		Geschlecht		Tätigkeit			
<i>Das Jubiläumsjahr ist ...</i>		14–18	19–24	m	w	Schule	Lehre	Uni	Beruf
sehr/etwas interessant	49 (48)	57	44	45	54	55	40	55	46
weniger/gar nicht interessant	50 (52)	43	55	54	46	45	60	45	51
keine Angabe	1 (0)	1	1	2	0	1	0	0	3

Angaben in Prozent für österreichische Jugendliche. Die Zahlen in Klammern geben jeweils den Wert für Jugendliche in Kärnten an.

Quelle: Repräsentativumfrage OGM/Donau-Universität Krems, Jugendstudie im Auftrag der Bundesländerzeitungen, April 2005.

Die jungen ÖsterreicherInnen haben jedoch – allen Vorurteilen zum Trotz – im Vergleich zum Gesamtdurchschnitt der österreichischen Bevölkerung ab 18 Jahren keinen schlechteren Wissensstand über das Jubiläumsjahr 2005 (siehe die Abbildungen 5a und 5b). Immerhin 55 Prozent können spontan zumindest ein Jubiläum nennen. Erstaunlich hierbei ist das gegenüber den Erwachsenen überdurchschnittliche Wissen über den EU-Beitritt. 14 Prozent der Jugendlichen fiel dieser spontan im Zusammenhang mit Gedenken im Jahr 2005 ein, während das nur bei 5 Prozent der Erwachsenen der Fall war. Im Mittelpunkt der öffentlichen Wahrnehmung stand für alle Altersgruppen eindeutig der Staatsvertrag mit 39 Prozent Spontanennungen. Das Ende des Zweiten Weltkriegs lag demgegenüber mit 22 bzw. 21 Prozent klar zurück. Die Nennungen der 14- bis 24-Jährigen in Kärnten lagen hinsichtlich des Kriegsendes sowie des EU-Beitritts unter und auf den Staatsvertrag bezogen über dem nationalen Durchschnitt, ohne dass es allerdings zu dramatischen Abweichungen kam. Allenfalls hat die besondere Bedeutung der Minderheiten und Zweisprachigkeit in Zusammenhang mit Artikel 7 des Staatsvertrags zu vermehrten Projekten und Diskussionen mit der Konsequenz einer unter den Jugendlichen steigenden öffentlichen Aufmerksamkeit geführt.

In Kärnten und anderswo korreliert der konkrete Wissensstand über das Jubiläumsjahr wenig überraschend mit dem formalen Bildungsgrad, d. h. ist unter höheren Schülern größer als unter Lehrlingen. Die regionalen Unterschiede sind – mit Spitzenreitern des Wissens in Wien, Salzburg und der Steiermark als Länder mit einer absolut und relativ hohen Zahl von Studenten – vergleichsweise gering. Fast drei Viertel (72 Prozent) aller Jugendlichen nennen 1945 richtigerweise als Jahr des Kriegsendes, in Kärnten geben zwei Drittel (66 Prozent) auf eine entsprechende Frage die richtige Antwort. Bedenklich ist, dass jeweils nur etwa die Hälfte der 14- bis 24-Jährigen das Jahr der Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrags kennt, während es eher verblüfft, dass ebenso viele den EU-Beitritt Österreichs zeitlich zuordnen können (siehe Abbildung 5b). Es ist möglich, dass das Wissen über die Europäische Union unter Jugendlichen weniger mit der Wiederkehr des kaum bewusst miterlebten Beitrittsjahres als mit der in den Medien omnipräsenten EU-Erweiterung 2004 zusammenhängt. Ein anderer Erklärungsansatz wäre, dass der EU-Beitritt den Jugendlichen emotional näher steht als die Unterzeichnung des Staatsvertrages. Die EU war und ist auch nach der Erweiterung medial permanent ein – oft negativ besetztes – Thema, der Staatsvertrag hingegen war vor dem Jubiläumsjahr nur im Zuge der Neutralitätsdebatte ein solches.

**Abbildung 5a: Wissensstand von österreichischen und Kärntner Jugendlichen über das Jubiläumsjahr 2005 (Spontannennungen)**

<i>Es wird 2005 gefeiert ...</i>	Nennungen Jugendliche von 14 bis 24 Jahren	Nennungen Kärntner Jugendliche von 14 bis 24 Jahren	Nennungen alle Österreicher ab 18 Jahren*
Ende Zweiter Weltkrieg	22	17	21
Staatsvertrag	39	45	39
EU-Beitritt	14	10	5

\* OGM-Vergleichsdaten im Dezember 2004.

Angaben in Prozent für Spontannennungen zur Frage „Was wird in Österreich dieses Jahr alles gefeiert?“.

Quelle: Repräsentativumfrage OGM/Donau-Universität Krems, Jugendstudie im Auftrag der Bundesländerzeitungen, April 2005.

Differenziert zu beurteilen ist auch das Wissen von Jugendlichen über die Namen der österreichischen Bundeskanzler in der Zweiten Republik als spielerischer Zugang zur Messung eines zeitgeschichtlichen und politischen Interesses, das dadurch selbstverständlich nur sehr punktuell abgefragt wird. Einerseits ist das Wissen angesichts von Spontannennungen relativ hoch. National und auf Kärntner Ebene fällt etwa sieben von zehn

### Abbildung 5b: Wissensstand von österreichischen und Kärntner Jugendlichen über das Jubiläumsjahr 2005 (gezielte Fragestellung)

In welchem Jahr hat ... stattgefunden?	Richtige Antwort
Ende Zweiter Weltkrieg	72 (66)
EU-Beitritt Österreichs	51 (48)
Unterzeichnung des Staatsvertrages	50 (52)

Angaben in Prozent für österreichische Jugendliche. Die Zahlen in Klammern geben jeweils den Wert für Jugendliche in Kärnten an.

Quelle: Repräsentativumfrage OGM/Donau-Universität Krems, Jugendstudie im Auftrag der Bundesländerzeitungen, April 2005.

Jugendlichen (73 bzw. 68 Prozent) der Name des aktuellen Bundeskanzlers Wolfgang Schüssel ein. Bis zu rund ein Drittel der unter 24-Jährigen nennt die nicht oder kaum mehr persönlich als Amtsinhaber wahrgenommenen Franz Vranitzky, Viktor Klima und Bruno Kreisky. Klima und Kreisky sind dabei für Kärntens Jugendliche bekannter als in anderen Bundesländern, Vranitzky ist weniger bekannt. Andererseits weisen alle anderen Kanzler und somit sämtliche Hauptakteure für die Zeit von 1945 bis nach 1955 einen Bekanntheitsgrad von 10 Prozent und darunter auf (siehe Abbildung 6).

### Abbildung 6: Bekanntheitsgrad von Bundeskanzlern der Zweiten Republik unter österreichischen und Kärntner Jugendlichen 2005 (Spontanennungen)

	Bekanntheitsgrad
Wolfgang Schüssel	73 (68)
Franz Vranitzky	35 (28)
Viktor Klima	27 (34)
Bruno Kreisky	26 (36)
Karl Renner	9 (4)
Leopold Figl	9 (10)
Fred Sinowatz	8 (9)
Julius Raab	4 (2)
Josef Klaus	3 (7)
Alfons Gorbach	2 (1)

Angaben in Prozent für Spontanennungen von österreichischen Jugendlichen. Die Zahlen in Klammern geben jeweils den Wert für Jugendliche in Kärnten an.

Quelle: Repräsentativumfrage OGM/Donau-Universität Krems, Jugendstudie im Auftrag der Bundesländerzeitungen, April 2005.



Mit anderen Worten: Bestenfalls jedem zehnten Jugendlichen fallen im Zusammenhang mit den Anfängen der Zweiten Republik die Politiker Karl Renner, Leopold Figl und Julius Raab ein. Karl Renner beispielsweise war von knapp 100 im Jahr 2005 befragten Lehrlingen keinem einzigen aktiv – d. h. ohne gestützte Fragestellung – bekannt. Überdurchschnittlich informiert sind die 19- bis 24-Jährigen und die männliche Jugend. Besonders gering ist das Wissen über die Bundeskanzler bei den Lehrlingen ausgeprägt, aber auch unter den 14- bis 18-Jährigen allgemein. Die hohe Studentenzahl in Wien führt neuerlich zum ebenda höchsten Wissensstand im Vergleich der Bundesländer.

### 3. Medien als politische Informationsquelle für Jugendliche

Generell ist der Medienkonsum – in der Reihenfolge Fernsehen, Radio hören und Zeitungen lesen sowie zunehmend das Surfen im Internet und noch vor Telefonieren, der Zeit mit Familie und Freunden, Unternehmungen usw. – die primäre Freizeitbeschäftigung der Österreicher. 75 Prozent der Österreicher bezogen 2003 ihre politischen Informationen überwiegend aus dem Fernsehen bzw. bezeichnen das Fernsehen als wichtigste politische Informationsquelle. Zeitungen (49 Prozent) und Hörfunk (38 Prozent) folgten trotz der Möglichkeit von Mehrfachnennungen mit deutlichem Abstand und in den letzten Jahrzehnten radikal sinkender Tendenz (Plasser/Ullrich 2004, 73 ff.).

51 Prozent hielten das Fernsehen, das trotz einer Verschlechterung seit den siebziger Jahren deutlich vor den Zeitungen (14 Prozent) rangiert, für besonders glaubwürdig. Der gleichzeitige Rückgang der Bedeutung von Zeitungen war gleichermaßen dramatisch. Offensichtlich wurde auch, dass die Politberichterstattung im Radio quantitativ einen radikalen Bedeutungsverlust erfahren hat, obwohl sich seine Glaubwürdigkeit qualitativ nicht verringert hat. Das Internet wurde – nach Daten aus dem Jahr 2003 mit konstant steigender Tendenz – von 11 Prozent der Personen mit Zugang und lediglich 4 Prozent der Bevölkerung als politische Primärquelle bezeichnet. Seine Glaubwürdigkeit ist ebenfalls unterdurchschnittlich.

Zu beachten ist, dass das politische Informationsverhalten von Jugendlichen und Erwachsenen starke Differenzen aufweist (Filzmaier 2002, 28 ff.). Die zentralen Nachrichtensendungen des ORF – *Zeit im Bild 1* und *Zeit im Bild 2* – verfügen normalerweise über eine Reichweite von bis zu 30 Prozent der Wahlberechtigten. Zumindest einmal wöchentlich sahen im Jahr 2003 knapp drei Viertel der Erwachsenen eine *Zeit im Bild*-Sendung. Bei Jugendlichen waren es bereits 2000 nur 47 Prozent gewesen. 34 Prozent der

unter 24-Jährigen sahen damals sogar seltener als einmal in der Woche eine *Zeit im Bild*-Sendung. 19 Prozent taten das fast nie. Seit Mitte der achtziger Jahre ist die tägliche bzw. häufige Sehfrequenz der *Zeit im Bild* bei Erwachsenen konstant, bei Jugendlichen aber deutlich – von 65 Prozent im Jahr 1986 auf die erwähnten 47 Prozent 15 Jahre später – zurückgegangen. Die Gruppe der von politischen Fernsehnachrichten abstinenten Jugendlichen hat sich sogar nahezu verdoppelt.

### 3.1 Informationsquellen für Jugendliche 2005

Eine Vielzahl der mit dem Jubiläumsjahr 2005 verbundenen Initiativen und insbesondere Projekte im schulischen Bereich waren mit Internetaktivitäten verknüpft bzw. diente eine dortige Plattform als zentrale Informationsquelle. Daraus resultierte im spezifischen Fall eine geradezu idealtypische Wichtigkeit des Internets, die zugleich mit einer kritischen Distanz hinsichtlich der Glaubwürdigkeit verknüpft war (siehe Abbildung 7). Bei der Möglichkeit von Mehrfachnennungen lag das Internet als Informationsquelle für mehr als die Hälfte der österreichischen Jugendlichen (56 Prozent) an erster Stelle. In Kärnten nannten es – als geringster Wert für alle Bundesländer – 45 Prozent. Tageszeitungen (49 bzw. 50 Prozent) rangierten österreichweit vor und in Kärnten knapp hinter dem Fernsehen (43 und 51 Prozent). Das Radio, nur in Wien von den Jugendlichen überdurchschnittlich erwähnt, und Wochen- und Monatszeitschriften sowie persönliche Gespräche spielten demgegenüber keine Rolle.

Nach der Glaubwürdigkeit als Informationsquelle über das Jubiläumsjahr nahmen – ohne Mehrfachnennungen gefragt – die Tageszeitungen sowohl in ganz Österreich als auch in Kärnten einen Spitzenplatz ein. Für ein Drittel (34 Prozent) im nationalen Durchschnitt und als für alle Bundesländer geringster Wert von 27 Prozent waren Zeitungen die glaubwürdigste Informationsquelle über inhaltliche Aspekte der Jubiläen 2005. In Österreich war das Internet für Jugendliche mit 17 gegenüber 21 Prozent kaum weniger glaubwürdig als das Fernsehen, während in Kärnten 28 Prozent das Fernsehen als glaubwürdigste Quelle hauchdünn auf Platz eins reihten. Zeitungen und das Internet folgten mit 27 bzw. 16 Prozent. Das Radio war in Kärnten genauso wie bundesweit und analog zu den Wochen- und Monatszeitschriften als glaubwürdiges Informationsmedium im Jahreszusammenhang 2005 nahezu irrelevant. Persönliche Gespräche lagen hinsichtlich der Glaubwürdigkeit noch mehr zurück als hinsichtlich der Wichtigkeit. Die für eine „elektronische“ (Medien-)Demokratie an sich logische Dominanz massenmedialer statt interpersonaler Informationsvermittlung ist in diesem Zusammenhang besonders bedenklich, weil auf das – für das Weltkriegsende und den Staatsvertrag immer weniger verfügbare – Potential von Zeitzeugen scheinbar verzichtet wird.

## Abbildung 7: Informationsquellen für österreichische und Kärntner Jugendliche im Jubiläumsjahr 2005

<i>Informationsquellen über das Jubiläumsjahr für Jugendliche von 14 bis 24 Jahren sind ...</i>	Als Wichtigste*	Als Glaubwürdigste**
Internet	56 (45)	17 (16)
Tageszeitungen	49 (50)	34 (27)
Fernsehen	43 (51)	21 (28)
Radio	15 (22)	3 (1)
Wochen- und Monatszeitschriften	8 (3)	1 (0)
Gespräche mit Verwandten und Bekannten	7 (13)	3 (2)

\* Mehrfachnennungen

\*\* Einzelnennung

Angaben in Prozent für österreichische Jugendliche. Die Zahlen in Klammern geben jeweils den Wert für Jugendliche in Kärnten an.

Quelle: Repräsentativumfrage OGM/Donau-Universität Krems, Jugendstudie im Auftrag der Bundesländerzeitungen, April 2005.

Isoliert man diese Daten von den sonstigen Ausführungen, wäre folgende Schlussfolgerung verlockend: Die Internetgeneration informiert sich selbstverständlich über das Internet und weiß mit diesem Medium auch umzugehen, was die Einschätzung der Glaubwürdigkeit beweist. Sehr erfreulich ist das Ergebnis für die Tageszeitungen. Sie gelten mit Abstand als das glaubwürdigste Medium. Das geschriebene Wort zählt mehr als das gesprochene Wort. Die eingangs zu diesem Punkt angesprochene Datendifferenz zur generellen Mediennutzung der Jugendlichen zeigt jedoch, dass es sich lediglich um einen exemplarischen Ausnahmefall handelt. Auch Jugendliche werden durch „Infotainment“ von Fernsehen und Internet geprägt, Printmedien und persönliche Gespräche sind als Informationsquelle demgegenüber weniger bedeutend.

## 4. Demokratiepolitische Einstellungen der Jugendlichen

Die politische Kultur eines Landes definiert sich durch die Summe von Meinungen, Einstellungen und Werten der Bürger. Während Meinungen zu tagesaktuellen Themen – etwa für und wider ein Bauprojekt, das Nulldefizit als politisches Ziel, der Kauf von Abfangjägern o. ä. – einem laufenden Wechsel unterworfen sind, der im Regelfall keine Auswirkungen auf die Demokratiequalität und deren Bestand mit sich bringt, sind Einstellungen ein Maßstab für die grundsätzliche Verbundenheit mit der Demokratie. Typische Indikatoren sind Messungen der Demokratiezufriedenheit

und/oder der Zustimmungsraten für politische Institutionen. Veränderungen ergeben sich üblicherweise lediglich als Langzeitentwicklung. Werte verstehen sich als Bekenntnis zu Grundwerten der Demokratie als solcher bzw. zu Freiheit, Gleichheit, Toleranz usw. Änderungen solcher Grundwerte sind selten und stellen für Demokratien eine Gefahr dar.

75 Prozent der österreichischen Jugendlichen haben im Jubiläumsjahr 2005 als Einstellung „Die Politiker kümmern sich nicht um das, was Leute wie ich denken“. Diese Negativeinstellung – 27 Prozent stimmen einer entsprechenden Aussage sehr, 48 Prozent etwas zu (siehe Abbildung 8) – gegenüber politischen Akteuren ad personam – nicht unbedingt für politische Institutionen an sich, jedoch auch für Parteien geltend – zeigt sich in allen sozialen Schichten. Nach dem formalen Bildungsgrad fördert offensichtlich eine höhere Schulbildung Positiveinstellungen. Umgekehrt sind ganz besonders Lehrlinge, nämlich zu 88 Prozent, davon überzeugt, dass Politiker sich nicht um Anliegen der so genannten einfachen Bürger sorgen würden.

Die Jugendlichen unterscheiden sich nicht signifikant von der Gesamtheit aller Österreicher ab 18 Jahren, die in Summe ebenfalls zu 75 Prozent zustimmen. Doch ist nach regionalen Kriterien auffallend, dass die Zustimmung in Kärnten bei der Jugend mit insgesamt 64 Prozent (28 Prozent starke und 36 Prozent gemäßigte Zustimmung) geringer ist als anderswo. Nur das Burgenland weist ähnlich geringe Werte auf. Zum wiederholten Mal widerspricht das dem eingangs – auf das politische Interesse bezogen – erwähnten Klischee einer besonderen Politikverweigerung im südlich-

### **Abbildung 8: Demokratiezufriedenheit von österreichischen und Kärntner Jugendlichen 2005**

<i>„Die Politiker kümmern sich nicht um das, was Leute wie ich denken.“</i>	Jugendliche von 14 bis 24 Jahren	Kärntner Jugendliche von 14 bis 24 Jahren	Alle Österreicher ab 18 Jahren*
stimme sehr zu	27	28	29
stimme etwas zu	48	36	46
stimme weniger zu	20	28	21
stimme gar nicht zu	3	4	2
keine Angabe	2	3	2

\* Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kunst, *Politische Kultur in der Konflikt-demokratie*, Wien 2001.

Angaben in Prozent.

Quelle: Repräsentativumfrage OGM/Donau-Universität Krems, Jugendstudie im Auftrag der Bundesländerzeitungen, April 2005.

sten Bundesland. Am stärksten ausgeprägt ist die Negativeinstellung gegenüber Politikern in Salzburg, Tirol und Oberösterreich mit einer Zustimmung von über 80 Prozent.

Die generelle Zufriedenheit mit der österreichischen Demokratie ist bei den Österreichern zwischen 14 und 24 Jahren tendenziell und geringfügig höher ausgeprägt als bei den Erwachsenen ab 18 Jahren. Insgesamt ist eine klare Mehrheit (von 73 Prozent gegenüber 70 Prozent unter den Erwachsenen) mit der Demokratie zufrieden, es gibt mit zwei Prozent kaum völlig unzufriedene Jugendliche. Die Kärntner Werte für Jugendliche entsprechen mit 70 Prozent zufriedener Befragungspersonen – darunter gleich dem nationalen Durchschnitt 17 Prozent, die sich als sehr zufrieden bezeichnen – den Daten für Österreichs Jugend (siehe Abbildung 9). Nach Bundesländern ist man unter den 14- bis 24-Jährigen im Burgenland am meisten mit der österreichischen Demokratie zufrieden, das Schlusslicht bildet die Steiermark. Am geringsten ist die Demokratiezufriedenheit unter bereits voll berufstätigen Jugendlichen, während Lehrlinge nur seltener sehr zufrieden und dafür häufiger ziemlich zufrieden sind. Für die politische Bildungsarbeit folgt daraus, dass keine unmittelbare Gefahr besteht, dass Jugendliche totalitäre Entwicklungen befürworten. Ein Nullwert unter den Demokratieverweigerern wäre wünschenswert, ist jedoch analog zu allen EU-ropäischen Vergleichsländern unrealistisch. Doch besteht ein relevantes Potential von einem Viertel aller Jugendlichen, die sich als nicht sonderlich mit der Demokratie zufrieden bezeichnen und

**Abbildung 9: Demokratiezufriedenheit von österreichischen und Kärntner Jugendlichen 2005**

<i>Zufriedenheit mit der österreichischen Demokratie</i>	Jugendliche von 14 bis 24 Jahren	Kärntner Jugendliche von 14 bis 24 Jahren	Alle Österreicher ab 18 Jahren*
sehr zufrieden	17	17	10
etwas zufrieden	56	53	60
weniger Zufrieden	24	25	25
gar nicht zufrieden	2	2	3
keine Angabe	1	3	2

\* Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kunst, *Politische Kultur in der Konfliktde-mokratie*, Wien 2001.

Angaben in Prozent.

Quelle: Repräsentativumfrage OGM/Donau-Universität Krems, Jugendstudie im Auftrag der Bundesländerzeitungen, April 2005.

daher für populistische bis demokratiefeindliche Gruppierungen und deren Slogans anfällig sind.

Nur jeder zehnte Jugendliche in Österreich präferiert einen „starken Mann“ in der Politik für autoritär getroffene Entscheidungen. In der Gesamtbevölkerung ab 18 Jahren taten das vor einiger Zeit immerhin 16 Prozent. Besonders anfällig für autoritäre Führungspersönlichkeiten sind Jugendliche zwischen 19 und 24 Jahren, die männliche und die berufstätige Jugend. Die niederösterreichischen Jugendlichen sprechen sich – auf österreichweit sehr geringem Niveau – mit 15 Prozent am ehesten für einen starken Mann aus, die Kärntner tun das nur zu 10 Prozent (siehe Abbildung 10).

**Abbildung 10: Demokratisches Entscheidungsbewusstsein von österreichischen und Kärntner Jugendlichen 2005**

„Starker Mann“ oder mehrere Entscheidungsträger	Jugendliche von 14 bis 24 Jahren	Kärntner Jugendliche von 14 bis 24 Jahren	Alle Österreicher ab 18 Jahren*
starker Mann	9	10	16
mehrere Entscheidungsträger	90	88	82
keine Angabe	1	3	2

\* OGM-Vergleichsdaten vom Mai 2001.

Angaben in Prozent.

Quelle: Repräsentativumfrage OGM/Donau-Universität Krems, Jugendstudie im Auftrag der Bundesländerzeitungen, April 2005.

#### 4.1 Sonntagsfrage zum Wahlverhalten

Bei der Sonntagsfrage nach dem hypothetischen Stimmverhalten der Jugendlichen in fiktiven Nationalratswahlen am nächsten Wochenende ist eine deutliche Unterscheidung zu den österreichischen Wählern ab 18 Jahren erkennbar: Die Grünen haben bei den 14- bis 24-Jährigen eine teilweise extrem überdurchschnittliche Zustimmung. Die ÖVP platziert sich insgesamt knapp vor der SPÖ (der Vorsprung liegt jedoch innerhalb der Schwankungsbreite), FPÖ und folgerichtig das BZÖ, da aufgrund des Befragungszeitpunktes unmittelbar nach der BZÖ-Gründung im Frühjahr 2005 eine seriöse Unterscheidung nicht möglich war, haben kaum Anhänger (siehe Abbildung 11). Regionale Trends zeigen als Rohdaten, d. h. ohne Zu- bzw. Hochrechnung von unentschlossenen Jugendlichen und Antwortverweigerern sowie dadurch bewusst unter Verzicht auf exakte Zahlenangaben:

- Die ÖVP liegt in ihren Stammländern Niederösterreich, Steiermark, Tirol und Vorarlberg voran. In Kärnten weist man neben Wien bei den unter 14- bis 24-Jährigen die schlechtesten Werte auf.

## Abbildung 11: Sonntagsfrage zum Wahlverhalten von Jugendlichen in Österreich nach Bundesländern 2005

<i>Wahlverhalten (Rohdaten)</i>	Total	Wien	NÖ	Bgld.	OÖ	Sbg.	Stmk.	Ktn.	Tirol	Vbg.
ÖVP	27	19	35	29	26	32	27	20	31	34
SPÖ	24	37	24	38	29	30	21	35	22	18
FPÖ/BZÖ	6	4	2	3	4	5	4	15	6	7
Grüne	15	20	8	5	18	17	10	10	19	15

Angaben in Prozent für Jugendliche von 14 bis 24 Jahren.

Quelle: Repräsentativumfrage OGM/Donau-Universität Krems, Jugendstudie im Auftrag der Bundesländerzeitungen, April 2005.

- Die SPÖ kann sich in Wien, dem Burgenland und Kärnten eindeutig als klare Mehrheitspartei behaupten.
- Den Freiheitlichen droht die totale Marginalisierung, während das BZÖ lediglich in Kärnten eine vergleichsweise hohe Zustimmung findet.
- Die Grünen punkten überdurchschnittlich in Wien sowie bei Jugendlichen in Oberösterreich und Tirol. Im letztgenannten Fall geschieht das anhand des Transithemas.

Letztlich entsprechen die Parteipräferenzen der Jugendlichen in Kärnten dem Wahlverhalten der Erwachsenen in den Landtagswahlen 2004 (Filzmaier 2005a, 111 ff.) und den seitdem wenig dynamischen Umfragedaten.

## 5. Conclusio

Große Vorbehalte bestehen unter Jugendlichen vor allem gegenüber Politikern als Person und gegenüber Parteien sowohl im realen Leben als auch in deren Medienpräsenz. Trotz einer überdurchschnittlichen Sympathie für die Grünen kann vermutet werden, dass im Grunde alle Parteien den Kontakt zu Jugendlichen zunehmend verlieren und hilflos nach Anknüpfungspunkten suchen. Das gilt sowohl für unmittelbare Sozialkontakte als auch den Umweg über moderne Massenmedien. Generell sind jene Parteiorganisationen in ihrer Werbung von jungen Wählern am besten, die auch sonst am professionellsten organisiert sind. Das gilt etwa für die SPÖ in Wien und die ÖVP in Niederösterreich. In Kärnten sind SPÖ und BZÖ diesbezüglich am erfolgreichsten.

Auf das Jubiläumsjahr bezogen (!) sind die heutigen Jugendlichen – vollkommen entgegengesetzt zur Gesamtbevölkerung in Österreich – in ihrem politischen Informationsverhalten keine Fernsehgeneration mehr.

Während für Erwachsene das Fernsehen mit großem Abstand glaubwürdigste und wichtigste Informationsquelle über Politik ist, wurde es unter Jugendlichen in diesem Fall durch das Internet abgelöst. Bedeutender als das Fernsehen waren ebenfalls die Tageszeitungen. Für andere Themenzusammenhänge stimmt das weniger, doch bestätigt sich tendenziell eine sehr kritische Nutzung des Internets. Negativ formuliert bedeutet das jedoch, dass das Internet zunehmend ein politisches Medium ist, dessen Glaub- bzw. Vertrauenswürdigkeit insbesondere unter Jugendlichen sehr gering ist. In jedem Fall stellt das Internet trotz Bedenken hinsichtlich der Richtigkeit von Informationen für Jugendliche eine bequeme Quelle dar.

Vor dem Hintergrund eines Skeptizismus und der Neigung zu Negativeinstellungen als Element der gesellschaftlichen und politischen Kultur Österreichs ist der Anteil der Jugendlichen mit schlechten Beurteilungen der Entwicklung des Landes bzw. schlechten Erwartungen für die Zukunft eher gering, passt zahlenmäßig jedoch zum Anteil jener, die mit der Demokratie bestenfalls bedingt zufrieden sind. Diese trotz einer relativ hohen Demokratiezufriedenheit nicht zu vernachlässigende Gruppe verdient mehr Aufmerksamkeit, um Jugendliche nicht radikalen und undemokratischen Strömungen auszuliefern. Es lassen sich jedoch weder in diesem noch bei anderen Punkten signifikante Trends für Kärnten bzw. für einzelne Bundesländer feststellen. Die Werteorientierungen der Jugendlichen sind stark geprägt von den gesellschaftlichen und politischen Gegebenheiten vor Ort. Es zeigt sich aber deutlich ein klassisches Stadt-Land-Gefälle: Je ländlicher das Umfeld, desto traditioneller die Wertevorstellungen und politischen Einstellungen.

Abschließend lässt sich feststellen: Das Klischee einer jungen Generation, die generell politikverdrossen und/oder unwissend ist, stimmt zumindest in derart vereinfachender Form weder für Österreich noch für Kärnten. Allerdings nimmt Politik im Leben der 14- bis 24-Jährigen keinen besonderen Stellenwert ein. Das zeigt sich gleichermaßen im konkreten Wissensstand über Politik und im politischen Mediennutzungsverhalten, wobei dadurch trotz viel versprechender Ansätze auch das Potential des Internets sowie von Fernsehen und Tageszeitungen als politische Informationsquellen limitiert ist. Hinsichtlich des Faktenwissens – oft punktuell auf Jahreszahlen oder Namen bezogen – ist das politische Wissen der Jugendlichen durchaus dem (geringen) österreichischen Durchschnitt entsprechend.

Kritisch zu hinterfragen ist jedoch – siehe dazu zuletzt Filzmaier 2005b –, inwieweit unter Kärntner und anderen Jugendlichen ausreichend oder überhaupt soziale Kompetenzen für praktische Konsequenzen des Wissens im gesellschaftlichen Alltag bestehen. Die Geringschätzung von Zeitzeugen beispielsweise führt zu einer geringen Verinnerlichung der Bedeutung



von Minderheitenrechten heute als Konsequenz des siebten Artikels im Staatsvertrag 1955. Erforderlich ist ein Mittelweg zwischen Politischer Bildung als Wissensvermittlung, aber auch als Entwicklung von Fähigkeiten und Einsichten sowie als Entfaltung der Bereitschaft zu verantwortungsbewusstem Handeln. Politische Bildung basiert auf historisch gewachsenen Wertvorstellungen – in Österreich sollten insbesondere für Jugendliche vor dem Hintergrund des Jubiläumsjahres 2005 zumindest Friede, Freiheit und Gleichheit, Gerechtigkeit usw. allgemein anerkannte Werte zur Vermittlung sein – und versteht sich nicht als eine bloße Aneinanderreihung fachspezifischer Inhalte, sondern soll die Chance bieten, über die Erweiterung politischen Wissens hinausgehend zentrale Problemfelder der Gesellschaft aufzugreifen. Jugendliche müssen daher gerade im Jubiläumsjahr auch zu einer Neubewertung politischer Institutionen zwischen Anti-Institutionalismus und blinder Institutionengläubigkeit befähigt werden.

Ebenfalls in Zusammenhang damit steht nach 50 bzw. 60 Jahren mehr Transparenz als Mittel zwischen scheinbarer Objektivität und übertriebener Subjektivität. Selbstverständlich dürfen Jugendliche als Zielgruppe der Politischen Bildung weder manipuliert noch indoktriniert werden. Doch gesellschaftliche bzw. politische Themen, die aus Sicht der Wissenschaft kontrovers sind, müssen in der politischen Bildungsarbeit gleichermaßen kontrovers erscheinen. Jugendliche müssen lernen, eine politische Situation und ihre eigene Interessenlage zu analysieren sowie nach Mitteln und Wegen suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne ihrer Interessen zu beeinflussen. Abzulehnen ist hingegen eine (Schein-)Objektivität, die eine offene Positionierung der Lehrenden verhindert, um – unter dem Vorwand, sich auf „Fakten“ zu beschränken – jedwede Diskussion und Kritik der Themen im Jubiläumsjahr zu unterbinden. Als Element der gesellschaftlichen Kultur Österreichs besteht eine zu große Scheu von offenen Diskursformen. Es wäre ein mögliches Ziel des Jubiläumsjahres gewesen, diese Tradition nicht an jüngere Generationen weiterzugeben.

## Bibliographie

EUYOUPART 2003–2005, *Political Participation of Young People in Europe – Development of Indicators for Comparative Research in the European Union*, als Zusammenfassung von Aufgaben und Ergebnissen verfügbar u. a. unter <http://www.sora.at/wahlen/EUYOUPART/>.

Filzmaier, Peter (2002), *Politische Bildung durch Massenmedien – Marketing statt Partizipation?*, in *Medienimpulse*, Heft Nr. 39, Wien, S. 28–33.

Filzmaier, Peter (2005a), *Alles Haider, oder was? Die Kärntner Landtagswahlen 2004 und ihre Folgen*, in Andreas Khol u. a. (Hg.), *Österreichisches Jahrbuch für Politik 2004*, Wien, S. 111–142.

Filzmaier, Peter (2005b), *Politische Bildung und Demokratie in Österreich: Überblick der Trends, Problembereiche und Perspektiven*, in Forum Politische Bildung (Hg.), *Demokratiebildung in Europa. Herausforderungen für Österreich*, Wien, im Erscheinen.

OGM/Donau-Universität Krems, *Jugendstudie im Auftrag der Bundesländerzeitungen*, April 2005.

Plasser, Fritz/Peter A. Ulram (2004), *Öffentliche Aufmerksamkeit in der Mediendemokratie*, in Fritz Plasser (Hg.), *Politische Kommunikation in Österreich: Ein praxisnahes Handbuch*, Wien, S. 37–100.

### Anmerkung:

<sup>1</sup> Die in der Folge mehrfach zitierte Studie wurde unter der Projektleitung der Autoren Peter Filzmaier und Peter Hajek von der Donau-Universität Krems bzw. zum damaligen Zeitpunkt der Abteilung Politische Bildung und Politikforschung der Universität Klagenfurt und dem Meinungsforschungsinstitut OGM im Auftrag der Bundesländerzeitungen im April 2005 durchgeführt. Telefonisch befragt wurden 900 Österreicher zwischen 14 und 24 Jahren. Um aussagekräftige Ergebnisse für die einzelnen Bundesländer zu erzielen, wurde eine disproportionale Stichprobe gewählt. Danach wurde die Stichprobe mittels Computergewichtung repropotionalisiert, d. h., die Bundesländer wurden auf ihre tatsächliche Größe hoch- bzw. rückgerechnet. Die maximale Schwankungsbreite für 900 Interviews beträgt  $\pm 3,3$  Prozent, für 100 Interviews  $\pm 10$  Prozent. In allen Abbildungen sind Rundungsfehler möglich.

## Scheidung auf italienisch

### Die letzten Tage der Blauen und regionale Zukunft des BZÖ

4. April 2005. Im Ristorante „Danieli“ in der Wiener Himmelpfortgasse wartet Wiens FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache samt Entourage ungeduldig auf Jörg Haider. Tags zuvor hatte das Büro des Kärntner Landeshauptmanns ein Treffen der beiden Kontrahenten für 14 Uhr arrangiert. Es ist schon 14.45 Uhr und Strache hat ein ungutes Gefühl. Gerade wurde er über eine Eilt-Meldung der APA informiert: „FPÖ: Parteispitze erklärt sich. Parteineugründung wahrscheinlich.“

Das kann nichts Gutes bedeuten. Endlich kommt Haider. Seine Miene ist düster. Strache erinnert sich an folgenden, kurzen Dialog:

Haider: „Es ist aus. Ich wollte es nur persönlich sagen. Es geht nicht mehr.“

Strache: „Was soll das? Ich versteh das nicht.“

Haider: „Ich will das nicht mehr diskutieren. Auf Wiedersehen.“

Der Rest ist Teil der jüngeren Parteiengeschichte Österreichs. Vom „Danieli“ eilt Haider in die Wiener Urania und verkündet um 15.30 Uhr vor der Presse die Gründung einer neuen Partei: das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ).

Fünf Jahre nach dem triumphalen Erfolg der rechtspopulistischen FPÖ bei der Nationalratswahl 1999 (26,9 Prozent) und der „Wende“ in Österreich kehrt Haider seiner Partei den Rücken. Fast zwanzig Jahre nachdem der damals 36-jährige (Wahl-)Kärntner beim berühmten Innsbrucker Parteitag die Freiheitlichen übernommen hatte, will der heute 55-Jährige noch einmal neu durchstarten.

Was geschah in den letzten Tagen der Freiheitlichen? Was machte die Spaltung der Partei und den Niedergang der Blauen unabwendbar? Hat das orange Gebilde eine Zukunft, wie der wenig peppige Parteiname glauben machen will? Oder wird die neue Haider-Liste als Kärntner Regionalphänomen in die Geschichte eingehen?

### Das Projekt „Liste Haider“

Der Konflikt der so genannten „destruktiven Kräfte“ (Haider) rund um Volksanwalt Ewald Stadler, dem EU-Parlamentarier Andreas Mölzer und Heinz-Christian Strache gegen Parteiführung und die Regierungslinie

sorgte schon Wochen vor der Parteispaltung für Schlagzeilen. Doch auch wenn Haider aus seinen Abspaltungsgelüsten im kleinen Kreis kein Hehl machte, zauderte er lange vor den damit verbundenen Risiken. Bis zuletzt war Haider unentschlossen, den großen Schritt zu wagen. Einmal, so erinnern sich Weggefährten, war er Feuer und Flamme für einen Neustart. Ein anderes Mal warnte er wieder vor den unkalkulierbaren Folgen und schreckte davor zurück, nach mehr als 20 Jahren noch einmal bei null anzufangen.

Ex-Bundesgeschäftsführer Gernot Rumpold war Haider bereits seit Monaten in den Ohren gelegen, „endlich etwas Neues zu machen“. Die Marke FPÖ, so die Analyse des Werbers, sei „tot“; die Marke Haider habe aber weiter viel Wert. Eine „Liste Haider“, so argumentierte Rumpold, könnte nach wie vor auf ein Wählerpotenzial von 15 Prozent kommen. Ein Konzept für eine neue Partei hatte Rumpold bereits in der Schublade, die Parteifarbe Orange war schon fix. Programmatisch sollte die neue Liste ein Best-of-Jörg der letzten zwanzig Jahre werden. Minus dessen unrühmlichen und politisch fatalen Seiten: von deutschnationalen Anklängen bis vor allem zur unberechenbaren Oppositionspolitik à la Knittelfeld<sup>8</sup>. Als bürgerliche, jedoch weder konservative oder gar zu rechte Partei würde eine „Liste Haider“, so die Idee, in Österreich eine Marktlücke füllen und gemeinsam mit der ÖVP weiter das Land regieren können.

Am 31. März, vier Tage vor der Abspaltung der Orangen von der FPÖ, diskutierte Haider im kleinen Kreis ein allerletztes Mal das Für und Wider einer Neugründung. In den Räumlichkeiten von Rumpolds Werbeagentur im ersten Wiener Gemeindebezirk war der Kern der heutigen orangenen Führung versammelt: Vizekanzer Hubert Gorbach, Klubchef Herbert Scheibner, Generalsekretär Uwe Scheuch und Haiders Schwester Ursula Haubner. Die damalige FPÖ-Parteichefin war es auch, die sich am längsten gegen die Abspaltung wehrte. Warum, so ihr Argument, sollte man wegen ein paar Störenfriede wie Stadler und Mölzer gleich die FPÖ verlassen? Weil mit dem Haufen kein Staat mehr zu machen sei, beschieden ihr die anderen. „Und weil sie sich an keine Abmachungen halten“, soll Klubchef Scheibner ergänzt haben.

Haubners Widerstand war ohnehin mehr symbolischer Art, die Abspaltung nach dem nur knapp erfolgreichen Ausschluss von Andreas Mölzer durch den FPÖ-Vorstand zwei Tage zuvor ohnehin beschlossene Sache. (Bei dem turbulenten Treffen war der Ausschluss von Andreas Mölzer aus der Partei erst nach einer stundenlangen Marathonsitzung mit anschließender Abstimmungssposse durchgegangen.) Scheibner, Gorbach und Scheuch argumentierten, dass sie für ihren Regierungskurs unter den Funktionären keine Mehrheit mehr hätten. Es sei zu befürchten, dass beim nächsten Parteitag die „Rechten“ erfolgreich putschen würden.

Umstritten war in der streng geheim gehaltenen Sitzung vor allem der neue Parteiname. „Es war die Frage, ob wir eine Bezeichnung nehmen sollen, die möglichst ähnlich zur FPÖ ist, oder mit dem Namen einen totalen Bruch signalisieren wollen“, erzählt ein Sitzungsteilnehmer. Jene, die eine gewisse Kontinuität betonen wollten, waren für den Namen „Freie Liste“. Haider votierte für einen kompletten Neuanfang und kreierte ein Wortungetüm, mit dem sich viele Haider-Getreuen heute noch nicht identifizieren: „Wie wär’s mit Bündnis Zukunft Österreich?“

## Der doppelte Geheimpakt

Eigentlich hätte alles auch ganz anders kommen können. Rund drei Wochen vor der Spaltung läutet Straches Handy. Es ist Haider: „Red ma miteinander.“ Die beiden Blauen verabreden sich für den Abend des 14. März in der „Cantinetta Antinori“, einem edlen Italiener nahe des Stephansdoms. Bei Weißwein und zwei Portionen Risotto del Mare wird ein Pakt geboren. Haider soll statt Haubner wieder Parteichef und Strache sein geschäftsführender Obmann werden. Während Haider sich um die „großen Linien“ kümmern soll, ist für Strache die Rolle des „jungen, aufstrebenden Talents“ vorgesehen. Damit wäre die Partei wieder geeint und die Führungsfrage entschieden. Strache erinnert sich, Haider auch auf Gerüchte über eine neue Partei angesprochen zu haben. Dessen Antwort: „Das stimmt alles nicht. Das saugt sich NEWS doch aus den Fingern.“

Nur eine Woche später, am 21. März, treffen die beiden Freiheitlichen erneut zu einem vertraulichen Gespräch zusammen. Wieder bei einem Italiener. Diesmal in Klagenfurt. Auf dem Speiseplan: Fischplatte für zwei. Haider hat laut Strache eine handschriftliche Auflistung seiner Vorstellungen mit und liest die sechs Punkte nach dem Essen vor. „Vereinbarung zwischen H.-C. Strache und Jörg Haider“ steht auf dem Papier, das ein Kärntner Wappen ziert: Im Wesentlichen hält das Papier fest, dass bei einem Bundesparteitag Haider als Bundesparteiohmann und Strache als geschäftsführender Obmann gewählt werden. Der wichtigste Punkt für Haider: Beide müssten den Verbleib in der Regierung garantieren.

Strache hört Haider geduldig bis zum Ende zu. Dann zieht er ein Papier aus der Tasche seines Sakkos. Dort hat der Wiener seinerseits auf vier Seiten die Forderung nach einer „kollegialen Führung“ der FPÖ unter Haider und Strache zusammengefasst. In Punkt eins seines Papiers hält der Wiener fest: „Dr. Jörg Haider und H.-C. Strache bedauern den Zwist, der die FPÖ seit geraumer Zeit in ihren Grundfesten erschüttert und in den letzten Wochen offen zu Tage getreten ist. Beiden ist bewusst, dass die innerparteilichen Verwerfungen der FPÖ an den Alltagsorgen der Menschen vorbeigehen.“

In Punkt zwei heißt es: „Alle Aktivitäten, die auf eine Abspaltung einer Gruppierung von der FPÖ, auf eine Spaltung oder ihre Übernahme hinauslaufen, werden eingestellt. In Punkt vier ist zu lesen: „Jörg Haider und Heinz-Christian Strache sind bereit, die Partei gemeinsam zu führen. Beide werden sich daher dem Parteitag zur Wahl stellen und eine Statutenänderung nach dem Prinzip der kollegialen Führung vorschlagen.“

Haider liest das Papier aufmerksam durch, macht ein paar handschriftliche Anmerkungen und erklärt dann laut Strache: „Das wäre ein Weg. Aber ich muss jetzt nach Rom und dann nach Kanada. Du musst jetzt 14 Tage schweigen, dann können wir das gemeinsam präsentieren.“

Dazu kommt es bekanntlich nicht.

Über das Warum gibt es unterschiedliche Versionen.

Haider habe nur Zeit gewinnen wollen, um die Neugründung mit vorzubereiten, vermutet das Strache-Lager. So wäre Haider etwa nach Kanada gereist, um bei Magna-Chef Frank Stronach um Unterstützung für seine neue Partei zu werben. Zudem wäre Haider unter Druck der Eurofighter-Lobbyisten gestanden, die etwas gegen Strache hätten, und und und...

Gegen eine reine Hinhaltetaktik des Kärntners spricht, dass Haider mit dem Papier vor allem bei seinen eigenen Leuten auf Widerspruch stieß: „Wenn wir einen Vier-Seiten-Vertrag für einen Schulterschluss brauchen, muss das schief gehen“, beschied ihm einer aus dem FPÖ-Regierungslager in Wien. Und generell: Man könne jemanden wie Strache nicht auch noch für seine Umsturzpläne belohnen.

Zudem gibt es begründete Vermutungen, dass Bundeskanzler Wolfgang Schüssel etwa zu diesem Zeitpunkt Haider bereits seinen Segen zu einer neuen Partei gegeben, aber gleichzeitig seine klare Ablehnung gegenüber einem geschäftsführenden Parteiobmann Strache deponiert hatte. Haider wusste damit, dass ein geschäftsführender Obmann Strache das Ende der Koalition bedeuten würde. Genau dies wollte Haider aber um jeden Preis verhindern.

Schüssels Ablehnung bekam Strache auch persönlich zu spüren. Mehrmals suchte der Blaue um einen Termin mit Schüssel an. Der antwortete nicht einmal.

Auch zu Haider riss Straches Kontakt ab. Am 29. März, dem Tag, an dem der Vorstand über Mölzer entscheiden sollte, trat Haider per SMS aus Colorado den geordneten Rückzug an, wie „profil“ in der folgenden Passage detailliert beschrieb:

„Um 10.02 Uhr am Vormittag piepste bei Strache das Handy – eine Nachricht von Haider: ‚Dein Vorschlag (gemeint ist das Papier, Anm.) stößt auf Widerstand. Gespräch notwendig. Liebe Grüße Jörg.‘

Strache tippt zurück: ‚Welchen Vorschlag meinst du? Bin erreichbar. Liebe Grüße H.-C.‘

Antwort Haider: ‚Bin im Flieger. Es geht um geschäftsführenden Obmann.‘

Antwort Strache: ‚Gilt unsere Vereinbarung noch? Ja? Oder nein? Liebe Grüße H.-C.‘

Antwort Haider: ‚Bin immer an einer gemeinsamen Lösung interessiert. Liebe Grüße Jörg.‘

Beunruhigt versuchte Strache Haider telefonisch zu erreichen. Doch er gelangte immer nur auf dessen Mailbox. Am Abend im FPÖ-Vorstand dämmerte Strache, dass die Vereinbarungen hinfällig sein dürften. Das letzte SMS, das er noch während der Sitzung an Haider absetzte, lautete: ‚Lieber Jörg! Deine Schwester steht laut ihren Aussagen nicht zu unserer Vereinbarung. Martin Strutz redet von einer neuen Partei und Trennung. I kenn mi nimma aus.‘ Dieses SMS blieb unbeantwortet.“

## Der Konflikt und seine Ursachen

Um zu wissen, dass Haider die FPÖ selbst in den Abgrund geführt hat, muss man nicht politischer Analyst oder Kolumnist sein. Schwieriger ist es schon zu bestimmen, wann genau jene innerparteiliche Spaltung ihren Ausgang nahm, die am Ende nicht mehr zu kitten schien. „Persönlich“ hatte sich Haider mit den wichtigsten Proponenten des rechten Lagers, wie Stadler und Mölzer, sogar schon vor der Regierungsbeteiligung auseinander gelebt. Mit Stadler, weil er den scharfzüngigen „Dobermann“ in die „Strafkolonie“ Niederösterreich abschob, um ihn von der Bundesebene weg zu haben. Mit Mölzer, weil er den „Umvolkungsexperten“ nicht mehr als „Kulturexperten“ in Kärnten beschäftigen wollte.

In Knittelfeld marschierten Haider, Stadler und Mölzer trotzdem politisch Hand in Hand gegen die Regierungsfraktion rund um Vizekanzlerin Riess-Passer und gaben Kanzler Schüssel einen willkommenen Anlass, um mittels Neuwahlen die FPÖ 2002 nachhaltig zu schwächen<sup>3</sup>. Haiders politisches Waterloo und das damit verbundene Unverständnis in der Bevölkerung bewirkten einen Schwenk. Spätestens mit Beginn des Kärntner Wahlkampfes 2004 wollte Haider mit Knittelfeld nichts mehr zu tun haben, entschuldigte sich mittels ganzseitigen Inseraten in Kärnten dafür und fuhr mit einem reinen Persönlichkeitswahlkampf moderaten Stils einen sensationellen Wahlerfolg ein. Die Absetzbewegungen Haiders von den „Fundamentalisten und Taliban“ (Haider) in der FPÖ und seine demonstrativ positive Einstellung zur Regierungsbeteiligung der FPÖ wurden im rechten Lager als illoyal, ideologiefeindlich und verräterisch empfunden.

Zudem hatte Haiders peinliche „Ich bin wieder da, ich bin schon wieder weg“-Politik kurz nach Knittelfeld überhaupt nicht mehr dem Bild einer rechten Führernatur entsprochen.

Konträr dazu verspürten die Rechten innerparteilichen Aufwind. Johann Gudenus wurde Obmann des Ringes Freiheitlicher Jugendlicher (RFJ), Karl Wimleitner Obmann des Freiheitlichen Seniorenrings, und Mölzer verdrängte mittels Vorzugsstimmenwahlkampf den offiziellen Parteikandidaten Hans Kronberger aus dem EU-Parlament.

Bei einem Abendessen für Strache und Mölzer in seiner Klagenfurter Wohnung versucht Haider im Frühsommer 2004 noch einmal alle Lager ins Boot zu holen. Im kleinen Kreis einigt man sich bei einer von Ehefrau Claudia Haider zubereiteten kalten Platte auf Haiders Schwester als neue Parteichefin, Strache als Vizechef und Stadler als Präsidenten der Parteiakademie. Stadler und Mölzer sollten zudem in den Parteivorstand kooptiert werden. Haider spekuliert damit, so die „Rechten“ zu befrieden. Beim Parteitag der FPÖ im Juli 2004 wird der Plan in die Tat umgesetzt.

Haubners hilfloses Agieren an der Parteispitze und deren konturlose Politik gegenüber dem Koalitionspartner ÖVP bestärken aber nur die Regierungsgegner. Da man in Sachen Regierungskritik auf den alten Haider nicht mehr zählen kann, wird Wiens FP-Chef Strache zum „jungen Haider“ stilisiert. In den Gremien wird die Parteiführung neben Kritik am „Kuschel-Kurs“ mit der ÖVP zunehmend mit unangenehmen Fragen zur prekären Finanzsituation konfrontiert und die Spesen von Riess-Passer und Haider kritisiert. Die Partei werde in Konkurs gehen und der Vorstand für die Pleite haften, warnen Kritiker. „Du hast ein Eigenheim? Na das ist bald weg, wenn die Partei in Konkurs geht“, soll Stadler im Vorstand zu einem Widersacher etwa gemeint haben. Während im Vorstand Stadler gegen Parteiführung und Regierungspolitik zur Hochform aufläuft, werden in konspirativen Sitzungen Delegierte für den kommenden Parteitag gegen die Parteiführung mobilisiert. Haubner, so befürchtet Haider, würde den nächsten Parteitag nicht überstehen. Im März 2005 werden Mölzer, Stadler, Gudenus und Wimleitner von der noch regierungstreuen Mehrheit daher nach einer elfstündigen Marathonsitzung aus dem FPÖ-Vorstand gedrängt. Strache legt seine Funktion als Vizechef nieder. Haubner hatte zuvor ihren Rücktritt angeboten.

Das Match um die Parteiführung war eröffnet.



## Die triste Zukunft der Orangen in Österreich und Kärnten

Ist das „Bündnis Zukunft Österreich“ Vergangenheit, bevor die Nationalratswahl zeigen wird, was das orange Gebilde auf dem Wählermarkt wert ist? Offenbar.

Der Reigen der Landtagswahlen brachte für die Orangen die amtliche Bestätigung von drei absehbaren Wahrheiten: Erstens, anders als von Haider vermutet, ist die Marke FPÖ nicht tot. Zweitens ist die Strahlkraft von Jörg Haider, zumindest außerhalb von Kärnten, verblasst. Drittens wissen die Wähler offenbar nicht, wofür das orange Gebilde steht, und setzen ihr Kreuz lieber bei anderen Parteien – KPÖ eingeschlossen. Mit 1,2 Prozent und einem einzigen Bezirksrat (von 1112) reichte es für den Haider-Wahlverein in Wien nur zu einer peinlichen Minderheitenfeststellung.

Journalisten neigen dazu, Haider abzuschreiben. Oft vorschnell, wie etwa die Kärntner Landtagswahl gezeigt hat. Angesichts der Wahlergebnisse in der Steiermark und in Wien, bei denen sich das BZÖ hart an der Wahrnehmungsgrenze eingependelt hat, stellt sich aber mehr denn je die Frage nach Haiders politischer Überlebensfähigkeit. Und seinem Überlebenswillen.

Selbst der frühere maximo lider der FPÖ müsste wissen, dass Abspaltung und Neustart gescheitert sind. Da hilft auch nicht das Gerede davon, dass die Landtagswahlen für das BZÖ nur Probeläufe gewesen seien und der wirkliche Test mit der Nationalratswahl 2006 erst bevorstehe.

Der Kärntner Landeshauptmann hat es in seiner Karriere bisher vermieden, höchstpersönlich eine Niederlage einzustecken. Immer mussten Platzhalter erwartbare Verluste auf ihre Kappe nehmen. Nur dort, wo es nicht anders ging, wie in Kärnten, zeigte Haider noch einmal allen, was er so drauf hat. Schwer denkbar, dass der Kärntner diese Tradition ausgerechnet bei der anstehenden Nationalratswahl aufgeben wird. Dort gibt es für Haider nichts zu gewinnen, viel zu verlieren. Spätestens die Wiener Wahl hat gezeigt, dass FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache von seinem früheren Idol zumindest einen Teil der verbitterten Modernisierungsverlierer, überzeugten Deutschnationalen und rassistischen Ausländerfeinde geerbt hat. Der FPÖ ist damit der Sprung in den Nationalrat zuzutrauen.

Erstmals in seiner Karriere gibt es damit rechts von Haider eine ernst zu nehmende politische Kraft. Auch wenn der rechtspopulistischen FPÖ bis aufs Weitere jeder realpolitische Einfluss auf die Regierung verwehrt bleiben wird, können die Blauen jene Protesstimmen einheimsen, die Haider früher für sich reklamieren konnte. Während das BZÖ den Umstieg auf eine Partei des leistungswilligen Mittelstands à la FDP nicht geschafft hat, bietet die FPÖ rechten Wählern eine neue alte Heimat.

Auch wenn derzeit noch nicht absehbar ist, ob mit Hans-Peter Martin oder einer neuen Linkspartei bei der Nationalratswahl weitere Listen um die Wählergunst buhlen werden, ist klar, dass die Orangen damit – milde ausgedrückt – ein strategisches Problem mit Implosionspotential haben. Nur Haider hält das orange Gebilde am Leben, doch der schwächelt und wird seinem Ruf als Führer – wieder einmal – nicht gerecht. Zumindest zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Artikels vermittelte Haider eher den Anschein, lieber in der Karawankenfestung Kärnten überwintern zu wollen, als sein letztes Herzblut für eine verlorene Sache opfern zu wollen.

Angesichts der politischen Überlebensfähigkeit Haiders und seines noch immer intakten Gefühls für politische Stimmungen soll ein Einzug der Orangen in den Nationalrat 2006 aber nicht ausgeschlossen werden. Dabei muss gar nicht das Kärntner Grundmandat bemüht werden, das dem BZÖ sogar von Nationalratspräsident Andreas Khol zugeschrieben wird. Immerhin war Haider selbst in erfolgreicheren Zeiten recht weit von einem Grundmandat in Kärnten entfernt. Selbst in den Bezirken mit den meisten Stimmen fehlten der FPÖ bei der letzten Nationalratswahl 2002 rund 3000 Stimmen auf ein Grundmandat.

Plausibler ist, dass eine orange Liste, etwa angeführt durch die laut Umfragen nicht unpopuläre Justizministerin Karin Gastinger (oder gar den ehemaligen FPÖ-Klubchef Peter Westenthaler), die Vier-Prozent-Hürde überspringt. Voraussetzung dafür ist allerdings eine Neupositionierung und vielleicht Namensänderung der „Liste Haider“, die weniger mit Orangen und Polit-Pensionisten wie in der Steiermark und in Wien, sondern mit einer klaren und simplen Botschaft wirbt. Nur welche soll das sein?

Das Beispiel des Liberalen Forums hat gezeigt, dass eine „von oben“ gegründete Partei ohne ausreichende Unterstützung in den Ländern trotz einer prominenten Leitfigur mittelfristig nicht erfolgreich sein kann. Mit Ausnahme in Kärnten wird das BZÖ in nächster Zeit aber regional bedeutungslos bleiben. Gerade die mangelnde bundesweite Verankerung des BZÖ wird dazu führen, dass die Orangen sich in Zukunft mehr noch als heute vor allem als Kärntner Partei begreifen werden. Damit ist es durchaus plausibel, dass sich das Bündnis angesichts der bundespolitisch zunehmend hoffnungslosen Lage mittelfristig zu einer starken Kärntner Regionalpartei entwickelt, die bei Wahlen auf allen Ebenen zwischen Wolfsberg und Hermagor stark abschneidet, während sie bundesweit von Wahl zu Wahl um ihr Überleben kämpfen muss.

Haider's einzige öffentliche Machtbasis, der Kärntner Landeshauptmann-Sessel, ist zudem gefährdet. Neben einer wahlpolitisch geschickten Politik verdankt Haider seine dominante Position in Kärnten der Schwäche seiner Gegner. Stellt sich der in der Kärntner SPÖ eingeleitete Machtwechsel als erfolgreich heraus, wird damit zwangsläufig eine Schwächung Haider's

einhergehen. Dies gilt aber nur für den unwahrscheinlichen Fall, dass der Kärntner SPÖ zum ersten Mal in der Ära Haider etwas gelingt.

Zudem kommt, dass den Orangen der Titel „Die Freiheitlichen in Kärnten“ aus juristischen Gründen wohl kaum bleiben dürfte. Die mangelnde bis dilettantische rechtliche Absicherung der Parteiabspaltung, verbunden mit einer mehr als unglücklichen Namensgebung, könnte Haider selbst in Kärnten zu Gunsten der FPÖ-Alt Stimmen verlieren lassen.

Um längerfristig bundesweit ein politischer Faktor sein zu können, müssen Regionalparteien, wie das Beispiel der CSU in Bayern oder der PDS in Ostdeutschland zeigt, auf nationaler Ebene eine Schwesterpartei haben oder wahlpolitische Bündnisse eingehen. Der Name BZÖ zeigt schon, dass Bündnisse jenseits des traditionellen Parteienspektrums nicht ausgeschlossen sein sollen. So bot Haider vor der Landtagswahl in der Steiermark der Liste Hirschmann seine Unterstützung an, sofern diese das BZÖ bei der Nationalratswahl 2006 unterstützen würde. Aus dem Pakt wurde bekanntlich nichts. Es ist höchst unwahrscheinlich, dass derartige Konstruktionen in Zukunft schon aufgrund der handelnden Akteure erfolgreich sein können. Oder wer kann sich ein Bündnis vorstellen, in dem Hans-Peter Martin und Jörg Haider aneinander ein gutes Haar lassen? Wenn man von der ebenfalls ums Überleben kämpfenden FPÖ absieht, hat das BZÖ auf Bundesebene auch keinen logischen Partner aufzuweisen. Eine Reunion mit den „destruktiven Kräften“ in der FPÖ, wie er sporadisch und vor allem von Seiten des BZÖ diskutiert wird, scheint weder wahrscheinlich noch zukunftsreich. Wer will mit einer Ein-Prozent-Partei schon fusionieren?

Haider und seine Partei werden damit in den nächsten Jahren weiterhin ein Faktor in Österreich und eine Macht in Kärnten bleiben – allerdings von tendenziell abnehmender politischer Relevanz. Auch wenn Haider in den nächsten Jahren noch ein paar Etappensiege feiern kann – längerfristig deutet viel darauf hin, dass er und seine Partei als Kärntner Regionalphänomen enden werden.

Eines sollte der Redlichkeit halber aber festgehalten werden: Bei Haider haben schon bekanntere politische Experten als der Autor dieser Zeilen ordentlich danebengehaut – mindestens so oft, wie Haider seine Position geändert hat.

## Anmerkungen:

- 1 Dieser Artikel beruht unter anderem auf ausführlichen Gesprächen mit führenden BZÖ- und FPÖ-Proponenten. Kärntens Landeshauptmann Jörg Haider konnte aus Zeitgründen seine Sicht der Dinge nicht schildern. Passagen des Artikels, die vertrauliche Treffen oder Gespräche Haiders mit FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache beschreiben, geben daher die Sicht von Letzterem wieder.
- 2 Auf das im FPÖ-Parteiprogramm traditionell verankerte Bekenntnis zur deutschen Sprach- und Kulturgemeinschaft wurde im BZÖ-Positionspapier verzichtet. Dafür wird Kritik am globalen Kapitalismus geübt und ganz im Sinne von Globalisierungsgegnern eine Besteuerung von Finanztransaktionen gefordert. Ansonsten steht das Bündnis gegen „Kammerstaat“, „Kammerwesen“ und „alte Ideologien“ und für „Stärkung der kleinen und mittleren Betriebe“, „Kontrolle der Zuwanderung“ und „Arbeit für alle“. Damit bedient sich die neue Haider-Partei aus dem gleichen „ideologischen Wühltisch“ („profil“) wie andere Parteien auch.
- 3 Aus Unmut über den Kurs des FPÖ-Regierungsteams unter Riess-Passer sammelt Volksanwalt Ewald Stadler Unterschriften für die Abhaltung eines Sonderparteitags am 7. September 2002, um eine Steuerreform zu erzwingen. Jörg Haider marschiert mit den „Knittelfeldern“. Die Folge: Riess-Passer, Finanzminister Karl-Heinz Grassner und Klubchef Peter Westenthaler geben ihren Rücktritt bekannt. Einen Tag später verkündet Kanzler Schüssel Neuwahlen.

## Gaby Schaunig und der Versuch eines Neubeginns in der Kärntner SPÖ

Wer sich im Kreis der Kärntner SPÖ-Funktionäre durchsetzen will, muss etwas mehr als bloß Durchsetzungsvermögen und taktische Intelligenz mitbringen. Ist es eine Sie, so braucht es noch einmal ein bisschen mehr von allem: mehr Ehrgeiz, mehr Zähigkeit, mehr Raffinesse, mehr Glück. Außerdem einen guten Magen, ausreichend Härte, gesteigertes Selbstbewusstsein und eiserne Ellenbogen.

Letztere haben der 40 Jahre alten Klagenfurterin Gaby Schaunig nur die zugetraut, die sie näher kennen. Zu sehr verleitet ihr schlankes, leichtfüßiges Äußeres zu Analogieschlüssen in Bezug auf ihr politisches Gewicht.

Exakt 3,78 Prozent beträgt der Anteil an Frauen bei den Bürgermeisterin in Kärnten, von den 36 Landtagsabgeordneten sind 19,4 Prozent weiblich. Unter den sieben Mitgliedern in der Landesregierung ist eine Frau. Damit die Politik weiblicher wird, startet Soziallandesrätin Schaunig im Herbst 2005 ein Förderprogramm für Mandatarinnen und politikinteressierte Frauen – Kommunikationstraining und Marketingschulungen inklusive. Den größten Karrieresprung macht Schaunig freilich am 29. Oktober 2005 gleich einmal selbst.

Doch zunächst einmal zur Vorgeschichte: Bei den Landtagswahlen im März 2004 kann die SPÖ unter ihrem Vorsitzenden Peter Ambrozy zwar zulegen, die Freiheitlichen bleiben aber dennoch stärkste Kraft und Jörg Haider Landeshauptmann. Völlig überraschend kommt es nur zwei Tage nach der Wahl zu einer Zusammenarbeit zwischen damals noch Blau und Rot.

Gaby Schaunig hatte mitverhandelt, in der Nacht auf den 13. März nach der Unterzeichnung der Koalitionsvereinbarung aber nahezu fluchtartig das Klagenfurter Hotel Sandwirth verlassen. Somit kommt sie auch nicht in die Verlegenheit, mit Landeshauptmann Haider und seinen Getreuen mit Chianti auf die Zusammenarbeit anstoßen zu müssen. Obwohl sie die Vereinbarung mit unterzeichnet hatte, enthält sie sich bei den darauf folgenden Beschlüssen in den SPÖ-Gremien der Stimme. Wankelmut, nennen es ihre Kritiker. Ein Auseinanderklaffen von eigener und von Parteimeinung sei es gewesen, argumentiert Schaunig selbst. Mit ihrer Skepsis gegenüber der Koalition hält sie fortan nicht hinter dem Berg.

Auch an der roten Basis erhält die Zusammenarbeit nicht nur Zustimmung und Peter Ambrozy am Villacher Parteitag im Herbst 2004 die Quittung:

Nur 61 Prozent der Delegierten wählen ihn erneut zum Vorsitzenden. Eine offene Obmanndebatte ist eröffnet.

Durch die parteiinternen Querelen entnervt, kündigt Ambrozy seinen Rückzug aus Partei- und Regierungsfunktionen an und beruft einen außerordentlichen Parteitag für Ende Oktober 2005 ein<sup>1</sup>.

Auf der Suche nach geeigneten Kandidaten für die Ambrozy-Nachfolge herrschen in der SPÖ zunächst Verwirrung und taktische Geplänkel. Mit den in den Kärntner Spätsommer prescht dann Gaby Schaunig als erste mit ihrer offiziellen Bewerbung vor. Mit wohlwollender, aber stiller Unterstützung der Bundes-SPÖ. Den Wiener Genossen ist die Kärntner Koalition schon lange ein Dorn im Auge: Wie sollen die Parteistrategen gegen die orange Regierungsbeteiligung in Wien wettern, wenn die Kärntner Parteifreunde selbst mit Haider zusammenarbeiten?

Doch in der eigenen SPÖ-Bezirksorganisation Klagenfurt schlägt Schaunig hingegen zunächst ein rauer Wind entgegen: Sie hatte den Klagenfurter Parteichef Ewald Wiedenbauer nicht über ihre Pläne informiert. Auch die SPÖ-Frauen, deren Chefin sie gerne geworden wäre, begegnen ihr mit Argwohn.

St. Veits Bürgermeister Gerhard Mock<sup>2</sup> – er gilt als Befürworter der „Chi-anti-Koalition“ – kündigt daraufhin seine eigene Kandidatur an und lässt Schaunig ausrichten, dass er sie im Falle seiner Wahl nicht mehr in der Regierung haben wolle.

Die SPÖ-Gremien nominieren auch noch Umweltlandesrat Reinhart Rohr<sup>3</sup> und Klubobmann Karl Markut<sup>4</sup> als Kandidaten und schließlich meldet sich Landesschulratsvizepräsident Rudolf Altersberger<sup>5</sup> als fünfter Bewerber.

Mitte Oktober, eine Woche vor der Kampfabstimmung um den Kärntner SPÖ-Vorsitz, gilt Reinhart Rohr als klarer Favorit auf die Nachfolge von Peter Ambrozy. Er sei etwas farblos, habe aber die wenigsten innerparteilichen Feinde, analysieren Beobachter: Bei einer von der Austria Presse-Agentur durchgeführten Umfrage<sup>6</sup> unter den Kärntner Politik-Journalisten meinen 13 der 25 befragten Redakteure, Rohr werde das Rennen machen. Neun Medienvertreter tippen auf Soziallandesrätin Gaby Schaunig und drei Redakteure zeigen sich von der Kür von St. Veits Bürgermeister Gerhard Mock überzeugt. Keine Chancen werden Klubobmann Karl Markut und Landesschulratsvizepräsidenten Rudolf Altersberger gegeben.

Eineinhalb Jahre nach der letzten und dreieinhalb Jahre vor der nächsten Landtagswahl sollen sich die Funktionäre also für einen neuen roten Chef entscheiden. „Der Zeitpunkt ist nicht ideal, weil die Zeit bis zur nächsten Landtagswahl zu lang ist“, beklagt der ehemalige Vorsitzende Michael Ausserwinkler. „Die Vorsitzenden sind in den letzten Jahren immer mit

großer Mehrheit gewählt worden und schon ein paar Wochen später hat man gespürt, dass wieder andere Personen ins Spiel gebracht worden sind oder andere, die sich nicht aus der Deckung gewagt haben, auf den Vorsitzenden geschossen haben. Die Gefahr, so wie ich sie erlebt habe, ist, dass einer vorne steht und alle anderen nachher meinen, sie wissen es besser.“<sup>7</sup>

Diesmal stellen sich gleich fünf Kandidaten zur Wahl, und doch halten sich andere, wichtige rote Repräsentanten weiterhin zurück.

Der Spittaler Bürgermeister Gerhard Köfer zum Beispiel. Er fühlte sich zwar von „namhaften Persönlichkeiten“ umworben und habe „interessante Gespräche“ geführt, bleibe aber bei seiner Unterstützung für Mock. Freilich: „Ich schließe nicht aus, dass ich es irgendwann tue“<sup>8</sup> – für den Parteichef zu kandidieren.

Oder Köfers Wolfsberger Amtskollege Gerhard Seifried, der zwar unumwunden zugibt, dass er die SPÖ gerne in die nächste Landtagswahl führen würde, aber dass es ihm jetzt noch zu früh sei für eine Kandidatur<sup>9</sup>.

Also bleibt es bei fünf Kandidaten, unter denen sich die 540 Delegierten am Klagenfurter Parteitag entscheiden müssen. Eine wichtige Rolle kommt den Villacher Funktionären zu. Sie stellen die mit Abstand größte Zahl an Delegierten auf jedem SPÖ-Parteitag. Auch deshalb gilt der zwar in Stockenboi aufgewachsene, aber bekennende Villacher Rohr als Favorit.

Der Villacher Bürgermeister und ehemalige SPÖ-Landesparteivorsitzende Helmut Manzenreiter lädt seine Delegierten vor Beginn des Parteitages ins Landesarchiv, um die Marschroute für die Abstimmung vorzugeben. Der Appell für Reinhart Rohr sei allerdings nicht „sehr leidenschaftlich ausgefallen“, berichtet ein Genosse. Manzenreiter hält sich bedeckt. Immerhin gilt er als politischer Entdecker von Schaunig und Kritiker der Orange-Roten-Koalition.

Am Parteitag lässt zunächst der scheidende Landesparteichef mit scharfer Kritik an manchen Parteifreunden aufhorchen: „Es darf nie wieder passieren, dass zwei Wochen vor der Wahl wichtige Funktionäre mit dem politischen Gegner kollaborieren, gemeinsame Erklärungen abgeben oder Pressekonzferenzen machen“, meint er an die Adresse des Wolfsberger Bürgermeisters Gerhard Seifried. „Bei der Landtagswahl 2004 sei man unter anderem deshalb nicht Erster geworden, weil nicht bis zuletzt alle an einem Strang gezogen hätten.“

Ambrozy, der von 1989 bis 1994 und dann wieder von 2000 bis 2005 Parteivorsitzender gewesen ist, verteidigt die Koalition mit dem BZÖ einmal mehr als „richtigen und wichtigen Schritt“. Doch die Stimmung unter vielen Funktionären scheint eine andere zu sein. Michael Ausserwinkler: „Nach der letzten Landtagswahl haben die meisten erkannt, dass es mit

diesem Ergebnis nicht viele andere Möglichkeiten gab, als eine Koalition einzugehen. Doch jetzt sind die Funktionäre zusehends sauer. Sie hören zu wenig von der SPÖ. Es kommt zunehmend ein Grant auf und viele, die früher für die Koalition waren, sind jetzt kritisch.“<sup>10</sup>

Im ersten Wahlgang erhält keiner der fünf Kandidaten um den Kärntner SP-Vorsitz eine absolute Mehrheit. Schaunig liegt aber von Anfang an überraschend klar voran: 218 Stimmen oder 40,2 Prozent entfallen auf die Soziallandesrätin. Umweltlandesrat Reinhart Rohr kommt auf 157 Stimmen (29,6 Prozent), Gerhard Mock auf 102 Stimmen (19,1 Prozent), Karl Markut auf 38 Stimmen (7,1 Prozent) und Rudolf Altersberger auf 17 Stimmen (3,2 Prozent).

Schaunigs kritische Worte zur „Chianti-Koalition“ hatten ihr wohl die entscheidenden Stimmen zum Sieg gebracht, ihre Seitenhiebe auf Jörg Haider und das BZÖ offenbar die Stimmung der Funktionäre getroffen. Das Koalitionsabkommen werde halten, meinte Schaunig, und drohte gleichzeitig: „Wir sind keine Anhängsel und keine Mehrheitsbeschaffer. Unsere Geduld ist nicht grenzenlos.“ An dieser Deutlichkeit hatten es ihre Gegenkandidaten fehlen lassen. Unter tosendem Jubel der Delegierten verkündete sie dann in einer minutiös vorbereiteten Präsentation: „Manche Probleme im Leben lösen sich von selbst auf, wie das BZÖ. Wir haben heute hier mehr Kandidaten als das BZÖ Mitglieder.“

Nicht wenige SPÖ-Delegierte quer durch die Bezirke warfen daraufhin ihre zuvor getroffenen internen Festlegungen über Bord und entschieden sich – weit über ihren Schatten springend – für die erste Frau an der Spitze der Kärntner Sozialdemokratie.

In der Stichwahl erhält Schaunig 327 Stimmen oder 61,9 Prozent der 528 gültigen Delegiertenstimmen. Auf ihren Kontrahenten Rohr entfallen 201 Stimmen oder 38,1 Prozent.

Als Schaunig nach ihrer Wahl ans Rednerpult tritt, meint sie unter Beifall: „Ich hoffe, die Mikrofone sind so eingestellt, dass ihr mein Herzklopfen nicht hören könnt.“ Damit versucht sie den parteiinternen Kritikern den Wind aus den Segeln zu nehmen. Kritikern, die ihr zwar Intelligenz bescheinigen, aber ein kaltes Herz vorwerfen. Und die sie für eloquent, aber politisch zu unbeschlagen befinden, sachlich firm, in der täglichen Arbeit allerdings eine Einzelkämpferin.

Taktisch geschickt setzt Schaunig sofort einen Paukenschlag und präsentiert ihr neues Team noch am Parteitag. Rohr bleibt an ihrer Seite in der Regierung, als Quereinsteiger löst der aus traditionellem SPÖ-Haus kommende 44 Jahre alte Klagenfurter Arzt Wolfgang Schantl<sup>11</sup> den bisherigen Parteichef Ambrozy als Gesundheitsreferenten in der Regierung ab. Der ausgewiesene Parteilinke Peter Kaiser<sup>12</sup> wird statt Karl Markut Klubobmann im Landtag. Dem überrumpelten Parteivorstand, an dem ihre Vor-



gänger wegen umstrittener Personalfragen zu scheitern pflegten, bleibt im Anschluss nur noch, die Rochaden der neuen Chefin formal abzusegnen. Schaunig hat damit versucht von Anfang an klar zu machen, wer jetzt das Sagen in der einstmals mächtigen Kärntner SPÖ hat.

Dabei wollte die am 3. Mai 1965 geborene Klagenfurterin zunächst von der Politik noch gar nicht so viel wissen. Aufgewachsen unter durchaus linken Sozialisationsbedingungen – ihre Mutter war Gewerkschaftssekretärin –, lernte Gabriele, die damals noch Kandut hieß, die Politik quasi nebenher. Seit 1989 SPÖ-Mitglied, kümmerte sie sich nach ihrem Jusstudium in Graz zunächst hauptsächlich um eine Universitätskarriere als Vertragsassistentin am Institut für Bürgerliches Recht, ehe sie 1990 nach Kärnten zurückkehrte. Hauptsächlich der Liebe und der Seen Wellen wegen: Mit ihrem Ehemann Hans Schaunig und der mittlerweile zwölfjährigen Tochter Lisa teilt sie, unter anderem, eine unausrottbare Zuneigung zum Wörthersee, Unterabteilung Strandbad Klagenfurt. Das allein sei ein Grund, weshalb sie nirgendwo anders leben könne, betont Schaunig gern und oft.

Sie war Direktionsassistentin für die Bereiche Miet- und Wohnrecht in der Arbeiterkammer, als sie 1999 unter Parteichef Manzenreiter als Quereinsteigerin Nachfolgerin von Karin Achatz Sozialreferentin in der Landesregierung wurde. Unter den Zwängen einer volksnahen Politik und wohl auch in gewollter Anspielung an die erfolgreiche „rote Gabi“ Burgstaller in Salzburg wurde aus Gabriele Schaunig-Kandut Gaby Schaunig.

Es entspricht Schaunigs Naturell, dass sie weiß, was sie will und das auch konsequent und zielstrebig durchsetzt. Manchmal leise, wenn es um für sie wichtige Sachfragen vor allem im Sozialbereich geht, manchmal lautstark, wie in vielen Streitgefechten mit Jörg Haider.

Die rote Soziallandesrätin hat sich seit ihrem Eintritt in die Regierung als scharfe Kritikerin der Freiheitlichen einen Namen gemacht: „Dort, wo ich sehe, dass Konflikte notwendig sind, weil manche Dinge nicht so stattfinden sollten, wie sie stattfinden, da scheue ich auch nicht den Konflikt.“<sup>13</sup>

Im Jahr 2000 kam es in einer Regierungssitzung zu einem Eklat, als die Freiheitlichen mit Unterstützung der ÖVP auf Antrag Haiders Schaunig eine Reihe ihrer Zuständigkeiten entzogen. Die damaligen heftigen Proteste Schaunigs und ihrer Partei blieben allerdings erfolglos.

Im Dezember 2004 stimmte Schaunig in der Regierungssitzung gegen die Mitfinanzierung der Koralmbahn durch das Land und damit gegen die Koalitionslinie von FPÖ und SPÖ. Damit war ihr auch der Unmut von Parteichef Ambrozy sicher.

Jetzt bläst offenbar Jörg Haider ein frischer Wind ins Gesicht. Schaunig hat aus ihrer linken Haltung nie ein Hehl gemacht. Die ersten Konflikte sind

vorprogrammiert, ja wahrscheinlich erwünscht. Aber Schaunig wird ihre Abneigung gegen den Koalitionspartner wohl auch in konstruktive Kooperation umwandeln müssen. Schaunig: „Meine Position zur Zusammenarbeit hat sich nicht verändert. Dort, wo es um Inhalte geht, sage ich ja zu einer sachlichen Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften. Das Regierungsprogramm, das wir haben, ist gut, das ist abzuarbeiten. Darüber hinaus gibt es keine Berührungspunkte. Wenn es Vorschläge gibt, die nicht gut für Kärnten sind, wird es nichts geben, das mich bewegen kann, mit zuzustimmen.“<sup>14</sup>

Wie sie die SPÖ in der orange-roten Koalition zwischen Zusammenarbeit und Neupositionierung zu steuern vermag, dürfte zum ersten Test für mögliche, künftig höhere Aufgaben werden. Denn dass Schaunig es mit dem Spiel auf der zweiten Geige im Land belassen will, glaubt niemand: „Selbstverständlich will ich Landeshauptfrau werden.“<sup>15</sup>

Für die Kärntner Sozialdemokraten ist der Wechsel an der Parteispitze auch ein Linksruck. Ob diesem alle Funktionäre folgen werden? Die neue Chefin will die Partei offenbar klar positionieren: „Die SPÖ müsse ihren Grundwerten verpflichtet bleiben“, forderte Schaunig am Parteitag. „Ich will ein ganz klares Profil der SPÖ, auch mit einer Abgrenzung zu anderen politischen Kräften in unserem Land.“<sup>16</sup>

Die Vorsitzende selbst ist modern, urban, aber wenig bodenständig. Ob sie bei Wahlen auf dem traditionsbewussten, konservativen Kärntner Terrain bestehen kann, ist ungewiss. Aber wenn es sein muss, zieht sich Schaunig auch ein Dirndl an.

Vor allem die Herrenrunde in der eigenen Partei wird Schaunigs Ambitionen mit Argwohn beobachten und begleiten. So ist es immer schon Tradition in Kärnten gewesen. Michael Ausserwinkler glaubt nicht, dass Ruhe einkehren wird in der Partei, aber „der große eiserne Besen würde jetzt auch nicht funktionieren. Die Kärntner SPÖ braucht jetzt Konsens- und Dialogfähigkeit.“<sup>17</sup> Schaunig: „Vielleicht ist mein Vorteil, dass ich in vielen dieser unterschiedlichen parteiinternen Strömungen, die zum Teil aus der Vergangenheit her rühren, nicht involviert bin. Ich bin noch relativ neu in der Politik und vielleicht bin ich auch eine Chance, diese unterschiedlichen Meinungen und Auffassungen in der SPÖ zusammenzuführen. Und eine geeinte SPÖ wäre absolut unschlagbar.“<sup>18</sup>

Vielleicht kann ihr ja ihr Ehemann Hans mit der Erfahrung seiner Sportlerkarriere helfen: Der ehemalige Eishockeytormann des KAC weiß, dass gute Reflexe und ein scharfes Auge, abgesehen von einer festen Polsterung, Voraussetzung für die Abwehr scharfer Schüsse sind. Solange die vom Gegner abgefeuert werden, muss Gaby Schaunig noch nicht allzu viel befürchten.

## Anmerkungen:

- 1 Peter Ambrozy war mehr als elf Jahre lang Vorsitzender der Kärntner Sozialdemokraten. Im Herbst 1988 hatte der jetzt 59 Jahre alte Ambrozy die Nachfolge Leopold Wagners sowohl als Landeshauptmann als auch als Parteivorsitzender angetreten. Bei der Landtagswahl im März 1989 verspielte Ambrozy aber die absolute Mehrheit um wenige hundert Stimmen. Jörg Haider wurde zum ersten Mal Landeshauptmann. Eine weitere Niederlage setzte es für die SPÖ 1994. Ambrozy trat zurück, doch unter seinem Nachfolger Michael Ausserwinkler wurde die SPÖ 1999 von der FPÖ sogar auf Platz zwei verdrängt. 2000 kehrte Ambrozy nach einem kurzen Gastspiel von Helmut Manzenreiter an die Parteispitze zurück.
- 2 Der seit 1988 amtierende Bürgermeister der Bezirksstadt St. Veit an der Glan ist 51 Jahre alt. Gerhard Mock hatte sich in den vergangenen Jahren als Kritiker der jeweiligen SPÖ-Chefs nicht zurückgehalten.
- 3 Der 45 Jahre alte Villacher Reinhart Rohr, seit dem Jahr 2002 als Umweltreferent Mitglied der Landesregierung, war Anfang der neunziger Jahre von Ambrozy als Landesparteisekretär in die Landespolitik geholt worden.
- 4 Der 51 Jahre alte Karl Markut wurde nach der Wahl 2004 Klubobmann der Kärntner SPÖ, als Bürgermeister in St. Georgen im Lavanttal amtiert er seit 14 Jahren.
- 5 Der 49 Jahre alte Rudolf Altersberger war früher als Spitzensportler auf Mittel- und Langstrecken in Erscheinung getreten. Der gebürtige Ferndorfer (Bezirk Spittal/Drau) hatte an der Sporthauptschule St. Veit an der Glan unterrichtet, bevor er im Jahre 2000 Vizepräsident des Kärntner Landesschulrates wurde. Altersberger ist seit 2000 kooptiertes Mitglied des SPÖ-Landespartei Vorstandes.
- 6 APA; „Ambrozy-Nachfolge: Rohr für Kärntner Politik-Journalisten Favorit.“. 19. Oktober 2005.
- 7 Interview mit Michael Ausserwinkler. September 2005.
- 8 Kleine Zeitung; „Köfer als sechster Kandidat umworben“. 22. Oktober 2005.
- 9 APA; „Ambrozy-Nachfolge – Seifried: Frage des Spitzenkandidaten 2008 klären“. 30. September 2005.
- 10 Interview mit Michael Ausserwinkler. September 2005.
- 11 Wolfgang Schantl wurde 1961 in Klagenfurt geboren. Er maturierte 1980 am BORG in Klagenfurt und studierte anschließend Medizin in Wien. 1987 wurde er Turnusarzt am LKH Klagenfurt, wo er auch die Ausbildung zum Facharzt für Plastische und Wiederherstellende Chirurgie absolvierte. Von 1996 an war er Erster Oberarzt an der Abteilung für Plastische Chirurgie. 2003 verließ er das Spital und wechselte zu einer Siemens-Tochterfirma, der addIT, die auf Gesundheitsthemen spezialisiert ist. Politisch war der Mediziner bis dato nicht aktiv. Schantl ist verheiratet und Vater eines elf Jahre alten Sohnes. Privat frönt er dem Laufsport; so absolvierte er vor zwei Jahren den New-York-Marathon. Der Arzt ist aber auch künstlerisch tätig, und zwar als Hobbymaler und Bildhauer.
- 12 Der Klagenfurter Peter Kaiser ist seit 2001 im Kärntner Landtag vertreten und war bisher stellvertretender Klubobmann.
- 13 Interview mit Gaby Schaunig. September 2005.
- 14 Interview mit Gaby Schaunig. September 2005.
- 15 Interview mit Gaby Schaunig. September 2005.
- 16 Interview mit Gaby Schaunig. September 2005.
- 17 Interview mit Michael Ausserwinkler. September 2005.
- 18 Interview mit Gaby Schaunig. September 2005.

# Die Wirtschaftskammerwahl 2005 in Kärnten

## 1. Die Ausgangssituation

Dass die Wirtschaftskammerwahl am 14. und 15. März 2005 überdurchschnittliche große Beachtung fand, hatte zwei Ursachen: Nach dem Wahljahr 2004 mit Landtagswahl, Wahl des Bundespräsidenten und Wahl zum Europäischen Parlament gab es heuer nur Urnengänge an Nebenfronten. In Kärnten kam dazu, dass zum Unterschied von anderen Bundesländern die absolute Mehrheit des Wirtschaftsbundes nur knapp abgesichert war. Bei der letzten Wahl hatten die VP-Wirtschaftskammerer nur 50,8 Prozent der Stimmen, die Interessenvertretung der Freiheitlichen immerhin 38,2 Prozent erreicht. Der Absturz der ÖVP bei der Landtagswahl im Vorjahr verleitete zu Prognosen, dass es diesmal ein knappes Rennen im Kampf um den Präsidenten der Wirtschaftskammer geben könnte. Für die Kärntner Volkspartei stand daher viel auf dem Spiel. Der Verlust ihrer wichtigsten Machtposition wäre zur Existenzfrage geworden. Peter Filzmaier (Kleine Zeitung vom 16. März 2005, 29) ordnete daher dem Ausgang der Wahl „eine unglaubliche Symbolkraft für die Politik im Land“ zu. Nur wenn Spitzenkandidat Franz Pacher seine hauchdünne Mehrheit halten könne, würde die ÖVP ihre Wirtschaftskompetenz behalten. Wenn nicht, laufe die Kärntner Volkspartei Gefahr, in die Bedeutungslosigkeit abzurutschen.

Um seine Wiederwahl sicherzustellen, musste der amtierende Kammerpräsident Franz Pacher über eine Mehrheit im „Kärntner Wirtschaftsparlament“ verfügen. Das durch Wirtschaftskammergesetz und Wirtschaftskammerwahlordnung normierte Wahlsystem ist allerdings kompliziert. Die Delegierten zum „Wirtschaftsparlament“ werden nicht direkt gewählt, sondern setzen sich aus gewählten Vertretern der sieben in der Wirtschaftskammer vertretenen Sparten zusammen. Die Sparten „Gewerbe und Handwerk“, „Industrie“, „Handel“ sowie „Tourismus und Freizeitwirtschaft“ stellen dabei je elf, die Sparten „Bank und Versicherung“, „Transport und Verkehr“ sowie „Information und Consulting“ je sieben Mandate. Da z. B. die Sparten „Gewerbe und Handwerk“ sowie „Handel“ mit 8729 bzw. 8863 Mitgliedern mehr als das Zehnfache der Sparte „Industrie“ erreichen und auch den 4095 wahlberechtigten Betrieben aus Information und Consulting nur 113 Mitglieder aus Banken und Versicherungen gegenüberstehen, ist die Wahlarithmetik doch sehr verzerrt.

Besser den Kriterien eines allgemeinen und gleichen Wahlrechtes entsprechen die gleichzeitig vorgenommenen Wahlen von Fachgruppenausschüssen und Fachgruppenvertretungen für die insgesamt 126 Fachgruppen, wo diesmal 945 Mandate vergeben wurden. Hier ist z. B. die Sparte „Gewerbe und Handwerk“ in 45 Fachgruppen unterteilt.

Traditionellerweise verzichtet der ÖVP-Wirtschaftsbund bei den Sparten „Industrie“ sowie „Bank und Versicherung“ auf die Einbringung eines eigenen Wahlvorschlages und akzeptiert hier intern zusammengestellte Einheitslisten. Von den 66 Delegierten zum „Wirtschaftsparlament“ standen daher 18 schon viele Wochen vor der Wahl fest. Neu war diesmal allerdings, dass die Industriellenvereinigung ihre Kandidaten ohne die früher übliche Rücksprache mit dem Wirtschaftskammerpräsidenten nominiert hatte.

## 2. Der orange Führungsanspruch

Die Auswahl der Kandidaten von Industrie und Banken hat wahrscheinlich bei Landeshauptmann Jörg Haider kein Missfallen ausgelöst. Einigen wurde die Nähe zu den Kärntner Freiheitlichen oder zumindest die Bereitschaft nachgesagt, „ein Stück des Weges mitzugehen“. Mit der früheren Vizebürgermeisterin von Villach, Monika Kohl-Kircher, und Dr. Hans Dieter Kerstnig, dem Sohn des ehemaligen LH-Stellvertreters, wurden zwei eindeutig der SPÖ zuzuordnende Delegierte aufgestellt. Bei einem Patt hätte der Gruppe aus Industrie- und Bankenvertretern durchaus die Königsmacher-Rolle zukommen können.

Fixer Bestandteil der Kalkulation der Kärntner Freiheitlichen beim Wahlziel, den Kammerpräsidenten stellen zu können, war die Unterstützung durch die Sozialdemokraten. Trotz halbherziger Dementi war allen Wahlbeobachtern klar, dass ein Zusammengehen der in der blau-roten Koalition vertretenen Parteien auch bei der Wahl des Wirtschaftskammerpräsidenten zumindest „eine Frage der Ehre“ war. „Gemeinsam Pacher stürzen“ lautete auch die Schlagzeile in der „Kärntner Woche“ (20.–27. Oktober, 12 f.) zum Bericht über die Wahlvorbereitungen der Herausforderer. Leopold Sever, der sozialdemokratische Spitzenkandidat, wollte demnach die absolute Mehrheit des Wirtschaftsbundes brechen und für seine Partei mehr als 10 Prozent erreichen. Der freiheitliche Spitzenkandidat Albert Gunzer nannte 40 Prozent der Stimmen als Ziel. Den Wirtschaftsbund mit Franz Pacher wollte er auf Platz zwei verweisen.

Das „Umfärben“ der Wirtschaftskammer und damit ein Gleichschritt von Land und Interessenvertretung der Wirtschaft – beide dominiert von den Kärntner Freiheitlichen – hatte hohe Priorität im strategischen Kalkül Jörg Haiders. Schon ein Jahr vor der Wahl war das Bemühen um die Wähler zur

Kammerwahl deutlich. Sichtbarer Ausdruck war z. B. eine großzügige Einladung für Unternehmer auf der Seebühne.

Im Spätherbst fiel die Entscheidung, dass das Umfärben nicht auf Blau, sondern auf Orange erfolgen solle. Die orangen Schals der Anhänger des ukrainischen Präsidentschaftskandidaten Viktor Juschtschenko waren Vorbild für die Wahlkampagne zur Wirtschaftskammerwahl.

### 3. Wahlwerbende Gruppen, Spitzenkandidaten und Programme

Ein Farbenspiel war dem freiheitlichen Spitzenkandidaten schon von seinem beruflichen Hintergrund her nicht ganz fremd: Der Lavanttaler Albert Gunzer hatte 1993 in Klagenfurt die Firma „Farben Gunzer GesmbH“ gegründet. Das 15 Mitarbeiter zählende Unternehmen vertreibt Farben und Lacke in ganz Kärnten. Der Vizepräsident der Wirtschaftskammer war 2004 auch als Abgeordneter in den Kärntner Landtag gewählt worden.

Als offizielle Listenbezeichnung wurde „Albert Gunzer – Ring unabhängiger und freiheitlicher Wirtschaftstreibender (RFW Kärnten)“ gewählt. Zentrale Forderungen im Wahlprogramm waren die Abschaffung der Mehrkosten bei Mehrfachmitgliedschaften, die Rückerstattung der Entgeltfortzahlungen bei Krankheit, ein Ersatz von Lehrlingsentschädigungen während der Berufsschulzeit, Einsparungen in der Verwaltung der Kammer und ein „Mittelstandsfonds“.

Die Stärkung von Klein- und Mittelbetrieben war ein Schwerpunkt im Wahlprogramm der Sozialdemokraten. Gefordert wurden auch die Senkung der Krankenversicherungsbeiträge und eine Ausdehnung der Schwerarbeiterregelung auf Unternehmer. Wie der RFW trat man gegen die Verrechnung von Mehrfachmitgliedschaften ein. Ebenso wurden Erleichterungen bei Betriebsübergaben und ein Lehrlingsausbildungsfonds verlangt. Der Spitzenkandidat kam aus der Gastronomie. Leopold Sever hatte als Vizepräsident der Wirtschaftskammer das Erbe des verstorbenen Völkermarkter Glasermeisters Leo Holzer angetreten und wurde am 18. Oktober 2004 auch zum neuen Präsidenten der SPÖ-Wirtschaftsorganisation gewählt. Hervorgehoben wurde der Umstand, dass die vier Mitarbeiter des Spitzenkandidaten am Restaurant in Maria Saal mitbeteiligt sind. Auch hier fand sich in der Listenbezeichnung der Name des Spitzenkandidaten: „Poldi Sever – Sozialdemokratischer Wirtschaftsverband Kärnten (SWV)“.

Erstmals stellten sich auch die Kärntner Grünen als „Grüne Wirtschaft (GRÜNE)“ der Wahl. Der erklärten Zielgruppe „Mikrounternehmen (Ein-

Mann-Unternehmen plus maximal eine Kraft)“ entsprach auch die Firma des Spitzenkandidaten: Dipl.-Ing. Karl Albrecht Griebhammer betreibt sein Klagenfurter Unternehmen „GET-Innovation“ allein. Es entwickelt Elektromotoren für die Autozulieferindustrie eines Partners in Hongkong.

Gegen diese Mitbewerber trat der Wirtschaftsbund unter dem Namen „Kärntner Wirtschaft – Franz Pacher (ÖWB)“ an. Der Listenführer durfte auf den Amtsbonus eines langjährigen Präsidenten zählen. Der Villacher Bäckermeister konnte auch auf seine Tätigkeit in der Kommunalpolitik hinweisen. Immerhin war er zwischen 1985 und 1997 Stadtparteiobmann der Villacher ÖVP, die er auch im Stadtrat vertreten hatte. Als beruflicher Hintergrund wurde die Bäckerei mit Café in Villach ins Treffen geführt. Pachers Unternehmen, das bei der Produktion mit einer anderen Bäckerei kooperiert, beschäftigt zehn Mitarbeiter.

Das ausführliche Wahlprogramm des Wirtschaftsbundes umfasste 21 Punkte. Zwar fand sich auch hier die Zielsetzung, durch Abschaffung der Mehrfachmitgliedschaften eine noch effizientere Kammer zu erreichen, die Schwerpunkte waren aber anders gesetzt: Es wurden niedrigere Strompreise, marktorientierte Kommunalgebühren und ein Wegfall der Doppelmaut auf der Tauernautobahn verlangt. Unter dem Stichwort Bürokratieabbau hatte man die Verwaltung im Visier. Forderungen an das Land waren die Übernahme der Berufsschulkosten für Lehrlinge („Entpragmatisierung von Lehrlingen“), die Verdoppelung des Notstandsfonds und eine höhere Wohnbauförderung, wenn Professionistenrechnungen vorgelegt werden. Eine „Standortsicherungsprämie“ bei Betriebsübergaben und eine „Nahversorgungsabgabe“ sollten Kärnten als Wirtschaftsraum attraktiver machen. Von den Mitarbeitern erwartete sich der Wirtschaftsbund durch einen „geteilten Krankenstand“ die Übernahme der Kosten der ersten zwei Tage einer Krankheit, vom Finanzminister einen Vorsteuerabzug für alle Firmenfahrzeuge. Eher allgemein gehalten waren die Vorstellungen über eine gerechte KMU-Förderung, bedarfsgerechte Bildung, Förderung von Forschung, Technologie und Export sowie über das Ziel eines „sanften Tourismus“ mit wetterunabhängigen Einrichtungen.

Als Wahlziel wurde die Verteidigung der absoluten Mehrheit und damit ein „Folgeauftrag“ für Franz Pacher angegeben.

## **4. Der Verlauf des Wahlkampfes**

### **4.1 Vorwahlgeplänkel um Doppelmaut und Billigflieger**

Bereits ein halbes Jahr vor dem Urnengang formierten sich die wahlwerbenden Gruppen. Den Anfang machten die Sozialdemokraten, die am 18. Oktober 2004 in Klagenfurt das Wahlprogramm und den Spitzenkan-



didaten präsentierten. Kurz darauf meldete sich der RFW zu Wort. Albert Gunzer rief über die „Kärntner Woche“ zur Mitarbeit auf. Viele namhafte Kärntner Unternehmen hätten ihm bereits zugesagt.

Vorwahlgeplänkel kam schon im November auf, als Franz Pacher wegen der Doppelmaut auf der Tauernautobahn eine Klage beim Verfassungsgerichtshof ankündigte. Das rief nicht nur die Transitgegner und die Bürgermeister der Gemeinden des Liesertales auf den Plan, sondern auch Verkehrsreferent Landesrat Gerhard Dörfler, der die Klage als „verkehrspolitischen Hirnriss“ (Kleine Zeitung vom 7. November 2004, 25) qualifizierte. Pachers Kalkül, damit bei den Wirtschaftstreibenden zu punkten, ging offensichtlich auf. Zwar meinte der freiheitliche Bürgermeister von Seeboden, seine Firma würde sofort aus der Wirtschaftskammer austreten, wenn es keine Pflichtmitgliedschaft gäbe, doch die großen Unternehmen im Lande signalisierten Zustimmung. In gemeinsamen Inseraten brachten 31 Betriebe ihr Erstaunen über die Haltung des Verkehrsreferenten zum Ausdruck. Die Firmen befürchteten, dass durch die Doppelmaut mittelfristig Arbeitsplätze gefährdet würden. Zudem mache der Transitanteil auf der Tauernautobahn nur 20 Prozent aus. 80 Prozent des Verkehrs stünden im unmittelbaren Zusammenhang mit der heimischen Wirtschaft. In diesem Zusammenhang warf Pacher Landesrat Dörfler auch vor, sein Versprechen auf Leistung einer Ausgleichszahlung an die betroffenen Kärntner Unternehmen nicht eingehalten zu haben.

Mit Inseraten aus Landesmitteln kommentierte Landeshauptmann-Stellvertreter Karl Pfeifenberger eine von ihm geortete Änderung der bisher kritischen Haltung Pachers zu den Billigflug-Linien. Als der Obmann der Sparte Tourismus in der Wirtschaftskammer, der VP-Funktionär Gabriel Obnosterer, als Ergebnis einer Befragung eine flächendeckende – zeitlich begrenzte –, gemeinsam beworbene Gratisflugaktion vorschlug, triumphierte ein „Unternehmen Kärnten – LHStv. Ing. Karl Pfeifenberger“ mit einer Schlagzeile in dicken Lettern: „Billigflieger-Strategie bestätigt! Präsident Pacher kam zur Vernunft“ (Kleine Zeitung vom 12. November 2004, 28).

## **4.2 Wirte an die Wahlfront**

Der eigentliche Wahlkampf kam Ende Jänner 2005 auf Touren, als die Parteien ihre Kandidatinnen und Kandidaten vorstellten. Bei den Gastronomen waren RFW und Sozialdemokraten sichtlich darum bemüht, dem beliebten Wirtschaftsbund-Kandidaten Werner Lippitz Paroli zu bieten. Die Freiheitlichen setzten auf die „Wirtin des Jahres“, Bettina Loigge aus St. Paul im Lavanttal, der SWV nominierte als Quereinsteiger Franz Radinger. Radinger, Gemeinderat in Steindorf, hatte mit der Kandidatur der von



ihm gegründeten SAU-Partei (Sicher – Absolut – Unabhängig) bei der Landtagswahl 2004 für einige Aufmerksamkeit gesorgt.

Erst am 14. Feber wurde das 1224 Kandidaten umfassende Team des Wirtschaftsbundes vorgestellt. Für die Fachgruppen gab es 40 neue Spitzenkandidaten, darunter bekannte Unternehmer wie Reisebüroleiterin Andrea Springer, Telekom-Austria-Regionalleiter Dipl.-Ing. Manfred Erian und der Villacher Konditor Michael Koloini, ein Cousin des LH-Protokollchefs Franz Koloini.

Ein bereits im November 2004 unterbreiteter Vorschlag des Wirtschaftsbundes, im Rahmen eines Fairnessabkommens die Kosten einzuschränken, hatte nicht die Zustimmung des RFW gefunden. Nicht ganz selbstlos wollte Franz Pacher den Wahlkampf auf Sparflamme halten. Er hatte sich vor allem den Verzicht auf die Plakatwerbung, einschließlich der Verwendung von Transparenten und mobilen Plakatständern, vorgestellt. Diese Beschränkung fand jedoch nicht statt. Im Gegenteil: Erstmals bei Wirtschaftskammerwahlen wurden im ganzen Land großflächige Plakate mit dem Konterfei der Spitzenkandidaten aufgestellt. Eine Ausnahme machten hier nur die Grünen. Ende Jänner begann auch gleichzeitig die Inseratenkampagne in den Printmedien.

Die Botschaften des Wirtschaftsbundes waren ganz auf Franz Pacher als vote-getter zugeschnitten. Seine Kompetenzen wurden mit dem zentralen Slogan „Er versteht Wirtschaft“ angesprochen. Bei Präsentationen des Teams hieß es dementsprechend: „Sie verstehen Wirtschaft“. Diese Aussage diente auch als Hintergrund für gemeinsame Porträts von Pacher mit dem bundesweiten Spitzenkandidaten Christoph Leitl. Der Präsident der Bundeswirtschaftskammer, der sich bei den Bundesländer-Präsidenten „alle Neune“ gewünscht hatte, trat in Kärnten mehrmals als Wahlhelfer auf. Elisabeth Tschernitz sah dies in einem Kommentar in der Kleinen Zeitung (17. März 2005, 37) so: „Kärnten ist eben anders. Das weiß auch Leitl, daher erhöht er vor jeder Wahl die Zahl an Auftritten im Süden.“

Obwohl in Kärnten beheimatet, kam der freiheitliche Vizepräsident der Bundeswirtschaftskammer und Bürgermeister von Bad Kleinkirchheim, Mathias Krenn, im Wahlkampf kaum vor. Die Kampagne des RFW war ganz auf den Kärntner Spitzenkandidaten ausgerichtet, der sich mit der Aussage „Ich will euer Präsident sein“ anbot. Gunzer wurde als „Einer von uns“ präsentiert und ihm Eigenschaften wie „sympathisch, umgänglich, zielorientiert und kompetent“ zugeordnet.

Wenig ideenreich waren auch die von den Sozialdemokraten verwendeten Worthülsen wie „Gemeinsam sind wir stark“ und „Mit uns wird's leichter“. Auf den Spitzenkandidaten bezogen lautete die Sprachvariante „Mit Poldi Sever wird's leichter“.

Die Taktik des Wirtschaftsbundes sah einerseits einen Feel-good-Wahlkampf vor, in dem die Leistungen der Kammer unter Franz Pacher gewürdigt werden sollten, andererseits gab man sich kämpferisch gegen Bürokratie und überhöhte Gebühren. Direkte Angriffe gegen das Land wurden aber vermieden. Kurz vor der Wahl gab es sogar einen gemeinsamen Auftritt von Pacher mit Landeshauptmann Haider bei der Preisverleihung an die Bezirkshauptmannschaft St. Veit an der Glan als Gewinnerin des Wettbewerbes „Speedy Offiziales“. Der Kammerpräsident reagierte auch positiv, als Haider von Karl Pfeifenberger das Wirtschaftsreferat übernahm, und verwies auf ein ernsthaftes Gespräch mit dem Landeshauptmann über Maßnahmen zu Gunsten der KMUs.

#### **4.3 Jörg Haider im Wahleinsatz**

Franz Pacher durchkreuzte aber damit auch die Strategie des RFW, der auf die Wahlhilfe des Landeshauptmannes als Motivator und durch mediale Inszenierungen gesetzt hatte. Gunzer hatte immer wieder behauptet, dass es zwischen dem Wirtschaftskammerpräsidenten und der Landesregierung keine Gesprächsbasis gebe, und seine eigenen guten Kontakte betont. Die Würdigung der Wirtschaftspolitik des Landes durch den RFW litt jedoch unter der Performance Karl Pfeifenbergers. Jörg Haider versuchte daher sechs Wochen vor der Kammerwahl aus der Ablöse des ungeliebten Wirtschaftsreferenten noch das Beste herauszuholen. Die Übernahme der Zuständigkeit sollte nach außen signalisieren, dass Wirtschaftspolitik nunmehr Chefsache sei. In einer vom Büro des Landeshauptmannes herausgegebenen Broschüre unter dem Titel „Kärnten macht Zukunft“ wurden die Leistungen des Landes in der Wirtschaftspolitik gefeiert. Zwei Bilder des Landeshauptmannes – einmal gemeinsam mit Peter Ambrozy – sollten klarstellen, wem die Erfolgsstory zu verdanken sei. „In der Wirtschaftspolitik wird jetzt der ‚Turbo‘ eingeschaltet“, lautete die Überschrift einer ganzseitigen Einschaltung in der „Kärntner Woche“. „Mit Wirtschaftsreferent LH Jörg Haider bleibt Kärntens Wirtschaft weiterhin auf Erfolgskurs“ hieß dazu die Bildunterschrift unter einem Foto, das einen staatstragend blickenden Landeshauptmann vor der Kulisse einer Kärntner Landschaft zeigte.

Jörg Haider trat auch bei mehreren Versammlungen des RFW in den Bezirken auf.

Höhepunkt der Inszenierung war eine „Enquete Visionen und Maßnahmen für Kärnten“ am 17. Feber im Congress Center Villach. Der Landeshauptmann hatte dazu Frank Stronach und Hypo-Chef Wolfgang Kulterer aufgeboten. Die Veranstaltung, bei der die Pläne von Magna in Kärnten vorgestellt wurden, lockte 2000 Besucher an. Albert Gunzer, mit dem orangenen Schal geschmückt, saß in der ersten Reihe neben Jörg Haider.

#### 4.4 Schal und Mönche

Die von den freiheitlichen Wahlwerbern eifrig getragenen Schals waren in der Zwischenzeit auch von Poldi Sever und seinen Mitstreitern übernommen worden. Der Halsschmuck der Sozialdemokraten war in einem hellen Rot gehalten. Die beiden Farben kamen sich schon nahe.

In den letzten vier Wochen vor der Wahl häuften sich die Veranstaltungen. Der Wirtschaftsbund lud am 15. Feber zu einem Unternehmerempfang mit Christoph Leitl im WIFI-Gebäude in Klagenfurt. Thema waren die Chancen der IT-Branche. Das Impulsreferat hielt der Klagenfurter Universitätsprofessor Heinrich C. Mayr. Im Dienste der Wahlwerbung des Wirtschaftsbundes standen auch Begegnungen mit Shaolin-Mönchen. Sechs Übungen des fernöstlichen Fitness-Programmes fanden Aufnahme in einem Kalender, der – versehen mit den Bildern von 86 Kandidaten – als Werbegeschenk versendet wurde.

Gleich zwei Mal stellten sich die Spitzenkandidaten einer öffentlichen Diskussion. Den Beginn machte die Kleine Zeitung am 28. Feber. Es moderierte Antonia Gössinger. Vier Tage später standen Pacher und seine Mitbewerber am Prüfstand der Kärntner Woche. Auch diese Konfrontation, die unter der Leitung von Peter Kowal jun. und Uwe Sommersguter stand, brachte wenig neue Erkenntnisse.

Die Schlussrunde läutete der Wirtschaftsbund mit einem „Ladies-Cocktail“ am 8. März auf dem Klagenfurter Messegelände ein. Am 10. März hielt der RFW seine Abschlusskundgebung im Festsaal der Wirtschaftskammer ab. Albert Gunzer gab sich vor 400 Sympathisanten noch siegessicher. Leopold Sever wendete sich nur über die Medien an die Wählerschaft und warnte auch dabei vor einer Wahl Gunzers: „Es ist sinnlos, eine Stimme an jemanden zu vergeuden, von dem man nicht weiß, ob es ihn nach diversen Umgründungs-, Umorganisations- und sonstigen FPÖ-Plänen noch gibt“ (Kleine Zeitung vom 11. März 2005, 37).

Die Turbulenzen in der FPÖ hinterließen auch im Wahlkampf ihre Spuren. Am 9. März kündigte Jörg Haider die Neugründung einer Partei an, in der Personen wie Andreas Mölzer keinen Platz mehr hätten. Dieser hatte sich zuvor noch über Gunzers „orange Happy-Peppi-Truppe“ lustig gemacht. Dem RFW unterliefen zudem auch einige Pannen. Die als Überraschungskandidatin groß angekündigte „Wirtin des Jahres“ Bettina Loigge besaß gar keine Gewerbeberechtigung für eine Kandidatur in dieser Fachgruppe und musste auf die Fachgruppe Hotellerie ausweichen. Zuletzt sorgten noch Inserate Gunzers in den Regionalausgaben der Kleinen Zeitung für Verwirrung. In der Klagenfurter Ausgabe hieß es: „Der nächste Präsident muss ein Klagenfurter sein“, im Lavanttal-Teil wurde der Text auf „Der nächste Präsident muss ein Lavanttaler sein“ abgeändert. In einer Glosse

unter dem Titel „Vielseitig“ (Kleine Zeitung vom 13. März 2005, 13 ) fragte Georg Lux, wen dann Villacher, Gailtaler, St. Veiter, Spittaler und Feldkirchner wählen sollten. Sein Favorit wäre: „Albert Gunzer, Kärntens erster Lavantfurner“.

## 5. Das Wahlergebnis

### 5.1 Gewinner und Verlierer

Einzigster Verlierer der Wahl war der mit so vielen Vorschusslorbeeren angetretene RFW. Erstaunlich war auch das Ausmaß der Verluste: Die 28,9 Prozent der Stimmen bedeuteten ein sattes Minus von 9,7 Prozentpunkten. Die Kärntner Freiheitlichen sahen die Ursachen vor allem in der geringen Wahlbeteiligung. Tatsächlich nahmen nur 46,2 Prozent der stimmberechtigten Betriebe an der Wahl teil, was einen Rückgang von 10 Prozent gegenüber dem Jahr 2000 ergab. Martin Strutz ortete deshalb ein Misstrauen gegenüber der Kammer: „Die Menschen können offenbar mit dieser Institution nicht mehr umgehen“ (Kleine Zeitung vom 17. März 2005, 39). Auch Landeshauptmann Haider griff diese Frage auf.

Franz Pacher fand hingegen, dass die Wahlbeteiligung nicht beunruhigend sei, und verwies auf andere Bundesländer wie Wien und Vorarlberg, wo nur 32,1 bzw. 22 Prozent der Betriebe von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht hatten. Viele Jungunternehmer, aber auch frustrierte Freiheitliche seien nicht zur Wahl gegangen: „Die Diskussion rund um die Parteigründung hat viele Wähler von den Urnen ferngehalten“ (Kleine Zeitung vom 16. März 2005, 29). Der freiheitliche Spitzenkandidat erwies sich als braver Parteisoldat und widersprach: Die „Querelen in der FPÖ in den letzten Tagen seien nicht entscheidend gewesen“ (Kleine Zeitung vom 17. März 2005, 38 ). Er übernehme die Verantwortung für das Ergebnis.

Zu den Siegern konnten sich auch Sozialdemokraten und Grüne zählen. Der Einzug in das Wirtschaftsparlament war für Grünen-Landessprecher Rolf Holub der Beweis, dass Grün und Wirtschaft kein Widerspruch sei. Der Stimmenzuwachs des SWV betrug immerhin 2,8 Prozentpunkte und sorgte für ein zweistelliges Ergebnis, das mit 12 Prozent nur knapp unter dem Bundesdurchschnitt von 13 Prozent lag. Peter Ambrozy wertete es als „klare Bestätigung des SPÖ-Kurses in Kärnten“ (Kleine Zeitung vom 17. März 2005, 38).

Hauptgewinner der Wahl war eindeutig der Wirtschaftsbund. Mit einem Stimmenzuwachs von 2,74 Prozent wurde die absolute Mehrheit auf 53,12 Prozent ausgebaut. Noch deutlicher wirkten sich die Gewinne bei den Mandaten in den Fachgruppen aus. Hier kam der ÖWB auf 56,18 Prozent. Den RFW gelang es nur in vier Fachgruppen, eine relative Mehrheit zu

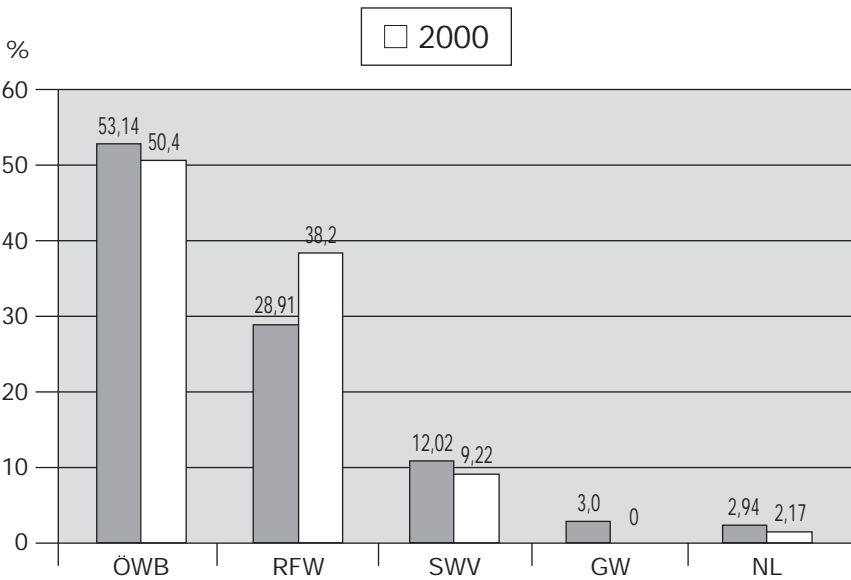
erzielen, den Sozialdemokraten nur bei den Schuhmachern. Die Erfolge von Namenslisten sind bei drei Fachgruppen ebenfalls dem Wirtschafts- bund zuzurechnen, der dort – zum Unterschied zum RFW – nicht kandi- dierte. Sonst hielten sich die Resultate von unabhängigen Listen bei den Fachgruppen eher in Grenzen. Am meisten Stimmen wurden bei den Ver- sicherungsmaklern erreicht, wo neben ÖWB, RFW und SWV gleich drei weitere Gruppierungen antraten und insgesamt 93 der 178 gültigen Stim- men für sich verbuchen konnten.

### Wahlbeteiligung

	2005			2000	
	Wahlbe- rechtigte*	abgegeb. Stimmen	Wahl- beteiligung	Wahlbe- rechtigte*	abgegeb. Stimmen
<b>GESAMT</b>	<b>30.411</b>	<b>14.044</b>	<b>46,2</b>	<b>27.587</b>	<b>15.493</b>

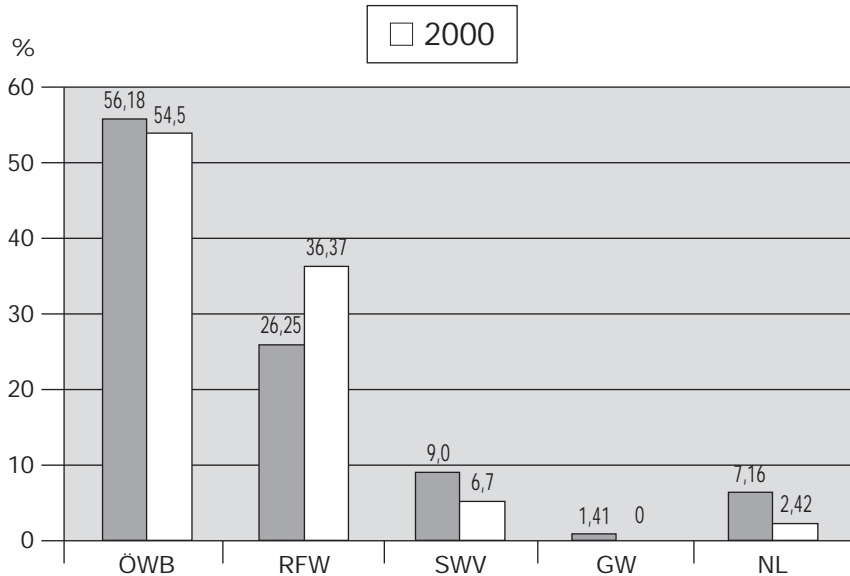
\* Basis ist die Anzahl der Wahlberechtigten in Fachorganisationen, in denen gewählt wurde.  
(Quelle: Wirtschaftskammer Kärnten)

### Gesamtergebnis – Stimmen



(Quelle: Wirtschaftskammer Kärnten)

## Gesamtergebnis – Mandate



(Quelle: Wirtschaftskammer Kärnten)

### 5.2 Die Kosten

Zu Recht hatte Franz Pacher nach der Wahl über eine „noch nie da gewesene Materialschlacht bei der Kammerwahl“ (Kleine Zeitung vom 17. März 2005, 39) geklagt. Insgesamt schätzte er die Kosten der Plakatwerbung auf mindestens 200.000 Euro ein. Unterschiedlich fielen die Eingeständnisse der Wahlwerber über ihren Aufwand aus: Der Wirtschaftsbund bezifferte seine Kosten mit 300.000 Euro, der RFW wollte nur 200.000 Euro, der SWV überhaupt nur 15.000 Euro ausgegeben haben. „Die anderen haben ein Kilo Material losgeschickt, uns reichten 20 Gramm für drei Prozent“, kommentierte Spitzenkandidat Grießhammer (Kleine Zeitung vom 17. März 2005, 39) das Wahlbudget der Grünen, das nur 10.000 Euro betragen hätte.

Späten Katzenjammer gab es beim RFW: Die Landesleitung sendete Bittelbriefe an die Unternehmer. Da der Wahlkampf sehr kostenintensiv gewesen sei, benötige man dringend Spenden und Mitgliedsbeiträge. Als Gegenleistung wurde „Hilfe bei Interventionen an die Landesregierung“ (Kleine Zeitung vom 8. April 2005, 34) angeboten.

### 5.3 Ursachen und Konsequenzen

War das Wahlziel des RFW, vierzig Prozent der Stimmen zu erreichen und Franz Pacher zu stürzen, realistisch? Insider aus dem Kreis der Kammerfunktionäre hatten daran schon zu Beginn des Wahlkampfes berechtigte Zweifel. Durch die gleichzeitige Fachgruppenwahl orientieren sich die Kammermitglieder vor allem an ihren Interessenvertretern. Hier verfügt der Wirtschaftsbund über das bessere Personalangebot. Eine Mischung aus bewährten Funktionären und erfolgreichen Jungunternehmern wurde angeboten und im Rahmen eines gut durchdachten langfristigen Ausbildungsprogrammes auf die zukünftigen Aufgaben vorbereitet. In jeder Fachgruppe wurde ein eigener Wahlkampf geführt, in dem die spezifischen Anliegen der einzelnen Berufsgruppen Berücksichtigung fand. Der ÖWB hatte daher klare Vorteile im Funktionärswahlkampf.

Am deutlichsten zeigte sich das bei den – besonders umworbenen, weil an Mitgliedern starken – Tourismussparten. Dort gab es nicht nur eine überdurchschnittlich hohe Wahlbeteiligung, sondern auch besonders starke Gewinne. Die „schwarze Lufthoheit“ über den Wirtshaustischen und Gästebetten brachte in der Sparte „Tourismus und Freizeitwirtschaft“ 1771 Stimmen für den Wirtschaftsbund. Der RFW blieb hier mit 938 Stimmen doch deutlich zurück.

Dazu kam der Amtsbonus des Präsidenten. Franz Pacher erwies sich auch im Wahlkampf als erfahrener Politiker, der sich kaum eine Blöße gab. Ein spannendes Rennen um die Mehrheit in der Wirtschaftskammer und blank liegende Nerven bei Franz Pacher, wie sie Georg Holzer und Walter Prutej (Kleine Zeitung vom 16. März 2005, 29 ) noch vor Beginn der Stimmenzählung vermutet hatten, erwiesen sich daher als ebenso verfehlte Prognose wie die Spekulationen über mögliche Koalitionen nach der Wahl. Eine „Schubumkehr“ durch die Führungsdiskussionen innerhalb der FPÖ, die Elisabeth Tschernitz als Überschrift für eine Glosse (Kleine Zeitung vom 17. März 2005, 37) gewählt hatte, erklärt vielleicht den dramatischen Absturz gegenüber dem letzten Wahlergebnis, nicht aber das Verfehlen des eigentlichen Wahlzieles. Natürlich lähmten die innerparteilichen Turbulenzen die Motivation der freiheitlichen Wähler. Dass er aber ohne die Diskussionen in der eigenen Partei eine Chance gehabt hätte, Pacher abzulösen, glaubte nach der Wahl nicht einmal mehr Gunzer selbst. Kärnten war nur insofern anders, als hier der RFW mit knappen 29 Prozent deutlich besser lag als im österreichischen Schnitt (9,9 Prozent) und der Wirtschaftsbund im südlichsten Bundesland noch immer meilenweit vom Bundesergebnis (70,4 Prozent) entfernt ist.

Der ÖWB verfügt auch nach seinem Wahlsieg über keine eigene Mehrheit im „Kärntner Wirtschaftsparlament“. Von den 66 Delegierten stellt er 29. Auf Grund des Wahlsystems ist nun die Gruppe der vorweg nominierten

Vertreter von Industrie und Banken die zweitstärkste Kraft. Sie entsendet in dieses Gremium genau so viele Vertreter wie RFW (13) und SWV (5) zusammen.

Für Jörg Haider brachte diese Wahl neuerlich die Erkenntnis, dass trotz massivem Einsatz und Materialschlacht die Erfolge bei Landtagswahlen nicht automatisch auf andere Wahlgänge umzusetzen sind. Nach dem erfolglosen Versuch, mit Uwe Scheuch als „Bauernbefreier“ die Landwirtschaftskammer umzufärben, scheiterte nun auch bei der Wirtschaftskammer der orange Umsturzversuch.

Unspektakulär ging daher am 3. Mai 2005 die Wahl des Wirtschaftskammerpräsidenten über die Bühne. Mangels eines Gegenvorschlages erfolgte die Wahl Franz Pachters per *acclamationem*. Zu Stellvertretern wurden Otmar Petschnig als Vertreter der Industriellenvereinigung und Albert Gunzer gewählt. Die einzige Überraschung war, dass Leopold Sever noch nicht in das Präsidium kooptiert wurde. Nach wenigen Wochen hatte Pacher aber den sozialdemokratischen Spitzenkandidaten seinen Flirt mit Orange wieder verziehen und holte – um Harmonie bemüht – Sever als dritten Vizepräsidenten ebenfalls in das Boot.



# Die Kärntner Wirtschaft

## Bestandsaufnahme für das Jahr 2004

### 1. Einleitung

Das südlichste Bundesland Österreichs ist mit einem grundlegenden, tief greifenden strukturellen und institutionellen Wandel konfrontiert und steht vor großen Herausforderungen. Die Anforderungen an die Politik haben sich in den letzten Jahrzehnten grundlegend verändert. Jetzt dominiert die Diskussion über die Deregulierung vormaliger Monopolstrukturen, die Privatisierung der Landesbetriebe und die Reaktion auf die Globalisierung. Die Politiker sind aufgefordert, sich an der Diskussion über die Veränderungen zu beteiligen und ihre Wähler dabei zu unterstützen, sich in der neuen globalisierten Welt, im „Global Village“, zurechtzufinden. Sie müssen die Wirtschaft dabei unterstützen, von einer lokalen, industriellen, zu einer exportorientierten, informationellen Ökonomie, in der Dienstleistungen das beherrschende Thema darstellen, zu gelangen.

Ein Schlüsselthema ist dabei die notwendige Transformation der Industrie, die nach wie vor den größten Anteil an der Wertschöpfung in Kärnten hat. Über Jahrzehnte gewachsene wesentliche Teile wie etwa die Lederverarbeitung wandern inzwischen in Billiglohnländer ab. Die Notwendigkeit, Ersatzkapazitäten aufzubauen, geht einher mit dem ständigen Druck, neue, innovative Konzepte zu entwickeln, um international konkurrenzfähig zu bleiben oder überhaupt erst zu werden. Nur die Fokussierung auf für den Weltmarkt relevante Kernbereiche im Verbund mit einem virtuellen Netzwerk an regionalen und internationalen Kooperationspartnern kann eine mittel- bis langfristige Trendwende bringen.

Im Tourismus steigt die Nachfrage nach Angeboten, die sowohl hohe Qualität als auch einen großen Erlebniswert garantieren. Billigquartiere und Schnäppchen haben weitgehend ihre Anziehung auf den Strom der Reisenden verloren. Diese Angebote werden von den „neuen“ Touristen, die mit viel größerer Reiseerfahrung und veränderten Wahlmöglichkeiten ausgestattet sind, eher in anderen Ländern und Regionen der Welt gesucht. In diesem Bereich ist daher eine ständige Anpassung an die veränderten Rahmenbedingungen notwendig. Die vergleichsweise schnelle, positive Reaktion auf die veränderte Nachfrage wird zur Gretchenfrage der erfolgreichen Transformation der Tourismuswirtschaft.

Eine weitere Aufgabe der Politik stellt das Vorantreiben großer, zukunftsweisender Infrastrukturprojekte etwa im Straßenbau oder im Bereich der Eisenbahn dar. Damit können Arbeitsplätze für schlechter ausgebildete Kräfte bereitgestellt werden. Über die neue Infrastruktur wird zudem der Standort Kärnten nachhaltig aufgewertet. In diesem Zusammenhang sind auch die notwendigen Anstrengungen für die bessere Anbindung an das internationale Flugverkehrsnetz zu sehen.

Das Fundament für die gesunde Wirtschaft stellt die sorgfältige Handhabung der Landesfinanzen dar. Hier stehen insbesondere die Entwicklung der nach wie vor mehrheitlich im öffentlichen Eigentum stehenden Landesbank und der sorgfältige Umgang mit Förderungsmitteln über den Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds im Vordergrund. Die Impulse aus diesem Bereich stimulieren die Entwicklung des Landes langfristig und nachhaltig und können wesentliche Richtungsstellungen auslösen.

Die Errichtung von Technologieoasen und Förderung besonders zukunftsweisender Branchen kann eine mittel- bis langfristige Perspektive sichern. Kärnten muss rundum als attraktiver Standort für Wirtschaftstreibende und Arbeitnehmer gesehen werden. Diese Strategie erleichtert die Ansiedelung oder den Verbleib zukunftsweisender und wichtiger Betriebe. Diese wiederum benötigen bestausgebildete, motivierte Arbeitskräfte, die in genügender Zahl einsetzbar sind. Damit die besten Köpfe an den besten Projekten arbeiten, muss Kärnten eine konsequente Entwicklung zu einem modernen und gleichzeitig sehr lebenswerten Bundesland vorweisen können. Diese Umgebung kann in einem positiven Marktumfeld den Erfolg der Wirtschaft nachhaltig bewirken und befördern.

## **1.1 Struktur und Zielsetzung der Arbeit**

Die vorliegende Arbeit ist in fünf Teile gegliedert:

- Im ersten Teil wird die konjunkturelle Situation Kärntens innerhalb Österreichs analysiert und die Lage auf dem Arbeitsmarkt bzw. die Insolvenzstatistik beleuchtet.
- Im zweiten Teil wird die Reaktion auf die Herausforderungen der Globalisierung dargestellt.
- Der dritte Teil ist eine Bestandsaufnahme der Industrie, die in den letzten Jahrzehnten einen Rückgang der Arbeitsplätze hinnehmen musste, und insgesamt in einem großen Umbau begriffen ist.
- Der vierte Teil beleuchtet die Situation des Tourismus und großer Infrastrukturvorhaben.

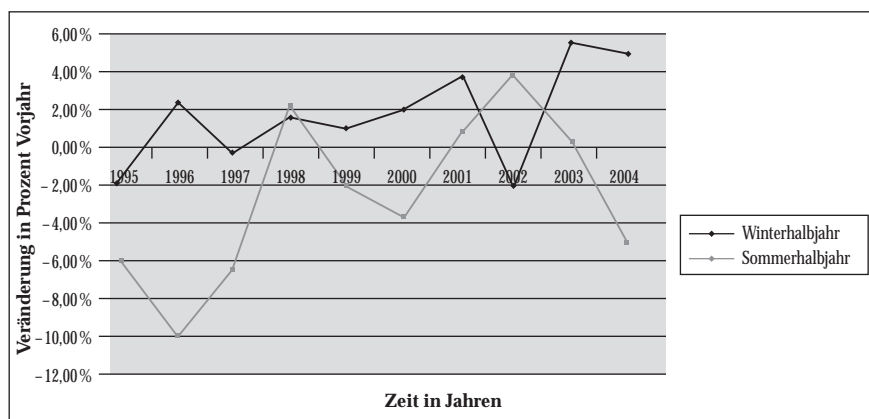
- Der fünfte und letzte Teil befasst sich mit der budgetären Situation Kärntens und den Finanzzentralen des Landes, insbesondere der Hypo Alpe-Adria-Bank und dem Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds.

## 2. Wirtschaftliche Gesamtentwicklung

### 2.1 Konjunktur

Im Vergleich zu 2003 brachte 2004 für Österreich verhalten positive Konjunkturimpulse. Zwar blieb das reale Wachstum nun zum vierten Mal in Folge unter dem langjährigen Durchschnitt, dennoch waren die Auswirkungen der weltweiten Beschleunigung der Konjunktur deutlich zu spüren. Getragen wurde der Aufschwung überwiegend von den Exporten und weniger von der Binnennachfrage. In Österreich war das Jahr 2004 geprägt von einer schwachen Investitionsnachfrage sowie von einem sich schwach entwickelnden privaten Konsum. Nur die starke Entwicklung der Exporte sicherte 2004 einen realen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von 1,9 Prozent (EU-25: 2,5 Prozent; Euro-Raum: 1,9 Prozent)<sup>1</sup>. Analog zu Gesamtösterreich erlebte auch Kärnten eine vom Export getragene Erholung der Konjunktur. Im Bereich der Sachgüterproduktion und des Bauwesens kam es zu signifikanten Zuwächsen. Im Tourismus war hingegen 2004 ein Rückgang gegenüber 2003 festzustellen. Die Wachstumsschere zwischen Sommer- und Wintertourismus hat sich dabei weiter aufgetan. Ein Nächtigungsrückgang von 6,7 Prozent in der Sommersaison wurde konterkariert von einem Plus von 4,6 Prozent im Wintertourismus. Kärnten behauptete allerdings mit einem Anteil von 16,1 Prozent an den Gesamtnächtigungen in Österreich den Platz zwei im Bundesländervergleich.

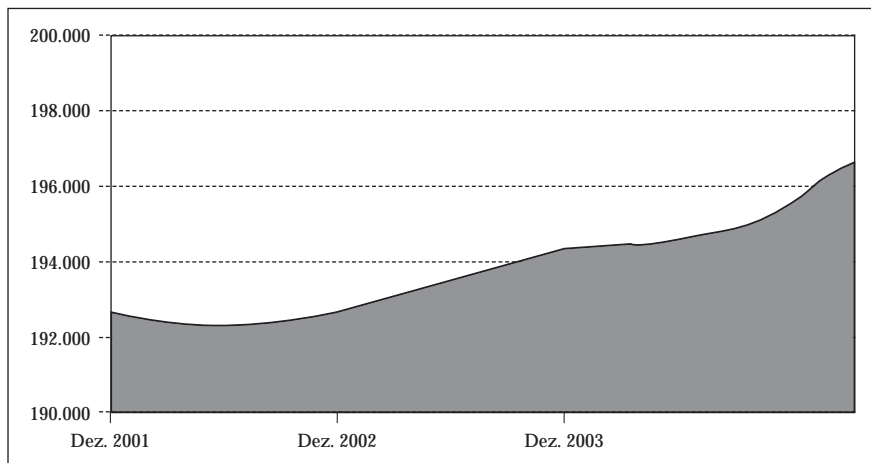
### 1. Graphik: Nächtigungsentwicklung Sommer/Winter Kärnten



## 2.2 Arbeitsmarkt

In den letzten Jahren verlief die Entwicklung der Beschäftigungsverhältnisse weitgehend analog zum gesamten Bundesgebiet. Im Jahr 2004 verzeichnete man in Kärnten mit 1,1 Prozent Zuwachs gegenüber dem Jahr 2003 ein deutlich höheres Wachstum als im österreichischen Durchschnitt (0,7 Prozent).

### 2. Graphik: Laufender Jahresdurchschnitt der unselbständig Beschäftigten

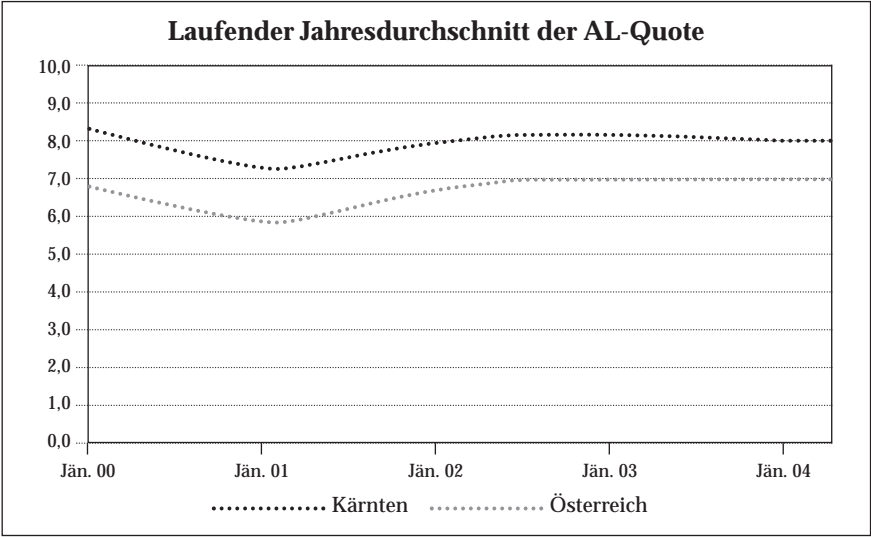


Quelle: IHS Kärnten<sup>3</sup>.

Der Aufbau bei den Beschäftigungsverhältnissen ging mit einer leichten Reduktion der Arbeitslosenrate einher, während bundesweit die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen weiterhin zunahm (Österreich: +1,6 Prozent gegenüber 2003; Kärnten: -1,7 Prozent). In Kärnten waren im Jahr 2004 16.296 Menschen arbeitslos, demgegenüber gab es 188.567 abhängig Beschäftigte (ohne Präsenz- und Zivildienstler, Karenz- und Kinderbetreuungsgeldbezieher)<sup>4</sup>. Das traditionell höhere Niveau der Arbeitslosigkeit in Kärnten konnte so über die letzten Jahre signifikant abgebaut werden. Nach Ansicht von Experten (HJB-Konjunkturreport 3/2005) ist von einer weiteren Reduktion der Arbeitslosenrate 2005 auszugehen. Allerdings ist das Wirtschaftswachstum dennoch zu schwach, um den hohen Sockel der Arbeitslosigkeit abzubauen.

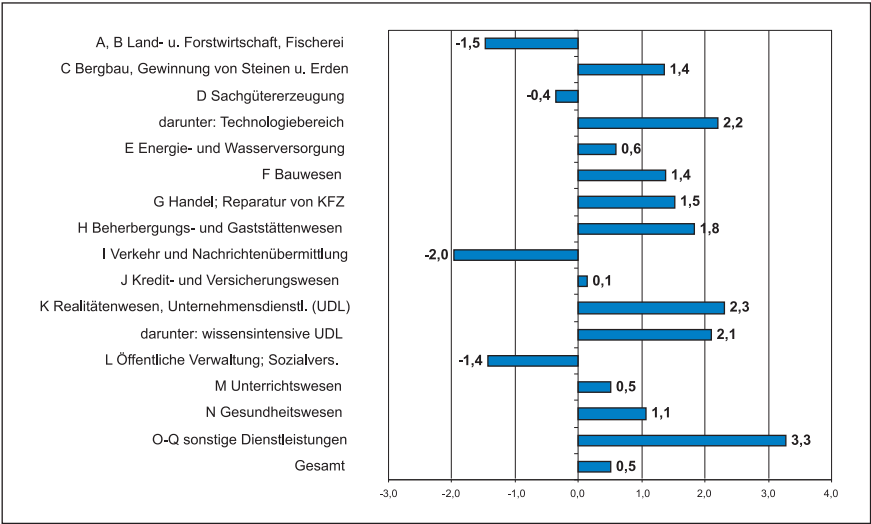
Markante Unterschiede in der Arbeitsmarktdynamik bestehen zwischen den verschiedenen Wirtschaftssektoren. In der Sachgütererzeugung kam es in den Jahren 2000 bis 2004 zu einem durchschnittlichen Beschäfti-

### 3. Graphik: Entwicklung der Arbeitslosenrate (Vergleich Österreich/Kärnten)



Quelle: IHS Kärnten, Konjunkturreport, Jahrgang 4, Ausgabe 3, September 2004.

### 4. Graphik: Strukturwandel in der Beschäftigung 1995–2004



Quelle: Hauptverband der Sozialversicherungsträger<sup>5</sup>.

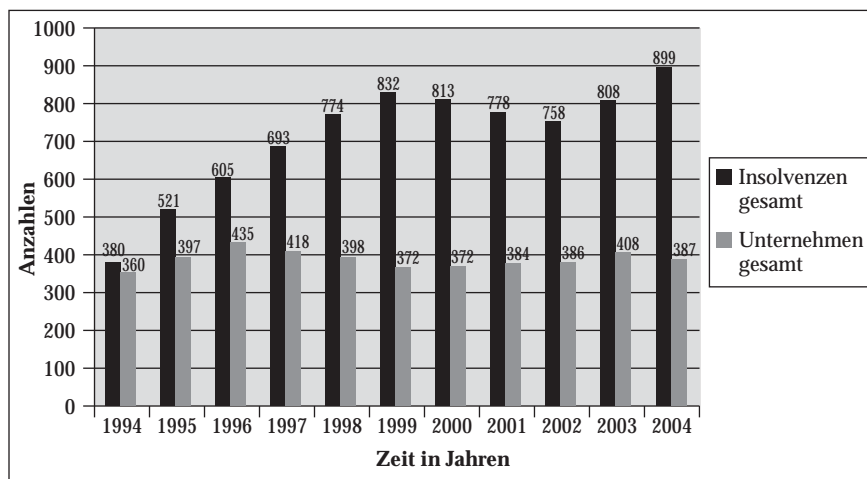
gungsrückgang von 1,2 Prozent (größter Rückgang in der Ledererzeugung). Demgegenüber konnten Beschäftigungszuwächse vor allem in technologieintensiven Bereichen erzielt werden. In diesen vom Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds besonders geförderten Branchen („KWF-Technologiefonds“) wuchs die Zahl der Beschäftigten 2004 um 2,1 Prozent, seit dem Jahr 2000 konnten 2294 neue Arbeitsplätze entstehen.

Die nachfolgende Graphik zeigt den Einfluss des Strukturwandels auf die Beschäftigung zwischen 1995 und 2004:

## 2.3 Insolvenzen

2004 wurden in Österreich 11.955 Insolvenzen gezählt, wovon 6328 auf Unternehmen entfielen. Dies entspricht einer Zunahme von 11,7 Prozent gegenüber 2003. Im Vergleich dazu entwickelte sich Kärnten etwas positiver. Die Gesamtzahl der Insolvenzen belief sich auf 899, wobei 387 auf Unternehmen entfielen.

## 5. Graphik: Insolvenzstatistik Kärnten 2004

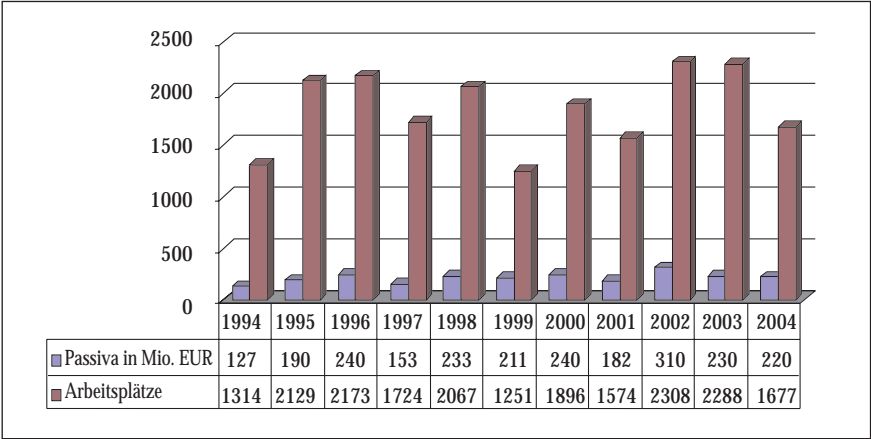


Quelle: Amt der Kärntner Landesregierung. Landesstelle für Statistik. Statistisches Jahrbuch des Landes Kärnten. 49. Jahrgang 2004.

Über die letzten zehn Jahre betrachtet, gab es bei den Unternehmensinsolvenzen keine auffällige Dynamik. Die Zunahme der Insolvenzen wurde wie in den anderen Bundesländern durch die Privaten ausgelöst. Kärnten weist für 2004 bei den Unternehmen sogar einen Rückgang von 5,1 Prozent auf.

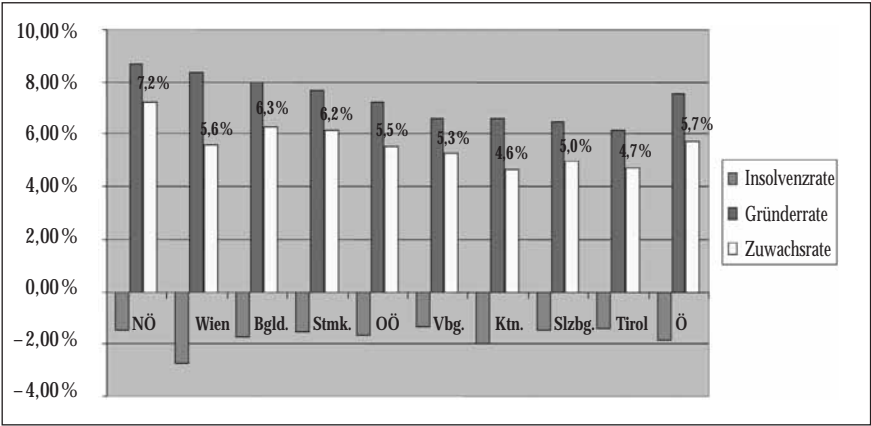
Die Gesamtverschuldung der Insolvenzfälle betrug 2004 220 Millionen Euro. Mit ihnen einher ging der Abbau von 1677 Arbeitsplätzen. Der größte Insolvenzfall war der Schuhhersteller Gallus aus Wolfsberg mit 180 betroffenen Arbeitsplätzen.

### 6. Graphik: Insolvenzen Kärnten 2004: Passiva und Arbeitsplätze



Quelle: Amt der Kärntner Landesregierung. Landesstelle für Statistik. Statistisches Jahrbuch des Landes Kärnten. 49. Jahrgang 2004.

### 7. Graphik: Durchschnittliche Gründer- und Insolvenzrate 1995–2003



Quelle: IHS Kärnten: Konjunkturreport. 5. Jahrgang, Ausgabe 1, März 2005, und Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds<sup>7</sup>.

Die Bestandsdynamik wird durch die Insolvenzrate (bezogen auf den aktuellen Gesamtbestand) und die Gründerrate (Neugründungen bezogen auf den Gesamtbestand) beschrieben. Hier bietet sich in Kärnten langfristig ein eher nachteiliges Verhältnis. Der langjährigen, durchschnittlichen Insolvenzrate von 1,96 Prozent (nach Wien mit 2,77 Prozent) steht eine Neugründungsrates von 6,49 Prozent gegenüber (drittletzte Stelle im Bundesländervergleich). Zum Vergleich hat etwa Niederösterreich eine Insolvenzrate von 1,46 Prozent bei einer Neugründungsrates von 8,68 Prozent. Die Entwicklungsagentur Kärnten betreute im Jahr 2004 17 Unternehmensgründungen und unterstützte die Ansiedelung von 24 weiteren Betrieben, was in Summe zur Schaffung von 612 Arbeitsplätzen führte<sup>6</sup>. Die Jahre 2003 und 2004 brachten leichte Steigerungen bei den Gründerraten vor allem im Dienstleistungssektor. Es bleibt abzuwarten, ob sich dieser Trend fortsetzt und es Kärnten gelingt, zum österreichischen Durchschnitt aufzurücken.

### 3. Die Globalisierung

In der traditionellen Wirtschaftspolitik ging es vornehmlich um den Standortwettbewerb von Nationalstaaten. Mit aller Macht wurde versucht, Kapital und Arbeitsplätze im eigenen Land zu halten oder dorthin zu holen. Dies gelang nicht zuletzt durch den Einsatz von kurzfristigen staatlichen Anreizen, die sich in Form von Steuererleichterungen, Zuschüssen oder sonstigen Zuwendungen manifestierten. Im Zeitalter der Informationsgesellschaft geht es um anderes und mehr: Die nationale Politik ist aufgefordert, die lokale Wirtschaft und deren Arbeitskräfte dabei zu unterstützen, intelligente Kooperationen mit den internationalen Produktionsnetzwerken einzugehen, um so auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu sein oder zu bleiben. Dieser neue Wettbewerb ist allerdings um nichts weniger schwierig. Manche Experten sprechen von der Atmosphäre eines unbarmherzigen Wirtschaftskriegs, wenn heute „die Strategen der globalen Unternehmen vom Wettbewerb in den Hochtechnologien sprechen. Früher wurden Kriege geführt um Territorien, heute um Märkte.“<sup>8</sup>

Die Möglichkeit staatlicher Einflussnahme hat sich verändert: Die öffentliche Hand kann eine Vorreiterrolle im Hinblick auf den Einsatz und die Beschaffung neuer Technologien spielen. Sie kann die Forschungspolitik in die richtigen Bahnen lenken und deren Fokussierung determinieren. Der Leiter des Planungstabs im Deutschen Auswärtigen Amt, Konrad Seitz, beschreibt fünf Schlüsselbereiche, auf die sich in seinen Augen Forschung und Entwicklung konzentrieren sollten:

*„Wir erleben zurzeit die dritte industrielle Revolution, die von fünf Schlüsseltechnologien vorangetrieben wird: Informatik, Biotechnologie, neue Werkstofftechnik, neue Energien und Raumfahrttechnologien. Nur wer eine oder mehrere*



*dieser Schlüsseltechnologien beherrscht, kann der Bevölkerung einen hohen Lebensstandard gewährleisten, denn die dicksten Gewinne macht man mit den neuesten Produkten (...) Nur die Firmen, die zuerst auf den Markt kommen, verdienen Geld – und können sich hohe Löhne leisten.“<sup>9</sup>*

Über die Auswahl der geeigneten Schwerpunkte hinaus spielt die Verfügbarkeit gut ausgebildeter Arbeitskräfte eine herausragende Rolle. Nur das garantierte Vorhandensein dieser „Humanressourcen“, eingesetzt in einem Umfeld, in dem hochwertige und kostengünstige Kommunikationssysteme vorhanden sind, ermöglicht schließlich krisenresistente Erfolgsprojekte. Ein gutes Beispiel dafür ist in Frankreich mit der Errichtung eines „europäischen Silicon Valley“ in Sophia Antipolis gelungen. In diesem seit 1972 aufgebauten Technologie-Cluster im Süden Nizzas haben sich fast 26.000 Arbeitsplätze in 1250 Firmen herausgebildet. Sie stellen das Resultat einer nachhaltigen und wohlüberlegten Zusammenarbeit der lokalen und nationalen Regierung mit zukunftsweisenden Wirtschaftszweigen dar<sup>10</sup>.

In der großen Debatte um die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft müssen Politiker kreativere Ideen als in der Vergangenheit entwickeln. Es reicht nicht mehr, ein Gebäude zu bauen und darin die Ansiedelung eines Technologiezentrums abzuwarten. Die neue Wirtschaft agiert global vernetzt in einem System von Partnerschaften. Politiker sind aufgefordert, dieses positiv zu unterstützen, die richtigen und zukunftsweisenden Allianzen für den Staat oder ihre Region zu schließen und über die Ausgaben der öffentlichen Hand die positive Entwicklung im Bereich der Forschung zu unterstützen. Der Staat und die Politik agieren nun in einer Vermittlerrolle als „Supervisor“, „der private und öffentliche Interessen verschränken kann, Wissen für alle kostengünstig verfügbar macht, Rechtssicherheit, Wettbewerbsgleichheit und Vertragsfreiheit ermöglicht und letztlich die Überlebensfähigkeit miteinander vernetzter, wissensabhängiger Gesellschaften garantiert“<sup>11</sup>.

### **3.1 Zusammenarbeit in „Clustern“ und Netzwerken**

In einem von der Globalisierung stimulierten Marktumfeld ist die Strategie, qualitativ hochwertige Arbeitsplätze mit hoher Wertschöpfung und Nutzung regionaler Stärken zu schaffen, ein hervorragendes Mittel, um die Konkurrenz- und Überlebensfähigkeit der Wirtschaft aufrechtzuerhalten.

In Kärnten wurde schon eine Reihe von Clustern etabliert:

1. Mikroelektronik-Cluster mit Schwerpunkt in Villach: Die involvierten Leitbetriebs sind SEZ und Infineon, mit wissenschaftliche Anbindung an die lokalen Fachschulen.
2. Software Internet Cluster (SIC): Ergänzung zum Mikroelektronik Cluster, mit wissenschaftlicher Anbindung an die Universität Klagenfurt.
3. Netzwerk Holz: Branchenübergreifende Kooperation im Bereich Forst, Säge, Holzbau, Möbelbau und Holzverarbeitung, mit wissenschaftlicher Anbindung an die Fachhochschule Technikum Kärnten.

4. Netzwerk Kunststoff: Vernetzung von Kompetenzen im Bereich Kunststofftechnik. Auch übergreifend im Rahmen eines EU-Interreg-Programmes, mit wissenschaftlicher Anbindung an die Technische Universität Graz.
5. Netzwerk Umwelt: Vernetzung im Bereich Anlagenbau, Energietechnik und Umwelttechnik.

Im Jahresbericht der Entwicklungsagentur Kärnten werden für die letzten drei Netzwerke folgende Mitgliedszahlen aufgeführt:

#### **8. Tabelle: Mitgliedsbetriebe im Holz-, Kunststoff- und Umweltnetzwerk**

	2003	2004
Netzwerk Holz	51	125
Netzwerk Kunststoff	33	44
Netzwerk Umwelt	58	68
Summe	142	237

Quelle: Entwicklungsagentur Kärnten<sup>12</sup>.

Neben diesen Clustern kam es zur Einrichtung folgender Themenparks:

1. Technologie-Park Villach: Hier befinden sich die Fachhochschule Technikum Kärnten, das Carinthian Tech Research (CTR) und eine Reihe von Unternehmen aus dem Bereich Mikroelektronik und Mikrosysteme.
2. K-Tech-Zentrum Wolfsberg: Schwerpunktbildung in den Bereichen Maschinen- und Anlagenbau sowie Informationstechnik.
3. K-Tech-Zentrum Völkermarkt: Ansiedelung von Unternehmen in den Bereichen der Automation, Lasertechnik, Energietechnik und Verpackungstechnik sowie technische Dienstleister.
4. K-Tech-Zentrum Arnoldstein: Legt einen Schwerpunkt auf Umwelttechnologie mit einer aktiven Einbindung in das Netzwerk Umwelt.

### **3.2 Der Lakeside Technology Park**

Kärnten ist Jahr für Jahr mit dem Verlust von etwa 1000 Arbeitsplätzen in der konventionellen Industrie konfrontiert. Im Jahr 2004 wurde in Klagenfurt der Versuch unternommen, mit dem „Lakeside Technology Park“ eine nachhaltige Grundlage für den systematischen Aufbau einer neuen Generation von Arbeitsplätzen zu schaffen. Der Technologiepark soll die Grundlage für Innovation, exportorientierte, zukunftsweisende Wirtschaftszweige und Kooperationen in der Alpen-Adria-Region darstellen und Kärnten international an die Spitze im Bereich der Informationstechnologie bringen. Initiator des Projektes war neben wichtigen Persönlichkeiten der Kärntner Wirtschaft der Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds, dessen Geschäftsführer auch gleichzeitig das Management des Parks übernahm.

men haben. Die Anlage wird mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 54 Millionen Euro in drei Baustufen errichtet. Im Endausbau soll bei einer Gesamtfläche von 28.000 m<sup>2</sup> eine vermietbare Bürofläche von rund 24.000 m<sup>2</sup> zur Verfügung stehen.

Die Grundidee des Lakeside Parks, der im Endausbau 2000 Mitarbeiter beherbergen soll, besteht in der Verzahnung der Ziele großer Leitbetriebe und kleiner Unternehmen im Hochtechnologiesektor mit der wissenschaftlichen Ausrichtung der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt. Durch diesen Ansatz werden Forschung, Entwicklung, Umsetzung und Produktion unter einem Dach vereint und so ein größtmögliches Maß an Synergie und Flexibilität ermöglicht. Der Lakeside Park soll nicht nur Bildungszentrum, sondern auch Arbeitgeber in einer dynamischen und zukunftsorientierten Branche werden. Entscheidend für den Erfolg des Lakeside Parks wird es sein, dass der Umbau bzw. die Neuorientierung der Kärntner Wirtschaft auf vielen Ebenen simultan und konzertiert erfolgt. Unbedingt notwendig erscheint eine umfassende und zielgerichtete Ausbildungsinitiative, welche die für das Vorhaben nötigen, entsprechend qualifizierten Arbeitskräfte bereitstellt. Dazu gehört insbesondere auch der Ausbau der Universität Klagenfurt im Bereich von technischen Studienrichtungen. Grundlage der positiven Entwicklung muss aber die Sensibilität und das nachhaltige Bewusstsein in der Kärntner Politik und Wirtschaft für die Wichtigkeit dieses Projekts sein.

### **3.3 Die Ausbildungseinrichtungen in Kärnten**

Die Veränderungen im Bildungssystem stellen eine zentrale Herausforderung in der positiven Reaktion auf die globalisierte Wirtschaft dar. Nur mit der Bereitstellung geeigneter, hoch qualifizierter Arbeitskräfte kann eine leistungsfähige und robuste wirtschaftliche Situation mit beständigem Wachstum sichergestellt werden.

Die Universität Klagenfurt wurde in den letzten Jahren stark ausgebaut. Inzwischen arbeiten dort 622 Mitarbeiter (gegenüber 451 im Jahr 2002), das Jahresbudget beträgt fast 45 Millionen Euro. Die Universität hat durch die Einführung neuer Studienrichtungen (v. a. Publizistik) zwischen 1997 und 2004 28 Prozent zusätzliche Inskribenten verzeichnet. 89 Prozent der Studenten an der Alpen-Adria-Universität sind Kärntner und können derzeit 19 verschiedene Studien belegen. Der Anteil der Kärntner an der Zahl der Gesamtstudenten in Österreich betrug im Wintersemester 2004 8,5 Prozent. Gleichzeitig mit der Einrichtung des Lakeside Technology Parks wurde der Versuch unternommen, der Universität eine technische Fakultät zu geben, um das Angebot über die schon länger bestehende Studienrichtung Informatik hinaus zu erweitern. Die im Jahr 2004 angekündigten Professuren sind rund um das Thema „mobiler Mensch“ angesiedelt und erstrecken sich auf die folgenden Fachgebiete:

## 9. Tabelle: Entwicklung der Studierendenzahlen

	1997	Wintersemester 2004	Veränderung
Studierende in Klagenfurt	4.353	5.566 (3.475 Frauen, 2.091 Männer)	+ 28 % in 7 Jahren
Kärntner Studenten gesamt	16.583	13.756 (7.603 Frauen, 6.153 Männer)	- 17 % in 7 Jahren
Studenten in Österreich gesamt	-	162.478 (86.953 Frauen, 75.725 Männer)	-

Quelle: Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur / Amt für Hochschulstatistik, Europäische Union<sup>13</sup>.

- Mobile Systeme
- Verkehrsinformatik
- Embedded Systems
- Pervasive Computing
- Media Engineering
- Servicerobotik

Neben dem Ausbau der Universität wurde intensiv an der Errichtung von Fachhochschulen gearbeitet. Im Jahr 2004 waren insgesamt 15 Studiengänge an vier Standorten (Klagenfurt, Villach, Spittal an der Drau und Feldkirchen) eingerichtet, die Studien in so unterschiedlichen Bereichen wie Geoinformation, Elektronik, Equipment Engineering, Integrated Systems and Circuit Design, Health Care IT, Telematik, Netzwerktechnik, Communication Engineering und Medizinische Informationstechnik anbieten.

## 4. Die Industrie

Die Industrie ist der stärkste Wirtschaftszweig im Bundesland Kärnten. Nach Angaben der Kärntner Industriellenvereinigung steuerte sie 2004 einen Betrag von 20,6 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt Kärntens bei, während der des Tourismus nur bei etwa 6 Prozent liegt<sup>14</sup>. Dabei sind die Beschäftigtenzahlen stark zurückgegangen. 1987 arbeiteten in diesem Wirtschaftsbereich 32.849 Menschen. Im Jahr 2004 waren in der Industrie (ohne produzierendes Gewerbe und Energiewirtschaft) nur mehr 26.025 Menschen beschäftigt, was aber immerhin einen kleinen Zuwachs von 0,4 Prozent gegenüber dem Jahr 2003 (25.769 Arbeitsplätze) darstellte.

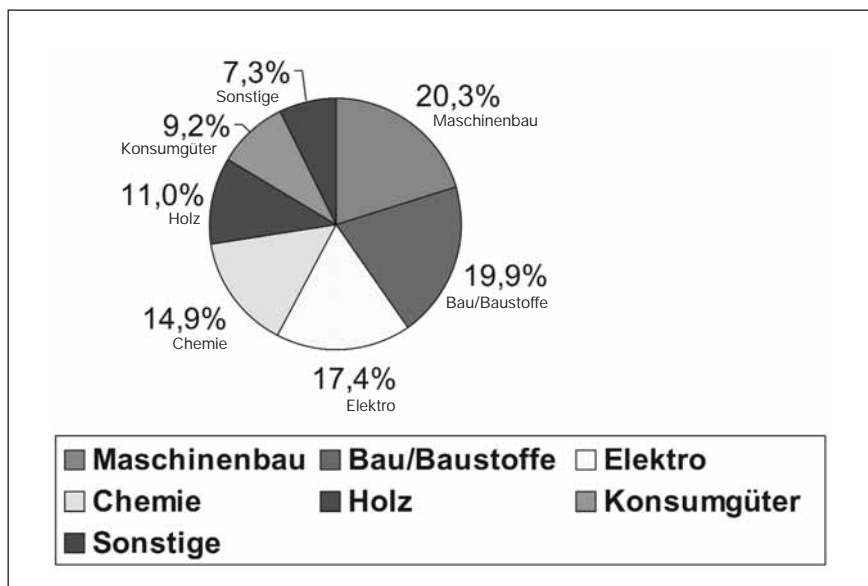
## 10. Tabelle: Kennzahlen der Kärntner Industrie 2003

Kennzahlen	
Regionales BIP Kärnten	11,4 Mrd. Euro
Bruttowertschöpfung der Industrie	2,33 Mrd. Euro
Anteil am Kärntner BIP	20 %
Gesamtbeschäftigte	188.657
Beschäftigte in der Industrie <sup>15</sup>	25.769
Exportrate	60 %

Quelle: Industriellenvereinigung Kärnten, Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds, Hauptverband der Sozialversicherungsträger.

Eine Übersicht über die Anteile der verschiedenen Industriebereiche an der Wertschöpfung liefert das folgende Bild:

## 11. Graphik: Branchenmix der Kärntner Industrie 2004



Quelle: Industriellenvereinigung Kärnten.

Die Abgrenzung zwischen dem traditionellen Begriff der Industrie, dem „produzierenden Gewerbe“ und den von der Industrie induzierten Dienstleistungen wird in einer Studie des Industriewissenschaftlichen Instituts wie folgt vorgenommen: Industriebetriebe produzieren in großem Umfang Waren oder Güter. Eine produzierende Tätigkeit wird industriell ausgeübt,

„wenn die Herstellung von Gütern hohem Kapitaleinsatz und großem maschinellen Aufwand in serienmäßiger Fertigung unterliegt. Trotz dieser auf den ersten Blick scheinbaren Klarheit des Industriebegriffs herrscht in der wirtschaftlichen Praxis ein großer Interpretationsspielraum. Eine Vielzahl von teils nationalen, teils internationalen Entwicklungen hat zu dieser ‚Aufweichung‘ geführt. So ist etwa die Frage, ob ein Großgewerbebetrieb schon industriell fertigt oder noch nicht, großteils von dessen eigener Einschätzung abhängig, die wiederum von Kostengründen mitgesteuert wird.“<sup>16</sup> Das Institut führt den Begriff der erweiterten Industrie ein: „Um den Kern der Industrie haben sich eine Fülle von vor- bzw. nachgelagerten Dienstleistungen gruppiert. Der zunehmende Wettbewerbs-(Kosten-)Druck zwang die Industriebetriebe, Bereiche, die nicht unmittelbar der Kerntätigkeit zuzurechnen waren, in den industrienahen Dienstleistungssektor auszulagern. Diese Verlagerung zeigt sich auch in der Entwicklung der Beschäftigungszahlen, steht doch dem Rückgang der Industriebeschäftigten ein boomartiges Ansteigen der Arbeitnehmer im industrienahen Dienstleistungsbereich gegenüber. Der stetige Rückgang der Industriebeschäftigten in Österreich ist nicht ausschließlich Ausdruck einer Deindustrialisierung, sondern spiegelt vielmehr die Ausweitung der Industrie in den Dienstleistungsbereich wider, der von der Industrie abhängig ist.“<sup>17</sup>

In einer Betrachtung des mit der Industrie zusammenhängenden Dienstleistungssektors kommt die Industriellenvereinigung Kärnten auf einen Beitrag der „erweiterten Industrie“ am Kärntner Bruttoinlandsprodukt von knapp 60 Prozent. Hier werden industrienahen Dienstleistungen in den folgenden Bereichen gesehen:

- Datenverarbeitung und Datenbanken
- Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung
- Marketingleistungen
- Technische Dienstleistungen
- Vermietung
- Vermittlung und Überlassung von Personal
- Wach- und Reinigungsdienste

#### **4.1 Problembereich Lederverarbeitung**

Der Bereich der Lederverarbeiter hat in den letzten Jahren schwere Rückschläge erlitten. Ein großer Teil der Arbeitsplätze wurde gestrichen oder ist in Billiglohnländer abgewandert. Im Jahr 2004 musste beispielsweise der in Feldkirchen ansässige Schuhhersteller ARA eine weitere massive Reduktion seiner Mitarbeiterzahl bekannt geben, die fast ein Viertel der Belegschaft betraf. Schon vor zwei Jahren war das Werk in Griffen geschlossen

worden, was damals das Aus für 100 Arbeitsplätze bedeutete. Im Jahr 1990 hatte ARA in Kärnten 900 Mitarbeiter, Ende 2004 waren es nur mehr an die 300. ARA produziert Schuhe inzwischen in Rumänien, Indonesien, Indien und China. Der Bürgermeister von Feldkirchen berief in einer ersten Reaktion im September 2004 einen Krisengipfel ein, bei dem der lokale Wirtschaftskammer-Obmann auf die problematische Situation in seinem Bezirk hinwies: „Der Bezirk Feldkirchen weist die schwächste Kaufkraft in ganz Österreich auf. Ein Grund mehr, die wirtschaftliche Situation langfristig zu verbessern. (...) Bereits vor einigen Jahren wurde ein umfangreicher Forderungskatalog erstellt, der leider nur in einigen Punkten realisiert wurde.“ Verbesserungsvorschläge stellten bei diesem Gipfelgespräch überwiegend auf die weitere Förderung des Tourismus ab. Zudem solle bei Betriebsansiedelungen vor allem an die „innovativen Klein- und Mittelbetriebe“ gedacht werden. Die Wiederansiedelung von Industriebetrieben oder der Ausbau von Kapazitäten wurde angesichts der offenbaren Perspektivenlosigkeit nicht diskutiert<sup>18</sup>.

Von 2003 auf 2004 hat die Leder verarbeitende Industrie nach Angaben der Industriellenvereinigung Kärnten einen Rückgang der Beschäftigtenzahlen um 13,2 Prozent hinnehmen müssen. Vergleicht man die Entwicklung der Arbeitsplätze mit der gesamten Industrie, so hat diese von 1987 bis 2003 mehr als jeden fünften Arbeitsplatz eingebüßt, während im Bereich der Lederverarbeitung 62 Prozent der Arbeitsplätze verschwunden sind:

**12. Tabelle: Beschäftigte in der Kärntner Industrie/Lederverarbeitung**

	1987	2004
Beschäftigte Industrie gesamt	32.849	26.025 (– 21 %)
Beschäftigte Lederverarbeitung	3.362	1.275 (– 62 %)
Anteil in Prozent der Industriebeschäftigten	10,9 %	4,9 %

## 4.2 Schwerpunkte und Zielsetzungen

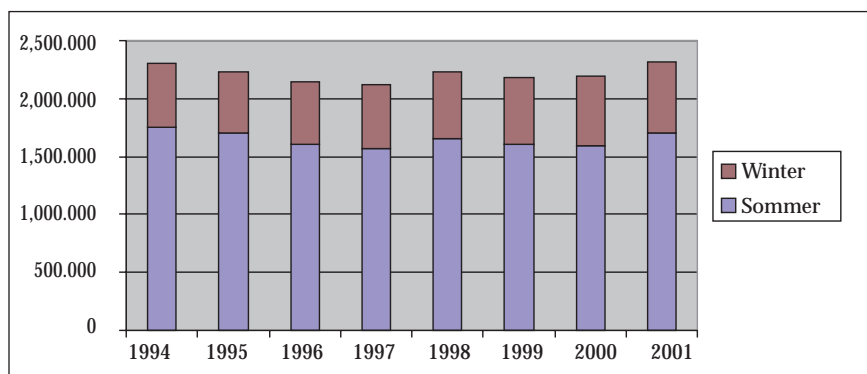
Die Verwendung der Mittel aus dem „Zukunftsfonds“, der aus den Erlösen der Wandelschuldverschreibung der mehrheitlich im Landeseigentum stehenden Hypo Alpe-Adria-Bank dotiert wird, könnte durch eine sinnvolle Förderung innovativer Industrieprojekte maßgeblich zu einer strukturellen Veränderung der Kärntner Industrie beitragen. Bereits im „Standortabkommen für Kärnten“, das im Jahr 1999 – und zuletzt neuerlich 2003 – zwischen der Industriellenvereinigung und der Kärntner Landesregierung vereinbart wurde, war die Schaffung eines „Kärntner Technologiefonds“ vorgesehen, der nach dem Vorbild des oberösterreichischen

„Zukunftsfonds“ betriebliche und überbetriebliche Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen als Infrastruktur projektunabhängig unterstützen sollte<sup>19</sup>. Bei den in diesem Papier geforderten Schwerpunktsetzungen wird stark auf globale wirtschaftliche Trends Rücksicht genommen und eine Fokussierung auf Elektronik und Software bzw. Holz und Werkstoffe gefordert. In diesem Bereich sind auch bereits große Fortschritte erzielt worden. So konnte mit dem Ausbau der Präsenz von Infineon und deren Zulieferern etwa ein Elektronikcluster in Villach entstehen. Auch der Bereich der erneuerbaren Energie, der Bausektor, der Spezialmaschinen- und Anlagenbau bzw. die Holzverarbeitung sind nach der Einschätzung der Industriellenvereinigung Stärkefelder. Hier wünscht man sich zudem eine Verbreiterung der Basis an innovativen Unternehmen und eine stärkere Konzentration auf den Zentralraum Kärnten, um die kritische Masse zu erhöhen.

## 5. Tourismus und Infrastruktur

Während vor fünfzehn Jahren noch Scharen von Bustouristen und Campingplatzurlaubern in den Süden Österreichs strömten, findet man heute nur mehr vereinzelt den Massentourismus von einst. Der Tourismusrückgang ist in Österreich insbesondere im Bereich der deutschen und niederländischen Gäste spürbar und hat die Zahl der Gästeankünfte im Bundesland der 1270 Seen und 20 Skigebiete auf weit unter 2,5 Millionen gedrückt:

### 13. Graphik: Gästeankünfte in Kärnten 1994 bis 2001



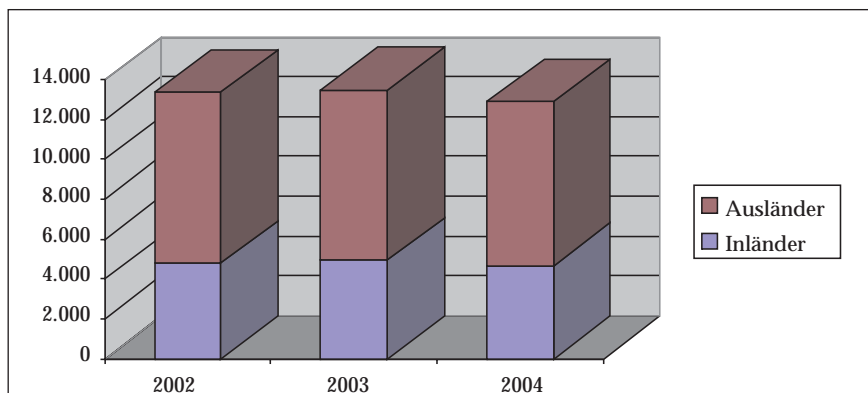
Quelle: ETI 2002, auf Basis von Daten der Statistik Austria<sup>20</sup>; Statistik Austria.

Die Graphik weist auf die starken saisonalen Schwankungen hin, die insbesondere eine starke Belastung für den Arbeitsmarkt darstellen. Im Jahr 2000 betrug das Verhältnis Sommer- zu Wintertourismus 73 Prozent zu 27 Prozent. Ein Viertel der Touristen besucht Kärnten im Monat August. Neben der Zahl der Gästeankünfte ist auch die Zahl der Übernachtungen



deutlich zurückgegangen. Während die Gäste im Jahr 1990 noch durchschnittlich sieben Tage in Kärnten blieben, reduzierte sich dieser Wert im Jahr 2000 auf unter fünf Tage. Im Jahr 2004 konnte Kärnten 12,9 Millionen Nächtigungen verzeichnen.

#### 14. Graphik: Nächtigungen in Kärnten 2002–2004



Quelle: Statistik Austria<sup>21</sup>.

Der Tourismus konzentriert sich in Kärnten vor allem um die Gebiete mit großen Seen wie den Wörthersee, Millstätter See, Ossiacher See und Weißensee sowie die Regionen um Villach, Hermagor und Bad Kleinkirchheim. Ein großes Problem dieser Regionen ist allerdings das weitgehende Fehlen von Einrichtungen, die eine Wetterunabhängigkeit gestatten. Neben dieser starken Umweltabhängigkeit ist vor allem die Qualität der Quartiere für das Ausbleiben der Gäste bzw. die mangelnde Erschließung neuer Gästeschieden verantwortlich. Die meisten Kärntner Tourismusbetriebe sind nach wie vor Privatquartiere. Die Zahl der 4- und 5-Sterne-Betriebe ist seit Jahren vergleichsweise unverändert. Das Beherbergungsangebot in Kärnten hat damit bisher nicht ausreichend auf die größeren Reiseerfahrungen und Komfortansprüche der Gäste reagiert.

#### 5.1 Zukunftsorientierung und Tourismusleitprojekte

In dem im Jahr 2002 von der Kärntner Landesregierung verabschiedeten „Tourismus-Masterplan Kärnten“ wurden die Schwerpunkte für die Ankurbelung des Qualitätstourismus in der Betonung der „touristischen Grundbausteine Kärntens gesehen“. Als solche werden „Naturparke und Naturerlebnis, Schwimmen, Wassersport, Seen, Wandern und Bergerlebnis, Kultur und Tradition erleben“ gesehen<sup>22</sup>. Darüber hinaus wird empfohlen, die folgenden Themen auszubauen:

- „Wellness- und Gesundheits- und Fitnessurlaub,
- Alpen-Adria-Region als grenzüberschreitender Erlebnisraum,
- kulinarische Genüsse und regionaltypische Küche,
- kulturelle Events,
- Radfahren und Familienferien“<sup>23</sup>.

Für den Ausbau der Tourismusinfrastruktur wurden im Masterplan zwei Großprojekte definiert, die eine besondere Eignung im Sinne ihrer Lage, der Synergieeffekte mit anderen Einrichtungen und der Einbettung in eine intakte Umwelt aufweisen. Diese Projekte sollten in der Lage sein, die „besonderen Stärken und Potentiale des Landes darzustellen, so dass sie auch ein Instrument für das Tourismusmarketing sind“<sup>24</sup>.

Das erste Leitprojekt wurde mit dem „Ferienland Millstätter See“ im Raum Villach positioniert. Hier sollten neue Hotels und Apartments, ein öffentlicher Seehafen, ein Seebad und ein Indoor-Erlebnisbad und der Freizeitpark „Ravensburger Kinderwelt“ entstehen<sup>25</sup>. Das zweite Leitprojekt wurde mit der Wasserwelt Kärnten in Techelsberg/Bad Saag am Wörthersee angesiedelt. Von Edutainment und Wellness über ein neues Seebad, ein Imax-Kino, Spieleangebote und ein verbessertes kulinarisches Angebot reichten die Ausbaupläne<sup>26</sup>. Im Rahmen der „Tourismus-Offensive Kärntens“ möchte die Kärntner Landesregierung weiters u. a. die folgenden Vorhaben fördern<sup>27</sup>:

- Talbahn Nassfeld, als bilaterales Vorhaben mit Italien;
- Schwefelbad Bad St. Leonhard soll 80 Arbeitsplätze schaffen;
- Schigebiet Koralpe soll mittelfristig die Zahl der Arbeitsplätze von 57 (2004) auf 400 erhöhen;
- Sea Life Center Pörtschach am Wörthersee;
- Veranstaltungszentrum Velden;
- Kongresszentrum Pörtschach;
- Schlosshotel Velden, das von der KHBAG, einer Tochtergesellschaft der Hypo Alpe-Adria-Bank AG, zu einem internationalen ganzjährigen Kongress- und Veranstaltungszentrum umgebaut werden soll;
- Vorhaben am Mölltaler Gletscher zur Schaffung von 160 Arbeitsplätzen.

## 5.2 Die Rolle des Flughafens Klagenfurt

Die Kärntner Industriellenvereinigung analysierte in ihrem „Standortabkommen für Kärnten“ die Situation des einzigen internationalen Kärntner Flughafens: „Zu den Stärken des Flughafens zählen neben der raschen Abfertigung die gute Anbindung an Wien und Frankfurt. Als besondere Nachteile sind die zunehmende Konkurrenz durch die Flughäfen Graz und Laibach sowie die hohen Flugtarife, aber auch das Fehlen weiterer attrak-

tiver Anbindungen zu nennen. Der Verlust der Tagesrandverbindungen nach Zürich bedeutet eine starke Attraktivitätsminderung.“<sup>28</sup> In diesem Papier wurde empfohlen, die Wettbewerbsfähigkeit des Flughafens zu erhöhen, damit er von neuen Fluglinien angefliegen werde und insbesondere neue Destinationen wie Brüssel, London und Paris anbiete. Weiters wurde eine Erweiterung des Warenverkehrs über ein neu einzurichtendes Fracht-Verteilerzentrum angeregt.

Im Regierungsprogramm der derzeitigen Kärntner Landesregierung wurde überdies als Ziel festgelegt, mit der Einrichtung der Destinationsmanagement GmbH „das bestehende Destinationsnetz (...) auf Süd- und Osteuropa“ auszuweiten. „Darüber hinaus ist die Einrichtung von Shuttle-diensten zwischen dem Flughafen Klagenfurt und den einzelnen Kärntner Regionen von besonderer Bedeutung.“<sup>29</sup> Nachdem im Jahr 2002 die Billigfluglinie Ryanair eine Flugverbindung nach London aufgenommen hatte, wurde das Streckennetz im Jahr 2004 um Rom erweitert. Mit dem Eintreffen einer zweiten Billigfluglinie, Hapag Lloyd Express, konnte das Passagieraufkommen seither von 200.000 auf 500.000 im Jahr 2004 erhöht werden<sup>30</sup>.

### **5.3 Große Infrastruktur- und Bauprojekte**

Die Diskussion über den Bau der Koralmbahn und insbesondere über den zugehörigen Koralmtunnel ist schon viele Jahre im Gange. Die geplante Bahnstrecke soll auf 135 Kilometer Länge die Städte Graz und Klagenfurt direkt miteinander verbinden, ihr Kernstück ist der fast 33 Kilometer lange Tunnel. Die Gesamtkosten wurden vom Verkehrsministerium, das dieses Vorhaben im Dezember 2004 verabschiedete, zuletzt mit 2,6 Milliarden Euro geschätzt. Mit diesem Projekt soll die Kapazität auf der „Nord-Süd-Achse“ Wien–Tarvis erhöht und die Fahrzeit verkürzt werden (Graz–Klagenfurt auf eine Stunde, Wien–Klagenfurt auf drei Stunden). Die für den Bau zuständige Eisenbahn-Hochleistungs-AG (HL-AG) rechnet zudem mit wirtschaftlichen Impulsen: „Da die Erreichbarkeiten sprunghaft verbessert werden (neue Bahnhöfe in der Weststeiermark und im Lavanttal), sind auch wirtschaftliche Impulse für die Regionen in der Südsteiermark und in Kärnten zu erwarten – das hohe Erschließungspotential der Koralmbahn als neue, moderne Verkehrsader für Gewerbe, Industrie, aber auch Siedlungsgebiete ist unbestritten. Gemäß einer Prognose aus den Arbeiten/Studien zum Bundesverkehrswegeplan wird der zu erwartende Nutzen aus der Verfügbarkeit der Koralmbahn mit rund 167 Mio. Euro/Jahr beziffert.“<sup>31</sup> Im Jahr 2004 wurde in Kärnten im Rahmen des Koralmprojekts nach Angaben der Kärntner Landesregierung ein Volumen von 230 Millionen Euro beauftragt, wobei davon rund 90 Millionen Euro bereits investiert wurden<sup>32</sup>.

Ein weiteres großes Vorhaben aus dem abgelaufenen Jahr war die Ausschreibung für ein neues Fußballstadion in Klagenfurt, das als Notwendig-

keit für die Abhaltung der Fußballeuropameisterschaft 2008 betrachtet wird. Die Kapazität des neuen Stadions soll 30.000 Zuseher umfassen. Die Anlage soll im Jahr 2007 fertig gestellt sein und eine multifunktionale Konzeption aufweisen<sup>33</sup>. Überdies wurden die Anbieter angehalten, ein Konzept für den Rückbau vorzulegen, falls eine Nutzung nach der Sportgroßveranstaltung nicht möglich erscheint. Auftraggeber für das Stadion ist die Stadt Klagenfurt, deren Bürgermeister einen enormen Zweitnutzen des Stadionbaus sieht: „Nur ein paar Beispiele, die das angesehene Institut für Höhere Studien (IHS) errechnet hat: Für Kärnten würden sich an Wertschöpfungseffekten auf den Sektoren Infrastruktur sowie Besuchern und Tourismus eine Summe von rund 50 Millionen Euro ergeben. Dazu kämen Kaufkrafteffekte in der Höhe von 45 Millionen Euro und ein Beschäftigungseffekt von rund 1500 ‚Mann-Jahren‘. Das heißt, rund 1500 Menschen würden für mindestens ein Jahr hindurch einen sicheren Arbeitsplatz haben.“<sup>34</sup>

## 6. Kärntner Budget und Finanz-Zentralen

Die Kärntner Landesregierung betreibt in der aktuellen Legislaturperiode eine Politik eines moderaten „Deficit Spendings“, um die Wirtschaft anzukurbeln. Aus dieser resultierte 2004 ein Nettodefizit von 63 Mio. Euro im Landesbudget. Das am 18. November 2004 beschlossene Budgetprogramm für die Jahre 2005–2009 sieht eine durchschnittliche Neuverschuldung von ca. 62 Mio. Euro vor: „In Anbetracht der in den nächsten Jahren noch zu erwartenden schwierigen Einnahmensituation für die Landesfinanzen wird vielmehr angestrebt, dass es über die Legislaturperiode zu einer Absenkung der Nettodefizitquote des Landes, gemessen am regionalen Bruttoinlandsprodukt Kärntens, in der Weise kommt, dass über die gesamte Periode eine durchschnittliche Nettoneuverschuldung des Landes von 0,4 Prozent des regionalen nominellen BIPs bewirkt wird. (...) Dieses Ziel ist nur unter Einhaltung einer massiven Budgetdisziplin auf der Ausgabenseite sowie unter Heranziehung von Einmaleinnahmen aus Grundstücksverkäufen bzw. Zuflüssen von Seiten der Kärntner Landesholding erreichbar.“<sup>35</sup>

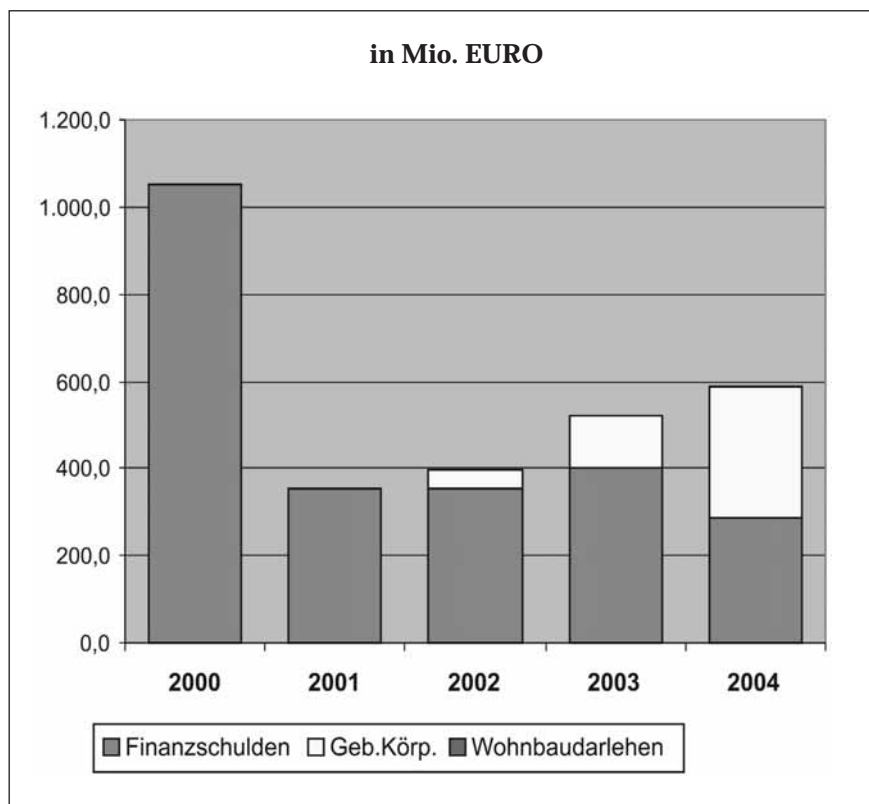
### 15. Tabelle: Land Kärnten – Ausgaben, Einnahmen, Defizit

Jahr	Ausgaben ohne Schuldentilgung	Einnahmen ohne Schuldenaufnahme	Netto Defizit / Überschuss
2000	1985,3	1941,9	– 43
2001	2032,4	2736,8	+ 704
2002	1818,9	1775,0	– 44
2003	1855,4	1761,2	– 94
2004	1918,5	1855,9	– 63

Quelle: Kärntner Landesregierung<sup>36</sup>.

Nachdem Kärnten im Jahr 2001 seine Finanzschulden (u. a. durch den Verkauf der Anteile an der Kärntner Energieholding) um fast 700 Mio. Euro reduzieren konnte, kommt es seither wieder zum Aufbau neuer Verbindlichkeiten. Kärnten liegt im Vergleich der Pro-Kopf-Verschuldung der Bevölkerung österreichweit an fünfter Stelle, wenn auch die Schulden der Gemeinden mit eingerechnet werden.

## 16. Graphik: Land Kärnten – Schuldenentwicklung



Quelle: Kärntner Landesregierung<sup>37</sup>.

### 6.1 Die Hypo Alpe-Adria-Bank

Während die Kärntner Hypo Alpe-Adria-Bank noch vor zehn Jahren ein Schattendasein in der als massiv „overbanked“ betrachteten österreichischen Bankenlandschaft genoss, konnte sie mit ihrer großen Südosteuropa-Expansion einen völlig neuen Stellenwert erreichen. Die Bank ist mittler-

weile sowohl in Bosnien, Serbien, Montenegro, Kroatien, Slowenien als auch in Italien, Deutschland und Liechtenstein mit Tochterunternehmen vertreten. Mit einer Bilanzsumme von 20 Mrd. Euro und rund 5000 Mitarbeitern ist sie neben der Kärntner Energieholding zum größten Vermögenswert des Landes Kärnten avanciert. Mit dem 2008 geplanten Börsengang wird eine beträchtliche Summe in die leeren Kassen des Landes gespült und danach im Rahmen eines „Zukunftsfonds“ für innovative Wirtschaftsprojekte zur Verfügung stehen. Im Budgetprogramm der Kärntner Landesregierung für die Jahre 2005–2009 wurde diese Annahme bereits berücksichtigt: „Im Zusammenhang mit einem späteren Börsengang der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG und dem daraus erfließenden Erlös wurden im geltenden Budgetprogramm Geldmittelzuflüsse von Seiten der Kärntner Landesholding von € 32 Mio. im Jahre 2005, € 33 Mio. im Jahre 2006, € 35 Mio. im Jahre 2007 und € 47 Mio. in den Jahren 2008 und € 50 Mio. im Jahre 2009 eingeplant. Insgesamt sollen in der Periode € 197 Mio. in den Landeshaushalt fließen.“<sup>38</sup> Die Rolle der Bank erschöpft sich allerdings nicht in einer Geldbeschaffungseinrichtung. Durch zahlreiche Unternehmensbeteiligungen hat sie sich strategisch in Kärnten und im benachbarten Ausland positioniert. Ihre herausragende Bedeutung gewinnt sie jedoch als verbindendes Element im Alpen-Adria Raum, in der sie eine Leitbildfunktion für andere Kärntner Betriebe erhalten soll.

## **6.2 Der Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds (KWF)**

Der Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds wurde mit der Zielsetzung gegründet, die Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit der Kärntner Wirtschaft nachhaltig zu stärken. Er konzentriert sich auf die folgenden Geschäftsfelder<sup>39</sup>:

1. Beratung und Basisförderung
2. Unternehmensgründung und Betriebsansiedelung
3. Infrastruktur und Regionalentwicklung
4. Technologiefonds
5. Restrukturierung und Rettungsbeihilfen

In der folgenden Aufstellung werden die Aktivitäten des KWF quantifiziert:

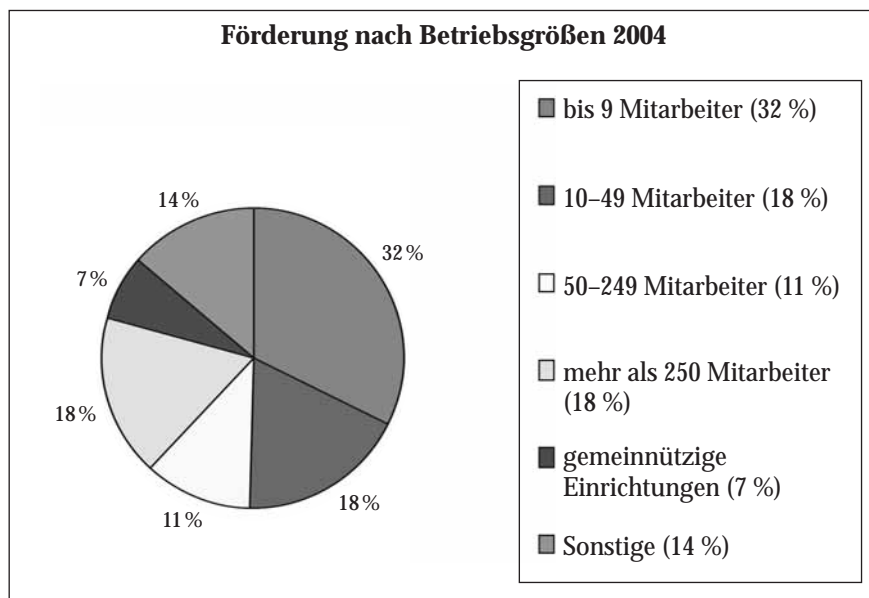
**17. Tabelle: Förderungsfälle und Investitionen des KWF 2003/2004**

	2004	2003	Durchschnitt 1999–2002
Anträge	795	583	503
Investitionsvolumen in Mio. Euro	444,689.196	328,461.466	488,807.481
Förderbarwert in Mio. Euro	42,965.227	36,148.485	35,701.314
Geschaffene Arbeitsplätze	1.221	1.032	1.214
Gesicherte Arbeitsplätze	15.200	10.032	10.473

Quelle: Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds.

Entsprechend der Struktur der Kärntner Wirtschaft kommen die Förderungen zu einem großen Teil kleinen und mittleren Unternehmen zugute.

**18. Graphik: Förderung nach Betriebsgrößen im Jahr 2004**



Quelle: Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds.

Aktuell sieht sich der Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Die verschärften Regelungen zum Wettbewerb innerhalb der Europäischen Union und die zu befürchtenden Angebotseinschränkungen bei der Kreditvergabe von Banken durch die „Basel II“-Verordnungen werden alternative Finanzierungsformen und Förderinstrumentarien für die heimische Wirtschaft erforderlich machen. Im Technologiebereich muss durch umfassende Maßnahmen in den Bereichen Ausbildung, Forschung und Entwicklung reagiert werden. Flankiert werden diese Schritte durch den Ausbau der Beratungsleistungen für die Kärntner Unternehmen.

## Literaturverzeichnis

Amt der Kärntner Landesregierung, Abteilung 4: Finanz- und Wirtschaftsreport des Landes für das Jahr 2004 <HYPORATING\_GESAMT.DOC>, 24. Mai 2005, 281 S.

Amt der Kärntner Landesregierung: Stark für Kärnten – offen für Europa. Regierungsprogramm von FPÖ und SPÖ für die 29. Gesetzgebungsperiode 2004–2009. Klagenfurt, 31. März 2004.

Amt der Kärntner Landesregierung, Landesstelle für Statistik: Statistisches Jahrbuch des Landes Kärnten, 49. Jahrgang 2004.

Amt der Kärntner Landesregierung: Tourismus-Masterplan Kärnten. Klagenfurt, 2002.

Blindenbacher, Raoul; Hablützel, Peter; Letsch, Bruno (Hrsg.): Vom Service Public zum Service au Public. Regierung und Verwaltung auf dem Weg in die Zukunft. Zürich: NZZ-Verlag: 2000.

Chomsky, Noam; Dieterich, Heinz: Globalisierung im Cyberspace. Globale Gesellschaft. Märkte, Demokratie und Erziehung. Bad Honnef: Horlemann-Verlag: 1999.

Entwicklungsagentur Kärnten: Jahres04bericht, Klagenfurt, 2005.

IHS Kärnten: Entwicklung der Kärntner Wirtschaft. Präsentation von Univ.-Prof. Dr. H. J. Bordenhöfer, zur Verfügung gestellt vom Amt der Kärntner Landesregierung. Mai 2005.

IHS Kärnten: Konjunkturreport, 4. Jg., Ausgabe 3, September 2004.

IHS Kärnten: Konjunkturreport, 5. Jg., Ausgabe 1, März 2005.

Industriewissenschaftliches Institut: Die Industrie Kärntens. Grundlagen als Beitrag zur industrieökonomischen Strategiedebatte. Wien: 2003.

Industriellenvereinigung Kärnten: Industrieland – Kärnten mitten in Europa. Standortprogramm für die Kärntner Landespolitik. Vorlage für die Unterzeichnung des Standortabkommens zwischen Kärntner Landesregierung und Industriellenvereinigung Kärnten im Spieghelsaal der Kärntner Landesregierung. Klagenfurt: 23. November 1999.

Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds: Einheitliches Programmplanungsdokument. Ziel 2 Kärnten 2000–2006. Klagenfurt: 1999.

KWF – Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds: Das Jahr 2003. Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds. 2003.

KWF – Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds: Das Jahr 2004. Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds. 2004.

Statistik Austria (ISIS): 12.2 Übernachtungen nach Ländern, Wien: 2005.



## Internet

HL-AG Online-Informationen: Projekte

<<http://www.hl-ag.com/main.html>>

(abgefragt am 5. Juli 2005)

Industriellenvereinigung Kärnten: Wirtschaftsdaten

<<http://iv.ifit-e.uni-klu.ac.at/~iv/frontend/>>

(abgefragt am 15. Juli 2005)

Site de Sophia Antipolis: Sophia Antipolis. An Excellent Crisis Absorber

<<http://www.sophia-antipolis.net/>>

(abgefragt am 25. Juli 2005)

UEFA EURO 2008: UEFA

<<http://www.uefa.com/Competitions/Euro/Organisation/Kind=67108864/newsId=312781.html>>

(abgefragt am 7. August 2005)

Website des Klagenfurter Bürgermeisters Harald Scheucher

<[http://www.haraldscheucher.at/inhalt/home\\_221.htm](http://www.haraldscheucher.at/inhalt/home_221.htm)>

(abgefragt am 10. August 2005)

Wirtschaftskammer Kärnten: Wirtschaftsgipfel in Feldkirchen

[http://portal.wko.at/wk/sn\\_detail.wk?AngID=1&DocID=278385&DstId=911&StID=148810](http://portal.wko.at/wk/sn_detail.wk?AngID=1&DocID=278385&DstId=911&StID=148810)

(abgefragt am 5. August 2005)

## Anmerkungen:

- 1 Amt der Kärntner Landesregierung, Abteilung 4: Finanz- und Wirtschaftsreport des Landes für das Jahr 2004, S. 8.
- 2 Wert für 2004 aus: KWF – Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds: Das Jahr 2004. Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds, 2004.
- 3 IHS Kärnten: Konjunkturreport, 5. Jg., Ausgabe 1, März 2005, S. 1.
- 4 IHS Kärnten: Entwicklung der Kärntner Wirtschaft. Präsentation von Univ.-Prof. Dr. H. J. Bodenhöfer, zur Verfügung gestellt vom Amt der Kärntner Landesregierung. Mai 2005, S. 4. Anmerkung: Das AMS weist für 2004 196.111 Beschäftigte im Jahresdurchschnitt aus, da hier eine andere Berechnungsmethode vorgenommen wird.
- 5 IHS Kärnten: Entwicklung der Kärntner Wirtschaft. Präsentation von Univ.-Prof. Dr. H. J. Bodenhöfer, S. 13.
- 6 Amt der Kärntner Landesregierung, Abteilung 4: Finanz- und Wirtschaftsreport des Landes für das Jahr 2004, S. 22.
- 7 KWF – Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds: Das Jahr 2003. Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds. 2003; KWF – Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds: Das Jahr 2004. Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds, 2004.

- 8 Chomsky, Noam; Dieterich, Heinz: Globalisierung im Cyberspace. Globale Gesellschaft. Märkte, Demokratie und Erziehung. Bad Honnef: 1999, S. 48. Anmerkung: Zitat von Konrad Seitz, Leiter des Planungsstabes im Auswärtigen Amt.
- 9 Ebd., S. 49.
- 10 Vgl. Site de Sophia Antipolis: Sophia Antipolis. An Excellent Crisis Absorber <<http://www.sophia-antipolis.net/>> (26. Juli 2005).
- 11 Blindenbacher, Raoul; Hablützel, Peter; Letsch, Bruno (Hrsg.): Vom Service Public zum Service au Public. Regierung und Verwaltung auf dem Weg in die Zukunft. Zürich, 2000, S. 16.
- 12 Entwicklungsagentur Kärnten: Jahresbericht 2004, Klagenfurt, 2005, S. 6.
- 13 Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds: Einheitliches Programmplanungsdokument. Ziel 2 Kärnten 2000–2006. 1999, S. 43.
- 14 Wirtschaftsdaten: Industriellenvereinigung Kärnten <<http://iv.ifit-e.uni-klu.ac.at/~iv/frontend/>> (abgerufen am 15. Juli 2005).
- 15 Zahl ohne produzierendes Gewerbe und Energiewirtschaft.
- 16 Industriewissenschaftliches Institut: Die Industrie Kärntens. Grundlagen als Beitrag zur industrieökonomischen Strategiedebatte. Wien, 2003, S. 23.
- 17 Ebd., S. 27.
- 18 Ebd.
- 19 Industriellenvereinigung Kärnten: Industrieland – Kärnten mitten in Europa. Standortprogramm für die Kärntner Landespolitik, Klagenfurt, 23. November 1999, S. 5.
- 20 Amt der Kärntner Landesregierung: Tourismus-Masterplan Kärnten. Klagenfurt, 2002, S. 10.
- 21 Statistik Austria (ISIS): 12.2 Übernachtungen nach Ländern. 2005.
- 22 Ebd., S. 14.
- 23 Ebd.
- 24 Ebd., S. 25.
- 25 Ebd., S. 31.
- 26 Ebd., S. 35.
- 27 Amt der Kärntner Landesregierung, Abteilung 4: Finanz- und Wirtschaftsreport des Landes für das Jahr 2004, S. 57 ff.
- 28 Industriellenvereinigung Kärnten: Industrieland – Kärnten mitten in Europa. Standortprogramm für die Kärntner Landespolitik, Klagenfurt, 23. November 1999, S. 11.
- 29 Amt der Kärntner Landesregierung: Stark für Kärnten – offen für Europa. Regierungsprogramm von FPÖ und SPÖ für die 29. Gesetzgebungsperiode 2004–2009. Klagenfurt, 31. März 2004, S. 7.
- 30 Amt der Kärntner Landesregierung, Abteilung 4: Finanz- und Wirtschaftsreport des Landes für das Jahr 2004, S. 64.
- 31 HL-AG Online-Informationen: Projekte <<http://www.hl-ag.com/main.html>> (5. Juli 2005).

- 32 Amt der Kärntner Landesregierung, Abteilung 4: Finanz- und Wirtschaftsreport des Landes für das Jahr 2004, S. 84.
- 33 Vgl. UEFA EURO 2008: UEFA <<http://www.uefa.com/Competitions/Euro/Organisation/Kind=67108864/newsId=312781.html>> (abgefragt am 7. August 2005).
- 34 Website des Klagenfurter Bürgermeisters Harald Scheucher <[http://www.haraldscheucher.at/inhalt/home\\_221.htm](http://www.haraldscheucher.at/inhalt/home_221.htm)> (abgefragt am 10. August 2005).
- 35 Amt der Kärntner Landesregierung, Abteilung 4: Finanz- und Wirtschaftsreport des Landes für das Jahr 2004, S. 257.
- 36 Ebd., S. 179.
- 37 Ebd., S. 184.
- 38 Ebd., S. 267.
- 39 KWF – Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds: Das Jahr 2004. Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds, 2005, S. 1 ff.

# Die slowenische Volksgruppe und grenzüberschreitende Wirtschaftsprojekte zwischen Kärnten und Slowenien

## 1. Die slowenische Volksgruppe: Zankapfel oder Brückenbauer?

In Europa sind Grenzregionen sehr häufig durch eine bunte ethnische Zusammensetzung gekennzeichnet. Dabei sind die jeweiligen sprachlichen Minderheiten oft eine Brücke zum jeweiligen Nachbarland und gleichzeitig mindestens ebenso oft auch Quell von Konflikten zwischen Nachbarländern. Dies lässt sich durchwegs auch für den kärntnerisch-slowenischen Grenzraum sagen, der geprägt wird durch die Existenz einer slowenischen Volksgruppe und dessen Geschichte – ähnlich anderen europäischen Regionen –, immer wieder durch Konflikte im Zusammenhang mit Grenzziehungen, dem Status von Minderheiten etc. gekennzeichnet wurde. Die leidvollen historischen Erfahrungen nützten zahlreiche europäische Regionen in dem Sinne, dass sie die jeweiligen sprachlichen Minderheiten umfangreich schützten und somit verschiedenen ethnischen Konflikten den Wind aus den Segeln nahmen, wodurch die Minderheiten zu wertvollen Brücken zu Nachbarländern wurden und insgesamt Grenzregionen aufgrund der verstärkten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sich wirtschaftlich stark entwickelten. Derartige Beispiele wären etwa Südtirol oder das Aosta-Tal in Italien, der deutsch-belgische Grenzraum, die schwedische Minderheit in Finnland oder in den letzten Jahren zunehmend auch das Burgenland in Österreich.

Aufgrund der Demokratisierung Sloweniens und des 2004 erfolgten Beitrittes Sloweniens zur Europäischen Union wäre eine ähnliche Entwicklung auch für Kärnten mit seiner slowenischen Volksgruppe zu erwarten, und tatsächlich kann man in den letzten Jahren eine verstärkte Rolle der slowenischen Volksgruppe bei den grenzüberschreitenden Wirtschaftsbeziehungen feststellen. Gleichzeitig kommt es aber aufgrund der nach wie vor ungelösten Volksgruppenfrage, die in letzter Zeit vor allem durch das Nichteinhalten zentraler volksgruppenrechtlicher Bestimmungen wie den Artikel 7 des österreichischen Staatsvertrages geprägt ist, zu politischen Spannungen zwischen Slowenien und Kärnten, die ihren Niederschlag zum Teil auch in den Wirtschaftsbeziehungen finden. Dabei ist auffallend,

dass zwischen Slowenien und Österreich – so beteuern verschiedene Regierungsmitglieder beiderseits der Grenze – die Beziehungen sehr gut sind und sich die erwähnten Spannungen mit der Volksgruppe vor allem auf das Bundesland Kärnten konzentrieren und dies offenbar auch der Grund ist, weshalb auf allerhöchstem politischem Niveau die Kontakte zwischen Kärnten und Slowenien weit spärlicher sind als zwischen Kärnten und Friaul oder Kärnten und dem Veneto<sup>1</sup>.

## 2. Die grenzüberschreitenden Wirtschaftsbeziehungen

Die von der ungelösten Ortstafelfrage ausgelösten Trübungen der politischen Beziehungen zwischen Slowenien und Kärnten hatten lediglich punktuellen Einfluss auf die Entwicklung der grenzüberschreitenden Wirtschaftsbeziehungen. In diesem Zusammenhang wäre beispielsweise das im Jahr 2004 vom slowenischen Parlament beschlossene Gesetz zum Gebrauch der slowenischen Sprache im öffentlichen Leben zu erwähnen<sup>2</sup>, das auch die Verwendung der slowenischen Sprache durch Privatunternehmen in Slowenien regelt und zu erheblichen Irritationen auf Kärntner Seite geführt hat. Ein Forum, wo derartige Irritationen und Missverständnisse ausgeräumt werden könnten, ist das so genannte Kontaktkomitee Kärnten–Slowenien, das allerdings in den letzten Jahren nur einmal tagte (Februar 2004), was ein weiteres Indiz für die etwas unterkühlten nachbarschaftlichen Beziehungen ist. Neben derartigen konkreten Beispielen führen die ungelösten Fragen im Bereich des Volksgruppenschutzes aber natürlich auch zu eher schwer fassbaren Auswirkungen, die vom jeweiligen Bild des Nachbarn beziehungsweise des Nachbarlandes mitbestimmt werden. In diesem Zusammenhang wäre etwa das Konsumentenverhalten oder eine eventuelle Angst vor ausländischen Direktinvestitionen zu nennen. Gerade diese Beispiele aber zeigen, dass trotz aller politischen Trübungen die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen in den letzten Jahren zwischen Österreich und Slowenien sehr positiv war. So ist Österreich vor allem aufgrund des Engagements von steirischen Unternehmen führend bei den ausländischen Direktinvestitionen in Slowenien, und nirgendwo auf der Welt außerhalb Österreichs wird so viel Geld für österreichische Produkte ausgegeben wie in Slowenien. Die Gründe dafür sind sicherlich in der geographischen Nähe, der ähnlichen Mentalität und den jahrhundertealten historischen Verknüpfungen zu suchen. Trotz dieser äußerst positiven Entwicklung muss aber festgehalten werden, dass ohne die erwähnten Trübungen auf politischem Gebiet die Entwicklung wohl noch positiver gewesen wäre. Dies wird etwa spürbar, wenn es in Slowenien um die Privatisierung von Banken ging oder wenn man den schweren Stand von slowenischen Produkten – etwa Lebensmitteln – auf dem österreichischen Markt betrachtet.

### 3. Der Anteil der slowenischen Volksgruppe an den grenzüberschreitenden Wirtschaftsbeziehungen

Bis zum Jahr 1991 hatte die slowenische Volksgruppe die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Österreich und Slowenien ganz erheblich mitgestaltet. Die schwierigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse im damaligen Jugoslawien setzten eine gute Kenntnis der spezifischen Verhältnisse sowie entsprechende Sprachkenntnisse und Geschäftskontakte voraus. Auf diese spezifischen Bedingungen hatten sich zahlreiche Kärntner Slowenen spezialisiert, womit die slowenische Volksgruppe eine Art Vorreiterrolle bei den grenzüberschreitenden Wirtschaftsbeziehungen spielte.

Nach dem Umbruch und der Verselbständigung Sloweniens nahmen die grenzüberschreitenden Wirtschaftsbeziehungen zwischen Slowenien und Österreich von Jahr zu Jahr zu. Die Rolle der slowenischen Volksgruppe muss in diesem Zusammenhang differenziert betrachtet werden. So wurde die bis 1991 florierende Import-Export-Tätigkeit durch die Vereinfachung der Rahmenbedingungen und den Wegfall des jugoslawischen Marktes zunehmend uninteressant. Während eine ganze Reihe von derartigen, in der Regel von Angehörigen der slowenischen Volksgruppe geleiteten Unternehmen bald ihre Tätigkeit einstellte, gelang es nur wenigen, sich in den Folgejahren zu behaupten. Diese waren allerdings letztlich wieder durchaus erfolgreich – nicht zuletzt, weil sich ihr Aktionsradius nicht nur auf Slowenien, sondern auf alle ehemaligen jugoslawischen Teilrepubliken erstreckte. Neben der Import-Export-Branche war und ist für die slowenische Volksgruppe der Bankensektor besonders wichtig. Die lokalen Posojilnica-Banken, die in der Zveza-Bank ihren genossenschaftlichen Dachverband haben, waren bereits vor 1991 in Slowenien sehr stark vertreten. Nach 1991 stiegen bei all diesen Banken sowohl das Einlagen- als auch das Kreditgeschäft mit Slowenien stark an. Die Gründung von entsprechenden Filialen beziehungsweise die Übernahme einer slowenischen Bank erfolgte allerdings nicht, wodurch das Bankwesen der slowenischen Volksgruppe trotz Ausweitung doch hinter der rasanten Entwicklung, die einige andere österreichische Banken in Slowenien in den letzten Jahren hinlegten, zurückblieb. Mit der jüngst stattgefundenen Gründung einer Geschäftsstelle in Ljubljana durch die Zveza-Bank wird nunmehr versucht, die Präsenz am slowenischen Markt weiter zu stärken. Neben dem Bankwesen und der Import-Export-Branche gelang es nur wenigen Kärntner Slowenen, eine überregionale Bedeutung in den grenzüberschreitenden Wirtschaftsbeziehungen zu spielen. In diesem Zusammenhang können vor allem der Möbele Einzelhandel sowie einige Dienstleistungsbereiche (Rechtsanwälte etc.) genannt werden.

Eine ganz spezifische Rolle kommt schließlich den von der Europäischen Union geförderten Wirtschaftsprojekten zu, die der Entwicklung der grenzüberschreitenden Wirtschaftsbeziehungen dienen. Diesen Projekten, die im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative Interreg zurzeit bereits in der dritten Programmperiode stattfinden, kommt vor allem aufgrund der schwachen Wirtschaftsstruktur des Südkärntner Raumes eine besondere Bedeutung auch für die slowenische Volksgruppe zu.

#### 4. Interreg und Wirtschaftsprojekte der slowenischen Volksgruppe

Die derzeit laufende dritte Programmperiode der Gemeinschaftsinitiative Interreg umfasst den Zeitraum 2000 bis 2006. Das Programm selbst teilt sich in drei Bereiche, wobei der Bereich A der direkten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Nachbarregionen in Slowenien dient und daher für die slowenische Volksgruppe in Kärnten besonders interessant ist. Im Rahmen des Programms Interreg IIIA auf der Relation Kärnten–Slowenien standen insgesamt rund 26 Millionen Euro zur Verfügung. Davon entfielen auf die Priorität I „Wirtschaftliche Kooperation“ insgesamt rund 10 Millionen Euro<sup>3</sup>. Zusätzlich wurden auch im Rahmen anderer Prioritäten des Programms Projekte eingereicht, die zum Teil starken Wirtschaftsbezug haben, wobei insbesondere die Priorität 4 die „Spezielle Förderung für Grenzregionen“ für die slowenische Volksgruppe besonders interessant war. Insgesamt kann festgehalten werden, dass in rund 20 Prozent aller genehmigten Projekte auf der Relation Kärnten–Slowenien auch die slowenische Volksgruppe in der einen oder anderen Art und Weise eingebunden war. In der Regel traten Institutionen der slowenischen Volksgruppe dabei sogar als hauptverantwortliche Projektträger auf. Die genehmigten Projekte, an denen auch die slowenische Volksgruppe beteiligt war, betrafen vor allem die Bereiche Wirtschaft, Landwirtschaft, Tourismus, Bildung und Kultur. Weniger Projekte gibt es hingegen in den Bereichen Regionalentwicklung und Umweltschutz.

Unter der Vielfalt an genehmigten Projekten sollen an dieser Stelle vor allem jene behandelt werden, die einen starken Wirtschaftsbezug aufweisen und von Institutionen der slowenischen Volksgruppe als Projektträger durchgeführt worden sind. In der Regel wurden diese Projekte vom Slowenischen Wirtschaftsverband Kärnten eingereicht, der der Dachverband der slowenischen Wirtschaftstreibenden in Kärnten ist.

Das Projekt „Bildung, Beratung, Begegnung“ wurde vom Slowenischen Wirtschaftsverband Kärnten eingereicht und in den Jahren 2002 bis 2004 durchgeführt. Ziel des Projektes war es, die Wirtschaft des Südkärntner

Raumes und vor allem die dort tätigen KMUs auf den Beitritt Sloweniens zur EU vorzubereiten. Neben zahlreichen Bildungskursen, die vom Projektpartner, dem Bildungshaus Tainach/Tinje, durchgeführt wurden, fanden mehrere Informationsveranstaltungen statt, und es wurde ein umfangreicher Rechts- und Wirtschaftsratgeber erarbeitet, der beim Linde-Verlag erschien.

Ein anderes Projekt, das ebenfalls vom Slowenischen Wirtschaftsverband gemeinsam mit der Höheren Schule für wirtschaftliche Berufe in St. Jakob im Rosental/Šentjakob v Rožu und der Zweisprachigen Bundeshandelsakademie in Klagenfurt durchgeführt wurde, war das Projekt „Korrespondenzinhalte“, in welchem es um die Erarbeitung von mehrsprachigem Lehrmaterial vor allem betreffend die sprachliche Wirtschaftsausbildung an Mittelschulen ging.

Im Bereich der Landwirtschaft wurden ebenfalls mehrere Projekte durchgeführt, die für eine Stärkung der Wirtschaft vor allem in den benachteiligten Regionen Südkärntens sehr wichtig sind. So wurde etwa in einem Projekt das traditionelle Brillenschaf in den Karawanken wieder heimisch gemacht, und in einem anderen Projekt, das vom Verein „Coppla Kaša“ in Bad Eisenkappel durchgeführt wurde, wurden grenzüberschreitende Wanderwege errichtet, die vor allem der Vermarktung bäuerlicher Erzeugnisse dienen.

Ein weiteres interessantes Projekt, das der traditionell in den Südkärntner Tälern sehr bedeutenden Eisenverarbeitung dient, ist das Projekt „Ferracolorum“, das vom Slowenischen Wirtschaftsverband Kärnten durchgeführt wird. Dieses Projekt versucht vor allem das Kunstschmiedehandwerk grenzüberschreitend zu stärken sowie eine entsprechende Produktvermarktung sicherzustellen, womit natürlich auch positive wirtschaftliche Effekte für die Grenzregion erzielt werden können.

Mit dem Erstellen eines Wirtschafts- und Rechtswörterbuches in drei Sprachen (Deutsch, Slowenisch, Englisch) befasst sich ein Projekt, das von der Hermagoras/Mohorjeva durchgeführt und demnächst abgeschlossen werden wird.

Neben den erwähnten Projekten gibt es eine Vielzahl an Projekten, die zwar nicht als klassische Wirtschaftprojekte angesehen werden können, die allerdings dennoch einen starken Wirtschaftsbezug aufweisen. Erwähnt werden können in diesem Zusammenhang etwa das Projekt der Julius-Kugy-Klassen am BG für Slowenen in Klagenfurt, das der dreisprachigen Bildung von Gymnasiasten dient, oder das Projekt „Kulturtourismus“ des Slowenischen Wirtschaftsverbandes Kärnten, das der Entwicklung des Tourismus beiderseits der Karawanken dient. Schließlich sind Institutionen der slowenischen Volksgruppe als Projektpartner auch in zahlreiche



weitere Wirtschaftsprojekte wie etwa das Projekt „Business Network Carinthia-Slovenia“, das von der Wirtschaftskammer Kärnten durchgeführt wird, eingebunden.

Obwohl die laufende Interreg-IIIa-Programmperiode im Jahr 2006 endet, können unter dem Vorbehalt, dass für die entsprechende inhaltliche Ausrichtung des Projektes noch Geld zur Verfügung steht, Projekte noch bis ins Jahr 2008 durchgeführt werden. In diesem Zusammenhang muss das ebenfalls vom Slowenischen Wirtschaftsverband Kärnten eingereichte Projekt „Schengen-Chance“, das der Vorbereitung der Grenzregion auf die Schengen-Eingliederung Sloweniens dient, erwähnt werden. Das Projekt wurde bereits genehmigt und wird Mitte 2007 abgeschlossen werden.

## 5. Die bisherige Bilanz der Wirtschaftsprojekte

Sicherlich ist es nicht möglich, alle Projekte über einen Kamm zu scheren und pauschal von Erfolg oder Misserfolg zu sprechen. Zu unterschiedlich sind die Zielsetzungen und Inhalte der Projekte, zu unterschiedlich die Zugänge der Projektträger und Projektpartner und zu wenig Zeit ist seit der Durchführung der Projekte vergangen, um die oft angestrebte Nachhaltigkeit von Projekten zu beurteilen. Nichtsdestotrotz aber brachte die zu Ende gehende dritte Interreg-Programmperiode neue Erfahrungen mit sich, die auch der Ausgangspunkt für Überlegungen zur künftigen Förderung von grenzüberschreitender Kooperation seitens der Europäischen Union sein sollte.

Ohne Zweifel kann festgestellt werden, dass die Wirtschaftsprojekte, die im Rahmen von Interreg in den letzten Jahren durchgeführt worden sind, erheblich zur Stärkung des Südkärntner Wirtschaftsraumes beigetragen haben. Die Stärkung erfolgte einerseits durch die Förderung von innovativen Ideen und die Vermittlung von neuem Know-how in diversen Unternehmen im Grenzraum selbst und andererseits durch die grenzüberschreitende Ausrichtung der Projekte. Diese Ausrichtung stärkt den Grenzraum schon allein dadurch, dass sie ihn aus der bisherigen Randlage herauslöst und durch die Einbeziehung der angrenzenden slowenischen Gebiete den Raum rund um die Karawanken ökonomisch zusammenwachsen lässt, wovon sowohl die österreichische als auch die slowenische Grenzregion profitiert.

Für die slowenische Volksgruppe ist natürlich eine enge Kooperation zwischen Österreich und Slowenien besonders wichtig. Die offene Grenze und die Tatsache, dass beide Nachbarländer heute Mitglieder der Europäischen Union sind, bringen für die slowenische Volksgruppe vollkommen neue

Möglichkeiten mit sich. Die slowenische Sprache ist ähnlich anderen Ostsprachen heute keine Exotensprache mehr, die lediglich von Volksgruppenangehörigen gesprochen wird und aus Liebhaberei erlernt wird, sondern sie hat eine handfeste ökonomische Bedeutung erhalten. Die „grenzüberschreitende Zusammenarbeit“ ist immer weniger eine Phrase, sondern gewinnt von Tag zu Tag an Bedeutung. Die diversen Wirtschaftsprjekte sind dabei in vielen Fällen der Motor für die Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Die slowenische Volksgruppe selbst, die bereits zur Zeit des Kalten Krieges die grenzüberschreitenden Kontakte pflegte, ist heute aufgrund der langjährigen Erfahrungen der ideale Träger und Mittler von Interreg-Projekten. Die letzte Programmperiode hat gezeigt, dass sich die slowenische Volksgruppe in zunehmendem Ausmaß dieser Rolle bewusst ist und sie auch übernimmt. Sicherlich gibt es aber noch einiges an unausgeschöpftem Potential, was in Zukunft stärker eingebracht werden sollte, damit die Qualität der Projekte und die Effektivität von grenzüberschreitender EU-Förderung weiter zunehmen.

Neben diesen positiven Effekten kann man aber im Zusammenhang mit dem Interreg-Programm auch Problemfelder und Schwierigkeiten ausmachen. So erwies sich der finanzielle Anspruch, den Interreg-Projekte mit sich bringen, für viele potentielle Projektträger als zu groß. Projekte in der Größenordnung zwischen € 50.000,- und € 400.000,- sind angesichts der Tatsache, dass in der Regel 20 bis 30 Prozent der Projektmittel vom Projektträger selbst aufzubringen sind, für viele kleinere Institutionen nicht durchführbar. Zusätzlich muss das Projekt mit Fremdkapital vorfinanziert werden, wodurch das Finanzrisiko weiter zunimmt. Gleichzeitig aber verfügen gerade kleinere Strukturen oft über ausgezeichnete Projektideen und langjährige grenzüberschreitende Kontakte. Dies gilt noch ganz besonders für die slowenische Volksgruppe, die über eine ganze Reihe von relativ kleinen Vereinen mit ausgezeichneten Kontakten zu ähnlichen Strukturen in Slowenien verfügt. Die im Jahr 2004 aus Interreg-Mitteln stattgefundene Einrichtung eines so genannten „Small-Project-Fund“ (SPF) für grenzüberschreitende Projekte in der Größenordnung zwischen € 8000,- und € 15.000,- war dabei eine sehr gute Idee, auch kleinere, finanzschwächere Strukturen in die Umsetzung von Interreg einzubeziehen. Schon die bisherigen außerordentlich positiven Erfahrungen mit dem SPF zeigen, dass er wesentlich zur Steigerung der Effektivität des Programms Interreg beigetragen hat.

Ein wesentlicher Hemmschuh für eine effektivere Umsetzung von Interreg stellen nach wie vor die erheblichen formal- und rechnungstechnischen Anforderungen an die Projektdurchführung dar. Da aber auch in Zukunft eher mit noch komplizierteren Abrechnungsmodalitäten etc. gerechnet

werden muss, ist es auch die besondere Herausforderung für die Zukunft, möglichst vielen Strukturen das entsprechende „Know-how“, das für die Projektabwicklung notwendig ist, zu vermitteln. Dies ist durchaus auch eine Hausaufgabe für die slowenische Volksgruppe, da die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass es zwar einige sehr aktive Strukturen innerhalb der Volksgruppe gibt, die Interreg-Projekte durchführen, dass aber gleichzeitig viele andere Strukturen sich lediglich innerhalb des SPF beziehungsweise als Projektträger in die Interreg-Umsetzung einbringen.

Erstaunlich ist außerdem die unterschiedliche Mittelausschöpfung der einzelnen Programmbereiche. So waren die Mittel für Kultur- und Tourismusprojekte schon Jahre vor dem eigentlichen Programmende im Jahr 2006 in einem Ausmaß ausgeschöpft, dass keine neuen Projekte mehr eingereicht werden konnten, wodurch natürlich zahlreiche interessante Ideen und Projekte auf der Strecke blieben.

Schließlich ist die Art und Weise der Projektauswahl ein Dauerbrenner für Diskussionen auf beiden Seiten der Grenze. Dabei gingen Österreich und Slowenien sehr unterschiedliche Wege. Während in Österreich Projekte jederzeit eingereicht werden können und in der Folge von einigen wenigen Beamten auf deren Qualität geprüft werden, gibt es in Slowenien Ausschreibungen für das Einreichen von entsprechenden Projekten. Danach werden die Projekte von externen Experten auf deren Qualität geprüft. Unzufriedenheit mit der Projektauswahl gibt es mit den jeweiligen Verfahren auf beiden Seiten der Grenze. Während das slowenische System mit einem zusätzlichen formalistischen Aufwand verbunden ist, hat es gleichzeitig den Vorteil, aufgrund des Ausschreibungssystems eine größere Resonanz in der Bevölkerung zu erzielen, und bietet zumindest bei entsprechender Wahl der Experten die Chance auf objektivere Projektauswahl. Die Vorteile des österreichischen Systems sind, dass es unbürokratischer und partnerschaftlicher organisiert ist, da es mehr Hilfestellungen, Nachbesserungsmöglichkeiten etc. bietet. Gleichzeitig aber birgt die Selektion durch weisungsgebundene Beamte oder mehr oder weniger regierungsnahe Institutionen zumindest die Gefahr in sich, der Politik eine stärkere Einflussnahme auf die eigentliche Projektauswahl zu ermöglichen. Dies kann natürlich gerade für Minderheiten besonders problematisch sein. Während es als sehr positiv angesehen werden kann, dass die letztendliche Projektauswahl immer von beiden Nachbarländern gemeinsam erfolgt, stellt auf beiden Seiten der Grenze ein erhebliches Problem die Tatsache dar, dass zahlreiche Institutionen einerseits Projekte einreichen und gleichzeitig zu dem Kreis jener gehören, die diese Projekte dann beurteilen. Somit stellt die Art und Weise der Projektauswahl sowohl in Österreich als auch in Slowenien auch für die Zukunft eine besondere Herausforderung dar.

## 6. Ein Ausblick auf die künftige Programmperiode

Nachdem die jetzige EU-Programmperiode die Jahre 2000 bis 2006 umfasst, wird die nächste Periode von 2007 bis 2013 reichen. Die inhaltlichen Leitlinien für das EU-Förderwesen wurden bereits Mitte 2004 veröffentlicht, wobei natürlich die konkrete finanzielle Ausstattung der diversen Förderprogramme zurzeit aufgrund der gescheiterten Finanzverhandlungen noch offen ist. Sicher aber ist hingegen, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die bisher im Rahmen von Interreg gefördert wurde, ab 2007 unter einem neuen Namen, und zwar der so genannten „Territorialen Kooperation“, weiter gefördert werden wird. Dabei gibt man dieser Kooperation nunmehr sogar ein besonderes Gewicht, da sie als „Ziel 3“ einer der Eckpfeiler der europäischen Strukturpolitik sein wird. Die konkrete finanzielle Dotierung dieses Zieles 3 ist, wie gesagt, noch offen, doch während noch Mitte 2004 von einer erheblichen finanziellen Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ausgegangen wurde, spricht man nun davon, dass die Mittel im Vergleich zum derzeitigen Interreg-Programm gleich bleiben dürften. Die von der Europäischen Kommission veröffentlichten Leitlinien ließen den Mitgliedstaaten hinsichtlich der konkreten grenzüberschreitenden Programme, die unter den einzelnen Nachbarstaaten bilateral festgelegt werden und die Grundlage für konkrete Projekte sind, relativ weiten inhaltlichen Spielraum. In Österreich wird derzeit auch an der Ausgestaltung eines derartigen Programms für die Relation Österreich–Slowenien gearbeitet, wobei natürlich auch wie bisher vor allem die Bundesländer eine wichtige Rolle spielen. So wurde in Kärnten mit der gesamten Planung der neuen EU-Strukturfondsperiode der Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds (KWF) per Beschluss der Landesregierung beauftragt. Auf dieser Grundlage wurde vom KWF auch bereits im März 2005 die so genannte „Integrierte Regionalstrategie“ veröffentlicht, die auch die Grundlage für die Vorstellungen Kärntens hinsichtlich der neuen „Territorialen Kooperation“ sein soll. In den kommenden Monaten wird aber natürlich hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung des Programms „Österreich–Slowenien“ sowohl noch eine abschließende Koordination innerhalb Kärntens als auch mit den betroffenen Bundesländern (Steiermark, Burgenland), dem Bund und natürlich der Republik Slowenien gefunden werden müssen.

Für die slowenische Volksgruppe ist natürlich die konkrete Ausgestaltung des Programms zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Slowenien von besonderem Interesse. Auf der Grundlage der bisherigen Erfahrung ist natürlich für die Volksgruppe vor allem eine gezielte Förderung der Grenzregionen besonders wichtig, da bereits bisher ein erheblicher Teil der Mittel an den eigentlichen Grenzgebieten vorbei dem Zentralraum oder den nicht unbedingt grenznahen Bezirken Spittal, Feldkirchen und St. Veit zugute kam. Obwohl sowohl auf österreichischer Seite

als auch auf slowenischer Seite von einer Beibehaltung der bisherigen Fördergebiete ausgegangen wird, wäre eine besondere Berücksichtigung der eigentlichen Grenzregion wohl im Sinne einer ausgewogenen Regionalentwicklung notwendig. Die vom KWF erarbeitete Strategie für die künftige Strukturfondsperiode ist sehr wirtschaftsorientiert, was bereits von vielen Seiten stark kritisiert wurde, da sich Kärnten im Vergleich zum weiten, von der EU vorgegebenen Spielraum selbst ein sehr enges Korsett schnürt. Bereits die Programmperiode 2000 bis 2006 zeigte, dass die Mittelausschöpfung gerade bei den Mitteln zur Wirtschaftsförderung besonders schwach war. Für die slowenische Volksgruppe ist natürlich eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung der Grenzregion sehr wichtig. Daneben ist aber klar, dass eine derartige Entwicklung nicht nur mit Wirtschaftsprojekten im engeren Sinn erreicht werden kann, sondern der oft angesprochene Abbau der Grenzen in den Köpfen ebenfalls nicht vergessen werden darf. In diesem Sinne wären etwa die Förderung des Kulturaustausches oder Kooperationen im Bildungsbereich sehr bedeutend. Außerdem darf natürlich auch die bisher sehr stark in Anspruch genommene Förderung des Tourismus gerade in einer Region wie Südkärnten, die vielerorts gerade mit dem Fremdenverkehr punktet, nicht außer Acht gelassen werden. Schließlich ist für die slowenische Volksgruppe natürlich ein objektiver Auswahlmechanismus, mit welchem die zu fördernden Projekte ausgewählt werden, besonders wichtig.

Die slowenische Volksgruppe hat nicht zuletzt mit den von ihr initiierten und durchgeführten Interreg-Projekten bereits in der Vergangenheit erheblich zur wirtschaftlichen Stärkung der Grenzregion beigetragen. Da sie sich im Rahmen dieser Aktivitäten bereits vielfältige Erfahrungen angeeignet hat und auch die Situation und künftigen Entwicklungen in Slowenien gerade von der slowenischen Volksgruppe besonders gut eingeschätzt werden können, wäre eine enge Einbindung der slowenischen Volksgruppe in die Planung der kommenden Programmperiode im Sinne einer effektiven Programmgestaltung nunmehr sehr wichtig. Auf der Grundlage eines auch unter Miteinbeziehung der slowenischen Volksgruppe erarbeiteten Programms zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wird die Brückenfunktion der slowenischen Volksgruppe in Zukunft noch deutlicher als bisher zum Ausdruck kommen können.

#### Anmerkungen:

- 1 Diese Kooperationen gehen nicht zuletzt auf die sehr aktive Rolle des Präsidenten der Region Friaul-Julisch Venetien, Riccardo Illy, zurück.
- 2 Ur.L.RS, št. 86/2004.
- 3 Die Priorität 1 „Wirtschaftliche Kooperation“ umfasst die Maßnahmen: 1.1: „Wirtschaftsentwicklung“, 1.2: „Tourismus“ und 1.3: „Ländliche Entwicklung“.

# Stand und Perspektiven der kommunalen und regionalen Zusammenarbeit zwischen Kärnten und Slowenien

## 1. Einleitung

Die öffentliche und wissenschaftliche Diskussion über Grenzen und Grenzregionen hat zweifellos einen janusköpfigen Charakter. Einerseits wird mit dem Begriff der Grenze auf das Trennende und Unterscheidende sowie auf die hieraus erwachsenden Probleme rekurriert. Andererseits werden Grenzen und Grenzregionen metaphorisch auch als „Brücke zwischen den Nationen“ oder als „Drehscheibe der Völkerverständigung“ umschrieben. Die solcherart zum Ausdruck gebrachten Chancen zur kulturellen und sozialen, aber auch ökonomischen Bereicherung, die mit Grenzen und Grenzüberschreitungen verbunden sind, werden im gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Diskurs vielfach besonders hervorgehoben.

Der janusköpfige Charakter, der dem Begriff der Grenze und der Grenzregion innewohnt, ist auch für Kärnten prägend. Beinahe die Hälfte der Landesgrenze Kärntens ist zugleich Staatsgrenze zu Italien und Slowenien. Kärnten ist aber auch hinsichtlich der bestehenden naturräumlichen Barrieren und der relativ großen Entfernungen zu den österreichischen und europäischen urbanen Zentren als Grenzregion zu kennzeichnen. Gleiches gilt mit Blick auf das Fehlen eines großstädtischen Raums im Landesinneren. Dass diese Merkmale die Entwicklung Kärntens nicht unbedingt positiv beeinflusst haben, liegt auf der Hand.

Die Grenzlage Kärntens ist aber zweifellos nicht nur eine Hypothek, sondern eröffnet auch besondere Chancen. Kärnten ist historisch, geographisch und von seiner Bevölkerungszusammensetzung her ein Bindeglied zwischen dem Adria- und dem Alpenraum und zwischen den drei großen europäischen Völkerfamilien. Hierin liegt – nicht nur, aber auch – ein besonderes ökonomisches Potential: In der EU haben gerade Grenzräume nach Verwirklichung der grenzüberschreitenden Marktfreiheiten die größte wirtschaftliche Dynamik entfaltet.

In Kärnten wurden die mit der grenzüberschreitenden wirtschaftlichen, administrativen und kulturellen Zusammenarbeit verbundenen Potentiale indes noch nicht vollkommen erschlossen. So hat Kärnten derzeit insbe-

sondere im Bereich „Wirtschaft“ die geringste Programmausschöpfung an den Interreg-Programmen der EU. Eigene Kärntner Programme zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sind derzeit praktisch überhaupt nicht vorhanden. Ursache und Folge ist, dass Partnerschaften zu den Nachbarregionen – im Vergleich zu anderen Bundesländern – einen geringeren Stellenwert genießen. Dabei bieten sich insbesondere die in Slowenien und Italien liegenden Gebiete des historischen Kärnten für eine derartige Zusammenarbeit an. Hierin liegt folglich eine wichtige Aufgabe für Politik und öffentliche Verwaltung.

Der vorliegende Beitrag behandelt den Status quo des grenzüberschreitenden Engagements öffentlicher Akteure in Kärnten sowie die Perspektiven für die diesbezüglichen Aktivitäten in der kommenden EU-Programmperiode. Der Schwerpunkt liegt hierbei auf den kommunalen und regionalen öffentlichen Institutionen.

## 2. Wer? – Öffentliche Akteure, Promotoren und Koordinatoren der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Kärnten und Slowenien

Die öffentlichen Promotoren und Koordinatoren der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit agieren in Kärnten auf Landes-, Regional- und kommunaler Ebene. Das oberste Verwaltungsorgan des Landes, das Amt der Kärntner Landesregierung, ist als EU-Programm-Koordinationsstelle für die Förderung grenzüberschreitender Aktivitäten tätig. Dabei koordiniert die Abteilung 20 sämtliche grenzüberschreitenden Initiativen, die durch ein EU-Programm gefördert werden. Neben dieser Funktion übernimmt die Landesregierung vielfach auch eine aktive Rolle innerhalb der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. So kooperieren beispielsweise die Abteilungen der Kärntner Landesregierung in den unterschiedlichsten Aufgabenbereichen grenzüberschreitend. Die bearbeiteten Projekte reichen von der Abwasserentsorgung über die Raumplanung bis hin zu grenzüberschreitender Zusammenarbeit im Bereich der Patientenversorgung in Unfallkrankenhäusern.

Nach der Landesebene spielt die regionale Ebene bei der Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit eine große Rolle. Regionen sind im allgemeinen Begriffsverständnis Gebiete, deren Bevölkerung ethnische, sprachliche, kulturelle oder auch religiöse Gemeinsamkeiten haben und die ein gemeinsames wirtschaftliches oder ökonomisches Profil aufweisen. Damit bleibt zunächst einmal offen, welche Gebiete konkret als Region zu bezeichnen sind. So kann der Alpen-Adria-Raum ebenso als Region angesprochen werden wie das Bundesland Kärnten oder einzelne Gebiete



unterhalb der Landesebene. Innerhalb Kärntens gibt es drei hierarchisch strukturierte Regionalebenen, die grenzüberschreitend tätig bzw. für die Abstimmung und Förderung diesbezüglicher Aktivitäten privater und öffentlicher Akteure zuständig sind.

Erstens haben sich die Kärntner Gemeinden im Zuge des Beitritts Österreichs zur EU zu zehn *Regionalverbänden* zusammengeschlossen. Diese haben die Aufgabe bzw. verfolgen das Ziel,

- die von ihnen repräsentierten Regionen sowohl nach innen als auch nach außen klar zu profilieren und positionieren,
- die Attraktivität der Regionen als Wirtschaftsstandort und Lebensraum zu steigern,
- die Regionen unter Berücksichtigung ihrer vorhandenen Stärken weiterzuentwickeln
- sowie mit anderen Einrichtungen oder Vereinigungen, welche ähnliche Ziele verfolgen, zusammenzuarbeiten.

Der letztgenannte Punkt betrifft auch die Zusammenarbeit über die nationalen Grenzen hinweg, welche von Regionalverband zu Regionalverband in unterschiedlicher Intensität ausgeübt wird.

Die zehn Regionalverbände Kärntens bilden – zweitens – mit weiteren öffentlichen und privaten Partnern im räumlichen Zusammenhang und mit aufeinander abgestimmten Zielsetzungen vier *Regionale Entwicklungsgemeinschaften*. Diese sind beim Aufbau und bei der Durchführung von (grenzüberschreitenden) Entwicklungsprojekten als Projektträger, Kommunikationsplattform und Koordinationshilfe tätig. Die Regionalen Entwicklungsgemeinschaften sind dabei die seitens der EU angesprochenen Träger des Regionalmanagements in Kärnten.

Im Oktober 2002, gut eineinhalb Jahre vor dem Beitritt Sloweniens zur Europäischen Union, gründeten – drittens – die Kärntner Regionalmanagements mit drei slowenischen Regionen (Gorenjska, Koroška und Savinska) und slowenischen Regionalentwicklungsagenturen eine *Arbeitsgemeinschaft* zur Abstimmung ihrer grenzüberschreitenden Aktivitäten. Auf Kärntner Seite liegt der Vorsitz bei der Regionalkooperation Unterkärnten, auf slowenischer Seite führt die Regionale Entwicklungsagentur Gorenjska BSC Kranj den Vorsitz. Die Arbeitsgemeinschaft „Grenzübergreifende Zusammenarbeit der Regionalentwicklungsagenturen in Kärnten und Slowenien“ bzw. „Crossborder – Regionale Partnerschaft Karawanken“ zielt auf die Institutionalisierung der grenzüberschreitenden Kooperation auf Ebene der Regionalmanagements bzw. Regionalentwicklungsagenturen, wobei es ihr insbesondere darum geht,



- Projekte auf Regionsebene grenzüberschreitend abzustimmen,
- gemeinsame Organisationsstrukturen zur Durchführung grenzübergreifender Projekte aufzubauen,
- regionale Entwicklungsleitbilder und Strategien abzustimmen,
- Arbeitsgruppen zur Vorbereitung, Erarbeitung und Umsetzung von Projekten zu initiieren,
- grenzüberschreitende innovative Projekte bei den zuständigen Förderstellen zu unterstützen,
- Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben und
- bei der Suche und Anbahnung von Partnerschaften zwischen Organisationen diesseits und jenseits der Grenze zu unterstützen.

Neben den Regionen bzw. Regionalmanagements und regionalen Entwicklungsgemeinschaften, die insbesondere mit Blick auf die EU-Regionalförderung eine Koordinationsfunktion erfüllen, sind auch die Kommunen und ihre Interessenvertretungen bei grenzüberschreitenden Kooperationen engagiert. Neben einer Reihe kleinerer – teils bereits abgeschlossener – grenzüberschreitender Projekte, etwa in den Bereichen Tourismus, Bildung oder Kultur, bestehen allerdings derzeit im Raum Kärnten-Slowenien lediglich acht institutionell abgesicherte grenzüberschreitende Gemeindekooperationen, etwa in Form von Gemeinde- oder Städtepartnerschaften.

Städtepartnerschaften sind ein seit über 50 Jahren bewährtes Instrument, um Begegnungen zwischen Bürgern über Grenzen hinweg zu fördern. Das tatsächliche Engagement der städtepartnerschaftlich verbundenen Kommunen ist jedoch sehr unterschiedlich ausgeprägt und hängt von zahlreichen Parametern ab. Je mehr Partnerstädte vorhanden sind, desto weniger ist mit jedem einzelnen Partner ein vielschichtiger und intensiver Austausch zu erwarten. Eine schwächere Form der Städtepartnerschaft ist die Städtefreundschaft. Sie ist meist zeitlich begrenzt oder bezieht sich nur auf bestimmte Projekte. Eine noch schwächere Form ist der Städtekontakt, welcher nur eine lose Beziehung zwischen zwei Städten oder Gemeinden darstellt.

Als Städtepartner kommen üblicherweise nur solche Kommunen in Frage, zu denen persönliche oder institutionelle Kontakte bestehen und die hinsichtlich Größe, ökonomischer Potenz, soziokultureller Merkmale oder in historischer bzw. geographischer Hinsicht Gemeinsamkeiten aufweisen. Viele Städte, die eine internationale Partnerschaft eingehen wollen, werden auf der Webseite des „Rates der Gemeinden und Regionen Europas“ veröffentlicht. Dort sind auch Musterverträge für Partnerschaften zu finden. Gemeinden, die intensive europäische Partnerschaftskontakte unterhalten,

können sich um Auszeichnungen des Europarats bewerben. Hierbei gibt es folgende Formen von Ehrungen: „Europadiplom“, „Europaplatette“, „Ehrenfahne“ und „Europapreis“. Diese werden stufenweise vergeben, das heißt, zunächst muss eine Bewerbung um das Europadiplom erfolgen und wenn dieses gewährt wird, kann sich die Kommune zu einem späteren Zeitpunkt um die Europaplatette etc. bewerben.

Neben den Städten und Gemeinden unmittelbar sind auch deren Interessenvertretungen, der Kärntner Städtebund und der Kärntner Gemeindebund, als Akteure auf dem Feld der grenzüberschreitenden Kooperation angesprochen. So führte der Kärntner Städtebund beispielsweise am 28. und 29. Oktober 2004, gemeinsam mit dem Steirischen Städtebund, dem Kärntner Gemeindebund sowie dem Slowenischen Gemeinde- und Städtebund als Projektpartner, eine Veranstaltung unter dem Leitthema „Kärntner und steirische Gemeinden grüßen ihre Nachbarn in Slowenien“ durch, die sich insbesondere mit der Organisation der kommunalen Verwaltung in den Gemeinden und Städten Österreichs sowie Sloweniens befasste. Rund 200 Teilnehmer aus Kommunen, Interessenvertretungen und öffentlichen Institutionen folgten der Einladung. Für die Zukunft ist geplant, die Veranstaltung im jährlichen Turnus zu wiederholen, wobei die Gastgeberrolle zwischen den Projektpartnern wechseln soll.

Abgesehen von solchen eher repräsentativ ausgelegten Veranstaltungen, die insbesondere dem wechselseitigen Kennenlernen und dem Knüpfen von Kontakten dienen, sind kleinere Treffen für die Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Kooperation auf kommunaler Ebene von großer Bedeutung. So fand im Februar 2005 auf Einladung des Kärntner Städtebunds ein Round-Table-Gespräch statt, in dessen Mittelpunkt die Identifikation sinnvoller Kooperationsmöglichkeiten zwischen Kärntner, Steirischen und Slowenischen Gemeinden stand. Vor dem Hintergrund, dass vielfach Informationsdefizite hinsichtlich der bestehenden Möglichkeiten, Potentiale und Interessen bestehen (und diese auch als solche wahrgenommen werden), wurde zunächst vereinbart, einfache Infrastrukturen für den unkomplizierten und zielgerichteten Informationsaustausch zu schaffen.

### 3. Was? – Themenfelder für grenzüberschreitende Kooperationen

Grenzüberschreitende Kooperationen finden sich in vielen Bereichen des Verwaltungs-, Wirtschafts- und Privatlebens. Themenfelder für grenzüberschreitende Kooperationen reichen von der Infrastruktur über die Bereiche Wirtschaft, Technologie und Forschung über die regionale Entwicklung

und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen bis hin zu Tourismus, Kultur und Sport, Gesundheit und Soziales sowie Bildung und Beschäftigung.

### **Infrastruktur:**

Das Gebiet der Infrastruktur umfasst zahlreiche Aufgabenbereiche. Neben der Verkehrsinfrastruktur zählen hierzu die Ver- und Entsorgung sowie das Telekommunikationsnetz. In vielen dieser Aufgabengebiete haben grenzüberschreitende Projekte eine lange Tradition. So können beispielsweise hinsichtlich der Verkehrsinfrastruktur Autobahn- und Straßennetze über die Grenzen hinweg ausgebaut oder ein gemeinsames öffentliches Bus-, Straßenbahn- sowie Zugnetz aufgebaut werden. Durch diese Maßnahmen kann das Überqueren der Grenzen vereinfacht und somit eine Steigerung grenzüberschreitender Aktivitäten gefördert werden. Ähnliche Potentiale sind in der Energie- und Wasserversorgung sowie der Abwasser- und Abfallentsorgung vorhanden. Anlagen zur Energieerzeugung, Wassergewinnung, Abwasser- oder Abfallentsorgung können gemeinsam errichtet und Betriebskosten gespart werden.

### **Wirtschaft, Technologie und Forschung:**

Im Bereich der Wirtschaft, Technologie und Forschung sind vor allem Betriebe, Forschungseinrichtungen und Ausbildungsinstitutionen als Zielgruppe angesprochen. Durch eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit können die eigenen Ressourcen in Verbindung mit komplementären Angeboten jenseits der Landesgrenze ausgebaut, weiterentwickelt und differenziert werden. Hiervon können prinzipiell alle Wirtschaftszweige profitieren – Dienstleistungen, Gewerbe und Industrie sowie Land- und Forstwirtschaft. Mögliche Kooperationsfelder sind über die gesamte Wertschöpfungskette hinweg gegeben und betreffen die Beschaffung oder die Produktion ebenso wie das Marketing oder den Vertrieb.

### **Regionale Entwicklung und Umwelt:**

Insbesondere aufgrund der peripheren Lage Kärntens und Sloweniens muss eine Zusammenarbeit im Bereich der regionalen Entwicklung angestrebt werden, um dem internationalen Standortwettbewerb standhalten zu können. Partnerschaften zwischen Städten und ländlichen Regionen Kärntens und Sloweniens können dazu beitragen, die Region zu stärken und zu beleben. Auch die Raumplanung der öffentlichen Verwaltung nimmt hierbei einen nicht außer Acht zu lassenden Stellenwert ein und ist ein weiterer Ansatzpunkt für grenzüberschreitende Kooperationen. Eng

mit der regionalen Entwicklung verbunden ist darüber hinaus der Umweltschutz. Ein intaktes Landschaftsbild und unbelastete Umweltmedien (Luft, Boden, Wasser) sind sowohl für die Tourismuswirtschaft als auch die Besiedelung der Region durch Wirtschaft und Bevölkerung eine wichtige Voraussetzung.

### **Tourismus, Kultur und Sport:**

Obwohl im Bereich Tourismus, Kultur und Sport bereits gemeinsame Aktivitäten gesetzt werden/wurden (z. B. gemeinsame Kandidatur für die Austragung der Olympischen Spiele im Dreiländereck Österreich – Italien – Slowenien unter dem Namen „Senza Confini“ im Jahre 1999), liegen viele Potentiale brach. Aufgrund des ähnlichen geographischen Profils diesseits und jenseits der Grenze bietet sich eine Zusammenarbeit in diesem Bereich geradezu an. Gemeinsame grenzübergreifende Tourismusprojekte, wie etwa der Ausbau von Rad-, Thermen- und Wanderwegen, können ebenso wie gemeinsame kulturelle sowie sportliche Events die Attraktivität der Region steigern. Da gerade im internationalen Raum in der gemeinsamen Vermarktung besondere Chancen liegen, sind auch dort abgestimmte Herangehensweisen sinnvoll.

### **Gesundheit und Soziales:**

Für den Gesundheits- und Sozialbereich werden in Österreich erhebliche Ressourcen eingesetzt. Durch Spezialisierung und grenzüberschreitende Kooperation der jeweiligen Träger können insbesondere im medizinischen Bereich Leistungen für die Bevölkerung in besserer Qualität und zugleich kostengünstiger angeboten werden. Auch im Bereich der Jugendarbeit sind aufgrund ihrer Katalysator- und Langfristwirkung besondere Potentiale gegeben.

### **Bildung und Beschäftigung:**

Grenzüberschreitende Beschäftigungsinitiativen auf der Basis einer Zusammenarbeit der Arbeitsverwaltungen können zu einer Verringerung der Arbeitslosenzahlen innerhalb der Region Kärnten–Slowenien beitragen. So ließe beispielsweise die Einführung eines grenzüberschreitenden Berufsinformationssystems wichtige Impulse zur Arbeitsmarktbelebung erwarten. Auch im Bildungsbereich bestehen zahlreiche ungenutzte Chancen, die sich durch institutionelle Zusammenarbeit oder im Wege des einfachen Schüler-, Lehrer- und Dozentenaustauschs ohne großen Aufwand erschließen lassen.

## 4. Womit? – EU-Förderungen für grenzüberschreitende Aktivitäten

Im EU-Vertrag sind in Art. 158 und Art. 160 der wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt als gemeinschaftliche Ziele festgeschrieben. Für die Erreichung dieser Ziele werden von der Europäischen Union beträchtliche Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt. Mit über 30 Prozent stellen Ausgaben für den Einsatz „strukturpolitischer Instrumente“, nach den Ausgaben für die gemeinsame Agrarpolitik, die zweitgrößte Position im EU-Haushalt dar. Zu den Strukturfonds im engeren Sinne zählen der Europäische Regionalfonds (ERDF), der Europäische Sozialfonds (ESF), der Europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft – Abteilung Ausrichtung (ERDF-A) und das Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei (FIAB). Zu den strukturpolitischen Instrumenten gehört außerdem der Kohäsionsfonds, aus dem in Mitgliedstaaten mit geringem Bruttonationaleinkommen pro Einwohner Projekte in den Bereichen Umwelt und transeuropäische Verkehrsnetze unterstützt werden.

In der Periode 2000–2006 stehen in Österreich insgesamt 1827 Mio. Euro an Mitteln der EU-Strukturfonds zur Verfügung. Rund 80 Prozent der Strukturfondsgelder werden für drei „vorrangige Ziele“ vergeben und konzentrieren sich auf Regionen mit Entwicklungsrückstand (Ziel 1) und auf Regionen mit wirtschaftlichen und sozialen Strukturproblemen (Ziel 2). Die Anpassung und Modernisierung der Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungspolitiken ist Gegenstand von Ziel 3 und unterliegt keiner regionalen Differenzierung.

Die verbleibenden rund 20 Prozent der Strukturfonds sind in Österreich für so genannte Gemeinschaftsinitiativen vorgesehen. Es handelt sich hierbei um die Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den Bereichen „Regionale Zusammenarbeit der Grenzregionen“ (INTERREG IIIA), „Großräumige transnationale Zusammenarbeit zur Raumentwicklung“ (INTERREG IIIB) und „Großräumige interregionale Zusammenarbeit“ (INTERREG IIIC). Hinzu kommen die Förderung zur Entwicklung des ländlichen Raumes durch integrierte Entwicklungs- und Kooperationsprogramme lokaler Aktionsgruppen (LEADER +), die Förderung neuer Methoden zur Bekämpfung von Diskriminierung und Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt (EQUAL) sowie die wirtschaftliche und soziale Wiederbelebung krisenbetroffener Städte und Stadtviertel (URBAN II).

Nach dem derzeitigen Planungsstand wird die EU-Regionalförderung in der EU-Förderperiode 2007–2013 anders aussehen. Insbesondere sollen die Strukturfonds für die jetzige Gemeinschaftsinitiative INTERREG in das Ziel-3-Programm integriert werden. Ziel 3 soll sich dann auf Regionen mit wirtschaftlichen und sozialen Strukturproblemen (momentanes Ziel-2-

Programm) sowie grenzüberschreitende und transnationale Zusammenarbeit (momentanes INTERREG A, B und C) konzentrieren.

## 5. Wohin? – Themenschwerpunkte öffentlicher Akteure

Im „Einheitlichen Programmplanungsdokument“ des Landes Kärnten für die EU-Förderperiode 2000–2006 sind die Themen der grenzüberschreitenden Kooperation zu drei Prioritäten zusammengefasst, welche wiederum jeweils drei Schwerpunkte haben.

<b>Wirtschaftliche Kooperation</b>	<b>Humanressourcen und regionale Kooperation</b>	<b>Nachhaltige räumliche Entwicklung</b>
Wirtschaftsentwicklung	Humanressourcen/ Arbeitsmarkt	Räumliche Entwicklung und Verkehr
Tourismus	Regionale Kooperationen	Nachhaltige naturräumliche Entwicklung
Ländliche Entwicklung	Kooperation in Ausbildung und Kultur	Umwelt- und Energiemanagement

Innerhalb dieser Prioritäten bzw. Maßnahmen wurden in Kärnten seit dem Jahre 2000 Projekte mit einem Gesamtinvestitionsvolumen in Höhe von 22,777 Mio. Euro auf den Weg gebracht. Dabei verteilt sich das Investitionsvolumen gleichmäßig auf die drei Prioritäten. Für Tourismusprojekte (3,87 Mio. Euro), räumliche Entwicklungsprojekte (3,78 Mio. Euro) und Projekte im Bereich der „Regionalen Kooperationen“ (3,38 Mio. Euro) werden die meisten Mittel eingesetzt. Etwa die Hälfte des Gesamtinvestitionsvolumens wird durch EU-Mittel aufgebracht, die andere Hälfte entspricht der nationalen Kofinanzierung inkl. Privatmittel.

Die gesamten zur Verfügung stehenden EU-Mittel für die laufende Förderperiode wurden lediglich für die Priorität „Humanressourcen und regionale Kooperation“ ausgeschöpft (3,68 Mio. Euro). Für den Bereich „Nachhaltige räumliche Entwicklung“ wurden hingegen von den zur Verfügung stehenden 3,59 Mio. Euro erst 87,28 Prozent und für „Wirtschaftliche Kooperation“ 75,34 Prozent von 5,06 Mio. Euro genutzt.

Die Regionalmanagements in Kärnten bzw. die Arbeitsgemeinschaft „Crossborder – Regionale Partnerschaft Karawanken“ richtet ihre Arbeit auf fünf Schwerpunkte aus:

- **Wirtschaftliche Zusammenarbeit:** Ein grenzüberschreitendes Netzwerk von innovativen Betrieben soll gebildet und die grenzübergreifende Betriebskooperation unterstützt werden, um auf beiden Seiten der Grenze konkurrenzfähige Angebote zu schaffen.

- *Grenzüberschreitende touristische Destination:* Eine wettbewerbsfähige touristische Region mit qualitativen Produkten und Angeboten soll entwickelt werden.
- *Entwicklung von Humanressourcen:* Das Bildungsprogramm soll verbessert werden, um die Humanressourcen zu stärken und mehr Erwerbsmöglichkeiten zu schaffen.
- *Schutz und Entwicklung von Umwelt, Natur und Kultur:* Die Berglandschaft und ländliche Identität soll erhalten, Umweltschutz- und Kulturprojekte sollen forciert werden.
- *Verbesserung der Infrastruktur:* Die Verkehrsinfrastruktur und die Telekommunikation in peripheren Gebieten sollen grenzüberschreitend verbessert werden.

Auf Gemeinde- bzw. Städteebene wird bislang lediglich im Zuge kleinerer Projekte bzw. im Rahmen von Städtepartnerschaften kooperiert. Auch wurde seitens des Kärntner Städtebunds angedacht, gemeinsam mit den Partnern in Slowenien und der Steiermark eine Infrastruktur für den unkomplizierten Informationsaustausch hinsichtlich bestehender Möglichkeiten, Potentiale und Interessen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu schaffen. Ursprünglich wurde hierbei an die Einrichtung einer internationalen kommunalen Arbeitsgemeinschaft gedacht, die im Sinne eines „Treffpunkts der Informationen und Ideen“ laufende grenzüberschreitende kommunale Projekte überblickt und die vor allem auch als erste Anlaufstelle für Kooperationswünsche, etwa als Partnerbörse für die Vermittlung kommunaler Kooperationspartner, fungieren kann. Als mögliches Forum für die Vorstellung einer solchen Informationsplattform sowie geplanter oder laufender Kooperationsvorhaben käme das als jährliche Veranstaltung geplante Treffen der slowenischen, steirischen und Kärntner Bürgermeister und Verwaltungsmitarbeiter in Betracht. Eine intensivere Form des Informations- und Wissensabgleichs im Sinne eines interkommunalen organisatorischen Lernens wäre in Form themenorientiert arbeitender Arbeitsgruppen mit Mitgliedern aus der öffentlichen Verwaltung denkbar. Mögliche Themen könnten hierbei von der Altstadtrenovierung und dem Citymarketing über die Abfallentsorgung und Beschäftigungsprojekte bis hin zu Projekten im Bereich der Wirtschafts- und Sozialentwicklung gehen.

Bedingt durch ihre jeweils spezifischen Aufgaben im Rahmen des EU-Fördersystems setzen Land, Regionen und Kommunen mit Blick auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit unterschiedliche Schwerpunkte. Dabei decken die Prioritäten bzw. Schwerpunkte auf Landes- und Regionalebene bis auf den Bereich „Gesundheit und Soziales“ alle Themenfelder ab. Auch die Gemeinden sind in unterschiedlichen Bereichen grenzüberschreitend



tätig, dies jedoch – sieht man einmal vom EU-Fördersystem ab – ohne übergeordnete Koordination oder Unterstützung durch den Gemeindebund oder Städtebund. Ob die in diesem Zusammenhang angedachten Projekte tatsächlich umgesetzt werden, bleibt abzuwarten.

Auffallend ist, dass zwischen Kärnten und Slowenien zwar zahlreiche grenzüberschreitende Projekte initiiert, jedoch wenige dauerhafte institutionelle Kooperationen auf den Weg gebracht wurden, wie etwa die Arbeitsgemeinschaft zwischen den Regionalmanagements in Kärnten und Slowenien. Institutionelle Kooperationen, die über die Durchführung von Einzelprojekten hinausreichen, wären sicherlich im Sinne der Verstetigung besonders wünschenswert. Zu prüfen wäre auch, ob das Konzept der Euroregionen bzw. Euregios eine Entwicklungsperspektive bieten könnte. Eine Euregio ist eine durch den Zusammenschluss von Grenzregionen benachbarter Staaten gebildete grenzüberschreitende Region. Sie ist im europäischen Kontext als eigenständiges transnationales Gebilde eingeführt, stellt jedoch keine eigene Körperschaft dar, sondern ein Netzwerk, das aus öffentlichen und privaten Akteuren besteht (vgl. Wollni o. J.: 54 f.). Euregios verfolgen den Zweck, die Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg zu verstärken. Sie konzipieren, betreuen und führen grenzübergreifende Projekte in den unterschiedlichsten Bereichen durch. Auch an den Grenzräumen Österreichs wurden bereits Euregios auf den Weg gebracht, so beispielsweise zwischen öffentlichen und privaten Akteuren der Steiermark und Sloweniens. In Kärnten bzw. an den Kärntner Grenzräumen sind Euregios jedoch noch nicht zu finden.

## 6. Wie? – Erfolgsfaktoren der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Grenzüberschreitende Kooperationen und die Durchführung international ausgerichteter Projekte bringen vor allem für jene Akteure, die in diesem Bereich noch keine Routine erwerben konnten, vielfach besondere Schwierigkeiten mit sich. Um Projekte über Grenzen hinweg mit Erfolg durchführen zu können, ist der Aufbau eines gegenseitigen Vertrauensverhältnisses Grundvoraussetzung. Eine funktionierende zwischenmenschliche Beziehung unter den Akteuren kann nur durch laufende persönliche Kontakte aufgebaut werden. Aus diesem Grunde sollten bereits in der Planungsphase eines Projektes persönliche Treffen stattfinden. Diese sollten auch dazu dienen, das Arbeitsumfeld und die Motivation der Projektpartner kennen zu lernen, um auf diese Weise eine dysfunktionale Quelle gegenseitigen Misstrauens auszuschalten. Insofern sprachliche Probleme zu erwarten sind, ist es empfehlenswert, Unterstützung zu organisieren,



um einen auch in der kommunikativen Dimension gelungenen Projektstart zu gewährleisten.

Der laufende persönliche Kontakt zwischen den Akteuren sollte nach Möglichkeit von Offenheit geprägt sein. Ein entscheidender Punkt ist beispielsweise, die Motivation der Projektpartner im Hinblick auf die Durchführung des Projektes zu kennen. Die Fördermittel für ein gemeinschaftliches Projekt, welche die Projektpartner diesseits und jenseits der Grenze einwerben, variieren in der Regel aufgrund gegebener Unterschiede in der nationalen Administrierung der EU-Förderung. Ist der Nutzen, den beide Seiten aus der Kooperation ziehen, nicht klar, ist Misstrauen leicht die Folge.

Ein weiterer Erfolgsfaktor liegt schließlich in der Vereinbarung von klaren Projektzielen und Meilensteinen. Ein „greifbares“ Ergebnis am Ende des Projektes ist dabei ebenso wichtig wie der regelmäßige Informationsaustausch über die jeweils erzielten Projektfortschritte.

Die Regionalmanagements haben mit Blick auf die Berücksichtigung dieser Erfolgsfaktoren eine wichtige Beraterfunktion. Darüber hinaus sind im Rahmen der Unterstützungsfunktion der Regionalmanagements drei weitere Aufgaben von zentraler Bedeutung:

- **Information:** An grenzüberschreitenden Projekten interessierte Träger müssen Informationen darüber erhalten, dass die Möglichkeit der EU-Förderung besteht.
- **Koordination:** Vielfach bestehen bei den Projektträgern gerade in der Initiierungsphase und zu Beginn eines grenzüberschreitenden Projektes große Unsicherheiten darüber, wie das Vorhaben zu strukturieren ist und welche Schritte für eine erfolgreiche Umsetzung erforderlich sind. Daher übernehmen die Regionalmanagements bei Bedarf und hier insbesondere in der Startphase von Kleinprojekten auch die Strukturierung des Projektes.
- **Administrative Unterstützung:** Gerade bei den Trägern von Kleinprojekten besteht häufig keine Erfahrung hinsichtlich der Antragstellung und EU-konformen Administrierung grenzüberschreitender Projekte. Die Anträge zur Genehmigung von Fördermitteln wirken vielfach aufwändig, kompliziert und abschreckend. Werden Akteure jedoch bei dieser Aufgabe unterstützt und erhalten finanzielle Mittel für ihr Vorhaben, ist es eher wahrscheinlich, dass diese als Multiplikatoren für die Idee der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und Integration wirken.

Eine Reihe von Faktoren, die Einfluss auf die Potentiale der grenzüberschreitenden Kooperation haben, liegt jenseits des unmittelbaren Einflussbereichs einzelner Akteure. So variieren mitunter für interregionale Pro-

jekte die administrativen Abläufe und Einreichzeitpunkte zwischen Slowenien und Kärnten erheblich. Dies macht es beispielsweise schwierig, Spiegelprojekte, die mit Blick auf die angestrebten Ziele vielfach das größte Potential haben, mit Erfolg einzureichen. Auch stellen unterschiedliche Anforderungen und Anspruchsniveaus hinsichtlich der formal korrekten Beantragung von EU-Fördergeldern für gewöhnlich ein Kooperationshemmnis dar. Nicht nur vor diesem Hintergrund wäre in Zukunft über die Weiterentwicklung der – bereits in Ansätzen vorhandenen – interregionalen Abstimmungsstrukturen nachzudenken.

## 7. Ausblick

Insbesondere mit Blick auf den in Zukunft sicherlich noch zunehmenden internationalen Wettbewerbsdruck wäre eine Diskussion darüber angezeigt, ob sich beispielsweise durch Bildung einer Euregio Kärnten-Slowenien die grenzüberschreitende Zusammenarbeit vertiefen und die aufgezeigten Potentiale eher realisieren lassen. Diese Frage soll an dieser Stelle jedoch nur formuliert, aber nicht weiterverfolgt werden. Daneben tun sich eine Reihe weiterer Fragen auf, beispielsweise hinsichtlich der Implikationen der zurzeit lediglich in Ansätzen bekannten Rahmendaten für die Regionalförderung in der EU-Programmperiode 2007–2013. Auch in Kärnten selbst zeichnen sich neue Entwicklungen mit Relevanz für die zukünftige Gestaltung der Administrierung der EU-Förderung ab, etwa die Restrukturierung des Regionalmanagements. Wie sich diese Entwicklungen auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Kärnten und Slowenien auswirken werden, ist noch ungewiss. Eines liegt jedoch klar auf der Hand: In einem durch zunehmenden Wettbewerb gekennzeichneten Umfeld ist es ein strategischer Imperativ, proaktiv die Chancen zu nutzen, die sich aus der Zugehörigkeit zu einem gemeinsamen Raum ergeben.

Die Hochschulen Kärntens, die Alpen-Adria-Universität Klagenfurt und die Fachhochschule Kärnten, beziehen bereits einen Teil ihres Selbstverständnisses und ihrer Identität aus ihrem grenznahen Standort im Süden Österreichs. Dabei ist beispielsweise der neue Name der Universität nicht nur ihrem Sitz in der Alpen-Adria-Region geschuldet; dahinter steckt auch eine programmatische Vorstellung. So sprach der im August 2005 verstorbene Rektor der Universität Klagenfurt, Günther Hödl, im Zusammenhang mit der institutionell angestrebten Intensivierung der grenzüberschreitenden Vernetzung hochschulischer Aktivitäten auch von einer „Realutopie“ (Hödl 2003, 46). Der kontinuierliche Ausbau bestehender Kooperationen und Netzwerke mit den Hochschulen in Slowenien und Friaul-Julisch Venetien genießt allerdings für beide Kärntner Hochschulen eine gewisse Priorität. So plant die Fachhochschule Kärnten beispielsweise die Ein-

führung von Wirtschafts- und Tourismusstudiengängen mit Schwerpunkt Alpen-Adria-Region, die kooperativ mit den Hochschulpartnern in Kranj und Udine auf den Weg gebracht werden sollen. Neben der fachlich-inhaltlichen Arbeit sprechen auch das Angebot und die verstärkte Wahrnehmung von Sprachangeboten für Slowenisch dafür, dass den Kärntner Hochschulen für die Verbesserung der grenzüberschreitenden Kooperation eine wichtige Katalysatorrolle zukommt.

## Literatur

Heintel, M. (2002): „Cross-Border-Cooperation“. Anregungen zur Erweiterung der Europäischen Union aus regionalwissenschaftlicher Perspektive. In: ÖGL, Jg. 47, Nr. 5, S. 311–320.

Hödl, G. (2003): Die Universität auf neuen Wegen. In: Kärntner Jahrbuch für Politik 2003, hrsg. von K. Anderwald, P. Karpf und H. Valentin, Klagenfurt: Kärntner Druck- und Verlagsgesellschaft 2003, S. 43–47.

Knieling, J. (2004): Notwendigkeit von Veränderungen – Was muss die Politik für die ländlichen Räume tun? Beitrag zur Fachtagung am 30. März 2004 in Rheda-Wiedenbrück.

Wollni, M. (o. J.): Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Regio Bodensee. <http://www.geogr.uni-goettingen.de/kus/personen/bs/bs-gza.pdf> [Stand: 30. August 2005].

# Gentechnik-Vorsorge in Kärnten: Die Entwicklung eines Regelungsmodells

## 1. Einführung landesgesetzlicher Regelungen

Mit einstimmigem Beschluss hat der Landtag von Kärnten am 21. Oktober 2004 das Gesetz über die Regelung von Maßnahmen der Gentechnik-Vorsorge (Kärntner Gentechnik-Vorsorgegesetz – K-GtVG) erlassen<sup>1</sup>. Überdies wurden am selben Tag die Kärntner Landesverfassung und das Kärntner Landwirtschaftsgesetz geändert<sup>2</sup>. Dieses Legislativpaket soll dazu dienen, einer unbeabsichtigten Ausbreitung von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) vorzubeugen, die Möglichkeit der gentechnikfreien Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen sicherzustellen und zu fördern sowie naturschutzrechtlichen Anliegen Rechnung zu tragen.

Das K-GtVG, das am 1. Februar 2005 in Kraft getreten ist<sup>3</sup>, regelt im Wesentlichen die Anzeigepflicht für die beabsichtigte Ausbringung von GVO, das durchzuführende behördliche Verfahren, die Untersagungsmöglichkeit der Landesregierung, Informationspflichten der Behörde sowie des Nutzungsberechtigten, Grundsätze für die Ausbringung von GVO (Verpflichtung zur Ergreifung von „Vorsichtsmaßnahmen“ und zur Wahrung naturschutzrechtlicher Interessen), verwaltungspolizeiliche Instrumente, die Einrichtung eines Kärntner Gentechnik-Buchs sowie den Ersatz von Schäden, die infolge behördlicher Maßnahmen an Grund und Boden, Anpflanzungen, Kulturen und noch nicht eingebrachten Erzeugnissen verursacht worden sind. Im Kärntner Landwirtschaftsgesetz ist als ein weiterer Förderungsgrundsatz verankert worden, dass freiwillig eingegangene „gentechnikfreie Bewirtschaftungszonen“ nach den Bestimmungen des Gesetzes besonders gefördert werden können<sup>4</sup>. Schließlich umfassen die umweltbezogenen Staatszielbestimmungen des Art. 7a der Kärntner Landesverfassung nunmehr auch den Satz: „Die Möglichkeit der gentechnikfreien Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen ist zu gewährleisten.“<sup>5</sup>

Im Bundesländervergleich und im Verhältnis zum Bund hat das Land Kärnten eine pionierhafte Rolle bei der Entwicklung eines adäquaten und europarechtlich vertretbaren Regelungsmodells eingenommen. Dieses Modell hat auch im internationalen Rahmen Beachtung gefunden. Weg und Inhalt der landespolitischen Willensbildung sollen im Folgenden nachgezeichnet werden.

## 2. Prämissen der landespolitischen Willensbildung

Die Entwicklung des Kärntner Regelungsmodells fußt auf einer politischen Initiative des Landtages, die ihrerseits offenbar vom Geist einer – einstimmig angenommenen – EntschlieÙung des Nationalrates betreffend Aufrechterhaltung des Gentechnik-Moratoriums vom 23. Mai 2002 inspiriert war<sup>6</sup>: In dieser wurde die Bundesregierung u. a. aufgefordert, „alle Möglichkeiten der Einrichtung gentechnikfreier Regionen in Österreich zu evaluieren“. Auf Grund eines selbstständigen Antrages des Ausschusses für Umwelt und Energie hat der Kärntner Landtag am 27. Juni 2002 die Landesregierung aufgefordert, „alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, dass Kärnten zur gentechnikfreien Zone erklärt wird“<sup>7</sup>. Zur Erarbeitung einer Umsetzungsstrategie für die „Gentechnikfreie Zone Kärnten“ sollte eine Arbeitsgruppe von Experten eingesetzt und dafür Sorge getragen werden, bis spätestens Ende des Jahres 2002 eine Beschlussfassung durch den Kärntner Landtag vorzubereiten. Weiters wurde die Landesregierung aufgefordert, „die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit im Lande zu verstärken, um die Bedeutung einer gentechnikfreien Landwirtschaft zu unterstreichen, und sich für verbindliche Haftungsbestimmungen nach dem Verursacherprinzip einzusetzen“. Diese EntschlieÙung wurde mit den Stimmen der FPÖ- und der SPÖ-Fraktion beschlossen. In der Debatte bekannte sich die ÖVP-Fraktion zwar zum Grundsatz der Gentechnikfreiheit, wandte aber ein, dass aus Wettbewerbsgründen von einer einseitigen Aktion des Landes Abstand genommen und vorerst einer fachlich fundierten und landesübergreifenden Diskussion Raum gegeben werden sollte<sup>8</sup>. Freilich war es Landesrat Georg Wurmitzer (ÖVP) als damaliger Agrarreferent der Kärntner Landesregierung vorbehalten, in Verfolg der EntschlieÙung des Landtages die inhaltliche Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs bei der Abteilung 2V – Verfassungsdienst des Amtes der Landesregierung in Auftrag zu geben<sup>9</sup>. Handlungsbedarf ergab sich schon deshalb, weil auf EU-Ebene das Ende des politisch konsentierten „Gentechnik-Moratoriums“ und daher die Zulassung neuer gentechnisch veränderter Produkte zu erwarten stand<sup>10</sup>.

In rechtspolitischer Hinsicht galt es, die gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben zu reflektieren, zumal schon negative Reaktionen auf den Entwurf eines Oberösterreichischen Gentechnik-Verbotsgesetzes 2002 bekannt wurden. Ein diesem Entwurf entsprechendes Gesetz hätte – befristet auf drei Jahre – im gesamten Gebiet des Landes Oberösterreich den Einsatz von GVO in der Landwirtschaft verwehrt<sup>11</sup>. Dagegen brachte der Bund im Begutachtungsverfahren insbesondere grundrechtliche und gemeinschaftsrechtliche Bedenken vor<sup>12</sup>. Letztere konzentrierten sich auf das Argument, dass das In-Verkehr-Bringen von GVO als Produkte oder in Produkten, die den Anforderungen der Freisetzung-Richtlinie<sup>13</sup> entspre-

chen, grundsätzlich nicht verboten, eingeschränkt oder behindert werden dürfe<sup>14</sup>. Mit der Freisetzungs-Richtlinie liege nämlich eine Maßnahme zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten im Binnenmarkt vor. Nachdem in der Harmonisierungsmaßnahme das erstrebenswerte Schutzniveau festgelegt worden sei, dürfe ein Mitgliedstaat die eigene Risikobewertung nicht einfach an die Stelle der Bewertung des Gemeinschaftsgesetzgebers setzen und allein deshalb verlangen, von dieser Maßnahme abweichen zu dürfen. Eine abweichende nationale Regelung wäre nach Prüfung der Europäischen Kommission nur dann zulässig, wenn diese Regelung auf Grund eines spezifischen Problems, das sich für diesen Mitgliedstaat nach dem Erlass der Harmonisierungsmaßnahme ergibt, zum Schutz der Umwelt oder der Arbeitsumwelt erforderlich erscheint und auf neue wissenschaftliche Erkenntnisse gestützt wird<sup>15</sup>.

Nach der gemeinschaftsrechtlichen Logik deutete viel darauf hin, dass die Europäische Kommission dem Regelungsmodell Oberösterreichs eine Absage erteilen würde. In der Tat gelangte die Kommission mit Entscheidung vom 2. September 2003 zur Auffassung, dass der Antrag, einzelstaatliche Maßnahmen zum Verbot des Einsatzes von GVO in Oberösterreich einzuführen, nicht die in Art. 95 Abs. 5 des EG-Vertrages genannten Bedingungen erfüllen würde und deshalb abzulehnen sei<sup>16</sup>. Im Licht dieser absehbaren Entwicklung widmete sich das Amt der Kärntner Landesregierung – jenseits der Vision einer „Gentechnikfreien Zone Kärnten“ einem realistischen Standpunkt verpflichtet – von vornherein der Suche nach einem alternativen, mit dem Gemeinschaftsrecht vereinbarten Regelungsmodell, ohne dass man sich zum damaligen Zeitpunkt am Vorbild eines anderen EU-Staates bzw. eines anderen Bundeslandes orientieren konnte. Agrarreferent Wurmitzer gab am 30. Mai 2003 den Entwurf eines Kärntner Gentechnik-Vorsorgegesetzes in Begutachtung<sup>17</sup>. Dieser Entwurf enthielt im Wesentlichen schon jene Regelungselemente, die – freilich in teils stark modifizierter Form – in den späteren Gesetzesbeschluss Eingang finden sollten. Ein wesentlicher Unterschied zur gesetzlichen Regelung bestand insbesondere darin, dass das Ausbringen von GVO in naturschutzrechtlich besonders geschützten Bereichen pauschal verboten sein sollte<sup>18</sup>.

Bemerkenswerterweise war zum Zeitpunkt der Erstellung des Begutachtungsentwurfs noch äußerst zweifelhaft, ob die Bedingungen des Ausbringens von GVO außerhalb des Zulassungsverfahrens nach der Freisetzungs-Richtlinie überhaupt geregelt werden dürfen<sup>19</sup>. Der Gemeinschaftsgesetzgeber hat jedoch im Herbst 2003 die Mitgliedstaaten ausdrücklich dazu ermächtigt, „die geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um das unbeabsichtigte Vorhandensein von GVO in anderen Produkten zu verhindern“<sup>20</sup>.

### 3. Akteure und Prozesse

Nach Versendung des Begutachtungsentwurfs waren verschiedene Akteure sowohl auf nationaler als auch auf inter- bzw. supranationaler Ebene in die politische Willensbildung involviert.

Im Rahmen des Informationsverfahrens für geplante technische Vorschriften hatten die Kommission und die Mitgliedstaaten der Europäischen Union Gelegenheit, zum notifizierten Gesetzesentwurf Stellung zu nehmen<sup>21</sup>. Von dieser Möglichkeit machten das Vereinigte Königreich – als einziger EU-Mitgliedstaat – sowie die Kommission Gebrauch. In seinen Bemerkungen hegte das Vereinigte Königreich Zweifel, dass allgemeine Anbauverbote, die für bestimmte naturschutzrechtliche Bereiche vorgesehen werden, mit dem Gemeinschaftsrecht im Einklang stünden. Die Europäische Kommission erstattete eine so genannte „ausführliche Stellungnahme“, womit die Stillhaltefrist für die Erlassung entsprechender gesetzlicher Vorschriften um weitere drei Monate bis 15. Dezember 2003 verlängert wurde<sup>22</sup>. Die Kommission verlangte nämlich nähere Informationen über die Festlegung der naturschutzrechtlichen Gebiete, über den Zweck und die Art der Vorsichtsmaßnahmen, die beim Ausbringen von GVO anzuwenden wären, und über die Kriterien, an Hand welcher beurteilt werde, ob die zu nutzenden Grundstücke für den GVO-Anbau geeignet sind. Weiters forderte die Kommission dazu auf, die vorgeschlagenen gesetzlichen Maßnahmen auf ihre Verhältnismäßigkeit und im Licht der zwischenzeitig empfohlenen „Koexistenz-Leitlinien“ vom 23. Juli 2003 zu prüfen<sup>23</sup>. Mangels näherer Informationen zog sich die Kommission vorerst auf den Standpunkt zurück, dass ein dem Entwurf entsprechendes Gesetz die Vorschriften der Freisetzung-Richtlinie verletzen würde.

Das innerstaatliche Begutachtungsverfahren verlief im Wesentlichen unspektakulär, zumal viele der zur Begutachtung eingeladenen Stellen den Gesetzesentwurf begrüßten bzw. wohlwollend aufnahmen. Die zusammenfassende Stellungnahme des Bundes, die seitens des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft übermittelt wurde, enthielt noch die bemerkenswerte Feststellung, dass Gespräche zwischen Bund und Ländern zur Frage notwendig seien, ob allenfalls – auf Grund zu schaffender Verfassungsbestimmungen – eine bundeseinheitliche Vorgangsweise gewählt und ein bundesweites Anbauregister eingerichtet werden sollen. Die Landwirtschaftskammer Kärnten forderte, dass unter ihrer Beteiligung das weitere politische Vorgehen im Rahmen einer Arbeitsgruppe beim Amt der Landesregierung diskutiert werden sollte.

Landesrat Wurmitzer lud für den 24. Oktober 2003 zum „Experten-Hearing“ einer „Kärntner Gentechnik-Arbeitsgruppe“ ein, um – insbesondere



auf Grund der Ergebnisse des Informationsverfahrens – nach einem adäquaten Regelungsmodell zu suchen, das einerseits die „Koexistenz“ zwischen verschiedenen landwirtschaftlichen Bewirtschaftungsformen gewährleisten und andererseits dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entsprechen sollte. An der Tagung beteiligten sich verschiedene Interessengruppen (insbesondere Landwirtschaftskammer, Bio-Bauern und Arbeiterkammer), Mitglieder der im damaligen Landtag vertretenen Parteien, Ministerialbeamte sowie ein Vertreter der Kommission. Auf den Ergebnissen dieser Tagung beruhte die überarbeitete Fassung des Gesetzesentwurfs, die das Amt der Landesregierung – neben einer Antwortnote – sowohl der Kommission als auch dem Vereinigten Königreich im Rahmen des Informationsverfahrens zumittelte. Mit ihrer Mitteilung vom 22. Dezember 2003 begrüßte die Kommission die „recht erheblichen Verbesserungen gegenüber dem ursprünglichen Entwurf“. Dem überarbeiteten Entwurf könne „im Grundsatz“ unter der Voraussetzung zugestimmt werden, dass verschiedene Bedingungen erfüllt werden. Die Mitteilung der Kommission bezog sich auf eine Reihe gemeinschaftsrechtlicher Aspekte, auf Fragen zum Anwendungsbereich, auf Aspekte der Verhältnismäßigkeit sowie auf sonstige rechtspolitische Fragen. Eine zentrale Forderung ging dahin, dass sich „Maßnahmen zur Senkung der Vermischung von GVO mit anderen Kulturen“ darauf beschränken sollten, eine Überschreitung der gemeinschaftlichen Kennzeichnungsgrenzen zu verhindern; im Gesetz müsse daher explizit auf gemeinschaftliche Grenzwerte Bezug genommen werden.

Nach Analyse dieser Mitteilung wurde der Gesetzesentwurf neuerlich überarbeitet. Eine Arbeitsgruppe der Landesagrarreferentenkonferenz empfahl den Ländern, möglichst einheitliche Rechtsnormen nach dem Vorbild des Entwurfs eines Kärntner Gentechnik-Vorsorgegesetzes einzuführen<sup>24</sup>. Der Bund, der die Idee einer verfassungsrechtlich abgesicherten bundeseinheitlichen Vorgangsweise nicht ernsthaft verfolgte, schloss sich dieser Empfehlung an. So führte der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft DI Josef Pröll am 12. März 2004 gegenüber dem Nationalrat aus: „Das Land Kärnten hat im Rahmen seiner Kompetenz einen sehr ausgewogenen Gesetzesentwurf für Maßnahmen der Koexistenz ausgearbeitet, der von der Europäischen Kommission auch weitgehend akzeptiert und grundsätzlich als EU-rechtskonform beurteilt wurde. Dies wird von meinem Ressort sehr begrüßt. Ich halte diesen Gesetzesentwurf auch für die anderen Bundesländer als Umsetzungsmodell grundsätzlich für geeignet.“<sup>25</sup>

Nachdem Landesrat Dr. Josef Martinz das Referat Landwirtschaft übernommen hatte<sup>26</sup>, wurde in der Sitzung der Landesregierung am 4. Mai 2004 einstimmig der Beschluss gefasst, den Entwurf eines Kärntner Gentechnik-



Vorsorgegesetzes als Regierungsvorlage im Landtag einzubringen. Mit diesem Gesetzesvorschlag befasste sich die Landwirtschaftskammer am 19. Mai 2004 in gemeinsamer Sitzung zweier Ausschüsse unter dem Vorsitz von Präsident ÖR Walfried Wutscher; in einer unter anderem an Landesregierung und Landtag gerichteten Resolution wurden verschiedene rechtspolitische Forderungen, insbesondere zur Haftungsfrage, erhoben<sup>27</sup>.

Während der Salzburger Landtag schon am 7. Juli 2004 ein rechtspolitisch vielfach an die Regelungen des Kärntner Entwurfs angelehntes Gentechnik-Vorsorgegesetz beschloss<sup>28</sup>, fanden die Beratungen im Kärntner Landtag erst mit der Beschlussfassung am 21. Oktober 2004 ihr Ende. Zuvor hatten Mitglieder des Landtages und Vertreter der Öffentlichkeit die Möglichkeit, sich im Rahmen einer Enquete des Landtages am 6. Oktober 2004 über Fragen der Gentechnik zu informieren. Überdies wurde der Gesetzesentwurf im zuständigen Landtagsausschuss mit verschiedenen Auskunftspersonen aus den Bereichen Landwirtschaft und Wissenschaft eingehend diskutiert. In diesem Rahmen konnte auf Betreiben des Ausschussvorsitzenden Ing. Kurt Scheuch (FPÖ) auch Konsens über eine Ergänzung des Art. 7a der Kärntner Landesverfassung erzielt werden.

## 4. Rechtspolitische Grundsätze

Bei Entwicklung des Regelungsmodells waren neben den gemeinschaftsrechtlichen auch staatsrechtliche, insbesondere kompetenzrechtliche Gesichtspunkte zu berücksichtigen<sup>29</sup>.

Nach dem bundesverfassungsrechtlichen System der bundesstaatlichen Kompetenzverteilung liegt zwar die Generalkompetenz zur Gesetzgebung bei den Ländern, davon sind allerdings diejenigen Angelegenheiten ausgenommen, welche ausdrücklich in die Zuständigkeit des Bundes fallen<sup>30</sup>. Die Erlassung schadenersatzrechtlicher Regelungen ist grundsätzlich dem Bundesgesetzgeber vorbehalten, jedoch sind die Länder im Bereich ihrer Gesetzgebung befugt, die zur Regelung des Gegenstandes erforderlichen Bestimmungen auch auf dem Gebiet des Zivilrechts zu treffen<sup>31</sup>. In Ermangelung einer anderen Kompetenzzuweisung fällt die Regelung des Naturschutzes grundsätzlich in die Kompetenz der Länder<sup>32</sup>. Dies gilt auch für den Schutz und die Förderung der Landwirtschaft<sup>33</sup>. Freilich wäre es dem Landesgesetzgeber verwehrt, solche Pflanzabstandsregelungen zu erlassen, deren Geltung oder Durchsetzung im Verhältnis der Nachbarn zueinander durch Parteiendisposition ausgeschlossen werden könnte<sup>34</sup>.

Angesichts dieses relativ begrenzten Gestaltungsspielraums ließ sich der Landesgesetzgeber von folgenden zentralen Grundsätzen leiten<sup>35</sup>:

Derjenige, der GVO ausbringt, soll verpflichtet sein, auf der von ihm genutzten Grundfläche „Vorsichtsmaßnahmen“ zu ergreifen, d. h. Maßnahmen, die aus Anlass einer gentechnikrechtlichen Zulassung vorgesehen und sonst nach dem Stand von Wissenschaft und Technik jeweils geboten sind (z. B. Einhaltung von Sicherheitsabständen oder Anlage von Pollenfallen). Der Zweck dieser Maßnahmen besteht darin, außerhalb der zur Ausbringung bestimmten Grundfläche eine Verunreinigung der Vegetation durch GVO nach dem Stand von Wissenschaft und Technik zu vermeiden (Minimierungsgebot)<sup>36</sup>. Von solchen Maßnahmen wird erwartet, dass sie die gentechnikfreie Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen und damit die Koexistenz der konventionellen bzw. ökologischen Landwirtschaft mit dem Anbau von genetisch veränderten Kulturpflanzen ermöglichen. Vorsichtsmaßnahmen sind jeweils nicht – wie dies die Kommission gefordert hat – bloß an den gemeinschaftsrechtlichen Kennzeichnungsgrenzen, sondern am strengeren Minimierungsgebot auszurichten. Nur dadurch dürfte sichergestellt sein, dass eine weitere „Basisverunreinigung“ eingedämmt und eine allenfalls kumulativ verursachte Überschreitung der gemeinschaftsrechtlichen Kennzeichnungsgrenzen hintangehalten wird<sup>37</sup>.

Ein weiteres rechtspolitisches Anliegen ist es, wildlebende Tier- und Pflanzenarten und deren natürliche Lebensräume in naturschutzrechtlich besonders geschützten Bereichen in ihrem ursprünglichen Bestand zu erhalten<sup>38</sup>. Dies nicht zuletzt im Hinblick auf verschiedene völkerrechtlich und gemeinschaftsrechtlich statuierte Sorgfaltspflichten, die sich auf den arten- bzw. gebietsbezogenen Naturschutz beziehen<sup>39</sup>. GVO sollen auf einer Grundfläche nur so weit ausgebracht werden dürfen, als dadurch der Schutzzweck von naturschutzrechtlich besonders geschützten Gebieten nicht beeinträchtigt wird<sup>40</sup>. Die Wahrung dieses Aspekts erfließt aus dem Bewusstsein, dass wildlebende Pflanzen und Tiere ein Naturerbe von ästhetischem, wissenschaftlichem, kulturellem, erholungsbezogenem, wirtschaftlichem und ideellem Wert darstellen, welches erhalten und an künftige Generationen weitergegeben werden muss; zudem bildet die Erhaltung natürlicher Lebensräume ein vitales Element des Schutzes und der Erhaltung wildlebender Pflanzen und Tiere.

Vehikel zur Durchsetzung der Ausbringungsgrundsätze bilden das Anzeigeverfahren mit Untersagungsvorbehalt einerseits und verwaltungspolizeiliche Instrumente (Befugnisse zur behördlichen Überprüfung und Verschreibung von Aufträgen) andererseits<sup>41</sup>. Dadurch vermag man überdies sicherzustellen, dass die in der gentechnikrechtlichen Zulassung etwa vorgesehenen besonderen Bedingungen für die Verwendung und Handhabung von GVO sowie für den Schutz besonderer ökologischer oder örtlicher Gegebenheiten eingehalten werden<sup>42</sup>.

Durch die Führung eines „Kärntner Gentechnik-Buchs“, das aus Aufzeichnungen und Übersichtskarten besteht, soll – neben anderen Informationspflichten – eine Transparenz des „Genflusses“ sichergestellt werden<sup>43</sup>. Damit kann jedermann erfahren, ob er möglicherweise von einer Einkreuzung betroffen ist. Nutzungsberechtigte in der Nähe eines Ausbringungs-ortes werden hiedurch in die Lage versetzt, ihrerseits allfällige Schutzmaßnahmen zu treffen bzw. eine defensive Anbauplanung vorzunehmen. Da das Gentechnik-Buch die Rückverfolgbarkeit der in der Natur vorhandenen GVO zu den Anmelderdaten fördert, können dessen Aufzeichnungen und Übersichten auch als Beweismittel in allfälligen Schadenersatzprozessen dienen.

Der Ersatz des Schadens, der in der Verunreinigung von Feldfrüchten durch GVO besteht, ist aus kompetenzrechtlichen Gründen nicht Gegenstand des K-GtVG. Die vorgesehene Entschädigungsregelung bezieht sich ausschließlich auf den Schaden, der durch behördlich angeordnete Abwehr- und Beseitigungsmaßnahmen an Grund und Boden und dessen noch nicht eingebrachten Erzeugnissen sowie an Anpflanzungen und Kulturen verursacht worden ist<sup>44</sup>.

## 5. Resümee

Die Entwicklung des K-GtVG war für einige der beteiligten Akteure, nicht zuletzt für die Landeslegistik, mit Lernprozessen verbunden. Insbesondere musste die landespolitische Vision einer „Gentechnikfreien Zone Kärnten“ zu Gunsten eines Regelungsmodells aufgegeben werden, das gemeinschaftsrechtlich vertretbar erschien. Der im Mai 2003 versendete Begutachtungsentwurf und dessen überarbeitete Fassung vom Oktober 2003 bildeten bundes- und EU-weit den ersten „Versuchsballon“ auf der Suche nach einer dem Binnenmarktkonzept entsprechenden Lösung<sup>45</sup>. Dieses Regelungsmodell hat die Kommission im Grundsatz gutgeheißen; bei der weiteren Ausarbeitung wurden freilich die im Informationsverfahren ergangenen Stellungnahmen und Bemerkungen pflichtgemäß in Erwägung gezogen<sup>46</sup>. Der landespolitischen Willensbildung kam der Gemeinschaftsgesetzgeber insoweit zustatten, als er es in das Ermessen der EU-Mitgliedstaaten stellte, geeignete Maßnahmen zum Schutz von Produkten vor einer unbeabsichtigten GVO-Kontamination zu ergreifen<sup>47</sup>. Ob sich das mit 1. Februar 2005 in Kraft getretene K-GtVG tatsächlich im Rahmen des gemeinschaftsrechtlichen „Korsetts“ bewegt, vermag definitiv allenfalls der Europäische Gerichtshof zu beurteilen. Ob das K-GtVG zur Wahrung der schutzwürdigen Interessen hinreicht, wird letztlich erst eine rechtspolitische Evaluation der künftigen Praxis erweisen.

## Anmerkungen:

- 1 Art. I des Gesetzes vom 21. Oktober 2004, mit dem das Gesetz über die Regelung von Maßnahmen der Gentechnik-Vorsorge (Kärntner Gentechnik-Vorsorgegesetz – K-GtVG) erlassen und das Kärntner Landwirtschaftsgesetz geändert wird, LGBL Nr. 5/2005.
- 2 Landesverfassungsgesetz vom 21. Oktober 2004, mit dem die Kärntner Landesverfassung geändert wird, LGBL Nr. 1/2005; Art. II des Gesetzes vom 21. Oktober 2004, mit dem das Gesetz über die Regelung von Maßnahmen der Gentechnik-Vorsorge (Kärntner Gentechnik-Vorsorgegesetz – K-GtVG) erlassen und das Kärntner Landwirtschaftsgesetz geändert wird, LGBL Nr. 5/2005.
- 3 § 15 Abs. 1 K-GtVG.
- 4 § 2 Abs. 1a K-LWG.
- 5 Art. 7a Abs. 2 Z. 1 zweiter Satz K-LVG.
- 6 Siehe das Stenographische Protokoll der 104. Sitzung des Nationalrates, 21. Gesetzgebungsperiode, am 23. Mai 2002, S. 193 ff.
- 7 Zum Folgenden siehe das Stenographische Protokoll der 42. Sitzung des Kärntner Landtages, 28. Gesetzgebungsperiode, am 27. Juni 2002, S. 5187–5194.
- 8 Siehe etwa die Wortmeldung des Abgeordneten Lutschounig (ÖVP), a. a. O., S. 5191 ff., der u. a. ausführte: „Aber wenn es zu Lasten einer Gruppe geht und eine[r] Region, die einfach päpstlicher als der Papst sein will, große Sprünge d[au]berhinaus macht, dann wird das wirtschaftlich. Und dann fehlen mir wirklich die ökonomischen Perspektiven, die von niemandem honoriert werden. Wir bekennen uns zu diesen sensiblen Themen. Wir bekennen uns auch zu einer Gentechnikfreiheit, aber dann muss es für alle gelten (...). Wir wollen keine Wettbewerbsverzerrung.“
- 9 Zur Zuständigkeit des Referenten siehe § 3 in Verbindung mit der Anlage zu § 1 der (damals geltenden) Verordnung der Landesregierung vom 7. März 2000, mit der die Referateinteilung erlassen wird (K-RE), LGBL Nr. 11/2000, in der Fassung der Verordnungen LGBL Nr. 65/2001 und 39/2002.
- 10 Hierzu siehe etwa Kerschner/Wagner, Koexistenz zwischen Gentechnik, Landwirtschaft und Natur: Rechtliche Rahmenbedingungen, 2003, S. 16 ff.; ferner „Die Presse“, 23. Juli 2003, S. 17, und „Wiener Zeitung“, 16./17. April 2004, S. 5.
- 11 § 3 dieses Entwurfs beinhaltet u. a. ein unbedingtes und uneingeschränktes Verbot des Anbaus von Saat- und Pflanzgut, welches aus GVO besteht oder solche enthält.
- 12 Note des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft vom 8. Oktober 2002, Zahl: 12.915/16-12/02.
- 13 Richtlinie 2001/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. März 2001 über die absichtliche Freisetzung genetisch veränderter Organismen in die Umwelt und zur Aufhebung der Richtlinie 90/220/EWG des Rates, ABl. Nr. L 106 vom 17. April 2001, S. 1, in der geltenden Fassung.
- 14 Prinzip des freien Verkehrs nach Art. 22 der Freisetzungs-Richtlinie.
- 15 Die Zulässigkeit einer abweichenden Regelung in einem Mitgliedstaat bestimmt sich nach den positiven und negativen Voraussetzungen des Art. 95 Abs. 5 und 6 des EG-Vertrages.
- 16 Entscheidung der Kommission vom 2. September 2003 über die einzelstaatlichen Bestimmungen zum Verbot des Einsatzes gentechnisch veränderter Organismen im Land Oberösterreich, die von der Republik Österreich gemäß Art. 95 Abs. 5 EG-Vertrag mitgeteilt wurden, ABl. Nr. L 230 vom 16. September 2003, S. 34. Beachte insbesondere Abs. 70 der Entscheidung: „Mit Blick auf die von Österreich vorgelegten Unterlagen, insbesondere die Auszüge aus der Müller-Studie, die zusammen mit der Notifizierung eingereicht wurden,

ist festzustellen, dass die klein strukturierte Landwirtschaft gewiss keine Besonderheit dieser Region ist, sondern in allen Mitgliedstaaten vorkommt. Diese Begründung ist deshalb nicht hinreichend, um den Gesetzesentwurf unter Bezugnahme auf Art. 95 Abs. 5 EG-Vertrag zu billigen.“ Gegen die Entscheidung der Kommission riefen die Republik Österreich und das Land Oberösterreich den Europäischen Gerichtshof mit Nichtigkeitsklagen an. Diese Klagen wurden mit Urteil vom 5. Oktober 2005 abgewiesen.

- 17 Note vom 30. Mai 2003, Zahl: -2V-LG-690/11-2003. Der Entwurf mit derselben Zahl war mit 18. April 2003 datiert.
- 18 Siehe § 3 Abs. 1 des Begutachtungsentwurfs.
- 19 Verneinend Stelzer/Bernert/Gotsbacher, Moratorium der Gentechnik? (Verfassungs- und europarechtliche Vorgaben der Errichtung gentechnikfreier Bewirtschaftungsgebiete), Universität Wien (ohne Jahresangabe), S. 21 f., 43 f. und 95.
- 20 Siehe nunmehr Art. 26a der Freisetzungs-Richtlinie, eingefügt durch Art. 43 Z 2 der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2003 über genetisch veränderte Lebensmittel und Futtermittel, ABl. Nr. L 268 vom 18. Oktober 2003, S. 1.
- 21 Siehe das Informationsverfahren gemäß der Richtlinie 98/34/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juni 1998 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft, ABl. Nr. L 204 vom 21. Juli 1998, S. 37, in der geltenden Fassung.
- 22 Siehe Art. 9 Abs. 2 der Richtlinie 98/34/EG.
- 23 Empfehlung der Kommission vom 23. Juli 2003 mit Leitlinien für die Erarbeitung einzelstaatlicher Strategien und geeigneter Verfahren für die Koexistenz gentechnisch veränderter, konventioneller und ökologischer Kulturen, ABl. Nr. L 189 vom 29. Juli 2003, S. 36.
- 24 Siehe den Endbericht zu den Arbeiten der Bund-Länder-Expertengruppe betreffend „Erarbeitung von Empfehlungen für eine nationale Strategie der Koexistenz“, 22. März 2004. Ein vorläufiger Endbericht lag bereits am 26. Februar 2004 vor.
- 25 Siehe die Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage der Abg. z. NR Mag. Ulli Sima, Kolleginnen und Kollegen vom 14. Jänner 2004, Nr. 1320/J, betreffend „grünes Licht“ für das Kärntner Gentechnik-Vorsorgegesetz durch die EU-Kommission und fehlende österreichweite Koexistenz-Regelungen, 1317/AB, XXII. GP-NR.
- 26 Siehe § 3 in Verbindung mit der Anlage zu § 1 der (damals geltenden) Verordnung der Landesregierung vom 31. März 2004, mit der die Referateinteilung erlassen wird (K-RE), LGBl. Nr. 16/2004.
- 27 Siehe „Kärntner Bauer“ (Wochenzeitung der Kammer für Land- und Forstwirtschaft), 25. Juni 2004, S. 2.
- 28 Gesetz vom 7. Juli 2004 über Maßnahmen der Gentechnik-Vorsorge (Gentechnik-Vorsorgegesetz), Sbg. LGBl. Nr. 75/2004.
- 29 Zu den Rahmenbedingungen siehe Kerschner/Wagner, Anm. 10, passim.
- 30 Art. 15 Abs. 1 B-VG.
- 31 Art. 10 Abs. 1 Z 6 und Art. 15 Abs. 9 B-VG.
- 32 Vgl. VfSlg. 2178/1951, 2574/1953, 3818/1960, 4237/1962, 15552/1999.
- 33 Vgl. VfSlg. 837/1927.
- 34 Vgl. VfSlg. 6344/1970, 6862/1972 (Kundmachung des Rechtssatzes in BGBl. Nr. 59/1973) und 10392/1985.

- 35 Siehe zum Folgenden die Erläuterungen zur Regierungsvorlage, zu Zl. -2V-LG-690/56-2004.
- 36 § 3 Abs. 1 K-GtVG.
- 37 Zu den Problemen der ubiquitären Präsenz von transgenen Pollen sowie ihrer kumulativen Kausalität siehe Forschungsinstitut für biologischen Landbau Berlin e.V./Öko-Institut e.V., Grüne Gentechnik und ökologische Landwirtschaft, 2002, S. 155 f.
- 38 § 1 Abs. 1 lit. c K-GtVG.
- 39 Siehe insbesondere Art. 1 bis 4 des Übereinkommens über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume (Berner Konvention), BGBl. Nr. 372/1983, in der Fassung BGBl. Nr. 747/1990 und BGBl. III Nr. 82/1999, Art. 11, 13, 14 und 18 des Protokolls zur Durchführung der Alpenkonvention von 1991 im Bereich Naturschutz und Landschaftspflege (Protokoll „Naturschutz und Landschaftspflege“), BGBl. III Nr. 236/2002, sowie Art. 8 und 10 des Übereinkommens über die biologische Vielfalt, BGBl. Nr. 213/1995. Die genannten völkerrechtlichen Instrumente sind mit Ausnahme des Protokolls „Naturschutz und Landschaftspflege“ auch für die Europäische Gemeinschaft verbindlich.
- 40 § 3 Abs. 2 K-GtVG.
- 41 Siehe die §§ 4, 5 und 8 bis 10 K-GtVG.
- 42 Siehe Art. 19 Abs. 3 lit. c und Abs. 4 der Freisetzungs-Richtlinie.
- 43 § 13 K-GtVG. Sonstige Informationspflichten sind in § 6 K-GtVG geregelt.
- 44 § 12 K-GtVG.
- 45 Zu der in EU-Kreisen kolportierten „Einzigartigkeit“ des Kärntner Regelungsansatzes vgl. etwa „Kurier“, 30. September 2003, S. 13.
- 46 Zur Verpflichtung siehe § 4 Abs. 6 des Gesetzes über das Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften (Kärntner Notifikationsgesetz – K-NG), LGBl. Nr. 127/1997.
- 47 Art. 26a der Freisetzungs-Richtlinie; siehe bereits oben im 2. Abschnitt.



**SCHWERPUNKTTHEMA**  
**GEDENKJAHR UND VOLKSGRUPPE**





Heinz Fischer

## Gemeinsam in Europa\*

Sehr verehrter Herr Diözesanbischof!  
Geschätzter Herr Staatssekretär für Volksgruppenangelegenheiten!  
Sehr geehrter Herr Rektor Kopeinig!  
Verehrte Freunde des Bildungshauses „Sodalitas“!  
Spoštovane gospe in gospodje! Meine Damen und Herren!

Dragi prijatelji! Liebe Freunde!

Zunächst möchte ich mich für Ihre Einladung, hier in Tainach über das Thema „Gemeinsam in Europa“ zu sprechen, herzlich bedanken.

Ich habe diese Einladung gerne angenommen, weil gerade das Bildungshaus in Tainach besonders berufen ist, sich der Thematik des gemeinsamen Europa anzunehmen, ist doch der Sinn und Zweck dieser Institution auf das Engste mit den beiden Begriffen „Gemeinsam“ und „Europa“ verbunden. Das Katholische Bildungshaus „Sodalitas“ versteht sich seit jeher als Haus der Bildung, als Haus des Dialoges, der Kunst und auch der grenzüberschreitenden Begegnung.

Ich bin aber zweitens auch deshalb gerne hierher nach Kärnten gekommen, weil ich Kärnten in seiner Gesamtheit schätze, seine Kultur, seine Bevölkerung, seine vielgestaltige Landschaft, seine weit zurückreichende interessante Geschichte.

Seit Jahrhunderten eine europäische Drehscheibe, wo Römer und Kelten, Germanen und Slawen am Schnittpunkt dreier großer europäischer Kulturkreise lebten, ist dieses Bundesland seit jeher gemeinsame Heimat seiner deutsch- und slowenischsprachigen Bewohner.

Daher hat sich unter den Bewohnern Kärntens im Lauf der Zeit ein tief verankertes Kärntner Landesbewusstsein entwickelt, das Gefühl, „einerley Volk“ zu sein, wie es der Chronist Hieronymus Megiser schon 1612 ausdrückte; die Zugehörigkeit zum ältesten Herzogtum auf österreichischem Boden, die Erinnerung an die stolze Geschichte Karantaniens und die Gemeinsamkeiten der Kärntner Traditionen und des Kärntner Kulturgutes haben bis heute – auch im gemischtsprachigen Gebiet – prägende Kraft behalten.

Sinngemäß äußerte sich im Jahre 1920, kurz vor der Volksabstimmung, auch der Kärntner Landtag, der am 28. September 1920 auf einer Festsitzung folgenden Beschluss fasste: „Die Grundlage der zukünftigen Lan-

despolitik werden Versöhnung und Gerechtigkeit bilden. Der Landtag erklärt feierlich im Namen der gesamten von ihm vertretenen Bevölkerung in dieser verantwortungsvollen Stunde, den slowenischen Bewohnern des Landes ihre sprachliche und nationale Eigenart für jetzt und alle Zeiten zu sichern, ihrer kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung dieselbe Sorge angedeihen zu lassen wie den deutschen Bewohnern im Lande.“

Dieses Versprechen, das der Kärntner Landtag vor rund 85 Jahren abgelegt hat, war klug und richtig.

Wir wissen aber, dass sich die Geschichte nicht immer in ruhigen Bahnen entwickelt hat, sondern zeitweise stürmisch und auch gewalttätig verlaufen ist. Das gilt ganz besonders für die schreckliche Zeit des Zweiten Weltkrieges und der NS-Herrschaft. Aber auch die Zeit nach Kriegsende brachte nicht in der gesamten Region den Sieg der Demokratie, war nicht frei von Gewalt und Tragödien. Es waren harte Zeiten, Zeiten, wo Unrecht geschehen ist, Zeiten, wo man einander nicht zuhören wollte und konnte.

Deshalb galt und gilt es auch, das in der Vergangenheit unschuldigen Menschen zugefügte Leid und Unrecht anzuerkennen, Gesprächsfähigkeit aufzubauen und an zukunfts- und europatauglichen Lösungen zu arbeiten.

Wir müssen das Gemeinsame suchen und nicht das, was uns trennt.

Und es gibt viele Gemeinsamkeiten. Die Geschichte dieser Region ist reich an großartigen Leistungen, auf die Kärnten, Slowenien und Österreich zu Recht stolz sein können.

Und ein neues Kapitel in der Geschichte zwischen Österreich und Jugoslawien, zwischen Kärnten und Slowenien konnte ja schon mit dem Abschluss des Staatsvertrages vor 50 Jahren aufgeschlagen werden. Die Grenze zwischen Österreich und Jugoslawien und damit auch die Grenze zwischen Kärnten und Slowenien wurde im Staatsvertrag unverrückbar festgelegt, und sowohl die Sowjetunion als auch die USA, Großbritannien und Frankreich haben diesen Staatsvertrag garantiert. Darüber hinaus wurden in den nachfolgenden Jahren weitere Lösungen und Regelungen gefunden, die das Verhältnis zwischen der deutschsprachigen Mehrheit und der slowenischsprachigen Minderheit in Österreich günstig beeinflussen.

Einige Bestimmungen dieses Staatsvertrages, die den Minderheitenschutz betreffen, wurden ziemlich rasch verwirklicht, wie etwa jene im Minderheitenschulbereich. So stehen der Minderheit heute 67 Volksschulen zur Verfügung, wo zweisprachiger Unterricht angeboten wird, zudem können Angehörige der Volksgruppe an drei allgemeinbildenden und berufsbildenden höheren Schulen ihre Ausbildung fortsetzen: am Bundesgymnasium für Slowenen, an der zweisprachigen Bundeshandelsakademie und an der Privaten zweisprachigen Höheren Lehranstalt für wirtschaftliche Berufe.

Diese Schulen verfügen auch über eine eigene Schulaufsichtsbehörde, die ebenfalls im Staatsvertrag verankert ist. Als ehemaligen Wissenschaftsminister freut es mich besonders, dass gerade im Schulbereich die größten Fortschritte bei der Umsetzung des Artikels 7 des Österreichischen Staatsvertrages erzielt werden konnten.

Der Staatsvertrag von 1955 hat der Republik Österreich in Artikel 7 Absatz 3 aber auch die Verpflichtung auferlegt, „in den Verwaltungs- und Gerichtsbezirken Kärntens mit slowenischer oder gemischter Bevölkerung die Bezeichnungen und Aufschriften topographischer Natur sowohl in slowenischer Sprache wie in Deutsch“ zu verfassen. Die Durchführung des Artikels 7 des Staatsvertrages ist – was die Ortstafeln betrifft – auf beträchtliche Schwierigkeiten gestoßen. Es hatte den Anschein, als ob sich alle Probleme, alle Ängste, alles Misstrauen in der Frage der Ortstafeln widerspiegeln würden.

Es ist jetzt nicht genügend Zeit und wohl auch nicht notwendig, die Entwicklung der letzten 30 oder 40 Jahre zu skizzieren, wo es nicht nur während der Amtszeit von Landeshauptmann Sima den sogenannten Ortstafelsturm, sondern auch eine Reihe weiterer Auseinandersetzungen, Befürchtungen, Emotionen und Meinungsverschiedenheiten gab. Zuletzt gab es in diesem Zusammenhang im Dezember 2001 ein Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes.

Wenn ich dieses VfGh-Erkenntnis richtig verstanden habe, wird darin zum Ausdruck gebracht, dass die zweisprachigen topographischen Aufschriften und Bezeichnungen nicht oder nicht primär den Sinn haben, dem slowenischsprachigen Teil der Bevölkerung eine Orientierungshilfe zu bieten, ohne die man sich örtlich nicht zurecht finden könnte. Vielmehr sollen diese zweisprachigen Ortsbezeichnungen zum Ausdruck bringen, dass hier eine Minderheit oder, wie wir heute sagen, eine Volksgruppe lebt, die als solche respektiert wird und auch rechtliche Beachtung findet.

Die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes weist in der Begründung darauf hin, dass es in internationaler Sicht bei der Definition einer Minderheit eine Bandbreite von etwa 5 bis 25, höchstens 30 Prozent gibt. Der Verfassungsgerichtshof hat es aber im Hinblick auf die Entstehungsgeschichte des Staatsvertrages ausgeschlossen, diese Vorschrift im Sinne des Erfordernisses eines Minderheitenprozentsatzes von mindestens 25 Prozent – somit im obersten Bereich des erwähnten Rahmens – zu deuten. Der Gerichtshof stützte sich dabei auf die nachweisbare Tatsache, dass im Zuge der Verhandlungen über den Staatsvertrag die ursprünglich von Großbritannien vorgeschlagene Beschränkung der Verpflichtung auf Verwaltungs- und Gerichtsbezirke mit einem „beträchtlichen Anteil“ („considerable proportion“) an Minderheitsbevölkerung nicht akzeptiert wurde und sich stattdessen ein Textvorschlag, der von „Verwaltungs- und Gerichtsbezir-

ken mit slowenischer oder gemischter Bevölkerung“ spricht, durchgesetzt hat.

Die Aussage, dass man den für die Definition der Minderheit festzulegenden Prozentsatz nicht am obersten Rand der Skala ansiedeln darf und dass daher die im Volksgruppengesetz enthalten gewesene „25-Prozent-Klausel“ verfassungswidrig ist, war offenbar das Kernelement in der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes.

Nach meiner bescheidenen Auffassung kann zumindest heute, also 50 Jahre nach Abschluss des Staatsvertrages, 15 Jahre nach dem Zerfall Jugoslawiens und ein Jahr nach dem Beitritt Sloweniens zur EU, nicht ernsthaft argumentiert werden, dass die Anbringung solcher Zeichen am Beginn des dritten Jahrtausends noch etwas mit Gebietsansprüchen an Österreich zu tun haben könnte. Daher müsste es bei gutem Willen möglich sein, in einer pragmatischen und um Konsens bemühten Diskussion gemeinsame und vernünftige Lösungen zu finden. In diesem Sinne wünsche ich den Beratungen der sogenannten „Konsenskonferenz“ einen guten Verlauf und bedanke mich bei allen, die an diesen Beratungen in konstruktiver Weise und im europäischen Geist mitwirken.

Der dritte Grund, warum ich die Einladung angenommen habe, hier zum Thema „Gemeinsam in Europa“ zu sprechen, ist der erste Jahrestag der größten Erweiterung, die es in der Europäischen Union jemals gegeben hat.

Wir wissen, dass der Weg zum gemeinsamen Europa lang und steinig war. Viele dahin gehende Initiativen hat es gegeben, manche sogar schon nach dem Ersten Weltkrieg. Aber diese Bemühungen konnten nicht erfolgreich sein, solange der unselige Anspruch auf Überlegenheit des eigenen Volkes über alle anderen und eine pseudowissenschaftlich verbrämte Rassenlehre lebendig waren. Umdenken und Besinnung bedurften offenbar erst der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges.

Den Grundstein legten hiezu nach der Aussöhnung zwischen den durch Jahrhunderte rivalisierenden Mächten Frankreich und Deutschland die Römer Verträge vom 25. März 1957 über die Gründung (vor allem) der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Sie war, wie schon der Name sagt, zunächst ein rein wirtschaftlich bedingter Zusammenschluss. Aber schon zu Beginn der 70er-Jahre gab es Bestrebungen zu einer Erweiterung in Richtung einer politischen Zusammenarbeit. Verwirklicht wurde diese Zielsetzung durch die Gründung der Europäischen Union mit dem Vertrag von Maastricht 1992. Heute ist die Europäische Union nicht nur eine wirtschaftlich und politisch fundierte Organisation, sondern auch eine Wertegemeinschaft. Der im Stadium der Ratifikation durch die 25 Mitgliedsstaaten stehende Europäische Verfassungsvertrag widmet dem einen eigenen Artikel (I-2), den ich wegen seiner Bedeutung wörtlich zitierten möchte:

„Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte *einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören*. Diese Werte sind allen Mitgliedsstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.“

Ebenso wichtig ist die im Artikel I-3 enthaltene Festlegung der Ziele der Union: „Ziel der Union ist es, den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern.“

Ich denke, die Europäische Union hat eine große Zone des Friedens und der Stabilität in Europa geschaffen.

21 Jahre nach Ende des Ersten Weltkrieges hat bereits der Zweite Weltkrieg begonnen. Aber 60 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges haben wir in Europa eine Union bestehend aus 25 Ländern mit mehr als 450 Millionen Einwohnern geschaffen und erreicht, dass zwischen diesen 25 Ländern, d. h. von Irland bis Zypern und von Helsinki bis Lissabon, Krieg unmöglich wurde. In diesem Sinne begrüße ich auch den Prozess der Erweiterung der Europäischen Union, der vor einem Jahr mit der Aufnahme von zehn weiteren Mitgliedsländern einen besonders großen Sprung nach vorne gemacht hat.

Und ich wünsche mir auch einen erfolgreichen Ratifizierungsprozess für den Verfassungsvertrag, der vor allem die institutionellen Voraussetzungen für die Zusammenarbeit und Willensbildung in einer erweiterten Union verbessern soll.

Mit der letzten Erweiterung der Europäischen Union ist auch Slowenien Mitglied der Europäischen Union geworden. Wir sind damit gemeinsam in Europa angekommen und sitzen – wenn man dieses Bild gebrauchen will – im gleichen Boot. Österreicher und Slowenen bzw. slowenischsprachige Österreicher und deutschsprachige Slowenen. Und das ist gut so. Ich bin überzeugt, dass die Generation der Eltern und Großeltern der hier Anwesenden das nicht einmal in ihren kühnsten Träumen zu hoffen gewagt hätte.

Auch und gerade Kärnten hat durch diesen Integrationsprozess Vorteile. Kärnten mit seinen zwei Kulturen ist neben dem Burgenland das einzige österreichische Bundesland, wo zwei EU-Sprachen gesprochen werden. Und wenn man an die Wirtschaft denkt, so bedeuten zwei Sprachen meist doppelte Chancen!

Wie Sie vielleicht wissen, sind die Österreicher in der EU per capita die größten Käufer slowenischer Waren. Umgekehrt sind die Slowenen die

größten Käufer österreichischer Waren, wieder per capita, und dies sogar weltweit. Anders ausgedrückt: Der slowenische Markt ist für Österreich und seine Wirtschaft zurzeit bedeutender und größer als der russische, chinesische oder polnische. Österreich ist zudem der größte Investor in Slowenien, die österreichische Wirtschaft der größte Kunde im Hafen Koper. Ebenso wichtig und wertvoll ist, dass österreichische und slowenische Vertreter und Beamte im EU-Kontext sich täglich treffen und zusammensitzen.

Wir profitieren von der Zusammenarbeit im Bereich Infrastruktur, bei der Umweltproblematik, im Bereich der cross border cooperation, hier vor allem auch wegen der Möglichkeiten, die EU-Strukturhilfe- und Fördermittel gerade für den Grenzbereich bieten.

Die vergleichbare Größenordnung von Österreich und Slowenien, die geopolitische Lage und die geographischen Gegebenheiten schaffen in vielen Bereichen ähnliche, ja zum Teil gleiche Interessen. Wir wollen, dass unsere Stimmen in Europa gehört werden. Wir wollen, dass unsere spezifischen Probleme berücksichtigt werden, wie etwa die Frage des Transits durch unsere Länder, die Erhaltung unserer Umwelt und der Wasserressourcen. Bei der Vertretung solcher Anliegen in der großen Europäischen Union suchen und finden wir einander als Partner. Durch gute Zusammenarbeit verdoppelt sich unser Gewicht bei der Vertretung gemeinsamer Interessen.

Die historische Bedeutung dieser guten Entwicklung und die einmalige Friedenschance, die uns durch die Europäische Union und die von ihr vertretenen Werte geboten wird, sollte nicht als selbstverständlich genommen werden. Seit Jahrhunderten ist es das erste Mal, dass eine ganze Generation in Freiheit, Frieden und relativem Wohlstand aufwachsen konnte. Die Grenze ist kein Raum der Trennung mehr, sondern ein Raum der zusätzlichen, erweiterten Chancen.

Nützen wir diese Chancen für Österreich und Slowenien, nützen wir sie gemeinsam, nützen wir sie als Partner und Freunde in Europa und fassen wir den Entschluss, auf diese neue Situation mit neuem Mut und neuem Vertrauen zu reagieren, indem wir ungelöste Probleme, die uns jahrzehntelang beschäftigt und auch geschmerzt haben, fairen und guten Lösungen zuführen.

Die Überwindung und die Anstrengung, die es vielleicht den einen oder anderen immer noch kosten mag, über Schatten der Vergangenheit zu springen und aufeinander zuzugehen, werden sich hundertfach bezahlt machen.

Ich danke Ihnen herzlich und wünsche alles Gute.

\* Rede des Herrn Bundespräsidenten anlässlich einer Tagung des Katholischen Bildungswerkes „Sodalitas“ am 2. Mai 2005 in Tainach.

# Slowenisches Erbe in Kärnten und Österreich: ein Überblick

## 1. Allgemeines: Kärntens zweisprachige Ortsnamen als verbindendes Kulturgut<sup>1</sup>

Die meisten Österreicher verbinden mit dem Wort „slowenisch“ meist die Republik Slowenien, in zweiter Linie auch Kärnten – insbesondere mit dem Minderheitenproblem und Ortstafelkonflikt. Weniger bekannt ist die Tatsache, dass die Slowenen ein Teil unserer österreichischen Geschichte sind und viele Spuren in jenen Gegenden hinterlassen haben, in denen schon lange die slowenische Sprache verklungen ist, wo man aber im Namengut und in vielen (teils mundartlichen) Lehnwörtern immer wieder unserem sprachlichen slowenischen Erbe begegnet.

Jede Region hat ihre landschaftlichen und kulturhistorischen Besonderheiten und somit auch ihre Sprachen und Mundarten bzw. Sprachgemeinschaften. In Kärnten gab es seit seiner Begründung als Herzogtum im Jahre 976 immer schon zwei Sprachen, damals Althochdeutsch und Karantanisch, der alpenlawische Dialekt des Altslowenischen, wie er uns auch in den „Freisinger Denkmälern“ entgegentritt. Spätere Sprachdenkmäler stehen der heutigen Sprache näher als etwa mittelhochdeutsche Texte dem modernen Standarddeutsch, wie z. B. die „Klagenfurter Handschrift“ (s. 5). Früher nannte man im deutschen Sprachgebrauch die slowenische Sprache „windisch“, diese Bezeichnung<sup>2</sup> ist sowohl in den Beschreibungen der Herzogseinsetzung beim Fürstenstein in Karnburg bezeugt als auch im Namen „Windisches Herzogtum“ des 16. Jahrhunderts, im Zeitalter der Reformation, dem nicht nur die deutsche Sprache einen Martin Luther zu verdanken hat, sondern auch die slowenische Sprache einen Primož Trubar – beide waren Wegbereiter einer „reformierten“ Sprache –, beide Sprachen wurden zu europäischen Kultursprachen. Der slowenische Bezug zur Herzogseinsetzung ist heute noch im Ortsnamen *Blasendorf*, slowenisch *Blažnja* ves oder *vas*, dem Wohnsitz des „Herzogbauern“, der bei der Zeremonie eine bedeutende Rolle spielte, erkennbar, erklärt sich doch der Name als „Dorf des *blag*, Richters, Verwalters oder Edlings“ – Hinweis auf die Verschränkung beider Sprachen in Kärnten seit Anbeginn.

Historisch verhält es sich so: Die Vorfahren der heutigen Slowenen, die Alpenlawen, waren seit dem 7./8. Jahrhundert bereits im Süden und



Südosten Österreichs ansässig und haben die Namen- und Sprachlandschaft nachhaltig geprägt. In Kärnten gab es schon in der Monarchie amtliche slowenische Ortsbezeichnungen. Ortstafeln wie heute gab es noch nicht, aber es gab zweisprachige Aufschriften auf Bahnhöfen und Haltestellen. Weiters gab es die alten Ortstafeln, die an einem Haus in der jeweiligen Ortschaft angebracht waren und über Gemeinde, Gerichtsbezirk, Seehöhe u. dgl. Auskunft gaben. In der Monarchie waren sie in den jeweiligen Landessprachen abgefasst; gelegentlich findet man sie noch heute, aber sie sind selten geworden.

Wenn man Namen wie *Achomitz*, slowenisch *Zahomec* (bzw. *Zaholmec*, etwa mit „Hinterbichl“ zu übersetzen), hört, denkt man sofort an einen der zahlreichen Ortsnamen slawischer Herkunft, die den ganzen Süden und Osten Österreichs prägen, doch bei Namen wie *Žihpolje*, der slowenischen Bezeichnung für *Maria Rain* südlich von Klagenfurt, wird man eher ratlos sein. Aber ein Blick in alte Urkunden lehrt uns, dass dieser Ort früher *Sichpuchl* (1200) bzw. *Seichbichl* (1552) hieß, was so viel wie „feuchter Bühel, Bichl“ bedeutet, wie auch die Ortschaft *Seigbichl* bei Moosburg, slowenisch ebenfalls *Žihpolje* oder auch übersetzt *Močile* (= „feuchter Ort“). Die slowenische Namensform ist also aus dem Deutschen entlehnt und *-bichl* wurde erst sekundär zu *-polje* „Feld“ umgedeutet; zumindest heute empfindet man es so, wahrscheinlicher ist die Annahme, dass es sich um den Einwohnernamen des Ortes slowenisch *\*Žihpol* (aus altem *Sichpuchl*, s. o.) handelt, denn *Žihpolje* ist ein Pluralwort und das Adjektiv dazu lautet bei den Einheimischen *žihpoljski* (nur in der Schriftsprache *žihpoljski*).

Beide Namen, *Achomitz* und *Žihpolje*, legen Zeugnis von der sprachlichen Durchmischung Kärntens auf Ebene der Toponomastik ab. Beide Sprachen, Deutsch und Slowenisch, sind konstitutiv in Namengebung und Dialektologie, im deutschen Sprachgut Kärntens findet sich viel Slowenisches, im slowenischen Sprachgut viel Deutsches. Die jahrhundertelange Koexistenz beider Sprachen bzw. Kohabitation der Sprecher im Lande ist an ihnen nicht spurlos vorübergegangen und beide Sprachen gehören zum historischen Erbe Kärntens. In unserem Bewusstsein nehmen aber antike Ausgrabungen, mittelalterliche Burgen oder neuzeitliche Kunstdenkmäler als kulturelles Erbe aus der Vergangenheit den ersten Platz ein. Dabei wird in der Regel vergessen, dass das älteste Erbe unsere Sprache ist und in der Sprache selbst das Namengut. Gewässernamen wie *Drau* und *Lavant* reichen in die vorkeltische Zeit zurück und sind Zeugen der Indogermanisierung des alpinen Raumes; für unsere ältesten Vorfahren war die *Drau* der „Flusslauf“ schlechthin und die *Lavant* ein „weißglänzender“ Fluss. Die ersten Kärntner im engeren Sinn des Wortes benannten *Achomitz* nach seiner Lage „hinter dem Hügel“ (slowenisch *Zahomec*, s. o.) und *Seichbichl* „Maria Rain/Žihpolje“ nach einem „feuchten Bühel“ (s. o.). Die Ortsnamen

gewähren Einblick in die Siedlungsgeschichte, einmal waren bei der Namengebung Deutsche, ein anderes Mal Slowenen aktiv, die Namen gingen von Mund zu Mund, d. h. von einer Sprache zur anderen, und oft wurden Objekte unabhängig voneinander verschieden benannt wie z. B. deutsch *Hart* „Sumpfwald“ ~ slowenisch *Breg* „Ufer, Böschung“ oder übersetzt, z. B. deutsch *Aich* = slowenisch *Dob*. Manchmal ist die slowenische Übersetzung früher überliefert als die heutige Form, wie z. B. 993 *Podinauiz* (das wäre slowenisch *Podnja ves*), heute *Niederdorf* (bei Hörzendorf). Wir haben also in den deutschen wie in den slowenischen Namen altes Erbgut vor uns, sie sind Teil unserer Geschichte. Sie zu vergessen, zurückzudrängen, würde einen schweren Verlust bedeuten, beide Namensformen, die deutsche und die slowenische, sind eng miteinander verbunden und ihre Geschichte ist unteilbar. Wenn auch der Anteil der Slowenisch sprechenden Kärntner von fast einem Drittel der Gesamtbevölkerung unseres Landes im 19. Jahrhundert auf heute nur mehr wenige Prozent (3–4 Prozent, regional bis 95 Prozent, z. B. Globasnitz 50–70 Prozent, Zell 90–95 Prozent) zurückgegangen ist – die slowenischen Namen leben dennoch weiter und sie sind es wert, künftigen Generationen weitergegeben zu werden. Darüber hinaus sind die Namen in beiden Sprachen als erstrangiges und auch unteilbares Kulturgut unseres Bundeslandes zu betrachten, das Zeugnis von der gegenseitigen Durchdringung beider Sprachen ablegt. Die Kärntner wissenschaftliche Tradition ist sich dieser Tatsache voll bewusst:

„Das kulturelle Profil einer Landschaft, ihre Eigenart, wird durch das bodenständige Namengut, ob nun deutsch oder slowenisch, mitbestimmt. Diese Quelle für die Siedlungsgeschichte und das eigene Selbstverständnis zu erhalten und zu schützen sollte Aufgabe nicht nur der Historiker, sondern auch der Geographen und Linguisten sein.“<sup>3</sup>

Trotz aller Konflikte gab es in Kärnten (und Österreich) nie Umbenennungen im großen Stil – à la Tolomei in Südtirol –, weder bei den Deutschen noch bei den Slowenen. Wohl scheint es oft nicht nur der Klang eines Namens gewesen zu sein, der eine Umbenennung wünschenswert erscheinen ließ, vielleicht war es beim *Keutschacher See* (statt *Plaschischensee*) so, beim *Turnersee* (statt *Sablatnigsee* – so der alte Name, slowenisch *Zablaško* oder *Zablatniško jezero*) wohl nicht, hier haben sich die „Turner“ verewigt. Zwar kann sich der Tourist unter einem *Vellacher Hochtal* mehr vorstellen als unter der Bezeichnung *Vellacher Kotschna* (slowenisch *Belska Kočna*) – doch dies ist willkürlich, hier könnte die Namenforschung eingreifen, indem sie darauf hinweist, dass mit *Kotschna/Kočna* ein bestimmtes (rot-braunes) Gestein bezeichnet wird und diese letztlich aus dem Romanischen ins Slowenische gelangte Bezeichnung v. a. in den Karawanken und Steiner Alpen verbreitet ist. Solche Kunstnamen sind absolut kein Kulturgut (was m. E. auch für einen Großteil der Südtiroler amtlichen italieni-

schen Bezeichnungen gilt). Was das slawische Lehngut Österreichs und insbesondere Kärntens betrifft, ist festzuhalten, dass es sich auf Grund linguistischer Fakten als größtenteils sehr alt erweist, obwohl das Meiste davon erst relativ spät überliefert wird. Doch einige slawische bzw. slowenische Toponyme sind urkundlich schon vor dem Jahre 1000 belegt, und zwar:

slow. <i>Bela</i>	dt. <i>Vellach</i>	975: <i>Velach</i>
<i>Ostrovica</i>	<i>Hochosterwitz</i>	860: <i>Astaruuiza</i>
<i>Ribnica</i>	<i>Reifnitz</i>	977: <i>Ribniza</i>
<i>Trebinje</i>	<i>Treffen</i>	860: <i>Trebina</i>
<i>Zvirče</i>	<i>Wirtschach</i>	965: <i>Vuirzsosah</i>

Zwischen 1000 und 1250 nimmt die Belegdichte zu. Bei den Personennamen werden vor 1000 150 „Slawen“ genannt, nach 1000 über 380<sup>4</sup>. Sie scheinen alle in lateinisch oder deutsch geschriebenen Urkunden auf. E. Kranzmayer hat eine Reihe von Anhaltspunkten für die Chronologie der Übernahme von Ortsnamen ins Deutsche geliefert<sup>5</sup>. In einem größeren Zusammenhang entspricht die slawische Sprachform, die den Ortsnamen im Osten und Süden Österreichs (Osttirol, Kärnten, Steiermark, Salzburg-Lungau, südliches Nieder-<sup>6</sup> und östliches Oberösterreich) zu Grunde liegt, dem „Alpenslawischen“ (nach Ramovš<sup>7</sup>, Kronsteiner<sup>8</sup> usw.) bzw. der Sprache der altslowenischen „Freisinger Denkmäler“<sup>9</sup>, was auch bereits der große slowenische Dialektologe und Sprachhistoriker Ramovš festgestellt hat. Die Varianten in der deutschen Wiedergabe der slawischen Namen wollte er dialektologisch deuten, mir ist es aber gelungen, diese Unterschiede chronologisch zu erklären, woraus folgt, dass es im hohen und späten Mittelalter eine über Kärnten hinausgehende weit verbreitete Gemischtsprachigkeit in Österreich gab<sup>10</sup>, was sich auch in alten Lehnwörtern widerspiegelt<sup>11</sup>. Diese Gemischtsprachigkeit des frühmittelalterlichen Slawentums in Österreich stellt Holzer in einem sehr inhaltsreichen Beitrag recht anschaulich dar<sup>12</sup> (s. 4.0). Diese Sprache weist einige Besonderheiten auf, die sich in den slowenischen Kerngebieten heute nicht (bzw. nicht in diesem Ausmaß) finden, u. a. den Ortsnamentyp auf *-iče* (s. 3.3) und das häufige Wortbildungs-*-nik* (eingedeutscht meist *-nig*, s. 3.2) sowie einige Wörter<sup>13</sup> (s. 4). Es erhebt sich nur die Frage, wie man diese Sprache nennen soll, „slowenisch“ im heutigen Sinn ist sie nicht, „alpenslawisch“ ist zu allgemein, „altslowenisch“ evoziert einen direkten Vorläufer des modernen Slowenischen, daher denke ich, der beste Name wäre *Karantanisch*, da die *Slavia submersa*<sup>14</sup> der österreichischen Alpenländer die Sprache des Karantanen-Reiches war<sup>15</sup>. In den Abschnitten 2–4 soll zunächst das Material präsentiert und in 6 dieses zusammengefasst werden; Abschnitt 5 ist dem

bedeutenden slowenischen Sprachdenkmal „Klagenfurter Handschrift“ gewidmet.

## 2. Lautgeschichtliches<sup>16</sup>

Für das relativ hohe Alter des Sprachgutes slawischer bzw. slowenischer Herkunft in Österreich spricht, dass sich bereits in den (altslowenischen) „Freisinger Denkmälern“ Lautungen und Sprachformen finden, wie wir sie auch in den Ortsnamen alpenlawischer Herkunft beobachten können, und zwar<sup>17</sup>:

### 2.1 Erhalt der alten slawischen Nasalvokale (Freising<sup>18</sup> *vuensih* ‚größer [GLpl.]‘, *malomogoncka* ‚krank, schwach‘, *sunt* ‚sie sind‘ usw.)<sup>19</sup>:

Der Nasal *ę* ist zwar auffallend selten belegbar (z. B. BN *Lending*, Granatspitzgruppe, Osttirol < \**lędina* oder *-nikǫ* ‚Brachland‘, SN *Fentsch*, Gem. St. Marein bei Knittelfeld, St < \**Vętj-*, zu \**Vętjeslavǫ* wie u. a. altčech. *Váceslav* ‚Wenzel‘, russ. *Vjačeslav* usw. ‚größeren Ruhm habend‘), der Nasal *ǫ* hingegen sehr häufig, z. B. slaw. \**lǫka* ‚feuchte Wiese‘ in *Landschütz* (FN, Gem. Matri i. O.), *Lonza* (BN, Gem. Mallnitz), *Lang* (2x, SN, Gem. Ferndorf und Feldkirchen), *Langen* (SN, Gem. St. Andrä), *Lansach* (SN, Gem. Weissenstein), *Laing* (SN, Gem. Spielberg bei Knittelfeld), *Lang* (SN, Gem. Leibnitz). In den jüngeren slowenischen, also erst später ins Deutsche gelangten Ortsnamen ist kein Nasalvokal mehr vorhanden, z. B. *Laak/Loka* (SN, Gem. Ferlach). Der Erhalt der Nasalvokale widerspiegelt also das Alter des Namensgutes: je früher ein Name ins Deutsche gelangt ist, desto eher erscheint ein Reflex des Nasalvokales, übrigens auch in Personennamen, z. B. *Zuentipolch*, *Svętipǫlkǫ* / *Svatopluk* usw., *Zanto/Zunducu*, *ŝǫdǫ(kǫ)* zu *ŝǫdǫ* ‚Richter‘ (wohl Kurzform zu einem zusammengesetzten Personennamen)<sup>20</sup>. Ein besonderes Charakteristikum der *Slavia submersa* ist darin aber nicht zu erblicken<sup>21</sup>, doch es ist ein Zeugnis hoher Alttertümlichkeit, die auch alte Lehnwörter wie *Munggen* (4.15) oder *Strankerl* (4.22) sowie *Pränter* (4.19) zeigen.

### 2.2 urslaw. \**tj* > *t’* ~ *k’* (Freising *choku* ‚ich will‘, *imoki* ‚habend‘ usw.)<sup>22</sup>:

In Randlagen finden wir nur solche Lautungen wie z. B. in *Defereppen* in Osttirol (ma. *Defreggen* < \**Dobrik’e* zu einem mit *dobrǫ* ‚gut‘ anlautenden Personennamen, vgl. den alpenlaw. Personennamen *Thabricho*, 8. Jhdt., d. i. \**Dobritjǫ/-kǫ*)<sup>23</sup> oder in *Flattach* in Oberkärnten (Gem., zu \**blatje* [Lpl.], Einwohnername zu *blato* ‚Sumpf‘), ebenso in früh eingedeutschten Gebieten (wie u. a. St, z. B. *Maßweg*, Gem. Spielberg bei Knittelfeld < \**Měšovik’e*, 1295 *Messbich*), aber auch bei früher Entlehnung in Kärnten, z. B. *Radweg/Radoviče* (Gem. Feldkirchen < \**Radovik’e*) oder *Pöckau/Peče* (Gem. Arnoldstein) bzw. *Peggau* (St, ca. 1050 *Pecah*, 1138 *Bekach*, < \**Pek’e*, Einwohn-

nername zu slow. *peč* ‚Fels, Ofen‘ < urslaw. *\*pekti-* bzw. *\*petj-*). Auch hier ist das Ortsnamengut ein bereicherter Zeuge der *Slavia submersa*, also des „karantanischen“ (altslowenischen) Zustandes.

### 2.3 urslaw. *\*stj/skj/sk<sup>e,i</sup>* > *šč* (Freising *crisken/cristen* ‚getauft‘, *este* ‚noch‘ usw.):

Diese Lautung ist v. a. im Wortbildungselement (nomina loci, heute) slow. *-išče* besonders häufig. Wenn man das Material betrachtet, entsteht der Eindruck, Oberkärnten und Osttirol sowie Salzburg (v. a. Lungau) und Teile der Steiermark hätten für diese Lautgruppe *s(ch)k*, Unterkärnten und der größere Teil der Steiermark jedoch *st* als Reflexe älterer „karantanischer“ (bzw. alpenlawischer) dialektologischer Verhältnisse<sup>24</sup>. Doch vielmehr scheint es so gewesen zu sein, dass ursprünglich überall das altslow. *šč* so ausgesprochen wurde, dass es in früh eingedeutschten Gebieten mit *schk* übernommen wurde, wie z. B. *Staniska* (ma. *Nischka*, SN, Kals < *\*stanišče* ‚Standort, Lagerplatz‘) in Osttirol, *Malesischk* (FN, Gössnitz bei Heiligenblut < *\*molzišče* ‚Ort, wo man melkt; Melkerei, Melkstätte‘) in Kärnten oder *Patschgen* (SN/FN, Gastein < *\*pašišče* ‚Weideplatz‘) in Salzburg. Später ist diese Lautgruppe in Richtung neuslowenisch *šč* entwickelt worden, was dann im Deutschen zunächst mit *scht* wiedergegeben wurde bzw. im größten Teil der bairisch-österreichischen Mundarten *st* ergab, daher haben wir z. B. *Gassarest* (SN, Gem. Strassburg < *\*kozarišče* ‚Ort der Ziegenhirten‘) in Unterkärnten oder *Liesing* (GN/SN < *\*lěščbnica* zu *lěškb* ‚Haselnuss‘, 9./10. Jhdt. *Liestinicha*), St. In den meisten Kärntner slowenischen Mundarten ist *šč* > *š* geworden, wie z. B. *Homölich/H(o)mel(i)še* (SN, Gem. St. Margareten im Rosental und Zell < *\*chřměljišče* zu slow. *hmelj* ‚Hopfen‘), eine Lautung, die auch der Steiermark nicht fremd ist, z. B. *Fladischerhof* (HN, Gem. Turnau, Bruck a. d. Mur < *\*blatišče* zu slow. *blato* ‚Sumpf‘) und die sich auch in der „Klagenfurter Handschrift“ findet (s. 5, z. B. *odpušamo* im „Vater unser“).

### 2.4 Erhalt der Lautgruppe *dl* (Freising *modliti (ze)* ‚beten‘ usw.)<sup>25</sup>:

Der Erhalt dieser Gruppe gilt als Charakteristikum des Westslawischen. Da das Alpenlawische ursprünglich die Brücke zwischen dem West- und Südslawischen bildete, ist es nicht verwunderlich, dass sich auf diesem Areal beide Ergebnisse zeigen. Noch heute zeichnet sich der Gailtaler slowenische Dialekt durch das Bewahren von *dl* aus. Sprachgeographisch ist in dieser Hinsicht das Alpenlawische ein Übergangsgebiet, auf dem überwiegend südslawische Merkmale mit westslawischen zusammentreffen<sup>26</sup>. Den älteren Zustand mit bewahrtem *dl* weisen in Osttirol z. B. *Tscharniedling* (SN, Gem. Dölsach, zu *\*črnidlo* ‚schwarzer Ort‘, slow. *črn* ‚schwarz‘)

oder *Welzelach* (SN, Gem. Virgen, 1300 *Welcedlach*, Lpl. zu *\*velese(d)lje* ‚Einwohner des großen Dorfes‘) auf, in Kärnten u. a. *Matschiedl/Močidlo* (SN, Gem. St. Stefan a. d. Gail) und *Hart/Vočilo* bzw. *Ločilo* (ma. *Voči(d)lo*, SN, Gem. Arnoldstein, beides ‚feuchter Ort‘, denn dt. *Hart* = ‚Sumpfwald‘), *Pojedl* (SN, Gem. Himmelberg, 1431 *Pogedl* < slow. *\*po je(d)li* ‚bei der Tanne‘ oder *\*pojedlbje* ‚Tannengegend‘), in der Steiermark u. a. *Elz* (SN, Gem. Puch bei Weiz, 1318 *Edlncz* < slow. *\*(j)edlb̃nica* ‚Tannengegend‘), *Irdning* (GN/SN, Gem., 1185 *Jedenich* [GN], 1140 *Idinich* [SN] < slow. *\*jedlb̃nika* ‚Tannenbach‘) oder *Muntschiedel* (1495, abgekommener SN bei Frohnleiten, wie *Mat-schiedl*, s. o.).

Doch nicht immer ist der Erhalt von *dl* nachweisbar, z. B. in Kärnten *Dulieb* (1060–70, abgekommener Siedlungsname bei Spittal a. d. Drau, der zum slaw. Stammesnamen *Dudleben* zu stellen ist) oder in *Mötschlach* (SN, Gem. Irschen, 1300 *Mötlach* zu slaw. *\*moči(d)lo* ‚feuchter Ort‘), weiters mehrmals in der Steiermark und in Niederösterreich.

Ein damit zusammenhängendes Problem ist *se(d)lo* ‚Dorf‘ gegenüber *sed̃lo* ‚Sattel‘<sup>27</sup>, da diese beiden Appellativa nur schwer voneinander zu trennen sind<sup>28</sup>. Weder sind alle in Frage kommenden Ortsnamen als ‚Sattel‘ aufzufassen noch dürfte ‚Dorf‘ besonders häufig sein. Mit einiger Wahrscheinlichkeit gehen u. a. folgende Namen auf *sed̃lo* ‚Sattel‘ zurück: in Osttirol *Zedlach* (SN, Gem. Matrei i. O., 1022–39 *Cetulic* < slaw. *\*sed̃lik’e* [Einwohnername] ‚die am Sattel wohnen‘), *Zettalunitzkees* (GN/FN, Venedigergruppe, kein urk. Beleg < slaw. *\*sed̃loṽnica* ‚Sattelkees, der vom Sattel herunterkommende Gletscher‘), in Kärnten *Zedlitzdorf* (SN, Gem. Gnesau, 1281 *aput Zedeltz*, slow. ma. *Sedlice*) und *Zedlitzberg* (SN, Gem. Himmelberg, 1253 *Zedelz*, 1267–68 *Nazzedele*, slow. ma. *Na sedle*) sowie *Zeltschach* (2x, SN, Gem. Gurk u. Friesach, 1060–88 *Zedelzach* [Gurk, benachbart SN *Sattelbogen*]), weiters *Zedelnig/Sedelnik* (HN, ‚Sattelbauer‘, Gem. Techelsberg), ferner (wegen der Lage) *Zedl* und *Zödl* (SN, bei Radenthein) sowie in der Steiermark *Hohe Zölz* (BN, Vordernberg, ca. 1300 *Zelczaw*), dort auch *Zitoll* (SN, Gem. Deutschfeistritz, 1383 *Cytol*) und *Selzthal* (SN, Gem., 1080 *Edilts(c)ach*, 1100 *Cedelse*).

*se(d)lo* ‚Dorf‘ ist in den Ortsnamen des gemischtsprachigen Gebietes von Kärnten nicht selten, z. B. *Zell/Selo* (Gem. Ma. Saal), *Zell/Sele* (< Einwohnernamen *Selje*, Gem., südlich Ferlach), *Obersielach/Sele* (Gem. Völkermarkt), *Sala/Selo* (Gem. Feistritz im Rosental), *Seel/Selo* (Gem. St. Margareten im Rosental), *Seelach/Selo* (Gem. Sittersdorf), *Vesielach/Vesele* (< *novoselje* ‚Neusiedler [Einwohnername]‘). Sie sind ins Deutsche erst entlehnt worden, als der Wandel *dl>l* im Slowenischen schon abgeschlossen war. Dazu kommen dann diejenigen Toponyme, die relativ früh ins Deutsche entlehnt worden sind und deren Lage die Annahme eines ‚Sattels‘ unwahrscheinlich erscheinen lässt, wie z. B. in Osttirol *Welzelach* (s. o.), *Zöttl* (HN,



Kals, stimmt semantisch mit \**Fig* ‚Dorf‘ überein<sup>29</sup>), in Kärnten *Zedl* (2x, SN, Gem. Frauenstein, 1570 *Potzedl* und Gem. Kappel am Krappfeld, 1296 *Zedlach*), *Zödl* (SN, Gem. Steinfeld) usw.

## 2.5 Fehlen des prothetischen *j*- (Freising *este*, *ego/-emu-se* ‚seiner/ihm‘ usw.)<sup>30</sup>:

Sprachgeographisch ist die Entwicklung des prothetischen *j*- vom Zentrum des slawischen Sprachgebietes ausgegangen und an den Rändern entweder nicht konsequent oder überhaupt nicht durchgeführt. Solche Randlagen sind Oberkärnten und Osttirol (Letzteres durchwegs ohne *j*-), z. B. *Arnig* (SN, Gem. Kals) und *Auernig* (BN, Gem. Mallnitz), beide < slaw. \**avorbnikъ* zu slow. *javor* ‚Ahorn‘ gegenüber gleichbedeutendem *Jauernigg* (HN, südlich Predlitz‘, St) oder *Jauring* (SN/GN, Gem. Aflenz). Das benachbarte Aflenz (< \**ablan(bn)ica*, 1025 *Auelniz*) weist kein *j*- auf, was eindeutig in der Chronologie begründet ist<sup>31</sup>, wie u. a. auch dt. *Aßling* gegenüber *Jesenice* (zu \**asenъ* bzw. slow. *jesen* ‚Esche‘) in Slowenien. Es liegen also chronologisch bedingte gemischte Verhältnisse vor.

2.6 Darüber hinaus gibt es Lautungen, die in die vorliterarische Frühzeit des alpinen Slawisch weisen, wie z. B. das Unterbleiben der Liquidametathese (in dt. *Talgggen*, s. 4.15) oder *ästatt o* (in dt. *Krax*, s. 4.12, und eben auch in *Talgggen*).

## 3. Morphologisches

### 3.1 *bratrъ* ‚Bruder‘ (Freising *bratra*, *bratria*):

Die beiden Siedlungsnamen *Fratres* (K, Gem. Spittal a. d. Drau, u. NÖ, Gem. Waldkirchen a. d. Thaya<sup>32</sup>) sind von einem auf slaw. \**bratrъ* beruhenden Personennamen abgeleitet, etwa \**Bratrěšъ*. Ein dritter Beleg liegt im Siedlungsnamen *Drattrum* vor (Gem. Klein St. Paul, K, urk. 1188–93 *Fratran*, 12./13. Jhdt. *Vratran*), das auf ein altes slaw. \**Bratraňъ* zurückgeht<sup>33</sup>. Die Form *bratr*- gilt als „westslawisch“, wie auch der Erhalt der *dl*-Gruppe (s. 2.4), ist aber auch in den „Freisinger Denkmälern“ bezeugt und somit altslowenisch bzw. karantanisch.

3.2 **-nik**: Ein besonderes Charakteristikum der *Slavia submersa* Süd- und Südostösterreichs bzw. des Alpenslawischen sind die zahlreichen Hof- und Familiennamen (urspr. Lagenamen) auf *-nig(g)* (auch *-nich*, *-nick*, *nigkh*, *-nik* und *-nikch*) aus slow. *-nik*, die in den dem zusammenhängenden slowenischen Sprachraum vorgelagerten deutschsprachigen Gebieten Kärntens, Osttirols, des Salzburger Lungaus und der Steiermark weitaus häufiger sind als im slowenischen Kerngebiet; sie können als „nordslowenisch“

bezeichnet werden<sup>34</sup>. Es ist auch heute noch produktiv, in der slow. Toponymie begegnet es vor allem in Haus- und (häufig davon abgeleiteten) Familiennamen sowie in Oronymen<sup>35</sup>.

Wie Hornung gezeigt hat, greift das slow. *-nik*-Suffix in der bair.-slaw. Kontaktzone Kärntens und Osttirols auch auf dt. Sprachmaterial über, wodurch es zu dt.-slaw. Mischbildungen im Bereich der Hofnamen kommt. Einige von ihr in diesem Zusammenhang genannten Beispiele sind *Eggenig* (zu dt. *Egge*) und *Waldnig* (zu dt. *Wald*). Hornung kommt zu dem Schluss, dass dt. *-er* und slaw. *-nig* bis zu einem gewissen Grad austauschbar waren<sup>36</sup>. Diese These kann mit zwei Beispielen aus Osttirol erhärtet werden. Eindeutig dt. Etyma weisen die Hofnamen *Albernig*<sup>37</sup> und *Watschgernig*<sup>38</sup> auf. Bei beiden Namen tritt in den ältesten Urkundenbelegen aus 1385 die Endung *-nig* noch nicht auf, diese erscheint zum ersten Mal im jeweils zweitältesten Beleg aus 1545, bleibt dann jedoch in den schriftlichen Dokumenten durchgehend bis ins 19. Jahrhundert am Namen haften. In einem hinsichtlich seiner Sprache auffallend dialektnah gehaltenen Verzeichnis aus 1775 scheint *Watschgernig* als *Watschernig*, daneben jedoch auch als *Watscher* und *Watschgers* (G) auf, woraus geschlossen werden kann, dass die Endung damals offenbar bereits abgestoßen war. Im selben Dokument steht für *Albernig* sowohl *Albernig* als auch *Alber*. Nicht auszuschließen ist freilich auch, dass es sich bei der Form mit *-nig* um eine vom tatsächlichen Sprachgebrauch unabhängige Kanzleiform handelt<sup>39</sup>. Auf die erwähnte Austauschbarkeit von dt. *-er* und slaw. *-nik* weist auch das Nebeneinander der Formen *Podawernik* und *Petawner* (< slaw. \**Pod-avorb-nikъ* ‚unter dem Ahorn wohnend, Unterahorner‘) im Musterregister aus 1385 hin<sup>40</sup>.

Insgesamt fand Bergmann in seinem Osttiroler Untersuchungsgebiet 21 Namen, die das Suffix \**-bnikъ* enthalten. Die slaw. Endung erscheint dabei im Dialekt in der Regel als [-ik], bei einzelnen Sprechern ist beim Verschlusslaut [-k] bisweilen eine Tendenz zur Affrizierung beobachtbar ([-ik<sup>ch</sup>]), wohl in Analogie zu der auch in Osttiroler Mundarten nachweisbaren Auslautverhärtung von *-g* zu [-k<sup>ch</sup>]<sup>41</sup>.

Weitere Beispiele: *Ladinig* (zu slow. *ledina* ‚Brache‘), *Pototschnig/Petutschnig(g)* (slow. *Potočnik* ‚Bacher‘), *Glantschnig(g)/Quantschnig* (slow. *Klančnik* zu *klanec* ‚Steile; Hohlweg‘), an dt. Wortstämme tretend z. B. *Kogelnig* und *Freithofnig*<sup>42</sup>. In Osttirol kommen auch romanische Wortstämme vor, z. B. in Kals *Rantschnigg* (zu \**runca* ‚Rodung‘ neben dem „dt.“ HN *Rantschner* und dem rom. *Ranggetin(er)*)<sup>43</sup>.

**3.3 -iče:** Auch die Siedlungsnamen auf *-iče* sind typisch alpenlawisch. Die in 2.2 genannten Namen *Deferegggen*, *Maßweg* und *Radweg/Radoviče* gehören dem Siedlungsnamentypus auf urslaw. \**-itje* an<sup>44</sup>. Dieser Namentyp bildet Siedlungsnamen von Personennamen, also *Liebetig* (Gem. Feldkirchen, 1433 *Lu'betikh* < \**L'ubotik'e* zum PN *L'ubota*<sup>45</sup>), etwa ‚Ort des L'ubota‘ bzw.



‚Ort der Nachkommen des L'ubota'. Eine Nebenform dazu ist die Kombination dieses Suffixes mit slaw. -ov- (-ev-), also \*-ov-itje wie z. B. *Maßweg* < \**Měšovik'e* zum PN \**Měšb* (~ \**Měšbkt*)<sup>46</sup>. Beide Typen sind in den so genannten „Kroatengauen“ besonders häufig (die beiden größten liegen im Bezirk St. Veit a. d. Glan nördlich und südlich des Glantales in Kärnten und um Kraubath a. d. Mur im Bez. Knittelfeld, St)<sup>47</sup>. Sie sind in Siedlungsnamen im heutigen Österreich ungemein häufig, im heutigen Slowenien aber nicht<sup>48</sup>, einer der wenigen Namen ist z. B. *Tupaliče* (Gem. Kranj, 1154 *Tupalich*, 1377 *Tupaelikch* mit der auch in den alpenlaw. Siedlungsnamen vorkommenden Lautung). Wir können also festhalten, dass slow. -iče für das Alpenlawische charakteristisch ist und jeder 20. Kärntner Siedlungsname (also 5 Prozent) hieher gehört<sup>49</sup>. Ferner ist festzustellen, dass dieser Typus nur in jenen Gebieten vorkommt, die vor 1200 besiedelt worden sind<sup>50</sup> – ein Hinweis darauf, dass in jenen Gegenden, in denen -iče vorkommt, die slow. Besiedlung spätestens im 12. Jahrhundert erfolgt sein muss. Damit stimmt auch die Verbreitung dieses Typus in den ‚Kroatengauen‘ (s. o.) überein, von denen erstmals jener um das Kärntner Glantal 954 als *pagus Chrouuati* genannt wird. Bei diesen ‚Kroatengauen‘ handelt es sich ursprünglich um halbkreisförmig um einen zentralen Punkt (in unserem Fall um *Faning*, slow. *Baniče*, Gem. Moosburg, 1053 *Vaniccha* < \**Banik'e* ‚Ort eines *ban*, eines awarischen Fürsten‘) angeordnete Wehrsiedlungen<sup>51</sup> und somit um einen der ältesten Zeugen alpenlawischer bzw. karantanischer Siedlungsumgebung.

**3.4 -vs, ...ves (vas):** das alte slaw. Wort für ‚Dorf‘ ist *vsb*, das in den deutschen Namensformen immer übersetzt wird; nur selten kommt urk. *vsb* vor (in dt. oder lat. Kontext wie *Niederdorf* und *Gösselsdorf*, s. u.). Es entspricht dem lat. *villa* bzw. *praedium*, bezeichnet also den Einzelhof als Nukleus eines späteren *Weilers* (aus lat. *villaris* ‚zum Gutshof gehörig‘). Dieser Namentyp ist die „Leitform“ der Besiedlungsperiode bis 1100<sup>52</sup>. Daher hat sich *vsb* offensichtlich nur im slaw. Westen „eingebürgert“<sup>53</sup>. Daneben kommt aber dann auch *se(d)lo* ‚Dorf‘ auf, dieses bedeutete ursprünglich ‚Siedlung‘ und kommt in Österreich relativ selten vor und ist von *sedlo* ‚Sattel‘ nur schwer zu unterscheiden (s. o. 2.4)<sup>54</sup>.

Nur zwei slowenische Namen mit *vsb* sind früh belegt: *Gösselsdorf/Goselna ves* (1050: *Goslauuis*) sowie *Podinauiz* (933) für heutiges *Niederdorf* (bei Hörzendorf). Sonst werden nur die deutschen Formen überliefert, z. B. 1106 *Dobrendorf* = *Eberndorf/Dobrla ves* (ma. *Dobrolja* bzw. *Dobrilja ves*, zum PN *Dobriilo*). Gerade dieses Beispiel zeigt, dass auch der deutsche Name nur aus dem Slowenischen her verständlich ist, aus \**Dobrenja vsb* zu einem PN *Dobren*, halb übersetzt zu *Dobrendorf*, über *Döberndorf* mit „falsch“ abgetrenntem *d-* (wohl vom Einwohnernamen \**Döberndorfer* > \**Dēberndorfer* mit missverstandenen Artikel, also uminterpretiert zu [(de) öbərndorfər] und

weiter zu *Öbern-* bzw. *Eberndorf* (1060–70 *Obrundorf*). Vielfach stimmen diese Namen im Deutschen und Slowenischen nicht überein. Oftmals sind die diesen Ortsnamen zugrunde liegenden Personennamen unklar, da sie bis zur Unkenntlichkeit entstellt sind (wie z. B. in *Loga ves/Augsdorf*)<sup>55</sup>.

Bei den meisten Namen handelt es sich um Ableitungen von Personennamen, also dem Namen der Person, die mit der Gründung des Dorfes in irgendeiner Weise verbunden ist; sie liegen in der mittelalterlichen Großkolonisation (vor 1100) begründet und stellen einen ahd. Benennungstyp mit seiner slow. Entsprechung dar. Die sind alle nach dem selben Muster gebildet: im Deutschen sind sie Komposita, im Slowenischen Syntagmen aus einem Personennamen + Possessivsuffix (meist *-ja*, fem. zu mask. Bildungen auf *-ji*) + *ves* (fem., ma. für *vas*), seltener andere Bildungen, z. B. *Žamanje* „Obersammelsdorf“, *Lancova* „Lanzendorf“. Nach E. Kranzmayer entsprechen einander über 90 Prozent der slow. *ves*-Namen bzw. 70 Prozent der dt. *-dorf*-Namen. In einigen slow. Namen ist das zweite Glied *ves* mit dem ersten zu einem Wort verbunden, z. B. *Bilčovs* „Ludmannsdorf“, wohl von den obliquen Kasus ausgehend (lautgesetzlich hätte der gemeinslaw. Nom.-Akk. *vъsbъ*, Gen.-Dat.-Lok. *vъsi* usw. slow. *vas/ves*, *vsi* usw. ergeben müssen und nach einem alten Gen. \**Biljče vsi*, Lok. \*(v) *Biljči vsi* wurde ein Akk. \**Biljčo-vs* gebildet, der dann die Basis für die heutige Namensform geliefert hat). Einen zweiten solchen Typ könnten Fälle wie *Grabale ves* „Grabalja ves/Grabelsdorf“ und *Dole ves* „Dolnja ves/Unterdorf“ (bei denen nur *ves* flektiert wird) repräsentieren.

#### 4. Lexikalisches: „Karantanische“ Wörter in Österreichs Mundarten und Namengut

**4.0** Die Symbiose zwischen den in die alpinen Gebiete Österreichs eingewanderten Slawen und den späteren Baiern war sehr eng. Die Eingliederung des (slawischen) karantanischen Fürstentums in das bairische Herrschaftsgebiet wirkte sich auch sprachlich aus. Einerseits setzten sich die bairisch-österreichischen Dialekte als lokale Verkehrssprachen immer mehr durch, andererseits hinterließ die slawische Grundsicht zahlreiche Wörter in der deutschen Mundart. Die meisten spezifisch „karantanischen“ Wörter sind Bergappellativa, doch daneben gibt es auch einige andere Wörter, hauptsächlich aus dem Bereich der bäuerlichen Sphäre (Pflanzen und Speisen)<sup>56</sup>. In der verklungenen alpenlawischen Sprache gab es auch deutsches Wortgut – beide Sprachen bereicherten einander also gegenseitig, wie dies in allen gemischtsprachigen Regionen zu beobachten ist. Als Beispiel sei hier der Wortschatz genannt, der die bestehenden Herrschaftsstrukturen beschreibt und der den Kern der Untersuchung Holzers<sup>57</sup> zur Sprache der Slawen in Österreich im Mittelalter darstellt. Die von ihm

behandelten slawischen Wörter reflektieren zum Großteil speziell das Grundherrschaftswesen im bairischen Ostland. Die Wörter gehören verschiedenen Kategorien an, Entlehnungen aus dem Deutschen sind *losz* (Terminus der Landzuteilung, zu dt. *Los*)<sup>58</sup> und *mytarz* ‚Mauteinnehmer‘ (zu mhd. *mūtaere*), Lehnübersetzungen sind *služba* ‚Dienst (servitium)‘, *strělc* ‚Schütze‘, militärischer Terminus, geschrieben *Strelz* o. ä. und (vielleicht) *poklon* ‚Abgabe, Geschenk (eigentlich Verneigung<sup>59</sup>)‘, geschrieben *poklon*, *poglon*, auch *pogklann*; ein slawisches Lehnwort im Bairischen ist *župan* ‚Vorsteher, Amtmann, Dorfrichter‘ (eigentlich ‚Ältester‘)<sup>60</sup>, eingedeutscht *Suppan*, eventuell auch einige andere<sup>61</sup>. Aus dem karantanischen Bereich wäre auch noch *\*kosez* ‚Edling (bevorrechteter Bauer, Freisasse)‘ zu erwähnen<sup>62</sup>.

Die nun folgende Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit<sup>63</sup>, vielmehr soll ein repräsentativer Querschnitt durch den älteren bairisch-österreichischen appellativischen Wortschatz slawischer Herkunft geboten werden, der die sprachgeographische Stellung des „Karantanischen“ zwischen dem südlichen (dem Typ nach altslowenischen) und dem westlichen (dem heutigen Čechischen nahe stehenden) Slawischen illustriert<sup>64</sup>.

**4.1 *byrdo*** ‚(felsiger) Berg, Anhöhe; Kamm‘ (gemeinslaw.): *Pyhrn* (*pass*), auch *Pass Pyhrn*, an der Grenze zwischen Oberösterreich und der Steiermark, traditionell richtige Aussprache [pirn]<sup>65</sup> (1146 *Pirdine*, 1265 *mons Pirn*) < *\*byrdina*<sup>66</sup> (manche urkundliche Belege weisen auf das Grundwort, z. B. 1239 *mons Pyrdo*); in Osttirol: *Bir nig* (Gem. St. Veit i. D.) < *\*byrdynik*<sup>67</sup>. – Wegen des *p*-Anlautes müssen die beiden Belege sehr früh ins Deutsche entlehnt worden sein<sup>68</sup>, denn später wird slaw. *b*- durch ahd. *v* > mhd./nhd. /f/ wiedergegeben, z. B. *Verditz* (K).

**4.2 *\*chyša*** ‚Hütte, Haus‘ (gemeinslaw.) → dt. ***Keusche***: das aus german. *\*hūsa*- (dt. *Haus*) entlehnte Wort bedeute auch im Slaw. ‚Haus‘ und lautet im Slow. *hiša*. Es muss jedoch schon früh als *Keusche* ‚kleines Bauernhaus, Achtelhube‘ rückentlehnt worden sein. Dies zeigt die alte slow. Entlehnung aus dem Deutschen (ma.) *kaušlar* ‚Keuschler, Bewohner einer Keusche‘, das ein dt. *\*käusche* voraussetzt (slaw. *y* führt meist über *û* > *äu* zu /ai/)<sup>69</sup>. Weiters zeigt die dt. ma. Nebenform *khaiksn* (St) bzw. *Kaixen* (Salzburg, Oberösterreich) bei der Entwicklung von slaw. *š* die gleiche Entwicklung wie bei *Krax* (aus slaw. *krošnja*, 4.12, was sich auch in einigen Ortsnamen findet (z. B. *Tri xen*, slow. *Trušnja*) und gewisse Rückschlüsse auf die frühmdh. Aussprache des *sch* ziehen lässt<sup>70</sup>.

**4.3 *člŋn*** ‚Art Kahn‘ (gemeinslaw.) → dt. ***Zille, Zülle***: die Kahnfahrt spielte bei den Slawen des Mittelalters eine große Rolle<sup>71</sup>; die deutsche Entsprechung kommt nur im östlichen Ober- und Mitteldeutschen vor<sup>72</sup>.

**4.4 *duplo*** ‚Höhle‘, in dieser Form ein eher nach Süden weisendes Appellativ (kommt so im Čech. und Slowak. nicht vor<sup>73</sup>, ist aber im Slow. u. Skr.

häufig): *Tauplitz*<sup>74</sup> (St, SN/FN, Gem., GB Irdning, 1321 *Tauplicz*, 1425 *Dewplitz* [mit Umlaut] < \**duplica*), *Teiplberg*, -bach (St, GN/SN/BN, Gem. Lannach, GB Stainz, 14. Jhd. *Deupel* [mit erhaltenem Umlaut] < \**dupl̥je* o. ä.).

**4.5 d̥br̥** ‚Schlucht, Klamm‘ (gemeinslaw.; in die Osttiroler Mundart als **Daber/Daba** entlehnt, in Ortsnamen in ganz Ost- u. Südostösterreich verbreitet): (Osttirol) *Daberalm*, -spitz (FN/BN), *Daberalm*, -kees, -kögele (FN/BN), *Daberkees*, -lenke (FN/GN), *Dabernigalm* (FN < HN *Dabernig* < \**d̥br̥nik̥* ‚der an der Schlucht, Klamm wohnt‘), *Dabernitzkees*, -kogel (GN/BN < \**d̥br̥nica*)<sup>75</sup>; (K) *Dobratsch/Dobrač* (Gailtaler Alpen, auch *Villacher Alpe/Beljaščica*, 1447 *Dobritz* < \**dobrač̥*)<sup>76</sup>, *Döbernitzen* (SN, Gem. Kirchbach, Gailtal, 1374 *Debernitz* < \**d̥br̥nica*), *Döbriach* (SN, so seit 1369, Gem. Radenthein, 1117 *Tibria* < \**d̥br̥jach̥*, Lpl. des Einwohnernamens); (St) *Doberein* (Gem. Mürzsteg, 1243 *Tobryn* < \**d̥br̥ina* o. ä.), *Tobergraben* (Hochlantschgebiet, FN zum FN/SN *Tober*, Gem. Passail, 1240 *Dobre*, 1332 *Tober*)<sup>77</sup>.

**4.6 gaz̥** (m.) und **gaz̥** (f.) (slow. *gaz* [m. u. f.]<sup>78</sup>) ‚Über-, Durchgang; ausgetretener Weg durch den Schnee‘, **pr̥gaz̥** ‚Übergang‘ (ein nur im Südslaw. vorkommendes Wort, möglicherweise aus dem thrakischen Substrat<sup>79</sup>) in *Pyrgas* (BN, Gem. Spital am Pyhrn, 1650 *Pürgas*, 1669/1762 *Pir-/Pyrgas*, vgl. den am Fuß des Berges liegenden FN *Pyhrgasgatterl*, Übergang vom Ennstal nach Norden, westlich an den *Haller Mauern* vorbei, nach Spital am Pyhrn bzw. Windischgarsten, daher Deutung ‚Übergang‘ sehr wahrscheinlich<sup>80</sup>, eingedeutscht wohl noch vor der Liquidametathese, daher < \**per-gaz̥*). In Kärnten gesellt sich der Siedlungsname *Wigasnitz*, slow. *Vijasce* oder *Vigasce*, ma. *Vigazice* (Gem. Eisenkappel-Vellach) hinzu, wohl ein ‚Ort, der große Teile des Jahres nur über Schneepfade erreicht werden kann‘<sup>81</sup>.

**4.7 glaz̥** ‚Stein, Fels, Rollstein‘ (kommt sonst nur im West- u. Ostslaw. sowie im Bulgarischen vor, daher ein mit dem Westslaw. gemeinsames Charakteristikum des Alpenslaw., wie u. a. der Erhalt der *dl*-Gruppe im Gailtaler Dialekt) in *Graslitzen* (BN, Gailtaler Alpen, 1524 *Glasitzen*, 1713–17 *Clasitzen*, *Gläsitzen*) < \**glazica*<sup>82</sup>, weiters *Glosbach* (NÖ, Gem. Kilb)<sup>83</sup>.

**4.8 gorica** ‚kleiner Berg, Büchel, Bichl‘ (dieses gemeinslaw. Wort, Diminutiv zu *gora* ‚Berg‘, ist hinsichtlich seiner Bedeutung für den slow. und skr. Sprachraum typisch); im Westslaw. steht es für ‚Torf‘ oder ‚Wäldchen‘<sup>84</sup>; daher ist es kein Zufall, dass der nördlichste Ortsname mit *gorica* im Süden von NÖ liegt: *Görtschach* (GB Gloggnitz, 1297 *de Gothsa*, 1306 *Gortsach*, abgekommen, heute St. Christof, Gem. Prigglitz<sup>85</sup>), u. a. in Salzburg *Gerzkopf* (BN, Gem. St. Martin im Pongau) oder St. *Göriz* (heute Siedlungsname, Gem. Parschlug, Bruck a. d. Mur; 1307, 1353 *Gořitz*), desgleichen *Göriz* in Oberösterreich (SN, Gem. Nußbach, Bez. Kirchdorf, 1299 *Goertz*, und BN im Tal der Krummen Steyr 1531 *Görizstain*, 1787 -berg). In Kärnten v. a.

als Siedlungsname (Einwohnername im Lpl.) *Görtschach* (5x) bzw. *Goritschach* (10x), im Slow. *Goriče* (insg. 9x).

**4.9 gričb** ‚Hügel, Steile, Anhöhe‘ (alte, nur im Südslaw. begegnende Ableitung von *gora*<sup>86</sup>): *Gritsch* (BN, Gem. Assling, Osttirol), *Gritschbühel* (BN, Gem. Zederhaus, Salzburg), *Gritschenberg* (Gem. Niederöblarn, St, 1341 *Gritschenperg*), *Gritschenhöhe* (Gem. St. Kathrein am Hauenstein, St, ca. 1600 *Gritschenberg*, HN *Gritsch*).

**4.10 južina** ‚Mittagessen‘ (gemeinslaw.) → dt. **Jause** ‚kleiner Imbiss, Zwischenmahlzeit‘; zusammen mit *Jausenstation* ist dieses Wort zu einem Parade-Austriazismus geworden. Entlehnt aus slow. *južina* ‚Mittagessen‘, welche Bedeutung *Jause* heute noch im Kärntner Lesachtal hat; die *Jause* selbst wird im Kärntner Slowenischen (heute) *mala južina* ‚kleines Mittagessen‘ genannt, in Kärnten meist [máwžna] ausgesprochen. Das Unterbleiben des Umlautes im Deutschen wird durch die Nebenform slow. *južna* erklärt<sup>87</sup>, doch lokal kommt Umlaut vor, z. B. in der Gottschee/Kočevje (*Jaischn*<sup>88</sup>). Eine Entlehnung aus dem Čech. oder Slowak. kommt aus lautgeschichtlichen und sachlichen Gründen nicht in Frage<sup>89</sup>.

**4.11 koper** ‚Dill, Gurkenkraut, (auch) Kamille, Bärenwurz‘ (gemeinslaw.) → dt. **Koper** und **koprc** ‚Fenchel; Sophienrauke‘ → dt. **Göpritz** oder **Kopritz**: In Kärnten ist *Koper* ein gängiges Wort für den Dill<sup>90</sup>, *koprc* findet sich als *Göpritz* in Osttirol mit spezialisierter Bedeutung, z. B. ‚Madaun (*Ligusticum mutellina*)‘, dessen Blätter tatsächlich an die des Dills erinnern<sup>91</sup>, ähnlich ein Almfutterkraut in der Lautung [kəuprits] in Oberkärnten (Mölltal)<sup>92</sup>.

**4.12 \*krosno**<sup>93</sup> neben **\*krosńa** ‚Rückentrage (meist aus Holz, auch geflochten als Korb)‘ (gemeinslaw.) → dt. **Krax** (**Krächse**): früh entlehnt noch in der alten slaw. Lautung **\*krāšńa**<sup>94</sup>, dem Vorgänger von slow. *krošnja* (da das Wort im Čech. *krosna* lautet, muss es altslowenischer Herkunft sein<sup>95</sup>)<sup>96</sup>. Zur Wiedergabe des slaw. š mit *chs* s. 4.2; frühslaw. ā statt *o* findet sich auch in einigen anderen frühen Entlehnungen<sup>97</sup>, vgl. z. B. den urkundlichen Beleg *Astaruuiza* für heutiges Hoch-osterwitz.

**4.13 kyselica** ‚Säuerliches‘ (gemeinslaw.) → dt. **Gaislitz**: Die alte bäuerliche Speise *Gaislitz* findet sich bei Lexer<sup>98</sup> unter dem Eintrag *geislaz*, *-liz* (m.) bzw. *geislazn* (f.) ‚Speise aus Hafermehl‘ (Möll-, Drautal, Unterkärnten). Eine genaue Beschreibung dieser Speise bietet Hornung<sup>99</sup> für Kals (Osttirol), wo diese Speise *gāi(z)litß* lautet und ein saurer, fettloser Haferbrei ist, der in erstarrtem Zustand kalt gegessen wird. Auch hier haben wir ein altes slawisches Lehnwort vor uns, das schon in mittelhochdeutscher Zeit belegt ist: *gīs(e)litz(e)* (m., f.) ‚breiartige Speise‘<sup>100</sup> und auf slaw. **\*kyselica** beruht<sup>101</sup>. Im Stift St. Florian bei Linz wird diese Speise schon im 12. Jahrhundert als *giselitz* zitiert<sup>102</sup> und scheint weit verbreitet gewesen zu sein. Wie bei den

*Tälggen* gibt es auch bei dieser Speise einen Bezug zum Russischen. Dort wird zwar nicht die Form \**kyselica* verwendet, sondern *kisél'* (aus \**kyselb*), was nach dem Dahl'schen Wörterbuch ein Brei aus Hafer, Gerste und Weizenmehl ist, der warm gestellt und gesäuert wird. Urkundlich ist diese Speise bereits 997 belegt<sup>103</sup>.

Bemerkenswert erscheint die Tatsache, dass die Wörter (und Sachen) *Tälggen*, *Munggen* und *Gaislitz* zwar eindeutig slawischer Herkunft sind, aber bei unseren heutigen slawischen Nachbarn nicht mehr vorkommen, wohl aber bei den Russen. Daraus kann man schließen, dass bei den alten Slawen der Hafer eine sehr große Rolle gespielt hat, was bei den Russen (und Finnen) im Osten und bei den Alpenslawen im Westen noch lange erhalten geblieben ist, auch zu einer Zeit, als man in den Alpen schon längst deutsch sprach. Daher sind die Lautformen dieser Speisen auch aus slawistischer Sicht sehr altertümlich und sie werfen ein interessantes Licht auf die Kulturgeschichte des Essens.

**4.14 lanež** (slow.) ‚Bergrücken, Kamm, Grat (der schwer zu übersteigen ist)‘<sup>104</sup>. Die Herkunft des Wortes aus einer Ableitung von slow. *lani* ‚voriges Jahr‘ erscheint möglich, vgl. das Paar dt. *Ferner* ~ rom. *vedretta*, beide ‚Altschnee‘, von lat. *vetus* ‚alt‘<sup>105</sup>. Das dt. *Ferner* hängt mit *Firn* ‚vorjähriger Schnee‘, mhd. *virne*, *vern(et)* ‚im vorigen Jahr‘ zusammen, vgl. auch bair. *ferten* ‚ds.‘. Es könnte also eine südalpine rom.-dt.-slow. semantische Gleichung vorliegen, wie dies u. a. auch bei ‚Dachboden‘ (südbair. *Unterdach*, slow. *podstrešje*, furl. *sotèt* ~ rom. *subtūm tectum* ‚unter dem Dach‘) und ‚Frühling‘ (südbair. *Auswart*, slow. ma. *vigred*, furl. *inšude* ~ rom. [\**in-*] *exitus* ‚Ausgang‘) der Fall ist. Wenn diese hier vorgeschlagene Deutung richtig ist, wäre die Grundbedeutung von slow. *lanež* ‚mit Firn überzogener Bergrücken oder Kamm, Gletscher‘, die sich mit dem Rückgang der Vergletscherung zu ‚schwer zu überwindender Bergrücken usw.‘ gewandelt hat. Das Appellativ kommt auch zwei Mal in Slowenien in den *Kamniške in Savinjske Alpe/Steiner und Sanntaler Alpen* vor, wo man sich vorstellen kann, dass bei kälterem Klima der Firn lange liegen blieb. Zwei Namen in Kärnten: *Wainasch/Vajnež* (BN, Karawanken, wohl aus \**lanjež* > ma. *lajnəž* [wájnaž]<sup>106</sup>) und *Lanischeck, -kees* (BN/GN, Ankogelgruppe).

**4.15 moka** ‚Mehl‘ (gemeinslaw.) und \**tālkūnā* ‚Hafermehl‘ (west- u. ostslaw.?) → dt. **Munggen** und **Talggen**: Unter diesen beiden Bezeichnungen versteht man ein uraltes bäuerliches Vollkornnahrungsmittel<sup>107</sup> – mit *Hafer*. Lexer verzeichnet diese beiden Wörter als *talk*, *tagge* m. ‚Hafergrütze‘ (Drautal)<sup>108</sup> und *munkn*, *mungn* f. ‚eine Nationalspeise aus Hafer- und Gerstenmehl; (auch) kleines Stück Brot (Feldkirchen)‘<sup>109</sup>. Hornung<sup>110</sup> verzeichnet die *Munggn* als Mölltaler Frühstücksspeise, genauer werden von ihr aber beide Wörter, die im Grunde genommen dieselbe Speise bezeichnen, so<sup>111</sup> beschrieben: *Munkn*, Altkärntner Nationalspeise aus Hafer-, Gers-



ten- und Bohnenschrot, der gekocht, getrocknet und dann gemahlen aufbewahrt wird, um fallweise mit heißem Wasser angerührt zu werden'; *Tälggn* ‚Hafer-, Gersten- und Bohnenschrot, gekocht, getrocknet und dann gemahlen', auch für zerkleinerte und getrocknete Birnen verwendet. Man findet in Kärnten den Ausdruck *Talggen* v. a. im Nockgebiet, *Munggen* im Lesach- und Mölltal<sup>112</sup>.

Beide Wörter, *Munggen* wie *Talggen*, sind aus dem frühen Mittelalter überkommene Wörter. Das Wort *Munggen* ist ein frühslowenisches Lehnwort (aus slaw. \**mōka* ‚Mehl', slow. *moka*). Ein ebenso hohes Alter müssen die *Tälggen* haben, die auf einem urslaw. \**tālkŭnā* (woraus russ. *toloknó* ‚Art Hafergrütze', ins Finnische als *talkkuna* entlehnt, schon im finnischen Nationalepos *Kalevala* bezeugt<sup>113</sup>) beruhen, was ein frühslow. \**talkno* bzw. slow. \**tlakno* (vgl. poln. *tlokno* ‚Speise aus Hafermehl, heißem Wasser und Milch') ergeben hätte müssen<sup>114</sup>. Wahrscheinlich handelt es sich um ein slawisches Erbwort, zur Wurzel \**tālk-* ‚stoßen, (zer)stampfen' in russ. *toloč'/tolkat'*, zur Bedeutung vgl. auch im Keltischen u. a. kymr. („Welsh“) *talch* ‚granum contritum' (geschrotetes/gemahlenes Korn') bzw. ‚Bruchstück, Mahlkorn', altkorn. *talch* ‚Kleie'<sup>115</sup>. Das Wort muss also sehr früh ins Deutsche gelangt sein (spätestens zur Zeit der so genannten slawischen „Liquidametathese“, die in den slawischen Einzelsprachen zur Umstellung von \**tālk-* zu *tlak-/tlok-/tolok-* geführt hat, also etwa im 9. Jhdt.). Die *Talggen* sind in Österreich weit verbreitet, außer in Kärnten und Osttirol auch im Salzburger Lungau und Teilen der Steiermark (s. a. 4.13). – Davon zu trennen sind allerdings die Wiener (auch nieder- und oberösterreichischen) *Dalken* aus Germteig („Böhmische Dalken“)<sup>116</sup>.

**4.16 oblica** ‚Rübe' (slow.) → dt. **Oblitzen**: Ein weiteres slowenisches Reliktwort in Oberkärnten und Osttirol (Deferegggen-, Iseltal) ist *Oblitzen* ‚weiße Rübe' (aus slow. ma. *oblica* ‚gesottene oder gebratene Rübe')<sup>117</sup>.

**4.17 pograd** ‚Gerüst an der Wand, das als Gestell dient; Pritsche' (slow.) → dt. **Pograte** (f.)<sup>118</sup>: ins Deutsche entlehnt meist mit der Bedeutung ‚Gemeinschaftslager in Holz knecht- und Almhütten; einfache Schlafstelle; erhöhte Abstellfläche, Zwischenboden'; verbreitet v. a. im Südosten Österreichs. Wie alt die Entlehnung ist, lässt sich nicht feststellen, aber da das Wort auch in der seit dem 13. Jahrhundert bestehenden, von Osttirol aus besiedelten Sprachinsel Pladen/Sappada vorkommt<sup>119</sup>, muss dies relativ früh erfolgt sein<sup>120</sup>.

**4.18 prědelŭ** ‚Wasserscheide'<sup>121</sup>, Pass' (zu gemeinslaw. **děľŭ** ‚Berg(rücken), Gebirgszug'<sup>122</sup>), kommt auch in Siedlungsnamen vor, z. B. *Predl*, K, und *Predlitz*, St, bekannter BN außerhalb Österreichs *Predil* (SLO/I); *Brettl* (N, 1220–40 *Predel*<sup>123</sup>), *Pretal* (St), *Pretalsattel*, -*berg* (St, *Predal*<sup>124</sup>). Das Wort *prědelŭ* konnte oft auch ‚Grenze' bedeuten und markierte fünf oder sechs Mal die Grenzen des alten Karantanien (*Brettl[bach]*, *Predil*, *Prietal* usw.)<sup>125</sup>.

**4.19** \***p(r)ętro** (n.) bzw. \***p(r)ętra** (f.) ‚Art Gestell aus Brettern‘ (gemeinslaw.) → dt. **P(r)änter, Gepäter** usw.<sup>126</sup>, im Slow. *petre* (f. pl.) ‚Brettergerüst zur Aufbewahrung von Stroh oder Heu in Stallungen, Scheunen u. dgl.‘, *petro* ‚Heuboden‘<sup>127</sup>, in Kärnten ma. *peter* (m.) ‚Oberboden der Scheune‘<sup>128</sup>, *paṭar/paṭra*<sup>129</sup> (auch in anderen slaw. Sprachen belegbar, z. B. čech., slowak. *patro*, osorb. *prātr*)<sup>130</sup>. Dieses (v. a. im Südbairischen – ohne Nord- und Südtirol – verbreitete) Wort ist zu der Zeit ins Deutsche entlehnt worden, als der Nasalvokal noch nicht vollständig geschwunden war, denn wir finden Formen mit und ohne -n-, die Bedeutung stimmt mit der heutigen slowenischen überein. Die häufigsten Varianten sind *Pater*, *Gepater*, auch *Gepranter* (meist mit [a], selten [ä]).

**4.20** \***sqtǐ** ‚Gebirgsweg‘ im Gebirgsnamen **Sattnitz**, slowenisch *Sotnica* oder *Gure*, der Name dieses Höhenzuges ist slowenischer Herkunft; die geläufige heutige slowenische Bezeichnung lautet *Gure* (mundartlicher Plural zu *gora* ‚Berg, [auch] Wald‘) neben *Sotnica*. Die Deutung dieses Namens ist etwa ‚Gegend am Gebirgsweg‘, vgl. auch altes slowenisches *Sotišče* ‚mittlere Sattnitzhöhe‘. Der Name ist erst relativ spät eingedeutscht worden, da slowenisches s- bekanntlich vor 1300 zu deutsch z- wurde. Der Name *Sattnitz* dürfte von dem alten Weg von St. Ruprecht bei Klagenfurt über Maria Rain nach Kirschentheuer ausgegangen sein.

**4.21** **stodorǐ** ‚Felsgrund, (dürftiger und seichter) Ackerboden auf felsigem Grund; steil aufragender, felsiger Berg‘ (bes. verbreitet im Alpenraum, aber auch im Westslaw.<sup>131</sup>): *Stoder(tal)* (SN, Gem., Oberösterreich, 1467 *im Stoder*, heute: *Vorder-/Hinterstoder*), hier liegt die erste Bedeutung zugrunde<sup>132</sup>; *Stador* (BN, Gailtaler Alpen), *Gstoder* [štó<sup>u</sup>də] (BN, Salzburg/Steiermark), *Stoderzinken* (BN, Gem. Gröbming, St), *Stadurz* (BN, Gem. Wildalpen, St, 1454–64 *Staducz* < \**stodorǐcb*).

**4.22** \***strākǐ** (m.) bzw. \***strāka** (f.) ‚Schote‘ → dt. **Strankerl** (genauer **Stränggelein**) [štránkəle, Plural -lan] grüne Bohne, Fisolet (*Phasolus vulgaris*); typisch für Kärnten, hier allgemein üblich, auch in der geschriebenen Sprache, < frühslaw. \**strākǐ* (bzw. \**strāka*) ‚(Bohnen-)Schote‘, modern slow. *strok* ‚Hülse, Schote‘. Sehr früh entlehnt, jedenfalls früher als *Munggen* (s. 4.15), das noch den Lautwandel urslaw./frühslaw. ǰ zu altslow. ǫ mitgemacht hat. Die heute allein übliche Diminutivform setzt ein deutsches mundartliches Grundwort \**štrānka* ‚Bohnenschote‘ voraus<sup>133</sup>, dem Synonym von *Strankerl*, etwa [póanšād̩l], liegt jedoch *Bohn(en)scheidel* (und nicht -schote) zugrunde.

**4.23** \***tālkūnǎ** s. *mōka* (4.15)

**4.24** \***topenica** ‚Erwärmtes, Erhitztes‘ (gemeinslaw.) → dt. **Topanitz**: ein altes slaw. Reliktwort, u. a. in Kals (Osttirol), eine Speise, die Hornung<sup>134</sup> als wenig schmackhafte, trockene Bähschnitten (Art Toast) beschreibt und was auf ein slaw. \**topenica* (zu *topel* ‚warm‘, *topiti* ‚erwärmen, zum Schmelzen



bringen [von Metall]; [gemeinslaw. auch] heizen', im Slowak. *topenica*) zurückgehen dürfte<sup>135</sup>.

## 5. Die „Klagenfurter Handschrift“<sup>136</sup>

Jede Darstellung des slowenischen sprachlichen Erbes in Kärnten ohne Erwähnung der so genannten „Klagenfurter (oder Ratschacher) Handschrift“ wäre unvollständig. Diese besteht aus einem beidseitig beschriebenen Blatt (Pergament) und zeigt auf der Vorderseite drei Textabsätze, die jeweils durch rot und blau gemalte Initialen eingeleitet werden, was in der Transliteration weiter unten nachgeahmt wird. In recht altertümlicher slowenischer Sprache mit deutscher Orthographie ist ein siebenzeiliges „Vaterunser“ (Text I), dann das damals noch dreizeilige „Ave-Maria“ (Text II) sowie abschließend ein zwölfzeiliges „Glaubensbekenntnis“ (Text III) niedergeschrieben worden. Das 1880 in den Beständen des Geschichtsvereines für Kärnten entdeckte Blatt wurde früh durch Edition und Faksimile einem breiteren Interessentenkreis vorgestellt. Neben den in München verwahrten „Freisinger Denkmälern“ aus dem 10. Jahrhundert und der Sitticher Handschrift mit Beicht- und Eidesformeln gilt dieses Blatt als eine der ältesten erhaltenen schriftlichen Quellen der slowenischen Sprache. Es wird entweder nach seinem örtlichen Bezug *Ratschacher* oder nach seinem Aufbewahrungsort *Klagenfurter Handschrift* genannt. *Ratschach* (slowenisch *Rateče*) liegt am Oberlauf der Save südlich des Wurzenpasses und gehörte bis 1390 zum Sprengel der Pfarre Maria Gail bei Villach. Dort entstanden seit dem frühen 14. Jahrhundert die Kirchen von Kronau (Kranjska gora) und Lengenfeld (Dovje). Es dürfte ein Maria Gailer Geistlicher gewesen sein, der im Bestreben, die örtlich abweichenden Gebetsformeln auf einander abzustimmen, von seinem Kronauer Kollegen die damals dort gebräuchliche Form des Vaterunsers, des Ave-Maria und des Glaubensbekenntnisses abschrieb, wobei auch einige wenige Gailtaler mundartliche Merkmale eingeflossen sind (in der Hauptsache ist es aber der Oberkrainer Dialekt, der der Handschrift zu Grunde liegt). Ein anderer Schreiber muss diese Gebete dann kalligraphisch in gotischer Minuskel in ein Messbuch übertragen haben. Als Ratschach im Jahre 1390 zur Pfarre Kronau kam, dürfte der Kodex wieder nach Maria Gail gebracht worden sein, während das Blatt mit den drei Gebeten herausgerissen wurde und in Ratschach verblieb (auf seiner Rückseite finden wir Notizen der dortigen Marienbruderschaft von 1467 bis 1471)<sup>137</sup>.

Das hohe Alter dieser Texte unterstreichen einige Archaismen. Wenn auch die Handschrift aus dem späten 14. Jahrhundert stammt, weist der Text des *Vaterunsers* in der hier vorliegenden Form auf die Sprache aus der Zeit gegen Ende des 8. Jahrhunderts, insbesondere durch den Archaismus

*bogastvu* ‚Reich‘ – wohl eine Lehnübersetzung<sup>138</sup> von dt. *Reich*, während der jüngere Begriff *kraljestvo* erst mit der Verbreitung des Namens Karls des Großen (woraus slaw. *kral’b* ‚König‘) aufkommt. Einerseits kann zwar aus historischen Gründen der Begriff *kraljestvo* nicht vor Karl dem Großen verwendet worden sein, womit aber andererseits noch nicht bewiesen ist, dass das gleichbedeutende Wort *bogastvo* nicht auch in jüngeren Texten vorkommt – in der stark konservierenden Textsorte Gebet. Auffallend ist auch die dem Althochdeutschen nachempfundene Wendung (*ne vupeljaj*) *v ednero izkusbo* ‚(nicht uns verführe) in (irgend)eine Versuchung‘: slow. *ednero* gibt ein ahd. *dehein* ‚(irgend)ein‘ wieder<sup>139</sup>. Auch das *Glaubensbekenntnis* enthält sehr altertümliche Formen wie die Aoriste<sup>140</sup> *ide* ‚ging‘ und *vsta* ‚stand auf‘, ferner die 1. Person *verujo* (< altslaw. *věrujo* ‚ich glaube‘, vgl. auch Freising *vueruiu* oder *choku* gegenüber heute *verujem* bzw. *hočem*), weiters Germanismen (wie *martran* ‚gelitten‘ oder *leben* ‚Leben‘). Bemerkenswert ist die Umschreibung des Futurums mit *ima* ‚er hat‘ (wie auch im Alt-kirchenslawischen neben anderen Bildungsweisen)<sup>141</sup>. Das *Ave-Maria* ist deutlich jünger, es stammt in dieser Form aus dem 12. Jahrhundert, es enthält ebenfalls mehrere Germanismen wie *žegnan* ‚gesegnet‘ und *gnada* ‚Gnade‘. Sprachliche, stilistische und inhaltliche Ähnlichkeiten der Klagenfurter oder Ratschacher Handschrift mit der etwa ein Jahrhundert jüngeren Handschrift von Castelmonte (Stara Gora) legen nahe, dass eine gemeinsame Vorlage benutzt wurde<sup>142</sup>.

## Die drei Gebete aus der Klagenfurter (Ratschacher) Handschrift

### I. Vater unser

*In Transliteration*<sup>143</sup>

**O** ticha nafs kyr fy wnebeflich poŵetſchenu body  
twoye yime pridi bogaftwu twoye body wola  
twoya kakor wnebeflich yno nafenly. Kruch nafs  
wŵedanny day nam dannafs yno odpuſti nam  
dalge naffe kakor yno my odpuſſchamo naffen dalnykom<sup>144</sup>  
yno nafs ne wuppellay wednero yſſkuſbo le nafs reſſy<sup>145</sup>  
odſlega. Amen.

*Übertragung in heutige Orthographie (mit interlinearer wörtlicher Übersetzung)*

Oča naš kir si v nebesih posvečenu bodi

Vater unser der (du) bist in (den) Himmeln, geheiligt sei

tvoje (j)ime pridi bogastvu tvoje bodi volja  
*dein Name, (es) komme Reich deines, (es) sei Wille*  
 tvoja kakor v nebesih ino na zemlji. Kruh naš  
*deiner wie in (den) Himmeln und auf Erden. Brot unser*  
 vsedanji<sup>146</sup> daj nam danas ino odpusti nam  
*tägliches gib uns heute und vergib uns*  
 dalge naše kakor ino mi odpušamo našen dalžnikom<sup>147</sup>  
*Schulden unsere und wir vergeben unseren Schuldigern*  
 ino nas ne vupeljaj v ednero izkusbo<sup>148</sup> le nas reši  
*und uns nicht verführe in (irgend)eine Versuchung, nur uns erlöse*  
 od zlega. Amen.  
 vom Bösen. Amen.

### *Heutiges Slowenisch*

Oče naš, ki si v nebesih, posvečeno bodi tvoje ime, pridi k nam tvoje kraljestvo, zgodi se tvoja volja kakor v nebesih tako na zemlji. Daj nam danes naš vsakdanji kruh in odpusti nam naše dolgé, kakor tudi mi odpuščamo svojim dolžnikom, in ne vpelji nas v skušnjavo, temveč reši nas hudega. Amen.

## **II. Ave Maria**

*In Transliteration*<sup>149</sup>

Czeſtŕchena ſy maria gnade pallna goſpod ſtabo  
 fegnana ſy mey fenamy yno fegnan ye ſad twoy  
 ga teleſſa ihs xps<sup>150</sup> Amen.

*Übertragung in heutige Orthographie (mit interlinearer wörtlicher Übersetzung)*

Češčena si Marija gnade palna, gospod s tabo  
*Geehrt bist (du) Maria, (der) Gnade voll, (der) mit dir,*  
 žegnana si mej ženami ino žegnan je sad tvoj-  
*gesegnet bist (du) unter (den) Frauen und gesegnet ist (die) Frucht dei-*  
 ga telesa [Jezus Kristus]. Amen.  
*nes Leibes Jesus Christus. Amen.*

### *Heutiges Slowenisch*

Zdrava, Marija, milosti polna, Gospod je s teboj, blagoslovljena si med ženami in blagoslovljen je sad tvojega telesa, Jezus. Amen.

### III. Apostolisches Glaubensbekenntnis

*In Transliteration*<sup>151</sup>

**J**aft veruyo wu boga othfcho wfemogotfchiga ftwar nika nebefs yno femlee. yno wu ihelusfa criftusfa nega lynu edyniga naffiga gofpodi kyr ye poczett od fwetiga ducha. royen ys divittcze marie Martran pod poncio pylatusfem na kriz raffpet martaw<sup>152</sup> yno wu grab poloſen dolu yide kchpaklu na trettyi dan gori wstaa od martwech. Gory yiede wnebeſſa ſeydi kchdeff niittczy boga otfche wfemogotfchega od tody kch iyma priti fodyti fywe ynomortwe Jajt ueruyo wufwetiga ducha. Swetiga karſchanſtwu obtfchyno fwettkow odpufſchenye grechow wftanye ziwota yno uethfchny leben Amen.

*Übertragung in heutige Orthographie (mit interlinearer wörtlicher Übersetzung)*

Jast verujo vu boga očo vsemogočiga stvar-  
*Ich glaube an Gott Vater (den) allmächtigen Schöp-*  
nika nebes ino zemlje. ino vu Jezusa Kristusa  
*fer (der) Himmeln und (der) Erde. Und an Jesus Christus*  
nega sinu ediniga našiga gospodi kir je počet  
*dessen Sohn einzigen unseres Herrn der ist empfangen*  
od svetiga duha. rojen iz divice Marije Martran pod  
*vom Heiligen Geist. Geboren aus (der) Jungfrau Maria. Gepeinigt unter*  
Poncio Pilatussem<sup>153</sup> na križ razpet martav ino vu  
*Pontius Pilatus, an(s) Kreuz gestreckt, tot (= gestorben) und in(s)*  
grab položen dolu (j)ide h paklu na tretji dan gori  
*Grab gelegt, hinab (er) ging in (die) Hölle, am dritten Tag aufer-*  
vsta od martveh. Gori jiede v nebesa sejdi h des-  
*stand (er) von (den) Toten. Aufgefahren (ist er) in (die) Himmel, (er) sitzt zu(r) rech-*  
nici boga oče vsemogočega od todi h<sup>154</sup> (j)ima  
*ten Gott-Vaters (des) allmächtigen, von dannen (er) hat (= wird)*<sup>155</sup>  
priti soditi žive ino mortve. Jast verujo vu svetiga  
*kommen (zu) richten die Lebenden und die Toten. Ich glaube an (den) heiligen*  
duha Svetiga<sup>156</sup> karšanstvu občino svetkov  
*Geist. (Das) heilige Christentum, (die) Gemeinschaft (der) Heiligen,*  
odpuščenje grehov vstanje života ino večni  
*(die) Vergebung (der) Sünden, (die) Auferstehung des Leibes und (das) ewige*  
Leben. Amen.  
*Leben. Amen.*

## Heutiges Slowenisch

Verujem v Boga Očeta vsemogočnega, stvarnika nebes in zemlje. In v Jezusa Kristusa, Sina njegovega edinega, Gospoda našega; ki je bil spočet od Svetega Duha, rojen iz Marije Device; trpel pod Poncijem Pilatom, križan bil, umrl in bil v grob položen; šel pred pekel, tretji dan od mrtvih vstal; šel v nebesa; sedi na desnici Boga Očeta vsemogočnega; od ondod bo prišel sodit žive in mrtve. Verujem v Svetega Duha; sveto katoliško Cerkev, občestvo svetnikov; odpuščanje grehov; naše vstajenje in večno življenje. Amen.

## 6. Zusammenfassung

Sprachgeographisch steht das Slawische des ehemaligen karantanischen Fürstentums zwischen dem Vorläufer des (heutigen) Slowenischen im Süden und dem des (heutigen) Čechischen im Norden, stellt also dialektologisch ein Übergangsgebiet zwischen dem slawischen Nordwesten und Südwesten dar, worauf u. a. die weit in den Süden reichende *dl*-Isoglosse (2.4) hindeutet sowie einige Lexeme, die teils für den Norden (z. B. *glazí*, 4.7), teils aber auch für den Süden (z. B. *gričb*, 4.9) charakteristisch sind. Zu ähnlichen Schlüssen kommt auch Holzer<sup>157</sup> bezüglich der *Slavia submersa* im Erlauftal (NÖ), die sich v. a. in einem Punkt jedoch deutlich von unserem Untersuchungsgebiet abhebt: während im Erlauftal die Entwicklung von urslaw. *\*tj* > *c* führt, ist im „Karantanischen“ das Ergebnis zunächst *t'* bzw. *k'*, im Deutschen in der Regel durch /k/ wiedergegeben, z. B. *Lonitz* (NÖ, < *\*Lochynici*)<sup>158</sup> gegenüber Maßweg (St, < *\*Měšovik'e*, 2.2 u. 3.3), später dann slow. *č* (z. B. *Radweg/Radoviče*, K).

Es erscheint also berechtigt, von einem karantanischen Slawisch zu sprechen, das sich im Laufe des Frühmittelalters als Übergang zwischen dem späteren Čechischen im Norden und Slowenischen im Süden herausgebildet hat. Viele altertümliche Formen kommen jenem Sprachzustand nahe, den man „urslawisch“ nennt (z. B. kurzes *ä* statt *o*, 4.12, oder Unterbleiben der Liquidametathese, 4.22), doch im Laufe der Zeit nimmt das Sprachmaterial (im Süden zunehmend) immer mehr die Züge an, wie sie für die heutigen Dialekte Kärntens typisch sind. In (relativ) früh eingedeutschten Gebieten haben sich vielfach alte (urslawische) Formen erhalten (z. B. das Fehlen der *j*-Prothese, 2.5). Dieses „Karantanisch“ entspricht im Großen und Ganzen gesehen zwar dem traditionellen „Alpenslawischen“ (nach Ramovš), grenzt es aber dennoch auf das alte Karantanien ein. Literarisch ist dieses *Karantanisch* in den altslowenischen „Freisinger Denkmälern/Brižinski spomeniki“ überliefert, zu deren Sprache die alten slowenischen Lehnwörter im Deutschen und das Namengut slawischer Herkunft eine auffallende Affinität haben. Daher ist das „Karantanische“ wie auch das

Erlaftaler Slawische und Plattenseeslawische<sup>159</sup> einer der gemeinslawischen Dialekte des Mittelalters, dessen Südrand später in die slowenische Glotto- und Ethnogenese einbezogen worden ist, wobei sich einige Eigenheiten bis heute bewahrt haben.

## Literatur

ANB: Altdeutsches Namenbuch. Die Überlieferung der Ortsnamen in Österreich und Südtirol von den Anfängen bis 1200. Wien 1989 ff.

Badjura, R.: Ljudska geografija. Ljubljana 1953.

Bergermayer, A.: Glossar der eingedeutschten Namen slavischer Herkunft in Niederösterreich. Wien 2005.

Bergmann, H.: Slawisches im Namengut der Osttiroler Gemeinden Ainet und Schlaiten. Anmerkungen zur *Slavia Submersa* im vorderen Iseltal. Dissertation Klagenfurt 2003.

Bergmann, H.: Mundart und Name in Osttirol. In: Tirol an Isel und Drau. Eine Annäherung. Schlanders 2005.

Bezljaj, F.: Etimološki slovar slovenskega jezika I–III. Ljubljana 1976, 1982, 1995.

Brandenstein, W.: Kleine namenkundliche Arbeiten. Graz 1978.

Breu, J.: Geographisches Namenbuch Österreichs. Wien 1975.

Deuer, W.: Die „Klagenfurter“ oder „Ratschacher Handschrift“. In: Kärnten-Archiv (Musik – Literatur – Volkskunde), Wien o. J. [um 2000].

ESSJa = Ètimologičeskij slovar' slavjanskich jazykov. Moskva 1974 ff.

Finsterwalder, K.: Um Tauplitz und Mölbing. In: Jahrbuch des Österreichischen Alpenvereins 1971, 19–28.

Geburtsschein der slowenischen Kultur. Ausstellung slowenischer mittelalterlicher Schrift- und Denkmäler anlässlich des Beitritts der Republik Slowenien zur Europäischen Union. Ausstellungskatalog, Ljubljana 2004.

Holzer, G.: Die Herkunft des *(t)z in Kollmitz etc. (\*kalamantiā), Kobenz (\*kumbantiā) und Lafnitz (\*albantiā)*, in: *Österreichische Namenforschung* 25 (1997 = Festschrift Odwarka), 81–103.

Holzer, G.: Die Slaven im Erlaftal. Eine Namenlandschaft in Niederösterreich. Wien 2001.

Holzer, G.: Zur Sprache des mittelalterlichen Slaventums in Österreich. Slavisch unter bairischem Einfluss. In: *Wiener Slavistisches Jahrbuch* 48 (2002), 53–73 (= 2002 a).

Holzer, G.: O leksiku slavenskoga supstrata u Austriji. II. Pregled o gradi. In: *Folia onomastica Croatica* 11 (2002), 95–102 (= 2002 b).

Holzer, G.: Landschaft und Siedlung im slavischen Frühmittelalter. In: *Namen, Sprachen und Kulturen* (Festschrift für H. D. Pohl). Wien 2002, 387–397 (= 2002 c).

Hornung, M., Mundartkunde Osttirols. Wien, ÖAW 1964.

Hornung, M., Mundartwörterverzeichnis. In: Dinklage, Karl (Hrsg. et alii), *Geschichte der Kärntner Landwirtschaft*. Klagenfurt 1966, S. 169–177.

Hornung, M., Die Mundart des oberen und mittleren Mölltales. In: Prasch, H., Um die Möll. Spittal/Drau o. J. [1968], S. 81–84 (Beschreibung) u. 179–182 (Wörterverzeichnis).

Hornung, M.: Beobachtungen über die kategorienbildende Funktion slawischer Suffixe bei deutschem Namenmaterial in Sprachberührungszonen. In: *Onomastica Slavogermanica* 13 (1981), 61–66.

Hornung, M., Dialektgeographische Raumgestaltung im oberen und mittleren Mölltal. In: *Zeitschrift für Dialektologie und Linguistik*, Beiheft 9 (1973) = Festschrift Kurath, 107–117.

Hornung, M., Wörterbuch der Wiener Mundart. Wien, ÖBV 1998 (2. Auflage 2002).

Karničar, L., Der Obir-Dialekt in Kärnten. Die Mundart von Ebriach/Obirsko. Wien 1990.

Kluge, F., Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache (23. Auflage, bearbeitet von Elmar Seebold). Berlin–New York, Walter de Gruyter 1999 (24. Auflage 2002).

Kos, M.: *Gradivo za historično topografijo Slovenije (za Kranjsko do leta 1500)*. Ljubljana 1975, 3 Bde.

Kranzmayer, E.: Kärntner Bauernkost und ihre Geschichte. In: *Carinthia I* 139 (1949), S. 446–462.

Kranzmayer, E.: Ortsnamenbuch von Kärnten I–II. Klagenfurt 1956–1958.

Kranzmayer, E.: Kleine namenkundliche Schriften. Wien 1997.

Kronsteiner, O.: Slawische Elemente in den Bergnamen der Steiermark. Wien 1964 (Diss.).

Kronsteiner, O.: Edlitz, Selzthal, Zell und Zeltschach. In: *Österreichische Namenforschung* 1975/1, 12–21 (= 1975 a).

Kronsteiner, O.: Die alpenlawischen Personennamen. Wien 1975 (= 1975 b).

Kronsteiner, O.: Gab es unter den Alpenlawen eine kroatische ethnische Gruppe? In: *Wiener slavistisches Jahrbuch* 24 (1978), 137–157 (nachgedruckt in: *Österreichische Namenforschung* 1978 Beilage).

Kronsteiner, O.: Die slawischen Ortsnamen in Oberösterreich. In: *Baiern und Slawen in Oberösterreich* (red. v. K. Holter), Linz 1980, 211–228.

Kronsteiner, O., Die slowenischen Namen Kärntens (mit einer Einleitung von H. D. Pohl). Wien 1982 (3., veränderte und erweiterte Auflage).

Lessiak, P.: Alpenlawische und Alpenlawen in ihren sprachlichen Beziehungen. In: *Germanisch-Romanische Monatsschrift* 2 (1910), 277–288, nachgedruckt in: *Die Wiener dialektologische Schule* (hg. v. P. Wiesinger), Wien 1983, 249–263.

Lexer, M., Kärntisches Wörterbuch. Leipzig 1862.

Lochner von Hüttenbach, F.: Bergnamen in der Steiermark. Graz 1985.

Lochner von Hüttenbach, F.: Zur Namenkunde des Hochlantschgebietes. In: *Österreichische Namenforschung* 25 (1997), 131–136.

Mader, B.: Die Alpenlawen in der Steiermark. Wien 1986.

Mikhailov, N.: Frühslowenische Sprachdenkmäler. Die handschriftliche Periode der slowenischen Sprache (XIV. Jh. bis 1550). Amsterdam–Atlanta 1998.

Müller, B.: Zur Typisierung des Einflusses slawischer Sprachen auf den Wortschatz der deutschen Sprache – dargestellt am Beispiel des Bairisch-Österreichischen. Dissertation Berlin 1971.

- Neweklowsky, G.: 224. Deutsch-Kroatisch. In: *Kontaktlinguistik. Ein internationales Handbuch zeitgenössischer Forschung*, 2. Halbband. Berlin-New York 1997, 1821–1827.
- Odwarka, K., Pohl, H. D.: Materialien zu einem Namenbuch von Kals (Osttirol), 5. Teil: Hofnamen. In: *Österreichische Namenforschung* 26 (1998), 1–2, 124–145.
- Ogris, A.: A. O., Siedlungsgeschichte und Namenkunde am Beispiel des Kärntner Rosentales. In: *Carinthia I* 166 (1976), 155–178.
- Ogris, A.: Die Klagenfurter (oder Ratschacher) Handschrift. In: *Geburtsschein ... (s. o.)* 2004, 20–23.
- Pleteršnik, M., *Slovensko-nemški slovar I–II*. Ljubljana 1894 (Nachdruck 1974).
- Pohl, H. D.: Wörterbuch der Bergnamen Österreichs I. Kurzgefaßtes Verzeichnis der österreichischen Bergnamen. Salzburg 1984 (= 1984 a).
- Pohl, H. D.: Kärntner Bergnamen II. In: *Österreichische Namenforschung* 12 (1984), 1, 25–45 (1984 b).
- Pohl, H. D.: Kärntner Bergnamen III. In: *Österreichische Namenforschung* 13 (1985), 39–73.
- Pohl, H. D.: Slovenske (in slovanske) izposojenke v nemškem jeziku Koroške. In: *Slavistična revija* 37 (1989), 253–262 (= 1989 a).
- Pohl, H. D.: Kleine Kärntner Mundartkunde (mit Wörterbuch). Klagenfurt, Verlag Heyn 1989 (= 1989 b).
- Pohl, H. D.: Slovenske (in slovanske) izposojenke v nemškem jeziku Koroške (nadaljevanje in zaključek). In: *Slavistična revija* 38 (1990), 101–104.
- Pohl, H. D.: Verzeichnis der Ortsnamen (Siedlungs-, Gewässer- und Bergnamen) des gemischtsprachigen Gebietes von Kärnten. In: *Österreichische Namenforschung* 20 (1992), 1–88.
- Pohl, H. D.: Zur Sprache der Freisinger Denkmäler. Beziehungen zwischen der Sprache der Freisinger Denkmäler und den Ortsnamen Oberkärntens und Osttirols alpenlawischer bzw. slowenischer Herkunft. In: *Zbornik Brižinski spomeniki*. Ljubljana 1996, 311–321 (= 1996 a).
- Pohl, H. D.: Die Osttiroler Ortsnamen slawischer Herkunft. In: *Österreichische Namenforschung* 24 (1996), 39–64 (= 1996 b).
- Pohl, H. D.: 222. Österreich. 223. Deutsch-Slowenisch. In: *Kontaktlinguistik. Ein internationales Handbuch zeitgenössischer Forschung*, 2. Halbband. Berlin-New York 1997, 1797–1812.
- Pohl, H. D.: Slawische (slowenische) Bergappellativa in der österreichischen Oronymik. In: *Studia celtica et indogermanica*, Festschrift für Wolfgang Meid (hg. v. P. Anreiter, E. Jerem), Budapest 1999, 331–342.
- Pohl, H. D.: Kärnten – deutsche und slowenische Namen. Koroška – slovenska in nemška imena. Kommentiertes zweisprachiges Verzeichnis der Siedlungs-, Berg- und Gewässernamen. In: *Österreichische Namenforschung* 28 (2000), Heft 2–3, 148 S. Lizenzausgabe in der Reihe *Studia Carinthiaca* Bd. XIX, Klagenfurt, Hermagoras 2000.
- Pohl, H. D.: Bergnamen aus dem Kärntner Anteil an den Karnischen Alpen. In: *Kärntner Landesgeschichte und Archivwissenschaft*, Festschrift für Alfred Ogris, Klagenfurt 2001, 51–63.
- Pohl, H. D.: Siedlungsgeschichte und Überlieferung von Ortsnamen slowenischer Herkunft in Osttirol und Kärnten (mit Ausblicken aufs übrige Österreich). In: *Ortsnamen und Siedlungsgeschichte (Akten des Symposiums in Wien vom 28. bis 30. September 2000)*, hg. v. P. Ernst, I. Hausner, E. Schuster, P. Wiesinger, Heidelberg 2002, 177–189 (= 2002 a).



Pohl, H. D.: Aus Kärntens sprachlicher Vielfalt. Beiträge zur Kärntner Mundart- und Namenkunde. *Fidibus, Zeitschrift für Literatur und Literaturwissenschaft* 29 (2001 [2002])/2 (= 2002 b).

Pohl, H. D.: Die Sprache der Kärntner Küche/*Jezik koroške kuhinje*. Ein Lexikon mit Ausblicken auf die österreichische und internationale Küche (für alle, die gerne kochen und wissen wollen, woher viele Küchenausdrücke kommen und was sie bedeuten). Klagenfurt, Hermagoras 2004.

Pohl, H. D.: Kärntner zweisprachige Ortsnamen als verbindendes Kulturgut. Filled with many-splendored words. In: *Papers on Culture, Language and Literature in Honour of Prof. Dr. Fritz Hans König* (edited by Alicja Witalisz, Dieter Jandl, Karl Odwarka, Heinz Dieter Pohl and Władysław Witalisz), Krosno (PL) 2005, 281–288.

Pohl, H. D.: Die *Slavia submersa* in Österreich: ein Überblick und Versuch einer Neubewertung. In: *Festschrift für J. Orešnik*, Ljubljana 2005/2006 (im Druck).

Popović, I.: Geschichte der serbokroatischen Sprache. Wiesbaden 1960.

Ramovš, F.: *Kratka zgodovina slovenskega jezika I*. Ljubljana 1936 (Nachdruck 1995).

Rhamm, K.: Talken und Geislitz (russisch *toloknó* und *kiséľj*), zwei alte slawische Hafergerichte. In: *Carinthia I* 99 (1909), S. 209–222.

Schmeller, J. A.: *Bayerisches Wörterbuch*. München 1996 (Nachdruck von 1872–77).

Seitz, E.: Ratetscher Handschrift. Rateški (Celovski) rokopis. 1998. Im Internet unter: <http://kodeks.uni-bamberg.de/AltSloven/Quellen/ASL.Ratetsch.htm>.

Šmilauer, V.: *Průručka slovanské toponomastiky – Handbuch der slawischen Toponomastik*, Praha 1970.

Snoj, M.: *Slovenski etimološki slovar*. Ljubljana, Mladinska knjiga 1997 (Druga, pregledana in dopolnjena izdaja 2003).

Steinhauser, W.: Zur Herkunft, Bildungsweise und siedlungsgeschichtlichen Bedeutung der niederösterreichischen Flur- und Ortsnamen, in: *Jahrbuch für Landeskunde* 1932, 1–48.

Steinhauser, W.: *Slawisches im Wienerischen*. Wien 1978.

WBMÖ: *Wörterbuch der bairischen Mundarten in Österreich*. Wien 1963 ff.

Zdovc, P.: *Die Mundart des südöstlichen Jauntales in Kärnten*. Wien 1972.

## Abkürzungen (in Auswahl)

(außer allgemein bekannten Abkürzungen und Sprachbezeichnungen, bei denen nur die Silbe ...*isch* fehlt)

A	Akkusativ
Bez.	Bezirk
BN	Bergname
D	Dativ
dt., Dt.	deutsch, Deutsch
f., Fem.	Femininum
FN	Flurname
Freising	s. Fußnote 18
G	Genitiv
GB	Gerichtsbezirk
Gem.	Gemeinde
GN	Gewässername
HN	Hof- bzw. Hausname
I	Instrumental
idg.	indogermanisch
K	Kärnten
L	Lokativ
Lpl.	Lokativ Plural
lat.	lateinisch
m., Mask.	Maskulinum
ma.	mundartlich
mhd.	mittelhochdeutsch
n.	Neutrum
NÖ	Niederösterreich
ON	Ortsname
ÖNf	Österreichische Namenforschung (Zeitschrift)
pl.	Plural
PN	Personenname
rom.	romanisch
sg.	Singular
skr., Skr.	serbisch und kroatisch (einschließlich bosnisch)
slow.	slowenisch
SN	Siedlungsname
St	Steiermark
urk.	urkundlich

## Anmerkungen:

- 1 Vgl. auch Pohl 2005.
- 2 Sie ist heute obsolet geworden.
- 3 Ogris 1976: 178.
- 4 Nach Kronsteiner 1975 b: 110 ff.
- 5 Kranzmayer 1956: Kap. V u. VI.; dazu vgl. auch Pohl 2000: 37 ff. mit Lit.
- 6 Dazu vgl. Holzer 2001.
- 7 V. a. Ramovš 1936: 23 ff.
- 8 V. a. Kronsteiner 1975 b: 140 ff.
- 9 Dazu vgl. zuletzt Pohl 2002 a: 177 ff. (mit Lit.) sowie 2002 b: 53 ff. (mit Lit.).
- 10 Worauf in letzter Zeit auch Holzer in zahlreichen Arbeiten hingewiesen hat (s. Holzer 2002 a–c).
- 11 Zum deutsch-slawischen Sprachkontakt in Österreich s. Pohl 1997 c u. Neweklowsky 1997.
- 12 Holzer 2002 a.
- 13 Dazu schon früher Pohl 2002 a: v. a. 179 bzw. 2002 b: 68 f.
- 14 Unter „*Slavia submersa*“ verstehe ich die untergegangene slawische Sprache des südöstlichen und östlichen Österreich im Mittelalter.
- 15 Zur Begrenzung s. Pohl 2002 a: 184 f. (mit Lit.) u. 2002 b: 73, vgl. auch Holzer 2001: 50 sowie hier 4.18 samt Anmerkungen.
- 16 Genauere Angaben zur wissenschaftlichen Literatur vgl. in Pohl 2002 a sowie in den in Druck befindlichen Artikeln *Ortsnamen als prägender Teil einer Kulturlandschaft (gezeigt an Kärnten und Osttirol)* (zur Publikation vorgesehener Vortrag am 12. Dezember 2003 in Bozen auf der Tagung „Geografische Namen als Kulturgut“ 11.–13. Dezember 2003, Bozen 2005/06) sowie *Zum Beitrag der Sprachwissenschaft (Onomastik) für die Geographie: Namen in Grenzregionen und sprachlich gemischten Gebieten (mit Beispielen aus Kärnten unter besonderer Berücksichtigung von Umbenennungen)* (erschieden in: Österreich in Geschichte und Literatur mit Geographie 49/2005: 201–216) und *Die Slavia submersa in Österreich: ein Überblick und Versuch einer Neubewertung* (erscheint in der Festschrift für Janez Orešnik, Ljubljana 2005).
- 17 Nur an Hand dieser hier diskutierten sechs Punkte lassen sich eindeutige Beziehungen zwischen der Sprache der „Freisinger Denkmäler“ und den österreichischen Ortsnamen herstellen.
- 18 Mit „Freising“ sollen hier die Texte der „Freisinger Denkmäler“ gemeint sein.
- 19 Die Entstehung der Nasalvokale erfolgte seit dem 7. Jhdt., vgl. auch Ramovš 1936: 26 ff. Im modernen Slowenischen stehen dafür *e* und *o*.
- 20 Kronsteiner 1975 b: 65.
- 21 Zumal in den slow. Jauntaler Mundarten bis heute die Nasalvokale z. T. erhalten sind (vgl. Zdovc 1972: 74 ff.).
- 22 Sichere Fälle von urslaw. *\*dj > j* kommen außerhalb des gemischtsprachigen Gebietes Kärntens nicht vor (auch in den alpenlaw. Personennamen nicht, vgl. Kronsteiner 1975 b: 137). Vgl. auch Ramovš 1936: 50 ff.

- 23 Zu diesem Namen vgl. Pohl 1996 b: 42 u. 60 mit Lit. und anderen Erklärungsvorschlägen. Vgl. überdies in Kärnten SN *Dobritsch* gleicher Herkunft (Gem. Friesach u. Guttaring. 930 mons *Doborich*).
- 24 Dies habe ich voreilig in Pohl 1996 a: 312 f. behauptet, Ramovš (1936: 53) folgend.
- 25 Die Vereinfachung der *tl/dl*-Gruppen > *l* erfolgte im 8./9. Jhdt., ausgenommen Westslawisch; der Erhalt dieser Gruppen ist jedoch auch für die slaw. Dialekte von den Alpen bis zu den Karpaten (und nördlich davon) charakteristisch (vgl. auch Ramovš 1936: 47 ff.).
- 26 Siehe Karte 7 bei Mader 1986 (allerdings ungenau) für die Steiermark bzw. Karte 3 bei Pohl 1996 a für Kärnten und Osttirol (mit dem Fehler, *Zeltschach* [Nr. 102 f.] nicht als ‚Sattel‘ verzeichnet zu haben).
- 27 Beide Wörter sind zwar verwandt, aber wortbildungsmäßig verschieden, das eine aus \**sedlo* ‚Wohnsitz‘, das andere aus \**sedŕlo* ‚Sitz, Sattel‘, beide zur Wurzel \**sed-* ‚sitzen‘ und beide verwandt mit dt. *Sattel*, lat. *sella* usw.
- 28 Ramovš 1936: 47 zieht nur (wie er es schreibt) *sedlo* ‚Sitz, Besitz‘ in Betracht; in einem ähnlichen Sinne auch Kronsteiner 1975 a. Kranzmayer (1958: 255 f.) wiederum will nur ‚Sattel‘ gelten lassen.
- 29 Vgl. Odwarka-Pohl 1998: 125.
- 30 Die *j*-Prothese bei *e-* setzt gemeinslawisch mit dem 6. Jhdt., die bei *a-* im 8./9. Jhdt. ein.
- 31 Vgl. auch die Karte 2 bei Mader 1986.
- 32 Dieses zweite *Fratres* (NÖ) kann auch ein (dort recht häufiger) genitivischer Siedlungsname sein (vgl. Bergmayer 2005: 40).
- 33 Später umgeformt (vgl. ANB I 273, Kranzmayer 1958: 55).
- 34 Ähnlich Kranzmayer 1956: 180. Er sieht darin nicht zuletzt einen gewissen Einfluss des Dt., die *-nik*-Namen seien nach dt. Muster gebildet worden, wobei das slow. Suffix dabei dem dt. *-er* entspricht. Bei den meisten dieser Namen auf *-nik* handelt es sich ihm zufolge um Lage- und Beschaffenheitsnamen, welche meist über ein dt. Pendant verfügen. – Zur Herkunft des Suffixes s. jetzt Bergmann 2002: 335.
- 35 Vgl. die Zusammenstellungen von dieses Suffix enthaltenden Osttiroler Namen bei Bergmann 2002: 335 f. und Pohl 1996: 55, für Kärnten bei Kranzmayer 1958: 164. – Im Slawischen des Erlaufales begegnen ebenfalls Namen auf slaw. *-nikŕ*, allerdings keine Haus- bzw. Hofnamen (vgl. das Material bei Holzer 1991, insbes. 123).
- 36 Hornung 1981: 66. Diese Austauschbarkeit wurde auch in Kleinkirchheim in Kärnten beobachtet (vgl. Bergmann, a. a. O.).
- 37 *Alber* bezeichnet in weiten Teilen des bair. Gebietes, darunter auch in Tirol und Kärnten, unterschiedliche Arten der Pappel (*populus*), vereinzelt auch der Ulme (*ulmus*) und Weide (*salix*). Vgl. WBMÖ I 132.
- 38 Als Etymon dieses Namens ist mhd. *watschar* anzusehen, welches ‚abgabenpflichtiges Gut‘ bzw. ‚Abgabe eines solchen‘ bedeutete (lt. Bergmann, a. a. O.).
- 39 So Bergmann, a. a. O.
- 40 Vgl. Bergmann, a. a. O.
- 41 Vgl. Kranzmayer 1956: 79.
- 42 Dazu zuletzt Bergmann 2005: 150 und 200. – Bei Holzer 1991 nichts Vergleichbares.
- 43 Vgl. Pohl 1998: 136.

- 44 Näheres und die Literatur vgl. bei Pohl 2002 b: 68.
- 45 Kronsteiner 1975 b: 49 u. 1978: 150.
- 46 Kronsteiner 1975 b: 51 u. 1978: 153.
- 47 Dazu zuletzt Kronsteiner 1978: insb. 150 ff. u. 153 (mit Karten).
- 48 Vgl. Bezljaj 1963: 88.
- 49 Kranzmayer 1956: 91.
- 50 Kranzmayer, a. a. O.
- 51 Näheres vgl. Kronsteiner 1978: 148 f. (mit Lit. u. Karten).
- 52 Vgl. Kranzmayer 1956: 88 f.
- 53 So Bezljaj 1963: 87. Er weist allerdings Kranzmayers (1956: 87 f.) Behauptung zurück, wonach alle *vbsb*-Namen auf bairisch-österreichischen Einfluss zurückzuführen seien. Doch deren überwiegende Mehrzahl liegt auf dem Boden des mittelalterlichen Römisch-Deutschen Reichs bzw. in dessen Vorfeld – so unrecht kann Kranzmayer also nicht haben.
- 54 Vgl. Pohl 2002 b: 70–72.
- 55 Vgl. Pohl 2000: 59 u. 110 f.
- 56 Auch Lehnübersetzungen wie *Füchsling* ‚Eierschwammerl, Pfifferling‘ (wie slow. *lisička* zu *lisica* ‚Fuchs‘, sonst sagt man in den bairisch-österreichischen Mundarten neben *Eierschwammerl* eher *Rehling* oder *Reherl*) – vgl. Pohl 2004: 67 u. 202.
- 57 Holzer 2002 (alle Begriffe werden näher erläutert; hier sind nicht alle angeführt).
- 58 FN *Losbnica* (vgl. Holzer 2001: 75 f.).
- 59 Analog dt. *Verehrung* nach lat. *honorarium* (Holzer 2002: 64).
- 60 Näheres s. Holzer 2001: 98 f.
- 61 Vgl. Holzer 2002: 68.
- 62 Zur Etymologie u. a. Bezljaj 1982: 69. Wohl türk.-awarischer Herkunft (so u. a. Kranzmayer 1956: 62 f.), verwandt mit russ. *kazak* ‚Kosak‘ sowie türk. *Kazach*.
- 63 Weitestgehende Vollständigkeit weisen für ganz Österreich die Arbeiten von Müller 1971 und für Kärnten und Osttirol Pohl 1989 a und 1990 sowie 1989 b: 77 ff. auf, weiters für Osttirol Bergmann 2002, für den Kärntner Küchenbereich Pohl 2004, für Bergappellativa Pohl 1999.
- 64 Auch das Slawische, wie es im Bereich des Erlaufales in Niederösterreich vorkommt, ist ein Übergangsdialekt zwischen dem Slowenischen und Čechischen (Holzer 2001: 119). Der südliche Teil dieses Gebietes dürfte jedenfalls zum karantanischen Fürstentum gehört haben, möglicherweise lag der *Brettlbach* (zu slaw. *prěděb*, s. 4.18) an dessen Nordgrenze.
- 65 Nach Breu 1975: 227 (von Otto Back besorgt, vgl. S. XI); neuerdings setzt sich immer mehr die Aussprache [pyrn, püan o. ä.] durch, v. a. vom ORF verbreitet und auch vom „Österreichischen Wörterbuch“ favorisiert (durch Erstnennung, 39. Auflage, S. 465).
- 66 Kronsteiner 1964: 70 f.
- 67 Pohl 1996: 40.
- 68 Im 8. Jhdt. nach Kranzmayer 1958: 24 sub *Palten* (mit weiteren Hinweisen), auch Kronsteiner 1975 b: 148 bringt einige Beispiele für slaw. Personennamen mit *p*.
- 69 Vgl. Ramovš 1936: 37.

- 70 Vgl. u. a. Lessiak 1910/1983: 260, zuletzt Holzer 2001: 54 Anm. 160 (mit weiteren Beispielen).
- 71 Holzer 2002: 389.
- 72 Kluge 2002: 1012 (anders Lessiak 1910/1983: 257 f.).
- 73 Nach Šmilauer 1970: 58.
- 74 Mader 1986: 98 bringt diesen Namen mit slaw. *topľ* ‚warm‘ in Zusammenhang. Doch dort sind keine warmen Quellen o. dgl., vielmehr Sandsteinhöhlen, die namengebend waren, wie dies Finsterwalder 1971: 22 gezeigt hat.
- 75 Alle Beispiele nach Pohl 1996 b: 41.
- 76 Pohl 1985: 63.
- 77 Lochner 1997: 132. – Fern bleibt *Dobra* (NÖ), vgl. Bergermayer 2005: 60.
- 78 Pleteršnik II 208.
- 79 Vgl. ESSJa 6: 111 f.
- 80 So Lochner 1985: 12, mit Vorbehalt Kronsteiner 1980: 225.
- 81 Kranzmayer 1958: 245.
- 82 Pohl 1985: 65, zuletzt Pohl 2002 b: 75.
- 83 Bergermayer 2005: 79 f.
- 84 ESSJa 7: 45.
- 85 Bergermayer 2005: 83.
- 86 Vgl. ESSJa 7: 128.
- 87 Pleteršnik I 375, Steinhauser 1978: 122.
- 88 Hornung 2002: 521.
- 89 Vgl. Steinhauser 1978: 120 f.
- 90 Vgl. u. a. Pohl 2000: 362.
- 91 Bergmann 2005: 105.
- 92 Hornung 1973: 112.
- 93 So ESSJa 13: 13.
- 94 Holzer (2001: 54 Anm. 160) setzt \**krašījā* an.
- 95 Steinhauser 1978: 126 u. Anm. 530 (mit Lit.), weiters vgl. Bezljaj 1982: 100, Snoj 1997: 278.
- 96 Vgl. auch Pohl 1989: 259 mit Lit.
- 97 Weitere Beispiele bei Ramovš 1936: 39.
- 98 Lexer 1862: 112.
- 99 Hornung 1964: 79.
- 100 Lexer 1983: 73. Auch bei Schmeller (I/2: 952) als *die Geislitz* ‚eine geringe Speise‘/ *der Geislitz* ‚Haferbrei‘ enthalten.
- 101 Im südbairischen Raum eher aus altem slow. *kiselica* (heute meist ‚Sauerampfer‘), in anderen Gegenden auch aus tschech. *kyselice* ‚Säuerliches‘ herleitbar (wofür sich Hornung 1964: 79 ausspricht).

- 102 Vgl. Rhamm 1909: 215.
- 103 Rhamm 1909: 220.
- 104 So Badjura 1953: 75, er nennt auch *lanževica* und bedauert, dass dieses Wort bei Pleteršnik fehlt.
- 105 Kranzmayer 1997: 473 f.
- 106 Vgl. bei Pleteršnik I 499 Formen wie *lanjski* ‚vorjährig‘, *lanjščak* ‚vorjähriges (Haus-)Tier‘ usw.
- 107 Vgl. Pohl 2004: 32 ff. mit Lit.
- 108 Lexer 1862: 51.
- 109 Lexer 1862: 193.
- 110 Hornung 1968: 181.
- 111 Hornung 1966: 174 u. 176.
- 112 Näheres zu diesen Speisen zuletzt Pohl 2004: 32 ff.
- 113 Rhamm 1909: 219.
- 114 Worauf schon Ramovš 1936: 25 hinweist.
- 115 Vgl. Pohl 2004: 34 mit Lit.
- 116 Die auf einem anderen slaw. Wort beruhen (tschech. *dolek* ‚Vertiefung‘), vgl. Kranzmayer 1949: 459, WBMÖ IV 505 f., zuletzt Hornung 2002: 221. – Beide Wörter vermengt bei Schmeller I/1: 505.
- 117 Vgl. Hornung 1964: 77 u. 159, Lexer 1862: 200.
- 118 WBMÖ III 559 (Varianten *Pogate*, *Grat*).
- 119 Vgl. Hornung 1992: 106 f.
- 120 Bevor die ersten slowenischen Holzarbeiter das Wort auch nach Salzburg (ins Salzkammergut) brachten (vgl. Bezljaj 1995: 74).
- 121 So Holzer 1991: 50.
- 122 Šmilauer 1970: 54, Badjura 1953: 105. – Nicht immer leicht zu trennen von: *dolč* ‚Tal‘, *dolina* ‚breites Tal‘ (Šmilauer 1970: 54, Badjura 1953: 204 f.), *prēdolč* ‚Pass, Bergübergang (wörtl. Zwischental)‘ (s. o. *[prē]dēlč*; kommt auch in Siedlungsnamen vor, z. B. *Dolina* u. *Dellach*, mehrmals K), z. B. *Dolinzaalpe* (K) ~ GN *Dolinzabach* < \**dolinica* (Pohl 2001: 52); *Pridou/Predol* (K, Pohl 1984 b: 36); *Pretul(alpe)* (St, 1289 *Predūl*; Kronsteiner 1964: 68); *Pretal-* (Mader 1986, 77).
- 123 Steinhauser 1932: 9.
- 124 Kronsteiner 1964: 67, Lochner 1985: 21.
- 125 Holzer 1997: 94 f., zuletzt 2001: 50, Bergermayer 2005: 194. – Im Bairischen entspricht dem slow. *prēdēlč* das Appellativ *Gschaid* (zu *scheiden*, vgl. u. a. Holzer 2001: 50 mit Lit.), einmal als Grenzpunkt Karantaniens bzw. seines Nachfolgers, des alten Herzogtums Kärnten, belegt: *Karintscheide* (später dann Landesgrenze zur Steiermark, s. ANB I 582). Einen weiteren Grenzpunkt markiert der *Pockaubach* (um 1000 in *Paca*, 1352 *aqua Poka*), der semantisch eine Wasserscheide bezeichnet (Holzer 2001: 86, ANB I 122).
- 126 Ansätze nach WBMÖ II 245 f.
- 127 Pleteršnik II 32 f.

- 128 Karničar 1990: 207.
- 129 Zdovc 1972: 71 u. 80.
- 130 Nähere Angaben Bezljaj 1995: 32.
- 131 Vgl. Bezljaj 1995: 338 s. v. *studor*.
- 132 Finsterwalder 1971: 26 mit Lit.
- 133 Vgl. Lessiak 1903: 153. – An Versuchen, das Wort german. zu deuten, hat es nicht gefehlt (u. a. bei Lexer 1862: 243 u. Schmeller II/1: 817, die es mit deutsch *Strang* in Zusammenhang brachten).
- 134 Hornung 1964: 79.
- 135 Müller 1971: 173.
- 136 Im Slowenischen *Rateški* ali *Celovški rokopis* genannt. Von Seitz 1998 wird slow. *Rateški rokopis* irrtümlich als *Ratetscher Handschrift* übersetzt. – Reproduktion (Faksimile) der Handschrift u. a. in Geburtsschein ... 2004: 72 f. u. bei Deuer o. J. – Nach Ogris 2004: 23 liegt bislang keine befriedigende und heutigen Grundsätzen entsprechende Edition vor, was sich eher auf die Rückseite des Blattes bezieht, denn der eigentliche Text (die drei Gebete) liegt mehrfach bearbeitet vor (zuletzt Mikhailov 1998: 93 ff.).
- 137 Angaben nach Deuer o. J. und Ogris 2004: 20 f.
- 138 In der Übersetzung angelehnt an slow. *bogat* ‚reich‘, vgl. ahd. *rihhi* = ‚reich‘ und ‚Reich‘.
- 139 Bezeugt in einer Variante des Vaterunsers im Stift St. Paul im Lavanttal: *in dehain chorung* (so Ogris 2004: 21), sonst heißt es in ahd. Texten meist *enti ni unsih firleiti in khorunka* o. ä. ‚und nicht uns verleite in Versuchung‘.
- 140 Der Aorist ist eine alte slaw. Präteritalform.
- 141 Dazu vgl. auch Mikhailov 1998: 103 u. 115 (er geht von ‚müssen‘ aus).
- 142 Alle Angaben nach Ogris 2004 und Seitz 1998. Zur Handschrift von Castelmonte s. im Internet unter: <http://kodeks.uni-bamberg.de/AltSloven/Quellen/ASL.Castelmonte.htm>.
- 143 „f“ steht für Fraktur „langes s“.
- 144 Zu erwarten wäre *dal[nykom]*, also der Buchstabe *ſ* fehlt (vgl. Anm. 147).
- 145 Hier erscheint ein gestrichenes *od* <~~od~~> oder *ob* <~~ob~~> (so Mikhailov 1998: 95).
- 146 Mikhailov 1998: 95 *vsedan[n]i*.
- 147 Mikhailov 1998: 95 u. 97 schreibt *dalnikom*.
- 148 Oder *izkušbo* (so Mikhailov 1998: 95 u. 97).
- 149 „f“ steht für Fraktur „langes s“.
- 150 Genauer: <ih's xp's> (mit übergesetztem Punkt rechts über dem jeweils mittleren Buchstaben).
- 151 „f“ steht für Fraktur „langes s“.
- 152 Nicht eindeutig zu lesen (vgl. Mikhailov 1998: 101).
- 153 Nach Mikhailov 1998: 99 *Pilatušem* zu lesen.
- 154 Oder *k* statt *ki* (Relativpronomen), vgl. Mikhailov 1998: 102 (m. E. unklar).
- 155 Oder ‚muss‘ (so Mikhailov 1998: 103 u. 115).



156 Passt syntaktisch nicht (auch Mikhailov 1998: 103 hat keine schlüssige Erklärung); zu erwarten wäre *svetu* (oder wie heute) *sveto*.

157 2001: 119.

158 Holzer 2001: 74.

159 Vgl. Holzer 2001: 119 mit Lit.

## Jugoslawien und der österreichische Staatsvertrag<sup>1</sup>

Als Vertreter des Oberkommandos der Deutschen Wehrmacht am 7. Mai 1945 in Reims vor dem Obersten Befehlshaber der Alliierten Expeditionstreitkräfte und in der Nacht zum 9. Mai in Berlin-Karlshorst vor dem Oberkommandierenden der Roten Armee bedingungslos kapitulierten, konnte sich auch Marschall Josip Broz Tito als Mitgewinner des Krieges gegen Hitler-Deutschland sehen. Immerhin waren Truppen der 4. Jugoslawischen Armee und Partisaneneinheiten am 8. Mai in Klagenfurt einmarschiert, und immerhin hatte Generaloberst Alexander Löhr – ein gebürtiger Österreicher – mit der deutschen Heeresgruppe E am 10. Mai in der slowenischen Untersteiermark gegenüber der 4. Jugoslawischen Armee kapituliert. Freilich erfolgte der jugoslawische Einmarsch in Klagenfurt wenige Stunden nach dem der Truppen der 8. Armee des britischen Feldmarschalls Harold Alexander. Somit stellte sich bei Kriegsende sofort die Frage, wem Klagenfurt in Zukunft gehören sollte, genauer gesagt: Sollten die südlichen und südöstlichen Teile von Kärnten bei Österreich bleiben oder an Jugoslawien fallen? Und: Welche materiellen Forderungen wird die neue Föderative Volksrepublik Jugoslawien an die neue Republik Österreich stellen?<sup>2</sup>

### Das Jahr 1945: Zwischen Besatzung und Wahlen

Bereits während des Zweiten Weltkrieges hatten slowenische bürgerliche Politiker Memoranden und Noten an die Alliierten gesandt, die eine Einbeziehung von Klagenfurt (Celovec) und Villach (Beljak) in das künftig „vereinte Slowenien“ forderten. Im Herbst 1943 zogen auch die kommunistisch dominierte slowenische „Befreiungsfront“ (*Osvobodilna fronta* – OF) und der „Antifaschistische Rat der Volksbefreiung Jugoslawiens“ (*Antifašističko veće narodnog oslobodjenja Jugoslavije* – AVNOJ) nach. Das im Jänner 1944 gegründete wissenschaftliche Institut der „Befreiungsfront“ arbeitete unter Leitung des später international bekannt gewordenen Historikers Fran Zwitter im Verlauf des Jahres 1944 das Richtlinienpapier „Die Grenzen des slowenischen Territoriums“ (*Meje slovenskega ozemlja*) aus. Auf die Frage von Boris Kidrič, des politischen Sekretärs der OF, wie viele Deutsche man in Kärnten mit der „Zwitter-Linie“ bekommen würde, antwortete Zwitter, dass es um ein Gebiet mit rund 170.000 Einwohnern gehe, von denen 100.000 Slowenen seien. Das entsprach in etwa der Zahl der Kärntner Slowenen nach der Volkszählung von 1880; freilich gehörten damals

auch noch das Mießtal (Mežiška dolina), die Gemeinde Seeland (Jezersko) und das Kanaltal (Kanalska dolina, Val Canale) zu Kärnten<sup>3</sup>.

Am 9. September 1944 ergab eine interne Diskussion mit den beiden OF-Führern Edvard Kardelj und Boris Kidrič<sup>4</sup> über das künftige Schicksal Österreichs und insbesondere Kärntens folgende Szenarien: Die slowenische „Minimalgrenze“ sollte die „ethnographische Grenze“ sein, „unter Einschluss des in der imperialistischen Ära überfremdeten Gebietes“ und unter Berücksichtigung kleinerer Korrekturen wegen notwendiger verkehrsmäßiger, wirtschaftlicher und strategischer Momente. Kardelj stimmte auch der Aussiedlung der steirischen Deutschen als Exponenten des „Hitlerismus“ zu, was aber ohne formale Verordnung durchzuführen wäre, also ohne AVNOJ-Beschluss. Er war aber gegen die Aussiedlung der Kärntner Deutschen, „weil dort die nationalen Beziehungen nicht so zugespitzt sind und weil uns terroristische Aktionen nur schaden würden“. Mit Unterstützung der Sowjetunion könnten die „fortschrittlichen Kräfte“ in Österreich stark und erfolgreich sein. „Wir müssen Österreich mit der Tschechoslowakei und mit Jugoslawien so verbinden, dass es irgendein Anhang der slawischen Länder [werde, Anm. d. Verf.], sodass es hinsichtlich der Vergangenheit Österreichs zu einer historischen Wiedergutmachung“ käme. Sollte Österreich ein „fortschrittliches“, d. h. ein kommunistisches Regime erhalten, werde man mit seinen Gebietsforderungen zurückhaltend sein und „nur“ Klagenfurt verlangen; von einem „reaktionären“ Österreich werde man aber aus strategischen Gründen auch Villach einschließlich Bleibergs und Kreuths verlangen. Und Kardelj gab noch zusätzliche Weisungen aus: „Wir müssen uns bemühen, auch wegen der Kriegsentschädigung, möglichst viel zu besetzen. Wir werden die Parole ausstreuen, dass das Volksbefreiungsheer als Befreier Österreichs auftritt.“<sup>5</sup>

Freilich wurden die Ansprüche auf Kärnten und einige Gemeinden in der südlichen Steiermark durch die am 1. November 1943 veröffentlichte „Moskauer Erklärung“ der drei Alliierten in Frage gestellt, die von der Wiederherstellung eines „freien, unabhängigen Österreich“ gesprochen hatte. Und seit der Konferenz von Jalta im Februar 1945 bestand unter den Alliierten Einvernehmen, dass Kärnten und die Steiermark von den Briten besetzt und verwaltet werden sollten. Daher zeichneten sich noch vor Kriegsende grundsätzliche Differenzen zwischen Jugoslawien einerseits, Großbritannien und den USA andererseits ab. Allerdings wurde die endgültige Einteilung Österreichs in vier Besatzungszonen erst mit dem alliierten Abkommen vom 9. Juli 1945 getroffen<sup>6</sup>.

Obwohl eine Abordnung der am 7. Mai 1945 neu gebildeten Kärntner Landesregierung – bestehend aus Sozialdemokraten, Christlichsozialen, Landbündlern und Kommunisten – am 8. Mai um 10 Uhr vormittags die ersten in Klagenfurt einrückenden britischen Soldaten empfangt und das Regie-

rungskollegium unter britischen Schutz stellte, besetzten wenige Stunden später jugoslawische Truppen ebenfalls wichtige Punkte in Klagenfurt. Und der jugoslawische Stadtkommandant, Major Egon Remec-Borut, ließ am 12. Mai in der Druckerei Carinthia ein zweisprachiges Plakat anfertigen, auf dem der Anschluss Kärntens an Jugoslawien proklamiert wurde. Eine Delegiertenversammlung der „Befreiungsfront“ wählte am 16. Mai im Festsaal des Gymnasiums am Völkermarkter Ring eine projugoslawische Gegenregierung mit dem Arzt Dr. Franc Petek an der Spitze und forderte in mehreren Resolutionen ebenfalls den Anschluss an Jugoslawien<sup>7</sup>.

Ministerpräsident Tito unterstrich die jugoslawischen Ansprüche auf Kärnten – und das Küstenland – in eindrucksvollen Reden in Laibach (Ljubljana) und Cilli (Celje). In der untersteirischen Stadt Cilli, die einst als „Vorposten“ des Deutschtums gegolten hatte, forderte der jugoslawische Regierungschef am 31. Mai 1945: „Kärnten gehört uns, und wir werden um Kärnten kämpfen.“ Einen Monat später wiederholte Tito in Belgrad, dass „wir [die Jugoslawen, Anm. d. Verf.] Kärnten nicht vergessen haben und dass wir alles tun werden, dass unser Volk in Kärnten frei und mit seinen Brüdern in Slowenien vereinigt wird“. Auf vielen Demonstrationen in slowenischen und kroatischen Städten wurde immer wieder skandiert: „Fremdes wollen wir nicht, Eigenes geben wir nicht!“ Georgi Dimitrov, der frühere Generalsekretär der Kommunistischen Internationalen, aber hatte bereits am 10. Jänner 1945 die jugoslawischen Genossen kritisiert: „The Yugoslavs want to take Greek Macedonia. They want Albania, too, and even parts of Hungary and Austria. This is unreasonable. I do not like the way they are acting.“ Und Lord Vansittart, chief diplomatic adviser der britischen Regierung zwischen 1938 und 1941, warnte im August 1945 öffentlich vor den jugoslawischen Territorialansprüchen: „Tito wants Carinthia from Austria, Trieste from Italy, Greek Macedonia and Western Thrace from Greece, Eastern Thrace from Turkey (Who talked about the Atlantic Charter?).“<sup>8</sup>

Der Versuch der Jugoslawischen Volksarmee, sich an der Besetzung Kärntens zu beteiligen, scheiterte wie in Triest am entschiedenen Einspruch der westlichen Alliierten. Auf die jugoslawische Note vom 2. April 1945 an die drei Alliierten, Jugoslawien an der Besetzung Österreichs zu beteiligen, hatte die sowjetische Regierung am schnellsten geantwortet: Die Sowjetunion sei bereit, einen Einmarsch der jugoslawischen Armee in den Bereich der sowjetischen Besatzungszone Österreichs zuzulassen; die jugoslawischen Okkupationskräfte müssten sich aber dem sowjetischen Oberkommando unterstellen. Das jugoslawische Außenministerium akzeptierte zwar diese Bedingungen umgehend, wünschte aber eine Okkupationszone nördlich der alten jugoslawisch-österreichischen Grenze, „zwischen Ungarn und Italien“. Aber der britische und der amerikanische Botschaf-

ter in Belgrad richteten am 12. Mai bzw. 15. Mai in inhaltlich abgestimmten Noten die unmissverständliche Aufforderung an den Ministerpräsidenten Tito, alle Einheiten der Jugoslawischen Volksarmee, die während der Kämpfe mit den Truppen der Deutschen Wehrmacht die jugoslawisch-österreichische Grenze überquert hatten, unverzüglich aus dem österreichischen Territorium abzuziehen. Da die Besatzung Österreichs nur für die vier Großmächte vorgesehen war und auch die jugoslawische Regierung die Grenze von 1937 als provisorische Grenze zwischen Österreich und Jugoslawien zu respektieren hatte, sah sich Tito gezwungen, wenige Tage später seiner Armee den Befehl zu geben, alle jugoslawischen Einheiten aus Österreich zurückzuziehen. Ab dem 19. Mai 1945 begann tatsächlich die Räumung Kärntens, die bis zum 21. Mai abends abgeschlossen war. Die führende Belgrader Tageszeitung *Politika* konnte nur der Hoffnung Ausdruck geben, dass durch den Abzug der jugoslawischen Einheiten aus Kärnten das Schicksal der umstrittenen Provinz nicht im Voraus entschieden werde<sup>9</sup>.

Die vierzehntägige Besetzung Südost-Kärntens seitens der Jugoslawischen Volksarmee hinterließ blutige Spuren. Von den nach Kärnten geflüchteten etwa 200.000 kroatischen *Ustaše* und *Domobranci*, serbischen und montenegrinischen *Četnici* sowie bosnisch-herzegowinischen Muslime – begleitet von nahezu einer halben Million Zivilisten – wollten sich die meisten bei Bleiburg (Pliberk) den Briten ergeben und schlugen Angriffe der Partisanen noch nach Kriegsende zurück. Doch die britischen Befehlshaber in Kärnten wollten die große Masse der südslawischen Soldaten und Zivilisten nicht übernehmen, obwohl sich ihr Oberbefehlshaber Feldmarschall Alexander dazu bereit erklärt hatte. Die britische Besatzungsmacht nahm immerhin etwa 109.000 deutsche Soldaten, 46.000 Kosaken, 15.000 Ungarn, 25.000 Kroaten und 24.000 Slowenen fest, darunter etwa 15.000 Mann der slowenischen „Heimatwehr“ (*Domobranci*) und Tausende slowenische Zivilisten. In einem britisch-jugoslawischen Militärabkommen zwischen dem Brigadier des Generalstabs Toby Low und Oberst Ivanović vom 19. Mai wurde nicht nur der jugoslawische Truppenabzug aus Kärnten bis zum 21. Mai, 19 Uhr, festgelegt, sondern auch die Auslieferung aller „Yugoslav Nationals“ an Jugoslawien. Dies bedeutete, dass zuerst der Großteil der Kroaten und Serben der jugoslawischen Armee übergeben wurde, von denen angeblich bis zu 80.000 auf so genannten „Todesmärschen“ durch Slowenien und Kroatien bis in die Vojvodina umgebracht wurden. Der Großteil der Slowenen wurde Ende Mai/Anfang Juni 1945 aus dem Lager Viktring bei Klagenfurt den jugoslawischen Behörden ausgeliefert und in Slowenien ermordet. Von 263 verhafteten Kärntner Zivilisten wurden 96 zum Teil im Mießtal, zum Teil an unbekannten Orten hingerichtet<sup>10</sup>.

Von der vor dem Zweiten Weltkrieg etwa 500.000 Personen zählenden deutschen Volksgruppe in Jugoslawien waren bereits bis Kriegsende etwa

250.000 Personen nach Österreich und Deutschland evakuiert worden oder vor der Roten Armee bzw. den Partisanen geflüchtet. Nach Hinrichtung von etwa 7000 Personen durch die Partisanen und Verschleppung von über 12.000 jüngeren Männern und Frauen zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion wurden im Winter und Frühjahr 1945 nahezu 170.000 Personen – überwiegend ältere Leute sowie Frauen mit kleinen Kindern – in Hunger- und Arbeitslagern zusammengepfercht, in denen etwa 50.000 elend zugrunde gingen. Von den über 90.000 Soldaten fielen oder starben über 26.000. Von den etwa 29.000 Sloweniendeutschen waren bei Kriegsende etwa 15.000 nach Österreich geflüchtet, weitere Tausende wurden noch im Mai 1945 über die Grenze getrieben, etwa 10.000 wurden vor allem in den beiden berüchtigten Konzentrationslagern Sterntal (Strnišče, heute Kidričevo) bei Pettau (Ptuj) und Tüchern (Teharje) bei Cilli interniert. Zwischen 2000 und 3000 Deutsche dürften in diesen Lagern und durch Massenexekutionen ihr Leben verloren haben, der größere Teil der Überlebenden wurde 1946 und 1947 zwangsausgesiedelt. Im Jänner 1948 wurden in Österreich 139.539 Jugoslawiendeutsche gezählt, im Herbst 1950 in der Bundesrepublik Deutschland bereits 163.162. Nach der jugoslawischen Volkszählung vom 15. März 1948 wurden in der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien insgesamt nur mehr 57.180 „Deutsche“ und „Österreicher“ gezählt, in Slowenien gar nur mehr 2406, davon 1824 „Deutsche“ und 582 „Österreicher“<sup>11</sup>.

Trotz Aufnahme eines slowenischen Vertreters in die neu gebildete Kärntner Landesregierung, trotz einer Schulverordnung vom 3. Oktober 1945, die den zweisprachigen Unterricht für alle Schüler des gemischtsprachigen Gebietes zwingend vorschrieb, und trotz der Erneuerung des kulturellen und wirtschaftlichen Lebens der Kärntner Slowenen – einschließlich Rückgabe der Mehrzahl der in der NS-Zeit beschlagnahmten slowenischen Bauernhöfe und Entschädigungszahlungen – hielt die kommunistisch dominierte „Befreiungsfront für Slowenisch-Kärnten“ (*Osvobodilna fronta za Slovensko Koroško*) an der Forderung nach „Anschluss“ an Jugoslawien fest. Daher untersagte die britische Militärregierung für Kärnten die Teilnahme der „Befreiungsfront“ an den österreichischen Parlamentswahlen sowie den Kärntner Landtagswahlen am 25. November 1945. Die Unterstützung dieser Kärntner Slowenen für die Kommunistische Partei Österreichs fiel aber so gering aus, dass der österreichische Außenminister Karl Gruber am 7. Mai 1947 im österreichischen Parlament feststellen konnte: „[...] Die Vereinigung von 3000 oder 4000 Menschen in einer so genannten Befreiungsfront ist kein ausreichender Grund, Unglück über Hunderttausende Einwohner jener Gebiete zu bringen [...]“<sup>12</sup>.

## Die jugoslawischen Gebietsansprüche

Als die jugoslawische Bundesregierung am 22. Jänner 1947 ihre offizielle Forderung nach Abtretung von 2470 km<sup>2</sup> Kärntner Gebietes mit insgesamt 180.000 Einwohnern (davon angeblich 120.000 Kärntner Slowenen) – unter Einschluss von Klagenfurt und Villach südlich der Drau – den Sonderbeauftragten der Alliierten in London vorlegte, was beinahe der jugoslawischen Gebietsforderung vom 18. Februar bzw. 3. März 1919 gleichkam<sup>13</sup>, begründete sie ihre Ansprüche nicht nur mit der angeblichen Beteiligung Österreichs an Hitlers Aggression und Okkupation gegenüber Jugoslawien, die eine Vielzahl an Kriegsverbrechen, die Aussiedlung der slowenischen Bevölkerung und die gewaltsame Germanisierung in Nordslowenien nach sich gezogen habe, sondern auch mit der angeblichen politischen und wirtschaftlichen Unterdrückung der Kärntner Slowenen in der Ersten Republik, mit der tatsächlichen Teilnahme von Kärntner Slowenen am Volksbefreiungskampf und mit dem ethnischen Charakter Slowenisch-Kärntens sowie der angeblichen geographisch-ökonomischen Verbundenheit Slowenisch-Kärntens mit Jugoslawien. Zusätzlich verlangte der jugoslawische Delegationsleiter Joža Vilfan<sup>14</sup> ein Gebiet von 130 km<sup>2</sup> mit 10.000 Einwohnern in der südlichen Steiermark um Soboth (Sobote), Leutschach (Lučane) und Radkersburg (Radgona), einen Bevölkerungsaustausch für die angeblich 70.000 Burgenländer Kroaten (den diese vehement ablehnten!) und eine Kriegsentschädigung von 150 Millionen US-Dollar, da der Anteil der Österreicher an der Besatzung Jugoslawiens angeblich deutlich höher gewesen sei als ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung des „Dritten Reiches“.<sup>15</sup>

Wie schon im Herbst 1945 startete die Belgrader und Laibacher Presse eine scharfe Propagandakampagne gegen Österreich und Kärnten. Keineswegs zufällig begann in Belgrad zur selben Zeit der Prozess gegen den Generalobersten Alexander Löhr und andere hohe Wehrmachtsoffiziere österreichischer Herkunft, der zu umfangreichen Presseberichten gegen Österreich Anlass bot. Löhr wurde vor allem die Bombardierung Belgrads am 6. April 1941 zur Last gelegt, die er als Oberbefehlshaber der deutschen Luftflotte 4 kommandiert hatte. Darüber hinaus wurde in der „Politika“ vom 8. Februar 1947 hervorgehoben, dass die deutsche 718. Infanteriedivision, die für zahlreiche Kriegsverbrechen in Jugoslawien verantwortlich gewesen sei, angeblich zu 80 Prozent aus Österreichern bestanden habe. – Nach dem Bericht der Division unmittelbar vor dem Abtransport nach Serbien kamen 51 Prozent der Offiziere, 50 Prozent der Unteroffiziere und 62 Prozent der Mannschaften aus der „Ostmark“<sup>16</sup>. – In seinem Schlussplädoyer stellte der jugoslawische Staatsanwalt am 13. Februar 1947 fest, dass es auf Grund der Erfahrungen aus dem Ersten Weltkrieg kein Wunder sei, dass sich Hitler bei der Besatzung Jugoslawiens gerade für den Einsatz österreichischer Offiziere entschieden habe, da gerade die Österreicher gewusst hätten, wie mit



Südslawen umzugehen sei. Und im NS-Besatzungsapparat seien vor allem österreichische Offiziere für die blutigsten Gräueltaten verantwortlich gewesen. Parallel zur jugoslawischen Kampagne startete die „Befreiungsfront“ auch in Kärnten und Wien eine Propagandaoffensive, an der sich eine Reihe von Politikern und Priestern der Kärntner Slowenen beteiligten<sup>17</sup>.

Die österreichische Bundesregierung reagierte auf die jugoslawischen Vorwürfe und Forderungen in London ziemlich sachlich und relativ geschickt. So erklärte sie in einer umfangreichen Denkschrift, dass man die gegenwärtige österreichische Regierung und das österreichische Volk ebenso wenig für Kriegsverbrechen Einzelner verantwortlich machen könne wie die heutige jugoslawische Regierung für eine pronazistische Politik gewisser jugoslawischer Kreise in der Vergangenheit – gemeint war das *Ustaša*-Regime in Kroatien und die Regierung von Milan Nedić in Serbien. Der Ballhausplatz bestritt auch, dass es „österreichische Verbände“ in der deutschen Wehrmacht gegeben habe, was nicht zur Gänze stimmte, denn einige am Balkan eingesetzte Divisionen hatten tatsächlich einen hohen Österreicher-Anteil. Der „langsame, aber ständige Rückgang des slowenischen Volksteiles“ in Kärnten wurde mit „dem natürlichen Prozess der Abwanderung der ländlichen slowenischen Bevölkerung in die in ihrer Mehrheit deutschsprechenden Städte“ und mit „den Mischheiraten zwischen deutsch- und slowenischsprechenden Personen“ argumentiert, während das Land Kärnten mit Recht als „geographische Einheit“, als „Verwaltungseinheit“, als „wirtschaftliche Einheit“ und als „Verkehrseinheit“ dargestellt wurde. Besonders wirksam bei den westlichen Politikern und Diplomaten dürfte aber die demokratiepolitische Begründung gewesen sein: Die Kärntner Frage sei – so die österreichische Regierung – am 10. Oktober 1920 durch eine unter internationaler Kontrolle vorgenommene Volksabstimmung „im Sinne der Demokratie und des Selbstbestimmungsrechtes“ geregelt worden, und bei den am 25. November 1945 in Österreich abgehaltenen freien und demokratischen Wahlen seien „im Lande Kärnten über 90 Prozent der Stimmen für jene Parteien abgegeben [worden, Anm. d. Verf.], die für die Integrität des Landes“ eingetreten seien<sup>18</sup>.

Bereits einen Monat nach Ende der Londoner Beratungen begann Ende März 1947 die Session des Rates der alliierten Außenminister in Moskau. Neuerlich wurde sowohl eine jugoslawische als auch eine österreichische Delegation eingeladen. Der jugoslawische Außenminister Edvard Kardelj bezeichnete einerseits Kärnten als die Wiege des ersten slowenischen Staates im frühen Mittelalter und hob andererseits die Bedeutung des Wasserpotentials Kärntens für das jugoslawische Energiesystem hervor. Dennoch machten ihm sowohl der britische Außenminister Ernest Bevin als auch der Secretary of State, George C. Marshall, unmissverständlich deutlich, dass sie allen jugoslawischen Gebietsansprüchen gegenüber Österreich ihre



Unterstützung verweigerten. Nachdem Kardelj auch vom sowjetischen Außenminister Vjačeslav M. Molotov und seinem Stellvertreter Andrej J. Vyšinskij auf diese entschiedene Ablehnung seitens der Westmächte aufmerksam gemacht worden war, entwickelten Kardelj und sein ebenfalls slowenischer Vizeaußenminister Aleš Bebler – wohl in Rücksprache mit Tito – drei Varianten, die in abgestufter Einschränkung von der Abtretung des Gerichtsbezirkes Bleiburg (Pliberk) über die Abtretung des Gebietes um die beiden während des Zweiten Weltkrieges errichteten Draukraftwerke Schwabegg (Žvabek) und Lavamünd (Labot) bis zur ausschließlichen Eigentumsübernahme der beiden Kraftwerke durch Jugoslawien reichten. Außenminister Gruber vermutete richtig, dass die territorialen Forderungen Jugoslawiens für Molotov „offenbar kein erstrangiges Interesse“ mehr darstellten, befürchtete aber – ebenfalls zu Recht –, dass auf österreichisches Vermögen in Jugoslawien verzichtet werden müsste<sup>19</sup>.

Nichtsdestoweniger reduzierte Jugoslawien seine Gebietsforderungen Ende April 1948 vorerst nur um das untere Gailtal, die Umgebung von Villach, einige Gemeinden im Lavanttal und die steirische Gemeinde Soboth. Und die Sowjetunion unterstützte diese Forderung ein letztes Mal. Erst in einer neuen Verhandlungsrunde der alliierten Sonderbeauftragten zwischen Februar und Mai 1949 in London – Stalin hatte mittlerweile mit Tito gebrochen – wartete Jugoslawien mit einer neuen Verhandlungsstrategie auf. Am 24. Februar 1949 verlangte der stellvertretende Außenminister Bebler „nur“ mehr Gebietsabtretungen um die Draukraftwerke Schwabegg und Lavamünd, die politische, wirtschaftliche und kulturelle Autonomie für „Slowenisch-Kärnten“ und „substantielle“ Reparationen Österreichs an Jugoslawien. Die Westalliierten waren nach wie vor zu keinen Gebietskonzessionen an Jugoslawien bereit und lehnten auch eine Autonomieregelung entschieden ab. Aber die USA befürworteten nun doch ein Entgegenkommen an Jugoslawien in drei Punkten: hinsichtlich des Einbaus eines Katalogs von Minderheitenrechten in den Staatsvertrag, hinsichtlich der Abtretung der österreichischen Vermögenswerte in Jugoslawien und hinsichtlich einer bilateralen Regelung über die Draukraftwerke<sup>20</sup>.

Aber erst auf der sechsten Session des Rates der Außenminister im Mai und Juni 1949 in Paris kam es zu einem Durchbruch, der in einem Communiqué am 20. Juni bekannt gegeben wurde:

1. Die Grenzen Österreichs sollten jene vom 1. Jänner 1938 sein.
2. Der Vertrag für Österreich sollte vorsehen, dass Österreich den Schutz der Rechte der slowenischen und kroatischen Minderheiten in Österreich gewährleistet.
3. Von Österreich werden keine Reparationen verlangt; Jugoslawien erhält aber das Recht, „von österreichischem Eigentum, Rechten und Interes-

sen auf jugoslawischem Gebiet Besitz zu ergreifen, sie zurückzuhalten oder sie zu liquidieren“.<sup>21</sup>

Das Belgrader Außenministerium protestierte zwar bei den Außenministerien der Alliierten, und die jugoslawische Presseagentur „Tanjug“ bezeichnete das Pariser Abkommen als „schwere Beleidigung und Unrecht“. Aber diese Proteste blieben ohne Wirkung, ebenso wie der scharfe Protest der „Befreiungsfront für Slowenisch-Kärnten“. Als Jugoslawien der Sowjetunion mangelnde Unterstützung der jugoslawischen Gebietsansprüche vorwarf, veröffentlichte Moskau die Vorschläge Kardeljs aus dem Frühjahr 1947, freilich ohne Hinweise darauf, wie sehr Molotov Kardelj unter Druck gesetzt hatte<sup>22</sup>.

## Zur Entstehung des Minderheitenschutzartikels

Bereits am 26. April 1948 hatte die jugoslawische Delegation auch den Entwurf eines Minderheitenschutzartikels für die Kärntner Slowenen und die Burgenländer Kroaten präsentiert, der sieben Punkte umfasste: gleiche Rechte wie alle anderen österreichischen Staatsbürger; Recht auf Elementarunterricht sowie auf eine verhältnismäßige Anzahl an Sekundarschulen; Slowenisch oder Kroatisch als Ergänzung zur deutschen Amts- und Gerichtssprache; zweisprachige topographische Terminologie; nationaler Proporz im Unterrichtswesen, in der Verwaltung und bei Gericht; kulturelle Verbindungen mit dem slowenischen bzw. kroatischen Volk in Jugoslawien; Verbot von Organisationen, „die auf die Entnationalisierung der jugoslawischen Minderheit abzielen“; Volkszählung nach der Muttersprache unter Beteiligung von Minderheitenvertretern. Die Alliierten waren vorerst nicht bereit, darüber zu verhandeln.

Erst im Februar 1949 erhielten die amerikanischen Unterhändler die Weisung, einen Katalog von Minderheitenrechten in den Staatsvertrag einzubauen. Und am 16. Juni legte auch Vyšinskij einen sowjetischen Vorschlag vor. Nach dem 20. Juni 1949 konzentrierten sich die Verhandlungen auf die Formulierung eines Minderheitenschutzartikels, zu dem bald ein sowjetischer und ein westlicher Entwurf vorlag, die beide in fünf Punkte gegliedert waren. Nach Diskussionen über den Begriff „Minderheit“, den Begriff „verhältnismäßig beträchtlich“ aus den Minderheitenverträgen von 1919 und über die Tätigkeit von minderheitenfeindlichen Organisationen kam es zu raschen Kompromissen; und der Minderheitenschutzartikel, der spätere Artikel 7 des Staatsvertrages, wurde am 24. August 1949 politisch abgeschlossen. Allerdings blieben Interpretationsprobleme, die bis in die Gegenwart anhalten. So sprachen die Westalliierten in ihrem Entwurf von „linguistic minorities“, während der jugoslawische von „national gemisch-

ter Bevölkerung“ gesprochen hatte und der sowjetische Vorschlag an „national minority“ (*nacional'noe menšinstvo*) festhielt<sup>23</sup>.

Das im Jahre 1950 einsetzende „Tauwetter“ zwischen Jugoslawien und Österreich führte auch zu einer Entspannung im Minderheitenschulwesen. Als am 12. Dezember 1950 eine elfköpfige Abordnung jugoslawischer Journalisten in Begleitung des Bezirksschulinspektors Just – angeblich „unangesagt“ – die zweisprachige Volksschule in Globasnitz (Globasnica) besuchte und etwa eine Stunde lang den Unterricht in den Klassen von Direktor Lukas Mitternig und Lehrer Franz Sadnikar beobachtete, meldete dies die Sicherheitsdirektion für Kärnten sofort an Innenminister Oskar Helmer und Staatssekretär Ferdinand Graf. Unterrichtsminister Felix Hurdes sah aber keinen Grund für ein Einschreiten, „falls Vorgang mit Vorwissen des Landesschulrates“ erfolgt sei. Am 9. Februar 1951 sprach ein Vertreter des sowjetischen Erziehungsdirektoriums am Minoritenplatz vor und erkundigte sich nach den schulrechtlichen Verhältnissen der sprachlichen Minderheiten in Österreich. Da die Beamten des Unterrichtsministeriums Erhebungen für die Staatsvertragsverhandlungen vermuteten, verwiesen sie auf die Bestimmungen des Artikels 68 des Friedensvertrages von Saint-Germain, auf die Kärntner Schulverordnung von 1945, auf slowenische und kroatische Lehrbücher und auf die speziellen Regelungen für die kroatischen und magyrischen Kinder an 45 burgenländischen Volksschulen. Die Parteizeitung der Kommunistischen Partei Jugoslawiens, die Belgrader *Borba*, schrieb jedoch von einem Missbrauch der [Kärntner] Verordnung über die zweisprachigen Schulen, da sie den Unterricht in slowenischer Sprache verhindere<sup>24</sup>.

In einem Positionspapier des jugoslawischen Außenministeriums vom Juni 1952 zur Vorbereitung auf den Besuch des österreichischen Außenministers Gruber in Jugoslawien wurde überraschenderweise festgestellt, dass sich die Haltung der österreichischen Regierung gegenüber der slowenischen Minderheit in Kärnten „in den vergangenen zwei Jahren“ verbessert habe. Auch hinsichtlich der Zahlenangaben zu den Minderheiten in Österreich gab es deutliche Korrekturen: Nun war nicht mehr von 120.000 Kärntner Slowenen die Rede wie im Memorandum von 1947, sondern von 65.000 bis 75.000 Kärntnern, welche die slowenische Sprache sprächen, während die Zahl der national bewussten Kärntner Slowenen nur mehr bei 35.000 Personen läge. Die jugoslawischen Diplomaten hielten ferner fest:

- Die kleine Zahl der Intellektuellen unter den Kärntner Slowenen sei zwischen der „demokratischen progressiven Front“ unter Dr. Franc Petek und der „klerikalen, christlichen Volkspartei“ unter Dr. Joško Tischler gespalten.
- Obwohl die Beziehungen der österreichischen Regierung zu den Vertretern der nationalen Minderheit in den letzten beiden Jahren als „tolerant“

eingeschätzt werden können, gebe es noch immer aktive chauvinistische Elemente, vor allem ehemalige Nationalsozialisten, die sich im Lager der regierenden ÖVP und des Verbandes der Unabhängigen (VdU) befänden.

- Gemäß der Schulverordnung von 1945 forderten die slowenischen Organisationen den zweisprachigen Unterricht in allen 107 Unterkärntner Schulen, weiters die Eröffnung einer slowenischen Lehrerbildungsanstalt und eines slowenischen Gymnasiums.
- Noch seien den 1942 zwangsausgesiedelten Kärntner Slowenen nicht alle konfiszierten Güter zurückgegeben und alle Entschädigungen ausbezahlt.<sup>25</sup>

Das Problem der „Volksdeutschen“ in Jugoslawien wurde nun vom jugoslawischen Außenministerium ebenfalls auf die Tagesordnung der jugoslawisch-österreichischen Verhandlungen gesetzt – und zwar durchaus im Zusammenhang mit der Lage der slowenischen Minderheit in Kärnten. Nach der Auflösung der Hunger- und Arbeitslager im März 1948 waren die überlebenden „Volksdeutschen“ in vertragliche Arbeitsverhältnisse auf Staatsgütern, in landwirtschaftlichen Genossenschaften und in Bergwerken übernommen worden. Ab 1949 wurde den „Volksdeutschen“ der Wiedererwerb der jugoslawischen Staatsbürgerschaft ermöglicht, was etwa 45.000 in Anspruch genommen haben dürften. Ab 1950 aber begannen die „Volksdeutschen“ Anträge auf Entlassung aus der jugoslawischen Staatsbürgerschaft und „Repatriierung“ nach Deutschland und Österreich zu stellen. Das jugoslawische Innenministerium wollte diesen Anträgen aber – unter Berücksichtigung des internationalen Rechtes – nur unter der Bedingung zustimmen, dass sie in die Staatsbürgerschaft eines anderen Staates übernommen würden. Daher erwartete Belgrad von Wien eine entsprechende Erklärung. Freilich war der jugoslawischen Regierung auch bekannt, dass die in Österreich befindlichen 140.000 „Volksdeutschen“ aus Jugoslawien noch immer ein politisches und wirtschaftliches Problem darstellten, das die österreichische Regierung nicht umgehend lösen konnte. Daher hatte etwa der österreichische Innenminister Oskar Helmer noch 1949 dem jugoslawischen Gesandten Viktor Repić vorgeschlagen, die „Volksdeutschen“ nach Jugoslawien zurückkehren zu lassen, was aber von jugoslawischer Seite mit Hinweis auf das angeblich „unloyale und hochverräterische Verhalten“ vieler „Volksdeutscher“ abgelehnt wurde. Jugoslawien hoffte nun, dass Österreich mit US-Hilfe doch einen Teil der Jugoslawiendeutschen übernehmen könnte<sup>26</sup>.

## Die jugoslawische Haltungsänderung

Im Verlauf der Jahre 1950 und 1951 hatte sich eine deutliche Änderung in der bisherigen jugoslawischen Haltung gegenüber Österreich vollzogen. Bereits am 29. Dezember 1949 hatte Kardelj in der Parteizeitung *Borba* festgestellt, dass die jugoslawisch-österreichische Zusammenarbeit insbesondere auf dem Gebiet der Wirtschaft deutliche Fortschritte gemacht habe. Allerdings sei die Frage der Kärntner Slowenen noch nicht gelöst, auf die nach wie vor „politischer Terror und wirtschaftlicher Druck“ ausgeübt werde, um sie zu germanisieren. Jugoslawien fordere daher ein Ende dieser Politik und die Garantie von Minderheitenrechten. Genau ein Jahr und einen Tag später betonte Kardelj in derselben Zeitung, dass es mit Österreich eine immer bessere Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet gebe und dass Jugoslawien bereit sei, diplomatische Beziehungen zu Österreich aufzunehmen. Im Übrigen sei es ohne Schuld Österreichs noch nicht zum Abschluss des Staatsvertrages gekommen, und die jugoslawische Regierung sei bereit, den „Kriegszustand“ [sic!] mit Österreich zu beenden. Tatsächlich veröffentlichte das Amtsblatt der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien am 19. Jänner 1951 die Nachricht, dass der „Kriegszustand“ mit Österreich – den es völkerrechtlich nie gegeben hatte – beendet sei<sup>27</sup>.

Ende Oktober 1951 erklärte Moša Pijade, der Präsident der jugoslawischen Nationalversammlung, gegenüber dem „Neuen Österreich“, dass Jugoslawien in Hinkunft keine Gebietsansprüche mehr gegenüber Österreich erheben werde. Und wenige Tage später fügte Marschall Tito auf einer internationalen Pressekonferenz hinzu, dass die österreichischen Kriegsgefangenen in Jugoslawien zur Gänze freigelassen würden, ohne Rücksicht darauf, welche Verbrechen sie begangen hätten. – Nach einer jugoslawischen Statistik hätten sich in Jugoslawien nach dem Kriegsende 1945 27.398 österreichische Kriegsgefangene befunden. Die ersten Heimkehrertransporte hätten bereits im November 1948 eingesetzt, sodass bis zum 18. Jänner 1949 bereits 26.126 „repatriiert“ worden seien; 861 seien in der Kriegsgefangenschaft gestorben, 257 hätten in Jugoslawien Arbeitsverhältnisse abgeschlossen; 154 Kriegsverbrecher seien noch festgehalten worden, seien aber bis Ende 1951 ebenfalls freigelassen worden. – Letztere Information kann nicht zur Gänze zugetroffen haben, da während des Besuches von Außenminister Gruber in Belgrad und auf Brioni noch über Kriegsgefangene verhandelt wurde<sup>28</sup>.

Die Änderung der außenpolitischen Orientierung Jugoslawiens gegenüber Österreich hatte natürlich mit dem Bruch zwischen Moskau und Belgrad im Juni 1948 zu tun, der Jugoslawien aus sicherheitspolitischen und wirtschaftspolitischen Gründen zwang, freundliche Beziehungen zu den West-

mächten aufzunehmen. In dieses Konzept gehörte auch das Anknüpfen an die bis 1938 engen Wirtschaftsbeziehungen zu Österreich<sup>29</sup>. Das jugoslawische Außenministerium resümierte im Juni 1952 die bereits nach 1945 gesetzten Schritte. Dazu gehörte ein Clearing-Vertrag in der zweiten Jahreshälfte 1946, ein Handelsarrangement im Jahre 1947 und eine Handelsvereinbarung im Jahre 1948. Bereits im Jahre 1949 betrug der Anteil Österreichs an der jugoslawischen Einfuhr 26 Millionen Dollar (= 8,84 Prozent) und an der jugoslawischen Ausfuhr 21 Millionen Dollar (= 11,02 Prozent). Jugoslawien lieferte vor allem landwirtschaftliche Produkte (Mais, Tabak, Obst; Schweine, Rinder und Pferde), aber auch Eisenerz, Pyrit, Chrom, Blei, Kupfer und Kohle, Österreich vorwiegend Industrieprodukte (Traktoren, Autobusse, Lkw, PTT-Materialien, elektrische Maschinen und Apparate, Textilien, Papier). Die Import-Export-Struktur zeigte deutlich, dass sich die jugoslawische und österreichische Volkswirtschaft nach wie vor komplementär ergänzten, auch wenn sich Jugoslawien bemühte, mehr Industrieartikel herzustellen. In den im Jänner 1952 begonnenen Handelsvertragsverhandlungen drängten die österreichischen Unterhändler vor allem auf Erhöhung des jugoslawischen Mais-, Eisenerz- und Schweineexports, die jugoslawischen Unterhändler auf einen maximal dreijährigen Vertrag mit jährlichen Warenkontingenten. Beide Seiten hatten noch weitere Entwicklungswünsche:

- Jugoslawien wünschte eine Zollvereinbarung im Rahmen des GATT (dem Österreich bereits beigetreten war) und eine intensivere Nutzung des Hafens Fiume (Rijeka) seitens Österreichs;
- Österreich schlug u. a. eine Ausweitung der Donauschifffahrt vor.

Wie auch immer: der rasche Ausbau der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen erlangte für beide Staaten eine hohe Priorität<sup>30</sup>.

Im Frühjahr 1952 stand freilich die im Juni 1949 von den Alliierten geregelte Vermögensfrage neuerlich zur Diskussion, da die drei Westmächte in ihrer Note an die UdSSR vom 13. März 1952 – auch „Kurzvertrag“, von Außenminister Gruber und den österreichischen Diplomaten aber „Räumungsprotokoll“ genannt – die österreichischen Vermögenswerte in Jugoslawien nicht mehr erwähnten. Die auf der Basis des AVNOJ-Beschlusses vom 21. November 1944 und des Gesetzes über die Konfiskation feindlichen Vermögens aus dem Jahre 1946 – neben den Vermögenswerten des Deutschen Reiches und der deutschen Volksgruppen in Jugoslawien – ebenfalls eingezogenen Vermögenswerte österreichischer physischer und juristischer Personen wurden daher im Juni 1952 vom jugoslawischen Außenministerium fein säuberlich aufgelistet:

- österreichisches Kapital in jugoslawischen Aktiengesellschaften, Banken und Versicherungsgesellschaften;

- ungefähr 24.000 ha Grundbesitz in der Land- und Forstwirtschaft;
- Hotels, Villen und andere Häuser in den ehemals italienischen Gebieten des Küstenlandes;
- Industrie- und Gewerbebetriebe;
- Vermögenswerte der freien Berufe (Rechtsanwaltskanzleien, Arztpraxen etc.);
- Guthaben, Patente und Autorenrechte;
- Schiffs- und Fuhrpark.

Der Wert des gesamten österreichischen Vermögens – ohne Schiffs- und Fuhrpark – wurde von der jugoslawischen Diplomatie lediglich auf 9 Millionen Vorkriegsdollar geschätzt, wobei vor internationalen Foren nur 2 Millionen zugegeben wurden. Dazu kamen noch 4 Millionen Einlagen der Oesterreichischen Nationalbank bei der Nationalbank des Königreiches Jugoslawien<sup>31</sup>.

Auf Grund der Note der Westmächte fragte die österreichische Gesandtschaft in Belgrad auch sofort nach und verlangte die Rückgabe des unbeweglichen Eigentums österreichischer Staatsbürger. Österreich hatte dies bereits bei den Handelsvertragsverhandlungen im Jahre 1948 versucht und vergeblich die Herstellung einer Reziprozität mit den jugoslawischen Forderungen – unter anderem nach Archivbeständen aus Ragusa (Dubrovnik) und Sarajevo – verlangt. Jugoslawien aber hatte die österreichischen Vermögenswerte längst für Kriegsschäden eingezogen, die angeblich von „Österreichern“ als Teile der deutschen Okkupationsmacht während des Krieges in Jugoslawien verursacht worden waren. Und Jugoslawien berief sich in seinem Memorandum an die Westmächte auf die Pariser Beschlüsse vom 20. Juni 1949. Im Übrigen war auf beiden Seiten völlig klar, dass unter den österreichischen Vermögenswerten ausschließlich solche gemeint waren, welche der österreichische Staat oder österreichische Staatsangehörige vor dem 13. März 1938 in Jugoslawien besessen hatte. Daher ist auch der Artikel 27 Abs. 2 des Staatsvertrages in keinem anderen Sinne zu verstehen<sup>32</sup>.

Die jugoslawische Haltungsänderung war auch in anderen schwierigen Fragen zu erkennen: Von 164 österreichischen Kriegsverbrechern waren zwischen 1949 und 1952 immerhin 132 nach Österreich freigelassen worden; lediglich 15 wurden erschossen, sieben verstarben und zehn – die in die Kategorie der schwersten Kriegsverbrecher fielen – blieben noch im Staatsgefängnis von Sremska Mitrovica. Die österreichische Regierung versuchte auch für diese Personen zu intervenieren, sogar über die US-Botschaft in Bonn. Im Übrigen hielten nach jugoslawischer Auffassung auch noch andere Staaten – wie Frankreich, die Niederlande, Norwegen, Bel-



gien, Dänemark, Luxemburg und Großbritannien – eine größere oder kleinere Zahl österreichischer Kriegsverbrecher zurück. Immerhin erklärte sich Jugoslawien bereit, jeden einzelnen Fall auf die gesundheitlichen Verhältnisse hin prüfen zu lassen. Die jugoslawische Regierung selbst war stärker an der jugoslawischen Emigration in Österreich interessiert, die bis zu 8000 Personen betragen haben soll: am meisten Slowenen, am wenigsten Serben. Jugoslawien vermutete unter ihnen auch Organisatoren feindlicher Tätigkeiten gegen Jugoslawien, wie etwa ehemalige Ustaša-Funktionäre und kroatische Minister, Führer der Četnici und slowenische „Weißgardisten“. Sie lebten sowohl in der britischen als auch amerikanischen als auch französischen Zone und versuchten mehrere Male, Ustaša- oder Četnik-Terroristen sowie Spione nach Jugoslawien einzuschleusen. Immerhin räumte die jugoslawische Seite nun ein, dass dies ohne Kenntnis und Unterstützung von österreichischen Behörden erfolgt sei<sup>33</sup>.

## Der Besuch Außenminister Grubers in Jugoslawien im Juni 1952

Bereits im Herbst 1951 hatte Marschall Tito – zuerst über britische Vermittlung, dann durch seine Diplomaten – vertraulich am Ballhausplatz anklopfen lassen, ob Außenminister Gruber bereit wäre, eine offizielle Einladung zu einem Besuch in Jugoslawien anzunehmen, um eine Aussprache über alle bilateralen Fragen zu führen. Die österreichische Diplomatie vermutete zu Recht, dass Belgrad damit auch einen politisch-propagandistischen Erfolg erzielen wollte, sodass sich Gruber einige Zeit hindurch zögernd verhielt. Als aber auch Wien erkannte, dass die weitere Gestaltung einer ganzen Reihe von wichtigen Fragen – österreichisches Eigentum in Jugoslawien, kleiner Grenzverkehr, Rückführung österreichischer Kriegsgefangener, handelspolitische Fragen – einer Lösung bedurfte, entschloss sich Gruber, nach Belgrad zu fahren und Tito auf Brioni zu treffen<sup>34</sup>.

Der Begrüßungsartikel in der *Borba* fiel sehr sachlich und freundlich aus und war natürlich offiziell approbiert: Der Besuch Außenminister Grubers sei „eine logische Folgerung der immer besser werdenden Beziehungen zwischen den beiden Ländern [...], deren Interessen in vielem gemeinsam sind, besonders im Kampf gegen die Aggression und für den Weltfrieden“, und „deren Wirtschaft sich ergänzt“. Jugoslawien bedürfe für sein unter den von den Ländern des Sowjetblockes verhängten Blockadebedingungen durchzuführendes Investitionsprogramm zur Steigerung seines Verteidigungspotentials einen verstärkten Wirtschaftsaustausch mit Österreich, der durch die Nähe der Märkte, die traditionellen Handelsbeziehungen und die Gewohnheiten der Konsumenten begünstigt werde. Eine gerechte Lösung der Probleme der Kärntner Slowenen und der Burgen-



länder Kroaten – die „schon seit Jahrhunderten der Unterdrückung und Germanisierung ausgesetzt“ (sic!) seien, deren Lage sich aber in letzter Zeit verbessert habe – könnte die beiden Minderheiten zu einer „Brücke“ zwischen den beiden Ländern werden lassen. Immerhin könne Österreich am Beispiel des „ungerechten Standpunktes Italiens gegenüber der österreichischen Minderheit in Südtirol“ die Bedeutung von Minderheitenfragen gut einschätzen. Andererseits wisse Jugoslawien, „dass das Bestehen eines unabhängigen Österreichs die Bedingung für den Frieden in Europa ist“. Versuche der Unterjochung Österreichs hätten immer für andere Völker Mitteleuropas eine Gefahr bedeutet. Gegenwärtig verhindere die UdSSR die Unabhängigkeit Österreichs und bedrohe auch die Unabhängigkeit Jugoslawiens. Warum, so fragte Miloš Marinović in der *Borba* weiter, habe die UdSSR ihr Versprechen in der Moskauer Deklaration gebrochen? Die UdSSR müsste mit dem Abschluss eines Staatsvertrages über Österreich ihren „vorgeschobenen Punkt im Herzen Europas“ verlassen und würde auch die vertragliche Festlegung verlieren, ihre Truppen in Ungarn und Rumänien zu halten. – Schließlich gebe es zwischen Jugoslawien und Österreich auch den Berührungspunkt Triest, dessen kürzeste Verbindung aus Österreich über Jugoslawien führe. Die beste Lösung für diesen großen mitteleuropäischen Hafen läge daher in der Bildung eines freien Territoriums Triest, an dessen Verwaltung auch Jugoslawien teilnehmen würde. Jedenfalls bestünden zwischen Jugoslawien und Österreich keine Probleme, die man nicht erfolgreich lösen könnte<sup>35</sup>.

Auch in der Analyse des jugoslawischen Außenministeriums vor dem Besuch Außenminister Grubers war auf die große Bedeutung des österreichischen Staatsvertrages hingewiesen worden: Nicht nur infolge seiner spezifischen Lage, sondern auch auf Grund der feindlichen Politik der UdSSR habe Jugoslawien vitale Interessen an der Errichtung eines unabhängigen Österreichs. Ein unabhängiges Österreich könnte zu einem Gleichgewicht der Großmächte in diesem Raum führen. Denn die Stationierung militärischer Kräfte der UdSSR in Österreich, Ungarn und Rumänien<sup>36</sup> stelle eine latente Gefahr für eine Aggression gegen Jugoslawien dar. Infolge der sowjetischen Bedrohung Jugoslawiens sei es daher im Interesse Belgrads, die Unabhängigkeit Österreichs zu unterstützen. Ein Staatsvertrag und eine damit festgelegte Neutralität Österreichs kämen somit jedenfalls der jugoslawischen Sicherheit zugute. Die Unabhängigkeit Österreichs hätte den Abzug der sowjetischen Truppen aus Österreich zur Folge, was zur Lockerung des sowjetischen Drucks auf Jugoslawien führen würde<sup>37</sup>.

Außenminister Gruber wurde in Belgrad von einem Hardliner der jugoslawischen Innenpolitik empfangen, vom stellvertretenden Ministerpräsidenten und Innenminister Alexander Ranković. Der berühmte ehemalige

Polizeichef gab sich jedoch ganz diplomatisch und stieß bei seiner Tischrede im „Weißen Schloss“ (*Beli dvor*) gleich eingangs alle Türen auf:

„[...] Wir sind überzeugt, dass ein freies und unabhängiges Österreich als Nachbar Jugoslawiens eine wesentliche Bedingung zur Stärkung des Friedens ist; deshalb begrüßt Jugoslawien alle Schritte zur Herbeiführung der Souveränität Österreichs und zur Herbeiführung seiner gleichberechtigten Aufnahme in die Reihe der freien Nationen. [...]“

Gruber bedankte sich für die freundliche Begrüßung und hob inhaltlich hervor:

„[...] Freundschaftliche Beziehungen zwischen Österreich und Jugoslawien sind nicht nur eine Notwendigkeit für die beiden Völker, sondern ich bin vollkommen davon überzeugt, dass sie auch ein wichtiges Element für die politische Stabilität und den Frieden in diesem Teil Europas darstellen. [...] Die [vollkommene] Unabhängigkeit wird für uns die Basis einer Politik sein, die zur friedlichen Neugestaltung des schwer heimgesuchten Europas beiträgt. Das grundlegende Prinzip unserer auswärtigen Politik besteht darin, dass wir glauben, jedes Volk ist für sich selbst für die Ordnung seiner inneren Angelegenheiten verantwortlich, und die Art dieser inneren Ordnung soll niemals die gemeinsame wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit ausschließen. [...]“<sup>38</sup>

In der ersten Plenarsitzung im jugoslawischen Außenministerium führte der stellvertretende Außenminister Veljko Vlahović den Vorsitz. Er unterstrich gleich eingangs den Wunsch der jugoslawischen Regierung, „dass Österreich ehestmöglich seinen Staatsvertrag erhalten möge“, und unterstützte „ohne jede Reserve“ die Aufnahme Österreichs in die Vereinten Nationen. Gruber erläuterte die Absicht Österreichs, die Frage des Staatsvertrages an die Vereinten Nationen heranzutragen, wenn die Vier-Mächte-Verhandlungen unbegrenzt weitergingen. Für einen allfälligen Schritt in New York benötige es natürlich die Unterstützung einflussreicher Mächte wie etwa Indien. Vlahović erklärte die Bereitschaft der jugoslawischen Regierung, einen solchen Schritt Österreichs auf der Generalversammlung zu unterstützen, „weil die Lage Österreichs auch die jugoslawische Sicherheit betrifft“<sup>39</sup>. Auch in der Frage des von den Westmächten vorgeschlagenen „Kurzvertrages“ (= „Räumungsprotokoll“) nahm Jugoslawien auf Österreich Rücksicht und übergab die vorgesehene Antwortnote in französischer Sprache. – Minister Gruber beauftragte den Gesandten Karl Braunias, nach Fortsetzung der Verhandlungen am 21. Juni, zu erklären, dass es im Interesse der beiderseitigen Verhandlungen gelegen wäre, „die Note jetzt nicht abzuschicken“. Die jugoslawische Seite erwiderte, dass darüber nur Marschall Tito entscheiden könne, da die Note bereits im Ministerrat beschlossen worden sei. In Brioni war davon allerdings nicht mehr die Rede<sup>40</sup>.

Die weiteren Verhandlungspunkte betrafen bereits konkrete bilaterale Fragen: In der Frage der Eigentumsregelungen vertrat Botschafter Bartoš den grundsätzlichen Standpunkt, dass mit der Liquidation des österreichischen Vermögens in Jugoslawien die „jugoslawischen Wunden, die aus Österreichs Verschulden [sic!] entstanden sind, dadurch geheilt erscheinen“. Andererseits sei das jugoslawische Vermögen in Österreich durch die Besatzungsbestimmungen der Alliierten für Österreich festgelegt. Außenminister Gruber hielt diesem Standpunkt entgegen, „dass Österreich mangels seiner völkerrechtlichen Handlungsunfähigkeit keine Verantwortung an den kriegesischen Ereignissen“ treffe und „daher auch keine Pflicht zur Entschädigung“ habe. Gruber erklärte sich aber bereit, angebliche Bereicherungen österreichischer Staatsangehöriger „sine causa“ prüfen zu lassen, und stimmte einer unparteiischen Prüfung der wechselseitigen Schäden zu. Österreich beabsichtige jedenfalls nicht, die jugoslawischen Grundbesitzer zu stören, hoffe aber in einem Grenzverkehrsabkommen die freie und ungehinderte Bearbeitung der „Überlandgrundstücke“ – also der Grundstücke jenseits der Grenze – und den Transfer der Ernte aufnehmen zu können. Eine neue Brücke bei Radkersburg (Radgona) könnte den lebendigen Verkehr an der Grenze unterstützen. – Erstaunlicherweise wurde von beiden Seiten die alliierte Festlegung vom 20. Juni 1949 hinsichtlich Liquidierung der österreichischen Vermögenswerte in Jugoslawien nicht erwähnt<sup>41</sup>.

Zur Minderheitenfrage hatte der jugoslawische Gesandte Repič ein Aide-Mémoire betreffend die Lage der slowenischen und kroatischen Minderheiten in Österreich vorgelegt, das folgende Forderungen beinhaltete:

- Schutz der Minderheiten als Ganzes;
- Einrichtung kompetenter Organe bei der Bundesregierung bzw. bei der Kärntner Landesregierung und bei der Burgenländischen Landesregierung;
- keine Aufspaltung der slowenischen Minderheit durch Frage nach slowenischer und windischer Sprache bei der Volkszählung;
- volle Durchführung der Kärntner Schulverordnung von 1945 und Einstellung von Angriffen österreichischer Parlamentarier, Organisationen und Presseorgane;
- Einrichtung eines slowenischen Gymnasiums und slowenischer Fachschulen;
- volle Gleichberechtigung der slowenischen Sprache im öffentlichen Leben als zweite Landessprache in Kärnten;
- keine Zurücksetzung von Slowenen bei der Aufnahme in den Staats- oder Landesdienst sowie bei der Verleihung von Konzessionen;

- Aufstellung zweisprachiger Ortstafeln und Anbringung anderer zweisprachiger Aufschriften;
- keine Benachteiligung der Slowenen bzw. der slowenischen Genossenschaften bei der Gewährung von Krediten, staatlichen Subventionen und der Marshallplanhilfe;
- gerechte Behandlung slowenischer Rückstellungsansprüche vor Gerichten;
- gesetzliche Regelung des kroatischen Volksschul- und Hauptschulwesens<sup>42</sup>.

Innenminister Ranković und Außenminister Gruber hatten die Minderheitenfrage bereits in ihren Tischreden angesprochen. In der Verhandlungsrunde erläuterte Legationsrat Dragomir Vučinić die wesentlichsten Probleme. Jugoslawien erwarte eine Anerkennung der Gleichberechtigung der slowenischen Sprache in den Staatsämtern und bei Gerichtshöfen, eine „doppelsprachige Beschriftung in dem Kärntner Gebiet, wo die slowenische Minderheit lebt“, eine Ausweitung der Zweisprachigkeit auf alle 107 Volksschulen (im Gebiet der Schulverordnung), die Eröffnung einer slowenischen Lehrerbildungsanstalt in Klagenfurt und eines slowenischen Gymnasiums, die Gründung einer landwirtschaftlichen Schule und keine Diskriminierung der slowenischen Bauern bei Kreditvergaben. Minister Vlahović ergänzte, dass die jugoslawische Regierung diese Fragen – um der österreichischen Regierung keine zusätzlichen Schwierigkeiten zu bereiten – durchaus vertraulich behandeln wolle. Außenminister Gruber erklärte sich einerseits bereit, die jugoslawischen Beschwerden mit den zuständigen österreichischen Ministerien und mit der Kärntner Landesregierung zu besprechen, und nahm dann grundsätzlich zum möglichen juristischen Minderheitenschutz Stellung. Es gebe die Möglichkeit zu zweiseitigen Abmachungen zwischen Österreich und Jugoslawien oder zur Festlegung in einem künftigen Vertrag für Österreich. Dies müsse er auch mit den vier Besatzungsmächten besprechen<sup>43</sup>.

Als Marschall Tito den österreichischen Außenminister am 23. Juni 1952 auf der Adriainsel Brioni empfing, fiel nicht nur der Willkommensgruß bei nahe schon herzlich aus, sondern auch der Inhalt der Tischrede ziemlich konkret:

„[...] Ich möchte besonders hervorheben, dass wir möglichst gute Beziehungen und enge Zusammenarbeit – sowohl ökonomische, kulturelle wie auch politische – mit der benachbarten österreichischen Republik wünschen. Solche Beziehungen und eine solche Zusammenarbeit finden wir unerlässlich, denn sie sind in jeder Hinsicht für die beiden Länder vorteilhaft, besonders in der Hinsicht des materiellen Austausches, was sich in der bisherigen Praxis einigermmaßen schon bestätigt. Es ist im Leben und

in der Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern, die große gemeinsame Interessen haben – und dies ist gerade der Fall zwischen unseren beiden Ländern –, sehr wichtig, dass sie sich ständig und beharrlich, aufgrund beiderseitigen Verständnisses, bestreben, sämtliche kleinen und unwichtigen Elemente, die der Erringung der gemeinsamen und größeren Vorteile und der gemeinsamen Ziele im Wege stehen, zu beseitigen. [...] Wir haben ein volles Verständnis für die Lage, in welcher sich die österreichische Republik auch heute noch in Bezug auf den Friedensvertrag befindet, und wünschen, dass sie sich aus dieser Lage so bald als möglich befreit, damit sie sich vollkommen frei entwickeln kann. Ich kann dem Herrn Minister unsere moralische und politische Unterstützung in dieser Hinsicht versichern. [...]"

Außenminister Gruber betonte in seiner Antwort die historische Notwendigkeit von freundschaftlichen Beziehungen zwischen Nachbarvölkern und des regelmäßigen Gedankenaustausches auf staatlicher Ebene<sup>44</sup>.

Außenminister Gruber hatte in den dem Déjeuner vorangegangenen Gesprächen die schwierigen Verhandlungen Österreichs mit den vier Großmächten um einen Staatsvertrag erläutert. Die Sowjetunion scheine derzeit zu keinem Abschluss bereit zu sein, aber auch die Westmächte legten keine besondere Eile an den Tag. Marschall Tito sah die österreichische Frage mit der deutschen Frage verbunden und diese sei in Europa die schwierigste Frage zwischen den Westmächten und der Sowjetunion. Moskau sehe noch immer Kriegsgefahr und wolle in Mitteleuropa kein „Atout“ aus der Hand geben. Daher werde es nach seiner Meinung so lange keine Lösung der österreichischen Frage geben, solange die deutsche Frage nicht gelöst sei. Die neuen sowjetischen Vorschläge zu Deutschland seien jedoch „reine Demagogie“, ein „Propagandatrick“: Die „Russen“ wollten ein vereinigtes Deutschland nur unter sowjetischem Einfluss. Denn zögen sich die Sowjets aus Österreich zurück, müssten sie auch aus Ungarn und Rumänien abziehen. Der jugoslawische Ministerpräsident räumte auch unumwunden ein, dass die Zusammenarbeit mit Österreich für das sowjetische Druck ausgesetzte Jugoslawien von großer wirtschaftlicher, nicht zuletzt aber auch politischer Bedeutung sei. Eine solche Zusammenarbeit könne, nach Tito, auch zur Verstärkung jener Front beitragen, die dem „imperialistischen Druck aus dem Osten“ Widerstand leisten könnte. Außerdem wolle die Sowjetunion in Österreich auch weiterhin das Erdöl ausbeuten. Erstaunlicherweise wurde im Gespräch Tito–Gruber die Frage der slowenischen Minderheit in Kärnten kein einziges Mal erwähnt. Außenminister Gruber war über den freundlichen Empfang sichtlich erfreut und hoffte auf die Bewältigung der während des Krieges entstandenen Probleme, wie etwa das Schicksal der letzten österreichischen

Kriegsgefangenen. Tito sagte die sofortige Freilassung der kranken Kriegsgefangenen zu, auch eine baldige Lösung für die anderen<sup>45</sup>.

In einer Besprechung bei Generalsekretär Wildmann am 10. Juli 1952 wurden alle aktuellen Verhandlungsgegenstände aufgelistet, die nun einer Erledigung zugeführt werden sollten. Die Liste enthielt ein jugoslawisches Aide-Mémoire zum Minderheitenproblem, ein österreichisches Aide-Mémoire zum Staatsvertrag, Verhandlungen über den kleinen Grenzverkehr, Verhandlungen über den Neubau der Murbrücke bei Radkersburg, die Zusammenführung von Volksdeutschen, die Freilassung österreichischer Kriegsgefangener, die Auslieferung österreichischer Zeitungen nach Jugoslawien, Verhandlungen über jugoslawische Forderungen betreffend die Draukraftwerke, die Teilnahme Österreichs an der Donau-Kommission, ein bilaterales Luftfahrtabkommen, ein bilaterales Sozialversicherungsabkommen, jugoslawische Restitutionswünsche und den bilateralen Warenaustausch. Am schnellsten wurde der Brückenbau in Radkersburg in Angriff genommen, die Eröffnung bereits für den 3. September 1952 vorgesehen. Ebenso rasch wurden Verhandlungen in Bad Gleichenberg eingeleitet: über den kleinen Grenzverkehr und die Rückgabe von land- (bis zu 35 ha) und forstwirtschaftlich (bis zu 25 ha) nutzbarem Boden (insgesamt aber nicht mehr als 40 ha) an österreichische Doppelbesitzer auf beiden Seiten der Grenze. Auch weitere Kriegsgefangene wurden freigelassen und ein Luftfahrtabkommen in Belgrad paraphiert. Der jugoslawische Gesandte Repić übergab ein Aide-Mémoire zur Minderheitenfrage und unterstrich das Interesse seines Landes an einem bilateralen Abkommen. In der Frage der nun freiwilligen Migration der Volksdeutschen aus Jugoslawien behielt sich Innenminister Oskar Helmer die Ausstellung der Einreisebewilligungen selbst vor und schlug sogar vor, von Jugoslawien Reziprozität zu verlangen<sup>46</sup>.

Beim Gegenbesuch des jugoslawischen Außenministers Koča Popović im November 1953 in Wien ging es dann vor allem um Möglichkeiten einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit; diese Intensivierung der bilateralen Beziehungen könnte auch zur Lösung der Minderheitenprobleme beitragen. Auch diesmal war von jugoslawischen Gebietsansprüchen keine Rede mehr.

## Auf dem Weg zum Staatsvertrag

In einem ausführlichen Gespräch über die Berliner Außenminister-Konferenz zwischen Edvard Kardelj – der mittlerweile stellvertretender Vorsitzender des Bundesexekutivrates, also Vizepräsident, geworden war – und dem österreichischen Botschafter Walter Wodak am 24. Februar 1954 in Bel-

grad wies der Stellvertreter Titos darauf hin, dass sich die neue sowjetische Politik unter Georgij M. Malenkov in einer Konsolidierungsphase befinde, in der sie nicht bereit sei, Konzessionen zu machen. Die Russen würden aber Österreich verlassen, wenn es sich für sie auszahlen würde. Kardelj sah jedoch – im Unterschied zu Tito 1952 – keine direkte Bindung der österreichischen Frage an die deutsche Frage, was er bereits 1947 bei Stalin festgestellt hätte. Und Molotov hatte ihm, Kardelj, damals bei den Staatsvertragsverhandlungen in Moskau im April 1947 sehr deutlich gemacht, dass die Kärntner Frage nicht den Abschluss des Staatsvertrages verhindern dürfe. Schließlich betonte Kardelj nun, im Februar 1954, die Notwendigkeit engerer politischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Jugoslawien und Österreich und unterstrich die „geopolitische, wirtschaftliche und kulturelle Verbundenheit“ der Völker in Mitteleuropa und im Donauraum<sup>47</sup>.

Einen Tag nach diesem bemerkenswerten Belgrader Gespräch empfing Gesandter Schöner den jugoslawischen Botschafter Vučinić, um ihn über die Berliner Konferenz zu informieren. Die Russen hätten in Berlin deutlich gemacht, dass sie nicht bereit seien, in Europa eine Position aufzugeben, solange die deutsche Frage nicht gelöst sei; das aber könne noch 10 bis 15 Jahre dauern. Im Übrigen wünsche auch der Westen keine Vereinigung Deutschlands, vor allem Frankreich. Auch eine „Neutralisierung“ Deutschlands sei nicht realistisch, denn jede Regierung eines vereinigten Deutschlands werde sich dem westlichen System anschließen. Auch SPD-Mitglieder hätten Schöner in Berlin mitgeteilt, dass im Falle freier Wahlen auch in der DDR die Mehrheit für Konrad Adenauer stimmen würde. Dies sei auch den Russen wohl bekannt. Molotov sei zwar beim Abendessen mit Figl und Kreisky geradezu freundschaftlich gewesen, habe aber an die österreichische Delegation appelliert zu verstehen, dass auch er nichts anderes vertreten könne, was er vorgeschlagen habe. Vermutlich stehe er unter dem Druck sowjetischer Militärkreise. Der jugoslawische Botschafter bestärkte Schöner, die Gespräche mit den Russen fortzuführen, auch wenn sich der US-Außenminister John Foster Dulles dagegen ausgesprochen habe<sup>48</sup>.

Der jugoslawische Botschafter Vučinić fasste für sein Außenministerium die Entwicklung der österreichisch-sowjetischen Beziehungen nach der Berliner Konferenz und einer scharfen Demarche des sowjetischen Hochkommissars Iljičov bei Bundeskanzler Raab und Vizekanzler Schärf am 17. Mai 1954 zusammen:

1. Die russischen Vorschläge und ihre Ablehnung seitens der österreichischen Regierung seien ein Wendepunkt. Die sowjetische Seite sei von der österreichischen Ablehnung überrascht worden und versuche nun ihrem Ärger durch eine Reihe von unfreundlichen Maßnahmen in Österreich



Ausdruck zu geben: Obstruktion im Kontrollrat; negative Haltung in der Frage der Rückführung der Kriegsgefangenen; Vorwurf der militaristischen und „Anschluss“-Propaganda; Proteste gegen österreichische Presse und Plakate.

2. Bundeskanzler Raab betonte gegenüber Iljičov die entschiedene Haltung der österreichischen Regierung gegenüber jeder „Anschluss“-Propaganda und früheren SS- und SD-Elementen. Raab gab in diesem Zusammenhang auch eine Regierungserklärung im Parlament ab.
3. Auch für den jugoslawischen Botschafter in Wien war nicht erkennbar, ob die Russen tatsächlich schärfere Maßnahmen ergreifen wollten oder ob die Intervention einfach ein Ausdruck der „Politik der festen Hand“ sei.<sup>49</sup>

Genau ein Jahr vor Abschluss des Staatsvertrages empfing Staatssekretär Bruno Kreisky den jugoslawischen Botschafter Vučinić zu einem ausführlichen Gespräch im Bundeskanzleramt. Kreisky resümierte das unfreundliche Verhalten der Sowjetunion gegenüber der österreichischen Regierung. So werfe sie etwa Innenminister Oskar Helmer „Anschluss“-Absichten vor. Gleichzeitig verlange die KPÖ einen aktiven Kampf gegen die „amerikanische Aggression“ [sic!, Anm. von Botschafter Vučinić]. Als der jugoslawische Botschafter auf eine Zunahme der großdeutschen Propaganda in Österreich hinwies, besonders auf diverse „Soldatentreffen“, spielte Kreisky deren Bedeutung herunter, dass diese Treffen in der Provinz nur alle fünf Jahre stattfänden. Da 90 Prozent der Bevölkerung Pazifisten seien, bestünde keine Gefahr, dass diese Treffen missbraucht werden könnten. Auch der jugoslawische Botschafter in Moskau fragte nach den Ursachen der Verschärfung der sowjetischen Haltung gegenüber Österreich. Botschafter Bischoff verwies zuerst auf das sowjetische Entgegenkommen nach dem Tode Stalins, von etwa 1000 österreichischen Kriegsgefangenen (unter 13.000 deutschen) ungefähr 600 zu amnestieren und freizulassen. Die restlichen unterstünden unter dem Terminus „Kriegsverbrecher“ internationalem Strafrecht. Die neuen sowjetischen Vorwürfe hinsichtlich einer Zunahme der „Anschluss“-Propaganda und von Aktivitäten ehemaliger Soldaten seien keine neuen Angelegenheiten. Für Bischoff seien dies nur Hinweise auf den Kalten Krieg in Europa und dass man keine Lösung der österreichischen Frage erwarten könne, solange die deutsche Frage nicht gelöst sei. Dieselbe Einschätzung hörte Botschafter Vidić im Oktober 1954 von Botschafter Zorin in Moskau. Hinsichtlich des Truppenabzuges wies er außerdem darauf hin, dass sich die UdSSR „weit zurück“ bewegen müsste, während dies für die Anglo-Amerikaner nur hundert Kilometer wären. Vidić machte aber darauf aufmerksam, dass es nicht eine Frage von Kilometern, sondern eine politisch-moralische Frage sei und dass die



demokratischen Kräfte in Europa einen sowjetischen Truppenabzug aus Österreich „als Zeichen der Nicht-Aggressivität“ der UdSSR betrachteten<sup>50</sup>.

Am 17. Dezember 1954 fuhr eine jugoslawische Wirtschaftsdelegation unter Leitung von Mijalko Todorović, dem früheren Landwirtschaftsminister und nunmehrigen Mitglied des Bundesexekutivrates, nach Moskau, um mit der sowjetischen Seite über eine Normalisierung der jugoslawisch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen zu verhandeln. Eines Abends erschien nicht nur der sowjetische Außenhandelsminister Anastas I. Mikojan in der jugoslawischen Botschaft, sondern praktisch die gesamte sowjetische Führungsspitze: der Erste Sekretär Nikita S. Chruščev, Ministerpräsident Georgij M. Malenkov, der stellvertretende Ministerpräsident Lazar M. Kaganovič, Außenminister Vjačeslav M. Molotov und Verteidigungsminister Nikolaj A. Bulganin. Der slowenische Botschaftsrat Bogdan Osolnik erinnerte sich in seinen Memoiren, dass Chruščev um ein neuerliches Zusammengehen warb: „Wir sind Kommunisten – Ihr seid Kommunisten, wir sind Slawen – Ihr seid Slawen, wir sind Pravoslawen [= Orthodoxe] – Ihr seid Pravoslawen.“ Todorović wies darauf hin, dass Osolnik als Slowene römischer Katholik sei, worauf Chruščev nur ein „Vrag jih vzemi“ [Zum Teufel mit ihnen allen] entkam. Dann kam es zu einer Tour d’Horizon, die von Indien – wo Tito gerade zu Besuch weilte – bis Deutschland führte. Als die Russen darauf hinwiesen, dass die Eingliederung Westdeutschlands in die NATO die Beziehungen in Europa vollständig blockiere, warf der jugoslawische Botschafter Vidić ein: „Wieso sollte nicht Ihre Anregung für den Abschluss eines Staatsvertrages mit Österreich gegeben werden können?“ Molotov antwortete aufbrausend: „Nein, dies keinesfalls! Dann kämen die Kräfte des Imperialismus unserer Grenze noch um 250 km näher.“ Todorović replizierte: „Auf diese Weise müssen Sie die Folgen einer solchen Anregung nicht einschätzen! Bedenken Sie, was Sie für sich in politischer Hinsicht gewinnen könnten! Wir betrachten diese Frage nicht nur von der militärischen Seite; was bedeuten heute 250 km bei der heutigen Rüstung?“ Aber Molotov beharrte: „Es ist nicht möglich, den österreichischen Vertrag von der deutschen Frage zu trennen.“<sup>51</sup> – Gerald Stourzh wies als erster auf die Bedeutung dieser Diskussion hin. Der Einsatz der jugoslawischen Diplomaten gegenüber der sowjetischen Führungsspitze für den Abschluss des österreichischen Staatsvertrages erscheint tatsächlich bemerkenswert, entsprach freilich der konsequenten außenpolitischen Linie Belgrads seit Juni 1952. Wie sehr allerdings der Kreml die österreichische mit der jugoslawischen Frage verband, muss nach wie vor offen bleiben<sup>52</sup>.

Botschafter Walter Wodak hatte im Oktober 1954 vom Ballhausplatz den Auftrag erhalten, „den Jugoslawen (sic!) mitzuteilen, Österreich sei bereit, ihren Wünschen bezüglich einer wirtschaftlichen Kooperation näher zu treten, dass aber in diesem Zusammenhang die Frage des österreichischen Ver-

mögens in Jugoslawien behandelt werden müsse, ebenso wie die Herstellung einer allgemeinen klimatischen Besserung, wie z. B. eine Erklärung von Seiten Jugoslawiens über die Anerkennung der Grenze, wobei in gleicher Form von Seiten Österreichs der Status quo in der Minderheitenfrage garantiert werden könnte“. – Offensichtlich rechnete zu diesem Zeitpunkt in Wien noch niemand mit einem baldigen Abschluss des Staatsvertrages, sodass wesentliche bilaterale Regelungen mit Jugoslawien überlegt wurden. – Als Wodak diese Anregungen in Belgrad vortrug, erhielt er am 4. November 1954 vom stellvertretenden Außenminister Aleš Bebler ein mündliches Memorandum, „in welchem in nicht gerade freundlicher Weise eine Anerkennung der Grenzen zugesagt wurde, während in der Vermögensfrage eine Lösung vorgeschlagen wurde, die ‚weder vom politischen noch vom wirtschaftlichen Standpunkt weniger günstig sein dürfte als die des Artikels 45/2‘ (also ein Verzicht seitens Österreichs auf das Eigentum); außerdem wurde ein Minderheitenstatut vorgeschlagen“. Wodak gab auf diese Gegenvorschläge vorerst keine Antwort und ließ durch Zurückhaltung „eine große Enttäuschung“ erkennen. Nun schaltete sich neuerlich Edvard Kardelj – mittlerweile der stellvertretende Staatschef – ein und erklärte am 30. Dezember 1954 Wodak, dass „Jugoslawien bereit sei, die Grenzen anzuerkennen, denn sie seien keine Nationalisten, die glauben, dass alle Menschen einer Zunge in einem Lande vereinigt sein müssten“. – In den Jahren nach 1945 war gerade das gefordert worden! – Hinsichtlich des österreichischen Eigentums in Jugoslawien sei Belgrad bereit, dem prinzipiellen Standpunkt Wiens Rechnung zu tragen, Wien aber müsse auf die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse Jugoslawiens Rücksicht nehmen. Bebler war über die Intervention seines slowenischen Landsmannes nicht erfreut, schlug aber vor, dass beide Seiten konkrete Vorschläge machen sollten. Knapp vor der Abreise Wodaks nach Wien unterstrich Bebler auch das Interesse Jugoslawiens am Abschluss des österreichischen Staatsvertrages, womit eine Anerkennung der Grenzen verbunden sei<sup>53</sup>.

In Wien hatte mittlerweile am 10. Jänner 1955 eine interne Diskussion über die Frage der Liquidation österreichischer Vermögenswerte in Jugoslawien stattgefunden. In dieser Besprechung beim Politischen Direktor, dem Gesandten Josef Schöner, wurde die Wichtigkeit eines Verzichtes Jugoslawiens auf Artikel 45/2 – der spätere Artikel 27/2 des Staatsvertrages – betont. Gesandter Braunias warnte allerdings, dass ein Zugeständnis Jugoslawiens in der Eigentumsfrage nur zu erreichen wäre, wenn Österreich zu wirtschaftlichen Zugeständnissen bereit wäre, wie etwa die Umwandlung kurzfristiger Kredite in langfristige, die österreichische Beteiligung an einem Weltbankkredit für Jugoslawien – schien laut Wodak nach der kürzlich verstimmten Abreise des Weltbankdirektors aus Belgrad nicht aktuell zu sein – und Lieferungen der VOEST (Vereinigte Österreichische Eisen- und Stahlwerke). Gesandter Stephan Verosta, der Leiter

des Völkerrechtsbüros, regte auch den Abschluss eines Freundschaftsvertrages mit Jugoslawien an<sup>54</sup>.

Botschafter Wodak erstattete am 25. Jänner Außenminister Figl und Staatssekretär Kreisky Bericht, die übereinstimmend festhielten, „dass ein Eingehen auf engere wirtschaftliche Beziehungen mit Jugoslawien von der Klärung des österreichischen Vermögens als eine *Conditio sine qua non* abhängen müsste“. Und Figl gab den Auftrag, zwar keine Erklärung über die Aufhebung des „Beschlagnahmegesetzes“ – der AVNOJ-Beschluss vom 21. November 1944 hatte nicht nur die deutschen und volksdeutschen Vermögenswerte betroffen, sondern auch die österreichischen – zu verlangen, aber zuerst den Jugoslawen die im österreichischen Finanzministerium erliegenden 4000 bis 5000 Anträge („also die konkretisierten Ansprüche der Geschädigten“) zur Überprüfung zu übermitteln. Wodak solle Bebler, der bereits angedeutet habe, dass eine solche Aktion verwaltungstechnisch durchführbar sei, auch vorschlagen, „die Jugoslawen sollen ihrerseits ihre wirtschaftlichen Vorschläge unterbreiten“<sup>55</sup>. Figl und Kreisky zeigten sich auch in der Minderheitenfrage beweglich, wenn sie den Kärntner Slowenen eine Lehrerbildungsanstalt und eine landwirtschaftliche Fortbildungsschule zubilligen wollten und sogar zur Errichtung von Partisanendenkmälern in Völkermarkt und am Loiblpass bereit waren. In einer neuerlichen Beamtenbesprechung unter Leitung von Generalsekretär Wildmann bezweifelte allerdings der Gesandte Schöner, ob bezüglich des österreichischen Vermögens – Wodak schätzte allein den Wert des beschlagnahmten Grundbesitzes auf 6 bis 7 Millionen Dollar – „die Jugoslawen jemals etwas aus ihrer eigenen Volkswirtschaft abgeben werden“. Und Wodak ergänzte, „dass die Jugoslawen den Artikel 45/2 nicht zurückziehen können, sondern nur erklären können, davon keinen Gebrauch zu machen. Die Jugoslawen würden einen solchen Verzicht eher abgeben als das Beschlagnahmegesetz aus dem Jahre 1944 aufheben.“<sup>56</sup>

Außenminister Figl erklärte sich „geneigt“ (sic!), gelegentlich eines Ministerbesuches in Jugoslawien eine Reihe von Protokollen oder einen Freundschaftsvertrag oder beides zu unterzeichnen, in denen folgende Materien behandelt werden sollten:

„A. Österreichische Forderungen:

1. Anerkennung der österreichisch-jugoslawischen Staatsgrenze.
2. Jugoslawien verzichtet auf die Geltendmachung des Artikels 45/2 des Staatsvertragsentwurfes.
3. Befriedigende Regelung der Frage des österreichischen Eigentums in Jugoslawien.
4. Eventuell noch andere, aus dem Krieg resultierende Fragen.

B. Österreich ist bereit, Jugoslawien auf folgenden Gebieten entgegenzukommen:

1. Allgemeine Erklärung über eine wirtschaftliche Zusammenarbeit.
2. Erklärung über die slowenischen Minderheiten in Kärnten (Garantie des jetzigen, von Jugoslawien als befriedigend anerkannten Zustandes).
3. Beiderseits befriedigende Regelung der Schulfrage in Kärnten.“

Botschafter Wodak fasste diesen Auftrag so zusammen, dass er ihn nicht nur mit Bebler, sondern auch an „höherer Stelle“, am besten mit Tito selbst, erörtern werde<sup>57</sup>.

Der erste Ansprechpartner Wodaks in Belgrad war wieder Bebler. Der österreichische Botschafter präsentierte alle anstehenden Probleme so, dass sie in einer Anzahl von Protokollen oder Erklärungen der beiden Regierungen bis Mai 1955 gelöst werden könnten. Bebler schienen vor allem die konkreten Vorschläge – Zusammenarbeit bei der Holzgewinnung, bei der Elektrifizierung der Südbahn und beim Ausbau des Hafens von Rijeka; Errichtung einer slowenischen Lehrerbildungsanstalt und eines slowenischen Gymnasiums in Kärnten – sehr zu gefallen, und er unterrichtete sofort den Vizepräsidenten Kardelj sowie auf telegraphischem Wege den im Ausland befindlichen Marschall Tito. Die praktischen Verhandlungen über die verschiedenen Materien sollten in Belgrad und in Wien stattfinden<sup>58</sup>.

Acht Tage nach der sensationellen Rede Außenminister Molotovs am 8. Februar 1955 vor dem Obersten Sowjet über den Abschluss eines Staatsvertrages mit Österreich erläuterte der Erste Rat an der sowjetischen Botschaft in Wien, A. M. Timoščenko, dem Sekretär der jugoslawischen Botschaft, Milan Komatina, die neuen Motive der sowjetischen Außenpolitik: Österreich nehme für die Sicherheit der UdSSR eine bedeutende Position ein; daher verlange die UdSSR reale Garantien, dass Österreich nicht als Basis gegen die UdSSR verwendet werden könne. Weder die Erklärung der österreichischen Regierung, keinem Block beizutreten, noch eine Klausel im Staatsvertrag über das Verbot des „Anschlusses“ stellten ausreichende Garantien dar; auch ein Vertrag der vier Mächte über die österreichische Neutralität könne dies nicht erfüllen. Die öffentlichen Kreise in Österreich unterschätzten die Gefahr für die österreichische Unabhängigkeit, die in erster Linie vom remilitarisierten Deutschland ausginge. Auf die direkte Frage des jugoslawischen Gesprächspartners, an welche reale Garantien die UdSSR denke, bekam er freilich noch keine direkte Antwort. Drei Wochen später stellte Timoščenko die Ausführungen Molotovs zu Österreich als „nichts Neues“ hin und betonte vor allem die feste Haltung der UdSSR, jeden Gedanken eines „Dranges nach Osten“ im Keim zu ersticken.

Im Übrigen unterstrich er in einem Gespräch mit dem jugoslawischen Botschaftsrat Zvonko Lučić die Bereitschaft der UdSSR, alle offenen Fragen in einem Staatsvertrag zu lösen<sup>59</sup>.

Am 9. Februar 1955 wurde der jugoslawischen Botschaft in Moskau eine Deklaration des Obersten Sowjets der UdSSR übermittelt, in der ein Austausch von parlamentarischen Delegationen der beiden Staaten vorgeschlagen wurde. Das Präsidium der jugoslawischen Bundesvolksversammlung begrüßte diesen Vorschlag und hielt in seiner Antwort fest:

„[...] Die Erfahrungen der ganzen Zeit nach dem letzten Weltkriege haben gezeigt, dass die Probleme der Welt nicht durch Teilung der Welt in zwei sich feindlich gegenüberstehenden Mächteblöcken gelöst werden können. Auch nicht durch die Mittel des gefährvollen Rüstungswettlaufs und durch die Schaffung von bewaffneten Staatengruppen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass es nicht in einem einzigen Fall möglich war, ein internationales Problem unter Zugrundelegung der Politik des Kalten Krieges der Machtpolitik oder der Drohung mit Gewalt zu lösen. [...] daher werden die Völker Jugoslawiens und ihre Vertreter ihre größten Anstrengungen fortsetzen, um eine internationale friedliche Koexistenz zu erwirken. [...]“<sup>60</sup>

Am 7. März 1955 legte Staatspräsident Tito vor der Vollversammlung beider Häuser des jugoslawischen Parlaments ein außenpolitisches Exposé vor, das vor allem in einem Punkt Aufsehen erregte. Tito wendete sich in scharfer Form gegen die von Molotov am 8. Februar vertretenen Thesen über die sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen und beschuldigte den sowjetischen Außenminister geradezu, die Unwahrheit gesagt zu haben. Noch überraschender war die Veröffentlichung dieser Bemerkungen Titos in der Parteizeitung *Pravda* und in der Regierungszeitung *Izvestija* am 12. bzw. 10. März 1955. Dies war allerdings mit Belehrungen an die jugoslawischen Genossen verbunden: Die jugoslawischen Führer hätten nun ihre Fehler eingesehen und ihre Außenpolitik geändert. Aber die jugoslawischen Zeitungen vergaßen nicht, auf die berüchtigten sowjetischen Attacken im Jahre 1948 und danach hinzuweisen. Tito hob in seinem Exposé aber auch die Notwendigkeit der europäischen Zusammenarbeit, der Wiederherstellung der Souveränität Österreichs und der Intensivierung der Beziehungen zwischen Jugoslawien und Österreich hervor:

„[...] Dem gleichen Ziele würde auch die Lösung der österreichischen Frage dienen, die eigentlich nur ein Spiegel der bestehenden Politik der Blöcke ist. Dieses kleine und fleißige Volk hat es verdient, dass ihm seine volle Unabhängigkeit ermöglicht werde. Ein derartiger Akt würde die berechtigte Hoffnung erwecken, dass man auch hier in Europa neue Wege zu gehen wünscht. Ich wünsche noch hinzuzufügen, dass wir mit Zufriedenheit den beiderseits geäußerten Wunsch unserer Länder zu einer wei-

teren Entwicklung und Vertiefung der gutnachbarlichen Beziehungen und freundschaftlichen Zusammenarbeit begrüßen.“<sup>61</sup>

In einem Gespräch zwischen dem stellvertretenden Außenminister Vlahović und Botschafter Wodak im jugoslawischen Außenministerium Ende März 1955 herrschten hinsichtlich eines Abschlusses des Staatsvertrages noch verschiedene Spekulationen vor: Die Truppen der Besatzungsmächte würden Österreich erst bis zum 1. Jänner 1957 verlassen; dann könnte Österreich ein Modell für Deutschland werden, das seine territorialen Hoffnungen in Bezug auf Schlesien noch nicht aufgegeben habe<sup>62</sup>.

Nach Abschluss der Moskauer Verhandlungen wurde Botschafter Wodak am 28. April von Präsident Tito empfangen, dem er das streng vertrauliche Memorandum über die Resultate der sowjetisch-österreichischen Verhandlungen und ein eigenes Dokument über die Heimkehr der Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion übergab. Tito fragte nach eventuellen Beschränkungen der österreichischen Neutralität, etwa in der Handelsfreiheit oder hinsichtlich eines Beitrittes zu den Vereinten Nationen. Wodak konnte beides verneinen und unterstrich die strikte militärische Neutralität, worauf Tito meinte, dass die österreichische Neutralität damit eher der von Schweden entspreche. Danach fragte Tito, ob die Westmächte wirklich bereit seien, auf die „Neutralisierung Österreichs“ einzugehen, da sie doch Auswirkungen auf Deutschland zu fürchten hätten und die Neutralisierung Österreichs die Unterbindung der Nord-Süd-Verbindung zwischen Deutschland und Italien bedeute. Er, Tito, wüsste davon ein Lied zu singen, dass die Militärs immer alle „gaps“ schließen wollten<sup>63</sup>. Wodak verwies auf die Erklärung von Außenminister Dulles, nach der NATO-Konferenz den Staatsvertrag in Wien unterzeichnen zu wollen. Dann sprach Wodak im Auftrag von Bundeskanzler Raab und Außenminister Figl noch einmal den Artikel 45/2 an und ersuchte aus prinzipiellen Gründen um Verzicht seitens der jugoslawischen Regierung. Österreich wäre bereit, bei den Verhandlungen über die Kompensation des von Jugoslawien verstaatlichten österreichischen Vermögens die schwere wirtschaftliche Situation Jugoslawiens zu berücksichtigen. Tito zeigte sich über das Problem orientiert, verwies aber auf die sehr schwere wirtschaftliche Situation Jugoslawiens, in der es keine prinzipielle, sondern eine Geldfrage sei. Er erklärte sich aber bereit, die Angelegenheit mit seinen Mitarbeitern – anwesend waren Staatssekretär Popović und Generalsekretär Vilfan – zu besprechen<sup>64</sup>. Letzten Endes blieb jedoch die Liquidation der österreichischen Vermögen in Jugoslawien im Artikel 27/2 des Staatsvertrages bestehen; da halfen auch keine späteren Interventionen des Botschafters Wodak<sup>65</sup>.

Der stellvertretende Leiter des Wiener Völkerrechtsbüros, Rudolf Kirchschläger, der spätere Außenminister und Bundespräsident, entwickelte



Ende April 1955 dem Sekretär der jugoslawischen Botschaft in Wien, Staniša Cvetković, einige grundlegende Gedanken zum bevorstehenden Abschluss des Staatsvertrages:

1. Die wichtigste Aufgabe sei nun die Definition der österreichischen Neutralität und die Garantie dieser Neutralität.
2. Für Österreich sei es keine wesentliche Frage, ob es eine bewaffnete oder unbewaffnete Neutralität geben wird, auch nicht die Frage des Umfangs der Militärkontingente, die Österreich halten dürfe, solange alle vier Signatarmächte die Neutralität garantieren. Denn ein Angriff auf Österreich von anderer Seite als vom Ost- oder Westblock werde nicht erwartet.
3. Eine wichtige Frage für Österreich sei aber die wirtschaftliche Selbständigkeit – ohne Klauseln wie nach dem Ersten Weltkrieg, die im Vertrag von Saint-Germain die politische und wirtschaftliche Selbständigkeit der Republik beschränkt hätten. Daher sei die Übertragung der sowjetischen Rechte und Vermögenswerte auf dem Erdölsektor von besonderer Bedeutung.
4. Die normale Regelung der Frage der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit habe ihre Bedeutung für das Vertrauen der österreichischen Bevölkerung zu ihrem Staat, für die Loslösung vom Gedanken, dass Österreich nicht als selbständiger Staat existieren könne. Dies habe ferner Einfluss auf die Ausbildung eines österreichischen Nationalbewusstseins und die Fähigkeit, einen allfälligen „Anschluss“-Versuch abwehren zu können.<sup>66</sup>

Die Bewertung des Staatsvertrages fiel im jugoslawischen Außenministerium sehr positiv aus: Der Staatsvertrag sei kein typischer Friedensvertrag, sondern sei ein „Staatsvertrag über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich“ und enthalte daher etwa keine Reparationsbestimmungen. Freilich gebe es einschränkende Bestimmungen infolge „der Annexion Österreichs durch Hitler-Deutschland und seiner Teilnahme am Kriege als integrierender Teil Deutschlands“. Daher erhalte Jugoslawien auch das Recht, „österreichische Vermögensschaften, Rechte und Interessen, die sich im Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Vertrages auf jugoslawischem Gebiet befinden, zu beschlagnahmen, zurückzubehalten oder zu liquidieren“<sup>67</sup>. Die Alliierten und Assoziierten Mächte erklärten außerdem, „dass eine politische oder wirtschaftliche Vereinigung zwischen Österreich und Deutschland verboten ist“. Den slowenischen und kroatischen Minderheiten in Österreich werden das Recht zum Volksschul- und Mittelschulunterricht in der Muttersprache zugestanden, das Recht zum Gebrauch ihrer Sprachen in der Verwaltung und vor Gericht, das Recht auf Beschäftigung und das Verbot von Organi-

sationen, die die Rechte der Minderheiten beseitigen wollen. Erstaunlicherweise wies diese interne jugoslawische Stellungnahme auch darauf hin, dass die Sowjetunion einen früheren Abschluss des Staatsvertrages verhindert habe: zuerst durch ihre wirtschaftlichen Forderungen, dann durch die Verknüpfung mit der Triest-Frage, schließlich durch die Verbindung mit der deutschen Frage<sup>68</sup>.

Tatsächlich erwiesen sich die seit 1952 von der jugoslawischen Politik und Diplomatie entwickelten Gedankengänge zum Abschluss des Staatsvertrages am 15. Mai 1955 großteils als richtig. Schließlich konnte Jugoslawien – das dem Staatsvertrag als „assoziierte Macht“ am 28. November 1955 beitrug – auch mit den Artikeln 7 (Rechte der slowenischen und kroatischen Minderheiten), 11 (Anerkennung der Friedensverträge), 19 (Kriegsgräber und Denkmäler), 24 (Verzicht Österreichs auf Ansprüche gegen die Alliierten), 25 (Vermögen der Vereinten Nationen in Österreich) und 27 (Österreichisches Vermögen im Gebiete der Alliierten und Assoziierten Mächte) zufrieden sein. Daher hob Tito am Tag der Staatsvertragsunterzeichnung in einer Rede in Pula anlässlich des zehnten Jahrestages der Befreiung Jugoslawiens hervor, dass durch die Unterzeichnung des Staatsvertrags ein Problem, das die Welt belastet habe, beseitigt worden sei<sup>69</sup>.

#### Anmerkungen:

- 1 Gekürzte Fassung des gleichnamigen Beitrags in: Arnold Suppan – Gerald Stourzh – Wolfgang Mueller (Hgg.), *Der österreichische Staatsvertrag 1955. Internationale Strategie – rechtliche Relevanz – nationale Identität* (Wien 2005); 431–471.
- 2 Manfred Rauchensteiner, *Der Krieg in Österreich 1945* (Wien 1985); Janko Jeri – Dušan Nečak, *Boj za meje* [Der Kampf um die Grenzen], in: *Enciklopedija Slovenije*, Bd. 1 (Ljubljana 1987), 305–314; Arnold Suppan, *Zwischen Adria und Karawanken* (Deutsche Geschichte im Osten Europas 7, Berlin 2002), 414–422.
- 3 Metod Mikuž, *Pregled zgodovine narodnoosvobodilne borbe v Sloveniji* [Überblick der Geschichte des Volksbefreiungskampfes in Slowenien], Band IV (Ljubljana 1960), 163; vgl. *Die Partisanen in Kärnten. Kämpfer gegen den Faschismus – Kämpfer für ...? Eine Ausstellung des Kärntner Landesarchivs*, hg. von Wilhelm Wadl und Alfred Ogris (Klagenfurt 2003), 26–28; *Special-Orts-Repertorium von Kärnten. Obsiren imenik krajev za Koroško*, hg. von der k. k. Statistischen Central-Commission (Wien 1883).
- 4 Kardelj und Kidrič waren zu diesem Zeitpunkt auch Mitglieder des AVNOJ-Präsidiums, Kardelj darüber hinaus stellvertretender Vorsitzender des Nationalkomitees für die Befreiung Jugoslawiens (NKOJ). – *Enciklopedija Slovenije*, 4. Bd. (Ljubljana 1990), 412–415, 5 Bd. (Ljubljana 1991), 62 f.
- 5 Mikuž, *Pregled zgodovine* IV, 163; *Die Partisanen in Kärnten*, 26–28.
- 6 Siegfried Beer (Hg.), *Die „britische“ Steiermark 1945–1955* (Graz 1995), 692–697; Gabriela Stieber, *Die Briten als Besatzungsmacht in Kärnten 1945–1955* (Klagenfurt 2005), 17 f., 42 f.



- 7 Wilhelm Wadl, Der lange Weg zum Österreichischen Staatsvertrag und Kärnten, in: 50 Jahre Österreichischer Staatsvertrag 1955–2005, Nachkriegsalltag in Kärnten 1945–1955. Begleitband zur Ausstellung im Kärntner Landesarchiv, hg. von Vinzenz Jobst und Wilhelm Wadl (Klagenfurt 2005), 5–16.
- 8 Josip Broz-Tito, Sabrana djela [Gesammelte Werke] (Beograd 1988), 28. Bd., 83, 115; Janko Prunk, Slowenien. Ein Abriß seiner Geschichte (Ljubljana 1996), 136–138; Slovenska kronika XX. stoletja [Slowenische Chronik des 20. Jahrhunderts], 1941–1995 (Ljubljana 1997), 102; Ivo Banac (Ed.), The Diary of Georgi Dimitrov 1933–1949 (New Haven & London 2003), 353; Lord Vansittart, Statesmanship On Trial, in: Sunday Dispatch, August 19, 1945, p. 6.
- 9 Arhiv Josipa Broza Tita, Beograd, I-3-b/733 und I-3-b/905; Memorandum der Regierung der UdSSR an die Regierung Jugoslawiens, 19. April 1945, in: Branko Petranović – Momčilo Zečević (Eds.), Jugoslavija 1918–1988. Tematska zbirka dokumenata [Jugoslawien 1918–1988. Thematische Dokumentensammlung] (Beograd 1988), 729–731; Politika (Beograd), 18. Mai 1945; Tamara Griesser-Pečar, Das zerrissene Volk. Slowenien 1941–1946. Okkupation, Kollaboration, Bürgerkrieg, Revolution (Studien zu Verwaltung und Politik 86, Wien–Köln–Graz 2003), 484.
- 10 Stieber, Briten, 47–51; Jozo Tomasevich, War and Revolution in Yugoslavia, 1941–1945. Occupation and Collaboration (Stanford 2001), 751–774; Griesser-Pečar, Slowenien 1941–1946, 480–516; Zusammenfassender Bericht der Sicherheitsdirektion Kärnten über das Ergebnis der amtlichen Nachforschung nach den von Tito-Truppen 1945 verschleppten und seither vermissten Zivilpersonen, 15. März 1952, in: Arnold Suppan, Die österreichischen Volksgruppen. Tendenzen ihrer gesellschaftlichen Entwicklung im 20. Jahrhundert (Wien 1983), 179.
- 11 Hans-Ulrich Wehler, Nationalitätenpolitik in Jugoslawien. Die deutsche Minderheit 1918–1978 (Göttingen 1980); Dušan Nečak (Ed.), „Nemci“ na Slovenskem 1941–1955 [„Deutsche“ im Slowenischen 1941–1955] (Ljubljana 1998), 173–183; Stefan Karner, Die deutschsprachige Volksgruppe in Slowenien. Aspekte ihrer Entwicklung 1939–1997 (Klagenfurt–Ljubljana–Wien 1998), 26, 172; Suppan, Zwischen Adria und Karawanken, 417–422; Georg Wildmann u. a., Verbrechen an den Deutschen in Jugoslawien 1944–1948. Die Stationen eines Völkermords (München 1998); Zoran Janjetović, Between Hitler and Tito. Disappearance of the ethnic Germans from the Vojvodina (Belgrade 2000), 335–346.
- 12 Eva-Maria Csáky (Hg.), Der Weg zu Freiheit und Neutralität. Dokumentation zur österreichischen Außenpolitik 1945–1955 (Wien 1980), 141; Suppan, Volksgruppen, 175–180; Wadl, Der lange Weg, 10 f.
- 13 Vgl. Arnold Suppan, Jugoslawien und Österreich 1918–1938. Bilaterale Außenpolitik im europäischen Umfeld (Wien–München 1996), 539 und Karte 3. Im Jahre 1919 wurde einschließlich des Kärntner Mießtales, des Seelandes und des Kärntner Kanaltales – die tatsächlich an Jugoslawien bzw. Italien abgetreten werden mussten – auch die ganze Stadt Villach mit ihrer nördlichen Umgebung gefordert, daher insgesamt 3382 km² mit 194.000 Einwohnern.
- 14 Joža Vilfan war der Sohn von Josip Vilfan, eines slowenischen nationalliberalen Rechtsanwaltes aus Triest, der 1926 als Abgeordneter der römischen Kammer nach Wien emigrieren musste. Joža studierte Jus in Wien und Laibach, schloss sich im 2. Weltkrieg – nach seiner Deportation nach Serbien – der Partisanenbewegung Titos an und wurde Mitglied des AVNOJ. 1945 von der Nationalversammlung zum Generalstaatsanwalt der FVR Jugoslawien gewählt, wechselte er schon 1946 in den diplomatischen Dienst und nahm – als Kenner der slowenischen Minderheitenfragen – an den Friedensverhandlungen mit Italien in Paris teil. Zwischen 1947 und 1950 war er Leiter der ständigen jugoslawischen Mission bei

- der UNO, zwischen 1950 und 1952 stellvertretender Außenminister. – Bericht Gesandter Karl Braunias an BKA/AA, 10. Jänner 1952, in: Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten (BMAA), II-pol, Zl. 146.608; vgl. Enciklopedija Slovenije 14 (Ljubljana 2000), 239.
- 15 Memorandum vlade Federativne Narodne Republike Jugoslavije o Slovenačkoj Koruškoj, pograničnim slovenačkim delovima Štajerske i Gradišćanskim Hrvatima [Memorandum der Regierung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über Slowenisch-Kärnten, die angrenzenden slowenischen Teile der Steiermark und die Burgenländer Kroaten] (Beograd 1947). Vgl. auch die engl. Zusammenfassung: The Question of 200.000 Yugoslavs in Austria. The Slovene Carinthia and the Burgenland Croats. Beograd 1947. Ein erstes jugoslawisches Memorandum war bereits im Februar 1946 der Außenministerkonferenz in London übergeben worden. Nach den Volkszählungen von 1934 und 1939 kann man für 1945 folgende Schätzungen als realistisch betrachten: 50.000 Kärntner Slowenen, 5000 steirische Slowenen, 40.000 Burgenländer Kroaten.
  - 16 Bundesarchiv/Militärarchiv, Freiburg im Breisgau, RH 118/3, TB IIa, Zell am See, 20. Mai 1941. Diese Quellenangabe verdanke ich Herrn Mag. Richard Germann.
  - 17 Politika, 17. Jänner 1947 bis 14. Februar 1947; Memorandum of 51 Slovene priests of Carinthia to the Council of Foreign Ministers, Celovec (Klagenfurt), February 3<sup>rd</sup>, 1947, in: Ministry for Foreign Affairs of the FPRY (Ed.), Documents on the Carinthian Question (Beograd 1948), 128–131; Borba, 20. April 1947. Generaloberst Löhr wurde am 16. Februar 1947 zum Tod durch Erschießen verurteilt und am 26. Februar 1947 hingerichtet.
  - 18 Denkschrift der österreichischen Regierung, 27. Jänner 1947, Beilagen B/I, B/II und C, in: Public Record Office (PRO), London, Foreign Office (FO), 371, 64046 – HN 03128; Gerald Stourzh, Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945–1955 (Wien–Köln–Graz, 4. Aufl. 1998), 63–71.
  - 19 Politika, 18. April 1947; Edvard Kardelj, Sećanja. Borba za priznanje i nezavisnost nove Jugoslavije [Der Kampf um die Anerkennung und die Unabhängigkeit des neuen Jugoslawien] (Ljubljana–Beograd 1980), 92–95; Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 80–85.
  - 20 Record of conversation at Belgrade Ministry of Foreign Affairs, June 14<sup>th</sup>, 1947, in: PRO, FO 371/64047/HN 03152; Memorandum of the Government of the Federative People's Republic of Yugoslavia to the Deputy Foreign Ministers regarding the territorial and other clauses of the Treaty with Austria (Beograd 1948).
  - 21 Auf der Basis des AVNOJ-Beschlusses vom 21. November 1944 und des Gesetzes über die Konfiskation feindlichen Vermögens aus dem Jahre 1946 wurden nicht nur sämtliche Vermögen des Deutschen Reiches und seiner Staatsbürger auf dem Territorium Jugoslawiens sowie von Personen deutscher Volkszugehörigkeit (außer derjenigen Deutschen, die in den Reihen der Partisaneneinheiten und der Nationalen Befreiungsarmee gekämpft hatten) für den jugoslawischen Staat eingezogen, sondern auch die Vermögenswerte österreichischer physischer oder juristischer Personen. – Arhiv Josipa Broza Tita, I-2-a/9.
  - 22 Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 135, 147–155; Arhiv Josipa Broza Tita, I-3-v/666: Note der sowjetischen an die jugoslawische Regierung, 29. August 1949; Politika, 22. Juni 1949.
  - 23 Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 135–136, 155–161; Wadl, Der lange Weg, 11–14.
  - 24 ÖStA, AdR, BMfU, Hauptreihe 24 – Gesetze, Minderheitenschulgesetz 1945–1959, G.-Zl. 443-III/10/51, 7439/III-10/51; Borba (Beograd), 7. Jänner 1952.
  - 25 Arhiv Josipa Broza Tita, I-2-a/9: „Materijal o aktuelnom položaju Austrije i austrijsko-jugoslavenskim odnosima“ [Juni 1952]. In der österreichischen Volkszählung von 1951 hat

ten 42.095 Kärntner eine Sprachkombination mit Slowenisch oder Windisch angegeben. – Suppan, Volksgruppen, 56–57.

- 26 Arhiv Josipa Broza Tita, I-2-a/9: Problem folksdojčera.
- 27 Borba, Beograd, 29. Dezember 1949, 30. Dezember 1950; ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. Zl. 131-540-Pol/51, zitiert nach: Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 180.
- 28 Borba, 1. November 1951; Neues Österreich, 27. Oktober 1951; Josip Broz-Tito, Govori i članci [Reder und Artikel], 5. Bd. (Zagreb 1959), 254–255. Arhiv Josipa Broza Tita, I-2-a/3.
- 29 Vgl. Suppan, Jugoslawien und Österreich, 1012–1143.
- 30 Arhiv Josipa Broza Tita, I-2-a/9: Ekonomski problemi izmedju Jugoslavije i Austrije.
- 31 Arhiv Josipa Broza Tita, I-2-a/9: Austrijska imovina u Jugoslaviji. Mit dieser Auflistung wurde auch eindeutig bestätigt, dass Jugoslawien im Jahre 1952 strikt zwischen österreichischen und „volksdeutschen“ Vermögenswerten unterschied, was von slowenischen Völkerrechtlern nach 1991 bestritten wurde.
- 32 Ebenda. Als Mitte November 1954 zuerst der Leiter der Völkerrechtsabteilung, Stephan Verosta, und zehn Tage danach Staatssekretär Kreisky die Vermögensfrage neuerlich anschnitten, wurden sie vom jugoslawischen Botschafter Vučinić auf die früheren Festlegungen hingewiesen. – Arhiv Josipa Broza Tita, 1954, F-4, Berichte Vučinić an jugoslawisches Außenministerium, 17. und 27. November 1954.
- 33 Arhiv Josipa Broza Tita, I-2-a/9: Austrijski ratni zločini; Jugoslovenska emigracija u Austriji.
- 34 Weisung BKA/AA an Gesandten Johannes Schwarzenberg in Rom, 20. Mai 1952, in: ÖStA, AdR, BKA/AA, Zl. 151.185-pol/52. „Abschließend sei bemerkt, dass der Bundesminister nicht beabsichtigt, auf das Thema Triest einzugehen, sofern dieses Problem während seines Aufenthaltes in Jugoslawien in irgendeiner Form an ihn herangetragen werden sollte.“
- 35 Borba, 19. Juni 1952. Das BKA/AA hatte zwar eine Stellungnahme zum Triester Problem ausgearbeitet und Minister Gruber mitgegeben; die Frage wurde aber bei den Verhandlungen in Belgrad und auf Brioni nicht diskutiert.
- 36 Das jugoslawische Positionspapier sprach irrtümlich auch von sowjetischen Truppen in der Tschechoslowakei.
- 37 Arhiv Josipa Broza Tita, I-2-a/8, Analyse der aktuellen Position Österreichs und der österreichisch-jugoslawischen Beziehungen, o. D. [Juni 1952].
- 38 Aufzeichnung des Gesandten Schleinitz über die Besprechungen des Herrn Bundesministers in Belgrad betreffend den Staatsvertrag für Österreich, 3. Juli 1952; Tischrede Außenminister Grubers, 20. Juni 1952, in: ÖStA, AdR, BKA/AA, Zl. 152.559-pol/52, Zl. 152.560-pol/52.
- 39 Tatsächlich brachte Brasilien – das Außenminister Gruber Ende Juli/Anfang August 1952 besucht hatte – mit Unterstützung des Libanons, Mexikos und der Niederlande die Österreichfrage im Herbst 1952 vor die UN-Generalversammlung. – Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 191.
- 40 Aufzeichnung des Gesandten Schleinitz, 3. Juli 1952, in: ÖStA, AdR, BKA/AA, Zl. 152.560-pol/52.
- 41 Aufzeichnung des Legationsrates Willfort über die Plenarsitzung im jugoslawischen Außenministerium am 20. Juni 1952, in: ÖStA, AdR, BKA/AA Zl. 152.560-pol/52.

- 42 Aide-Mémoire des jugoslawischen Außenministeriums betreffend die Lage der slowenischen und kroatischen Minderheiten in Österreich [Juni 1952], in: ÖStA, AdR, BKA/AA, Zl. 154.147-pol/52.
- 43 Aufzeichnung des Legationsrates Willfort über die Plenarsitzung im jugoslawischen Außenministerium am 20. Juni 1952; Notizen von Außenminister Gruber, 20. Juni 1952, in: ÖStA, AdR, BKA/AA, Zl. 152.560-pol/52.
- 44 Tischreden Marschall Titos und Außenminister Grubers, Brioni, 23. Juni 1952, in: ÖStA, AdR, BKA/AA, Zl. 152.559-pol/52.
- 45 Arhiv Josipa Broza Tita, I-2-a/9, Gespräch Marschall Titos mit Außenminister Gruber, Brioni, 23. Juni 1952. Am Gespräch nahmen von jugoslawischer Seite die stellvertretenden Außenminister Veljko Vlahović und Leo Mates sowie der Gesandte Viktor Repić teil, von österreichischer Seite die Gesandten Braunias und Schleinitz sowie Legationsrat Willfort. Vgl. Politika, 24. Juni 1952; Politika, 13. November 1952.
- 46 Amtsvermerke BKA/AA, 28. Juli 1952 und 23. August 1952; Telefondepesche aus Bad Gleichenberg an Generalsekretär Wildmann, 23. August 1952, 9.30 Uhr, in: ÖStA, AdR, BKA/AA, Zl. 153.323-pol/52, 154.890-pol/52 und 232.724-6RE/52. Ausgeschlossen von der jugoslawischen Restitution wurden NS-Funktionäre, österreichische juristische Personen, Kirchen und Gemeinden.
- 47 Arhiv Josipa Broza Tita, 1954, I-5-b, Austrija.
- 48 Arhiv Josipa Broza Tita, 1954, F-6, Bericht Botschafter Vučinićs über Gespräch mit Gesandten Schöner, Wien, 25. Februar 1954; vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 319 f.
- 49 Arhiv Josipa Broza Tita, 1954, F-5, Razvoj austro-sovjetskih odnosa poslije Berlinske konferencije [o. D.].
- 50 Diplomatski arhiv Beograd (DA), Politički arhiv (PA), 1954, fonds 6, d. 9: Telegramm Botschafter Vučinićs an jugoslawisches Außenministerium, 15. Mai 1954; fonds 87, d. 7: Telegramm Botschafter Vidićs an jugoslawisches Außenministerium, 22. Mai 1954; fonds 87, d. 9: Telegramm Botschafter Vidićs an jugoslawisches Außenministerium, 17. Oktober 1954.
- 51 Bodan Osolnik, Med svetom in domovino. Spomini 1945–1981 [Zwischen Welt und Heimat. Erinnerungen 1945–1981] (Maribor 1992), 119–123.
- 52 Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 465 f.
- 53 Aktenvermerk BKA/AA, 26. Jänner 1955, in: ÖStA, AdR, BKA/AA, Zl. 319.481-pol/55. Bebler hatte in einer Parlamentsdebatte kurz vor Jahresende 1954 einen Überblick über die jugoslawische Außenpolitik gegeben und darin betont: „Österreich müsse endlich seine Freiheit und Unabhängigkeit erhalten; Jugoslawien werde diesem unseren gerechten Kampf moralische und politische Hilfe gewähren.“ – Bericht Botschafter Wodaks an Außenminister Figl, Belgrad, 11. Jänner 1955, in: ÖStA, AdR, BKA/AA, Zl. 319.248-pol/55.
- 54 Aktenvermerk BKA/AA, 10. Jänner 1955, in: ÖStA, AdR, BKA/AA, Zl. 148.487-pol/54. An der Besprechung nahmen die Gesandten Schöner, Platzler, Braunias und Verosta, die Legationssekretäre Marquet und Haromy sowie Attaché Linhart teil.
- 55 Staatssekretär Kreisky schlug etwa vor, den Jugoslawen entsprechende Maschinen zur Erschließung ihrer „riesigen, unerschlossenen Wälder“ zur Verfügung zu stellen, wofür Österreich Holz beziehen könnte. Österreich habe auch Interesse am Ausbau des Hafens von Fiume (Rijeka); Gesandter Braunias ergänzte, dass Rijeka mit der Elektrifizierung der Südbahn besser angebunden sein könnte.

- 56 Amtsvermerk BKA/AA, 26. Jänner 1955, in: ÖStA, AdR, BKA/AA, Zl. 319.481-pol/55. An der Besprechung nahmen Generalsekretär Wildmann, Gesandter Schöner, Botschafter Wodak, die Gesandten Platzer, Verosta und Braunias sowie Attaché Linhart teil.
- 57 Amtsvermerk BKA/AA, 26. Jänner 1955, in: ÖStA, AdR, BKA/AA, Zl. 319.481-pol/55.
- 58 Bericht Botschafter Wodaks an Außenminister Figl, 4. Februar 1955, in: ÖStA, AdR, BKA/AA, Zl. 319.868-pol/55.
- 59 DA, PA, 1955, fasc. 5, dosije 19: Bericht Komatina an jugoslaw. AM, 16. Februar 1955, Bericht Lučićs an jugoslaw. AM, 5. März 1955.
- 60 Antwort der Bundesvolksversammlung Jugoslawiens auf die Deklaration des Obersten Sowjets der UdSSR.
- 61 Politika, 8. März und 16. März 1955; Bericht Botschafter Wodaks an Außenminister Figl, 14. März 1955, in: ÖStA, AdR, BKA/AA, Zl. 320.734; Tanjug, 14. März 1955 .
- 62 Arhiv Josipa Broza Tita, KPR, I-5-b, Austrija: Gespräch Minister Vlahovićs mit Botschafter Wodak, 27. März 1955.
- 63 Gemeint waren offenkundig Bemühungen der Westmächte, Jugoslawien zu einer militärischen Zusammenarbeit mit der NATO und Italien zu bringen, um die Laibacher Pforte verteidigen zu können.
- 64 Arhiv Josipa Broza Tita, KPR, I-5-b, Austrija: Sadržina o rezultatima sovjetsko-austrijskih razgovora [o. D.]; Bericht Botschafter Wodaks an Außenminister Figl, Belgrad, 29. April 1955, in: ÖStA, AdR, BKA/AA, Zl. 321.844-pol/55. Jugoslawien war neben den drei westlichen Großmächten der einzige Staat, der vor der Veröffentlichung das vertrauliche Memorandum erhielt. Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 391. Zur Wirtschaftskrise in Jugoslawien vgl. den Bericht von Botschafter Wodak an Außenminister Figl, Bled, 2. August 1955, in: ÖStA, AdR, BKA/AA, Zl. 324.195-pol/55.
- 65 Bericht Botschafter Wodaks über Unterredung mit dem Vizepräsidenten Kardelj, Belgrad, 28. Oktober 1955, in: ÖStA, AdR, BKA/AA, Zl. 326.085-pol/55.
- 66 Arhiv Josipa Broza Tita, 1955, F-4: Zabeleška o razgovoru sa dr. Kirchschräger-om, 22 aprila 1955. godine. Kirchschräger war sich sicher, dass bei einem Referendum 80 Prozent der österreichischen Bevölkerung für eine Neutralität, wie sie die Schweiz habe, stimmen würden.
- 67 Staatssekretär Koča Popović wollte noch Ende April 1945 kleine Änderungen dieses Artikels, einigte sich aber mit Botschafter Wodak, die Frage der faktischen Liquidierung der österreichischen Vermögen in Jugoslawien in Wirtschaftsverhandlungen zu lösen. – Arhiv Josipa Broza Tita, KPR, I-5-b Austrija: Zabeleška o razgovoru Popovića sa Wodakom, 29. aprila 1955.
- 68 Arhiv Josipa Broza Tita, 1955, I-5-B, Austrija: Beleška o austrijskom Državnom Ugovoru [Anfang Mai 1945]. Die im Artikel 7, Absatz 3, 2. Satz, ebenfalls vorgeschriebenen zweisprachigen topographischen Aufschriften wurden in dieser Bewertung offensichtlich nicht für erwähnenswert gehalten.
- 69 Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 683–766; Tito, Govori i članci, 10. Bd., 172; Bericht Botschafter Wodaks an Außenminister Figl, 19. Mai 1955, in: ÖStA, AdR, BKA/AA, 322.391-pol/55. Erstaunlich war an der Rede vor allem Titos Eintreten für die deutsche Wiedervereinigung.

# Europarat kritisiert Volksgruppenpolitik

## Sachverständige bescheinigen Österreich mangelhafte Vertragserfüllung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen

Zwar hat Österreich im Jahre 2001 bei der Ratifikation der Sprachencharta nach der Anschauung von Volksgruppenvertretern ohnedies nur eine Minimalvariante in Kraft gesetzt, trotzdem hat der zur Überprüfung dieser Verpflichtungen eingerichtete Sachverständigenausschuss zahlreiche Kritikpunkte in der Erfüllung dieses völkerrechtlichen Vertrages gefunden. Ohne jeden Vorbehalt wurden in dem im Jänner 2005 veröffentlichten Bericht 51 Punkte positiv beurteilt. Dagegen fand das Expertenkomitee 13 einzelne Verpflichtungen, die in der Praxis nicht erfüllt werden („not fulfilled“), zwei werden nur teilweise erfüllt („partly fulfilled“), sieben lediglich auf dem Papier („formally fulfilled“), drei Vertragselemente fallen in die eingeschränkte Kategorie „fulfilled but“, und 29 Vertragselemente konnten wegen mangelnder Information nicht bewertet werden („unclear, not sure, further information needed“). Bei den Bestimmungen zu Gunsten von Slowenisch in Kärnten finden sich dabei drei „not fulfilled“. Insgesamt steht Österreich deutlich schlechter da als die Nachbarstaaten Schweiz, Slowenien und Ungarn, wo die jeweils selbst auferlegten Verpflichtungen der Sprachencharta besser eingehalten werden. Lediglich Deutschland erfüllt in einem zahlenmäßigen Vergleich noch weniger einzelne Vertragspunkte als Österreich.

### 1. Die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen

Die Sprachencharta<sup>1</sup> besteht aus einer Präambel mit den grundsätzlichen Zielen des Vertrages und nachfolgend vier Abschnitten zu den Details. Als Hauptziel der Charta wird der Schutz für die Regional- oder Minderheitensprachen als traditioneller kultureller Reichtum und gemeinsames europäisches Erbe genannt. Im Teil I finden sich dann die grundsätzlichen Definitionen, so bezieht sich der Ausdruck „Regional- oder Minderheitensprachen“ auf Sprachen, die herkömmlicherweise in einem bestimmten Gebiet eines Staates von einem Teil der Angehörigen dieses Staates gebraucht werden. Klargestellt wird, dass weder Dialekte der Staatsspra-

che(n) noch die Sprachen von Zuwanderern unter den Begriff der Regional- oder Minderheitensprachen fallen.

## 1.1

Der zweite Teil der Charta legt eine ganze Reihe von Verpflichtungen fest, die generell für Regional- oder Minderheitensprachen gelten:

- Anerkennung dieser Sprachen als Ausdruck des kulturellen Reichtums;
- Schutz für den geographischen Raum dieser Sprachen;
- Notwendigkeit der Förderung von Regional- oder Minderheitensprachen;
- Ermutigung und Erleichterung zum Gebrauch dieser Sprachen in Wort und Schrift;
- Unterstützung für gegenseitige Kontakte zu sprachlich verwandten Gruppen;
- Bereitstellung von Mitteln und Möglichkeiten für den Unterricht und das Studium solcher Sprachen;
- Förderung der für diese Sprachen relevanten internationalen Zusammenarbeit;
- Verbot aller Formen der Diskriminierung;
- Maßnahmen für gegenseitiges Verständnis und Toleranz in Bildung und Ausbildung;
- Berücksichtigung der Bedürfnisse und Wünsche der Sprachgruppen;
- Anwendung dieser Grundsätze sinngemäß auf nicht territorial gebundene Sprachen;
- Förderung durch das gegenseitige Verständnis zwischen linguistischen Gruppen im ganzen Land.

## 1.2

Weiters müssen die Staaten in ihrer Ratifikationsurkunde ihre Regional- oder Minderheitensprachen benennen. Österreich hat hier im Sinne dieses Abkommens das Burgenlandkroatische, das Slowenische, das Ungarische, das Tschechische, das Slowakische und das Romanes der österreichischen Volksgruppe der Roma genannt. Für diese Sprachen gelten damit jedenfalls die allgemeinen Verpflichtungen in Teil II. Darüber hinaus wurden Burgenlandkroatisch im burgenlandkroatischen Sprachgebiet im Burgenland, Slowenisch im slowenischen Sprachgebiet in Kärnten und Ungarisch im ungarischen Sprachgebiet im Burgenland als Sprachen bezeichnet, für die Teil III des Abkommens angewandt werden soll<sup>2</sup>.



### 1.3

Der dritte Abschnitt umfasst die Auflistung von insgesamt 68 Möglichkeiten zur Verpflichtung („paragraphs“) in sieben Bereichen, aus denen ein Minimum von jeweils 35 Möglichkeiten, für die jede der dafür genannten Sprachen ausgewählt werden muss. Mit der Mindestzahl von 35 Verpflichtungen will der Europarat je nach der Situation der Volksgruppensprachen in den einzelnen Staaten wenigstens ein Minimum an Schutz erreichen. Die Abstufungen sind weit gespannt und sollen alle denkbaren Fälle in den Mitgliedsländern des Europarates abdecken. So reicht der Bogen am Beispiel der Medien von: „die Einrichtung mindestens eines Hörfunksenders und eines Fernsehkanals in den Regional- oder Minderheitensprachen sicherzustellen“ als höchste Förderungs- und Unterstützungsmaßnahme bis: „zur regelmäßigen Ausstrahlung von Fernsehsendungen in den Regional- oder Minderheitensprachen zu ermutigen und/oder sie zu erleichtern“ als Minimum, zwischen diesen beiden Extremen liegen noch fünf Feinabstufungen. Der Jurist Heinz Tichy (früherer langjähriger Leiter der Volksgruppenabteilung im Bundeskanzleramt) kommentiert diese Wahlfreiheit in der Sprachencharta als bemerkenswert für ein völkerrechtliches Vertragswerk, „da sie durch ihr Auswahlssystem den Mitgliedstaaten ermöglicht, gleichsam à la carte die ihnen am zweckmäßigste erscheinenden Bestimmungen der Charta auszuwählen und anzunehmen“<sup>3</sup>.

#### *1.3.1 Die sieben Bereiche betreffen Maßnahmen bei der Verwendung bzw. zur Förderung der Sprachen:*

- bei Ausbildung und Erziehung,
- vor Gerichtsbehörden,
- vor Verwaltungsbehörden und öffentlichen Dienstleistungen,
- in Medien,
- bei kulturellen Tätigkeiten und Möglichkeiten,
- im Wirtschafts- und Sozialleben,
- bei grenzüberschreitenden Aktivitäten.

#### *1.3.2*

Aus der Charta können weder individuelle Rechte der Sprecher von Regional- oder Minderheitensprachen noch Rechte für eine solche Sprachgruppe abgeleitet werden. Für die teilnehmenden Staaten begrenzt sich das Risiko einer Mitwirkung der Volksgruppen mit der Ermutigung, „erforderlichenfalls Gremien zur Beratung der Behörden in allen Angelegenheiten der Regional- oder Minderheitensprachen einzusetzen“. Tatsächlich aber kann



der in die Sprachencharta eingebaute internationale Überprüfungsmechanismus zumindest Veränderungen in der öffentlichen Wahrnehmung bewirken. Als ein Beispiel sei hier die nun diskutierte Anerkennung der Jenischen (Fahrenden) in der Schweiz als Volksgruppe genannt; eine Entwicklung, die ausschließlich der Charta der Regional- oder Minderheitensprachen zu verdanken ist. Für Österreich hat Heinz Tichy eine Überprüfung der Anerkennung von Polnisch, Ukrainisch und Rumänisch als nicht-territorial gebundene Regional- oder Minderheitensprachen auf Grund der Sprachencharta angeregt. In dem nun vom Sachverständigenausschuss vorgelegten Bericht wird diese Anschauung für Polnisch gleichfalls aufgegriffen und eine entsprechende Aufforderung zur Status-Überprüfung an die österreichischen Behörden gerichtet.

#### **1.4 Die Anwendung der Charta**

Diese Überschrift für den Teil IV betrifft die vorgesehen Kontrollmaßnahmen der Sprachencharta. Hier hat sich der Europarat für ein mehrstufiges Verfahren entschieden. Ausgangspunkt sind die eigenen Berichte der einzelnen Länder über den Status ihrer Verpflichtungen laut Teil II und Teil III der Charta. Der erste Bericht ist ein Jahr nach der Ratifikation dem Generalsekretär des Europarats vorzulegen, dann alle drei Jahre. Diese Berichte sind öffentlich und auf den entsprechenden Webseiten von Europarat und dem österreichischen Bundeskanzleramt<sup>4</sup> nachzulesen. Diese Berichte werden vom Sachverständigenausschuss zuerst theoretisch, dann entsprechend der Geschäftsordnung praktisch vor Ort geprüft, wobei hier auch Organisationen der Volksgruppen in den jeweiligen Ländern mündlich wie schriftlich ihre Meinung äußern können. Schlussendlich arbeitet der Sachverständigenausschuss einen Bericht für das Ministerkomitee des Europarates aus, zugleich wird eine Stellungnahme von dem jeweils betroffenen Land eingeholt. Das Ministerkomitee kann dann diesen Bericht und eine Empfehlung mit den Hauptpunkten der Evaluierung veröffentlichen. Von dieser Möglichkeit hat das Ministerkomitee – wenn auch zuweilen mit einiger zeitlicher Verzögerung – bisher immer Gebrauch gemacht. Heinz Tichy meint dazu: „Aufgrund ihrer relativ geringen Sanktionsmöglichkeiten (Berichtssystem) kann die Charta nur aufgrund der Überzeugungskraft ihrer Argumente bzw. der des Expertenkomitees langsam zu einer Bewusstseinsänderung führen und einen Einfluss auf die innerstaatlichen Rechtsordnungen nehmen. Es wird auch an den Medien und der Politik liegen, derartige Prozesse zu unterstützen.“<sup>5</sup> Darüber hinaus hat der Generalsekretär des Europarates alle zwei Jahre der parlamentarischen Versammlung Bericht über die Anwendung der Charta zu erstatten, in der bisherigen Praxis der Jahre 2000 und 2002 (der Bericht 2004 ist bis 1. September 2005 nicht publiziert) sind diese aber eher generalisierend und nicht auf konkrete Fragen der Sprachenpolitik in den einzelnen Staaten eingegangen.

## 2. Das Ministerkomitee des Europarats zu Österreich

*(Beschluss verabschiedet am 19. Januar 2005)<sup>6</sup>*

Das Ministerkomitee, in Übereinstimmung mit Artikel 16 der Europäischen Charta für Regional- oder Minderheitensprachen, im Hinblick auf die Erklärung Österreichs vom 28. Juni 2001, unter Berücksichtigung der Evaluierung seitens des Sachverständigenausschusses der Charta im Hinblick auf die Anwendung der Charta durch Österreich, unter Berücksichtigung der Kommentare seitens der österreichischen Behörden über die Inhalte des Berichts des Sachverständigenausschusses, unter Berücksichtigung, dass diese Evaluierung sich auf Informationen des nationalen Berichts Österreichs, auf zusätzliche Informationen seitens der österreichischen Behörden, auf Informationen seitens der rechtmäßigen Organe und Verbände in Österreich sowie auf Informationen stützt, die durch den Sachverständigenausschuss während seines Besuchs in Österreich gesammelt wurden, empfiehlt, dass die Behörden von Österreich alle Beobachtungen des Sachverständigenausschusses berücksichtigen und als Priorität:

1. eine strukturelle Politik zum Schutz und zur Förderung aller in Teil II enthaltenen Sprachen verabschieden und Bedingungen für deren Gebrauch im öffentlichen Leben schaffen;
2. sicherstellen, dass die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes über den Gebrauch der slowenischen Sprache bei Verwaltungsbehörden in Kärnten ohne weitere Verzögerung umgesetzt wird;
3. sicherstellen, dass der zweisprachige Unterricht in allen betreffenden Schulen des Burgenlandes in der Praxis stattfindet;
4. sicherstellen, dass der geänderte Status von Schulen oder die Änderungen von Vorschriften hinsichtlich der Einstellung von Personal an den Schulen im slowenischen Sprachgebiet sich nicht negativ auf den slowenischen Unterricht in Kärnten auswirken;
5. sicherstellen, dass die Sprachen Burgenlandkroatisch, Slowenisch und Ungarisch vor den betreffenden Gerichten und Verwaltungsbehörden in der Praxis benutzt werden können;
6. den Umfang der Hörfunkprogramme in Burgenlandkroatisch und Ungarisch sowie die Fernsehprogramme in Burgenlandkroatisch, Slowenisch und Ungarisch erweitern.

### 2.1 Der Sachverständigenausschuss

Das auch Expertenkomitee genannte Gremium wird vom Ministerkomitee aus einer Vorschlagsliste der Länder ausgewählt, die bereits die Charta ratifiziert haben. Aktuell sind dies 16 Staaten<sup>7</sup>, für Österreich wurde Dieter

Kolonovits vom Institut für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Wien für die Dauer von sechs Jahren in das Gremium aufgenommen. Er war auch Mitglied einer Delegation unter dem Vorsitz des dänischen Menschenrechtsexperten John Lundum, Richter am Höchstgericht in Kopenhagen, die vom 9. bis 12. Dezember 2003 in 23 dicht gedrängten Gesprächen mit Vertretern der sechs anerkannten österreichischen Volksgruppen sowie der steirischen Slowenen und der Polen, des Österreichischen Volksgruppenzentrums, des ORF und anderer Medien, Landes- und Bundespolitikern sowie Landes- wie Bundesbeamten die Situation der einzelnen Volksgruppen erhoben hat. Lundum betonte damals in einem Interview ausdrücklich die Funktion des Expertenkomitees als Kollegialorgan: „So wie wir als Kommission aufgrund des Länderberichtes von Österreich gemeinsam unsere Fragen vorbereitet haben, so werden wir erst nach dem Abschluss aller Gespräche unsere gemeinsame Stellungnahme erarbeiten. Die Gespräche mit den einzelnen Volksgruppen, den Organisationen und den staatlichen Stellen werden uns dabei die Details für ein Gesamtbild liefern.“<sup>8</sup> Nicht nur die Vorbereitung auf die Fragen benötigte dabei „einige Monate“, auch bis zur Verabschiedung der ausgearbeiteten Ergebnisse wieder als gemeinsames Papier des Expertenkomitees dauerte es bis zum 16. Juni 2004. Dazwischen lag noch ein dreitägiges Treffen des Expertenkomitees. Demgemäß betonte auch Dieter Kolonovits später nach der Publikation des Expertenberichtes, dass eine allfällige konkrete inhaltliche Interpretation dem gesamten Gremium vorbehalten sei. Der Umfang eines solchen Berichtes übertrifft insbesondere bei den erstmaligen Analysen bis zu mehr als einhundert eng beschriebene Seiten. Österreich liegt mit 66 Seiten ohne die diversen Anhänge an der unteren Grenze im internationalen Vergleich, für diese Kürze ist hier aber auch die Beschränkung auf drei von sechs Volksgruppensprachen für die besonderen Verpflichtungen im Teil III der Charta zu nennen.

## **2.2 Hauptpunkte des Expertenkomitees der Sprachencharta**

Unter dem Titel „Findings“ („Ergebnisse“) hat das Expertenkomitee im ersten Bericht zur Anwendung der Sprachencharta in Österreich zusammenfassend 18 Punkte von A bis R aufgelistet. Davon betreffen vier Punkte (D, E, J, M) direkt Mängel bei der Umsetzung der Charta für die slowenische Sprache, weitere vier Punkte (H, L, N, O) Probleme gemeinsam mit anderen Volksgruppensprachen<sup>9</sup>.

A. Schutz und Förderung von Regional- oder Minderheitensprachen haben in Österreich eine lange Tradition. Allerdings scheint die Einbeziehung der Volksgruppenbeiräte und der Sprecher der Regional- oder Minderheitensprachen am Ratifizierungsprozess und bei der Vorbereitung des ersten Berichts Österreichs sehr gering gewesen zu sein.

- B. Österreich schützt und fördert die Regional- oder Minderheitensprachen in zwei unterschiedlichen Kategorien. Die objektive Situation der Sprachen, für die es einen spezifischen gesetzlichen Rahmen gibt, d. h. Slowenisch, Burgenlandkroatisch und Ungarisch in ihren jeweiligen Sprachgebieten Kärnten und Burgenland, ist erheblich besser als die Situation der übrigen Regional- oder Minderheitensprachen. Diese Trennung spiegelt sich auch unübersehbar in der Ratifizierungsurkunde Österreichs.
- C. Für die lediglich im Teil II aufgeführten Sprachen behindert das Fehlen einer strukturierten und umfassenden Politik den Gebrauch dieser Sprachen in der Öffentlichkeit und im Privatleben und ihren effektiven Schutz und ihre Förderung. Eine solche Politik ist für Wien notwendig, wo eine große Zahl von Vertretern der Regional- oder Minderheitensprachen lebt, sowie für die Slowenen in der Steiermark und die Roma in ganz Österreich. Verglichen damit ist die österreichische Politik für die in Teil III aufgeführten Sprachen äußerst umfangreich und weist einen vorbildlichen gesetzlichen Rahmen auf, allerdings mit Lücken bei der Umsetzung bestehender gesetzlicher Bestimmungen.
- D. Der Sachverständigenausschuss ist insbesondere besorgt über die mangelnde Umsetzung von Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofs zum Gebrauch des Slowenischen in Kärnten. Die gegenwärtige Lage schafft erhebliche Spannungen, die sich negativ auf das gegenseitige Verständnis und die Toleranz für die Regional- oder Minderheitensprachen in Österreich auswirken könnten.
- E. Der Sachverständigenausschuss begrüßt die vor kurzem durchgeführten Schritte im Hinblick auf die slowenische Sprache in der Steiermark, die seit Jahrzehnten vernachlässigt wurde. Der Erhalt der slowenischen Sprache in der Steiermark verlangt konsequente Maßnahmen insbesondere im Bereich Bildung und Medien.
- F. Eine positive Entwicklung hinsichtlich Romanes im Burgenland ist z. B. die Kodifizierung des Dialekts der Burgenland-Roma. Es muss jedoch noch viel getan werden, um die Situation des Romanes in Österreich zu verbessern, welche der Sachverständigenausschuss als eine nicht territoriale Sprache gemäß der in der Charta enthaltenen Definition dieser Sprachen ansieht.
- G. Im Bereich Bildung besteht für Wien ein erheblicher Nachholbedarf. Es gibt kein Angebot für Burgenlandkroatisch, Ungarisch wird nur auf Volksschulebene unterrichtet. Zwar bietet die Komensky-Schule einen zweisprachigen tschechisch/deutschen Unterricht auf allen Stufen, sie ist aber finanziell gefährdet. Der zweisprachige Unterricht in Slowakisch und Deutsch an der Komensky-Schule wird von der slowaki-

schen Volksgruppe aufgrund der dominierenden Position des Tschechischen als nicht zufrieden stellend erachtet.

- H. Zum Unterricht der in Teil III aufgeführten Sprachen begrüßt der Sachverständigenausschuss die äußerst positive Tatsache, dass auch deutsch-einsprachige Schüler sowohl im Burgenland und in geringerem Maße in Kärnten zweisprachige Klassen besuchen können. Allerdings können die unterschiedlichen Sprachkenntnisse der Kinder zu praktischen Problemen im Unterricht führen. Die zuständigen Behörden sind sich dieser Schwierigkeiten bewusst, und es werden momentan mehrere diesbezügliche Studien durchgeführt.
- I. Das Minderheiten-Schulgesetz im Burgenland nennt keine genaue Stundenzahl für den Unterricht des Burgenlandkroatischen an zweisprachigen Schulen. Die Praxis scheint zwischen den einzelnen Schulen zu variieren, und an einigen Schulen ist der Unterricht zu kurz, um sich als zweisprachig zu klassifizieren.
- J. Die Lage in Kärnten in Bezug auf den Unterricht in Slowenisch ist im Großen und Ganzen zufrieden stellend, seitdem in Umsetzung einer Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes der slowenischsprachige Unterricht auf die 4. Klasse der Volksschule ausgedehnt wurde. Anlass zur Besorgnis geben kürzlich durchgeführte Änderungen, so die Umwandlung kleiner Schulen in Außenstellen (Exposituren) größerer Schulen sowie die Ernennung von nicht zweisprachigen Schuldirektoren an zweisprachigen Schulen.
- K. Mängel finden sich bei Lehrmitteln und in der Lehrerbildung. Generell fehlen in Österreich produzierte Unterrichtsmaterialien für Regional- oder Minderheitensprachen. Der Import solcher Materialien wird von der Volksgruppenförderung nicht unterstützt. Die Lehrerbildung muss sowohl den steigenden Bedarf an Lehrern für Regional- oder Minderheitensprachen abdecken als auch die adäquate Beherrschung der jeweiligen Sprache sicherstellen.
- L. Trotz gesetzlicher Bestimmungen für den Gebrauch von Burgenlandkroatisch, Slowenisch und Ungarisch vor Gerichten und Verwaltungsbehörden gibt es Probleme bei der Umsetzung. An vielen Orten fehlt die Infrastruktur für die Umsetzung gesetzlicher Vorgaben (wie z. B. Richter/Beamte, die eine Regional- oder Minderheitensprache beherrschen, oder der Zugang zu Dolmetschern und Übersetzern). Ein allgemeiner Mangel an sprachlicher Kompetenz in den Regional- oder Minderheitensprachen bei den Gerichten und den Verwaltungsstellen erschwert insbesondere den schriftlichen Gebrauch der Regional- oder Minderheitensprachen. Die Sprecher dieser Sprachen scheuen sich häufig, ihr Recht in Anspruch zu nehmen, weil sie befürchten, dies

könne Verzögerungen verursachen oder die Behörden könnten sie als „Querulanten“ betrachten.

- M. Zu den Verwaltungsbehörden stellt der Sachverständigenausschuss fest, dass in bestimmten Gebieten der Gebrauch von Regional- oder Minderheitensprachen besonders auf Gemeindeebene und in der mündlichen Kommunikation möglich ist. Die zuständigen Beamten ermutigen aber nicht die Verwendung dieser Sprachen. Darüber hinaus impliziert die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes vom 4. Oktober 2000 die Zulassung von Slowenisch als Amtssprache in einigen weiteren Gemeinden in Kärnten. Es müssen Schritte zur Umsetzung dieses Rechts eingeleitet werden.
- N. Durch die Änderung des ORF-Gesetzes 2001 zählen nun die Regional- oder Minderheitensprachen zum öffentlichen Auftrag des Unternehmens, weiters kann der ORF mit privaten Sendern zur Erfüllung dieses Auftrags zusammenarbeiten. Daraus können aber negative Auswirkungen auf den Sendungsumfang im öffentlichen Sektor folgen. Daher braucht es entsprechende Maßnahmen für die effektive Erhöhung von Hörfunk- und Fernsehsendungen in Regional- oder Minderheitensprachen.
- O. Die Verpflichtungen im Teil III der Charta betreffen auch die Ermutigung und Förderung von Hörfunk- und Fernsehsendungen durch private Sender. Allerdings beziehen sich die Informationen im österreichischen Bericht hauptsächlich auf den öffentlichen Bereich. Der Sachverständigenausschuss freut sich daher über die bestehenden Bestimmungen für öffentliche Sender, die ein äußerst positives Element für die Präsenz der betreffenden Sprachen im öffentlichen Bewusstsein sind und die daher beibehalten werden sollten. Es ist jedoch notwendig, die Unterstützung für Hörfunk und Fernsehen im privaten Sektor zu verbessern und so die Verpflichtungen im Hinblick auf die Bereitstellung privater Radioprogramme in Burgenlandkroatisch und Ungarisch sowie privater Fernsehprogramme in Burgenlandkroatisch, Ungarisch und Slowenisch zu erfüllen.
- P. Der Sachverständigenausschuss hat insbesondere bei den Sprechern von Burgenlandkroatisch und Slowenisch eine sehr aktive Gestaltung von Printmedien gefunden. Bisher wurde jedoch die Gründung einer ungarischen Zeitung weder ermutigt noch erleichtert. Der Sachverständigenausschuss sieht in der laufenden Umstellung der allgemeinen Presseförderung eine mögliche Einschränkung der bestehenden Förderung für die Regional- oder Minderheitensprachen in den Printmedien.

- Q. Die Sprecher der Regional- oder Minderheitensprachen scheinen im Hinblick auf kulturelle Veranstaltungen sehr aktiv zu sein, und ein großer Teil der ihnen im Rahmen der Volksgruppenförderung zugewiesenen Gelder fließt in kulturelle Aktivitäten zur Förderung der Regional- oder Minderheitensprachen.
- R. Vier der sechs zum Zeitpunkt der Ratifizierung durch Österreich genannten Regional- oder Minderheitensprachen sind offizielle Amtssprachen neuer EU-Mitgliedsstaaten. Dies stellt eine gute Chance für die Förderung dieser Sprachen und generell aller in Österreich gesprochenen Regional- oder Minderheitensprachen dar, insbesondere im Bereich Bildung und Kultur sowie bei wirtschaftlichen und sozialen Aktivitäten.

### 2.3 Stellungnahme der österreichischen Regierung

Die österreichische Bundesregierung nahm zu dem Bericht der Sachverständigen in einem umfangreichen Konvolut Stellung, um die Kritik zu entkräften<sup>10</sup>.

*Ad Item C:* Der den Schülern in ihrer Muttersprache angebotene Unterricht hat in den letzten Jahren viele Entwicklungen durchlaufen und wurde aus seiner Randexistenz gelöst — die durch ein Festhalten am Curriculum und Lehrer (Hilfslehrer) aus den Heimatländern gekennzeichnet war — und in das nationale Curriculum integriert und damit zu einem Teil der regulären Erziehung. Besondere Aufmerksamkeit verdient die grenzübergreifende Kooperation für Lehrer und Pädagogen durch das Sprachenzentrum am Bundespädagogischen Institut in Wien mit den Nachbarregionen, i. e. Brno, Bratislava und Győr.

*Ad Item E:* Die im Bericht des Sachverständigenausschusses enthaltene Kritik, i. e., die Förderung der slowenischen Sprache sei in der Steiermark „seit Jahrzehnten vernachlässigt worden“, wird vehement bestritten. In dem Maße, in dem es das Curriculum betrifft, kann der Unterricht in den Volksschulen in Slowenisch angeboten werden, sowohl als Pflicht- als auch als Wahlfach. Es war immer möglich, Kurse in Slowenisch als zweiter Fremdsprache in den allgemein bildenden höheren Schulen anzubieten. Slowenisch kann auch als erste Sprache in der Hauptschule und in der allgemein bildenden höheren Schule angeboten werden. Die Landesschulräte können auch Ressourcen für den Unterricht von Slowenisch als mögliches Wahlfach bereitstellen.

Eine Voraussetzung für die Umsetzung dieser Optionen ist, dass die Lehrer über die erforderlichen Qualifikationen verfügen und die Kinder Interesse an diesen Kursen haben. In der Steiermark gibt es Lehrkräfte, die Slowenisch in den allgemein bildenden höheren Schulen unterrichten können,



da das Slawistische Seminar der Universität Graz ein Lehrerausbildungsprogramm für Slowenisch anbietet.

*Ad Item F:* Im Zuständigkeitsbereich des Landesschulrats für Burgenland wurde Jahr für Jahr, vorausgesetzt das erforderliche Personal für diesen Unterricht stand zur Verfügung, die Möglichkeit für das Unterrichten einer Minderheitensprache ausgeweitet.

Im Schuljahr 2004/2005 wird in den Volksschulen in Oberwart und Unterwart sowie in der Hauptschule in Oberwart Romanes unterrichtet. Insgesamt besuchen 28 Schüler diese Kurse.

*Ad Item G:* Das „Hungaricum“-Projekt: In Übereinstimmung mit den Vorschriften in Bezug auf die Schulcurricula, i. e., zusätzliche Kurse in der Muttersprache anzubieten, können diejenigen Schüler, die Ungarisch als erste oder zweite Sprache sprechen, sich zusammenschließen und ihre Sprachkenntnisse erweitern oder Grundelemente ihrer Kultur durch Rollenspiele erlernen oder diese mit ihrer gegenwärtigen, neuen kulturellen Umgebung verbinden. Die Deutsch sprechenden Schüler erlernen gemäß der Vorgabe des Curriculums „Ungarisch als lebendige Fremdsprache“ Grundkenntnisse in dieser Sprache. Das Projekt wird als Teil einer Wahlübung von fünf Volksschulen an verschiedenen Orten sowie zwei Hauptschulen/Gymnasien in Wien angeboten.

Für das Schuljahr 2004/2005 wurden Lehrer für Romanes eingestellt, um in den Volksschulen diese Muttersprache zu unterrichten. Das frühzeitige Erlernen von Sprachen wird als Teil des allgemeinen Projektes betrachtet, i. e., es werden die Grundlagen geschaffen, die dann in der Sekundarstufe I und II fortgesetzt werden können. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt schließt das auf die Volksgruppen angewendete Recht nicht die Zuständigkeit des Wiener Landesschulrats ein. Als Folge stehen die in diesem Gesetz genannten Ressourcen, Vorschriften und allgemeinen Bedingungen nicht zur Verfügung. In Bezug auf das Burgenlandkroatische hat der Wiener Landesschulrat angeboten, zwei zweisprachige Lehrkräfte einzustellen, die mindestens 13 muttersprachlichen Schülern an einer Volksschule einen zweisprachigen Unterricht in Burgenlandkroatisch und Deutsch bieten werden.

*Ad Item H:* Der Bericht des Sachverständigenausschusses erkennt die zweisprachige Erziehung und die damit verbundenen methodologischen und didaktischen Fragen in großem Maße an und berücksichtigt dabei die Probleme hinsichtlich der Qualitätssicherung und der Schulentwicklung. Der Hinweis „ein sehr positives Element“ sollte als Anregung für die weitere Entwicklung eines regionalen Bildungsprogramms dienen, das den zweisprachigen Unterricht und die zweisprachige Erziehung (Klassen, die angeboten werden, um die Mitgliedschaft in der slowenischen Minderheit zu stärken und zu erhalten) als offenes System sichert, das allen zugäng-



lich ist und das zukunftsorientierte Elemente für diese spezifisch europäische Region enthält.

*Ad Item I:* Die zweisprachigen Volksschulen im Burgenland befinden sich im autochthonen Siedlungsgebiet der Burgenlandkroaten. Besonders in den nördlichen Teilen des Landes besuchen immer weniger Kinder mit Muttersprache Kroatisch diese Schulen, weil eine wachsende Zahl von Einwohnern städtischer Gebiete in die gemischtsprachigen Gemeinden im nördlichen Burgenland zieht. Es ist daher in diesen Schulen die Regel, in einer Klasse Kinder mit Muttersprache Burgenlandkroatisch, Kinder ohne Vorkenntnisse in Kroatisch, Kinder mit geringen Kroatischkenntnissen und Kinder mit passiven Sprachkenntnissen dieser Sprache versammelt zu finden, die alle gleichzeitig unterrichtet werden. Die Lehrer müssen sicherstellen, dass sie ihre pädagogische Verantwortung wahrnehmen, um die Kinder in diesen Gebieten in der bestmöglichen Weise zu unterstützen und zu unterrichten.

*Ad Item K:* Im Hinblick auf die Ausbildung der Lehrer sollte erwähnt werden, dass Studenten ab dem ersten Semester die Möglichkeit eingeräumt wird, parallel zur Ausbildung praktische Erfahrungen zu sammeln. Eine Schulbuchkommission ist für den Einkauf der Lernmittel zuständig. Verbände, die speziell für diese Aufgabe gegründet wurden, werden mit der Produktion dieser Lernmittel beauftragt. Zusätzlich zu den Lernmitteln sei auch auf ein komplettes Sortiment spezieller Materialien hingewiesen, das vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur in Zusammenarbeit mit dem Fremdsprachenzentrum Graz auch in den Sprachen der Nachbarstaaten verfasst wurde.

*Ad Item L:* Das Bundesministerium für Justiz stellt fest, dass in den Justizbezirken, wo zusätzlich zum Deutschen die ungarische, slowenische oder kroatische Sprache zugelassen ist, gegenwärtig zwölf Angestellte (einschließlich alle Leiter der betreffenden Bezirksgerichte) ausreichend Slowenisch, sieben Angestellte Ungarisch und fünf Angestellte Kroatisch sprechen. Die Aussage, „ein genereller Mangel an Sprachkompetenz in den Regional- oder Minderheitensprachen an den betreffenden Gerichten... behindere insbesondere den schriftlichen Gebrauch der Regional- oder Minderheitensprachen“, entspricht nicht den Realitäten vor Ort und ist daher irreführend.

### *Volksgruppen und Radio-/Fernsehprogramme*

Am 1. Januar 2002 trat eine Änderung des ORF-Gesetzes in Kraft, die eine Forderung der Volksgruppen im Hinblick auf das Medienangebot in den Sprachen der Volksgruppen berücksichtigte. Das ORF-Gesetz besagt nun im § 5, dass der Österreichische Rundfunk verpflichtet ist, einen angemessenen Anteil seines Programms in den Sprachen der Volksgruppen anzubieten, für die es einen Volksgruppenbeirat gibt. Es steht dem ORF frei zu

entscheiden, wie er diese Verpflichtung erfüllt. Er kann diese Verpflichtung unabhängig erfüllen, aber in gewissem Umfang auch in Zusammenarbeit mit den privaten Radiosendern der Volksgruppen. Dies enthebt ihn jedoch nicht seiner Verpflichtung, in angemessenem Umfang Programme in den Sprachen der Volksgruppen zu senden. Alle Interventionen seitens der Bundesregierung sind untersagt, allein schon durch die Unabhängigkeit der Sendeanstalten, die in der Verfassung festgelegt ist. In den letzten zwei Jahren hat der ORF kontinuierlich seine Aktivitäten für die Volksgruppen ausgeweitet, und er bietet vielfältige Programme für die sechs Volksgruppen in Hörfunk und Fernsehen sowie im Internet und in den Teletextprogrammen an. Einerseits handelt es sich dabei um Programme in der jeweiligen Sprache einer der Volksgruppen und andererseits um Programme in Deutsch, die darauf abzielen, bestimmte Themen mit besonderer Relevanz für eine Volksgruppe der deutschsprachigen Bevölkerung zu vermitteln. Zusätzlich organisiert der ORF laufend Aktivitäten für die Volksgruppen im Rahmen von Veranstaltungen.

### 3. Analyse des Berichts zur Sprachencharta

Eine detaillierte Analyse des Berichts des Sachverständigenausschusses zur Überprüfung der von Österreich in der Ratifikation festgelegten Bestimmungen zeigt, dass nicht einmal die Hälfte, nämlich nur 51 von 105 möglichen einzelnen Vorhaben, tatsächlich einwandfrei erfüllt wird. In 54 Punkten findet sich dagegen der eine oder andere Mangel. 13 einzelne Verpflichtungen oder nahezu jede achte Bestimmung sieht das Expertenkomitee in der Praxis als nicht erfüllt an. Zwei Bestimmungen werden teilweise erfüllt, sieben weitere gelten dem Sachverständigenausschuss als nur formal erfüllt. Drei Punkte des Vertrags sind zwar erfüllt, tragen in der Beurteilung den einschränkenden Zusatz „ja, aber“. Insgesamt 29 Vertragselemente konnten wegen fehlender Informationen überhaupt nicht bewertet werden, hier hofft der Sachverständigenausschuss auf nähere Aufklärung im nächsten Länderbericht Österreichs. Dieser soll per 1. Oktober 2005 dem Europarat übermittelt werden.

Als „not fulfilled“ trifft die Hauptkritik des Sachverständigenausschusses drei Punkte bei Slowenisch sowie jeweils fünf Punkte bei Burgenlandkroatisch und Ungarisch.

#### 3.1 Burgenlandkroatisch – nicht erfüllt:

*„für den Unterricht der Geschichte und Kultur, die in der Regional- oder Minderheitensprache ihren Ausdruck finden, zu sorgen“*

Laut den Informationen im ersten Bericht und gemäß der „Verordnung des Bundesministeriums für Unterricht, mit welcher Lehrpläne für Minderhei-

ten-Volksschulen und für den Unterricht in Minderheitensprachen in Volks- und Hauptschulen in den Bundesländern Burgenland und Kärnten erlassen werden“, berücksichtigen die Lehrpläne der Minderheitenschulen die Geschichte und Kultur, die in der Regional- oder Minderheitensprache ihren Ausdruck finden. Der Sachverständigenausschuss stellt mit Zufriedenheit fest, dass diese Verordnung die Verantwortung der Schulen hinsichtlich eines interkulturellen Unterrichts, einschließlich sprachlicher Aspekte, in positiver Weise definiert. Der Sachverständigenausschuss wurde jedoch während seines Besuchs von Vertretern des Landesschulrats für das Burgenland unterrichtet, dass die vorhandenen Unterrichtsmaterialien nur unzureichend diesen Aspekt behandeln, ein Schulbuch angenommen, das erst kürzlich für die Sekundarstufe 1 entwickelt wurde.

Dem Sachverständigenausschuss liegen keine Informationen hinsichtlich der Frage vor, wie der Unterricht der Geschichte und Kultur, die im Burgenlandkroatischen ihren Ausdruck finden, in den einsprachigen deutschen Schulen im Sprachgebiet des Burgenlandkroatischen abläuft. Er erwartet weitere Informationen zu diesem Thema im nächsten Bericht.

Der Sachverständigenausschuss kommt zu dem Schluss, dass diese Verpflichtung zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht erfüllt wird. Er fordert die österreichischen Behörden auf, Schritte für die Entwicklung von Unterrichtsmaterialien einzuleiten, um diese Verpflichtung zu erfüllen.

### **3.2 Burgenlandkroatisch – nicht erfüllt:**

*„ein oder mehrere Aufsichtsorgane einzusetzen, welche die zur Einführung oder zum Ausbau des Unterrichts der Regional- oder Minderheitensprachen getroffenen Maßnahmen und die dabei erzielten Fortschritte überwachen und darüber regelmäßig Berichte verfassen, die veröffentlicht werden“*

Laut Artikel 15 des Minderheiten-Schulgesetzes für das Burgenland wurde innerhalb des Landesschulrats für das Burgenland eine Sonderabteilung für den zweisprachigen Unterricht eingerichtet, in der Fachinspektoren dafür zuständig sind, die Lehrbefähigung für den zweisprachigen Unterricht zu prüfen. Die österreichischen Behörden informierten den Sachverständigenausschuss, dass der regionale Schulinspektor für den Unterricht in Burgenlandkroatisch an allgemeinen Schulen „auch für die Leitung der Abteilung für Minderheitenschulen verantwortlich ist“. Der Landesschulrat führt eine Statistik über den Unterricht in Burgenlandkroatisch. Dem Sachverständigenausschuss liegen jedoch keine Informationen hinsichtlich eines regelmäßigen öffentlichen Berichts seitens des Landesschulinspektors vor.

Ein Evaluierungsprojekt über das zweisprachige Schulsystem wurde vom Landesschulrat mit finanzieller Unterstützung der EU und in Kooperation mit dem Bundesministerium für Bildung, der Landesregierung, dem Kroatischen Zentrum für Kultur und Dokumentation und der Volkshochschule der Burgenlandkroaten durchgeführt. Ein Folgeprojekt läuft gerade. Die österreichischen Behörden informierten den Sachverständigenausschuss des Weiteren, dass für 2004 ein globaler Bericht über zehn Jahre Minderheiten-Schulgesetz für Burgenland geplant ist.

Obwohl der Sachverständigenausschuss diese Initiativen begrüßt, ist er der Meinung, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt, in Ermangelung regelmäßiger Berichte, die veröffentlicht werden, diese Verpflichtung nicht erfüllt wird.

### **3.3 Burgenlandkroatisch – nicht erfüllt:**

*„die Veröffentlichung der amtlichen Schriftstücke der örtlichen Behörden durch diese auch in den betreffenden Regional- oder Minderheitensprachen“*

Artikel 13 Absatz 4 des Volksgruppengesetzes gestattet den kommunalen Behörden, bei denen die Sprache einer Volksgruppe als Amtssprache zugelassen ist, diese Sprache für offizielle Veröffentlichungen zu benutzen. Die österreichischen Behörden waren nicht in der Lage, dem Sachverständigenausschuss mitzuteilen, ob dies in der Praxis auch geschieht. Des Weiteren informierten sie den Sachverständigenausschuss auch nicht über Maßnahmen, die solche Veröffentlichungen durch die kommunalen Behörden fordern oder fördern sollen. Laut den Sprechern der Burgenlandkroaten erfolgen die Erklärungen der kommunalen Behörden nie in Burgenlandkroatisch. Der Sachverständigenausschuss kommt zu dem Schluss, dass diese Verpflichtung in der Praxis nicht erfüllt wird.

### **3.4 Burgenlandkroatisch – nicht erfüllt:**

*„zur regelmäßigen Ausstrahlung von Hörfunksendungen in den Regional- oder Minderheitensprachen zu ermutigen und/oder sie zu erleichtern“*

Der Sachverständigenausschuss stellt fest, dass diese Verpflichtung die Förderung und Erleichterung hinsichtlich der Ausstrahlung von Hörfunksendungen im Privatsektor betrifft. Er weiß, dass der ORF täglich von 18.15 bis 18.55 Uhr ein 40-minütiges Hörfunkprogramm in Burgenlandkroatisch sowie von Montag bis Samstag um 12.38 Uhr eine 2-minütige Nachrichtensendung in Kroatisch durch seine regionale Radiostation senden lässt. Obwohl der Sachverständigenausschuss den positiven Einfluss des bestehenden Hörfunkangebots anerkennt, weist er darauf hin, dass dies den

öffentlichen Rundfunk betrifft, welcher unter Artikel 11 Absatz a. U. der Charta fällt.

Die Sprecher des Burgenlandkroatischen erwarben zusammen mit anderen Sprechern von Regional- oder Minderheitensprachen ein Drittel der Lizenz einer privaten Radiofrequenz. Dieses Projekt war jedoch aufgrund einiger Probleme mit den anderen Eigentümern der Lizenz und aufgrund der Tatsache, dass die österreichischen Behörden ihre finanzielle Unterstützung entzogen, nicht erfolgreich. Der Sachverständigenausschuss weiß, dass es zwischen dem ORF und den Sprechern der Regional- oder Minderheitensprachen Gespräche hinsichtlich einer Zusammenarbeit gemäß dem neuen Paragraphen 5 des ORF-Gesetzes gibt (siehe Absatz 69 oben), und hofft, dass das Ergebnis dieser Gespräche das Hörfunkangebot in Burgenlandkroatisch verbessern wird.

Der Sachverständigenausschuss weiß, dass es momentan bei den privaten Radiosendern im Burgenland keine Hörfunkprogramme in Burgenlandkroatisch gibt. Daher betrachtet er diese Verpflichtung als nicht erfüllt. Der Sachverständigenausschuss ermutigt die österreichischen Behörden, die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten, um zur Übertragung von Hörfunkprogrammen in Burgenlandkroatisch bei den privaten Radiosendern zu ermutigen und diese zu fördern, ohne den bereits bestehenden Umfang öffentlicher Hörfunkprogramme zu beeinträchtigen.

### **3.5 Burgenlandkroatisch – nicht erfüllt:**

*„zur regelmäßigen Ausstrahlung von Fernsehsendungen in den Regional- oder Minderheitensprachen zu ermutigen und/oder sie zu erleichtern“*

Der Sachverständigenausschuss weist darauf hin, dass diese Verpflichtung die Förderung und Erleichterung hinsichtlich der Ausstrahlung von Fernsehsendungen in Burgenlandkroatisch im Privatsektor betrifft. Der ORF sendet jeden Sonntag um 13.30 Uhr auf seinem regionalen Fernsehkanal ein 30-minütiges Fernsehprogramm in Burgenlandkroatisch. Viermal im Jahr strahlt der ORF ein 45-minütiges Programm (Servus, Szia, Zdravo, Deltuha) in vier Sprachen aus, u. a. in Burgenlandkroatisch. Dies betrifft jedoch den öffentlich-rechtlichen Bereich, der unter Artikel 11 Absatz a. U. der Charta fällt. Der Sachverständigenausschuss weiß, dass es bei den Privatsendern keine Fernsehprogramme in Burgenlandkroatisch gibt. Ihm sind auch keine Informationen über Initiativen bekannt, die in Übereinstimmung mit dem neuen Paragraphen 5 des ORF-Gesetzes im Bereich von Fernsehübertragungen ergriffen worden wären. Daher betrachtet er diese Verpflichtung als nicht erfüllt. Der Sachverständigenausschuss ermutigt die österreichischen Behörden, die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten, um zur Übertragung von Fernsehprogrammen in Burgenlandkroatisch bei den privaten Fern-

sehsendern zu ermutigen und diese zu fördern, ohne den bereits bestehenden Umfang öffentlicher Fernsehprogramme zu beeinträchtigen.

### **3.6 Slowenisch – nicht erfüllt:**

*„In Bezug auf die örtlichen und regionalen Behörden, in deren örtlichem Zuständigkeitsbereich die Zahl der Einwohner, welche die Regional- oder Minderheitensprachen gebrauchen, die nachstehende Maßnahmen rechtfertigt, verpflichten sich die Vertragsparteien, Folgendes zuzulassen und/oder dazu zu ermutigen: die Möglichkeit, dass Personen, die Regional- oder Minderheitensprachen gebrauchen, mündliche oder schriftliche Anträge in diesen Sprachen stellen.“*

Der Sachverständigenausschuss versteht diese Verpflichtung dahingehend, dass sie sich auf die Behörden der Bundesländer im Hinblick auf die Umsetzung von Landesrecht sowie die Verwaltungsbehörden der Gemeinden bezieht.

Die Möglichkeit, Slowenisch in der Praxis zu benutzen, scheint erheblich unter den verschiedenen örtlichen Behörden zu variieren und von der Bereitschaft einzelner Personen (Bürgermeister und Beamte) abzuhängen. Es gibt bestimmte örtliche Behörden, die unter die Verordnung hinsichtlich des Gebrauchs des Slowenischen als Amtssprache fallen, bei denen die mündliche Kommunikation größtenteils auf Slowenisch geführt wird, aber es gibt auch solche, bei denen Slowenisch selten oder nie benutzt wird. Laut der slowenischen Volksgruppe verfügen viele der örtlichen Behörden nicht über genügend Angestellte, die das Slowenische ausreichend beherrschen.

Der Verfassungsgerichtshof hat am 4. Oktober 2000 entschieden (V 91/99-11), dass die Gemeinde Eberndorf in Völkermarkt (10,4 Prozent der Bevölkerung sprechen Slowenisch), die nicht in der Verordnung aufgeführt ist, trotzdem als „Verwaltungsbezirk mit einer gemischten Bevölkerung“ im Sinne von Artikel 7 Absatz 3 des Wiener Staatsvertrages zu gelten habe und demnach der Gebrauch der slowenischen Sprache als Amtssprache gestattet sei. Die Bundesbehörden haben keinerlei Maßnahmen zur Umsetzung dieser Entscheidung getroffen und bisher die Verordnung nicht geändert. Der Sachverständigenausschuss denkt, dass die Umsetzung dieser Entscheidung nicht nur für Eberndorf bedeutsam wäre, sondern auch für einige andere Gemeinden.

Der Sachverständigenausschuss betrachtet diese Verpflichtung als nicht erfüllt.

Der Sachverständigenausschuss ermutigt die österreichischen Behörden, die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes vom 4. Oktober 2000 vor-

rangig zu behandeln und die Möglichkeit einzuräumen, Slowenisch auch in anderen Gemeinden in Kärnten zu benutzen, welche die Kriterien der Entscheidung erfüllen und nicht in der Verordnung genannt sind.

### **3.7 Slowenisch – nicht erfüllt:**

*„die Veröffentlichung der amtlichen Schriftstücke der örtlichen Behörden durch diese auch in den betreffenden Regional- oder Minderheitensprachen“*

Paragraph 13 Absatz 4 des Volksgruppengesetzes gestattet den kommunalen Behörden, bei denen die Sprache einer Volksgruppe als Amtssprache zugelassen ist, diese Sprache für offizielle Veröffentlichungen zu benutzen. Die österreichischen Behörden übermittelten keine Informationen hinsichtlich des Umfangs, in dem dies in die Praxis umgesetzt wurde. Des Weiteren waren sie nicht in der Lage, dem Sachverständigenausschuss über Maßnahmen zu berichten, die solche Veröffentlichungen durch die kommunalen Behörden fordern oder fördern sollen. Laut der slowenischen Volksgruppe sind Veröffentlichungen der örtlichen Behörden in Slowenisch äußerst selten und hängen vollkommen von der Bereitschaft der fraglichen Behörde ab. Der Sachverständigenausschuss kommt zu dem Schluss, dass diese Verpflichtung in der Praxis nicht erfüllt wird.

### **3.8 Slowenisch – nicht erfüllt:**

*„zur regelmäßigen Ausstrahlung von Fernsehsendungen in den Regional- oder Minderheitensprachen zu ermutigen und/oder sie zu erleichtern“*

Der Sachverständigenausschuss stellt fest, dass diese Verpflichtung die Förderung und Erleichterung hinsichtlich der Ausstrahlung von Fernsehsendungen in Slowenisch im Privatsektor betrifft. Der ORF sendet wöchentlich ein 30-minütiges Fernsehprogramm in Slowenisch. Dies betrifft jedoch den öffentlich-rechtlichen Bereich, der unter Artikel 11 Absatz a. U. der Charta fällt. Der Sachverständigenausschuss weiß, dass es bei den Privatsendern keine Fernsehprogramme in Slowenisch gibt. Ihm sind auch keine Informationen über Initiativen bekannt, die in Übereinstimmung mit dem neuen Paragraphen 5 des ORF-Gesetzes im Bereich von Fernsehübertragungen ergriffen worden wären. Daher betrachtet er diese Verpflichtung als nicht erfüllt. Der Sachverständigenausschuss ermutigt die österreichischen Behörden, die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten, um zur Übertragung von Fernsehprogrammen in Slowenisch bei den privaten Fernsehsendern zu ermutigen und diese zu fördern, ohne den bereits bestehenden Umfang öffentlicher Fernsehprogramme zu beeinträchtigen.



### **3.9 Ungarisch – nicht erfüllt:**

*„für den Unterricht der Geschichte und Kultur, die in der Regional- oder Minderheitensprache ihren Ausdruck finden, zu sorgen“*

Die „Verordnung des Bundesministeriums für Unterricht, mit welcher Lehrpläne für Minderheiten-Volksschulen und für den Unterricht in Minderheitensprachen in Volks- und Hauptschulen in den Bundesländern Burgenland und Kärnten erlassen werden“, bietet Raum für den Unterricht der Geschichte und der Kultur, die in der ungarischen Sprache ihren Ausdruck finden. Dem Sachverständigenausschuss wurde jedoch vom Landesschulrat für Burgenland mitgeteilt, dass die vorhandenen Unterrichtsmaterialien nicht ausreichend seien, um einen solchen Unterricht in der Praxis sicherzustellen. Der Sachverständigenausschuss weiß von keinen Maßnahmen, die zur Behebung dieses Problems ergriffen worden wären.

Dem Sachverständigenausschuss liegen keine Informationen hinsichtlich der Frage vor, wie der Unterricht der Geschichte und Kultur, die im Ungarischen ihren Ausdruck finden, in den einsprachigen deutschen Schulen im Sprachgebiet des Ungarischen abläuft. Er erwartet weitere Informationen zu diesem Thema im nächsten Bericht.

Der Sachverständigenausschuss denkt, dass diese Verpflichtung zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht erfüllt wird, und ermutigt die österreichischen Behörden, Schritte zur Entwicklung geeigneter Unterrichtsmaterialien zu ergreifen, um diese Verpflichtung zu erfüllen.

### **3.10 Ungarisch – nicht erfüllt:**

*„für die Aus- und Weiterbildung der Lehrer zu sorgen, die zur Durchführung derjenigen Bestimmungen der Buchstaben a bis g erforderlich sind, welche die Vertragspartei angenommen hat“*

Der erste Bericht erklärt, dass Paragraph 13 des Minderheiten-Schulgesetzes für das Burgenland zweisprachige Ausbildungsprogramme für Vorschullehrer und Lehrer vorschreibt.

Die Vertreter des Landesschulrats für Burgenland informierten den Sachverständigenausschuss während seines Besuches, dass das Lehrerseminar in Eisenstadt (Stiftung Pädagogische Akademie Burgenland) aufgrund mangelnder Nachfrage keine Lehrerausbildung in Ungarisch anbiete. Viele Ungarischlehrer haben ihre Ausbildung in Ungarn absolviert.

Das Pädagogische Institut des Bundes im Burgenland bietet in Kooperation mit Nachbarstaaten weitere Ausbildungsaktivitäten an. Der Sachverständigenausschuss begrüßt insbesondere positive Initiativen, wie z. B. das



Kooperationsprojekt, in dessen Rahmen sich acht österreichische Lehrer und acht Lehrer aus Sopron (Ungarn) zehnmal pro Semester treffen.

Trotzdem stimmten die Vertreter der ungarischen Volksgruppe und der Landesschulrat überein, dass es einen erheblichen Mangel an Ungarisch sprechenden Lehrern im Burgenland gibt. Die Situation wird sich aufgrund der steigenden Nachfrage für einen ungarischen Unterricht in Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung wahrscheinlich noch verschärfen.

Der Sachverständigenausschuss kommt zu dem Schluss, dass diese Verpflichtung zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht erfüllt wird.

Der Sachverständigenausschuss ermutigt die österreichischen Behörden, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Ausbildung Ungarisch sprechender zweisprachiger Lehrer sicherzustellen und die notwendigen Einrichtungen für ihre Aus- und Fortbildung bereitzustellen, ein oder mehrere Aufsichtsorgane einzusetzen, welche die zur Einführung oder zum Ausbau des Unterrichts der Regional- oder Minderheitensprachen getroffenen Maßnahmen und die dabei erzielten Fortschritte überwachen und darüber regelmäßig Berichte verfassen, die veröffentlicht werden.

### **3.11 Ungarisch – nicht erfüllt:**

*„zur regelmäßigen Ausstrahlung von Hörfunksendungen in den Regional- oder Minderheitensprachen zu ermutigen und/oder sie zu erleichtern“*

Der Sachverständigenausschuss stellt fest, dass diese Verpflichtung die Förderung hinsichtlich der Ausstrahlung von Hörfunksendungen im Privatsektor betrifft. Er nimmt zur Kenntnis, dass die regionale Radiostation des ORF täglich um 18.55 Uhr ein 5-minütiges Programm sowie sonntags um 19.30 Uhr ein 30-minütiges ungarisches Programm und montags ein dreisprachiges Programm sendet, das 15 Minuten Ungarisch enthält. Obwohl der Sachverständigenausschuss den positiven Einfluss des bestehenden Hörfunkangebots anerkennt, stellt er fest, dass dies den öffentlichen Hörfunk betrifft, welcher unter Artikel 11 Absatz a. U der Charta fällt.

Der Sachverständigenausschuss weiß, dass die ungarische Volksgruppe mit der burgenlandkroatischen Volksgruppe und der Volksgruppe der Roma zusammenarbeitet, um mit den Behörden eine Ausweitung des Hörfunkangebotes in den Regional- oder Minderheitensprachen im Burgenland auszuhandeln, und hofft, dass das Ergebnis dieser Gespräche ein verbessertes Hörfunkangebot in Ungarisch sein wird.

Der Sachverständigenausschuss weiß, dass es momentan bei den privaten Radiosendern im Burgenland keine Hörfunkprogramme in Ungarisch gibt. Daher betrachtet er diese Verpflichtung als nicht erfüllt.

Der Sachverständigenausschuss ermutigt die österreichischen Behörden, die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten, um zur Übertragung von Hörfunkprogrammen in Burgenlandkroatisch bei den privaten Radiosendern anzuregen und diese zu fördern, ohne den bereits bestehenden Umfang öffentlicher Hörfunkprogramme zu beeinträchtigen.

### **3.12 Ungarisch – nicht erfüllt:**

*„zur regelmäßigen Ausstrahlung von Fernsehsendungen in den Regional- oder Minderheitensprachen zu ermutigen und/oder sie zu erleichtern“*

Der Sachverständigenausschuss stellt fest, dass diese Verpflichtung die Förderung und Erleichterung hinsichtlich der Ausstrahlung von Fernsehsendungen in Burgenlandkroatisch im Privatsektor betrifft. Die Fernsehprogramme in Ungarisch sind auf ein nur sechsmal im Jahr jeweils sonntags um 13.05 Uhr ausgestrahltes und lediglich 25-minütiges Programm *Adj' 1sten magyarok* auf dem Regionalsender des ORF beschränkt. Es gibt auch noch ein 45-minütiges Programm in vier Sprachen (*Servus, Szia, Zdravo, Deltuha*), das etwas Ungarisch enthält und viermal im Jahr auf demselben Kanal ausgestrahlt wird. Dies betrifft jedoch den öffentlich-rechtlichen Bereich, der unter Artikel 11 Absatz a. U. der Charta fällt. Der Sachverständigenausschuss weiß, dass es bei den Privatsendern keine Fernsehprogramme in Ungarisch gibt. Daher betrachtet er diese Verpflichtung als nicht erfüllt. Der Sachverständigenausschuss ermutigt die österreichischen Behörden, die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten, um die Übertragung von Fernsehprogrammen in Ungarisch bei den privaten Fernsehsendern anzuregen und zu fördern, ohne den bereits bestehenden Umfang öffentlicher Fernsehprogramme zu beeinträchtigen.

### **3.13 Ungarisch – nicht erfüllt:**

*„die Produktion und/oder Erhaltung von mindestens einer Zeitung in den Regional- oder Minderheitensprachen zu ermutigen und/oder sie zu erleichtern“*

Es gibt im Burgenland keine Tages- oder Wochenzeitungen in Ungarisch. Auch liegen dem Sachverständigenausschuss keine Informationen über Initiativen vor, welche die Gründung einer Tages- oder Wochenzeitung in Ungarisch anregen oder erleichtern. Die ungarische Volksgruppe gibt lediglich ein monatliches Magazin heraus und erhält dafür eine finanzielle Förderung im Rahmen der allgemeinen Volksgruppenförderung des Bundeskanzleramtes. Der Sachverständigenausschuss betrachtet diese Verpflichtung als nicht erfüllt.

#### 4. Vergleich mit den Ergebnissen der Berichte in den Nachbarländern

Bei einem Vergleich der jüngsten Berichte zur Erfüllung der Charta der Regional- oder Minderheitensprachen zeigt sich, dass andere Staaten erfolgreicher als Österreich ihren Verpflichtungen zum Schutz ihrer Volksgruppen nachkommen. Nimmt man als negativen Maßstab die Zahl der nicht erfüllten Bestimmungen, so zählt die Schweiz hier fünf Fälle, Slowenien sechs Fälle, Ungarn elf Fälle und liegt damit knapp vor Österreich mit 13 Fällen. Die Bundesrepublik Deutschland ist das Schlusslicht mit 27 Punkten, in denen die eingegangenen Verpflichtungen nicht erfüllt worden sind.

Die Reihenfolge ändert sich auch nicht wesentlich, wenn die Zahl aller kritischen Anmerkungen addiert wird. In der Summe von „nicht erfüllt“, „teilweise erfüllt“ und „formal erfüllt“ liegt wieder die Schweiz mit elf Fällen voran, Slowenien zählt zwölf Fälle und Österreich überholt mit 22 Zählern Ungarn, das auf 30 kritische Punkte kommt. Abgeschlagen Deutschland mit insgesamt 100 Punkten, die vor allem auf die zahlreichen zusätzlichen Verpflichtungen zum Schutz von Teil-II-Sprachen durch Bestimmungen aus dem dritten Teil der Charta zurückzuführen sind.

#### 5. Ausblick auf die weitere Entwicklung durch die Sprachencharta

„The key element in the good functioning of the Charter is its control mechanism, established to evaluate the real application of the Charter in the States Parties and, where necessary, recommend improvements in their legislation, policy and practice.“ Dieses Statement von der Seite des Euro-  
parates<sup>11</sup> weist auf die Eigendynamik hin, die in dem Wechselspiel zwischen den dreijährigen Staatenberichten und den anschließenden Überprüfungen durch den Sachverständigenausschuss liegt. Dies gilt auch – wie sich gerade an Österreich zeigt – selbst für jene Sprachen, die nicht dem engen Regelwerk von Teil III der Sprachencharta unterworfen sind. Die allgemeinen Schutzmaßnahmen nach Teil II der Charta gelten grundsätzlich und allgemein, und daraus leitet sich hier die Überprüfungsmöglichkeit zum Beispiel für die Slowenen in der Steiermark, aber auch für von Österreich überhaupt nicht genannte Sprachen wie z. B. Polnisch ab. Wie Heinz Tichy mehrfach betont, sind grundsätzlich mit der Ratifizierung der Charta der Regional- oder Minderheitensprachen auch jene Sprachen geschützt, die nicht *expressis verbis* von den jeweiligen Staaten in die Charta aufgenommen wurden<sup>12</sup>. Allein zehn Seiten widmet der Sachverständigenausschuss in seinem Bericht dieser Überprüfung auf die allgemeinen

Grundsätze und kommt hier gerade mit Blick auf die Volksgruppen in Wien zu rund einem Dutzend Empfehlungen an die österreichischen Behörden. Selbst die Tätigkeit des Österreichischen Volksgruppenzentrums wird vom Expertenkomitee auf der Basis der Bestimmungen des Teils II der Sprachencharta bewertet und dieser Organisation „eine sehr aktive und positive Rolle bei der Erhaltung und der Entwicklung von Verbindungen zwischen den Regional- oder Minderheitensprachen in Österreich“ zugeschrieben.

Zusammenfassend mag die Charta der Regional- oder Minderheitensprachen daher auf den ersten Blick – wie gerade Volksgruppenvertreter häufig kritisieren – wegen ihrer mangelnden Bestimmungen zur Durchsetzbarkeit<sup>13</sup> als Instrument zum Schutz und zur Förderung der Volksgruppen nicht sehr attraktiv erscheinen. Im Vergleich mit der gleichfalls von Österreich unterzeichneten Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten mit einem durchaus ähnlichen Überprüfungsmechanismus bietet die Sprachencharta aber gerade wegen ihrer grundsätzlichen Bestimmungen eine breite Grundlage für Diskussionen und Entscheidungsprozesse zur Verbesserung der Lage der österreichischen Volksgruppen.

#### Anmerkungen:

- 1 European Charter for Regional or Minority Languages: [http://www.coe.int/T/E/Legal\\_Affairs/Local\\_and\\_regional\\_Democracy/Regional\\_or\\_Minority\\_languages/](http://www.coe.int/T/E/Legal_Affairs/Local_and_regional_Democracy/Regional_or_Minority_languages/)
- 2 Politisch waren die Weichen für diese Trennung bereits 1997 gestellt. Der damalige Bundeskanzler Viktor Klima stellte bei der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage 2846/AB (XX. GP) von Walter Schwimmer zur Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen fest: „Hinsichtlich der burgenländisch-kroatischen und der slowenischen Sprache wurde bisher davon ausgegangen, daß ein Katalog von 35 Maßnahmen bereits aufgrund der geltenden Rechtslage bzw. Praxis als erfüllt anzusehen ist. Eine politische Problemstellung ist darin gelegen, daß mit dieser Vorgangsweise eine unterschiedliche Behandlung zwischen den im Art. 7 des Staatsvertrages von Wien genannten Volksgruppen und den übrigen Volksgruppen verbunden wäre. (...) Für die übrigen Volksgruppen, nämlich die tschechische, die slowakische Volksgruppe und die Volksgruppe der Roma, scheint die Annahme des Teiles III der Charta derzeit nicht möglich, da diese Volksgruppen relativ klein sind und daher etwa bei einer Erlassung einer Amtssprachenverordnung oder auch einer Schaffung eines der kroatischen und slowenischen Volksgruppe entsprechenden Minderheitenschulrechtes Kostengründe relativ schwer ins Gewicht fielen.“
- 3 Tichy, Heinz: Die europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen und das österreichische Recht. Mohorjeva/Hermagoras Klagenfurt/Celovec – Ljubljana – Wien 2000, S. 16.
- 4 <http://www.austria.gv.at/DesktopDefault.aspx?TabID=3514&Alias=BKA>.
- 5 Tichy, a. a. O., S. 17.
- 6 Nicht autorisierte Übersetzung, die offiziellen Dokumente liegen in Englisch bzw. Französisch vor.

- 7 Armenien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Großbritannien, Kroatien, Liechtenstein, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz, Slowakei, Slowenien, Spanien, Ungarn, Zypern.
- 8 Übersetzung eines Interviews am 10. Dezember 2003 für <http://volksgruppen.ORF.at>.
- 9 Die Auflistung ist gegenüber der englischsprachigen Originalfassung beim Europarat gekürzt.
- 10 Die Auflistung ist gegenüber der englischsprachigen Originalfassung beim Europarat gekürzt.
- 11 [http://www.coe.int/T/E/Legal\\_Affairs/Local\\_and\\_regional\\_Democracy/Regional\\_or\\_Minority\\_languages/2\\_Monitoring/2.5\\_Secretary\\_Generals\\_Reports/SG\\_Report\\_02\\_E.asp#TopOfPage](http://www.coe.int/T/E/Legal_Affairs/Local_and_regional_Democracy/Regional_or_Minority_languages/2_Monitoring/2.5_Secretary_Generals_Reports/SG_Report_02_E.asp#TopOfPage).
- 12 Tichy, a. a. O., Seite 39: Die Tragweite des Art. 2 (1) eröffnet sich in der Zusammenschau mit Art. 7 (1) und Art. 21 (1). Danach gelten die Ziele und Grundsätze von Teil II = Art. 7 für alle Regional- oder Minderheitensprachen... Tichy, a. a. O., Seite 44: Zusammenfassend ergibt sich aus Art. 2 (1), dass die Charta eine Regional- oder Minderheitensprache auch dann erfasst, wenn sie alle definitionsgemäßen Voraussetzungen des Art. 1 lit. a erfüllt, vom betreffenden Vertragsstaat aber entweder offiziell nicht zur Kenntnis genommen oder als nicht existent erklärt wird...
- 13 Z. B. Diskussion im Radiokulturhaus am 9. November 2004: Sprachencharta gegen Volksgruppen <http://volksgruppen.orf.at/volksgruppen/aktuell/stories/20423/>

## Ein Paradigmenwechsel in den Köpfen ist notwendig

Univ.-Prof. Larcher hat in einem seiner Bücher festgestellt, in ethnisch gemischten Gebieten gebe es zwei Mentalitäten: auf Seiten der Mehrheit das sogenannte legitimistische Geschichtsverständnis („Alles, was wir in Bezug zur Volksgruppe gemacht haben, war richtig“) und auf Seiten der Minderheit das sogenannte heroische („Wir waren immer Opfer und wurden immer geschlagen“). Diese beiden Mentalitäten finden sich auch auf der Ebene beider benachbarten Staaten (zumindest bei einigen politischen Kräften), Österreich/Kärnten und Slowenien, wieder. Daher ist es wichtig, darüber nachzudenken, wie man jetzt, in einem größeren Europa, diese beiden Mentalitäten überwindet. Ich habe den Eindruck, dass derzeit noch die Meinung vorherrscht, der „jeweils andere“ müsse sich ändern. Auch innerhalb der slowenischen Volksgruppe scheint mir die Meinung vorzuherrschen, dass der Beitritt Sloweniens zur EU keinerlei Folgen für die Volksgruppe hinsichtlich einer Änderung oben genannter Mentalität und überhaupt des volksgruppenpolitischen Handelns haben wird. Eine Illusion, wie ich glaube.

Der Prozess der europäischen Integration stellt einige Grundparadigmen in Frage, mit denen wir sozialisiert worden sind, nämlich die Karawankengrenze, die Minderheitensprachen, die die jeweiligen Nachbarstaaten nicht (genügend) achten, das Slowenentum als permanentes masochistisches Sich-Opfern, das Deutschtum als ewiger Wächter der Südgrenze usw. – Vorurteile, die wir in uns tragen.

### Historische Belastungen ...

Ich möchte diese Grundparadigmen an zwei historischen Beispielen vor Augen führen, die bis heute für Irritationen sorgen:

Im Jahre 1940 verfasste der damalige Gauleiter von Kärnten, Kutschera, folgende Denkschrift über die Wiederherstellung des alten Reichsgaues Kärnten durch eine neue Grenzziehung im Süden der Karawanken (Quelle: Tone Ferenc, Quellen zur nationalsozialistischen Entnationalisierungspolitik in Slowenien 1941–1945):

„Die Neuordnung im Südosten Europas ist so lange keine vollständige und endgültige, bis sie nicht auch den südslawischen Staat erfasst hat. In dem Augenblick aber, mit dem Jugoslawien in diese Neuordnung einbezogen

wird, müssen die durch das Diktat von Versailles an Jugoslawien abgetretenen ehemaligen österreichischen, jetzt deutschen Landesteile an das Reich rückgegliedert werden. Es handelt sich hierbei um die Gebiete des Mießtales und Seelandes (beide bis 1918 zu Kärnten gehörig) und der Untersteiermark. Es ist kaum denkbar, dass sich der Führer mit der Rückgabe dieser Gebiete allein begnügen wird, er wird vielmehr im Interesse einer gesicherten Grenze im Süden des Reiches die derzeitige Grenze auf dem Kamm der Karawanken, welche schon vom strategischen Standpunkt aus für das Reich eine Unmöglichkeit ist, nicht belassen, sondern sie weiter nach dem Süden verlegen. Die neue südliche Reichsgrenze muss historisch, nationalpolitisch, geographisch, verkehrstechnisch und volkswirtschaftlich begründet sein. Eine solche Begründung ist nur dann in jeder Hinsicht gegeben, wenn die neue Grenzziehung sich als Grundlage die Grenze des alten Reichsgaues Kärnten nimmt, der im Jahre 976 unter Otto dem II. von Bayern abgetrennt und zu einem eigenen Herzogtum erhoben wurde. Durch eine solche Grenzziehung erhielte der jetzige Reichsgau Kärnten wieder seine alte Gestalt und könnte besser als bisher seine Aufgaben als Bollwerk des Reiches im Süden erfüllen ...“

- „Kärnten brachte von allen deutschen Stämmen während des Weltkrieges die größten Blutopfer.
- Die Bewohner Kärntens standen mitten im Zusammenbruch des Jahres 1918 auf und erstritten mit bewaffneter Hand die Unversehrtheit ihres Landes.
- Die nationalsozialistische Bewegung fasste in Kärnten schon im Jahre 1921 festen Fuß.

Kärnten galt in der Systemzeit als das nationalsozialistischste Land, was schon aus dem Ausspruch des Separatistenkanzlers Schuschnigg hervorging: ‚Ein Stacheldraht um Kärnten und das Konzentrationslager für Nationalsozialisten ist fertig‘. Kärnten hatte beim nationalsozialistischen Aufstand im Juli 1934 die meisten Blutopfer von allen Ostmarkgaue. Kärnten meldete am 11. März 1938 als erster Oststmarkgau die Übernahme der Macht durch die nationalsozialistische Bewegung.

## Die Helden von Narvik sind zu zwei Drittel Kärntner

Diese Hinweise genügen, um Kärntens nationale Kraft unter Beweis zu stellen. Die Rückgliederung der alten Gebiete des Herzogtums Kärnten an den jetzigen Reichsgau Kärnten könnte durch folgende Grenzziehung durchgeführt werden. Dadurch entstünde durch Einbeziehung des ehemaligen Kronlandes Krain und des Beckens von Windisch Graz, Maren-

berg und Oberburg, die früh in der Untersteiermark lagen, der neue Reichsgau Kärnten.“

Gauleiter Rainer hat laut „Kleiner Zeitung“ im Dezember 1942 davon gesprochen, dass nunmehr der Abwehrkampf von 1920, „der damals von uns defensiv, nunmehr offensiv und zum endgültigen Sieg geführt werden muss“.

Historiker meinen, dass zur Zeit der Okkupation Jugoslawiens ein großer Teil der nationalsozialistischen Kader in Slowenien aus Kärnten und der Steiermark stammte. Daraus folgen in Slowenien viele Traumata, die noch heute eine nicht unbedeutende Rolle in der Politik spielen.

## Wie sieht diese Frage von der anderen Seite aus?

Am 14. Dezember 1942 schrieb Edvard Kardelj in einem Bericht an Tito Folgendes über die Lage in Slowenien und über die Grenzfrage (Jesen 1942, Korespondenca Edvarda Kardelja in Borisa Kidriča, Ljubljana 1963, S. 531 ff.):

„Die Frage der Grenze ist für uns vielleicht aktueller als für das englische Imperium. Es geht in dieser Hinsicht um eine spezifisch slowenische Empfindlichkeit, die wir lange mit allgemeinen prinzipiellen Erklärungen zu umgehen versuchten, doch erscheint das immer weniger möglich. Die Slowenen, die schon 1000 Jahre gespalten sind, spüren nämlich, dass jetzt die Entscheidung über die alte Parole vom ‚Vereinten Slowenien‘ fällig wird. Deshalb stellen sie ständig die Massen vor die Frage: ‚Aber in welchen Grenzen?‘ Die Reaktion versucht gerade in dieser Frage unsere Partei unter den Massen zu diskreditieren. Sicher die Hälfte aller Verleumdungen betreffen das Verhältnis unserer Partei zu den ‚Grenzen‘. Damit wollen sie beweisen, dass unser Patriotismus nur verbal besteht, dass wir in Wirklichkeit im Namen des ‚proletarischen Internationalismus‘ Teile des slowenischen Territoriums an die Deutschen und die Italiener verkaufen wollen...“

In einer besonderen Erklärung haben wir folgenden prinzipiellen Standpunkt eingenommen: Die KPS meint, dass alle jene Gebiete, die von Slowenen besiedelt werden oder die in der jüngsten imperialistischen Zeit gewaltsam entnationalisiert worden sind, zum ‚Vereinten Slowenien‘ gehören.

Euch erscheinen diese Fragen unwichtig und überflüssig, wir können und dürfen sie jedoch in der Praxis nicht umgehen, weil das eines der wichtigsten Ziele des Befreiungskampfes ist und weil alle Slowenen daran glauben, dass sie die völlige Vereinigung aller ihrer Gebiete einzig mit Hilfe der



UdSSR erreichen werden. In dieser Hinsicht haben wir die Forderung für den Anschluss des gesamten Küstengebietes mit Triest als autonomer Stadt und Kärnten mit Klagenfurt unmissverständlich in unseren Kampf oder besser in ‚unsere Kampfziele‘ aufgenommen“.

## Politische Auseinandersetzung auf der Ebene der Symbolik

In der politischen Auseinandersetzung im Lande Kärnten, aber auch zwischen Kärnten und Slowenien spielen beide oben genannten Optionen in der Tagespolitik eine entscheidende Rolle. Nachdem die Grenzen zumindest seit 1955 (Unterzeichnung des Staatsvertrages) völkerrechtlich gesichert sind, ist die Diskussion um die Grenze und alles, was damit zusammenhängt (Urangst, Slowenisierung, Germanisierung etc.), eine symbolische und dient in Wirklichkeit den jeweiligen tagespolitischen Parteiinteressen, aber auch den Interessen gewisser Eliten der Minderheit. Offensichtlich sind Volksgruppenfragen derart mit Emotionen behaftet, dass man mit ihnen irrationale Ängste schüren kann, die sich bei Wahlen leicht in Wählerstimmen ummünzen lassen. Das ist in Kärnten so, das ist aber auch in Slowenien so. Die Volksgruppenfrage ist auf beiden Seiten vor allem innenpolitisch motiviert. Spätestens mit der EU-Mitgliedschaft Sloweniens und Österreichs ist aber eine solche Politik nicht mehr zielführend und in Wirklichkeit nur mehr kontraproduktiv. Ironisch könnte man diese Politik so zusammenfassen: Symbolisch unterstellen beide Seiten der jeweils anderen, das tun zu wollen, was man selber tun würde, wenn man es könnte.

Das äußert sich z. B. auch in Janez Janšas Buch mit dem Titel *Okopi, Pot slovenske države 1991–1994* (Der Weg des slowenischen Staates 1991–1994), Ljubljana 1994, in dem der Autor seine Visionen über die Entwicklung Sloweniens entwickelt. Unter anderem schreibt er:

„Die Erkenntnis, dass der Tisch abgeräumt, auf dem Feld die alte Ernte eingebracht, das Unkraut gejätet sein muss, bevor eine neue Saat gepflanzt wird, ist in diesem Augenblick sicherlich ein sehr klares Zeichen auf dem slowenischen Himmel. Die Frage stellt sich, ob wir im Stande sein werden, dies auch zu erkennen. Wenn ja, werden wir voranschreiten und uns neuen Herausforderungen stellen.“

Die Aneignung eines neuen nationalen und staatlichen Bewusstseins, die allseitige Entwicklung des Staates, der institutionelle Bau und die Festigung der slowenischen Staatlichkeit, die Korrektur des Unrechtes aus der Vergangenheit, sich in der Welt behaupten – all das sind die Herausforde-

rungen dieses Augenblicks, sowohl für den Einzelnen als auch für die Nation.

Es bestehen aber noch zwei weitere globale Ziele, die miteinander verbunden sind.

Ist der Tisch abgeräumt und das Feld gesäubert, wird die Zeit kommen, in der die nationalen Potentiale viel besser ausgenützt werden und in der die Zustände so gut sein werden, dass jedes Mitglied der Nation nach seinen Kräften und Möglichkeiten dazu beitragen wird. Wir Slowenen haben in einer solchen Zeit noch nicht gelebt. Ich glaube aber, dass sie vor uns ist.

Ich glaube aber auch, dass wir das aus mehreren Gründen nicht erreichen können, ohne gleichzeitig auch das zu erreichen, was vor eineinhalb Jahrhunderten Vereinigtes Slowenien genannt worden ist. Dabei geht es heute nicht so sehr um den Begriff, der nur die physische oder politische Vereinigung der nationalen Territorien umfasst – obwohl die Geschichte nicht beendet ist und die Zukunft zweifelsfrei viele Gefahren, aber auch Gelegenheiten bietet –, sondern um einen Begriff, der all jene Elemente enthält, die die Nation zu einem gemeinsamen Fortschritt verbinden und die politischen, staatlichen und geografischen Grenzen überschreiten könnten. Diese Elemente umfassen sowohl die Erkenntnis und das Bewusstsein der eigenen Wurzeln, der Versöhnung und das Anerkennen der Vergangenheit als eigene, als auch die endgültige Demokratisierung des Mutterstaates, anerkennend die Menschenrechte und die Gleichheit vor dem Gesetz“ (Seite 308–309).

„Anfang 1994 war ich anlässlich des Kulturfeiertages Gast der Triestiner Slowenen. Vielleicht ist mir erst bei dieser Gelegenheit das enorme nationale Potential dieser Stadt bewusst geworden, die am Anfang dieses Jahrhunderts die größte slowenische Stadt war (nur zufällig wurde die erste slowenische Universität in Ljubljana und nicht in Triest gegründet). Boris Pahor, Alojz Rebula, Sergej Pahor, Saša Martelanc und viele andere slowenische Intellektuelle, die in den Jahrzehnten des Totalitarismus das nationale und demokratische Bewusstsein im Grenzland viel lebendiger aufrecht erhalten haben, als dies in der jugoslawischen Provinz Slowenien erlaubt war, haben bei diesem und anderen Treffen meine Hoffnung genährt, von der ich immer überzeugt war, dass sie nicht leer ist. Unabhängig von den staatlichen Grenzen, die in der Geschichte zu Gunsten der Gescheiterten, Stärkeren oder Geschickteren immer verändert wurden und werden, könnte das Slowenentum im Triestiner Grenzland eine enorme nationale Kraft sein, und nur von Ljubljana ist es abhängig, wie schnell es in jeder Hinsicht gleichberechtigter Teil des nationalen Körpers werden wird.

Ähnliches könnten wir für die Slowenen im Kärntner Grenzland und in der Emigration behaupten. Wir müssten die noch immer vorhandenen ideologischen Bindungen zerreißen, die Teile der Slovenska izseljeniška matica, einige ehemalige jugoslawische Diplomaten (jetzt sind sie in den slowenischen diplomatischen Vertretungen), die noch immer arbeitenden Exposituren der ehemaligen Udba (Geheimdienst) und Staatssicherheitsdienstes, einige Bank- und Firmenvertretungen im Ausland und andere Agenturnetze dominieren, die in der Zeit des Totalitarismus die Aufgabe hatten, die national bewusste Organisiertheit der Slowenen in der Welt zu zerschlagen, die heute Konflikte in die slowenischen Vereine tragen, die den politischen Vorteil vor den nationalen Interessen den Vorzug geben und die mit allen Kräften danach trachten, jeglichen Versuch eines festen Zusammenschlusses der Slowenen in der Welt als hilflose folkloristische Episode erscheinen zu lassen“ (Seite 287).

Ein Freund machte mich vor einiger Zeit auf zwei Artikel in slowenischen Medien aufmerksam, die darauf hinweisen, dass auch dort eine gewisse Urangst herrscht, die Parallelen mit jener in Kärnten aufweist.

Marko Crnkovič schreibt in seinem Artikel im Journal mit dem Titel „Fuck, le sosed bo mejak“ (Fuck, nur der Nachbar wird Anrainer): „Das Problem Sloweniens ist nicht nur die in den Knochen verankerte Urangst vor den größeren, stärkeren, reicheren, einst feindlichen Nachbarn, sondern auch die schwache Gravitationskraft nach innen. Es irrt, wer glaubt, dass bloß das Gefühl des Slowenentums das Wesentliche ist, dass uns zusammenhält. Auf den ersten Blick sind die Sprache, der Staat und das Gefühl der Zugehörigkeit tatsächlich entscheidende Faktoren, die das Volk von der Küste bis zum Übermurgebiet vereinen. Aber auf einem pragmatischen Niveau reicht das nicht aus – und es wird in der EU mit ihrer besonderen Gesetzgebung, politischen und ökonomischen Kultur und nicht zuletzt mit ihrer einheitlichen Währung noch weniger ausreichen ... Die Bewohner des Küstenlandes sollen die alten Traumata vergessen, und wenn sie noch so nachvollziehbar sind. Leben sie doch mit ihren Nachbarn in Europa bzw. der Union des 21. Jahrhunderts, nicht in den wilden Zeiten der fantastischen Expansion. Und um Missverständnissen und Ungerechtigkeiten vorzubeugen: Die Bewohner Ljubljanas sollen dafür sorgen, dass nicht das Bild entsteht, sie würden sich für nichts interessieren, was außerhalb ihres Kessels passiert.“

Der Kommentar der ehemaligen Wien-Korrespondentin der Zeitung Delo und jetzigen EU-Abgeordneten, Frau Mojca Drčar-Murko, zeigt in eine gänzlich andere Richtung. Unter dem Titel „Heimat, Heimatliebe, Heimweh“ vergleicht sie die „Einigkeit“ der österreichischen/deutschen Minderheit in Italien mit der „Uneinigkeit“ der Kärntner Slowenen. Sie meint unter anderem: „Solange wir in Fragen, die für die Minderheit wesentlich

sind, nach dem Diktat der österreichischen Regierungsämter handeln, meinte Jože Wakounig, der Vorsitzende des Rates der Kärntner Slowenen vor einigen Tagen in Wien, als er gegen die sichtbare und unsichtbare Konkurrenzthese innerhalb der Minderheit polemisierte, ‚wird es uns schlecht ergehen‘. Magnago handelte sicher nicht nach dem Diktat der italienischen Regierungsämter, war aber wegen seiner Geradlinigkeit immer ein geachtetes Gegenüber und gleichzeitig ein gleichberechtigter Partner bei der Suche nach Kompromissen, die für beide Seiten annehmbar waren.“

Auch in diesen Gedanken finden sich gewisse Vorurteile und Syntagmen. Das wichtigste ist für mich jenes, bei dem sie suggeriert, dass der österreichische Staat per se ein uns feindlich gesinnter Staat ist. Wir sollten mit seinen Institutionen nicht zusammenarbeiten oder zumindest dürften dies nur die „Richtigen“ tun. Das Modell einer Minderheit als „Staat im Staat“ ist unter den neuen europäischen Voraussetzungen nicht vertretbar und in Kärnten Gott sei Dank auch nicht ausführbar. Es ist absurd, dass solche Gedanken noch immer in einigen Köpfen herumschwirren, und das in Zeiten der europäischen Integration. Hinter dem steht ein Gedankenkonstrukt aus dem 19. Jahrhundert. Damit könnte man die Sache abschließen, wenn nicht erkennbar wäre, dass gerade in letzter Zeit offensichtlich „eine Urangst die andere bedingt“; der Schatten bedingt die Sonne und umgekehrt. Darum werden wir uns intensiver mit den Vorurteilen in unseren Köpfen auseinander setzen müssen, auf der Schatten- wie auf der Sonnen- seite der Alpen.

## Europäische Perspektive ...

Wer eine Anstellung in den Strukturen der Europäischen Union bekommen will, muss mindestens zwei oder drei der offiziellen EU-Amtssprachen beherrschen. Wer also in Kärnten Slowenisch und Deutsch lernt und diesen beiden Sprachen noch Englisch und/oder Italienisch bzw. noch eine andere Sprachen hinzufügt, hat die besten Bedingungen für eine Anstellung entweder in der Europäischen Union oder auch in der Wirtschaft und in der Verwaltung dieses Raumes. Die Sprache, die jahrzehntelang das Stigma der Bedeutungslosigkeit hatte, wird also wichtig, bekommt eine konkrete, gleichberechtigte Funktion. Das spüren die Menschen z. B. in Kärnten, deshalb wächst auch die Zahl der Anmeldungen zum zweisprachigen Unterricht. Eine Untersuchung hat sogar ergeben, dass in Kärnten ca. 50.000 Menschen in der einen oder anderen Weise ein Interesse an der slowenischen Sprache haben. Aber natürlich sind dies nicht alle Slowenen. Ein großer Teil davon ist wegen der bewussten Assimilierung nicht slowenisch. Aber das ist eine unzureichende Erklärung. Die Theorie eines gemeinsamen slowenischen Kulturraumes oder sogar eines einheitlichen

Kulturräume hat uns bzw. den politischen Eliten den Blick auf die Realität vernebelt, auf die Tatsache, dass die Minderheitenangehörigen Teil von zwei Kulturräumen sind, die sich nicht nur berühren, sondern ineinander greifen. Identität ist heute vielschichtig und nicht eindimensional, das gilt für Minderheitenangehörige ganz besonders. Aufgrund dessen ist es klar, dass die Bevölkerung des Grenzgebietes zu Slowenien verschiedene Zugänge zur slowenischen Sprache und zum Slowenentum haben wird, von der bewussten Nationalzugehörigkeit bis zum „bloßen“ Beherrschen der slowenischen Sprache. Wenn wir alles ausschließlich aus dem nationalen Blickwinkel beurteilen, werden wir einen permanenten sektiererischen Konflikt innerhalb der Minderheit (wer ist der bessere Slowene) und ein Spannungsverhältnis zum österreichischen Staat haben, der eine solche Politik als potentielle Gefahr werten würde. Auf dieser Basis würden sich Konflikte mit den deutschnationalen Kräften entwickeln, die eine solche Politik für ihr Aufhetzen ausnützen würden. Das ist nämlich die Logik von Nationalstaaten. Österreich z. B. brauchte jahrzehntelang, um zu der Erkenntnis zu gelangen, dass es trotz derselben Sprache nicht Teil der deutschen (Kultur-)Nation ist. Mit dem Beitritt zur EU setzt sich langsam die Erkenntnis durch, dass man in sprachlich-kulturellem Sinne ein vielfältiger Staat ist. Langsam zwar, aber doch.

Was also ist heute, im 21. Jahrhundert und anlässlich des Beitrittes Sloweniens zur EU, von nationalem Interesse? Europa gibt folgende Antwort: Es geht um die Erhaltung der sprachlich-kulturellen Vielfalt, die jeder in sich trägt, um die Erhaltung von Sprachen und Kulturen und um einen gedulden interkulturellen Dialog zwischen den Menschen. Weiters vertritt sie die sogenannte Bekenntnisfreiheit des Einzelnen und verbietet zugleich die bewusste Assimilierung, auf der anderen Seite forciert sie die Akkulturation. Diesem Zweck dienen viele verschiedene Programme der Europäischen Union.

Aus dem resultieren bestimmte Folgen für die Minderheitenpolitik: Der Artikel 7 des Staatsvertrages bleibt nach wie vor das Grunddokument unseres Schutzes. Die Realisierung aller Paragraphen nach wie vor eine Grundforderung, die Forderung nach Durchsetzung des Rechtsstaates eine Selbstverständlichkeit. Jedoch: Ist dies ausreichend? Wir haben die Situation, dass auch dort, wo schon heute die slowenische Sprache als offizielle Amtssprache verwendet werden kann, dies nur sehr wenige in Anspruch nehmen. Wir haben aber auch die Situation, dass sich im schulischen Bereich und im Bereich der vorschulischen Erziehung immer mehr Angehörige der Mehrheit bzw. jene, die zu Hause nicht Slowenisch sprechen, zum zweisprachigen Unterricht anmelden. Daraus ist abzulesen, dass sich die Dinge in unserem Staat ändern. Auf der einen Seite noch immer die Logik des Nationalstaates, der seine Schwierigkeiten mit der

Achtung der formalen Minderheitenrechte hat, auf der anderen Seite Menschen, die die neuen Herausforderungen des europäischen Integrationsprozesses spüren und die beginnen, sich mit der Sprache des Nachbarn zu beschäftigen.

Aus all dem folgt für mich, dass die slowenische Minderheit in Kärnten diese neuen Strömungen beachten und etwas Grundsätzliches einsehen muss: Unter den Voraussetzungen des europäischen Integrationsprozesses werden wir niemanden zwingen, Slowene zu sein, auch nicht, wenn der Artikel 7 des österreichischen Staatsvertrages noch so sehr erfüllt ist. Unter den Voraussetzungen des europäischen Integrationsprozesses wird die Volksgruppe überleben, wenn sie interessant, attraktiv und tolerant sein wird, wenn sie für Pluralität nach innen und nach außen sorgen wird und wenn sie zielstrebig die neue Funktionalität der slowenischen Sprache in diesem Raum nützen wird. Das bedeutet, die Sprache zu forcieren und sich an der europäischen Zusammenarbeit in dem Raum, in dem wir leben, zu orientieren. Notwendig ist auch, sich von der Vorstellung einer Minderheit als Staat im Staat zu trennen, die auf der sonnigen wie auf der schattigen Seite der Alpen noch immer existiert.

Das Konzept des Staates im Staat, dem wir mehr oder weniger folgen, ist meiner Meinung nach der Hauptgrund für viele Missverständnisse sowohl innerhalb der Minderheit als auch zwischen der Minderheit und Slowenien und nicht zuletzt auch zwischen Slowenien und Österreich. Deshalb müssen wir uns spätestens seit der EU-Erweiterung auch kritisch und selbstkritisch mit den eigenen minderheitspolitischen Konzepten auseinander setzen, auch wenn es schmerzt. Ebenso werden aber auch Österreich und besonders Kärnten erkennen müssen, dass sie ihre Politik der slowenischen Minderheit gegenüber viel Energie gekostet hat. Das Image und die makroökonomischen Daten in Kärnten sind ein vielsagendes Beispiel dafür. Bei ethnischen Konflikten ist der Sieg bzw. der Verlust nur selten auf nur einer Seite.

Die Nationalitätenfrage in Mitteleuropa wurde besonders durch Herder und leider noch mehr durch Fichte geprägt. Herders romantisches und positives Verhältnis zu (kleinen) Nationen wurde durch Fichte in eine biologistische „Blut- und Bodenmystik“ pervertiert, mit allen blutigen Konsequenzen des 19. und des 20. Jahrhunderts. Bei der Wahl zwischen Jus sanguinis und Jus solis entschied sich Europa zum Glück für das Letztere. Also für die Menschenrechte, für eine demokratische Gesellschaftsordnung, für den Rechtsstaat, für die Bekenntnisfreiheit und Toleranz, ohne Rücksicht auf das nationale, religiöse oder eben ein anderes Bekenntnis. Nichtsdestoweniger schleppen wir in Europa immer noch – einige mehr, andere weniger – einiges an „biologistischen Elementen“ mit uns herum; sie behindern das konstruktive Zusammenleben im Allgemeinen und das kon-

struktive Lösen der Minderheitenfragen im Besonderen. Anhand der europäischen Integrationsprozesse müssen wir sie so schnell wie möglich los werden. Im Bewusstsein dieser Traditionen hat der für den Minderheitenschutz zuständige Europarat zwei Konventionen erarbeitet. Sie definieren den Minderheitenschutz im Sinne der oben angeführten Prinzipien; und die Europäische Union hat in Wien eine Dienststelle gegründet, die das Aufkommen vom Rassismus und rassistischen Geistesströmungen in den Mitgliedsstaaten der EU untersucht.

Es stimmt schon, dass der Druck – historisch gesehen – den Gegendruck erzeugt: Die Völker haben dem deutschen „Drang nach Osten“ widerstanden und sie haben ihre eigene nationale Selbstständigkeit behaupten können (auch durch den „biologistischen Überbau“). Dieser Druck war so stark und blutig (Nationalsozialismus), dass er bis heute auf der Ebene des geschichtlichen Bewusstseins und auch der Vorurteile bestimmte Spuren hinterlassen hat. Diskussionen in den neuen Mitgliedsstaaten und anderswo beweisen das (Beneš-Dekrete, AVNOJ, Partisanentum, Holocaust usw.). Der Eiserne Vorhang hat dazu beigetragen, dass Westeuropa über seine neuen Nachbarn nur schlecht informiert ist – umgekehrt gilt wahrscheinlich dasselbe.

Wir leben also in einer Umbruchzeit. Einerseits ist in den Köpfen immer noch eine starke Tradition der Nationalstaaten mit ihrer Logik nach Homogenisierung vorhanden, andererseits zwingt der Prozess der europäischen Integration zur Öffnung. In diesem „Dilemma“ leben auch wir Kärntner Slowenen.

Einerseits haben wir uns wegen des Drucks und wegen des Selbstschutzes organisiert und homogenisiert, andererseits aber hat ausgerechnet diese Organisations- und Homogenisierungsform eine Reihe von negativen Folgen sowohl nach innen als auch nach außen gehabt.

Wissenschaftler behaupten nämlich, dass mehr oder weniger jeder Nationalstaat zur Assimilation der eigenen Minderheiten bzw. zur ethnischen Homogenisierung tendiert und dass eine Minderheit oder Volksgruppe nur dann stark ist, wenn sie Werte schafft, durch welche sie sich von den Werten der Mehrheitsbevölkerung unterscheidet, und wenn die Loyalität einzelner Minderheitenangehörigen zu diesen Werten groß ist. Das schaffte im bestimmten Sinn die österreichische Minderheit in Italien. Deswegen kann man dort – zumindest von außen gesehen – von einem erfolgreichen Minderheitenkonzept als „Staat im Staat“ sprechen.

In Kärnten ist den Slowenen das nicht gelungen. Warum? Erstens bestimmt deswegen, weil der Assimilationsdruck des österreichischen Staates nach der Volksabstimmung und nach dem Zweiten Weltkrieg außerordentlich stark war, um von den traumatischen Erlebnissen im Zweiten Weltkrieg



gar nicht zu reden. Zweitens auch deswegen, weil es nach Kulturtechniken, dem Religionsbekenntnis usw. keine wesentlichen Unterschiede zur Mehrheitsbevölkerung gibt. Das wichtigste Unterscheidungsmerkmal ist die Sprache. Die nationale Identität ausschließlich auf der Sprache aufzubauen aber ist sehr schwierig, weil die gemeinsamen Schnittmengen einfach sehr groß sind.

In der Volksabstimmung hat sich die Mehrheit der slowenischen Volksgruppe für Österreich entschieden. In diesem Augenblick gerieten die Kärntner Slowenen unter den Einfluss des österreichischen kulturellen und politischen Raumes. Natürlich hätte Österreich eine tolerantere Minderheitenpolitik ausüben müssen, auch im Sinne der Versprechungen, die es vor der Volksabstimmung gegeben hat, aber auch wegen der völkerrechtlichen Verpflichtungen. Aber auch in diesem Fall wären die Slowenen unter dem Einfluss des politischen und kulturellen Raumes, in dem sie lebten, also unter dem Einfluss einer Art der Akkulturation. Jedenfalls wurden sie wegen des Drucks zur National-Selbstschutz-Organisation gezwungen, diese wiederum suggerierte dem österreichischen Staat, für den sie nach der Logik des Nationalstaates eine „potentielle Gefahr“ feststellte, dass man eben diese mit der Assimilation beseitigen könnte. Zu betonen ist natürlich auch, dass bestimmte politische Faktoren diese Logik noch verstärkten. Kurzum: ein Teufelskreis. In diesem Teufelskreis entstehen die beiden Mentalitäten, die von Larcher beschrieben wurden.

Die sogenannte Urangst ist ein Syntagma gewisser politischer Kreise in Kärnten, die es pflegen und hegen. Eine solche Urangst gibt es auch auf slowenischer Seite. Und: je mehr Zeit seit den traumatischen Ereignissen verstreicht, desto mehr handeln sie so, als wäre es erst gestern gewesen und als könnte es sich heute oder morgen schon wiederholen. Im Rahmen der europäischen Integration haben diese Urängste keine Bedeutung mehr, Grenzen sind unverrückbar und Kooperation bringt mehr als gegenseitiges Aufrechnen von alten Rechnungen.

## Demokratische Defizite oder nationale Aufrüstung, Konkurrenzdemokratie oder Konkordanzdemokratie?

Es ist offensichtlich, dass historische Belastungen existieren und dass diese von gewissen Kreisen auf beiden Seiten für tagespolitische Zwecke missbraucht werden. Darüber hinaus aber gibt es auch das Problem, dass Slowenien zwei Prozesse gleichzeitig bewältigen muss: die Konstituierung als Nationalstaat mit allen Begleiterscheinungen, die eine solche Konstituierung zur Folge hat (Stärkung des Nationalbewusstseins), und gleichzeitig die Teilnahme an der europäischen Integration und die damit einherge-



hende Öffnung. Das Erstere hat zur Folge, dass es im innerslowenischen Kampf um die politische Macht auch einen Wettlauf darum gibt, wer nationaler ist. Dabei ist interessant zu beobachten, dass alle politischen Optionen – rechts wie links – gewisse Denkmuster aus der kommunistischen Zeit übernommen haben: z. B. die Theorie des einheitlichen oder gemeinsamen slowenischen Kulturraumes und auch das Minderheitenschutzkonzept aus der jugoslawischen Zeit, welches in den anderen jugoslawischen Republiken blutig gescheitert ist. Es basierte auf der Theorie der sogenannten Ethnopartnerschaft, in der politischen Krise Jugoslawiens der 80er Jahre aber eskalierte es zur Katastrophe. Es scheint in Slowenien zwar zu funktionieren, obwohl es auch Kritikpunkte gibt. Bei der letzten Volkszählung haben die italienische und ungarische Volksgruppe z. B. jeweils 25 Prozent an Substanz verloren. Das stellt die Effizienz des Minderheitenschutzes schon ein bisschen in Frage.

Teile der slowenischen Minderheit in Kärnten spielen auch auf die Karte der nationalen Aufrüstung. Das Konzept der gemeinsamen Vertretung oder der Ethnokammer unter dem Vorwand der Demokratiedefizite der Minderheit ist in Wirklichkeit auf die Konstituierung der Minderheit als politisches Kollektiv ausgerichtet. Wahlen nach ausschließlich nationaler Zugehörigkeit führen notwendigerweise zur Homogenisierung der Minderheit entlang dem Prinzip „wer ist der bessere und nationalere Slowene“. Dahinter steckt das Südtirolmodell, das aber für Kärnten nicht in Frage kommt, weil in Südtirol die deutschsprachige Volksgruppe Mehrheit und nicht Minderheit ist und alle Elemente des Staates, vom Landeshauptmann über die Lehrerschaft bis zur Putzfrau, in den Händen hält. Für ein solches Modell ist die slowenische Minderheit in Kärnten einfach zu klein. Würde man solche Wahlen aber ohne Bekenntnisprinzip durchführen, wären der Manipulation Tür und Tor geöffnet. Vor allem aber suggeriert dieses Modell, dass die slowenische Minderheit in Kärnten politisch-nationale Ambitionen erhebt, die von der anderen Seite zumindest kritisch hinterfragt und von gewissen Kreisen als „Bedrohung der Karawankengrenze“ interpretiert und skandalisiert würden. Konfliktreiche Homogenisierung auf beiden Seiten wäre die Folge. Es ist für mich interessant, welche diesbezüglichen Ängste in Slowenien aufkommen, wenn von Österreich Forderungen bezüglich der altösterreichischen Minderheit erhoben werden. Die Mentalitäten sind hüben wie drüben sehr ähnlich. In Wirklichkeit sind die Angehörigen der slowenischen Minderheit politisch und weltanschaulich ebenso plural ausgerichtet wie die Angehörigen der Mehrheit. Sie nehmen als gleichberechtigte Staatsbürger der Republik Österreich an allen Wahlen teil, passiv wie aktiv. Die Organisationsformen entsprechen den Normen des österreichischen Vereinsgesetzes und der Zivilgesellschaft. Die sogenannte gemeinsame Vertretung folgt in Wirklichkeit einer nationalistischen Logik. Vereinfacht gesagt ist in Kärnten der Hintergrund hie-

für der Kampf um die Verteilung der Fördermittel durch einen Teil der slowenischen politischen Eliten; in Slowenien hat die Unterstützung für diese Forderung die Abrechnung mit dem kommunistischen System („die Kommunisten haben zu wenig für die Minderheiten gemacht, jetzt muss das nationale Element bei den Minderheiten gestärkt werden“) zum Inhalt. Prinzipiell vertrete ich die Meinung, dass Minderheitenfragen in modernisierten Gesellschaften (Kärnten zählt dazu) im 21. Jahrhundert Fragen von Sprache und Kultur sind und nicht Fragen von nationalpolitischer Relevanz. Nur Letzteres würde Vertretungsmodelle nach dem Prinzip der Konkurrenzdemokratie rechtfertigen. Ich jedenfalls vertrete das Modell der politischen Integration nach weltanschaulichen Differenzierungen, die es eben auch innerhalb der Minderheit gibt. In sprachlich-kultureller Hinsicht aber sehe ich zur Konkordanzdemokratie keine Alternative.

Für dieses Modell braucht die Minderheit Verbündete in der Mehrheit. Es geht um die gemeinsame Verantwortung für das Zusammenleben im kleinen und für eine friedliche Kooperation im größeren Rahmen. Daher sollten wir jene Tendenzen stärken, die ohne nationale Ein- und Ausgrenzung das Erlernen der Nachbarsprache(n) stärken. Es geht um die Überwindung ethnischer Grenzen und nicht um die Festigung dieser. Aber nicht durch Assimilation, sondern durch die kreative Inanspruchnahme der sprachlich-kulturellen Vielfalt des Landes. Die Menschen haben offensichtlich diese Dimensionen schon längst erkannt, anders ist das steigende Interesse an der slowenischen Sprache (aber auch an der italienischen und anderen Sprachen) und an der steigenden Kooperation im größeren Alpen-Adria-Raum nicht zu erklären.

Wir haben natürlich das Problem, dass einerseits der Artikel 7 des Staatsvertrages den Geist seiner Entstehungszeit in sich trägt (Kompensation für die Gebietsforderungen Jugoslawiens nach 1945) und von daher Widerstände hervorruft, andererseits aber geht es um rechtsstaatliche Normen, wie Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofes, die umgesetzt werden müssen. Diese Dilemmata müssen gelöst werden, wobei wohl Kompromisse auf beiden Seiten einzugehen sein werden.

Wichtig aber erscheint mir, dass auch die Beziehungen zwischen Kärnten/Österreich und Slowenien auf eine neue Stufe gestellt werden. Dabei wird man wohl davon auszugehen haben, dass man die historischen Belastungen und Hypotheken nicht gegenseitig aufrechnet; jede Seite wird vorerst ihre eigene Geschichte einmal allein kritisch und selbstkritisch überarbeiten müssen. Erst dann wird ein gemeinsamer Diskurs möglich sein.

Hans Rauscher hat im „Format“ vom 14. Oktober 2005 dazu einen interessanten Gedanken formuliert:

„... Aber die kleinen Länder Ost- und Südosteuropas sind unser Revier. Wir spielen unsere Stärken aus – flexibles Denken, eingehen auf die Mentalität, kein Kolonialgehebe. 100 Jahre später betonen wir die Stärken des Konzepts der alten Monarchie und vermeiden (bisher) die Schwächen. Der Boom wird noch mindestens zehn Jahre anhalten und unsere Unternehmen stärken. Einmal haben wir das Richtige getan.“

Also kein Kolonialgehebe auf der einen Seite und keine nationale Aufrüstung auf der anderen Seite, das wäre eine vielversprechende Perspektive für eine wirtschaftlich starke, sprachlich-kulturell vielfältige, tolerante und überhaupt attraktive Euroregion. In diese Perspektive zu investieren macht Sinn. Wer macht mit?

# Die rechtliche Bedeutung des Staatsvertrags von Wien 1955

## 1. Einleitung

Am 15. Mai dieses Jahres ist ein halbes Jahrhundert seit der Unterzeichnung des Staatsvertrags von Wien betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich<sup>1</sup> vergangen, ein relativ kurzer Zeitraum für einen völkerrechtlichen Vertrag. Schließlich ist auch zu berücksichtigen, dass Staaten nicht ewig bestehen, sondern vergehen und durch andere ersetzt werden. Insbesondere in den jüngeren Jahren gingen im Zuge dieser politischen Änderungen in Europa Staaten unter und entstanden neue, so dass sich auch in dieser Hinsicht die Frage danach stellt, wem gegenüber ein Vertrag überhaupt noch gilt.

Als völkerrechtlicher Vertrag ist der Staatsvertrag dem völkerrechtlichen Vertragsrecht<sup>2</sup> unterworfen. Dieser Rechtsbereich ist im Wesentlichen im Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge aus 1969<sup>3</sup> (weiterhin: WVK) kodifiziert, das 1980 in Kraft trat und Anwendung auf Verträge zwischen Staaten findet<sup>4</sup>. Der Einfachheit halber wird zumeist auf die WVK rekuriert, wenngleich lange darüber diskutiert werden kann, wieweit die WVK das Völkergewohnheitsrecht reflektiert<sup>5</sup>. Etwas unterschiedlich ist es mit der Staatennachfolge in Verträgen, da hier trotz des Wiener Übereinkommens über die Staatennachfolge in Verträge von 1978 doch das Völkergewohnheitsrecht anzuwenden ist.

## 2. Der Staatsvertrag im Lichte des Völkerrechts

### a) Die rechtlich-politische Bedeutung des Staatsvertrags

Die rechtliche Bedeutung des Staatsvertrags als eines völkerrechtlichen Vertrags ist aus einem Zusammenhang mit seiner politischen Bedeutung abzuleiten. In diesem Sinn kamen ihm unterschiedliche Funktionen zu:

- I. Im Jahre 1955 bildete er einen wesentlichen Bestandteil der „second best solution“ der Signatarstaaten, insbesondere der beiden Supermächte. Nach diesem Ansatz sollte dieses Gebiet des österreichischen Staates keinem der beiden Lager zugeordnet werden, sondern außerhalb dieser Koalitionen stehen. Diesem Staat sollte auch nicht möglich

sein, sich einem dieser beiden Lager einzuordnen. Dies wurde eben durch den Staatsvertrag in Verbindung mit der dauernden Neutralität gesichert. In diesem Sinne fixierte der Vertrag die internationale rechtlich-politische Grundlage Österreichs.

- II. Mit dieser Funktion sind die militärischen Bestimmungen verbunden, die eine Aufrüstung dieses Gebietes beschränkten.
- III. Gleichzeitig bestand die Aufgabe des Staatsvertrags in der Sicherung der Trennung von Deutschland, dies nicht nur aus historischen Gründen, aus Gründen des Zweiten Weltkriegs, sondern auch angesichts dessen, dass die BRD erst kurz zuvor in die WEU und NATO aufgenommen worden war.
- IV. Eine weitere Funktion bestand in der Aufarbeitung der Gräueltaten des Naziregimes und der Verankerung der Menschenrechte, nicht zuletzt im Hinblick darauf, dass erst kurz zuvor in der Generalversammlung die Allgemeine Menschenrechtserklärung angenommen worden war, deren auslösendes Moment ebenfalls jene Ereignisse gebildet hatten. Die Menschenrechte erhielten somit einen eigenen Stellenwert in den internationalen Beziehungen.
- V. Damit war auch die Sicherung der Minderheitenrechte verbunden, die jedoch ihre eigene Motivation aus den jugoslawischen Forderungen erhalten hatten.
- VI. Weitere Funktionen bestanden in den Folgen des Weltkriegs im Hinblick auf die Besatzungstruppen und Kriegsschäden.
- VII. Eine wesentliche Funktion kam dem Staatsvertrag im Hinblick auf die wirtschaftlichen Beziehungen zu, so in der rechtlichen Stellung des österreichischen und deutschen Eigentums, wobei insbesondere die Frage der deutschen Reparationen zu regeln war.
- VIII. Schließlich war auch die Frage der Restitution im Lichte der Londoner Erklärung einzubeziehen.

## **b) Die wesentlichen Bestandteile des Staatsvertrags**

Der Staatsvertrag lässt sich in

- I. die staatsrechtlichen und staatspolitischen Bestimmungen,
- II. die wehrrechtlichen und wehrpolitischen Bestimmungen,
- III. die wirtschafts- und vermögensrechtlichen sowie wirtschafts- und vermögenspolitischen Bestimmungen

unterteilen<sup>6</sup>.

### *A. Raum, Volk und Staatsgewalt*

Diese erste Gruppe steht mit dem Raum, Volk und der Staatsgewalt Österreichs in engem Zusammenhang.

- I. Hinsichtlich des Raumes legt er das Gebiet Österreichs mit dem Bestand vor 1938 fest (Art. 5).
- II. Im Hinblick auf das persönliche Substrat Österreichs verpflichtet er Österreich zur Annahme der Menschenrechte (Art. 6), einschließlich der Liquidierung der Reste des Nationalsozialismus. Einen besonderen Bestandteil bilden die Minderheitenschutzbestimmungen, die jedoch – anders als im Staatsvertrag von St.-Germain – im Wesentlichen durch die Ansprüche Jugoslawiens beeinflusst wurden. Beide Bestimmungen wurden umgesetzt; so ist Österreich fest in der menschenrechtlichen Tradition verankert wie in der EMRK und den beiden UN-Pakten 1966 sowie den anderen internationalen menschenrechtlichen Konventionen. Artikel 7 wurde vom VfGH teilweise als unmittelbar anwendbar qualifiziert, so dass er keiner gesetzlichen Umsetzung bedürfe. Doch wurde er auch gesetzlich durchgeführt durch die Minderheitengesetzgebung, insbesondere das VolksgruppenG. Darüber hinaus ist Österreich auch Partei der Minderheitensprachenkonvention des Europarates sowie des Minderheitenrahmenübereinkommens. Somit genießen nationale Minderheiten in Österreich gesetzlichen Schutz, wenn auch die Umsetzung noch immer Probleme aufwirft.
- III. Die Staatsgewalt wird von jenen Bestimmungen erfasst, die Österreich zur Unabhängigkeit, insbesondere gegenüber Deutschland, und zur demokratischen Staatsform verpflichten. Damit ist auch jene etwas erratische Bestimmung verbunden, die Österreich zur Aufrechterhaltung des HabsburgerG verpflichtet.

### *B. Die militärischen Bestimmungen*

Diese Bestimmungen zielten nicht nur auf das Verbot bestimmter Waffengattungen wie etwa U-Boote, aber auch von Raketen und weitreichende Artilleriegeschosse ab, sondern auch auf die Trennung von Deutschland.

### *C. Die vermögensrechtlichen Bestimmungen*

Grundtenor dieser Bestimmungen war der schon in Potsdam geäußerte Gedanke, dass Österreich keine Reparationen zu leisten habe. Dem stand jedoch das Recht der Alliierten gegenüber, das deutsche Vermögen für Reparationszwecke Deutschlands zu beanspruchen, selbst wenn dieses

Vermögen nicht in Deutschland gelegen war. Das rechtliche System der Reparationen bestand im Recht der Siegermächte, das Vermögen auch von deutschen Privatpersonen zu beschlagnahmen und Deutschland zu verpflichten, diese Privatpersonen zu entschädigen. Somit war es für Österreich wichtig, das deutsche Vermögen präzise zu definieren.

Es sei dahingestellt, wieweit die Siegermächte Eigentumsrechte am deutschen Eigentum erhalten haben und dieses dann Österreich wieder rückübertragen. Fest steht lediglich, dass die vier Signatarstaaten jenes Vermögen, über das sie aus diesem Recht verfügen durften, wieder an Österreich übertrugen, wobei jedoch Ausnahmen für die Sowjetunion betreffend DDSG-Vermögen wie auch Ölkonzessionen geschaffen wurden.

Gleichzeitig musste Österreich auf Forderungen auch seiner Angehörigen gegenüber Deutschland verzichten, währenddessen in Deutschland befindliches Eigentum wieder zurückgestellt werden musste. Einen Verzicht auf Ansprüche aus dem Krieg musste Österreich auch gegenüber den Alliierten aussprechen. Weiters musste Österreich das Vermögen der Vereinten Nationen in Österreich wiederherstellen sowie – und dies bildete einen Streitpunkt bis zur endgültigen Regelung im Jahre 2001 – die Rechte der durch das Naziregime Verfolgten wiederherstellen bzw. kompensieren. Jugoslawien wurde jedoch berechtigt, österreichisches Vermögen zu enteignen bzw. zu behalten. Österreich hatte dafür die früheren Eigentümer zu entschädigen. Auch diese Bestimmung bildete noch einen Diskussionspunkt zwischen Jugoslawien bzw. Slowenien und Österreich. Das Problem liegt insbesondere in der Bestimmung der Staatsangehörigkeit zum Zeitpunkt der Enteignung.

#### *D. Die Streiterledigung*

Artikel 34 und 35 bilden eine Fortsetzung des Alliierten Rates, da den Missionschefs der Signatarstaaten ein bestimmter Vorrang bei Streitigkeiten über die Anwendung und Auslegung des Vertrages zukomme, andernfalls ein Schiedsgericht dazu berufen ist.

#### *E. Beitritt*

Während Österreich zusammen mit den vier Alliierten den Vertrag unterzeichnete, durften andere Staaten nur beitreten, allerdings nur jene Staaten, die sich am 8. Mai 1945 mit Deutschland im Kriegszustand befunden hatten.

Soweit die wesentlichen Bestimmungen des Staatsvertrags im Jahre 1955.

#### **c) Was blieb?**

Obwohl die Zeitspanne seit dem Inkrafttreten des Staatsvertrags von Wien von 1955, eine Zeitspanne von lediglich 50 Jahren, relativ kurz ist, sind in

diesem Zeitraum jedoch grundlegende politische Änderungen mit einer Geschwindigkeit erfolgt, die nicht erwartet wurde – dies insbesondere in einem geographischen Raum, der für den Staatsvertrag von besonderer Relevanz ist. Aus diesem Grund ist es wert zu überprüfen, wieweit diese Änderungen den Bestand dieses Vertrages beeinflussten.

Manche Autoren sprechen dem Staatsvertrag aufgrund dieser Änderungen überhaupt schon jede Geltung ab<sup>7</sup>, doch schließen diese Aussagen von der politischen Bedeutung auf die rechtliche Gültigkeit; für das Weiterbestehen des Vertrags oder seiner einzelnen Normen ist nicht die politische Bedeutung, sondern ist allein das auf den Vertrag anwendbare sekundäre Recht ausschlaggebend, das sich aus dem völkerrechtlichen Vertragsrecht ergibt.

#### *A. Der Staatsvertrag im Licht der Beendigung von völkerrechtlichen Verträgen gemäß dem Vertragsrecht*

Nach dem Vertragsrecht gemäß der WVK kann ein Vertrag oder können im Fall der Teilbarkeit dessen einzelne Bestandteile *grosso modo* nicht mehr anwendbar werden<sup>8</sup>, weil sie

- nichtig sind,
- beendet oder
- von anderen Normen verdrängt wurden.

Grundsätzlich ist auch von einer Teilbarkeit des Staatsvertrages<sup>9</sup> auszugehen, so dass die Beendigungs- und Änderungsgründe auf die einzelnen Bestimmungen angewendet werden können.

#### **I. Nichtigkeit**

Die Frage der Nichtigkeit *ab initio* wie etwa als Folge der materiellen (z. B. Zwang<sup>10</sup>, Bestechung<sup>11</sup>) oder formellen Willensmängel (z. B. Verletzung des verfassungsmäßigen Abschlussverfahrens<sup>12</sup>) steht im Fall des Staatsvertrags nicht zur Frage.

#### **II. Beendigungsgründe**

Somit bleiben die Beendigungsgründe als einzige Umstände zu diskutieren, die die Geltung des Staatsvertrags oder Teile desselben in Frage stellen können.

##### **aa) Beendigung durch späteren Vertrag**

Ein Vertrag bzw. seine Bestimmungen können in erster Linie durch eine spätere Übereinkunft aller Vertragsparteien beendet werden<sup>13</sup>. Im Staats-



vertrag lassen sich jedoch keine Bestimmungen identifizieren, die in diesem Sinne Opfer eines späteren Vertrags wurden, schon deswegen nicht, da kaum ein Vertrag besteht, der staatsvertragliche Angelegenheiten regelt und dem alle Parteien des Staatsvertrags angehören.

#### bb) Unwirksamkeit durch Zeitablauf

Selbst ohne ausdrückliche Erklärung entfalten keine Wirksamkeit derzeit jene Bestimmungen, die Verpflichtungen einem bestimmten Zeitrahmen unterwerfen<sup>14</sup>; für sie gilt eine automatische Wirkung der Beendigung. Dazu zählt Artikel 29 betreffend bestimmte Begünstigungen in den Wirtschaftsbeziehungen, die für einen Zeitraum von 18 Monaten ab Inkrafttreten des Vertrages gewährt wurden<sup>15</sup>, wie auch Artikel 34 betreffend die Konferenz der Missionschefs, dessen Geltung auf einen gleichen Zeitraum beschränkt war<sup>16</sup>.

#### cc) Die nachfolgende Unmöglichkeit der Erfüllung

Einen eher seltenen Grund<sup>17</sup> für die Beendigung von Verträgen stellt der Grund der nachfolgenden Unmöglichkeit der Erfüllung<sup>18</sup> dar.

Nichtsdestoweniger lässt sich auch dieser Beendigungsgrund im gegebenen Zusammenhang anführen: Denn von diesem Umstand sind jene Vertragsbestimmungen betroffen, wie etwa Artikel 3, die einen Friedensvertrag mit Deutschland voraussetzen<sup>19</sup>. Einen solchen Friedensvertrag gibt es nicht und es ist auch keiner mehr zu erwarten. Die von Artikel 3 geforderte Erwartung ist somit weggefallen, so dass auch die Verpflichtung nicht mehr eingehalten werden kann.

#### dd) Beendigung durch Obsoleszenz

Wenn auch die WVK diesen Beendigungsgrund selbst nicht erwähnt, berief sich Österreich auf den Beendigungsgrund der Obsoleszenz<sup>20</sup>, um die militärischen und Luftfahrtbestimmungen, Artikel 12–16 sowie Artikel 22 Abs. 13 im Jahre 1990 als beendet zu erklären<sup>21</sup>. Österreich erklärte damals diese genannten Bestimmungen als obsolet, d. h. als aufgrund der vorliegenden politischen Situation als *ipso iure* außer Kraft getreten oder zumindest als weiterhin unanwendbar<sup>22</sup>. Zur Rechtfertigung dieses Vorganges verwies Österreich auf die grundlegenden Änderungen, die seit dem Abschluss des Staatsvertrags in Europa eingetreten seien.

Neben diesen von der österreichischen Erklärung betroffenen Bestimmungen wurde die Obsoleszenz auch für Artikel 10 Abs. 2 betreffend die Aufrechterhaltung des HabsburgerG mit dem Hinweis darauf geltend

gemacht, dass die Aufrechterhaltung nicht mehr der Interessenlage der Signatarstaaten entspreche, so dass eine Verletzung von ihnen nicht mehr geltend gemacht werden würde. Allerdings hat die Entschädigungsfonds-kommission gegenteilig argumentiert, wonach von österreichischer Seite ein Interesse an der Weitergeltung dieser Verpflichtung weiterhin vorliege, so dass diese Bestimmung weiterhin in Kraft stehe<sup>23</sup>.

ee) Beendigung durch die *clausula rebus sic stantibus*

Einige Autoren interpretierten die österreichische Erklärung betreffend die militärischen und Luftfahrtbestimmungen sowie Artikel 22 Abs. 13 als Berufung auf die *clausula rebus sic stantibus*<sup>24</sup>.

ff) Beendigung durch *desuetudo*

Jene Obsoleterklärung steht jedoch einer Beendigung durch *desuetudo*<sup>25</sup> viel näher als der *clausula rebus sic stantibus*, wenn auch dieser Beendigungsgrund auf Anwendungsschwierigkeiten stößt. Als weiterer möglicher Kandidat für diesen Beendigungsgrund kann Artikel 32 (1) betreffend Transit-erleichterungen gelten, da längere Zeit, soweit ersichtlich, keine Berufung darauf stattfand<sup>26</sup>.

Ein weiterer, allerdings nicht unumstrittener Kandidat für die Beendigung durch *desuetudo* ist Artikel 35 über die Einrichtung der Missionschefskonferenz der Signatarstaaten, die entsprechende Ratschläge hinsichtlich der Auslegung und Anwendung des Staatsvertrags geben können. Selbst als die Vereinbarkeit des Beitritts Österreichs zur Europäischen Union mit dem Staatsvertrag, insbesondere seinem Artikel 4 mit dem Anschlussverbot, zur Debatte stand, wurde diese Konferenz nicht einberufen, da offensichtlich keine Seite daran interessiert war. Dadurch wird aber argumentierbar, dass auch in Zukunft kein Interesse daran bestehen wird, so dass diese Klausel als nicht mehr anwendbar betrachtet werden kann.

gg) Unwirksamkeit durch Erfüllung

Wenn auch die WVK darauf nicht eingeht, ist doch davon auszugehen, dass bei der vertraglichen Verpflichtung zu einer einmaligen Leistung nach Erbringung der Leistung die betreffende Vertragsnorm nicht mehr wirksam ist.

Darunter lässt sich eine Reihe von Bestimmungen des Staatsvertrags subsumieren, wie etwa Artikel 1 über die Wiederherstellung Österreichs als freier und unabhängiger Staat<sup>27</sup>. Noch deutlicher tritt diese Wirkung etwa bei Artikel 18 über die Wiederrückführung der Kriegsgefangenen, bei Arti-

kel 20 über den Rückzug der alliierten Streitkräfte zu Tage, dazu zählen aber auch die Bestimmungen über deutsche Vermögenswerte in Österreich in Artikel 22<sup>28</sup> oder die Bestimmungen über das Vermögen der Vereinten Nationen in Österreich in Artikel 25, soweit das Vermögen bereits wiederhergestellt worden ist. Auch die Bemühungsverpflichtung des Artikels 32 (2) betreffend den Abschluss eines Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über den erleichterten Straßendurchgangsverkehr zwischen Salzburg und Lofer über deutsches Gebiet und zwischen Garmisch-Partenkirchen und Pfronten/Füssen über österreichisches Gebiet kann als erledigt betrachtet werden<sup>29</sup>.

### III. Der Vorrang späterer Normen

Neben den Beendigungsgründen bestehen aber auch Umstände, in denen Vertragsbestimmungen nicht oder mit geändertem Inhalt zur Anwendung gelangen, obwohl sie noch in Geltung stehen. Es handelt sich hierbei um das Resultat der Konkurrenz mit anderen völkerrechtlichen Bestimmungen, sei es aus dem Vertragsrecht, sei es aus dem Völkergewohnheitsrecht; im Völkerrecht wird diese Konkurrenz durch die *lex posterior*- oder *lex specialis*-Regel<sup>30</sup> gelöst.

Der Staatsvertrag bietet genügend Anschauungsmaterial dafür, dass staatsvertragliche Bestimmungen durch spätere, vom Staatsvertrag getrennte Verträge überlagert wurden.

In dieser Hinsicht ist etwa Artikel 31 betreffend die Schifffahrt auf der Donau zu nennen, der durch die Konvention über die Regelung der Schifffahrt auf der Donau von 1948, der Österreich erst nach Inkrafttreten des Staatsvertrags beigetreten ist<sup>31</sup>, gegenüber dessen Vertragsparteien verdrängt wurde. Es ist aber noch zu überlegen, ob er wegen seiner Bestimmungen zugunsten dritter Staaten in Artikel 1<sup>32</sup> nicht gegenüber allen Parteien des Staatsvertrags als *lex posterior* gegenüber Artikel 31 wirkt.

Ein Zurückdrängen staatsvertraglicher Verpflichtungen durch das umfassende Europarecht wird jedoch durch Artikel 307 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (weiterhin: EGV) verhindert, der früher geschlossene Verträge mit Drittstaaten schützt<sup>33</sup>.

In diese Kategorie fallen auch vertragliche Beziehungen zwischen Österreich und allen Staatsvertragsparteien in Durchführung von Artikel 6 des Staatsvertrages<sup>34</sup> durch den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte von 1966<sup>35</sup>, darüber hinaus gegenüber nur einigen durch die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten von 1950<sup>36</sup>. Absprachen vertragsähnlicher Natur gab es auch in Hinsicht auf Artikel 22 insofern, als auf bestimmte Ansprüche verzichtet

wurde<sup>37</sup>. Es bestehen auch bilaterale Abkommen zur zumindest teilweisen Durchführung von Artikel 27 (1), der die Alliierten und Assoziierten Mächte verpflichtet, österreichisches Vermögen zurückzustellen; so etwa im Rahmen des Vermögensvertrags mit der CSSR<sup>38</sup> wie auch mit Polen<sup>39</sup>.

### *B. Auslegung von Vertragsbestimmungen im Lichte späterer Übereinkünfte und Praxis*

Eine Änderung von Verpflichtungen aus Verträgen kann auch aus einer Interpretation von Verträgen im Lichte der späteren Praxis oder späterer Übereinkünfte resultieren.

Als spätere Übereinkünfte, die für die Auslegung des Artikels 26 des Staatsvertrags maßgebend wurden, sind die Abkommen in Form von Notenaustausch von 1959 zwischen Österreich und den USA<sup>40</sup> sowie Österreich und Großbritannien wie auch das gesamte Abkommensregime aus 2000/2001 anzusehen, das aus verschiedenen Vereinbarungen unterschiedlicher Rechtsnatur besteht<sup>41</sup>. Diese Vereinbarungen beziehen sich ausdrücklich auf den Staatsvertrag<sup>42</sup>, so dass daraus die Interpretationsabsicht zu erkennen ist.

Als Durchführung einer Staatsvertragsbestimmung, Artikel 32 (2) nämlich, lässt sich das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über den erleichterten Straßendurchgangsverkehr zwischen Salzburg und Lofer über deutsches Gebiet und zwischen Garmisch-Partenkirchen und Pfronten/Füssen über österreichisches Gebiet<sup>43</sup> qualifizieren.

Als Praxis mit der möglichen Wirkung einer Umgestaltung der Vertragsverpflichtungen aus dem Staatsvertrag sind die von Österreich getroffenen Maßnahmen anzusehen, die sich insbesondere in den elf Staatsvertragsdurchführungsgesetzen<sup>44</sup> wie auch in den gesetzlichen und administrativen Vorschriften zur Durchführung insbesondere von Artikel 26 des Staatsvertrags manifestierten<sup>45</sup>.

Es erweist sich somit, dass das Weiterbestehen der staatsvertraglichen Bestimmungen nicht in einheitlicher Weise beurteilt werden kann, da sie seit ihrem Inkrafttreten unterschiedliche rechtliche Schicksale erfahren haben.

### *C. Überlagerung durch allgemeine völkerrechtliche Normen gleichen Inhalts*

Keine Beendigung oder Änderung einer Staatsvertragsbestimmung ergibt sich dadurch, dass etwa im allgemeinen Völkerrecht eine Norm gleichen Inhalts besteht.

### *D. Die Änderung in den Vertragsparteien des Staatsvertrages*

Die Veränderungen im Bestand des Staatsvertrages resultieren aber nicht nur aus der Veränderung in den Verpflichtungen, sondern auch aus einer Änderung im Bestand der Vertragsparteien, die daraus resultierte, dass die gewaltigen politischen Veränderungen in Europa seit Ende der 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts auch einige Vertragsparteien des Staatsvertrages mit sich rissen. Neue Staaten entstanden auf ihrem Territorium. Andere Vertragsparteien gingen zwar nicht unter, doch spalteten sich Teile davon ab und bildeten ebenfalls neue Staaten.

Der Staatsvertrag ist als Vertrag zwischen den vier Großmächten und Österreich konzipiert, wobei aber anderen Staaten als Assoziierten Staaten der Beitritt gemäß Artikel 37 offen steht, sofern sie sich am 1. Mai 1945 im Kriegszustand mit Deutschland befanden<sup>46</sup>. Schließlich wurden Parteien des Staatsvertrages neben den vier Signatarstaaten UdSSR, USA, Frankreich und Großbritannien noch die Staaten Australien<sup>47</sup>, Brasilien<sup>48</sup>, Jugoslawien<sup>49</sup>, Kanada<sup>50</sup>, Mexiko<sup>51</sup>, Neuseeland<sup>52</sup>, Polen<sup>53</sup> und die ČSSR<sup>54</sup>.

Die politischen Änderungen der europäischen politischen Landkarte werfen jedoch die Frage danach auf, ob die Russische Föderation<sup>55</sup>, die anderen Staaten auf dem Boden der UdSSR<sup>56</sup>, die beiden Nachfolgestaaten der ČSSR<sup>57</sup> sowie die Nachfolgestaaten Jugoslawiens<sup>58</sup> Parteien des Staatsvertrages sind oder sie in ihn nachfolgen dürfen.

### *I. Russische Föderation, ČSSR und Jugoslawien*

Nachdem mit der Erklärung von Alma Ata<sup>59</sup> die Sowjetunion als beendet erklärt worden war, betrachtete Österreich die Russische Föderation als neuen Staat und schloss mit ihr ein Abkommen über die Weitergeltung bestimmter bilateraler Verträge ab<sup>60</sup>. Ohne die verschlungenen Verhandlungen und Überlegungen nachzuzeichnen, sei lediglich festgehalten, dass Österreich schließlich die von der Russischen Föderation und allen anderen Staaten vertretene Meinung akzeptierte, wonach die Russische Föderation als Völkerrechtssubjekt mit der Sowjetunion ident sei; sie wird als Fortsetzerstaat („prodolžatel’“) bezeichnet<sup>61</sup>. Die Russische Föderation blieb somit Partei des Staatsvertrages, wenngleich mit verkleinertem räumlichem Anwendungsbereich.

Demgegenüber sind sowohl die ČSSR<sup>62</sup> wie auch Jugoslawien<sup>63</sup> durch *dismembratio* untergegangen und als Partei des Staatsvertrages weggefallen.

### *II. Neue Staaten*

Sowohl im Fall der früheren UdSSR als auch Jugoslawiens und der ČSSR haben sich neue Staaten gebildet, so dass zu erwägen ist, ob sie automa-

tisch Partei des Staatsvertrags wurden oder ihm beitreten können. Eine größere Anzahl von Staaten fällt in zwei Kategorien: zum einen die von der Russischen Föderation losgelösten zwölf Neustaaten (mit Ausnahme der baltischen Staaten<sup>64</sup>), zum anderen die fünf Nachfolgestaaten Jugoslawiens: Slowenien, Kroatien, Bosnien/Herzegowina, Serbien/Montenegro und FYROM<sup>65</sup>, sowie die Nachfolgestaaten der ČSFR: die Tschechische Republik und die Slowakei. Ein besonderes Interesse an der Nachfolge in den Staatsvertrag zeigt Slowenien wegen seiner Nahebeziehung zu Artikel 7 betreffend die Rechte der slowenischen Minderheit in Österreich<sup>66</sup>.

Die Frage der Staatennachfolge in Verträge ist im Völkerrecht sehr umstritten. Österreich selbst verfolgte eine unterschiedliche Politik im Hinblick auf die bilateralen Verträge: gegenüber Slowenien und der Slowakei wandte es das „*clean slate*“-Konzept an, gemildert durch die pragmatische Anwendung der früheren Verträge<sup>67</sup> bis zum konstitutiven Abkommen über die Weitergeltung<sup>68</sup>, während es gegenüber den anderen neuen Staaten von einer automatischen Weitergeltung ausging, vorbehaltlich einer mit dem neuen Staat gemeinsamen Erklärung deklarativen Liste über die weiter angewendeten Verträge<sup>69</sup>.

Im Gegensatz zu den bilateralen Verträgen erfordert die Nachfolge in multilaterale Verträge gemäß der derzeitigen weit gestreuten Praxis jedoch eine Sukzessionserklärung<sup>70</sup>.

Österreich bestreitet aber das Recht dieser Staaten, eine solche Sukzessionserklärung betreffend den Staatsvertrag abzugeben. Zwar haben einige dieser Staaten, wie z. B. Slowenien, in Verfassungsbestimmungen erklärt, an die Verträge ihres Gebietsvorgängers gebunden zu sein<sup>71</sup>, doch haben diese einseitigen legislativen Akte keine Wirkung auf die Staatennachfolge<sup>72</sup>, die sich allein nach Völkerrecht richtet. Selbst sehr allgemein gehaltene Sukzessionserklärungen werden von den Vereinten Nationen nicht als ausreichend angesehen, um den Statuts einer Vertragspartei zu erwerben<sup>73</sup>.

Gemäß internationaler Praxis finden auf die Staatennachfolge in einen Vertrag jene Bedingungen Anwendung, unter denen Staaten Partei eines Vertrags werden dürfen<sup>74</sup>; die Praxis der Vereinten Nationen ist sehr eindeutig in dieser Hinsicht<sup>75</sup>. Diese Einschränkung steht auch mit Artikel 34 des Wiener Übereinkommens über die Staatennachfolge in Verträge in Einklang, wonach jene Verträge nicht mehr weiter gelten, deren Ziel und Zweck der geänderten politischen Lage nicht entspricht. Insbesondere im Hinblick auf den Staatsvertrag ist argumentierbar, dass die Beitrittsbedingung seines Artikels 37, wonach der beitriftswillige Staat sich im Kriegszustand mit Deutschland befunden haben muss, eng mit seinem Ziel und Zweck verbunden ist, da er die aus dem Zweiten Weltkrieg herrührenden rechtlichen Probleme einer Regelung zuführt<sup>76</sup>. Im Lichte dieser Praxis kann nur jener Staat derzeit dem Staatsvertrag beitreten oder in ihn nachfolgen, der sich

als Staat am 1. Mai 1945 im Kriegszustand mit Deutschland befunden hat. Keiner der neuen Staaten erfüllt diese Bedingung. Die aus dem Kreis der Staatsvertragsparteien ausgeschiedenen Staaten können mangels eines Kriegszustands mit Deutschland durch keinen ihrer Nachfolgestaaten ersetzt werden. Dieser Auffassung hat sich neuerdings auch der Depositär des Staatsvertrags, die Russische Föderation, in einem TV-Interview des russischen Botschafters in Ljubljana am 28. März 2005 in Anwesenheit des slowenischen Außenministers angeschlossen.

Obwohl die baltischen Staaten im Jahre 1945 in einer der österreichischen Situation vergleichbaren Weise als *nudum ius* oder schein tote Staaten bestanden hatten, können sie dennoch nicht die Bedingung des Kriegszustands mit Deutschland erfüllen, die dieser rechtliche Zustand Handlungsfähigkeit erfordert, die diesen Staaten aber keinesfalls zukam.

### 3. Schlussfolgerungen

Insgesamt betrachtet hat der Staatsvertrag einen Wandel durchgemacht; die daraus resultierenden Verpflichtungsverhältnisse sind entweder erloschen, nicht mehr anwendbar oder geändert. Der Vertrag in seiner Gesamtheit hat einige seiner Vertragsparteien eingebüßt.

Diese kurze Untersuchung beweist die dynamische Natur und komplexe Struktur der völkerrechtlichen Verpflichtungen, die es verbieten, ein Pauschalurteil über das Bestehen und den Wandel eines Vertrages und der aus einem bestimmten Vertrag stammenden Verpflichtungen zu fällen. Verträge wie der Staatsvertrag dürfen nicht einfach als ein eindimensionales und isoliertes Dokument betrachtet werden, dem nur historische Relevanz zukommt, sondern als die rechtliche und historische Basis von Rechten und Pflichten, deren Bestehen und Umfang sich aus der gesamten anwendbaren Rechtsordnung ergibt. Wenn nun die Behauptung aufgestellt wird, dass der Vertrag weiterhin besteht, bedeutet dies nicht, dass er in unveränderter Weise besteht; wenn aber Änderungen bis zur Beendigung von Verpflichtungen und dementsprechenden Rechten nachgewiesen werden, bedeutet dies auch nicht, dass der Vertrag selbst beendet ist.

Der Staatsvertrag unterliegt zweifellos einem Alterungsprozess, einige seiner Bestandteile wurden amputiert und die Ansprechpartner wurden reduziert. Insbesondere blieb er von den politischen Stürmen, die Ende der 80er und Beginn der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts über Europa hinwegfegten, nicht unberührt, einige seiner Teile wurden von den Stürmen weggerissen, andere geändert. Nichtsdestotrotz gleicht er einer in die Jahre gekommenen, aber noch lebenden historischen Persönlichkeit, die große historische Entwicklungen ermöglicht hat; als solche ist er voll und ganz zu respektieren und zu beachten.



## Anmerkungen:

- 1 BGBl. Nr. 152/1955.
- 2 Siehe dazu: Karl Zemanek, Das Völkervertragsrecht, in: Hanspeter Neuhold, Waldemar Hummer, Christoph Schreuer (Hgg.), Österreichisches Handbuch des Völkerrechts (Wien 2004), 45–78; Anthony Aust, Treaty Law and Practice, Cambridge 2000.
- 3 BGBl. Nr. 40/1980.
- 4 Artikel 1 WVK: „Dieses Übereinkommen findet auf Verträge zwischen Staaten Anwendung.“
- 5 Der Internationale Gerichtshof wandte in mehreren Fällen die WVK als Ausdruck des Völkergewohnheitsrechts an (so z. B. im Fall Gabčíkovo-Nagymaros), siehe Aust, Modern Treaty Law, 11.
- 6 Ermacora, 72.
- 7 Vgl. Kapitel 7 Artikel 2 des Parteiprogramms der Freiheitlichen Partei Österreichs: „Artikel 2: Die Neutralität hat als dominierende Handlungsmaxime der österreichischen Außenpolitik ihre Funktion mit dem Zusammenbruch des Ostblockes und dem Ende des ‚Kalten Krieges‘ verloren. Sie wurde, beginnend mit dem UNO-Beitritt 1955, schrittweise aufgegeben und letztlich durch den EU-Beitritt 1995 obsolet. Gleichmaßen ist auch der Staatsvertrag von Wien 1955 gegenstandslos.“ <http://www.wienerzeitung.at/aktuell/2001/neutral/positionen.htm>.
- 8 Michael Akehurst, Treaties, Termination, in: Rudolf Bernhardt (ed.), Encyclopedia of Public International Law, Instalment 7 (Amsterdam–New York–Oxford 1984), 507–511.
- 9 Siehe Artikel 44 WVK: „Trennbarkeit von Vertragsbestimmungen  
(1) Das in einem Vertrag vorgesehene oder sich aus Artikel 56 ergebende Recht einer Vertragspartei, zu kündigen, zurückzutreten oder den Vertrag zu suspendieren, kann nur hinsichtlich des gesamten Vertrags ausgeübt werden, sofern der Vertrag nichts anderes vorsieht oder die Vertragsparteien nichts anderes vereinbaren.  
(2) Ein in diesem Übereinkommen anerkannter Grund dafür, einen Vertrag als ungültig zu erklären, ihn zu beenden, von ihm zurückzutreten oder ihn zu suspendieren, kann nur hinsichtlich des gesamten Vertrags geltend gemacht werden, sofern in den folgenden Absätzen oder in Artikel 60 nichts anderes vorgesehen ist.  
(3) Trifft der Grund nur auf einzelne Bestimmungen zu, so kann er hinsichtlich dieser allein geltend gemacht werden,  
a) wenn diese Bestimmungen von den übrigen Vertragsbestimmungen getrennt angewendet werden können;  
b) wenn aus dem Vertrag hervorgeht oder anderweitig feststeht, dass die Annahme dieser Bestimmungen keine wesentliche Grundlage für die Zustimmung der anderen Vertragspartei oder Vertragsparteien war, durch den gesamten Vertrag gebunden zu sein, und  
c) wenn die Weiteranwendung der übrigen Vertragsbestimmungen nicht unbillig ist.  
(4) In den Fällen der Artikel 49 und 50 kann ein Staat, der berechtigt ist, Betrug oder Bestechung geltend zu machen, dies entweder hinsichtlich des gesamten Vertrags oder, vorbehaltlich des Absatzes 3, nur hinsichtlich einzelner Bestimmungen tun.  
(5) In den Fällen der Artikel 51, 52 und 53 ist die Abtrennung einzelner Vertragsbestimmungen unzulässig.“
- 10 Artikel 52 WVK.
- 11 Artikel 50 WVK.



- 12 Artikel 46 WVK.
- 13 Artikel 59 WVK.
- 14 Conforti, Angelo Labella, Invalidity, 44.
- 15 Der Einleitungssatz von Absatz 1 ist klar: „1. Bis zum Abschluß von Handelsverträgen oder -abkommen zwischen einzelnen der Vereinten Nationen und Österreich gewährt die österreichische Regierung während eines Zeitraumes von achtzehn Monaten vom Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages jeder der Vereinten Nationen, die Österreich tatsächlich in reziproker Weise eine gleichartige Behandlung in analogen Angelegenheiten einräumt, folgende Behandlung: ...“
- 16 Allerdings gilt dies nicht für Artikel 35, selbst soweit er auf Artikel 34 verweist.
- 17 Aust, 241.
- 18 Ian Sinclair, *The Vienna Convention on the Law of Treaties* (Manchester<sup>2</sup> 1984), 190.
- 19 *„Anerkennung der Unabhängigkeit Österreichs durch Deutschland“*  
Die Alliierten und Assoziierten Mächte werden in den deutschen Friedensvertrag Bestimmungen aufnehmen, welche die Anerkennung der Souveränität und Unabhängigkeit Österreichs durch Deutschland und den Verzicht Deutschlands auf alle territorialen und politischen Ansprüche in bezug auf Österreich und österreichisches Staatsgebiet sichern.“
- 20 J. Lesley Brierly, *Some Considerations on the Obsolescence of Treaties*, in: *Transactions of the Grotius Society*, vol. 11, London 1926, 15; McNair, *The Law*, 746; Ingrid Detter, *Essays on the Law of Treaties* (1967), 95; Mark E. Villinger, *Customary International Law and Treaties* (Dordrecht–Boston–Lancaster 1985), 215; F. Capotorti, *L’extinction et la suspension des traites*, RdC vol 134 (1971 III), 517; Karl, *Vertrag*, 218; Patrik Daillier, Alain Pellet, Nguyen Quoc Dinh, *Droit International Public* (Paris<sup>7</sup> 2002), 308.
- 21 Michael Hecht, Gerhard Muzak, *Zur Geltung der für obsolet erklärten Bestimmungen des Staatsvertrags von Wien*, in: JBl, Jg. 116, Heft 11, November 1994, 720–732; Heribert F. Köck, *Ist der österreichische Staatsvertrag „obsolet“? Grundsätzliche Überlegungen zu Vertragserrichtung und Vertragsendigung nach Völkerrecht*, in: ZÖR 50 (1996), 75–115; Manfred Rotter, *The Austrian State Treaty – or What is Left of It*, in: Wolfgang Benedek, Hubert Isak, Renate Kicker (ed.s), *Development and Developing International and European Law*, Frankfurt am Main–Berlin–Bern–Bruxelles–New York–Wien 1999), 35–57; Felix Ermacora, *Die Obsoleterklärung von Bestimmungen des österreichischen Staatsvertrags 1955*, in: AJ-PIL 42 (1991), 319–339; Gerhard Hafner, *„L’obsolescence“ de certaines dispositions du traité d’Etat Autrichien de 1955*, in: *Annuaire Français de Droit International XXXVII* (1991), 239–257.
- 22 Siehe die Mitteilung der österreichischen Bundesregierung betreffend einige Bestimmungen des Staatsvertrags vom 15. Mai 1955 von Wien an die vier Signatarstaaten des Staatsvertrags, in: Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, ÖAD, Texte und Dokumente, Dezember 1990, 28.
- 23 Siehe Pressemitteilung zu den Entscheidungen 5/2004, 6/2004 und 7/2004; <http://www.nationalfonds.org/aef/deutsch/index.htm>.
- 24 Ermacora, *Die Obsoleterklärung*, 330.
- 25 McNair, *The Law of Treaties* (Oxford 1961), 516; Köck, *Ist der österreichische Staatsvertrag*, 103; vgl. die Entscheidung des österreichischen Verfassungsgerichtshofs vom 13. März 1973 im Fall des Österreichisch-Deutschen Handelsvertrags, Slg. 7014, 199.
- 26 *„Transiterleichterungen“*  
1. Österreich wird soweit wie möglich den Eisenbahn-Transitverkehr durch sein Staatsge-

biet zu angemessenen Tarifen erleichtern und ist bereit, mit den Nachbarstaaten zu diesem Zwecke notwendige Gegenseitigkeitsabkommen abzuschließen.

2. Die Alliierten und Assoziierten Mächte verpflichten sich, die Aufnahme von Bestimmungen zwecks Erleichterung des Transits und der Verbindungen ohne Zölle und sonstige Lasten zwischen Salzburg und Lofer (Salzburg) über den Reichenhall-Steinpaß und zwischen Scharnitz (Tirol) und Ehrwald (Tirol) über Garmisch-Partenkirchen in die Regelung hinsichtlich Deutschland zu unterstützen.“  
Allerdings ist zu berücksichtigen, dass diese Bestimmung durch Abkommen durchgeführt wurde, siehe *infra*, Fn. 43.
- 27 „Die Alliierten und Assoziierten Mächte anerkennen, daß Österreich als ein souveräner, unabhängiger und demokratischer Staat wiederhergestellt ist.“
- 28 Rotter, *The Austrian State Treaty*, 736.
- 29 BGBl. Nr. 241/1957.
- 30 Siehe auch insbesondere den Bericht: Fragmentation of international law: Difficulties arising from the diversification and expansion of international law, in: Report of the International Law Commission. Fifty-sixth session (3 May–4 June and 5 July–6 August 2004); General Assembly. Official Records. Fifty-ninth session; Supplement No. 10 (A/59/10), 281–304.
- 31 Österreich hat die Konvention über die Regelung der Schifffahrt auf der Donau vom 18. August 1948 (in der Folge: „Donaukonvention“ oder „Belgrader Konvention“) am 19. Dezember 1959 ratifiziert (BGBl. Nr. 40/1960 i. d. F. des Zusatzprotokolls vom 28. März 1998, BGBl. III Nr. 188/1999). Der Beitritt ist für Österreich am 7. Jänner 1960 wirksam geworden.
- 32 „Die Schifffahrt auf der Donau ist für die Angehörigen, die Handelsschiffe und die Waren aller Staaten auf Grundlage der Gleichstellung bezüglich der Hafen- und Schifffahrtsgebühren und der Bedingungen für die Handelsschifffahrt frei und offen. Vorstehendes findet keine Anwendung auf den Verkehr zwischen Häfen desselben Staates.“
- 33 Christine Stix-Hackl, Harald Dossi (Hgb.), *Europarecht. Verfassungsrecht der Europäischen Union* (Wien<sup>5</sup> 2001), 114.
- 34 Artikel 6 lautet: „*Menschenrechte*  
1. Österreich wird alle erforderlichen Maßnahmen treffen, um allen unter österreichischer Staatshoheit lebenden Personen ohne Unterschied von Rasse, Geschlecht, Sprache oder Religion den Genuß der Menschenrechte und der Grundfreiheiten einschließlich der Freiheit der Meinungsäußerung, der Presse und Veröffentlichung, der Religionsausübung, der politischen Meinung und der öffentlichen Versammlung zu sichern.  
2. Österreich verpflichtet sich weiters dazu, daß die in Österreich geltenden Gesetze weder in ihrem Inhalt noch in ihrer Anwendung zwischen Personen österreichischer Staatsangehörigkeit auf Grund ihrer Rasse, ihres Geschlechtes, ihrer Sprache oder ihrer Religion, sei es in bezug auf ihre Person, ihre Vermögenswerte, ihre geschäftlichen, beruflichen oder finanziellen Interessen, ihre Rechtsstellung, ihre politischen oder bürgerlichen Rechte, sei es auf irgendeinem anderen Gebiete, diskriminieren oder Diskriminierungen zur Folge haben werden.“
- 35 BGBl. Nr. 590/1978.
- 36 BGBl. Nr. 210/1958.
- 37 So insbesondere durch die Sowjetunion.
- 38 BGBl. Nr. 451/1975.

39 BGBl. Nr. 74/1974.

40 Exchange of Notes Constituting an Agreement Relating to the Settlement of Certain Claims under Article 26 of the Austrian State Treaty of 15 May 1955, Wien, am 8., 15. und 22. Mai 1959; abgedruckt in: Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, Österreichische außenpolitische Dokumentation, Sonderdruck, Österreichische Maßnahmen zur Restitution und Entschädigung von Opfern des Nationalsozialismus, Wien 2001, 16.

41 Rahmenvereinbarung „A Framework Concerning Austrian Negotiations Regarding Austrian Nazi Era Property/Aryanization Issues“ (abgeschlossen zwischen der Republik Österreich und den Vereinigten Staaten von Amerika), Wien, am 5. Oktober 2000; das „Joint Statement“, Washington, 17. Jänner 2001; Notenwechsel Österreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika, 23. Jänner 2001; abgedruckt in: Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, 83; Restitution Claims for Massive Violations of Human Rights During the Nazi Regime – the Austrian Case, in: G. Ulrich/L. Krabbe Boserup (ed.) Repara-tions: Redressing Past Wrongs, Human Rights in Development Yearbook 2001, 2003, p. 163–210.

42 So im Joint Statement and Annexes, abgedruckt in: Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, 87.

43 BGBl. Nr. 241/1957.

44 1. Staatsvertragsdurchführungsgesetz, BGBl. Nr. 165/1956, bis zum 11. Staatsvertrags-durchführungsgesetz, BGBl. Nr. 195/1962 i. d. F. BGBl. Nr. 91/1993.

45 Zur Liste dieser gesetzlichen Vorschriften siehe Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, Dokument 6: Office of the Special Envoy for Restitution Issues, Ambassador Dr. Ernst Sucharipa: Survey of Past Austrian Measures of Restitution, Compensation and Social Welfare for Victims of National Socialism (not exhaustive), December 2000 (64), Do-kument 7: Historikerkommission der Republik Österreich – Historical Commission of the Republic of Austria, österreichische Rückstellungsgesetze (1945–1998) – Austrian Restitu-tion Legislation (1945–1998) (73), Dokument 8: Bundesgesetz über die Rückgabe von Kunstgegenständen aus den Österreichischen Bundesmuseen und Sammlungen, BGBl. 181/1998 (80), Dokument 14: Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus geändert wird (122), Dokument 16: Kundmachung der Bundesregierung über das Inkrafttreten des § 2 b des Bundesgesetzes über den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des National-sozialismus (131) und Dokument 17: Bundesgesetz über die Einrichtung eines Allgemei-nen Entschädigungsfonds für Opfer des Nationalsozialismus und über Restitutionsmaß-nahmen (Entschädigungsfondsgesetz) sowie zur Änderung des Allgemeinen Sozialversi-cherungsgesetzes und des Opferfürsorgegesetzes (132).

46 Artikel 37 (1) lautet: „Beitritt zum Verträge

1. Jedes Mitglied der Vereinten Nationen, das am 8. Mai 1945 sich mit Deutschland im Kriegszustand befunden und den Status einer Vereinten Nation besessen hat und nicht Signatar des vorliegenden Vertrages ist, kann dem Vertrag beitreten und ist nach Beitritt für die Zwecke des Vertrages als Assoziierte Macht anzusehen.“

47 BGBl. Nr. 243/1961.

48 BGBl. Nr. 228/1958.

49 BGBl. Nr. 258/1955.

50 BGBl. Nr. 140/1960.

51 BGBl. Nr. 38/1957.

- 52 BGBl. Nr. 82/1960.
- 53 BGBl. Nr. 192/1956.
- 54 BGBl. Nr. 219/1955.
- 55 Hafner, Kornfeind, The Recent Austrian Practice, 10.
- 56 Ebda, 11.
- 57 Ebda, 14.
- 58 Ebda, 13.
- 59 Declaration of 21 December 1991: "With the establishment of the Commonwealth of Independent States, the Union of Soviet Socialist Republics ceases to exist", abgedruckt in: International Legal Materials 31 (1992), 309.
- 60 BGBl. Nr. 257/1994.
- 61 Ebda, 12; K.A. Bekjašev, Sub'ekty meždunarodnogo prava (Völkerrechtssubjekte), in: K. A. Bekjašev (Red.), Meždunarodnoe publičnoe pravo (Völkerrecht) (Moskva 2003), 97–136, hier: 127.
- 62 Die *dismembratio* erfolgte durch die Teilung in die beiden Staaten Tschechische Republik und Slowakische Republik mit 1. Jänner 1993.
- 63 Hinsichtlich des früheren Jugoslawiens gab es längere Zeit Unklarheit im Hinblick auf die Stellung der Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien/Montenegro); die Situation wurde dadurch klargestellt, dass die Bundesrepublik Jugoslawien am 1. November 2000 als neues Mitglied in die Vereinten Nationen aufgenommen wurde (Resolution der Generalversammlung A/RES/55/12). Der Internationale Gerichtshof stellte auch in seiner Entscheidung vom 15. Dezember 2004 fest, dass Jugoslawien zerfallen sei; Case Concerning Legality Of Use Of Force, Entscheidung vom 15. Dezember 2004, Absatz 77; <http://www.icj-cij.org/icjwww/idocket/iybe/iybeframe.htm>.
- 64 Hinsichtlich der baltischen Staaten kommt nicht die Staatennachfolge in Anwendung, da diese Staaten vor dem Zweiten Weltkrieg bereits bestanden haben und rechtswidrig besetzt wurden, bis sie ihre Selbstständigkeit wiedererlangten. Sie folgen nicht in die Verträge nach, welche die Sowjetunion abgeschlossen hatte.
- 65 Wegen der Schwierigkeiten mit Griechenland findet auf Mazedonien die Bezeichnung „Former Yugoslav Republic of Macedonia“ (FYROM) Anwendung.
- 66 Rotter, The Austrian State Treaty, 731.
- 67 Helmut Tichy, Two Recent Cases of State Succession – An Austrian Perspective, in: Austrian Journal of Public International Law 44 (1992), 117–136, hier: 134.
- 68 Mit der Slowakischen Republik wurden zwei Abkommen geschlossen: BGBl. Nr. 1046/1994 und 1047/1994; mit Slowenien ebenfalls: BGBl. Nr. 714/1993 und 715/1993.
- 69 So z. B. die Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend die zwischen der Republik Österreich und der Republik Kroatien geltenden bilateralen Verträge, BGBl. Nr. 474/1996.
- 70 Siehe die Praxis der Vereinten Nationen im Hinblick auf die Verträge, deren Depositar der Generalsekretär der Vereinten Nationen ist: Summary of practice of the Secretary-General as depositary of multilateral treaties" (Prepared by the Treaty Section of the Office of Legal Affairs; UN Doc. ST/LEG/7/Rev. 1, Para. 303.
- 71 Paul R. Williams, The Treaty Obligations of the Successor States of the Former soviet Union, Yugoslavia, and Czechoslovakia: Do They Continue in Force? Denver Journal of International Law and Policy 23 (1994), 2.

- 72 Artikel 9 des Übereinkommens über die Staatennachfolge in Verträge lautet:  
"Unilateral declaration by a successor State regarding treaties of the predecessor State
1. Obligations or rights under treaties in force in respect of a territory at the date of a succession of States do not become the obligations or rights of the successor State or of other States parties to those treaties by reason only of the fact that the successor State has made a unilateral declaration providing for the continuance in force of the treaties in respect of its territory.
  2. In such a case, the effects of the succession of States on treaties which, at the date of that succession of States, were in force in respect of the territory in question are governed by the present Convention."
- 73 Summary of practice, Para. 305.
- 74 Photini Pazartzis, *La Succession d'Etats aux Traités Multilatéraux* (Paris 2002), 183; diese Autorin fordert sogar Verhandlungen mit den Vertragsparteien.
- 75 Summary of practice, Para. 295.
- 76 Gerhard Hafner, *Austria and Slovenia: Succession to Bilateral Treaties and the State Treaty of 1955*, in: Mojmir Mrak, *Succession of States* (The Hague–London–Boston 1999), 127–142, hier: 141.

# Was macht die Politik mit dem Recht? Gedankensplitter zum Verhältnis von Legislative, Exekutive und Judikative in Kärnten und anderswo<sup>1</sup>

Der aktuelle Landeshauptmann aus Bad Goisern in Oberösterreich ist die Ausnahme einer Regel. Trotz des Gegenbeispiels Jörg Haider gilt, dass man Kärntner durch Geburt oder gar nicht wird. Die Sprachgruppe tut dabei nichts zur Sache. Gemeint ist selbstverständlich nicht eine faktische und formale Zugehörigkeit zum Bundesland, die vom einfachen Arbeiter als Zuwanderer bis zum reichen Käufer einer Seeimmobilie als Alterssitz viele erlangen. Doch ist es ungleich schwieriger, eine tiefe Verwurzelung und Verbundenheit mit der gesellschaftlichen Kultur Kärntens zu erlangen, um beispielsweise das Paradoxon zu verstehen, dass man mit überhöhter Geschwindigkeit durch das Ortsgebiet fahren muss, um höchstgerichtliche Entscheide auszulösen und die Umsetzung einer Gesetzeslage für zweisprachige Ortstafeln aus 1977 mit jahrzehntelanger Verspätung zu versuchen<sup>2</sup>. Im Gegenzug wird man als Kärntner von allen Sprachgruppen vielleicht erst akzeptiert, wenn man unabhängig vom jeweiligen Standpunkt die seltsame Logik des Ortstafelstreites versteht.

Außenstehende haben den Nachteil, die Kärntner Lebenswelt im und nach dem Zweiten Weltkrieg sowie viele persönliche Erlebnisse vom Schulunterricht bis zur gewaltsamen Demontage von Ortstafeln als politische Realität der im Artikel 7 des österreichischen Staatsvertrags geregelten Minderheitenrechte nicht teilen zu können. Hinzu kommt eine mangelnde Zweisprachigkeit, die tatsächlich ein großes Defizit darstellt. Nicht-Kärntner und Zuwanderer haben allerdings den Vorteil, emotional freier zu sein, um sich für staats- und demokratiepolitische Fragen im Hintergrund und auch im internationalen Vergleich zu interessieren, anstatt von den hohen Wellen des Ortstafelstreits überschwemmt zu werden und dadurch den Ausblick auf grundsätzliche Dinge zu verlieren.

## 1. Geschichtlicher Rückblick

Der Widerstand gegen die Deutschen machte insbesondere Südkärnten zum Partisanengebiet. Nach dem Krieg verlangte Jugoslawien die Abtretung, doch letztlich kamen im Staatsvertrag mit Österreich nur einige Son-

derregelungen zum Schutz der slowenischen Minderheit zustande. Jugoslawien, von der Sowjetunion nicht mehr unterstützt, ersetzte schon in den 1947 beginnenden Staatsverhandlungen seine Forderung nach Abtretung eines Gebiets von 2500 Quadratkilometern mit 190.000 Einwohnern durch das Verlangen nach einer Territorialautonomie. Auch dem stimmten die Westmächte nicht zu. So kam es schließlich zum Artikel 7 des Staatsvertrags, in dem die volle Gleichberechtigung der slowenischen und kroatischen Minderheiten, Anspruch auf Elementarunterricht in der Muttersprache, eigene Mittelschulen, Zulassung als Amtssprache im gemischt-sprachigen Gebiet und zweisprachige Ortstafeln festgelegt wurden<sup>3</sup>.

In der Zeit zwischen 1945 und 1955 stand die Minderheitenpolitik in Österreich im Schatten der Staatsvertragspolitik. Die Rechte der Slowenen in Kärnten wurden im Staatsvertrag verankert<sup>4</sup>, weil sie in den Vertragsverhandlungen mit den Signatarstaaten eine wichtige Rolle gespielt hatten. Allerdings gab es beispielsweise zu den burgenländischen Kroaten einen gewichtigen Unterschied: In Kärnten hatten die Slowenen den Großteil des antifaschistisch orientierten Widerstandes getragen, während der Großteil der deutschsprachigen Bevölkerung nicht gegen das Naziregime opponiert oder es sogar unterstützt hatte. Im Burgenland hingegen hatten sowohl deutschsprachige Österreicher als auch Minderheitenangehörige die Nazis unterstützt oder aber Widerstand geleistet. In Kärnten kam es nach 1945 demzufolge zu einer Verstärkung der traditionellen Konfliktlinie slowenisch-deutsch durch die Konfliktlinie Widerstand versus Unterstützung des Naziregimes. Ungleich dieser Vertiefung der Spannungen zwischen den Kärntner Sprachgruppen spielte dieses Thema in der burgenländischen Landespolitik nach 1945 kaum eine Rolle<sup>5</sup>.

Mit dem Abschluss des Staatsvertrages 1955 wurden alle außenpolitischen Rücksichtnahmen auf die Minderheiten hinfällig. Sofort begannen sich die erwähnten Konfliktlinien zu organisieren. Zentrale Kampfthemen waren der Widerstand gegen das slowenisch-deutsch-zweisprachige Schulwesen und später der Ortstafelstreit. Als Konsequenz ergaben sich eigenmächtige Interpretationen des völkerrechtlichen Staatsvertrages und später eines Bundesgesetzes und Höchstgerichtsurteils aus Kärntner Perspektive. In Schulstreiks wurde die Abmeldung vom obligatorisch zweisprachigen Unterricht – wie er 1945 nach dem Vorbild des Schweizer Kantons Graubünden eingeführt worden war – wieder ermöglicht. Der „Kärntner Heimatdienst“, der „Abwehrkämpferbund“ und der „Kärntner Schulverein Südmark“ setzten, unterstützt von der FPÖ, unter Berufung auf das Elternrecht mit Schulstreiks das „Bekenntnisprinzip“ durch; zunächst konnten die Kinder nun vom Slowenisch-Unterricht abgemeldet werden, dann mussten sie aufgrund eines neuen Schulgesetzes dazu ausdrücklich angemeldet werden. Obwohl in Klagenfurt immerhin ein slowenisches

Gymnasium eingerichtet wurde, ging die Zahl der „Sprachslowenen“ von 43.179 im Jahr 1951 auf 20.972 im Jahr 1971 zurück. Ein neues Minderheitenschulgesetz und ein Gerichtssprachengesetz drängten 1959 die slowenische Sprache in Kärnten in wenige soziale und geographische Nischen zurück. Ihre öffentliche Verwendung war bestenfalls geduldet<sup>6</sup>.

Minderheitenschulgesetz und Gerichtssprachengesetz bedeuteten aber auch den Beginn einer zwölfjährigen „Pause“ in der Minderheitenpolitik. Die Volksgruppenorganisationen – der christlich-konservative „Rat der Kärntner Slowenen“ und der politisch links orientierte „Zentralverband slowenischer Organisationen in Österreich“ – bewegten sich zunehmend in die Nähe der Großparteien und setzten auf Kooperation, eine Politik der kleinen Schritte und auf Integration in das bestehende Parteienspektrum. In der öffentlichen Diskussion der sechziger Jahre wurde nicht über die Kärntner Slowenen gesprochen, sondern galten die Südtiroler als Inbegriff der „österreichischen Minderheit“.

Nach Bombenanschlägen in Südtirol kam es 1969 zu einer Einigung Österreichs und Italiens über das „Südtirolpaket“, welches 1972 in Kraft trat und einen zahlenmäßigen Proporz der Sprachgruppen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens in Südtirol festschrieb. Als daraufhin die regierende SPÖ im Alleingang versuchte, in Kärnten eine mit Südtirol vergleichbare Ortstafelregelung zu schaffen, scheiterte dies spektakulär. Bundeskanzler Kreisky und Landeshauptmann Sima (beide SPÖ) hielten die Zeit für reif, den jugoslawischen Urgegnen nach Erfüllung des Artikels 7 bezüglich der topografischen Aufschriften nachzukommen. Die in 36 Gemeinden bzw. 205 Ortschaften aufgestellten Schilder wurden im so genannten „Ortstafelsturm“ 1972 gewaltsam entfernt. Minderheitenpolitik war neuerlich zu einer Politik der Massenmobilisierung im außerparlamentarischen Raum geworden. Um eine weitere Niederlage zu vermeiden und die Minderheitenfrage ein für alle Mal aus den Wahlkämpfen herauszuhalten, wurde die weitere Vorgangsweise in Minderheitenfragen an eine Dreiparteieneinigung zwischen SPÖ, ÖVP und FPÖ geknüpft. Eine geheime Erhebung der Muttersprache wurde beschlossen und am 1. Juli 1976 das Volksgruppengesetz verabschiedet. Ab 1976 konzentrierten sich die Bemühungen des Bundes auf die Umsetzung des Volksgruppengesetzes. Dieses sah nur noch für 92 Ortschaften (von acht Gemeinden), die mehr als 25 Prozent slowenische Einwohner aufwiesen, zweisprachige Ortstafeln vor.

## **1.1 Der Ortstafelstreit als Musterfall**

Kritiker führten u. a. an, dass der Kompetenzspielraum von Volksgruppenbeiräten – diese wurden beim Bundeskanzleramt eingerichtet und sollten als institutionalisierte Minderheitenvertretungen ein wesentliches Ele-



ment der politischen Umsetzung darstellen – auf unverbindlicher Beratung beschränkt blieb. Kärntner Slowenen (und burgenländische Kroaten), die durch das Gesetz Teile der Minderheitenschutzbestimmungen des Staatsvertrages außer Kraft gesetzt sahen, hätten demzufolge mit einer Beschickung der Beiräte die Rechte aufgegeben, weil nur solche Personen aufgenommen werden sollten, die „erwarten lassen, dass sie sich für (...) dieses Bundesgesetz einsetzen“. Erst die versiegende finanzielle Unterstützung aus dem Mutterland und die Hoffnung, dass die Fürsprache einer nun befreundeten slowenischen Regierung in Wien auf mehr Gehör stoßen werde, trugen nach der Wende in den ehemals kommunistischen Staaten Zentral- und Osteuropas 1989 wesentlich zur Beschickung des Volksgruppenbeirates durch die slowenischen Organisationen bei.

Die Öffnung der jahrzehntelang „toten“ Grenzen führte zu einem verstärkten Interesse an Minderheitensprachen. Besonders aber die teilweise Machtübernahme durch konservative und meist betont national orientierte Regierungen in den zentral- und osteuropäischen Ländern blieb für die österreichische Minderheitenpolitik nicht ohne Folgen. In Kärnten erfüllten sich die Hoffnungen der slowenischen Minderheit auf eine Verbesserung ihrer Position jedenfalls kaum, vielmehr kam es zu einem Prozess der Desillusionierung.

Der Versuch, die österreichische Minderheitenpolitik mit Hilfe des Volksgruppengesetzes 1976 zu entschärfen, muss gleichermaßen als gescheitert betrachtet werden. Seit den achtziger Jahren verlagerten sich die Anstrengungen von Minderheitenaktivisten zusehends auf die Ebene rechtsstaatlicher Entscheidungen. Konkret hat der Verfassungsgerichtshof (VfGH) neben anderen Punkten<sup>7</sup> Ende Dezember 2001 mit Verweis auf den Geist des Staatsvertrages die 25-Prozent-Regelung des Volksgruppengesetzes 1976/77 gekippt. Demnach wären zweisprachige Ortstafeln nur dort zwingend, wo mehr als 25 Prozent der Bevölkerung slowenischsprachig waren.

Der VfGH setzte die Hürde für zweisprachige Ortstafeln bei etwa zehn Prozent an, die Details überließ er dem Gesetzgeber, der nicht aktiv wurde. VfGH-Präsident Karl Korinek übte entsprechende Kritik an der Regierung. Nachdem diese kein neues Gesetz vorgelegt habe, müsse nun der VfGH in jedem Einzelfall entscheiden, wenn die Sache an ihn herangetragen werde<sup>8</sup>. Die Angaben der tatsächlich erforderlichen Zahl von zweisprachigen Ortstafeln differieren entsprechend. Das Österreichische Volksgruppenzentrum in Wien spricht davon, dass nach Artikel 7 des Staatsvertrages, der die Rechte der Minderheiten regelt, es in Kärnten rund 800 zweisprachige Aufschriften geben müsste.

Kärntens Landeshauptmann Jörg Haider kritisierte allerdings sofort das Urteil mit Jahresende 2001 und hatte bereits während der Volkszählung im selben Jahr betont, „alles in meiner Macht Stehende zu tun, um die Aus-

weitung der Ortstafeln zu verhindern“. Auch SPÖ und ÖVP versicherten, den Kärntnern „nichts aufzwingen“ zu wollen. Im Herbst 2002 rief Bundeskanzler Wolfgang Schüssel eine Konsenskonferenz ins Leben. Er schlug damals eine „Paketlösung“ vor, mit der die Zahl zweisprachiger Ortstafeln von 72 auf 148 erhöht worden wäre. Die Slowenen lehnten ab, es gab kein Ergebnis.

Zuletzt erwarteten sich Kärntens Slowenen – laut Volkszählung 14.000 Menschen – vom EU-Beitritt des südlichen Nachbarn am 1. Mai 2004 einen Aufschwung als Volksgruppe und Impulse für ihre Sprache. Slowenisch, von Kärntens deutschsprachiger Mehrheit wenig akzeptiert, ist seitdem EU-Amtssprache. In der EU-Integration Sloweniens wurde eine Chance gesehen, bestehende Konflikte zu lösen, darunter auch die Umsetzung des Erkenntnisses des VfGH von Dezember 2001. Eine weitere Chance bot das Jubiläumsjahr 2005 – es ergaben sich in Österreich 60 Jahre Weltkriegsende, 50 Jahre Staatsvertrag und zehn Jahre EU-Mitgliedschaft –, das sich für ein Symbol der Annäherung zwischen den Sprachgruppen und eine Verinnerlichung des Geistes von Artikel 7 des Staatsvertrages eignete.

Ortstafeln sind zudem bildhaft darstellbar und demzufolge nach der Logik von Mediendemokratien für Politiker im Dauernettbewerb als symbolhafte Inszenierung geeignet. Was im Jubiläumsjahr geschah, war, dass der Kärntner Heimatdienst (KHD) und zwei Slowenenorganisationen sich einigten und der Politik ein stufenweises Lösungspaket vorschlugen. Dieses sieht insgesamt 158 zweisprachige Ortstafeln in Kärnten vor, davon wären 67 neu. Bis zum Staatsvertragsjubiläum am 15. Mai 2005 sollten einige jener 20 Ortstafeln aufgestellt werden, die bereits seit 1977 stehen müssten. Unmittelbar vor dem Staatsvertragsjubiläum, am 13. Mai 2005, verstand es Kärnten als Zeichen des guten Willens in Anwesenheit des Bundeskanzlers und des Landeshauptmanns zwei zweisprachige Ortstafeln und drei Ortsschilder aufzustellen. Dieser symbolische Akt mit passenden Fernsehbildern verstand sich, so Jörg Haider, als „sichtbares Zeichen, dass Kärnten seine Verpflichtungen gegenüber seiner slowenischen Volksgruppe erfüllen will“<sup>9</sup>. Unabhängig von Zustimmung oder Ablehnung der jüngsten Entwicklungen ist festzuhalten, dass es sich um einen politischen Pakt ohne Beachtung des VfGH-Urteils, d. h. einer höchstgerichtlichen Entscheidung, handelte.

## 2. Grundsatzfragen und Vergleichsaspekte

Im Grunde genommen ist die Kärntner Situation bizarr. Die Vorstellung, dass vom Bundeskanzler über den Landeshauptmann bis zu den Minderheitenvertretern demokratisch legitimierte Repräsentanten an einem Tisch

sitzen, um ein Urteil des VfGH nochmals zu verhandeln, ist jenseits der Grenzen nicht vermittelbar. Wie müssen wir uns das vorstellen? Nennt der eine die Zahl 80, der andere fordert 800 Ortstafeln und man trifft sich irgendwo in der Mitte, allenfalls ergänzt durch Zusatzabkommen hinsichtlich Zeitplan und anderer Minderheitenprogramme in Kindergärten oder im Schulbereich? Erinnert das nicht an einen Bazarhandel anstatt an einen Rechtsstaat? Selbstverständlich machen „runde Tische“ für eine Vertrauensbildung und/oder für einen Konsens über den Geist des Staatsvertrags und seinen siebten Artikel Sinn, nicht jedoch als Paktieren über die Rechtsprechung des VfGH. Wäre ein solches möglich, könnte sich die Regierung bzw. das Parlament von den Pensionen über die Investmentfonds bis zur Zivildienstverwaltung – in allen drei so unterschiedlichen Fällen hat der VfGH 2004 Gesetzteile wegen Verfassungswidrigkeit aufgehoben – sich gleichermaßen mit den jeweiligen Interessengruppen treffen, um unter Ignoranz des Höchstgerichts auszuhandeln, was immer man will und allen Beteiligten passt.

Schon vor Jahrhunderten wurde die Gefahr solcher Vorgehensweisen von Alexis de Tocqueville in seinem Klassiker über die Demokratie in Amerika erkannt: „Die Macht der Gerichte ist zu allen Zeiten der sicherste Schutz gewesen, der sich der individuellen Unabhängigkeit bieten konnte; für die demokratischen Zeiten gilt das aber ganz besonders; die persönlichen Rechte sind da immer in Gefahr, wenn nicht die richterliche Gewalt in dem Maße wächst und sich erweitert, in dem die gesellschaftlichen Bedingungen sich einander angleichen.“<sup>10</sup>

Die USA liefern auch ein – trotz zugegeben bedingter Vergleichbarkeit – anschauliches Gegenbeispiel. Als der Oberste Gerichtshof im Fall *Brown versus Board of Education* 1954 entschieden hatte, dass eine ethnische Trennung in Schulen unzulässig ist, weigerten sich mehrere Gouverneure in den Südstaaten das Urteil umzusetzen. Bürgerwehren bedrohten körperlich afroamerikanische Schüler bzw. hinderten sie am Schulbesuch. Analog zu Österreich verfügte das Gericht über keine „Kraft des Schwertes“ bzw. keinen polizeiähnlichen Apparat – und keine „Kraft der Börse“, d. h. ein nur von der Legislative gewährtes Budget, um jeweils eine Machtkonzentration in Händen der Judikative zu verhindern –, um seine Erkenntnisse auszuführen, sondern ist auf eine diesbezügliche Tätigkeit der Exekutive angewiesen. Präsident Dwight D. Eisenhower, der das Urteil persönlich ablehnte, anerkannte die Grundprinzipien des Systems der Ergänzung von Staatsgewalten und aktivierte die Nationalgarde, um afroamerikanischen Kindern den Schulbesuch zu ermöglichen.

Die Exekutive sicherte damals den Stellenwert der Judikative, welche zugleich von Vorgaben der Legislative abhängig ist. Ein amerikanischer Musterfall dazu ereignete sich in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts, als

Präsident Franklin D. Roosevelts Gesetze in der Wirtschaftspolitik für eine *New Deal*-Gesetzgebung wiederholt vom Obersten Gerichtshof als zu zentralistisch und daher verfassungswidrig aufgehoben wurden. Roosevelt hatte keine Möglichkeit, die auf Lebenszeit ernannten Richter unmittelbar zu beeinflussen oder gar abzulösen, übte jedoch durch Medienkritik massiv politischen Druck aus. Zugleich drohte er, im von seiner Partei dominierten Kongress als Legislativorgan zu veranlassen, dass mittels Gesetz die Zahl der Höchstrichter erhöht würde. Bei den folgenden Ernennungen hätte der dafür zuständige Präsident die Mehrheitsverhältnisse unter den Richtern zu seinen Gunsten prägen können. Letztlich war das nicht erforderlich, weil Roosevelt nach Todesfällen, Rücktritten und mancher Meinungsänderung sein Ziel ohnedies erreichte.

Nichtsdestoweniger veranschaulichte der Fall die Notwendigkeit und gleichzeitige Problematik der Verflechtung von Legislative, Exekutive und Judikative bzw. die Gefahr der unzulässigen Einflussnahme auf Gerichte. In Österreich stellte es einen deckungsgleichen Fall dar, als beispielsweise der Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider im Ortstafelstreit zunächst ein Amtsenthebungsverfahren gegen den VfGH-Vorsitzenden Ludwig Adamovich forderte und, nachdem das Gericht ein solches ablehnte, im Jänner 2002 erklärte, das Höchstgericht hätte „sich selbst blockiert“, sei „hoffnungslos überfordert“, „völlig konfus“ und habe „einen Fehler nach dem anderen“ gemacht. Es müsse „zurechtgestutzt“ werden, damit es keinen „Missbrauch der Macht“ mehr geben könne. Zuvor hatte Haider Adamovich „unwürdiges und unpatriotisches Verhalten“ vorgeworfen und verlangt, Österreichs Verfassungsrichter müssten „auf das ihnen zustehende Maß zurechtgestutzt werden“<sup>11</sup>.

Die US-Beispiele und die Ereignisse in Kärnten zeigen zugleich, dass jedwede formale Verfassung unzureichend ist, wenn sie nicht von einem ausreichenden Grundkonsens der Gesellschaft in der Verfassungswirklichkeit getragen wird. Letztlich ist die Interpretation von Artikel 7 des Staatsvertrages anhand konkreter Konfliktfälle – Ortstafelstreit usw. – nichts anderes als das Aufzeigen von

- Differenzen zwischen Formal- und Realverfassung sowie von
- realpolitischen Defiziten des Prinzips der (vertikalen und horizontalen) Gewaltenteilung in Österreich.

Als Grundfrage steht demzufolge das Staatsprinzip der Gewaltenteilung im Mittelpunkt, denn die Judikative trifft durch den VfGH Entscheidungen, denen Legislative und/oder Exekutive nicht entsprechen, bzw. werden – siehe das Volksgruppengesetz – auch Entscheidungen der Bundesgewalt und durch Landesgewalt nicht durchgängig umgesetzt. Umgekehrt ist demzufolge die Legislative des Bundes bei vertikaler Gewaltentrennung

ebenfalls auf die Exekutive des Landes angewiesen. Im Jahr 2005 zunächst unverändert fehlende Ortstafeln aufgrund der Gesetzeslage von 1977 – die VfGH-Verordnung von 1977 hatte ja 92 Ortstafeln vorgesehen, von denen noch rund 20 Stück aufgestellt werden müssten, was in nur in zwei Fällen unmittelbar vor dem Staatsvertragsgedenken geschah – zeigen das.

Nach dem VfGH-Urteil von 1999 handelt es sich um eine noch deutlich höhere Zahl von Tafeln, doch scheitert ohne Konsens über die Verfassungswirklichkeit jedes Urteil an seiner zwangsläufig mangelnden Konkretheit. So sind dem Höchstgericht zufolge zweisprachige Ortstafeln gerechtfertigt, wenn in einem „längeren Zeitraum“ ein slowenischer Bevölkerungsanteil von zehn Prozent in einem Ort feststellbar ist. Was jedoch ist ein längerer Zeitraum? Der diesbezügliche Definitionsstreit ermöglicht aufgrund des fehlenden Grundkonsenses der Exekutive bereits Ansatzpunkte, um sich der Umsetzung des VfGH-Urteils zu verweigern.

Derartige Konkurrenzsituationen und Widersprüche von Legislative, Exekutive und Judikative unterminieren das Grundprinzip einer demokratischen Gesellschaftsordnung, bei der die Staatsgewalt auf die drei voneinander unabhängigen und doch zusammenwirkenden „Säulen“ verteilt ist. Der Gedanke der Gewaltenteilung wurde bereits im 17. Jahrhundert von dem englischen Rechtsphilosophen John Locke entwickelt. Später formulierte der Franzose Charles de Montesquieu die klassische Dreiteilung. Als politisches Programm verkündet wurde die Gewaltenteilung erstmals in der Unabhängigkeitserklärung der USA im Jahr 1776. Sinn und Zweck der Gewaltenteilung ist es, einen inneren Kontrollmechanismus innerhalb der staatlichen Organe zu schaffen, um einen Machtmissbrauch zu verhindern. Die einzelnen „Säulen“ sind aufeinander angewiesen und können ihre Macht nicht allein ausüben: Die Legislative als gesetzgebende Gewalt beschließt die Gesetze, die Exekutive als vollziehende Gewalt führt die Gesetze aus, und die Judikative als Rechtsprechung überwacht die Einhaltung der Gesetze. Stellt letztere Mängel fest, so sind wiederum die beiden Erstgenannten am Zug, was im Fall des Kärntner Ortstafelstreites infolge der Säumigkeit des Parlaments für ein neues Volksgruppengesetz und der Exekutive für eine Umsetzung des bisherigen Gesetzes und der dieses kritisierenden VfGH-Urteile nicht geschehen ist.

## **2.1 Politische Hinter- und Abgründe**

Hauptproblem der modernen Demokratie ist, dass in der Verfassungswirklichkeit die Gewaltenteilung mehr und mehr durch parteipolitische Mechanismen ausgehöhlt wird. Hinzu kommt die Orientierung der Parteien und ihrer Politiker am politischen Wettbewerb, d. h., in Konfliktfällen wird nicht sachbezogen, sondern (auch) taktisch nach Umfragedaten

agiert. Das Phänomen eines *governing by polling* stammt ebenfalls aus den USA und trat genauso in Kärnten auf. Nur 24 Prozent der Österreicher waren im März 2005 der Meinung, dass das Erkenntnis des VfGH, in Kärnten müssten zusätzliche Ortstafeln in Gemeinden mit slowenischsprachiger Bevölkerung aufgestellt werden, auch umzusetzen ist. Dagegen meinten 68 Prozent der Österreicher, dass die Kärntner Bevölkerung trotz des Urteils selbst entscheiden sollte. Acht Prozent der Befragten machten keine Angabe. Nur unter Wählern der Grünen sprach sich eine Mehrheit für die Aufstellung von zusätzlichen Ortstafeln entsprechend des VfGH-Erkenntnisses aus. Bei den Anhängern der Freiheitlichen (FPÖ, später auch BZÖ) waren mehr als drei Viertel dagegen<sup>12</sup>.

Es ist absurd, anhand dieser Umfragen als emotionale Momentaufnahme das Prinzip der Gewaltenteilung zu verletzen und ein Höchstgerichtsurteil nicht anzuerkennen. Genauso problematisch ist jedoch der umgekehrte Weg der Argumentation: Mit einer Umfrage unter den Angehörigen der Minderheit sollte im Februar 2005 festgestellt werden, welche Themen der slowenischen Volksgruppe wichtig sind<sup>13</sup>. Auch die Ortstafeldiskussion wurde abgefragt. Die Umfrage wurde von der Gemeinschaft der Kärntner Slowenen und Sloweninnen initiiert, und es gab eine Entscheidungsfrage, ob das Angebot von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (ÖVP) auf 148 zweisprachige Ortstafeln samt Kulturförderung angenommen werden sollte oder nicht. Die Ergebnisveröffentlichung wurde offen gelassen, doch geht es nicht um die Zugänglichkeit oder Nicht-Zugänglichkeit von Daten. Selbstverständlich sollen in einer Demokratie Ergebnisse derartiger Umfragen publiziert werden, doch sie dürfen bestenfalls Hintergrundinformation und keinesfalls Basis einer Entscheidung sein. Insbesondere in Minderheitsfragen sind die Grenzen der Mehrheitsdemokratie zu beachten, denn logischerweise haben Anliegen der Minderheit in allgemeinen Umfragen und Abstimmungen geringere Chancen auf eine Mehrheit.

Gerichte wurden eigens geschaffen, um im Unterschied zu Politikern in der Legislative und Exekutive von emotional geprägten Umfragen frei zu sein. Höchstgerichte sind zudem besonders geschützt, etwa durch eine lebenslange bzw. sehr lange Amtszeit, um sich davon nicht beeindrucken zu lassen. Die Richter als Wahlämter – und nicht als ernannte Amtspersonen – wäre die Alternative, doch wollen wir das? Im Extremfall führt das zur Ankündigung „Ich werde so entscheiden!“ als Wahlkampfslogan. In den USA gibt es vergleichbare Fälle, in denen sich Richter mit der Ankündigung, bei Kapitalverbrechen möglichst viele Todesurteile zu fällen, um ihr Amt bewarben. Der Zwang der Anpassung zur Wiederwahlsicherung trübt zudem die Rechtsprechung.

Das Prinzip der Gewaltenteilung bedeutet praktisch, dass die drei Staatsfunktionen der Gesetzgebung, der ausführenden Gewalt und der Recht-



sprechung in den Händen gleich geordneter und in sich verschiedener Organe liegen. Das ist entscheidend, um sich gegenseitig kontrollieren und die Waage halten zu können. Diese Lehre hat ihren Ursprung in der Erfahrung, dass, wo auch immer die gesamte Staatsgewalt sich in den Händen eines Organs vereinigt, dieses Organ die Macht missbrauchen könnte. Für Kärnten stellen sich daher zwei Fragen:

- Ist die dritte Gewalt eine „Beute der Exekutive“ (denn der Landeshauptmann/die Landesregierung ist nichts anderes)?
- Neigen Parteipolitiker und Bürokraten dazu, sich selbst und ihr Tun rechtsstaatlicher Kontrolle dadurch zu entziehen, dass sie die auch für sie vorgesehenen Kontrollorgane – zum Beispiel Gerichte – einer Kontrolle der von ihnen beherrschten Regierung bzw. ihrer eigenen Kontrolle unterwerfen? Mit anderen Worten: Kontrollieren so die Kontrollierten ihre Kontrolleure?

Menschen- bzw. Minderheitenrechte sind nur in einem System fester Spielregeln erfahrbar. Der Rechtsstaat ist die Summe solcher Spielregeln. Spielregeln sind lediglich dann einzulösen, wenn sie vor einer unabhängigen Instanz konkret eingefordert werden können, einer Instanz, die wie ein Schiedsrichter nicht dem Ausgang des Spiels, sondern ausschließlich der Einhaltung von dessen Regeln verpflichtet ist. Den VfGH zu ignorieren ist daher gleichbedeutend einem Fußballspiel, in dem der Ball ohne Beachtung der Pfiffe des Schiedsrichters getreten wird. Auch wenn, um das Gleichnis fortzuführen, die Fußballer das größte Foul mit einer Mehrheit von 21 gegen eine Minderheitsstimme des Gefoulten befürworten sollten, sind Regelvergehen derart nicht zu rechtfertigen. Auf staatlicher Ebene bedeutet das, dass sogar der Demokratie keine schrankenlose Priorität zukommen soll. Vielmehr hat sie sich an die Grenzen zu halten, die ihr insbesondere durch die – demokratisch gesetzte – Verfassung gegeben sind. Die wichtigste Sicherung vor einer allmählichen Konzentration der verschiedenen Gewalten in einer Hand besteht darin, den Amtsinhabern der verschiedenen Gewalten die nötigen verfassungsmäßigen Mittel und persönlichen Anreize in die Hand zu geben, um Übergriffe der anderen abzuwehren. Hat der Schiedsrichter im Fußball oder als VfGH diese nicht durch seine Autorität, ist das Gesamtsystem, ob Fußballspiel oder Demokratieprozess, nicht funktionstauglich.

In diesem Zusammenhang ist es auch bedenklich, wenn Landeshauptmann Jörg Haider und andere Kärntner Politiker immer wieder auf freiwillige Leistungen des Landes bei den zweisprachigen Kindergärten und auch im Musikschulwesen hingewiesen haben<sup>14</sup>. So sehr das inhaltlich zu begrüßen ist, kann dadurch nicht eine Nichterfüllung anderer Leistungen argumentiert werden. Genauso wie weder Fußballschiedsrichter noch Fußballspieler einen bewussten Fehlpfiff bzw. ein absichtliches Foul durch

Hinweis auf eine korrekte Regelbefolgung in der restlichen Meisterschaft legitimieren dürfen, sind auch der Staat und das Land nicht die Quelle allen Rechts, sondern selbst dem Recht unterworfen. Es kann nicht freiwillig definiert werden, wann der vom Recht vorgegebene Rahmen überschritten wird (etwa im Fall des Artikels 7 des Staatsvertrages bei den zweisprachigen Kindergärten) und wann man ihn nicht einhält (etwa bei den Ortstafeln).

Das Prinzip der Gewaltenteilung ist, wie andere organisatorische Verfassungsprinzipien, nicht Selbstzweck, sondern soll bewirken, dass durch Aufteilung der Macht auf Träger unterschiedlicher Interessenrichtung die Machttträger sich gegenseitig zu größerer Richtigkeit steigern. Das Zusammenspiel der Machttträger soll eine möglichst große Richtigkeitschance für Gemeinschaftsentscheidungen sichern. Darin liegt der bleibende Sinn, dem das Gewaltenteilungsprinzip über alle Änderungen der politischen Kräfte und der staatlichen Einrichtungen hinweg zu dienen bestimmt ist. Basis dafür ist die grundsätzliche Anerkennung des Prinzips.

In Kärnten ist das nicht der Fall. Das Kärntner Beispiel zeigt vielmehr, dass es ein unrealistisches Menschenbild darstellt und ein hierauf beruhendes Rechtsstaatsverständnis widerspiegelt, wenn man meint, wegen der im Grunde edlen menschlichen Natur sei das demokratische Prinzip ausreichend, um den Machtmissbrauch von Herrschenden zu verhindern, weil diese ja verpflichtet sind, sich an Verfassung, Gesetz und Recht zu halten.

#### Anmerkungen:

- 1 Der vorliegende Text basiert auf einem gleichnamigen Vortrag im April 2005, gehalten vom Autor im katholischen Bildungshaus Sodalitas in Tainach/Tinje.
- 2 Der slowenischsprachige Kärntner Anwalt Vouk fuhr 1994, indirekt durch eine öffentliche Aussage von Nationalratspräsident Khol – damals Klubobmann der ÖVP im Nationalrat – auf die Idee gebracht, mit überhöhter Geschwindigkeit durch Sankt Kanzian am Klopeiner See, um im Instanzenzug der Berufung gegen das Strafmandat letztlich beim VfGH eine entgegen dem Volksgruppengesetz nicht vorhandene zweisprachige Ortstafel einzuklagen.
- 3 Siehe für einen Überblick auch „Statt Titos Anspruch – der Artikel 7“, in: *Der Standard-Album*, 16./17. März 2002.
- 4 Konkret heißt es im Staatsvertrag Artikel 7, BGBl. Nr. 152/1955, zu den Rechten der slowenischen und kroatischen Minderheiten u. a.: „Österreichische Staatsangehörige der slowenischen und kroatischen Minderheit in Kärnten, Burgenland und Steiermark (...) haben Anspruch auf Elementarunterricht in slowenischer und kroatischer Sprache und auf eine verhältnismäßige Zahl eigener Mittelschulen. (...) In den Verwaltungs- und Gerichtsbezirken Kärntens, des Burgenlandes und der Steiermark mit slowenischer, kroatischer oder gemischter Bevölkerung wird die slowenische oder kroatische Sprache zusätzlich zum Deutschen als Amtssprache zugelassen. In solchen Bezirken werden die Bezeichnungen und



Aufschriften topographischer Natur sowohl in slowenischer oder kroatischer Sprache wie in Deutsch verfasst. (...) Die Tätigkeit von Organisationen, die darauf abzielen, der kroatischen oder slowenischen Bevölkerung ihre Eigenschaft und ihre Rechte als Minderheit zu nehmen, ist zu verbieten.“

5 Siehe für den Überblick insbesondere Gerhard Baumgartner, *6x Österreich: Geschichte und aktuelle Situation der Volksgruppen*, Klagenfurt/Celovec 1995, zitiert u. a. verfügbar unter <http://www.initiative.minderheiten.at/Service/volksgruppen.htm>.

6 Ebenda.

7 In Kärnten erwirkte beispielsweise ein Klagenfurter Arzt den Entscheid, wonach das Recht auf Unterricht in der Muttersprache ortsunabhängig gelte und die widersprechenden Bestimmungen des Minderheitenschulgesetzes 1959 aufgehoben wurden. Gegen den Widerstand von Landeshauptmann Haider, der mehrmals erklärt hatte, in Klagenfurt keine slowenisch-deutsch-zweisprachige Schule zulassen zu wollen, wurde in der Kärntner Landeshauptstadt eine zweisprachige Volksschule eingerichtet.

8 Der Südkärntner Ort Loibach hat dies gemacht. Mehr als zehn Prozent der Einwohner unterschrieben eine Petition für zweisprachige Ortstafeln.

9 Zitiert in *Kleine Zeitung Kärnten*, 13. Mai 2005, S. 3.

10 Charles Alexis Henri Clérel, Graf von Tocqueville, *Über die Demokratie in Amerika – Teil II*, ausgewählt und herausgegeben von J. P. Mayer Philipp Reclam jun., Stuttgart, 1985, S. 350.

11 Siehe u. a. die Berichterstattung in <http://kaernten.orf.at>, gesammelt zitiert u. a. von Rasmus Bjerregard, *Jörg Haider und seine patriotischen Ortsschilder*, verfügbar unter <http://www.dreigliederung.de/news/02010900.html>.

12 Quelle: Repräsentativumfragen der Österreichischen Gesellschaft für Marketing (OGM), Wien 2005.

13 2000 Angehörige der Volksgruppe wurden angeschrieben, rund 800 Personen haben den Fragebogen ausgefüllt. Abgefragt wurde ein Wertekatalog für die politischen Forderungen der Volksgruppe, wie zweisprachige Kindergärten, Schul- und Musikschulsystem, Medien, Kultur und topografische Aufschriften. Die Fragestellung lautete jeweils „Sind Ihnen die jeweiligen Bereiche sehr wichtig, wichtig oder weniger wichtig“.

14 Konkret drohte Jörg Haider mit dem „Aus“ für zweisprachige Kindergärten, die Volksgruppenförderung und das slowenische Programm im ORF, zitiert u. a. in <http://www.orf.at>, 14. Dezember 2001.

## Der Artikel 8 EMRK als Grundlage eines individuellen Rechts auf zweisprachige Ortstafeln?

Im vorliegenden Beitrag soll der Frage nachgegangen werden, ob und, wenn ja, inwieweit aus Artikel 8 EMRK ein individuelles, verfassungsgesetzlich gewährleistetes Recht auf Anbringung zweisprachiger Ortstafeln – und zwar in der Amtssprache und in einer Volksgruppen-(Minderheiten-)Sprache – abgeleitet werden kann. Dies vor dem Hintergrund, dass das „Ortstafel-Erkenntnis“ des VfGH aus dem Jahre 2001 bis dato nicht umgesetzt wurde, andererseits nach der Judikatur des VfGH aus Artikel 7 Z 3 zweiter Satz StV Wien aber auch kein subjektives Recht abgeleitet werden kann.

### A. Ausgangslage

Rechtliche Ausgangslage ist, dass Art. 7 Z 3 zweiter Satz des Staatsvertrages von Wien 1955 (StV Wien) unter anderem vorsieht, dass in gemischt-sprachigen Verwaltungs- und Gerichtsbezirken Kärntens, in denen die slowenische Sprache zusätzlich zum Deutschen als Amtssprache zugelassen ist, auch Bezeichnungen und Aufschriften topographischer Natur (zu denen Ortstafeln zählen) sowohl in slowenischer Sprache wie in Deutsch zu verfassen sind.

Nun geht der VfGH in ständiger Rechtsprechung aber davon aus, dass es sich bei Art. 7 Z 3 zweiter Satz StV Wien um eine Norm objektiven Rechts handelt, das heißt mit anderen Worten, kein unmittelbar anwendbares und durchsetzbares verfassungsgesetzlich gewährleistetes Recht i. S. d. Art. 144 Abs. 1 B-VG darstellt<sup>1</sup>. Daraus folgert der VfGH konsequenterweise, dass es kein subjektives Recht auf Anbringung eines Hinweiszeichens (einer Ortstafel) gemäß § 44 Abs. 1 und § 53 Z 17a und 17b StVO in deutscher und slowenischer Sprache gibt<sup>2</sup>.

Dennoch hob der VfGH im „Ortstafel-Erkenntnis“ 2001<sup>3</sup> die 25-Prozent-Klausel des § 2 Abs. 1 Z 2 Volksgruppengesetz<sup>4</sup> sowie die präjudizielle straßenpolizeiliche Verordnung wegen Verstoßes gegen Art. 7 Z 3 StV Wien im Zuge eines von Amts wegen eingeleiteten Gesetzes- und Verordnungsprüfungsverfahrens als verfassungswidrig auf und legte dem Gesetzgeber nahe, den für die Anbringung zweisprachiger Ortstafeln erforderlichen Prozentsatz zu reduzieren.

Situative Ausgangslage ist, dass bisher weder Bund noch Land Kärnten das „Ortstafel-Erkenntnis“ VfSlg. 16.404/2001 umgesetzt haben, obgleich sie von Verfassungs wegen dazu verpflichtet wären.

## B. Der Schutz ethnischer Minderheiten durch Art. 8 EMRK

Art. 8 EMRK ist hingegen – soweit ersichtlich – noch nie in einem verfassungsgerichtlichen Verfahren und auch nicht in der Literatur als mögliche Grundlage für ein individuelles Recht auf zweisprachige Ortstafeln herangezogen worden. Dieses unter einem materiellen Eingriffsvorbehalt stehende Konventionsrecht verbürgt das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens, der Wohnung und des Briefverkehrs und richtet sich an Gesetzgebung wie Vollziehung. Das bedeutet nach der Konventionsrechtsprechung, dass der Staat jeglichen unverhältnismäßigen Eingriff in die geschützten Rechtssphären zu unterlassen, vor Eingriffen seitens Dritter (Privater) zu schützen sowie gesetzgeberische und behördliche Maßnahmen zu seiner Ausgestaltung zu ergreifen hat, um eine volle Gewährleistung des Rechts im Verhältnis des Staats zu seiner Bevölkerung und zwischen Privatpersonen zu sichern<sup>5</sup>. Dazu zählen auch adäquate verfahrensrechtliche Vorkehrungen zur Sicherung eines effizienten individuellen Rechtsschutzes, ohne den eine volle Gewährleistung des Konventionsrechts nicht denkbar ist<sup>6</sup>.

Das Recht auf Privatleben i. S. d. Art. 8 EMRK schützt unter anderem sowohl die individuelle Selbstbestimmung und persönliche Identität<sup>7</sup> als auch die freie Gestaltung der Lebensführung<sup>8</sup>. Jeder Mensch hat ein Recht darauf, „selbst zu bestimmen, in welcher Art und Weise er sich in der Öffentlichkeit darstellen und wahrgenommen werden will“<sup>9</sup>.

Zwar schützt Art. 8 EMRK nach der Rechtsprechung keine allgemeine Handlungsfreiheit, aber doch wesentliche Bereiche der persönlichen Lebensführung und schafft als Kommunikationsgrundrecht, das es in positiver wie negativer Hinsicht auch ist, einen Freiraum für die Entfaltung der Persönlichkeit insbesondere im sozialen Kontext<sup>10</sup>. Art. 8 EMRK gilt daher grundsätzlich nicht nur für den höchstpersönlichen und intimen Bereich, mithin einem inneren Kernbereich privaten Lebens, sondern auch für privates Verhalten, das in der Öffentlichkeit in Erscheinung tritt<sup>11</sup>. Umfang und Ausmaß der konventionsrechtlichen Gewährleistungspflicht sind vom Öffentlichkeitsgrad des privaten Verhaltens abhängig, wobei Kollisionen zwischen privaten und entgegenstehenden privaten und/oder öffentlichen Interessen über die Anwendung des der Konvention inhärenten Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes aufzulösen sind<sup>12</sup>.

Im Rahmen des Rechts auf freie Lebensgestaltung des Art. 8 EMRK wird in der Konventionsrechtsprechung auch der Schutz des besonderen Lebensstils von Minderheiten gewährleistet<sup>13</sup>. Bisher wurde in diesem Zusammenhang darunter subsumiert:

- das Recht, eine Minderheitensprache zu sprechen<sup>14</sup>,
- das Recht, in einem Wohnwagen zu leben und umherzuziehen (als besondere Lebensform von Roma/Sinti)<sup>15</sup>,
- das Recht, mit Rentieren umherzuziehen (als besondere Lebensform von Lappen)<sup>16</sup>.

### C. Ist aus dem Recht auf Privatleben des Art. 8 EMRK ein individuelles Recht auf zweisprachige Ortstafeln abzuleiten?

Zu prüfen ist nunmehr, inwieweit auf Grundlage und in Weiterentwicklung der bisherigen Judikatur, aber auch unter Berücksichtigung von Erkenntnissen der juristischen „Nachbarwissenschaften“, insbesondere der Sprachwissenschaften, aus dem Recht auf Achtung des Privatlebens i. S. d. Art. 8 EMRK ein Anspruch auf Anbringung zweisprachiger Ortstafeln abgeleitet werden kann. Die bisherige Rechtsprechung des EGMR hat in vielfältigen Zusammenhängen (wenn auch noch nicht in Bezug auf ethnische Minderheiten) gezeigt, welch innovatives Potential in ihm noch verborgen ist.

Wie bereits weiter oben ausgeführt, schützt dieses Konventionsrecht auch bestimmte Merkmale der ethnischen und damit auch sozialen Identität eines Menschen. Denn Identität konstituiert sich in sozialer Interaktion<sup>17</sup>. Insoweit hat Identität als ein Prozess ständiger Erneuerung, Bestätigung oder Transformation auf individueller oder kollektiver Ebene verstanden zu werden<sup>18</sup>. Der Ausdruck „soziale Identität“ bezieht sich auf die Merkmale, die Individuen und Kollektive von anderen unterscheiden. Es ist die systematische Begründung und Bedeutung von Ähnlichkeit und Differenz in den Beziehungen zwischen Individuen und Kollektiven (also auch Angehörigen von Mehrheit und Minderheit)<sup>19</sup>, die sich aus dem kulturellen, sozialen Diskurs ergibt<sup>20</sup>.

Jeder Diskurs bedient sich nun als Medium vor allem der Sprache. Sprache, insbesondere die Muttersprache, die den kulturellen und sozialen Diskurs trägt, ist wiederum ein wesentlicher Bestandteil persönlicher Identität. Die Bedeutung der Sprache als Mittel der Kommunikation für die Durchdringung des Phänomens „Privatheit“ und zur Entfaltung der Persönlichkeit hat aus grundrechtsdogmatischer Sicht schon 1976 Rüpke umfassend aufgearbeitet<sup>21</sup>. Hinsichtlich ethnischer Minderheiten/Volks-

gruppen wird dies durch das ausdrücklich verbrieftete Recht ihrer Angehörigen auf den Gebrauch und das Erlernen von Minderheitensprachen in zahlreichen internationalen und europäischen Übereinkommen deutlich<sup>22</sup>.

Allein der kulturelle, soziale Diskurs darf nicht isoliert betrachtet werden. Er findet in einem konkreten politisch, rechtlich und gesellschaftlich näher determinierten Umfeld statt, das – in der Perspektive des vorliegenden Zusammenhangs – nicht nur von Minderheits- und Mehrheitsbevölkerung, sondern auch vom Staat – nicht nur, aber insbesondere in rechtlicher Ausgestaltung – geführt und bestimmt wird. Identitäten werden daher auch durch hierarchische und institutionelle Macht zugeschrieben und zugewiesen<sup>23</sup>. Die Frage ist dabei nicht sosehr, *ob* die Identität einer Minderheit/Volksgruppe in einer bestimmten Art und Weise beschrieben, sondern *dass* und *wie* diese Identität relevant gemacht und der Minderheit/Volksgruppe zugeschrieben wird<sup>24</sup>. Bei Beantwortung dieser Frage spielen Formen der diskursiven Wahrnehmung und Anerkennung der Minderheit und ihrer spezifischen Identität durch die Mehrheitsbevölkerung und den Staat, auch symbolhafter Natur, eine zentrale Rolle. Dabei wird das Symbol zum Träger standardisierter Bedeutung und weist damit eine Ähnlichkeit mit der bloßen Trägerschaft von Informationsgehalten auf<sup>25</sup>.

Topographische Aufschriften, insbesondere Ortstafeln, deren Aufstellung durch Verwaltungsakt verfügt bzw. kundgemacht wird, markieren nun nicht nur die Grenzen eines Gemeindegebietes mit allen sich daraus ergebenden rechtlichen Konsequenzen, sondern sie demonstrieren auch durch die Sprache(n), in der sie verfasst sind, und die verwendeten Ortsnamen, welche Sprache(n) seine Einwohner sprechen und welcher (welchen) Ethnie(n), welchem(n) Kulturkreis(en) sie angehören. Insofern verfügen sie über einen hohen symbolisch-diskursiven Wert. Sie kennzeichnen den Raum, in dem Angehörige ethnischer Minderheiten/Volksgruppen leben, treten optisch in Erscheinung und können daher von allen Menschen, die in diesem Ort leben oder diesen besuchen, wahrgenommen werden.

So anerkennt der VfGH im „Ortstafel-Erkenntnis“ 2001 denn auch, dass es in Art. 7 Z 3 StV Wien nicht nur darum geht, „einzelnen Minderheitsangehörigen Erleichterungen zu bringen, sondern – in Bezug auf den zweiten Satz – der Allgemeinheit Kenntnis zu geben, dass hier eine größere Zahl von Minderheitsangehörigen lebt“. Wenngleich sich in dieser Aussage noch nicht der kommunikative Prozess widerspiegelt, in den zweisprachige Ortstafeln eingebunden sind, so weist der Ansatz in die richtige Richtung. Zweisprachige Ortstafeln versinnbildlichen der Mehrheitsbevölkerung *und* den Angehörigen ethnischer Minderheiten/Volksgruppen, dass sich der Staat öffentlich und für alle wahrnehmbar zu ihnen und ihrer Existenz im jeweiligen Ort bekennt. Es sind symbolhafte Signale eines permanenten Kommunikationsprozesses, der sowohl zur Konstitution einer mul-

tikulturellen Gemeinschaft als auch zur Identitätsbildung der ethnischen Minderheiten/Volksgruppen mit beiträgt. Nicht von ungefähr zählen zweisprachige topographische Aufschriften zum europäischen Standard des Minderheitenschutzes.

Verweigert nun ein Staat die Aufstellung von zweisprachigen Ortstafeln in einem gemischtsprachigen Gebiet, so verweigert er die symbolische Kommunikation mit und die nach außen zu Tage tretende Anerkennung der ethnischen Minderheit/Volksgruppe und ihren Angehörigen, mithin deren symbolische Integration. Er unterlässt es, eine Maßnahme zu setzen, die auch der Mehrheitsbevölkerung gegenüber die Anerkennung der lokalen Existenz der Minderheit signalisiert, wodurch der Diskurs von Mehrheits- und Minderheitsangehörigen symbolisch mitbestimmt wird. Es erfolgt Exklusion statt Inklusion, die zu einer Durchbrechung der Interaktion führt<sup>26</sup>. Einer Interaktion, in der Identitäten kontextabhängig ausgehandelt werden und Dichotomien vermieden oder zumindest verringert werden sollen. Die sich daraus ergebende Forderung entspricht auch dem Konzept von „good governance“, wie es der Europäischen Kommission vorzuschweben scheint, wenn sie von „inclusive society“ spricht<sup>27</sup>.

Umgelegt auf das individuelle Recht auf Achtung des Privatlebens i. S. d. Art. 8 EMRK bedeuten diese Ausführungen: Dieses Recht verlangt im Sinne einer positiven Gewährleistungspflicht vom Staat die Wahrnehmung und Anerkennung der individuellen ethnischen und sprachlichen Identität eines Menschen in Gestalt eines kommunikativen, symbolhaften Prozesses, zu dem die Anbringung zweisprachiger Ortstafeln zählt. Verweigert der Staat jedoch diesen Prozess symbolischer Integration<sup>28</sup>, indem er die Aufstellung zweisprachiger Ortstafeln versagt, so stellt diese Unterlassung eine Nichterfüllung eines aus Art. 8 EMRK abgeleiteten Anspruchs, mithin einen Eingriff in dieses Recht, dar.

Nun erhebt sich die Frage, ob die Entscheidung der zuständigen Behörden, in Orten mit einer beträchtlichen Zahl an slowenischen Volksgruppenangehörigen keine zweisprachigen Ortstafeln anzubringen<sup>29</sup>, im Sinne der Eingriffstatbestände des Art. 8 Abs. 2 EMRK in einer abstrakten, aber am europäischen Standard gemessenen, demokratischen Gesellschaft zur Erreichung der im Konventionsrecht genannten legitimen Ziele unbedingt erforderlich ist oder ob, mit anderen Worten, ein „zwingendes soziales Bedürfnis“ (Diktion des EGMR) an einer derartigen Entscheidung bestünde<sup>30</sup>. Nur unter diesen Voraussetzungen wäre die Nichtanbringung zweisprachiger Ortstafeln auch im Sinne der konventionsrechtlichen Dogmatik „verhältnismäßig“ und würde den konventionsrechtlichen Eingriff rechtfertigen.

Als legitime Ziele, die einen Eingriff in das Recht auf Privatleben rechtfertigen können, nennt Art. 8 Abs. 2:

- die nationale oder öffentliche Sicherheit,
- das wirtschaftliche Wohl des Landes,
- die Aufrechterhaltung der Ordnung,
- die Verhütung von Straftaten,
- den Schutz der Gesundheit oder der Moral und
- den Schutz der Rechte und Freiheiten anderer.

Keines dieser Ziele kommt für eine Rechtfertigung des Nichtanbringens zweisprachiger Ortstafeln in Betracht. Gelegentlich wird in der politischen Auseinandersetzung unter Verweis auf den „Ortstafelsturm“ 1976 argumentiert, dass das Aufstellen weiterer Ortstafeln zu Unruhe und Widerstand in der deutschsprachigen Bevölkerung Kärntens führen könnte, wodurch die „öffentliche Sicherheit“ oder die „Aufrechterhaltung der Ordnung“ gefährdet sei. Nun darf allein aus der Prognoseeinschätzung, dass es zu gewalttätigen Protesten und Demonstrationen und/oder der Demontage neu aufgestellter zweisprachiger Ortstafeln kommen könnte, nicht a priori die Konsequenz einer grundsätzlichen Versagung der Anbringung zweisprachiger Ortstafeln gezogen werden.

Dies wäre meines Erachtens – trotz des relativ weiten Ermessensspielraums, der den Staaten vom EGMR bei der Ausgestaltung des Art. 8 EMRK eingeräumt wird – überschießend und daher aus konventionsrechtlicher Sicht nicht verhältnismäßig. Vielmehr müsste die Erfüllung der sich aus Art. 8 EMRK ergebenden konventionsrechtlichen Verpflichtung durch adäquate Maßnahmen, z. B. durch polizeiliche Überwachung der Ortstafeln oder straf- und zivilrechtliche Verfolgung von Sachschäden an den Ortstafeln etc., sichergestellt werden.

#### D. Mangelnde einfachgesetzliche Ausgestaltung – Möglichkeiten der Anfechtung der Untätigkeit des Gesetzgebers – unmittelbare Anwendbarkeit des Art. 8 EMRK in Verwaltungsverfahren?

Weder die Verfassungsbestimmung des Art. 7 Z 3 StV Wien<sup>31</sup> noch eine Bestimmung des Volksgruppengesetzes (VGG) und der Straßenverkehrsordnung (StVO) oder eine sonstige einfachgesetzliche Regelung begründen nach der Rechtsprechung des VfGH und der vorherrschenden Lehre ein individuelles durchsetzbares Recht auf Anbringung zweisprachiger Ortstafeln<sup>32</sup>.

Insoweit fehlt es – solange der VfGH seine bisherige Rechtsprechung nicht revidiert und im Art. 7 Z 3 zweiter Satz StV Wien nicht doch noch ein durchsetzbares individuelles verfassungsgesetzlich geschütztes Recht erblickt – an einer adäquaten Ausgestaltung des aus Art. 8 EMRK abgeleiteten



Anspruchs auf Anbringung zweisprachiger Ortstafeln. Aus konventionsrechtlicher Perspektive beleuchtet bedeutet das jedoch, dass die Untätigkeit des Gesetzgebers zu einer Verletzung des Art. 8 EMRK führt<sup>33</sup>. Ob die Untätigkeit des Gesetzgebers angesichts der ausschließlich „negativen Gesetzgebungskompetenz“ des VfGH im Rahmen seiner aus Art. 140 B-VG erfließenden Kompetenz innerstaatlich durchgesetzt werden kann, kann zu Recht bezweifelt werden. Dazu bedürfte es einer die Konventions-(Verfassungs-)Widrigkeit begründenden präjudiziellen Norm, die nicht ohne weiteres ausfindig zu machen sein dürfte.

Diese Konventionswidrigkeit kann jedoch vor dem EGMR geltend gemacht werden, weil dieser eine Konventionsverletzung unabhängig davon feststellen kann, ob diese durch eine staatliche Maßnahme oder Unterlassung herbeigeführt wurde und welchem staatlichen Organ (Gesetzgeber, Gericht oder Verwaltungsbehörde) die Verletzung des Konventionsrechts zuzurechnen ist.

Zur Beseitigung der konventionswidrigen Rechtslage verbliebe noch eine Technik, auf die der VfGH in seiner Judikatur gelegentlich, wenngleich oftmals nicht unproblematisch, zurückgegriffen hat: die unmittelbare Anwendung eines verfassungsgesetzlich gewährleisteten Rechts, hier also des Art. 8 EMRK<sup>34</sup>. So könnte die für die Aufstellung von Ortstafeln zuständige Straßenverkehrsbehörde durch ein verfassungsgerichtliches Erkenntnis verpflichtet werden, in unmittelbarer Anwendung des Art. 8 EMRK einem individuell geltend gemachten Recht auf Anbringung zweisprachiger Ortstafeln in einem bestimmten, dafür in Frage kommenden gemischt-sprachigen Ort prozessual und materiellrechtlich Rechnung zu tragen. Diese Konstellation wird aber wohl schwerlich als effiziente Grundrechtsgewährleistung, verbunden mit einer „effektiven Beschwerdemöglichkeit“ zur Geltendmachung einer Verletzung eines materiellen Konventionsrechts i. S. d. Art. 13 EMRK, anzusehen sein. Denn in diesem Fall bedürfte es in jeder in Frage kommenden Ortschaft mit Anspruch auf zweisprachige Ortstafeln im Sinne des „Ortstafel-Erkenntnisses“ 2001 des VfGH der Initiierung eines Bescheidbeschwerdeverfahrens gemäß Art. 144 B-VG. Es sei denn, die zuständigen Behörden werden nach einem Präzedenzverfahren von sich aus tätig.

## E. Individualantrag gemäß Art. 139 B-VG gestützt auf Art. 8 EMRK?

Kommt eine unmittelbare Anwendung des Art. 8 EMRK in einem Verwaltungsverfahren nicht in Betracht, so könnte argumentiert werden, dass die Verordnungen, auf denen die Aufstellung von (nicht zweisprachigen) Orts-



tafeln in gemischtsprachigen Orten beruhen, unmittelbar – das heißt ohne Dazwischentreten eines weiteren individuellen Rechtsakts (vor allem eines Bescheids) – in das durch Art. 8 EMRK geschützte Recht der Betroffenen auf Privatleben aus den in den vorangegangenen Kapiteln genannten Gründen eingreifen. Es läge – im Sinne der Diktion des VfGH – damit ein durchsetzbares „individualisiertes Parteieninteresse“ vor. Damit wären die prozessualen Voraussetzungen eines auf Art. 139 Abs. 1 B-VG gestützten Individualantrags auf Aufhebung der jeweiligen Verordnung wegen Verletzung eines subjektiven Rechts erfüllt. Der VfGH hätte sodann die Aufgabe zu prüfen, ob die jeweiligen Verordnungen nicht gegen die nach Aufhebung des § 2 Abs. 1 Z 2 Volksgruppengesetz bereinigte Gesetzeslage und insbesondere gegen Art. 8 EMRK verstoßen.

## F. Zusammenfassung der Möglichkeiten der Rechtsdurchsetzung

Die aufgeworfene Frage der Konventionswidrigkeit der Nichtumsetzung des „Ortstafel-Erkenntnisses“ 2001 des VfGH könnte auf folgende Art und Weise geltend gemacht werden:

- a) Durch die Anregung an die zuständige Behörde, im Verordnungserlassungsverfahren, das zur Aufstellung von Ortstafeln vorgeschrieben ist, in unmittelbarer Anwendung des Art. 8 EMRK zweisprachige Aufschriften anzuordnen.
- b) Durch einen vor dem VfGH erhobenen Individualantrag gemäß Art. 139 Abs. 1 B-VG auf Aufhebung einer Verordnung, mit der einsprachige Ortstafeln in einer zweisprachigen Ortschaft aufgestellt wurden. Die prozessuale Voraussetzung dafür – die Verletzung eines subjektiven Rechts vertretbar behaupten zu können – wäre gegeben, da mit Art. 8 EMRK ein „individualisiertes Parteieninteresse“ im Sinne der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung vorläge. Der VfGH hätte sodann zu prüfen, ob die Verordnung gegen Art. 8 EMRK verstößt, und gegebenenfalls die Verordnung aufzuheben, die von der Behörde in der Folge neuerlich – zweisprachige Aufschriften anordnend – zu erlassen wäre.
- c) Hat ein solcher Individualantrag vor dem VfGH keinen Erfolg, so bleibt die Möglichkeit einer Beschwerde vor dem EGMR, weil dieser eine Konventionsverletzung unabhängig davon feststellen kann, ob diese durch eine staatliche Maßnahme oder Unterlassung herbeigeführt wurde und welchem staatlichen Organ (Gesetzgeber, Gericht oder Verwaltungsbehörde) die Verletzung des Konventionsrechts zuzurechnen ist.

## G. Schlussbemerkung

Die Ausführungen dieses Beitrages zeigen, dass Art. 8 EMRK das Recht von Minderheiten/ Volksgruppenangehörigen auf Aufstellung zweisprachiger Ortstafeln zu begründen vermag. Wird dieser Auffassung gefolgt, so erhebt sich die Frage, wie dieser Rechtsanspruch innerstaatlich durchgesetzt werden kann.

Offensichtlich ist, dass ein Rechtsschutzdefizit besteht, da es nach Ansicht der Rechtsprechung weder ein individuelles noch ein kollektives Recht zur Durchsetzung derjenigen objektivrechtlichen Bestimmung gibt, die das Aufstellen zweisprachiger topographischer Aufschriften gebietet, nämlich des Art. 7 Z 3 zweiter Satz StV Wien.

Nicht unerwähnt soll daher bleiben, dass es die österreichische Bundesregierung war, die am 24. November 1991 dem Europarat den Entwurf eines Zusatzprotokolls zur EMRK zum Schutz ethnischer Minderheiten vorlegte, in dessen Artikel 7 vorgeschlagen wurde, dass jede Volksgruppe und ihre Angehörigen in einer Volksgruppenregion „das Recht auf Anbringung von Ortsbezeichnungen, Hinweistafeln, Aufschriften und ähnlichen in der Öffentlichkeit in Erscheinung tretenden Mitteilungen in der Volksgruppensprache“ haben sollen<sup>35</sup>. Dies dokumentiert, dass es in rechtspolitischer Hinsicht als erforderlich angesehen wurde, ein individuelles und sogar kollektives (!) durchsetzbares Recht auf Anbringung von Ortstafeln zu schaffen.

### Anmerkungen:

- 1 Siehe VfSlg. 10.209/1984 und zuletzt VfSlg. 16.404/2001 („Ortstafel-Erkenntnis“ 2001). Eine unmittelbare Anwendbarkeit des Art. 7 Z 3 StV Wien bejahen *Marko*, Artikel 7 StV Wien (unveröffentlichtes Manuskript, Oktober 2004); *Hilpold*, Modernes Minderheitenrecht, 2001, 339 ff., und *Hilpold*, Der Ortsnamenstreit in Kärnten und in Südtirol aus rechtsvergleichender und völkerrechtlicher Sicht, JBl. 2003, 92 ff.; ablehnend *Kolonovits*, Einige Überlegungen zum aktuellen Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes zur Amtssprache, JBl. 2001, 361 ff.; den VfGH-Standpunkt referierend *Rauz*, Die Sprachenrechte der Minderheiten, 1999, 153 ff.; und *Winkler*, Zweisprachige Ortstafeln und Volksgruppenrechte, ZÖR 2002, 129 ff.
- 2 VfSlg. 10.209/1984 und VfSlg. 16.404/2001 („Ortstafel-Erkenntnis“ 2001).
- 3 VfSlg. 16.404/2001.
- 4 Die auf dieser Bestimmung beruhenden Verordnungen wurden wegen Gesetzwidrigkeit aufgehoben.
- 5 Siehe dazu für viele *Grabenwarter*, Europäische Menschenrechtskonvention, 2003, 139 ff.
- 6 Siehe z. B. die Urteile des EGMR in den so genannten „Britischen Fürsorgerechtsfällen“, *W. und R. gegen England*, 8. Juli 1987; dazu *Tretter*, EuGRZ 1988, 49 ff. (52 Fn. 11).

- 7 Siehe dazu mit Rechtsprechungshinweisen *Grabenwarter* (Fn. 5), 204 ff. (insbesondere 207 f.).
- 8 Siehe dazu mit Rechtsprechungshinweisen *Grabenwarter* (Fn. 5), 208 f.
- 9 So *Grabenwarter* (Fn. 5), 207 f., unter Verweis auf das EGMR-Urteil *Peck gegen England*, 28. Jänner 2003, Z 60.
- 10 Siehe *Grabenwarter* (Fn. 5), 208 f.
- 11 In diesem Sinn EGMR in den Urteilen *Niemitz gegen Deutschland*, 16. Dezember 1992, Z 29, und *Amann gegen die Schweiz*, 16. Februar 2000, Z 65.
- 12 Dazu für viele *Grabenwarter* (Fn. 5), 124 ff.
- 13 Siehe *Grabenwarter* (Fn. 5), 208 f. mN; *Hillgruber/Jestaedt*, Die Europäische Menschenrechtskonvention und der Schutz nationaler Minderheiten, 1993, 42 ff., sowie *Council of Europe* (ed.), *The Council of Europe and Minorities*, 1994, pp. 22.
- 14 EGMR-Urteil im „Belgischen Sprachenfall“, 23. Juli 1968.
- 15 EGMR-Urteile *Buckley gegen England*, 26. August 1996, sowie *Chapman u. a. gegen England*, 18. Jänner 2001.
- 16 EKMR, *G. und E. gegen Norwegen*, 3. Oktober 1983, Beschwerden Nr. 9278/81 und 9415/81.
- 17 Siehe dazu *Triandafyllidou/Wodak*, Conceptual and methodological questions in the study of collective identities; *Chryssochoou*, Studying identity in social psychology: Some thoughts on the definition of identity and its relation to action, und *Collins*, Storying Self and Others: The construction of narrative identity; alle in: *Journal of Language and Politics* 2003 (Vol. 2), No. 2, pp. 205, pp. 225, pp. 243.
- 18 *Triandafyllidou/Wodak* (Fn. 17), 210.
- 19 Vgl. dazu *Jenkins* (ed.), *Nation and identity in contemporary Europe*, 1996, 4.
- 20 Vgl. dazu *Hall*, The Question of Cultural Identity, in: *Hall/Held/Hubert/Thompson* (eds.), *Modernity: An Introduction to Modern Societies*, 1996, pp. 595 (613).
- 21 *Rüpke*, *Der verfassungsrechtliche Schutz der Privatheit*, 1976.
- 22 Siehe den Überblick dazu die Synopse bei *Tretter*, Der Schutz ethnischer Minderheiten durch die Vereinten Nationen, den Europarat, die OSZE und die Europäische Union, in: *Österreichisches Volksgruppenzentrum* (Hg.), *Internationales und Europäisches Volksgruppenrecht*, Österreichische Volksgruppenhandbücher, Band 8, 1995, 159 f.
- 23 So *Wodak/Puntscher-Riekmann*, „Europe for All“ – diskursive Konstruktionen europäischer Identitäten, in: *Mokre/Weiss/Bauböck* (Hg.), *Europas Identitäten – Mythen, Konflikte, Konstruktionen*, 2003, 283 ff. (287).
- 24 Vgl. in diesem Zusammenhang die Ausführungen bei *Widdicombe*, Identity as an Analysts' and a Participants' Resource, in: *Antaki/Widdicombe* (eds.), *Identities in Talk*, 1998, pp. 191.
- 25 So *Rüpke* (Fn. 21), 181.
- 26 Vgl. dazu *Wodak/Puntscher-Riekmann* (Fn. 23), 287.
- 27 *European Commission* (ed.), *White Paper on European Governance*, July 2001.
- 28 Siehe dazu *Rüpke* (21), 37 ff. und 76: „Somit ist auch Privatheit aus der fortgesetzten Dialektik von sozialer Kommunikation und persönlicher Identität zu verstehen.“
- 29 Der VfGH hat im oben zitierten „Ortstafel-Erkenntnis“ aus dem Jahr 2001 ca. zehn Prozent als Maßstab genannt.

- 30 Zum Grundsatz der Verhältnismäßigkeit siehe für viele *Grabenwarter* (Fn. 5), 124 ff.
- 31 Siehe dazu oben.
- 32 Siehe dazu oben.
- 33 Zur konventionsrechtlichen Verpflichtung zur Erlassung gesetzlicher Maßnahmen (positive Gewährleistungspflichten), die nach der Rechtsprechung geboten sind, siehe oben.
- 34 Vgl. z. B. die unmittelbare Anwendung des Art. 8 EMRK in VfSlg. 10.737/1985, um vor der Erlassung eines Aufenthaltsverbotes in Ermangelung einer entsprechenden Regelung des seinerzeit geltenden Fremdenpolizeigesetzes (FPG) auch die konventionsrechtlich gebotene Überprüfung der privaten und familiären Situation eines Fremden vornehmen zu können. Siehe dazu *Tretter*, EuGRZ 1986, 190 ff., und EuGRZ 1988, 49 ff.
- 35 Siehe Nachweis und Kommentar bei *Tretter* (Fn. 22), 71 f. (72) und 28 f.

# Minderheitenschutz im Spannungsfeld von Politik und Strafrecht

Der folgende Beitrag beschäftigt sich mit dem Thema Minderheitenschutz im Spannungsfeld von Politik und Strafrecht am Beispiel des so genannten „Ortstafelstreites“ in Kärnten. Untersucht wird, ob Unterlassungen von zuständigen Organwalter/-innen, die dem Erkenntnis des Verfassungsgesichtshofes entsprechende Rechtslage herzustellen, strafrechtlich bedenklich sind. Ein Exkurs zu Minderheitsschutzbestimmung im Strafprozessrecht schließt den Beitrag ab.

## 1. Einleitung

### **Zweck des Strafrechts**

Einleitend soll an den Sinn und Zweck des Strafrechtes erinnert werden: Die Normen des Strafgesetzbuches (StGB) dienen dem Rechtsgüterschutz und damit der Verbrechensverhütung. Das gedeihliche Miteinander der Menschen in der Gemeinschaft soll durch die Normen des Strafrechtes gesichert und im Störungsfall nötigenfalls durch staatlich organisierten Zwang wiederhergestellt werden. Der Rechtsgüterschutz durch die Normen des StGB ist durch das staatlich zugefügte Übel, die Strafe, gekennzeichnet<sup>1</sup>.

Mit Strafe bedroht sind Angriffe auf jene Rechtsgüter, die für den Einzelnen und für die Gemeinschaft in einem besonderen Maße bedeutsam sind, wie Leben, Gesundheit, Eigentum, das *Funktionieren der staatlichen Rechtspflege* oder die „Sauberkeit des Amtes“, wie es im alten Strafgesetz hieß und heute im 22. Abschnitt des Strafgesetzbuches über die so genannte Amtsdelikte geschützt ist.

### **Rechte der Minderheiten als besonders zu schützende Werte**

Zweifellos sind die Rechte der Minderheiten<sup>2</sup> solche Rechtsgüter, die in *besonderem Maß* des Schutzes durch die Rechtsordnung, auch durch die Normen des Strafrechtes, bedürfen. Minderheiten innerhalb eines Staatsgefüges sind immer in besonderer Weise verletzbar. Es gebührt ihnen daher im Rechtsstaat besondere Aufmerksamkeit und besonderer Schutz. Bei der slowenischen Minderheit in Kärnten steht die Sprachenthematik im Vordergrund.

## 2. Erkenntnis der Verfassungsgerichtshofes vom 13. Dezember 2001 – geltende Rechtslage

Tatsache ist, dass trotz des Erkenntnisses des VfGH vom 13. Dezember 2001<sup>3</sup> und der damit verbundenen Änderung der Rechtslage Ortstafeln in den betroffenen Gebieten in Kärnten nach wie vor einsprachig sind. Diese Situation spiegelt das Spannungsfeld von Politik und Minderheitenschutz im besonderen Maße wider: Während die Rechtslage durch die erwähnte höchstgerichtliche Entscheidung geklärt ist, mangelt es am politischen Willen zu deren Umsetzung.

Durch das erwähnte Erkenntnis des VfGH wurde die „Ortstafelregelung“ in § 2 Abs. 1 Z 2 des Volksgruppengesetzes<sup>4</sup>, wonach nur in Orten mit mehr als 25 Prozent slowenischsprachiger Bevölkerung zweisprachige Ortstafeln aufzustellen sind, als verfassungswidrig aufgehoben, da sie dem unmittelbar anzuwendenden Staatsvertrag von Wien<sup>5</sup>, dessen Art. 7 Z 3 zweiter Satz für die österreichischen Staatsangehörigen (u. a.) der slowenischen Minderheit in Kärnten besondere Rechte statuiert, widersprach. Bereits ab einem Anteil von 10 Prozent an slowenischsprachigen KärntnerInnen ist – so das Erkenntnis des VfGH – von einer gemischtsprachigen Bevölkerung auszugehen<sup>6</sup>. Ebenso wurde § 1 Z 2 der Verordnung über topografische Bezeichnungen<sup>7</sup> als gesetzwidrig aufgehoben, da er durch die teilweise Aufhebung des Volksgruppengesetzes der bestehenden Rechtslage widersprach. Letztlich wurde auch die dem Gesetzprüfungsverfahren zugrunde liegende Verordnung der Bezirkshauptmannschaft Völkermarkt betreffend die Ortsbezeichnung „St. Kanzian“ und „St. Kanzian, Klopein“ als dem Staatsvertrag von Wien widersprechend aufgehoben<sup>8</sup>. Diese Aufhebungen sind jeweils am 31. Dezember 2002 in Kraft getreten.

Trotz des eindeutigen Ausspruchs durch den VfGH wurde weder das Volksgruppengesetz<sup>9</sup> noch die *Verordnung über topografische Bezeichnungen* geändert.

Nach Rechtsansicht des Präsidenten des VfGH, Univ.-Prof. Dr. Karl Korinek, in der Presseaussendung vom 24. September 2004 ist die *Verpflichtung zu zweisprachigen Ortstafeln im Bezirk Völkermarkt* gegeben; „*wenn sie nicht dort stehen, widerspricht das der Verordnung*“<sup>10</sup>. Gemeint ist damit jener Teil der Verordnung über topografische Bezeichnungen, der nach dem Erkenntnis des VfGH noch in Geltung ist. Er bestimmt, dass in allen Gemeinden des Bezirkes Völkermarkt zweisprachige Ortstafeln aufzustellen sind.

§ 1 der Verordnung lautet nunmehr:

*„In folgenden Gebietsteilen (§ 2 Abs. 1 1 Z 2 des Volksgruppengesetzes, BGBl. Nr. 396/1976) sind Bezeichnungen und Aufschriften topografischer Natur, die von*

*Gebietskörperschaften oder von sonstigen Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts angebracht werden, sowohl in deutscher als auch in slowenischer Sprache anzubringen:*

*1. im politischen Bezirk Klagenfurt Land:*

*in der Gemeinde Ebental im Gebiet der ehemaligen Gemeinde Radsberg, in der Gemeinde Ferlach im Gebiet der ehemaligen Gemeinde Windisch-Bleiberg, in der Gemeinde Ludmannsdorf in den Gebieten der ehemaligen Gemeinden Ludmannsdorf und Oberdörfel und in der Gemeinde Zell;*

*2. im politischen Bezirk Völkermarkt:*“

*(Anm.: Die Wortfolge „In der Gemeinde Bleiburg in den Gebieten der ehemaligen Gemeinden Feistritz ob Bleiburg und Moos, in der Gemeinde Eisenkappel-Vellach im Gebiet der ehemaligen Gemeinde Vellach, in der Gemeinde Globasnitz und in der Gemeinde Neuhaus im Gebiet der ehemaligen Gemeinde Schwabegg“ wurde durch den VfGH, BGBl. II Nr. 37/2002, aufgehoben.)*

Aus dem Wortlaut des verbleibenden Teils der Verordnung (arg: „*Bezeichnungen und Aufschriften topografischer Natur sind ... anzubringen ... im politischen Bezirk Völkermarkt*“) ergibt sich die rechtliche Pflicht zur *zweisprachigen Bezeichnung der Ortstafeln im gesamten politischen Bezirk Völkermarkt*. Zuständige Behörde ist die Bezirksverwaltungsbehörde als Organ der Landesverwaltung: Gemäß § 94b StVO obliegt den Bezirksverwaltungsbehörden die Erlassung von Verordnungen im Bereich der Straßenverkehrsordnung. Gemäß § 43 StVO hat die Bezirksverwaltungsbehörde die Verordnungen betreffend die (in § 53 Abs. 1 Z 17a und 17b StVO normierten) Hinweiszeichen „Ortstafel“ und „Ortsende“ zu erlassen und gemäß § 44 StVO durch Straßenverkehrszeichen kundzumachen, wobei die Verordnungen mit deren Kundmachung in Kraft treten.

Die Topografie-Verordnung ist zwar – wie der Präsident des VfGH ebenfalls ausführt – überschießend, da nicht sämtliche Gebietsteile im politischen Bezirk Völkermarkt einen Anteil an 10 Prozent slowenischsprachiger KärntnerInnen aufweisen. Da in Skocijan/St. Kanzian die Voraussetzung eines 10-prozentigen Anteiles an slowenischsprachiger Bevölkerung erfüllt ist, ist die Bezirksverwaltungsbehörde jedenfalls zur zweisprachigen Bezeichnung der Ortstafeln aufgrund der geltenden Rechtslage verpflichtet.

### 3. Strafrechtliche Untersuchung

Da das Strafrecht – wie erwähnt – auch dem Schutz der Rechte der Minderheiten dienen soll, ist der in Kärnten bestehende rechtswidrige Zustand

nun auf die mögliche Erfüllung strafrechtlicher Tatbestände zu untersuchen. In Betracht kommen jene Delikte des StGB, die (u. a.) schwere Verletzungen der Amtspflicht unter Strafe stellen (22. Abschnitt des StGB), wobei unseres Erachtens im vorliegenden Fall einzig das Verbrechen des Missbrauches der Amtsgewalt erfüllt sein könnte.

### **Tatbestand des § 302 StGB**

Es stellt sich somit die Frage, ob das Verhalten des/der zuständigen Organwalters/-in der Bezirksverwaltungsbehörde den Tatbestand des Missbrauches der Amtsgewalt gemäß § 302 StGB realisiert.

§ 302 StGB lautet: Ein Beamter, der mit dem Vorsatz, dadurch einen anderen in seinen Rechten zu schädigen, seine Befugnis, im Namen des Bundes, eines Landes, eines Gemeindeverbandes, einer Gemeinde oder einer anderen Person des öffentlichen Rechts als deren Organ in Vollziehung der Gesetze Amtsgeschäfte vorzunehmen, wissentlich missbraucht, ist mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren zu bestrafen.

#### *– Deliktssubjekt*

Deliktssubjekt des Amtsmissbrauches ist ein/e Beamter/-in im Sinne des § 74 Abs. 1 Z 4 StGB. Demnach ist Beamter/-in, wer bestellt ist, im Namen einer Gebietskörperschaft oder einer anderen Körperschaft des öffentlichen Rechts Rechtshandlungen vorzunehmen, oder wer sonst mit Aufgaben der Bundes-, Landes- oder Gemeindeverwaltung betraut ist.

Die Bezirkshauptmannschaften sind als monokratisch organisierte Landesbehörden erster Instanz zur Besorgung aller Angelegenheiten der Bundes- und Landesverwaltung, die nicht anderen Behörden zugewiesen sind, zuständig. Entscheidendes Organ ist der Bezirkshauptmann<sup>11</sup>. Bei der Führung des öffentlichen Sicherheitsdienstes steht der Bezirkshauptmannschaft die Gendarmerie als Wachkörper zur Verfügung. Die Bezirkshauptmannschaften üben durch die Erlassung von Verordnungen im Bereich der Straßenpolizei Landesverwaltung aus. Sie unterstehen der Landesregierung als oberstes Organ der Vollziehung im Bereich der Länder.

Als Deliktssubjekt kommt der Bezirkshauptmann als verantwortliches und entscheidendes Organ der Bezirksverwaltungsbehörde in Betracht. Der Bezirkshauptmann ist zweifelsohne Beamter im Sinne des § 74 Abs. 1 Z 4 StGB. Ob auch das zuständige Mitglied der Landesregierung als weisungsbefugtes Organ als potentielle/r Täter/-in in Betracht kommt, ist ebenfalls näher zu prüfen.



### *– Hoheitsverwaltung*

Der Tatbestand des § 302 StGB stellt ausschließlich Amtsgeschäfte im Bereich der Hoheitsverwaltung unter Strafe<sup>12</sup>. Eine Tätigkeit im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung erfüllt den Tatbestand des Amtsmissbrauches daher nicht (arg: „in Vollziehung der Gesetze“). So fällt etwa die Errichtung und Instandhaltung von Amtsgebäuden, Schulen, Krankenhäusern, der öffentlichen Verkehrswege und anderen Bauwerken durch einen Rechtsträger in die Privatwirtschaftsverwaltung. Der jeweilige Rechtsträger (Bund, Land oder Gemeinde) hat zwar die gesetzliche Verpflichtung, die öffentlichen Straßen zu erbauen und zu erhalten, gegenüber seinen mit dem Bau und mit der Erhaltung beauftragten Vertragspartnern hat er jedoch dieselben Rechte und Pflichten wie eine Privatperson<sup>13</sup>.

Die hier interessierende Tätigkeit bzw. Untätigkeit der Bezirkshauptmannschaften, nämlich das Erlassen von Verordnungen und deren Kundmachung durch Anbringen von zweisprachigen Ortstafeln, zählt ohne Zweifel zum Bereich der Hoheitsverwaltung. Das Erlassen einer Verordnung und deren ordnungsgemäße Kundmachung sind Hoheitsakte und erfolgen „in Vollziehung der Gesetze“ i. S. d. § 302 StGB.

### *– Amtsgeschäft*

Amtsgeschäfte sind nach ständiger Rechtsprechung alle Verrichtungen, die zur unmittelbaren Erfüllung der amtsspezifischen Vollziehungsaufgaben eines Rechtsträgers dienen. Es muss sich um eine Tätigkeit handeln, die zum eigentlichen Gegenstand des jeweiligen Amtsbetriebes gehört und damit für das Erreichen der amtsspezifischen Vollzugsziele sachbezogen relevant ist<sup>14</sup>.

Unter Amtsgeschäfte in Vollziehung der Gesetze i. S. d. § 302 StGB werden typischerweise Urteile, Beschlüsse, Bescheide, die Ausstellung öffentlicher Urkunden (z. B. eines Führerscheins), die Zurücklegung der Anzeige durch den Staatsanwalt, Anträge des Staatsanwalts und ihre Rücknahme, Strafverfügungen und Organstrafmandate, Verhaftungen, Beschlagnahme, Haus- und Personendurchsuchungen, die Identitätsfeststellungen nach dem SPG oder etwa die Wegweisung nach § 38 a SPG verstanden<sup>15</sup>.

Es stellt sich daher die Frage, ob die Erlassung (bzw. die Nicht-Erlassung, dazu unten) von Verordnungen als „Amtsgeschäft in Vollziehung der Gesetze“ gemäß § 302 StGB angesehen werden kann.

Wie bereits ausgeführt, obliegt den Bezirksverwaltungsbehörden die Erlassung von Verordnungen im Bereich der Straßenverkehrsordnung (§ 94b StVO). Sie haben die in § 53 Abs. 1 Z 17a und 17b StVO geregelten Hin-

weiszeichen „Ortstafel“ und „Ortsende“ als Verordnungen im Sinne des § 43 StVO zu erlassen und gemäß § 44 StVO kundzumachen.

### **Zur Rechtsnatur der Verordnungen**

Nach *Walter/Mayer* handelt es sich bei den Verordnungen um generelle Rechtsvorschriften, die von Verwaltungsbehörden erlassen werden und die sich ihrem Inhalt nach an die Rechtsunterworfenen richten. Die Rechtserzeugung durch die Erlassung von Verordnungen ist nicht als Vollzug zu verstehen, sondern als eine Präzisierung von anderen generellen Normen (meist von einfachen Gesetzen im formellen Sinn). Für die Autoren ist die Erlassung von Verordnungen daher *Gesetzgebung im materiellen Sinn*<sup>16</sup>.

Auf dem ersten Blick scheidet daher eine Strafbarkeit wegen § 302 StGB aus, da sie sich bei der Erlassung von Verordnungen nicht um ein Amtsgeschäft in Vollziehung der Gesetze im Sinne dieses § 302 StGB handelt. Kurz gesagt: Gesetzgebung, auch die gesetzgeberische Unterlassung, kann kein Amtsmissbrauch sein.

Zu untersuchen ist aber, ob die Auslegung der Wortfolge „in Vollziehung der Gesetze Amtsgeschäfte vorzunehmen“ in § 302 StGB für die strafrechtliche Beurteilung in derselben Weise zu erfolgen hat wie im Bereich des Verfassungs- und des Verwaltungsrechtes. Es könnte argumentiert werden, dass die Erlassung von Verordnungen und deren Kundmachung durch das Anbringen der zweisprachigen Ortstafeln *primär eine vollziehende und weniger eine rechtsetzende hoheitliche Tätigkeit* darstellen. Für *Walter/Mayer* ist für die Unterscheidung zwischen Verordnung und Bescheid entscheidend, ob es sich vordergründig um eine rechtsetzende oder um eine rechtsvollziehende Anordnung handelt. Dient der Verwaltungsakt der Präzisierung einer (generellen) Norm, handelt es sich um Rechtsetzung und es liegt eine Verordnung vor. Dient der Verwaltungsakt dem Vollzug einer Norm, liegt ein Bescheid vor<sup>17</sup>. Das Erlassen von Verordnungen im straßenpolizeilichen Bereich und deren Kundmachung durch Anbringen der zweisprachigen Bezeichnungen sind sicher keine Bescheide, dennoch überwiegt unseres Erachtens der vollziehende gegenüber dem rechtsetzenden Charakter. Für die strafrechtliche Überprüfung ist daher festzuhalten: Für das Vorliegen eines Amtsgeschäftes in Vollziehung des Gesetzes würde der überwiegend vollziehende Charakter der Tätigkeit, die insbesondere hinsichtlich der Kundmachung im Anbringen von Bezeichnungen besteht, sprechen. Die erwähnten Normen werden durch den Verwaltungsakt weniger konkretisiert als vielmehr lediglich vollzogen.

Im konkreten Beispiel unterlassen die Bezirkshauptmannschaften pflichtwidrig die Erlassung der Verordnungen und deren Kundmachung durch

die Anbringung der zweisprachigen Bezeichnungen. Die Verpflichtung dazu besteht aufgrund der Verordnung über die topografische Bezeichnung i. V. m. § 2 Abs. 2 und § 12 Volksgruppengesetz sowie aufgrund von Art. 7 Z 3 zweiter Satz des Staatsvertrages von Wien. Die Erlassung der Verordnung und die für das In-Kraft-Treten erforderliche Kundmachung (durch Anbringen auch der slowenischen Bezeichnung) sind dabei unseres Erachtens als *einheitlicher hoheitlicher Akt* anzusehen. Nach der Rechtsprechung des OGH dürfen die einzelnen Phasen eines Amtsgeschäftes nicht isoliert betrachtet werden. Es scheidet die Verantwortung wegen Amtsmissbrauches erst dann aus, wenn kein einziger Teilakt im Rahmen der Hoheitsverwaltung erfolgte<sup>18</sup>.

Somit bleibt als Zwischenergebnis festzuhalten, dass das Vorliegen des Tatbestandsmerkmals, „in Vollziehung der Gesetze Amtsgeschäfte vorzunehmen“, in Ansehung der hier gegenständlichen qualifizierten Untätigkeit der Organwalter/-innen seit (mittlerweile mehr als) drei Jahren argumentierbar ist.

Hingegen ist unstrittig, dass Änderungen des Volksgruppengesetzes und der Verordnung über topografische Bezeichnungen „Gesetzgebung“ und damit kein Amtsgeschäft i. S. d. § 302 StGB sind.

#### *– Missbrauch der Befugnis*

Die Tathandlung des § 302 StGB besteht im Missbrauch der Befugnis und kann nach herrschender Ansicht auch durch Unterlassen begangen werden<sup>19</sup>. Ein Missbrauch der Befugnis (durch Unterlassen) liegt vor, wenn es der/die Beamte/-in unterlässt, einen Hoheitsakt vorzunehmen, obwohl sie/er ihn vornehmen sollte. In concreto ist daher zu prüfen, ob der/die Organwalter/-in der Bezirksverwaltungsbehörde es unterlässt, die Verordnung zu erlassen und deren Kundmachung vorzunehmen, obwohl er/sie dazu verpflichtet ist.

Der objektive Tatbestand ist aber nur unter den Voraussetzungen des § 2 StGB gegeben. Der/Die Täter/-in muss somit im Sinne des § 2 StGB als Garant/-in für das Zustandekommen des Hoheitsaktes verantwortlich sein, die Unterlassung muss der aktiven Vornahme des missbräuchlichen Hoheitsaktes gleichwertig sein. Für das Zustandekommen des Hoheitsaktes ist der/die Täter/-in als Garant/-in dann verantwortlich, wenn er/sie für dessen Vornahme oder Vorbereitung dienstlich zuständig ist<sup>20</sup>.

Gemäß § 2 Abs. 2 i. V. m. § 12 Volksgruppengesetz und der Verordnung für topografische Bezeichnungen hat die Bezirksverwaltungsbehörde die Pflicht, die Ortstafeln zweisprachig zu kennzeichnen. Die pflichtwidrige Unterlassung, einen solchen Hoheitsakt vorzunehmen oder zu veranlas-

sen, ist der rechtswidrigen Vornahme eines Hoheitsaktes nach *Bertel* dann gleichwertig, wenn der/die Täter/-in gezielt untätig bleibt, um jemanden zu nützen oder zu schädigen<sup>21</sup>. Die Gleichwertigkeit gemäß § 2 StGB könnte in der politisch motivierten Unwilligkeit, die entsprechenden Verordnungen den erwähnten Normen entsprechend zu erlassen und kundzumachen, erblickt werden. Ob die Bezirksverwaltungsbehörde nun keine neue Verordnungen erlässt oder Verordnungen ohne slowenische Bezeichnungen, ist unseres Erachtens gleichwertig i. S. d. § 302 StGB.

Hingegen vertreten wir die Rechtsauffassung, dass das Gleichwertigkeits-erfordernis hinsichtlich einer Unterlassung des/der übergeordneten weisungsbefugten Organwalters/-in, nämlich des zuständigen Mitglieds der Landesregierung, nicht gegeben ist. Tatbestandsmäßigkeit könnte insoweit aber dann vorliegen, wenn das zuständige Mitglied der Landesregierung das Aufstellen zweisprachiger Ortstafeln mit Weisung untersagt.

In diesem Zusammenhang sei aber auch angemerkt: Bestimmt ein/e Vorgesetzte/r eine/n Untergebene/n mit Weisung zum Amtsmissbrauch, so darf (Art. 20 Abs. 1 B-VG), ja muss die/der Untergebene diese Weisung missachten, andernfalls sind beide wegen § 302 StGB zur Verantwortung zu ziehen. Es ist aus strafrechtlicher Sicht auch irrelevant, ob der Auftrag der/s Vorgesetzten in Form eines „dienstlichen Befehls“ oder eines „Wunsches“ erfolgt<sup>22</sup>.

#### *– Wissentlichkeit*

Amtsmissbrauch kann einem/r Beamten/-in nur dann zur Last gelegt werden, wenn er/sie seine/ihre Befugnis wissentlich im Sinne des § 5 Abs. 3 StGB missbraucht<sup>23</sup>. Nach der Rechtsprechung ist das Erfordernis der Wissentlichkeit als gegeben anzunehmen, wenn der/die Beamte/-in in vollem Wissen eines gesetzwidrigen Zustandes oder der ihm/ihr zu dessen Abwendung treffenden amtlichen Obliegenheiten jene behördlichen Maßnahmen nicht anordnet, zu deren Vornahme er/sie gesetzlich verpflichtet gewesen wäre<sup>24</sup>. Spätestens nach dem Erkenntnis des VfGH vom 13. Dezember 2001 ist die Verpflichtung zur Anbringung zweisprachiger Bezeichnung der Ortstafeln wohl bekannt. Der/Die untätige(n) Organwalter/-in(nen) der Bezirksverwaltungsbehörde(n) wissen, dass die Unterlassung der zweisprachigen Bezeichnung der Ortstafeln gegen die erwähnten Normen verstößt.

#### *– Schädigungsvorsatz – Beeinträchtigung eines konkreten öffentlichen Rechts*

Letztlich ist auf der subjektiven Tatseite noch der konkrete Schädigungsvorsatz zu prüfen. Dem/Der Beamten/-in muss nur ein bedingter Vorsatz in Bezug auf die Schädigung nachgewiesen werden können. Nicht nur ein

auf die Schädigung eines privatrechtlichen Anspruches gerichteter Vorsatz, auch ein auf die Schädigung an einem *konkreten öffentlichen Recht* erfüllt den Tatbestand des § 302 StGB. Unter einem konkreten öffentlichen Recht ist nach der Rechtsprechung die Vereitelung einer bestimmten in der Rechtsordnung festgelegten staatlichen Maßnahme zu verstehen, wenn damit der bestimmte Zweck, den der Staat mit der Erlassung der dieser Maßnahme zugrunde liegenden Vorschrift erreichen will, beeinträchtigt wird<sup>25</sup>. Das konkrete Recht kann in einem Parteianspruch oder in einer in der Rechtsordnung festgelegten staatlichen Maßnahme bestehen; es muss sich um einen hinreichend konkretisierten Anspruch handeln, dessen Wahrung auch die von dem/der Täter/-in missachteten Vorschriften dienen<sup>26</sup>.

Strittig ist, ob das Recht auf zweisprachig bezeichnete Ortstafeln ein subjektives Recht ist. In der Rechtsprechung des VfGH<sup>27</sup> wurde dies (bisher) verneint. In der diesjährigen Herbstsession ist der VfGH ein weiteres Mal mit der Frage befasst, ob es ein subjektives Recht auf zweisprachige Ortstafeln (betreffend die Gemeinde Loibach/Libuce) gibt<sup>28</sup>.

Es kommt im vorliegenden Fall jedoch eine Schädigung an einem konkreten öffentlichen Recht in Frage. Denn ein Parteienanspruch auf ein bestimmtes Handeln ist für die Annahme einer Schädigung an einem konkreten öffentlichen Recht – so die zutreffende Meinung von *Stefan Seiler*<sup>29</sup> – nicht erforderlich. In diesem Sinne hat auch der OGH klar judiziert<sup>30</sup>: „.... [es] kommt auch die Schädigung eines konkreten öffentlichen Rechts in Betracht, worunter die Vereitelung einer bestimmten, in der Rechtsordnung festgelegten staatlichen Maßnahme zu verstehen ist, sofern damit der bestimmte Zweck beeinträchtigt werden soll, den der Staat mit der Erlassung der dieser Maßnahme zugrundeliegenden Vorschrift erreichen will.“

Durch die Unterlassung der zweisprachigen Bezeichnung der Ortstafeln werden die Rechte der Minderheiten auf zweisprachige Bezeichnung (das Volksgruppengesetz und der unmittelbar anwendbare Staatsvertrag von Wien, der in seinem Art. 7 die Rechte der slowenischen und kroatischen Minderheiten regelt) verletzt.

Die Schädigung an Rechten liegt darin, dass das in den erwähnten Normen objektivierte staatliche Interesse an zweisprachig gekennzeichneten Ortstafeln und damit der Sinn und Zweck der aufgrund des Volksgruppengesetzes erlassenen Verordnung über topografische Bezeichnungen vereitelt wird. Auch ein Schädigungsvorsatz ließe sich somit argumentieren.

#### – Ergebnis

Wegen der aufgezeigten rechtlichen Zweifelsfragen hinsichtlich der Erfüllung von Tatbestandsmerkmalen, insbesondere des Vorliegens eines Amts-

geschäftes i. S. d. § 302 StGB, wird es aller Wahrscheinlichkeit nach nicht zu einer Anklageerhebung kommen. Wegen der weittragenden Bedeutung der Sache handelt es sich aber um eine berichtspflichtige Angelegenheit, deren Beurteilung nach dem Staatsanwaltschaftsgesetz letztlich dem Bundesministerium für Justiz zu überlassen ist.

Zu bedenken ist auch allgemein, dass die dargestellte Situation weder den zuständigen Organen der Bezirkshauptmannschaften noch den in ihren Rechten verletzten Angehörigen der slowenischen Bevölkerung zumutbar ist. Um so lauter ist daher nach einer gesetzgeberischen Initiative und den Konflikt bereinigenden Maßnahme der Vollziehung zu rufen.

#### 4. Minderheitenschutzbestimmungen im Strafprozessrecht

Sicheres Terrain wird hingegen betreten, wenn es um das Recht des Gebrauches der slowenischen Sprache im Strafprozess geht.

##### **§ 17 Abs. 2 Volksgruppengesetz als *lex specialis* zu § 281 Abs. 1 Z 3 StPO (als absoluter Nichtigkeitsgrund)**

In der auf Grundlage des Volksgruppengesetzes erlassenen Amtssprachenverordnung werden jene Gerichte, Verwaltungsbehörden und sonstigen Dienststellen bezeichnet, vor denen die slowenische, die kroatische oder die ungarische Sprache zusätzlich zur deutschen Sprache als Amtssprache zugelassen wird. § 15 Volksgruppengesetz sieht vor, dass eine Person, wenn sie beabsichtigt, in einer Tagsatzung oder mündlichen Verhandlung von der Sprache einer Volksgruppe Gebrauch zu machen, dies unverzüglich nach Zustellung der Ladung der Behörde oder Dienststelle gegenüber bekannt zu geben hat. Bedient sich eine Person in einem Verfahren der Sprache einer Volksgruppe, so ist auf Antrag – soweit das Verfahren die antragstellende Person betrifft – sowohl in dieser als auch in deutscher Sprache zu verhandeln. Die Verwendung der anderen als der deutschen Amtssprache kommt daher nur dann in Frage, wenn die Person von ihrem Recht, eine andere Amtssprache zu verwenden, Gebrauch machen will und dies der Behörde bekannt gibt. Dieser Wille ist der Behörde gegenüber ausdrücklich oder stillschweigend zum Ausdruck zu bringen.

Wird die Hauptverhandlung in einem Strafverfahren entgegen der Bestimmung des § 15 Volksgruppengesetz nicht auch in der Sprache der Volksgruppe durchgeführt, so begründet dies Nichtigkeit gemäß § 17 Abs. 2 Volksgruppengesetz im Sinne des § 281 Abs. 1 Z 3 StPO. Diese Nichtigkeit bezieht sich ausschließlich auf den Fall, in dem entgegen einem Antrag

gemäß § 15 Volksgruppengesetz nicht in der Minderheitensprache verhandelt wurde.

§ 17 Abs. 2 Volksgruppengesetz stellt eine *lex specialis* zu § 281 Abs. 1 Z 3 StPO dar. Wurde trotz eines Antrages die Verhandlung nicht auch in der Volksgruppensprache durchgeführt, so kann dies niemals zum Nachteil des Angeklagten geltend gemacht werden. Entgegen der allgemeinen Regel des § 281 Abs. 1 Z 3 StPO kann dieser Nichtigkeitsgrund aber zum Vorteil des Angeklagten ohne Rücksicht darauf geltend gemacht werden, ob diese Formverletzung auf die Entscheidung Einfluss üben konnte, der Nichtigkeitsgrund ist absolut. Diese Bestimmung dehnt daher zugunsten der Angehörigen der Volksgruppe die Rechtsmittelmöglichkeiten aus, da dieser Nichtigkeitsgrund auch dann geltend gemacht werden kann, wenn die Entscheidung auch bei Verhandlung in der Volksgruppensprache nicht anders ausgefallen wäre.

### Anmerkungen:

Beim Text handelt es sich um die geringfügig überarbeitete Fassung eines Redemanuskripts; der Vortrag wurde von Richard Soyer im Rahmen des von der Kanzlei Grilc & Partner veranstalteten Symposiums „Die Durchsetzbarkeit von Volksgruppenrechten“ am 15. Oktober 2004 in St. Kanzian/Skocjan gehalten. Die Erstveröffentlichung des Beitrages erfolgte im Heft 2/2005 der Zeitschrift „juridikum“.

- 1 Vgl. Fuchs AT<sup>8</sup> 1.
- 2 Unter „Minderheit“ wird allgemein eine Gruppe von Staatsbürger/-innen verstanden, „die sich von der ‚Mehrheit‘ entweder nach objektiven (Sprache, Religion usw.) oder nach subjektiven Merkmalen (Bekenntnis zu einer bestimmten Kulturgruppe) unterscheidet“; vgl. Walter/Mayer Bundesverfassungsrecht<sup>9</sup> (2000) Rz 1459.
- 3 VfGH vom 13. Dezember 2001 G213/01, V62/01 u. a.
- 4 BGBl. Nr. 396/1976.
- 5 Staatsvertrag betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich, BGBl. Nr. 152/1955.
- 6 Wie Fn. 3.
- 7 BGBl. Nr. 306/1977.
- 8 Wie Fn. 3.
- 9 Bezogen auf den Zeitpunkt der Entstehung dieses Beitrages, Oktober 2004.
- 10 Meldung der APA vom 24. September 2004.
- 11 Vgl. Walter/Mayer Bundesverfassungsrecht<sup>9</sup> (2000) Rz 832 f.
- 12 Vgl. Leukauf-Steininger Komm<sup>3</sup> § 302 Rz 6.
- 13 St. Seiler, Die strafrechtliche Haftung von Gemeindefunktionären, in Rebhahn (Hrsg.), Beiträge zum Kärntner Gemeinderecht, Wien 1998, 233.
- 14 Vgl. Leukauf-Steininger Komm<sup>3</sup> § 302 Rz 8, St. Seiler a. a. O., 231.

- 15 Vgl. Bertel WK StGB<sup>2</sup> § 302 Rz 23.
- 16 Vgl. Walter/Mayer Bundesverfassungsrecht<sup>9</sup> (2000) Rz 590 f.
- 17 Vgl. Walter/Mayer Bundesverfassungsrecht<sup>9</sup> (2000) Rz 593.
- 18 Nachweise bei St. Seiler a. a. O., 233.
- 19 Vgl. Leukauf-Steininger Komm<sup>3</sup> § 302 Rz 31.
- 20 Vgl. Bertel WK StGB<sup>2</sup> § 302 Rz 37 f.
- 21 Vgl. Bertel a. a. O. Rz 2.
- 22 Vgl. Seiler St. a. a. O. 246 mwN.
- 23 Vgl. Bertel a. a. O. Rz 82; vgl. Leukauf-Steininger a. a. O. Rz 34.
- 24 Vgl. Seiler St. a. a. O. 239.
- 25 Nachweise bei Leukauf-Steininger a. a. O. Rz 37.
- 26 Leukauf-Steininger a. a. O. Rz 37.
- 27 Vgl. VfGH vom 10. Oktober 1984, B 629/78.
- 28 Vgl. Meldung der APA vom 24. September 2004.
- 29 Seiler St. a. a. O. 24.
- 30 JBl. 1977, 402.





# CHRONOLOGIE

# Chronologie der Ereignisse in Kärnten Oktober 2004 bis September 2005

## Oktober 2004

1. Der von der Koalition zur Sanierung des Budgets geplante Verkauf der Landeskrankenhäuser an die Landesimmobiliengesellschaft (LIG) führt zu einer schweren Krise innerhalb der SPÖ. Die Klagenfurter Parteispitze und LKH-Zentralbetriebsratsobmann Gerhard Arbeiter fordern den Rücktritt von Peter Ambrozy. Die Kärntner SPÖ macht nun den Verkauf von der Zustimmung des LKH-Betriebsrates abhängig.
6. Landeshauptmann Haider verkündet, er habe sich mit Gerhard Arbeiter dahingehend geeinigt, dass die Krankenhäuser nicht an die LIG, sondern an die vom Land ausgegliederte Krankenanstalten-Betriebsgesellschaft verkauft werden.
7. LHStv. Peter Ambrozy gibt die Einzelheiten der Vereinbarung bekannt.
8. Der St. Veiter Bürgermeister Gerhard Mock lehnt einen Verkauf der Landesspitäler als „nicht mehr verantwortbar“ ab. Sein Vorschlag, dass dafür der Klagenfurter Flughafen an die Hypo verkauft werden soll, löst unterschiedliche Reaktionen aus.
9. LH Haider regt an, die Karawankengrenze zu Slowenien auch in der Kärntner Landesverfassung zu verankern.
12. In der Sitzung der Landesregierung zieht LH Haider nach einem Protest von Landesrat Josef Martinz seinen Antrag auf Beendigung der Mitgliedschaft des Landes bei der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) wieder zurück.
15. Wirtschaftskammerpräsident Franz Pacher fordert das Land und die Stadt Klagenfurt auf, den „unfinanzierbaren Bau des neuen Klagenfurter Fußballstadions“ zu unterlassen.
18. Die Kärntnerin Ursula Plassnig wird neue Außenministerin. Kärnten ist damit in der Bundesregierung mit vier Ministern vertreten.
23. Laut einer Statistik des Landesschulrates ist trotz sinkender Schülerzahlen die Anmeldung zum Slowenischunterricht wieder gestiegen. Insgesamt erhalten in Kärnten 3573 Schüler (167 mehr als im Vorjahr) Slowenischunterricht.

28. LH Haider und LHStv. Ambrozy stellen das Projekt eines „Kärntner Zukunftsfonds“ vor , der mit 300 bis 400 Millionen Euro ausgestattet werden soll.
30. Beim Landesparteitag der SPÖ in Villach gibt es heftige Diskussionen um den Koalitionspakt mit der FPÖ. Bundesparteibmann Gusenbauer stellt sich hinter Peter Ambrozy und verteidigt das Abkommen. Bei der Wiederwahl erhält Ambrozy nur mehr 60,8 Prozent der Delegiertenstimmen. Massive Streichungen gibt es auch bei der Wahl der Präsidiumsmitglieder Ewald Wiedenbauer, Gerhard Mock und Gerhard Köfer. Unbestritten dagegen Villachs Bürgermeister Helmut Manzenreiter, der 95,8 Prozent erreicht.

## November 2004

4. LH Haider gibt bekannt, dass Kärnten die zwischen Bund und Ländern getroffene Asylvereinbarung aufkündigen will.
5. Die Präsidenten der Kärntner Sport-Dachverbände (ASKÖ, UNION und ASVK) protestieren gemeinsam gegen die Reduzierung des Kärntner Sportbudgets.
8. Präsidium und Vorstand der Kärntner SPÖ einigen sich darauf, die Obmannfrage innerhalb eines Jahres bei einem Sonderparteitag zu lösen.
9. Laut OGM ergibt die „Sonntagsfrage“ derzeit folgendes Stimmungsbild über die Landtagsparteien in Kärnten: FPÖ 45 Prozent, SPÖ 30 Prozent , ÖVP 14 Prozent , Grüne 10 Prozent. Bei einer fiktiven LH-Direktwahl würden sich derzeit 41 Prozent für Jörg Haider aussprechen (Peter Ambrozy 13 Prozent, Josef Martinz 11 Prozent und Rolf Holub 5 Prozent).
12. Auf Anfrage des Kärntner EU-Abgeordneten Andreas Mölzer teilt der niederländische EU-Kommissar Frederik Bolkestein mit, dass die EU-Kommission das neue Sprachengesetz der Republik Slowenien auf seine Verträglichkeit mit dem Gemeinschaftsrecht überprüfen und gegebenenfalls ein Verfahren nach Artikel 226 des EG-Vertrages einleiten werde.
16. Der Plan der blau-roten Koalition, in Kärnten die Parteienförderung zu erhöhen, sorgt für Diskussionen.
17. Landesrat Josef Martinz stellt in Brüssel gemeinsam mit Bayerns Europaminister Sinner, Friauls Präsident Illy sowie den Landeshauptleuten Klasnic und Pröll ein Positionspapier zu Grenzregionen vor.

18. Mit den Stimmen von FPÖ und SPÖ wird im Landtag das Nachtragsbudget 2004, das Budget 2005 und eine Budgetvorschau bis 2009 beschlossen. Im Jahresvoranschlag für 2005 stehen Einnahmen in der Höhe von 1637 Milliarden Euro Ausgaben von 1749 Milliarden Euro gegenüber. Die Netto-Neuverschuldung beträgt 83 Mio. Euro. Durch eine rückwirkend mit 1. Jänner 2004 in Kraft tretende Änderung des Parteienförderungsgesetzes wird die Parteienförderung in Landtagswahljahren verdoppelt. ÖVP und Grüne stimmen dagegen.

Der Südtiroler Landeshauptmann Luis Durnwalder trifft zu einem zweitägigen Kärntenbesuch ein.

21. Mit 97,8 Prozent der Delegiertenstimmen wird Landwirtschaftskammer-Präsident Walfried Wutscher erneut zum Obmann des ÖVP-Bauernbundes gewählt.
22. Helmut Manzenreiter sieht in der stufenweise vorgesehenen Änderung des Aufteilungsschlüssels zwischen Land und Gemeinden bei den Kosten für die Sozialaufgaben noch keine Entlastung der Gemeinden.

ÖVP-Verkehrssprecher Ferdinand Hueter fordert Landesrat Gerhard Dörfler auf, ein Konzept vorzulegen, wie den heimischen Unternehmen die Kosten der Doppelmaut auf der Tauernautobahn rückerstattet werden können.

Agrar-Landesrat Josef Martinz startet in Spittal an der Drau seine Info-Reise über das Kärntner Gentechnik-Vorsorgegesetz.

23. ÖVP und Grüne planen ein Volksbegehren gegen die im Landtag beschlossene Verdoppelung der Parteienförderung. ÖVP-Obmann Martinz spricht von einem „Räuberzuschlag“ und einer „politischen Unverschämtheit“.
25. Laut Statistik Austria ist die Einwohnerzahl Kärntens in den letzten beiden Jahren um 0,4 Prozent zurückgegangen. Bis 2050 wird ein Rückgang der Bevölkerung von derzeit 559.000 auf 486.000 prognostiziert.
26. Die ÖVP deponiert nunmehr auch mit Notariatsakt ihren Verzicht auf die Erhöhung der Parteienförderung in Kärnten. Die Einheitsliste/Enotna Lista signalisiert die Unterstützung des geplanten Volksbegehrens.
30. Die FPÖ hält in der Tourismusschule in Villach-Warmbad einen außerordentlichen Landesparteitag ab.

Der Plan des Postvorstandes, auch in Kärnten 40 Postämter zu schließen, führt zu landesweiten Protesten.

## Dezember 2004

2. Die SPÖ ist auch in Kärnten Gewinnerin bei den Personalvertretungswahlen der Bundesbediensteten und Lehrer. Bei den Pflichtschullehrern erhöht sie ihren Anteil um 11 auf 70 Prozent. Bei den Beamten und bei der Exekutive gibt es auch Zuwächse für die freiheitliche Liste AUF. 80 Prozent der ca. 14.500 Wahlberechtigten beteiligten sich an den Abstimmungen.

Start der „Wintergespräche über Parteien und ihre Ideologien“ an der Universität Klagenfurt.

4. Am Rande der Spatenstichfeier für die zweite Röhre des Katschbergtunnels in Rennweg gibt es Proteste der „Transit-Plattform“ gegen den Ausbau der Tauernautobahn.
7. FPÖ und SPÖ lenken nun in der Frage der Parteienfinanzierung ein. Es soll eine gemeinsame Lösung gefunden werden. ÖVP und Grüne setzen ihr geplantes Volksbegehren aus.
9. Im Congress Center in Villach wird das Kärntner Jahrbuch für Politik 2004 präsentiert.
10. Zum „Internationalen Tag der Menschenrechte“ kritisiert der Präsident der „Österreichischen Liga für Menschenrechte“, Ferdinand Lacina, die ungelöste Ortstafelfrage in Kärnten.
13. Der „Intrigantinnen-Vorwurf“ von Landesparteiensekretär Herbert Würschl an Melitta Trunk und Sieglinde Trannacher löst einen Krach innerhalb der Kärntner SPÖ aus.
15. LH Waltraud Klasnic und LH Jörg Haider unterzeichnen in Wien eine Vereinbarung über den Koralmtunnel. Baubeginn ist nunmehr schon 2008. Dafür verpflichten sich beide Länder, einen Kostenbeitrag von je 140 Millionen Euro selbst aufzubringen.
16. Mit den Stimmen von FPÖ, SPÖ und Grünen wird im Landtag ein Schulversuch für einen gemeinsamen und ganztägigen Unterricht beschlossen.
20. Gabriele Schaunig will in der Landesregierung den Beschluss über die Mitfinanzierung der Koralmbahn nicht mittragen. FPÖ-Obmann Martin Strutz bezichtigt die Landesrätin, damit die Zusammenarbeit innerhalb der Koalition zu torpedieren.
21. Neue Turbulenzen um den Bau des Fußballstadions in Klagenfurt. Wegen Ungereimtheiten im Vergabeverfahren beschließt die Landesregierung, von Bund und Stadt Klagenfurt eine Schad- und Klaglosstellung zu verlangen.

28. Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll bietet den Bau eines Fußball-EM- Stadions in St. Pölten als Ersatz für Klagenfurt an.

## Jänner 2005

7. Landesrat Reinhart Rohr stellt ein neues Modell über eine gerechte Vergabe der Bedarfszuweisungen vor, das kleinen und finanzschwachen Gemeinden mehr Geld bringen soll.
  8. Die Diskussionen über das Vergabeverfahren beim Neubau des Klagenfurter Fußballstadions und über die Zukunft der Seebühne am Wörthersee stehen nach der Weihnachtspause im Mittelpunkt der Landespolitik.
  9. Horst Friedl (SPÖ) gewinnt mit 833 der 1386 gültigen Stimmen die Bürgermeisterwahl in Reichenfels. Er setzt sich damit gegen die einzige Mitbewerberin, Evelin Schaller-Suitz (ÖVP), durch.
  12. Der in der „Kärntner Krone“ veröffentlichte Bericht über die Prüfung der Wörtherseefestspiele GmbH verstärkt den Disput um die Klagenfurter Seebühne. Im Mittelpunkt der Kritik stehen die Gagen für Intendant Renato Zanella und für den als „Eventmanager“ angestellten Sachsenburger Bürgermeister Wilfried Pichler.
  17. Neujahrs-Treffen der Kärntner FPÖ: Martin Strutz und Jörg Haider sehen den Artikel 7 des Staatsvertrages von Wien „zu 110 Prozent erfüllt“. LH Haider übernimmt „politisch die volle Verantwortung für die Entwicklung der Seebühne“.
  19. Land und Stadt Klagenfurt einigen sich bei einem neuerlichen „Gipfel“ in Klagenfurt, das Vergabeverfahren beim Stadion-Neubau ohne Verzögerung weiterzuführen.
  21. LHStv. Karl Pfeifenberger als Eigentümervertreter des Landes bei der Wörtherseefestspiele-GmbH und Intendant Renato Zanella vereinbaren eine einvernehmliche Lösung des Dienstverhältnisses. ÖVP-Kultursprecher Stephan Tauschitz vermutet eine „höhere sechsstellige Abschlagszahlung“.
- Die stellvertretende Landessprecherin der Grünen, Zalka Kuchling, spricht sich gegen die Schließung von 14 kleinen Volksschulen aus.
22. Bemühungen des Landes und der Stadt Wolfsberg, die Schließung der Schuhfabrik Gallus zu verhindern, scheitern, weil der belgische Firmeninhaber nicht auf die Marke verzichten will. 182 Arbeitsplätze gehen verloren.

24. Neuerliche Personalrochade im FPÖ-Team der Bundesregierung. Herbert Haupt tritt nun doch zurück. Neue Sozialministerin wird Ursula Haubner, neuer Staatssekretär der Kärntner Sigisbert Dolinschek.
28. LHStv. Karl Pfeifenberger gibt im Rahmen einer Pressekonferenz am Magdalensberg überraschend seinen Rücktritt bekannt.  
  
Peter Pilz und der Landesobmann der Kärntner Grünen, Rolf Holub, erheben gegen LH Haider massive Vorwürfe im Zusammenhang mit Seebühne und Stadionbau.
29. In einem Interview mit der APA übt der Vorsitzende der Kärntner Richtervereinigung, Manfred Herrenhofer, Kritik am Kärntner Landeshauptmann. Haider versuche, auf laufende Gerichtsverfahren Einfluss zu nehmen.
31. Parteipräsidium und Vorstand der Kärntner SPÖ einigen sich, die Wahl des neuen Landesparteiobmannes bei einem außerordentlichen Landesparteitag im Oktober 2005 vorzunehmen.

## Februar 2005

1. Der Landespartei Vorstand der Kärntner FPÖ bestimmt Martin Strutz zum Nachfolger Pfeifenbergers als Landeshauptmannstellvertreter. Neuer Klubobmann wird Kurt Scheuch. In der Landesregierung übernimmt Martin Strutz statt Haider die Referate Schulen, Bildung und Kultur. Der Landeshauptmann ist nunmehr auch für Wirtschaft, Tourismus und Finanzen zuständig.
2. Neuerliche Turbulenzen um das Klagenfurter EM-Stadion. Die „Kärntner Woche“ veröffentlicht Details aller Bewerbungen. Das Vergabeverfahren ist damit wiederum in Frage gestellt.
3. Der Kärntner Landtag beschließt, in der Causa Wörtherseebühne einen Untersuchungsausschuss einzusetzen. ÖVP-Klubobmann Raimund Grilc kritisiert, dass der Obmann des Ausschusses von der SPÖ gestellt wird.
7. Der Verwaltungsgerichtshof hebt die Bestellungen von Bernhard Sadovnik (Gemeinschaftsliste der Kärntner Slowenen) und der beiden FPÖ-Vertreter im Volksgruppenbeirat als rechtswidrig auf.
9. Beim „Aschermittwoch-Treffen“ in Althofen attackiert LH Haider „Gangster vom Küniglberg“, die Kärnten ein schlechtes Image verpasen.



10. In slowenischen Printmedien wird der österreichische Botschafter in Laibach, der Kärntner Slowene Valentin Inzko, scharf kritisiert, weil er die österreichische Position vertritt, dass Slowenien kein Rechtsnachfolger Jugoslawiens beim Staatsvertrag ist.
11. Umwelt-Landesrat Reinhart Rohr protestiert gegen Pläne, im Petzenmassiv nahe der Kärntner Grenze ein Atommüll-Endlager für Krško zu errichten.
14. LH Haider vergleicht das im Innenministerium angesiedelte Büro für Innere Angelegenheiten mit der seinerzeitigen „Securitate“ in Rumänien.
15. Einigung zwischen SPÖ und FPÖ im Seebühnenstreit. Die SPÖ verzichtet auf eine Auskunft über die Abfertigung an Zanella, die FPÖ gibt in der Frage der Bestellung von Rechnungsprüfern nach.
17. Bei einer Veranstaltung in Villach kündigt Frank Stronach ein Magna-Werk in Kärnten mit 200 bis 300 Mitarbeitern an.
19. LH Haider schlägt vor, die Wörthersee-Bühne nach Pörschach zu verlegen und in ein Konferenzzentrum zu integrieren.
20. Die Schlagerung von 36 Bäumen am Villacher Ring in Klagenfurt, bei der auch LR Dörfler selbst Hand anlegt, führt zu einer Protestaktion der Grünen.
24. LR Josef Martinz tritt in Brüssel für ein höheres Budget der EU ein.
25. Kärntner Heimatdienst und Abwehrkämpferbund sprechen sich gegen eine neue Ortstafel-Konsenskonferenz aus.

## März 2005

1. LH Haider trifft in Brüssel den für Forschung zuständigen slowenischen EU-Kommissar Janez Potocnik.
2. Im Nationalrat wird der Antrag der Grünen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zum Klagenfurter EM-Stadion mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ abgelehnt.
5. Bei der Landesversammlung der Kärntner Grünen in Klagenfurt wird Rolf Holub als Landessprecher bestätigt.
7. Nach zweitägiger Beratung spricht sich die Vergabekommission einstimmig für das 59-Millionen-Projekt der Bietergemeinschaft Porr-Mayreder zum Bau des Klagenfurter Fußballstadions aus.

8. Bei einer Sitzung des FPÖ-Bundesparteivorstandes in Klagenfurt fällt der Beschluss, auf die Mitwirkung des „rechten Flügels“ zu verzichten. Jörg Haider kündigt die Neugründung einer FPÖ an, in der Personen wie Andreas Mölzer keinen Platz mehr hätten.
11. ÖVP-LAbg. Stephan Tauschitz stellt ein Sieben-Punkte-Forderungsprogramm vor, mit dem LH Haider veranlasst werden soll, „mitteleuropäische Verhaltensstandards wieder einzuführen“.
13. Die neuerliche Konsenskonferenz in Wien zur Ortstafelfrage ist durch ein konsensuales Klima gekennzeichnet. Konkrete Lösungsvorschläge gibt es aber nicht.
16. Überraschendes Ergebnis der Wirtschaftskammerwahl in Kärnten. Der RFW verliert 9,3 Prozentpunkte und kommt nur mehr auf einen Anteil von 28,9 Prozent. Der Wirtschaftsbund kann seine absolute Mehrheit von 50,4 auf 53,1 Prozent ausbauen. Der SWF erreicht 12,0 Prozent (+ 2,8), die erstmals kandidierenden Grünen kommen auf 3,0 Prozent.
17. Vorstand und Landesleitung der Kärntner FPÖ schließen bei einer gemeinsamen Sitzung in Pörschach Andreas Mölzer aus der Partei aus. Mölzer erklärt, dass er seinen Ausschluss mit allen Mitteln bekämpfen wolle.
19. Bei der Generalversammlung des Zentralverbandes slowenischer Organisationen wird Marjan Sturm mit klarem Votum als Obmann wiedergewählt. Er erhält 115 der 120 Stimmen.
22. Nach vier Jahren Prozessdauer stellt es sich heraus, dass der Mitarbeiter im Landessportsekretariat Norbert Steiner zu Unrecht kriminalisiert wurde. Das Land hat Prozesskosten in der Höhe von weit über 30.000 Euro zu zahlen.
23. Der Rat der Kärntner Slowenen hält in Laibach eine Pressekonferenz ab. Obmann Joze Wakounig schließt eine Streitbeilegungserklärung in der Ortstafelfrage aus.
24. Nach den Einsprüchen der fünf unterlegenen Mitbewerber gegen die Vergabeentscheidung beim Klagenfurter Stadionbau erlassen sowohl der Unabhängige Verwaltungssenat Klagenfurt als auch das Bundesvergabeamt in Wien einstweilige Verfügungen, wonach bis 15. Mai 2005 keine Vergabeschritte erfolgen dürfen. Unklar ist, welche Behörde überhaupt zuständig ist.



Welches Taferl?

KARIKATUR: PETAR PISMESTROVIC

Die Diskussion um den Stadionbau in Klagenfurt beschäftigt auch die Karikaturisten. Quelle: „Kleine Zeitung“ vom 26. März 2005, 7.

29. Mit 15 zu 7 Stimmen spricht sich der Bundesvorstand der FPÖ für den Ausschluss von Andreas Mölzer aus. Da es auch Stimmenthaltungen gab, wird die Frage diskutiert, ob die erforderliche Zweidrittelmehrheit erreicht wurde.
30. Die Kärntner Parteien einigen sich auf eine neue Parteienförderung. Die Gesamtsumme wird von 5,4 auf 4,9 Millionen Euro gesenkt. Dafür wird aber eine weitere Million Euro für die Öffentlichkeitsarbeit ausbezahlt.

## April 2005

1. Der Kärntner Landtag hält in Pörschach eine Enquete zur neuen EU-Verfassung ab.
3. Wolfgang Rauchegger wird Landespolizeidirektor. Zu seiner Stellvertreterin wird Astrid Schrenk ernannt.
4. Jörg Haider gibt die Gründung des BZÖ (Bündnis Zukunft Österreich) bekannt.
7. Der Klagenfurter Stadtsenat beschließt die Vergabe des Stadion-Neubaus an die Bietergemeinschaft Porr/Alpine/Mayreder.

Die Bundes-FPÖ reagiert auf die Gründung des BZÖ. Unter dem Vorsitz von Hilmar Kabas wird Jörg Haider aus der Partei ausgeschlossen. Der frühere Abgeordnete zum Nationalrat Alois Huber wird zum geschäftsführenden Kärntner Parteiboss bestellt.

8. Bei einem von Martin Strutz innerhalb von 24 Stunden einberufenen Sonderparteitag der Kärntner Freiheitlichen stimmt die große Mehrheit für einen Austritt aus der Bundes-FPÖ und für die Bezeichnung „Die Freiheitlichen in Kärnten“ unter dem Dachverband des BZÖ. LAbg. Franz Schwager macht nicht mit.
14. Die Wortwahl von Abgeordnetem Siegfried Kampl im Bundesrat über Deserteure als Kameradenmörder und eine brutal empfundene Nazi-Verfolgung nach dem Krieg löst Kritik und die Forderung nach Rücktritt aus.
17. Gründungskonvent des BZÖ in Salzburg. Ein Großteil der Delegierten kommt aus Kärnten. Jörg Haider wird Bundesobmann, Justizministerin Karin Miklautsch seine Stellvertreterin.  
  
Horst Plössnig (ÖVP) ist neuer Bürgermeister von Mörttschach. Er gewinnt die Stichwahl gegen seinen freiheitlichen Mitbewerber Günther Passler.
21. Die FPÖ hält in St. Veit eine Informationsveranstaltung mit Heinz-Christian Strache und Andreas Mölzer ab.
23. Beim Bundesparteitag der FPÖ wird Karlheinz Klement zu einem der acht Stellvertreter des Bundesobmannes Strache gewählt.
28. In St. Veit wollen Stadtrat Erich Petschacher und drei FPÖ-Gemeinderäte nicht dem BZÖ beitreten.
29. Kaum Fortschritte bringt eine neuerliche Konsenskonferenz zur Orts- tafelfrage. Immerhin einigt man sich auf die vollständige Umsetzung der Topografieverordnung 1977 bis zum 26. Oktober 2005.

## Mai 2005

1. Die SPÖ veranstaltet in allen 132 Kärntner Gemeinden Maifeiern. Bei der Veranstaltung in Völkermarkt fordert Peter Ambrozy Neuwahlen zum Nationalrat. In Kärnten will er weiterhin mit Jörg Haider und dem BZÖ zusammenarbeiten.
2. Die Forderung Jörg Haiders, die Lösung in der Topografiefrage von einer geheimen Minderheitenfeststellung abhängig zu machen, wird von Bundeskanzler und Vizekanzler abgelehnt.

3. Franz Pacher wird von den Delegierten des „Kärntner Wirtschaftsparlamentes“ per acclamationem wiederum zum Präsidenten gewählt.  
Mit einem Festakt im Wappensaal des Landhauses, an dem auch Bundespräsident Fischer teilnimmt, erinnert das offizielle Kärnten an 60 Jahre Zweite Republik und 50 Jahre Staatsvertrag.
5. Über Wunsch von LH Jörg Haider wird die Fortsetzung der Ortstafel-Konsenskonferenz auf den Spätherbst verschoben. Vorher sind vertrauensbildende Maßnahmen in den Gemeinden geplant.
9. Bei einer Klausur der BZÖ-Regierungsmitglieder am Semmering fordert Jörg Haider eine Volksabstimmung über die EU-Verfassung und kündigt eine Klage des Landes beim Verfassungsgerichtshof an.
10. Landtagspräsident Jörg Freunschlag lehnt eine Übersiedelung in den Bundesrat ab.
11. An der Universität Klagenfurt beginnt die Tagung „Politische Kommunikation“. Zu Gast ist auch der amerikanische Politikberater Stanley Greenberg.
12. In Anwesenheit von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel werden in Ferlach und Ludmannsdorf fünf zweisprachige Ortstafeln – in Entsprechung der Verordnung aus 1977 – aufgestellt.
13. Kritik an Landesrätin Gabrielle Schaunig-Kandut wegen der Budgetierung im Sozialreferat. Haider und Strutz bezeichnen den Umstand, dass den Gemeinden um 14,6 Mio. Euro zu viel vorgeschrieben wurde, als „ungeheuren Skandal“.
17. Die „Kleine Zeitung“ zitiert aus einem unveröffentlichten Bericht des Landesrechnungshofes über die Wirtschaftsförderung in Kärnten, in dem die Einflussnahme durch die Politik auf die operative Geschäftsführung kritisiert wird.
18. 60-Jahr-Feier der Villacher SPÖ. Aufsehen erregt, dass als einziger Parteiredner der Wolfsberger Bürgermeister Gerhard Seifried eingeladen ist.
19. Die geplante Einvernahme von Karl Pfeifenberger im Landtagsuntersuchungsausschuss über die Seebühne kommt nicht zustande. Der Anwalt des ehemaligen Finanzreferenten rechtfertigt das Fernbleiben mit Vorerhebungen der Staatsanwaltschaft.
20. Rosemarie Purtschart wird als Nachfolgerin von Staatssekretär Dolinschek in den Vorstand der Kärntner Arbeiterkammer gewählt.
21. Über 1000 Besucher nehmen in der Klagenfurter Messehalle an der Eröffnung des erstmals von Katholiken und Evangelischen gemeinsam veranstalteten Christentages teil.

25. Laut Finanzabteilung des Landes ist für 2005 ein Betrag von 724.000 Euro unter dem Titel „Anteil am Betriebsabgang“ für die Seebühne vorgesehen. Landesrat Martinz rechnet vor, dass heuer insgesamt 1,5 Millionen Euro für die Seebühne aufgewendet werden.
29. Die Kärntner Grünen protestieren in einem offenen Brief an den Bundeskanzler gegen die von Landeshauptmann Haider veranlasste Schließung eines Asylantenheimes in Döbriach.
30. Landeshauptmann Haider und sein Stellvertreter Peter Ambrozy brechen zu einem Indien-Besuch auf, um den Dalai-Lama wegen eines in Hüttenberg geplanten Tibet-Zentrums zu kontaktieren.
31. Ein Interview des Landtagspräsidenten Jörg Freunschlag in der „Kärntner Woche“ erhitzt die Gemüter. Da Freunschlag vom „Faktum der Naziverfolgung“ spricht, wird von SPÖ, ÖVP und den Grünen sein Rücktritt gefordert.

## Juni 2005

1. Prozessbeginn in Wien, Reinhart Gaugg gegen die FPÖ. Der ehemalige Abgeordnete zum Nationalrat klagt die Zahlung eines Betrages von 242.000 Euro ein, der ihm beim Ausscheiden aus der Politik von Bundesobfrau Riess-Passer aus dem Titel „Rentenvereinbarung“ zugesichert worden sein soll.
2. Stefan Knafl erliegt im Alter von 77 Jahren einem Krebsleiden. Der ehemalige Landeshauptmannstellvertreter war zuletzt Bundesvorsitzender des ÖVP-Seniorenbundes.

Obwohl Jörg Freunschlag sich wegen der Formulierungen im „Kärntner-Woche“-Interview entschuldigt und um Verzeihung für seine Fehler ersucht, verlassen die Abgeordneten der anderen Parteien den Sitzungssaal. Die SPÖ besteht weiter auf einen Rücktritt des Landtagspräsidenten.

Die Hochschülerwahlen an der Universität Klagenfurt bringen mit 40,4 Prozent die höchste Wahlbeteiligung seit 20 Jahren. Das Ergebnis: PLUS 29,00 Prozent (–5,85), GRAS 26,92 Prozent (+5,64), VSStÖ 25,52 Prozent (+4,96), AG 10,89 Prozent (+0,61) und BRUT 7,68 Prozent. Mandate: PLUS 3 (–1), GRAS 3 (+1), VSStÖ 2, AG 1.

3. Die Bundes-ÖVP schlägt eine Verfassungsänderung vor, um Siegfried Kampl als Vorsitzenden des Bundesrates zu verhindern. SPÖ und Grüne wollen zustimmen, fordern aber, dass Kampl überhaupt aus dem Bundesrat ausscheidet.

Die „Freiheitlichen in Kärnten“ (BZÖ) feiern auf Schloss Mageregg den 50. Geburtstag der Partei. Jörg Haider bezeichnet dabei die Forderung nach einem Rücktritt Freunschlags als „stalinistische Methoden, die in einer Demokratie nichts mehr verloren haben“.

Die FPÖ Kärnten reicht gegen die „Freiheitlichen in Kärnten“ eine Klage auf Unterlassung der Bezeichnung „freiheitlich“ ein.

5. Nun feiern auch die „blauen“ Freiheitlichen 50 Jahre FPÖ in Kärnten. 350 Anhänger kommen zum Landesparteitag in Völkermarkt. Franz Schwager wird mit 92 Prozent der Delegiertenstimmen zum Landesobmann, Karlheinz Klement mit 90 Prozent zum geschäftsführenden Landesobmann gewählt.
6. Franz Schwager wird aus seiner Landtagsfraktion ausgeschlossen und ist nun „wilder“ Abgeordneter.

Krisengipfel der Koalitionspartner. Haider entschuldigt sich für die Formulierung „stalinistische Methoden“ und will damit nicht die Kärntner SPÖ gemeint haben. Die Sozialdemokraten geben sich nunmehr damit zufrieden, da Jörg Freunschlag ohnehin vorzeitig aus dem Landtag ausscheiden will.
7. Der Kärntner Landtag hebt die Immunität des ÖVP-Abgeordneten Stephan Tauschitz mit der knappen Mehrheit von 19 Stimmen auf, für die neben den Freiheitlichen auch noch vier Abgeordnete der SPÖ sorgen. Grund für die Auslieferung ist eine Klage von Martin Stutz wegen übler Nachrede.
8. Pläne, die Fachhochschul-Standorte Klagenfurt, Spittal und Feldkirchen aufzulassen, sorgen für Proteste in den betroffenen Städten.
9. Um einen Vorsitz Siegfried Kampl im Bundesrat zu verhindern, wird im Nationalrat die Verfassung geändert: Die Landtage können nunmehr – auf Vorschlag der stärksten Fraktion – auch Umreihungen vornehmen.
12. Finanzminister Karl Heinz Grasser erteilt der Forderung von BZÖ-Chef Jörg Haider nach einer Steuerreform eine Absage.
13. Die Kärntner Volkspartei fordert von Bund und Land die Finanzierung eines Gratiskindergartenplatzes pro Kind für mindestens ein Jahr.
15. VSStÖ und GRAS vereinbaren innerhalb der Hochschülerschaft der Universität Klagenfurt eine rot-grüne Koalition.
17. Der Verfassungsgerichtshof entscheidet in der Causa Stadionbau in Klagenfurt, dass den Beschwerden der unterlegenen Baufirmen keine aufschiebende Wirkung zukommt.

18. Eine im Auftrag der „Kleinen Zeitung“ erstellte Umfrage von OGM ergibt bei der Sonntagsfrage zur Landtagswahl folgendes Bild: Freiheitliche in Kärnten 37 Prozent, SPÖ 36 Prozent, ÖVP 16 Prozent, Grüne 8 Prozent und FPÖ 3 Prozent.
20. ÖVP-Bürgermeister veranstalten vor der Landesregierung eine Demonstration gegen eine Reduzierung der Budgetmittel beim ländlichen Wegenetz.
21. Die Regierungskoalition in Kärnten plant neue Abgaben für Baubewilligungen, Zweitwohnsitze, Schotterergewinnungen und Umwidmungen.
23. Grundsteinlegung für das Verwaltungszentrum des Landes in der Klagenfurter Mießtaler Straße.
27. Ein Bericht im „Profil“ über Spesen Jörg Haiders löst zahlreiche Reaktionen aus.
30. Der Kärntner Landtag beschließt Umreihungen für den Bundesrat. Peter Mitterer wechselt vom Landtag in den Bundesrat und übernimmt dort turnusmäßig für ein Jahr den Vorsitz. Der bisherige Abgeordnete im Bundesrat Roland Zellot nimmt Mitterers Platz im Landtag ein. Gegen den Beschluss stimmt nur Franz Schwager.

## Juli 2005

1. Der Monat Juni brachte in Kärnten einen Anstieg der Arbeitslosigkeit um 7,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr und die höchste Juni-Arbeitslosigkeit seit 1998.
4. Karl Pfeifenberger sagt bereits zum dritten Mal einen Zeugentermin beim Seebühnen-Untersuchungsausschuss des Landtages ab. Auch Renato Zanella verweigert sich erneut.
7. Der Landtag beschließt mit den Stimmen der Koalition, der Landesregierung eine Änderung der Referatseinteilung nahe zu legen. Statt Josef Martinz soll Landesrat Reinhart Rohr die Agenden für das ländliche Wegenetz übernehmen. Die ÖVP zieht als Protest aus dem Landtag aus.
8. Die Kärntner Grünen protestieren gegen die Entscheidung der Landesregierung und der Stadt Klagenfurt, auf eine Umweltverträglichkeitsprüfung beim Stadion-Neubau zu verzichten.

Auf Grund einer Beschwerde von Rechtsanwalt Rudi Vouk beschließt der Verfassungsgerichtshof, im Fall von Ortstafeln in Bleiburg das Verordnungsprüfungsverfahren einzuleiten.



Landesrat Reinhart Rohr präsentiert den Seenbericht 2005. Kärntens Badegewässer zählen zu den saubersten Europas.

10. Bundespräsident Heinz Fischer zeigt sich im ORF über die Entwicklung in der Ortstafelfrage enttäuscht. Die Zeit sei reif für Lösungen.
12. Wolfsbergs Bürgermeister Gerhard Seifried regt nun an, dass Peter Ambrozy noch zwei bis drei Jahre Parteibmann und LH-Stellvertreter bleiben soll.
13. Zu einer Klausur in Velden und zu einer „Orange-Lounge“ in Krumpendorf kommen auch die Bundesregierungsmitglieder des Bündnisses nach Kärnten.
14. Reinhart Rohr spricht sich dagegen aus, von LR Martinz die Zuständigkeit für das ländliche Wegenetz zu übernehmen. Er will einem diesbezüglichen Antrag in der Landesregierung nicht zustimmen.
17. Das BZÖ feiert einen ersten Wahlsieg: Bei der Bürgermeister-Stichwahl in Gmünd setzt sich Josef Jury gegen den ÖVP-Kandidaten Peter Obereder durch. Jury erhält 808 Stimmen (52,23 Prozent).
18. Krisengipfel der Koalition mit den Präsidenten der Sozialpartner, die sich gegen das „Finanzpaket für den ländlichen Raum“ aussprechen. Besonders scharfe Kritik kommt vom Wirtschaftskammerpräsidenten. Haider und Ambrozy werfen ihrerseits Pacher „Panikmache mit Horrorzahlen“ vor.
20. Matthäus Grilc wird neuer Obmann des Rats der Kärntner Slowenen. Die Wahlbeteiligung an einer Briefwahl betrug 47,5 Prozent. Der Rechtsanwalt aus St. Kanzian setzte sich mit 81,6 Prozent der 3299 gültigen Stimmen gegen seinen Mitbewerber Karel Smolle klar durch.
21. Peter Mitterer wird als Bundesratspräsident angelobt und übernimmt für sechs Monate den Vorsitz in der Länderkammer.
22. Nun will auch SPÖ-Landesgeschäftsführer Herbert Würschl, dass Peter Ambrozy bis 2007 im Amt bleibt.
23. Justizministerin Karin Miklautsch heiratet in Albeck Heinz Gastinger und nimmt den Familiennamen ihres Mannes an.
25. Als Ergebnis eines Fachhochschulgipfels in Klagenfurt bleiben die Standorte Feldkirchen und Spittal vorläufig noch erhalten. Über den Standort eines künftigen Technik-Schwerpunktes soll im September eine Entscheidung zwischen Klagenfurt und Villach fallen. Gemeinsam mit Vizekanzler Gorbach stellt BZÖ-Chef Jörg Haider in Klagenfurt ein 15-Punkte-Programm zum österreichischen EU-Vorsitz vor. Der Kärntner Landeshauptmann spricht sich nunmehr gegen einen Beitritt der Türkei aus.

26. Der Wolfsberger Bürgermeister Gerhard Seifried erklärt sich bereit, für die Ambrozio-Nachfolge zu kandidieren.  
Er will den Wechsel an der Parteispitze aber erst 2008 vollziehen.
27. Mit Wilhelm Jaklitsch stirbt im Alter von 104 Jahren der letzte noch lebende Abwehrkämpfer.

## August 2005

2. In Cervignon kommt es zu einem weiteren Treffen der Landesregierungen von Friaul und Kärnten, dem bereits vierten seit 2003.
4. Der St. Veiter Bürgermeister Gerhard Mock steht für die Wahl zum SPÖ-Chef ebenfalls zur Verfügung. Er verlangt jedoch eine Urabstimmung.
5. Radenthein feiert das zehnjährige Jubiläum der Stadterhebung.
7. Mit einem Festakt auf der Kaiser-Franz-Josefs-Höhe wird das Jubiläum 70 Jahre Großglockner-Hochalpenstraße begangen.  
Fürst Albert II. von Monaco kommt zu einem Privatbesuch nach Kärnten. Anlass ist das Beach-Volleyball-Turnier in Klagenfurt.
8. Bundesregierung und Landeshauptleute unterzeichnen in Wien ein „Memorandum über eine regionale Beschäftigungs- und Wachstums-offensive“. Kärnten soll aus diesem Topf 160 Millionen Euro erhalten.
9. Die irische Billigfluglinie Ryanair stellt mit Ende Oktober ihre Flüge von und nach Klagenfurt ein.  
Die Villacher SPÖ appelliert an die Landesregierung, in Kärnten ebenfalls eine Steuer auf Handymasten einzuführen.  
Die Landesregierung beschließt einstimmig – auch mit der Stimme von Landesrat Martinz – eine Resolution an die Bundesregierung, in der eine rasche Steuersenkung verlangt wird.
11. Am Landesgericht Klagenfurt beginnt der Zivilprozess FPÖ gegen Freiheitliche in Kärnten (BZÖ). Es geht um das Parteivermögen und um die Frage, ob das BZÖ in Kärnten die Bezeichnung „Freiheitliche“ verwenden darf.
12. Die FPÖ eröffnet in Klagenfurt eine Landesgeschäftsstelle.
14. LH Jörg Haider spricht sich für einen Kauf der Bank Burgenland durch die Hypo Alpe-Adria-Bank aus.
16. Karl Pfeifenberger weist im Seebühnen-Untersuchungsausschuss jede Schuld von sich. Sein Rechtsanwalt Franz Großmann fordert den Rücktritt der Ausschussmitglieder Peter Kaiser und Rolf Holub wegen

Befangenheit. Renato Zanella leistet der Zeugenladung des Landtages erneut keine Folge.

17. Koalitionsklausur in Pörschach. Für den öffentlichen Dienst wird ein Personalentwicklungskonzept vereinbart, das im Landesdienst bis 2009 eine wesentliche Reduzierung der Planstellen vorsieht. Heuer wird kein Schulstartgeld ausbezahlt.
18. Die FPÖ fordert im Wege einer Klage beim Verfassungsgerichtshof gegen das Land Kärnten die Parteienförderung ein.
19. Präsidententreffen in Bodensdorf. NR-Präsident Andreas Khol, Bundesratspräsident Peter Mitterer und Landtagspräsident Jörg Freunschlag besprechen die Verfassungsreform.
24. In einem Interview in der „Presse“ spricht sich Sieglinde Trannacher, die Frauenvorsitzende der Kärntner SPÖ, in der Frage des Parteiobmannes für einen Neuanfang und gegen die bereits genannten Kandidaten aus.
25. Völlig unerwartet stirbt im Alter von 56 Jahren der Chefredakteur der „Kärntner Krone“, Emmerich Speiser.
31. Streit innerhalb der Klagenfurter Rathaus-Koalition über den von der ÖVP geplanten Verkauf von stadteigenen Wohnungen.

## September 2005

1. Die Styrian Spirit plant ab November 2005, London von Klagenfurt aus anzufliegen.
3. Der ÖVP-Abgeordnete zum Nationalrat Klaus Auer gerät nach einem Kommentar über die politisch inszenierte Letztbefüllung der Lippitzbachbrücke mit orange eingefärbtem Beton nun selbst in den Mittelpunkt der Kritik. Sein Vergleich mit den an die Wand gemalten Symbolen des Nationalsozialismus löst Proteste aus.
6. SPÖ-Landesgeschäftsführer Herbert Würschl nennt in einem Interview in der „Kärntner Woche“ Villachs Bürgermeister Helmut Manzenreiter und Klagenfurts Vizebürgermeister Ewald Wiedenbauer „Putschisten und Querulanten“. Er zweifelt auch an den Führungsqualitäten von Karl Markut.
7. Der Kärntner Heimatdienst spricht sich in einer Aussendung für „Großzügigkeit gegenüber der Minderheit im Interesse eines friedlichen Miteinanders“ aus. Weitere 29 Ortstafeln seien keine Bedrohung.

8. Die früheren Politiksekretäre Franz Koloini und Gernot Nischelwitzer werden mit dem Marketing für die Fußball-EM 2008 betraut und verwalten ein Budget von 13 Millionen Euro. ÖVP-Landtagsabgeordneter Stephan Tauschitz spricht von einer üblen Postenschacherei.
12. Präsidium und Landespartei Vorstand der SPÖ erzielen eine Einigung über das Procedere bei der Wahl des neuen Landesparteiobmannes. Der Wahl wollen sich Reinhart Rohr, Gabriele Schaunig, Karl Markut und Gerhard Mock stellen. Eine Urabstimmung unter den Parteimitgliedern ist kein Thema mehr. Die Kärntner SPÖ trennt sich von Landesgeschäftsführer Herbert Würschl.
15. Die Bezirkshauptmannschaft Hermagor wird mit dem Qualitätspreis der deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer ausgezeichnet.
18. Misstöne bei der Ulrichsbergfeier. Festredner Landesrat Josef Martinz erntet Pfiffe, weil er über Verbrechen der Waffen-SS spricht. Am Rande der Veranstaltung demonstriert eine Gruppierung aus der linken Szene. Es kommt zu einer Festnahme.
19. BZÖ-Nationalrat Seppi Bucher wird Leiter einer eigenen Stabsstelle für Tourismus im LH-Büro der Landesregierung.
20. Die orange-rote Koalition beschließt mit ihrer Mehrheit in der Landesregierung ein Abgabepaket und den Verkauf der Landesspitäler an die landeseigene Krankenanstalts-Betriebsgesellschaft Kabeg.
22. Vorzeitiges Ende der Rathaus-Koalition in Klagenfurt. Unmittelbarer Anlass ist ein Gemeinderatsbeschluss über den Verkauf von 3300 Gemeindewohnungen an eine eigene Immobiliengesellschaft mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ. Die BZÖ-Mandatare verlassen aus Protest den Saal.
25. Der israelische Botschafter in Wien, Dan Ashbel, besucht Kärnten. Ein Treffen mit Vertretern der Landesregierung ist „aufgrund einer bestimmten Partei“ nicht gewollt.
29. Nun beschließt auch der Kärntner Landtag mit den Stimmen der orange-roten Koalition Abgabenerhöhungen und den Verkauf der Landesspitäler an die Kabeg. Vertreter der Wirtschaftskammer verteilen Zitronen als Protest gegen das Abgabepaket. FPÖ-Abgeordneter Franz Schwager bringt eine Petition zur Fortführung des Schulstartgeldes ein und legt dazu eine Sammlung von 1700 Unterschriften bei.
30. Der Vizepräsident des Landesschulrates, Rudolf Altersberger, kündigt als fünfter Kandidat seine Bewerbung für den SPÖ-Vorsitz an. Er will jedoch nicht als Spitzenkandidat zur Landtagswahl antreten und auch nicht in die Landesregierung einziehen.

# Die Autoren:

Birgit AIGNER, Mag. (FH), geb. am 23. April 1983 in Himmelberg. Matura 2001 in Feldkirchen, anschließend Studium „Public Management“ an der FH Kärnten an den Standorten Spittal und Villach sowie der Hochschule Harz. Seit 2005 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Studiengang Public Management mit den Forschungsschwerpunkten Public Private Partnerships und Europäische Integration.

Karl ANDERWALD, Dr. jur. et Dr. phil. (Politikwissenschaft/Publizistik und Kommunikationswissenschaft), Dr. h. c. (Universität Czernowitz), geb. am 26. Juni 1940 in Spittal an der Drau; Gemeinderat und Stadtrat in Spittal an der Drau (1973–1984); stellvertretender Landesamtsdirektor von Kärnten (1992–2002). Arbeitsschwerpunkte: Ethnische Minderheiten, Kommunalpolitik, Wahlkampfbeobachtung.

Dietmar BRODEL, Dipl.-Kfm. Dr., geb. 1962 in Bitburg, Deutschland. Nach Abitur und Grundwehrdienst 1982–1989 Studium der Betriebswirtschaftslehre und Politikwissenschaft an den Universitäten Trier, Wagner College, New York, Georgetown University, Washington, D. C., University of Maryland und Universität zu Köln. 1989–1998 wissenschaftlicher Mitarbeiter und Habilitand am Lehrstuhl für Unternehmensführung, Organisation und Personalwesen der Universität Hohenheim sowie Projektleiter an der Forschungsstelle für Export- und Technologiemanagement (EXTEC). 1998 persönlicher Mitarbeiter des Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Robert Bosch GmbH und des Vorsitzenden der Geschäftsführung der Trumpf GmbH, Aufbau der Geschäftsstelle des Stuttgart Institute of Management and Technology (SIMT), anschließend bis 2002 Mitglied der SIMT-Geschäftsführung. Ab 2003 Professur für Internationale Betriebswirtschaftslehre, Unternehmensführung und Organisation an der FHM Bielefeld. Seit 2003 Leitung des Studiengangs „Public Management“ an der FH Kärnten.

Peter FILZMAIER, a. Univ.-Prof. Dr., geb. am 5. September 1967, ist Politikwissenschaftler an der Donau-Universität Krems ([peter.filzmaier@donau-uni.ac.at](mailto:peter.filzmaier@donau-uni.ac.at)).

Cornelius GRANIG, Mag., wurde 1970 in Klagenfurt geboren und studierte an der Universität Wien Politikwissenschaft. Seit Anfang der 90er Jahre bekleidete er verschiedene Führungspositionen bei Banken, Versicherungen und in der Computerbranche. Seit 1990 arbeitet er nebenberuflich als freier Journalist. Weiters ist er Präsident des „Club Carinthia“ – der Vereinigung der in Wien lebenden Kärntner.

Gerhard HAFNER, Univ.-Prof. Dr., geb. am 3. August 1943 in Wien (Österreich); Universitätsprofessor für Völkerrecht (Ernennung 1990), „Member Associé“ des „Institut de Droit International“, Mitglied der International Law Commission 1997–2001, Mitglied des Ständigen Schiedshofs; einer der fünf Schiedsrichter im MOX-Fall (Irland vs. Großbritannien); Vertreter Liechtensteins vor dem Internationalen Gerichtshof; Schlichter am OSZE-Vergleichs- und Schiedsgericht, Mitglied des Bureaus; Rechtskonsulent des österreichischen Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten (seit 2004); Vorstand des Instituts für Europarecht, Internationales Recht und Rechtsvergleichung der Universität Wien; Professor an der Diplomatischen Akademie in Wien und im M.A.I.S.-Programm; Präsident der Austrian Branch der International Law Association; Vorsitz des Komitees über Staatennachfolge.

Peter Paul HAJEK, Dr., geb. am 25. Februar 1971, ist Politikwissenschaftler und Leiter des Bereiches Politikforschung an der Österreichischen Gesellschaft für Marketing (OGM) ([hajek@ogm.at](mailto:hajek@ogm.at)).

Karl HREN, Dr. phil., geb. 1973 in Klagenfurt; 1991 Matura am BG für Slowenen in Klagenfurt. Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Rechtswissenschaften an der Universität Wien; 1998 Sponson; 1998–1999 Praktikum beim Europäischen Parlament in Brüssel; 2000–2001 Leiter des Volksgruppenbüros beim Amt der Kärntner Landesregierung. Danach Zivildienst und 2002 Promotion; zurzeit Geschäftsführer des Slowenischen Wirtschaftsverbandes in Kärnten und Generalsekretär der Einheitsliste/Enotna lista. Vorsitzender des Europäischen Büros für Sprachminderheiten (EBLUL) in Österreich.

Helmut KLETZANDER, geb. 1947 in Wien, HTL-Elektrotechnik, 1967 bis 1971 Assistent am TGM, Studium Volkswirtschaftslehre; 1968 bis 1976 freier Mitarbeiter ORF (Redakteur Ö3), freier Mitarbeiter diverser Printmedien, 1976 bis 1982 aktueller Dienst Hörfunk (Redakteur Nachrichtenredaktion, Reporter Journale, Wirtschaftsredaktion), 1982 bis 1988 aktueller Dienst Fernsehen (Redakteur/Reporter ZIB 1/2, Politik am Freitag, Schilling, Dokumentationen), 1988 Aufbau der Minderheitenredaktion, 1989 bis 2003 Leiter der Zentralen Minderheitenredaktion im ORF mit den Sendungen „Heimat, fremde Heimat“ in ORF 2, 3sat und Radio Wien, weiters slowakische und tschechische Sendungen auf Radio 1476. Ab 1995 im Board der EBU-Intercultural Programme Group (Head Programme Exchange). Seit 1. März 2003 Leiter „Ethnische Projekte“ in ORF-Online, Channelmanager für <http://volksgruppen.orf.at>.

Simon KRAVAGNA, innenpolitischer Redakteur der Tageszeitung „Kurier“ in Wien. Studium der Politikwissenschaft in einer Fächerkombination mit Recht und Volkswirtschaft an der Universität Wien und Universität von Kalifornien (UCLA). Wissenschaftliche Veröffentlichungen in der Österreichischen Zeitschrift für Soziologie (ÖZS) und der Sozialwissenschaftlichen Rundschau (SWS). Geboren und aufgewachsen in Kärnten.

Heinz Dieter POHL, geb. 1942 in Wien, Studium der Sprachwissenschaft und Slawistik in Wien (Schwerpunkt Vergleichende Sprachwissenschaft), Dr. phil.; seit 1979 Univ.-Professor für Allgemeine und Diachrone Sprachwissenschaft an der Universität Klagenfurt; Arbeiten über Dialektologie, Namenforschung und Sprachkontakt Kärntens und der umliegenden Räume.

Edmund Günther PRIMOSCH, Mag. Dr. iur., geboren am 13. Juli 1967 in Klagenfurt; juristische Studien an der Karl-Franzens-Universität Graz; 1992–1995 Vertragsassistent am Institut für Völkerrecht und Internationale Beziehungen der Universität Graz; 1995–2000 zunächst Vertragsbediensteter, dann Beamter im Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst; seit 2000 Beamter beim Amt der Kärntner Landesregierung, nunmehr Abteilung Verfassungsdienst. Lehraufträge an der Technischen Universität Graz 1995/96 und 1997/98; Lehrauftrag an der Landesverteidigungsakademie 1998; Lehraufträge an der Verwaltungsakademie des Bundes 1999 und 2000 (Österreichisches Verfassungsrecht und Europarecht); laufende Lehraufträge an der Kärntner Verwaltungsakademie (Österreichisches Verfassungsrecht und Behördenorganisation). Publikationen in juristischen Fachzeitschriften und Monografien; seit 2004 Mitherausgeber der amtlichen Kärntner Landesrechtssammlung (neben Dr. Simon Korenjak).

Alexander SATTMANN, geb. 1972 in Klagenfurt; Studium der Politikwissenschaft, Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien, 1998 Mag. phil., 2000 Dr. phil.; 1993–2001 Redakteur im ORF-Landesstudio Kärnten, 1999–2001 ORF-Korrespondent für Slowenien, seit 2001 Redakteur des ORF-Politmagazins „Report“ in Wien. Lebt in Wien und Kärnten.

Richard SOYER, Dr.; 1977–1981: Studium der Rechtswissenschaften; 1986: Rechtsanwaltsprüfung; 1999: Habilitation an der Karl-Franzens-Universität, Graz; seit 2002: Sprecher der Vereinigung Österr. StrafverteidigerInnen, [www.strafverteidigung.at](http://www.strafverteidigung.at).

Erwin STAMPFER, Dr., wurde 1971 in Feldkirchen in Kärnten geboren und studierte an der Karl-Franzens-Universität Graz Technische Mathematik. Nach seiner Tätigkeit als Uni-Assistent wechselte er 2001 zum IHS Kärnten. Seit 2002 ist er für die Hypo Alpe-Adria-Bank in Klagenfurt im Risikomanagement tätig.

Alexia STUEFER, Mag.a, geboren am 19. April 1975 in Bozen/Italien; ab 1994 Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Wien; 2001 Studienabschluss mit Magistra iuribus; seit 1. März 2002 Rechtsanwaltsanwärtlerin im Rechtsanwaltsbüro Soyer Embacher Bischof.

Arnold SUPPAN, geboren 1945 in St. Veit/Glan, Kärnten; Studium der Geschichte und Germanistik an der Universität Wien; Dr. phil. 1970, Univ.-Doz. 1984; seit 1994 Univ.-Prof. für Osteuropäische Geschichte am Institut für Osteuropäische Geschichte der Universität Wien; Gastprofessuren in Europa und den USA; Aufsichtsratsvorsitzender des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts; wichtige Publikationen: „Innere Front 1918“ (1974); „Die Kroaten 1848–1918“ (1980); „Die österreichischen Volksgruppen“ (1983); „Die Deutschen in Slowenien“ (1988); „Nationen, Nationalitäten, Minderheiten 1945–1990“ (1994); „Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich 1918–1938“, 3 Bände (1993/1996); „Jugoslawien und Österreich 1918–1938“ (1996); „Der Balkan. Friedenszone oder Pulverfaß?“ (Frankfurt am Main etc. 1998); „Deutsche Geschichte im Osten Europas. Zwischen Adria und Karawanken“ (Berlin 1998).

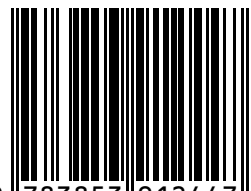
Marjan STURM, geboren 1951 in Klagenfurt/Celovec; Studium der Volkswirtschaft und der osteuropäischen Geschichte und Slawistik an der Universität Wien (1979 Dr. phil.), Masterstudium der europäischen Integration an der Donauuniversität Krems (2000, Master in european studies, M.E.S.). Obmann des Zentralverbandes slowenischer Organisationen und Vorsitzender des Beirates für die slowenische Volksgruppe im Bundeskanzleramt, Lehrbeauftragter an der Donauuniversität Krems. Zahlreiche Veröffentlichungen zu historischen Themen und Fragen des interkulturellen Zusammenlebens.

Hannes TRETTER, ao. Univ.-Prof. Dr., geboren 1951 in Wien, Leiter des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Menschenrechte, Wien; Studium der Rechtswissenschaften; 1992 Gründung des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Menschenrechte (BIM) in Wien gemeinsam mit Felix Ermacora († 1995), Mitbegründer des Ludwig-Boltzmann-Instituts; Mai 2004 Habilitation für das (neue) wissenschaftliche Fach „Grund- und Menschenrechte“ an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien, seitdem Universitätsdozent; seit 1. Oktober 2004 außerordentlicher Universitätsprofessor für Grund- und Menschenrechte am Institut für Staats- und Verwaltungsrecht der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien. Schwerpunkte der Forschungs-, Lehr- und Projektstätigkeit, Lehr- und Forschungsstätigkeit im Bereich der Menschenrechte, des öffentlichen Rechts, des Europarechts und des Völkerrechts an der Universität Wien.





**ISBN 3-85391-244-3**



9 783853 912447